Die Polennot
im deutschen Osten

W. von Massow

Digitized by Google

Library
of the
University of Wisconsin

Die Polennot im deutschen Osten

Von

W. von Massow.

Zweite, umgearbeitete Auflage.

Berlin
Verlag von Alexander Duncker
1907.

Druck von Hugo Wiliſch in Chemnitz.

113605
DEC 20 1907
JU55
.M38

Vorwort zur zweiten Auflage.

Die vorliegenden Studien zur Polenfrage haben mich lange Jahre beschäftigt, als Regierung und öffentliche Meinung noch vorsichtig tastend und häufig schwankend ihren Weg suchten. Als dann die erste Auflage meines Buches erschien, fand ich meine Aufgabe, eine zusammenhängende Orientierung über den Stand der Frage zu geben, schon wesentlich erleichtert, da die preußische Staatsregierung sich bereits in nachdrücklicher und verpflichtender Form zu der Politik bekannt hatte, über die sich die nationalgesinnten Parteien inzwischen in allen Hauptpunkten so ziemlich verständigt hatten.

Seitdem sind mehr als vier Jahre verflossen. In dieser Zeit hat die Polenfrage teilweise ein neues Gesicht erhalten. Gegen die deutsche Besiedelung, den Kern unserer ganzen Ostmarkenpolitik, regt sich das Polentum in starker Gegenwehr, so daß wir gezwungen sind, auf neue Maßregeln zur Sicherung unseres Werkes zu sinnen. Die internationale Lage des gesamten Polentums ist durch die Ereignisse in Rußland verändert und verschoben worden. Der Schulstreik hat die aggressive Art des Polentums und seinen zunehmenden Radikalismus in neue Beleuchtung gerückt. Dagegen haben andere Erscheinungen, die früher zur gründlichen Aufklärung über die Polenfrage besonders berücksichtigt werden mußten, teilweise an Bedeutung verloren.

Daraus ergab sich für mich die Notwendigkeit, das Buch gelegentlich der Veranstaltung einer neuen Auflage

einer gründlichen Bearbeitung zu unterziehen. Dabei habe ich mich bemüht, auch möglichst den Winken der Kritik Rechnung zu tragen. Das Werk ist nach seinem ersten Erscheinen wohlwollender aufgenommen worden, als es politischen Schriften gemeinhin zu begegnen pflegt. Ich halte es vor allem für meine Pflicht, festzustellen, daß ein führendes Polenblatt wie der „Dziennik Poznanski“ nach einem ersten Versuch, mich mit ein paar Worten als „archihakatyst“ (Erzhakatisten) abzutun, dem Buch eine lange, durchaus sachlich und vornehm gehaltene Besprechung gewidmet hat. Wenn er dabei in mir einen ehemaligen Landrat aus der Provinz Posen vermutet, so kann ich ihm für das in diesem Irrtum enthaltene Zeugnis nur dankbar sein. Denn was auch mancher an preußischen Landräten aussetzen mag, eins hat ihnen ihr bitterster Feind noch nie bestritten, daß sie nämlich in ihrem Kreise Bescheid wissen.

Übrigens kann ich natürlich in dem Bestreben, den Wünschen einer wohlwollenden und sachlichen Kritik gerecht zu werden, nicht so weit gehen, daß ich dem ursprünglichen Plan und eigentlichen Zweck meiner Arbeit untreu werde. Ich kann weder, wie einer meiner Kritiker wünscht, eine Neutralität beobachten, bei der der deutschnationale Standpunkt verloren geht, noch aus meinem Buch eine Art von Flugschrift zur oberflächlichen Orientierung machen. Das Buch ist für nachdenksame Leute bestimmt, die Zeit und Lust haben, sich in die schwierige Frage wirklich zu vertiefen und sich darüber nach jeder Richtung hin klar zu werden. Wenn ich manchem nationalgesinnten Landsmann nicht weit genug gehe, so darf ich wohl daran erinnern, daß es gilt, eine Politik festzulegen, auf die sich möglichst viele unserer Volksgenossen verschiedener Parteistellung und Gemütsanlage vereinigen können. Bei der milden und gerechten Denkweise des deutschen Volkes wird das immer eine Politik sein müssen, die nicht schärfere Maßregeln

braucht, als zur Erreichung des Zweckes eben notwendig sind. Dieses Maßhalten schließt die größte Energie in der Durchführung des für notwendig Erkannten nicht aus.

Aus den Änderungen, die sich bei der Neubearbeitung als zweckmäßig erwiesen, möchte ich für die Leser der ersten Auflage folgende besonders hervorheben: Aus dem früheren Kapitel 16 über die Ansiedlungspolitik habe ich zwei neue gemacht, um (in Kapitel 17) die jetzt noch ungelösten Probleme getrennt behandeln zu können. Der fünfte Abschnitt (Sprachenpolitik) hat eine andere Gliederung erfahren, so daß die früheren Kapitel 17 und 18 jetzt 18, 19 und 20 geworden sind. Im einzelnen sind viele Streichungen vorgenommen worden, wenn auch die Verkleinerung des Formats den Umfang des Buches unverändert erscheinen läßt. Übrigens hat der Verlag noch eine Anzahl von Exemplaren von der ersten Auflage zur Verfügung behalten, die zum Preise von Mk. 1.50 zu haben sind, falls Leser sich für die jetzt gestrichenen Abschnitte interessieren sollten. In der vorliegenden Auflage wird das neu beigefügte Register das Nachschlagen erleichtern.

Und nun empfehle ich die neue Bearbeitung dem gleichen Wohlwollen, das die erste gefunden hat.

Groß-Lichterfelde, April 1907.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort zur zweiten Auflage III
Einleitung 1

Erster Abschnitt. Die Entwicklung der Polenfrage.

Kap. 1. Das polnische Reich und die Ursachen seines Untergangs 6
„ 2. Das polnische Volkstum unter preußischer Herrschaft 26
„ 3. Die Hoffnungen der Polen 43
„ 4. Die polnischen Parteien 60
„ 5. Die polnische Propaganda 86

Zweiter Abschnitt. Deutsche und Polen.

Kap. 6. Das Verhältnis der Polen zum preußischen Staat 117
„ 7. Der polnische Volkscharakter 134
„ 8. Die wirtschaftlichen und kulturellen Gegensätze . 154
„ 9. Die kirchlichen Verhältnisse 173

Dritter Abschnitt. Die allgemeinen Grundsätze der Polenpolitik.

Kap. 10. Wege und Ziele 199
„ 11. Die Organisation des Deutschtums 219
„ 12. Die Beamten und das Heer in der Polenpolitik . 236
„ 13. Die allgemeine Staatspolitik und das Polentum . 266

Vierter Abschnitt. Die wirtschaftlichen Maßregeln gegen das Polentum.

Kap. 14. Die kulturelle „Hebung" des Ostens 288
„ 15. Die Industrialisierung des Ostens 311

Seite

Kap. 16. Anfänge und bisherige Entwicklung der Ansiedlungspolitik 331
„ 17. Die Probleme der ferneren Ansiedlungspolitik . . 352

Fünfter Abschnitt. Die Sprachenpolitik.

Kap. 18. Der Staat und die polnische Sprache 375
„ 19. Die polnische Sprache im öffentlichen Verkehr . . 395
„ 20. Die polnische Sprache im Unterricht 405

Schlußwort 421
Namen- und Sachregister 423

Einleitung.

Daß die Polenfrage eine der wichtigsten Fragen in unserer politischen Entwicklung geworden ist, lehrt jede Tagung des deutschen Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses. Der Reichskanzler Fürst Bülow ist sogar noch einen Schritt weiter gegangen und hält sie nach seiner großen Programmrede vom 13. Januar 1902 „geradezu für diejenige Frage, von deren Entwicklung die nächste Zukunft unseres Vaterlandes abhängt". Das erscheint vielleicht zu viel gesagt, und doch ist es richtig.

Die öffentliche Meinung läßt sich darin freilich zu einem großen Teil noch von hergebrachten Vorstellungen leiten. Man schwankt in eigentümlicher Weise zwischen Mitleid und Hochmut. Auf der einen Seite überwiegt das Mitleid mit einem Volk, das durch der Väter Schuld sein Vaterland verloren hat, auf der anderen der Hochmut, der die Polen von vornherein als ein minderwertiges, der Vernichtung anheimgefallenes Volk betrachtet. In dem hochmütigen Aburteilen über das polnische Volk begegnen sich verschiedene Richtungen; man kann daraus ebenso eine Politik der Unterdrückung, wie des Gehenlassens begründen. Ein Grundzug des deutschen Nationalcharakters aber ist Gutmütigkeit und Ruhebedürfnis, und so wird im allgemeinen, solange wir uns überhaupt auf dem Boden der Gefühlspolitik bewegen, der Gedanke der Versöhnung und des Gehenlassens immer ein natürliches Übergewicht haben. Gefühlspolitik aber überwiegt auch bei solchen, die eine vollkommen richtige Schätzung der Polenfrage besitzen. Es fragt sich aber, ob eine solche Politik für die Bedürfnisse einer wirksamen Propaganda auf

die Dauer ausreicht. Vor allem hat sie den Nachteil, daß sie den Eifer zu schnell erlahmen läßt, so bald die Wirkungen, die man erhofft hat, nicht mit genügender Schnelligkeit eintreten.

Wir müssen durchaus unsere Polenpolitik auf einer gründlichen Erforschung der Tatsachen aufbauen, und zwar nicht nur solcher Tatsachen, die auf unser patriotisches Gefühl zu wirken geeignet sind, sondern auch solcher, die uns durch kühle, verstandesmäßige Erkenntnis der wirklichen Lage vermittelt werden. Wir werden daher zunächst die Entwicklung des polnischen Volkes uns so klar zu machen haben, daß wir eine wirklich objektive Anschauung davon gewinnen, was die Polen heute sind und was sie wollen, gleichviel was wir als Deutsche etwa dabei empfinden. Später wird sich denn auch die Stelle finden, wo das vaterländische Gefühl von selbst als wichtiger Faktor in die Rechnung eintritt.

Der Gedankengang, der den meisten Betrachtungen über Polen und die Polenfrage zugrunde liegt, läßt sich ungefähr in folgenden Sätzen wiedergeben:

„Die Polen haben sich im Verlauf ihrer Geschichte zur Behauptung und Entwicklung eines lebensfähigen Kulturstaates vollkommen unfähig erwiesen. Ihre Schwäche und Zuchtlosigkeit erreichte schließlich einen solchen Grad, daß sie widerstandslos eine Beute ihrer Nachbarn wurden. Das Unrecht der Teilung Polens mochte noch so groß sein, jedenfalls ist jetzt ein von allen Völkern der Erde anerkannter Rechtszustand vorhanden. Damit ist der Untergang Polens endgültig besiegelt. Ein solches Schicksal eines Volkes ist undenkbar ohne eine schwere Schuld, die es sich durch Nichterfüllung seiner weltgeschichtlichen Aufgabe aufgebürdet hat. Die Polen sind gewogen und zu leicht befunden worden; sie müssen also aus der Reihe der Nationen verschwinden."

Diese Ansicht erscheint gewiß in den Hauptpunkten richtig. Und doch drängen sich Einwände auf.

Eine Katastrophe, die vorläufig mit dem Untergang des Staates endet, deckt sich durchaus nicht immer mit dem Abschluß der geschichtlichen Rolle, die ein Volk zu spielen berufen ist. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß eine nationale Eigenart oft schon lange dem Untergange verfallen ist, wenn ihr Name in einem staatlichen Gebilde noch fortlebt, und daß umgekehrt nationale Lebenskraft sich immer wieder politische Geltung verschafft, wenn auch der Strom dieser Entwicklung streckenweise unterirdisch dahinfließt. Auf der pyrenäischen Halbinsel z. B. wurde das germanische Reich der Westgoten scheinbar von den Mohammedanern vernichtet, und später erscheint die spanische Nation an dieser Stelle dem oberflächlichen Blick als etwas ganz Neues. Die genauere Betrachtung aber zeigt, daß das Westgotenreich schon im letzten Jahrhundert seines Bestehens eine durchgreifende Wandlung erfahren hatte, daß unter den Formen dieses Germanenreiches bereits dem Wesen nach die spätere spanische Nation fertig war. Es war nur die germanische, längst morsch gewordene Form, die unter dem Ansturm des Islam zerbrach; der nationale Typus, der im Volke bereits unzerstörbar vorhanden war, lebte, obwohl politisch scheinbar verschwunden, ungebrochen fort und erkämpfte von kleinen Anfängen aus allmählich wieder politische Geltung und Gestaltung, obwohl die Araber in Spanien eine Kultur und Bildung geschaffen hatten, die der des christlichen Spaniens entschieden überlegen war. Das Aufhören eines politischen Gebildes beweist an sich gar nichts, solange eine Nation in bewußter Treue die Empfindung ihrer Sprache, ihrer Sitte, eigenen Geisteslebens und geschichtlicher Überlieferung bewahrt.

Ja, aber müssen wir denn nicht die politischen Wahrscheinlichkeiten in Betracht ziehen? Gewiß! Aber wir müssen bedenken, daß das Prophezeien ein sehr mißliches Geschäft ist. Wenn man jemand etwa im Jahre 1770 ge-

ſagt hätte, daß innerhalb kurzer Zeit der Thron der Könige von Frankreich und Navarra umgeſtürzt ſein werde und daß ein korſiſcher Advokatenſohn, mit dem Purpur der franzöſiſchen Herrſcher bekleidet, als Imperator die Welt aus den Angeln heben würde, wäre das nicht als Ausgeburt einer Tollhausphantaſie erſchienen? Es iſt falſch, eine Entwicklung als unmöglich abzuweiſen, nur weil ſie uns heute außerhalb des Bereichs einer gewiſſen Wahrſcheinlichkeit zu liegen ſcheint. Eine Nation, die ihre ſtaatliche Form verloren hat, kann ſich natürlich nicht von heute zu morgen eine neue Form ſelbſtändigen Daſeins ſchaffen. Aber niemand vermag zu ſagen, daß die Vorausſetzungen dafür niemals eintreten können; ein ſolches „Niemals“ iſt ſchon zu oft von der Geſchichte Lügen geſtraft worden.

Vollends unmöglich aber iſt es, einem Volke die Fähigkeit zur Staatenbildung abzuſprechen. Jedes Volk wird, ſolange es überhaupt beſteht, einen ſeiner Art entſprechenden Ausdruck ſtaatlichen Daſeins finden können, auch wenn es lange geirrt hat und nicht immer imſtande geweſen iſt, ſich neben Staaten von überlegener Macht und Kultur zu behaupten. Manches Volk vermag den Weg dazu aus eigener Kraft zu finden; andere bedürfen fremder Hilfe und der Aufnahme und Aneignung neuer Kulturelemente. Im Laufe der Geſchichte hatten auch lebenskräftige Völker Zeiten des tiefſten Niederganges zu durchleben und mußten erſt durch Unglück wieder hart geſchmiedet werden. Man denke nur daran, wie lange Deutſchland an den Folgen des Dreißigjährigen Krieges zu tragen gehabt hat und wie es im Zeitalter Napoleons erſt durch das Joch der Fremdherrſchaft hindurchgehen mußte, ehe das deutſche Nationalgefühl politiſche Lebenskraft gewann. Noch im neunzehnten Jahrhundert hat man tiefſinnige Theorien darüber aufgeſtellt und eine Art von geſchichtsphiloſophiſchem Geſetz erfunden, wonach Völker, die ſich um die geiſtige Ent-

wicklung der Menschheit und um die Kultur besonders verdient gemacht haben, die Fähigkeit verlieren sollen, politische Macht zu erwerben. So erklärte man sich die anscheinend hoffnungslose politische Lage Deutschlands und Italiens. Die Geschichte hat inzwischen die völlige Unrichtigkeit dieser Theorie dargetan. Ein so erfahrener Staatsmann wie Metternich wies den Gedanken, daß Italien ein nationaler Einheitsstaat werden könne, weit von sich: für ihn stand es fest, daß Italien nur ein „geographischer Begriff" sei. Noch bei seinen Lebzeiten aber wurde zur Wirklichkeit, was er für unmöglich gehalten hatte. Acht Tage nach der Schlacht bei Magenta ist er bekanntlich gestorben. Solche Erfahrungen können wir auch einmal an anderen Völkern machen. Wir werden also gut tun, alle Vorurteile fallen zu lassen, so sehr sie auch in bekannten geschichtlichen Auffassungen begründet sein mögen. Ebensowenig dürfen wir von dem Glauben an eine bevorstehende Wiedererstehung des Polenreiches ausgehen. Nur wollen wir feststellen, daß die gegenwärtige Nicht-Existenz eines Königreiches Polen für die Zukunft gar nichts beweist, daß ferner die Teilungen Polens nicht etwa eine Sterbeurkunde für die Nation bedeuten — denn Nationen sterben eben nicht so ohne weiteres, — und daß endlich die angebliche politische Minderwertigkeit des polnischen Volkes uns nicht abhalten darf, die tatsächlichen Ursachen seines staatlichen Zusammenbruchs, sowie die Triebkräfte seines heutigen nationalen Lebens auf das sorgfältigste zu prüfen. Erst dann, wenn wir so die richtige Schätzung gewonnen haben, ist es unser Recht und unsere Pflicht, auf dem Gebiet, wo die Interessen der beiden Völker sich entgegenstehen, uns Deutsche als die Stärkeren und Besseren auszuweisen, dann aber nicht nur in Worten und Empfindungen, sondern in zielbewußtem Handeln.

I. Abſchnitt.

Die Entwicklung der Polenfrage.

Kapitel 1.

Das polniſche Reich und die Urſachen ſeines Unterganges.

Die Grundlage des Ganzen muß eine Betrachtung der polniſchen Geſchichte ſein. Es kann aber natürlich nicht die Aufgabe dieſer Darſtellung ſein, den Leſer einen mühevollen Weg von ſolcher Ausdehnung mitgehen zu laſſen. Zur Beurteilung der Entſtehung der Polenfrage genügt es feſtzuſtellen, woran denn eigentlich das polniſche Reich zugrunde gegangen iſt. Daran wird ſich dann die eigentlich entſcheidende Frage knüpfen, ob dieſe Urſache im Weſen des polniſchen Volkes begründet war oder ob ſie in den geſchichtlichen Umſtänden zu ſuchen iſt, die die Entwicklung dieſes Volkes begleiteten.

Das polniſche Reich iſt, kurz geſagt, durch den Mangel ſtaatlicher Disziplin zugrunde gegangen. Man könnte fragen, warum ſo viele Staaten fortbeſtehen, um deren Disziplin es mindeſtens ebenſo ſchlecht beſtellt iſt. Wenn man gebildete Polen ſelbſt darüber hört, gewinnt natürlich das harte Urteil, das die Geſchichte über die Polen gefällt hat, durch die patriotiſche Färbung der Nächſtbeteiligten ein anderes Ausſehen. Da hört man nur die bezeichnende Erklärung, das polniſche Volk habe ſich eben früher als andere Völker einer großen politiſchen Freiheit erfreut; es ſei das Opfer dieſes herrlichen Gutes geworden, ſowie man es auch

im Privatleben erfahre, daß Menschen, die sich der Verwirklichung eines ihren Mitmenschen noch unverständlichen Ideals befleißigten, daran zugrunde gingen.

Hier tritt also an Stelle dessen, was wir „Mangel an staatlicher Disziplin" genannt haben, der Begriff „politischer Freiheit". Daß sich beide Begriffe nicht decken, wird von allen Seiten zugegeben werden. Wenn die Polen ihre staatliche Zuchtlosigkeit für Freiheit gehalten haben, so geschah dies, weil sie glaubten, daß es mit der Form und der Idee der Freiheit sein Bewenden haben könne, und dabei übersahen, daß notwendige Bedingungen für diese Freiheit zu schaffen waren, die ihnen die geschichtliche Entwicklung versagte.

Staatliche Disziplin ist durchaus kein Gegensatz politischer Freiheit. Denn es ist nicht nötig, daß die Gebundenheit des Einzelwillens, die im Begriff der Disziplin liegt, durch Einwirkung eines fremden Willens von außen erreicht wird. Die Disziplin verträgt ein hohes Maß individueller Freiheit, aber es muß eine andere Voraussetzung dabei erfüllt sein. Es müssen dann die in der Gesellschaft wirkenden geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Kräfte so beschaffen sein, daß sie ohne äußern Zwang, vielmehr unwillkürlich und aus einer innern Notwendigkeit heraus in der Richtung des Gesamtinteresses tätig sind. Wir haben dafür ein bedeutsames Beispiel an dem englischen Volk, dessen freiheitliche Einrichtungen und äußerste Wertschätzung persönlichen Rechts ein natürliches Gegengewicht finden an dem stark entwickelten Instinkt für das Gemeinnützige, an einem so mächtigen Sinn für Gesetz und Überlieferung, daß der einzelne trotz aller Rechte in gewissen Dingen fast in einer Art von freiwilliger Sklaverei zu leben scheint.

Die Einrichtungen eines Volkes müssen sich also den vorhandenen Kräften, die als Grundlage der politischen Einheit und Organisation geeignet sind, anpassen, und nur

danach beſtimmt ſich die Berechtigung der den einzelnen Volksgliedern zugemeſſenen Bewegungsfreiheit, nicht etwa nach dem abſoluten Maß dieſer Freiheit. Sobald da ein Mißverhältnis entſteht, iſt auch die Gefahr für den ſtaatlichen Beſtand da. Aber die Gefahr kann überwunden werden, und es iſt ein Unding, von einem Volk zu behaupten, daß einigende Kräfte überhaupt weder vorhanden ſeien, noch entwickelt werden könnten. Sie können von Hauſe aus nur in ſchwachen Anſätzen vorhanden und ſchwer zur Entwicklung zu bringen ſein; dann muß eine ſtraffe zuſammenfaſſende Gewalt mindeſtens ſo lange da ſein, bis Intereſſe und Gewöhnung die Elemente notwendigen Gemeinſinns genügend haben erſtarken laſſen. Alsdann kann die Zentralgewalt dieſe Anſätze politiſchen Lebens immer mehr wirken und ſich entfalten laſſen und ſich von dem Eingreifen in dieſen Entwicklungsprozeß in dem Maße zurückhalten, als er natürlich und regelrecht fortſchreitet. Das iſt geſundes politiſches Leben; es iſt das Prinzip geweſen, das eines der kräftigſten Gemeinweſen unſerer Tage, den preußiſchen Staat, auf ſeine Höhe geführt hat.

Polens Verhängnis iſt es nun aber geweſen, daß widrige Umſtände ihm faſt die entgegengeſetzte Entwicklung aufgedrängt haben. Dieſes Reich war in gewiſſem Sinne von Hauſe aus ein Zufallsprodukt; wirklich ſtark wirkende Einigungskräfte waren nicht tätig, und gerade da, als das polniſche Volk anfing eine wirkliche Nation zu werden, begann die Zentralgewalt, die das Volk hätte zuſammenſchweißen ſollen, zu verſagen. Gleichwohl war eine nationale Tradition bereits vorhanden, als der Zerfall drohte; dies und äußere Umſtände hielten den Beſtand des Reiches aufrecht. Hier hätten nun neue Kräfte aus dem wirtſchaftlichen und geiſtigen Leben ſtützend eingreifen müſſen. Aber die ſchwache Staatsgewalt ließ dieſe Kräfte, die ſie hätten retten können, verkümmern oder unterdrückte ſie ſogar in unbegreiflicher

Verblendung. Die Entwicklung nahm also genau den entgegengesetzten Verlauf, den sie im Interesse der Erhaltung des Staates hätte nehmen sollen. Eine schwache Zentralgewalt, als die Nation noch unfertig war, und eine Unterbindung der Lebenskräfte der Nation, als diese trotzdem anfing sich aus sich selbst zu entwickeln!

Was hier in kurzen Worten vorausgeschickt ist, bedarf natürlich noch der näheren Begründung. Es wird sich da nebenbei noch manches ergeben, was für die Beurteilung des Polentums von Wert ist.

Ich habe vorhin gesagt, der polnische Staat sei von Hause aus ein Zufallsprodukt gewesen; es ist hier näher zu erläutern, wie das zu verstehen ist. Ältere und meist auch neuere Geschichtsbücher unterscheiden bei der Darstellung der Verhältnisse im zehnten Jahrhundert unserer Zeitrechnung sorgfältig zwischen „Wenden" und „Polen". Daraus entsteht die Vorstellung, als ob die Polen schon damals eine abgegrenzte Nationalität dargestellt hätten, die von der der westlich angrenzenden Slawenstämme merkbar verschieden gewesen sei. Diese Vorstellung bedarf der Berichtigung. Der Name „Wenden" ist die Bezeichnung, die den Slawen, soweit wir ihre Existenz geschichtlich zurückverfolgen können, von den benachbarten Germanen beigelegt worden ist. Sie galt ebenso von Ostslawen, als von Westslawen. Daß er später auf den slawischen Stämmen haften blieb, die den Deutschen zunächst wohnten, ergibt sich aus sehr natürlichen Gründen, ebenso wie der Name „Wälsche" sich ursprünglich auf alle Romanen bezieht, heute aber im Elsaß nur von Franzosen, in Tirol nur von Italienern gebraucht wird. In Wirklichkeit war von einer deutlich erkennbaren Verschiedenheit innerhalb der slawischen Volksmasse, die nach Beendigung der sogenannten Völkerwanderung östlich von Saale und Elbe bis über die Weichsel hinaus wohnte, wohl kaum die Rede. Man muß sich vielmehr darunter eine ziemlich ho-

mogene Masse von Ansiedlern vorstellen, die in dem Maße, als das Land infolge des Abzugs der Germanen entvölkert wurde, langsam nachrückte, sich zunächst in einzelnen Siedlungen ziemlich unvollkommen organisierte und erst später nach einer Periode längerer Seßhaftigkeit allmählich innerhalb einzelner Gebietsteile, deren Grenzen durch natürliche landschaftliche Verhältnisse gegeben waren und innerhalb deren sich bald vielleicht auch mundartliche Verschiedenheiten ausgebildet hatten, in größeren Gruppen zusammentrat. Diese Gruppen charakterisieren sich dann als Stämme oder Völkerschaften, die sich gelegentlich oder dauernd einer einheitlichen Leitung unterwerfen. Doch haben wir uns sicher diese Fürstengewalt sowohl räumlich als ihren Befugnissen nach als recht beschränkt vorzustellen, als ein Richter- und Ehrenamt innerhalb einer größeren Zahl bäuerlicher Gemeinden.

Wenn wir uns diese Verhältnisse vergegenwärtigen, so finden wir darin nebenbei zugleich eine Erklärung für eine unter den Polen herrschende Anschauung, die uns auf Grund unserer gewohnten Geschichtsdarstellung in der Regel unverständlich ist. Der Pole seinerseits kennt nämlich keinen Unterschied zwischen „Polen“ und „Wenden“. Für ihn sind die letzteren gleichfalls Polen gewesen und deshalb sieht er folgerichtig das gesamte ostelbische Gebiet als ein solches an, das seinen eigenen Vorfahren im Laufe der Jahrhunderte widerrechtlich von den Deutschen abgenommen worden ist.

Im zehnten Jahrhundert änderten sich die Verhältnisse der ostelbischen Slawenbevölkerung wesentlich. Durch die Not der Zeit — nämlich durch den Einbruch der Avaren und später der Magyaren — waren Sorben, Mähren und Tschechen nacheinander veranlaßt worden, Reiche von größerem Umfang zu bilden, sich straffer zu organisieren und sich einem Fürsten von räumlich und rechtlich um-

fassenderer Gewalt zu unterwerfen. Die Mähren- und Tschechenfürsten hatten ferner durch freiwillige Annahme des Christentums für sich und ihr Volk der ihnen von Westen drohenden Gefahr klug vorzubeugen gesucht. Freilich hatte ihnen das nicht viel genutzt. Der Versuch des Mährenfürsten Rostislaw, durch Berufung griechischer Mönche (Methodius und Cyrillus) die junge mährische Nationalkirche an Byzanz anzugliedern, scheiterte kläglich an der Wachsamkeit des römischen Papstes, und das nach dem Zerfall des Mährenreichs emporkommende Fürstentum der Przemysliden in Böhmen geriet ohne weiteres in kirchliche Abhängigkeit von Rom und politische Abhängigkeit von Deutschland. Diese Verhältnisse lagen bereits vor, als Otto der Große sich anschickte, das von seinem Vater — freilich aus ganz anderen Beweggründen — eingeleitete Programm durchzuführen und Christentum und Germanentum über Saale und Elbe hinaus nach Osten zu tragen. Unaufhaltsam drang der gewaltige Slawenbekämpfer Markgraf und Herzog Gero, mit eiserner Kraft alles niederzwingend und auch grausame Hinterlist nicht verschmähend, nach Osten vor. Unter solchen Umständen erwachte bei den zwischen Oder und Weichsel wohnenden Slawen das Bewußtsein der drohenden Gefahr, und sie schlossen sich unter dem angesehensten Fürsten dieses Gebiets, dem Mscislaw [1]) aus dem in der Gegend von Gnesen ansässigen Geschlechte Piast, enger zusammen. Die polnische Überlieferung behauptet, daß das Piastengeschlecht schon länger einen größeren Machtbereich innegehabt habe und daß schon früher durch Zuwanderung eines vor den Avaren weichenden (chorwatischen) Slawenstammes die Anfänge einer staatlichen Einigung geschaffen seien. Indessen

[1]) Ich wähle die von den neueren Geschichtsforschern festgestellte Form des Namens an Stelle des früher gebräuchlichen, aber wohl auf einem Mißverständnis der mittelalterlichen Chronisten beruhenden Mieczyslaw (Mieceslaus).

diese ziemlich dunklen Vorgänge kommen hier nicht in Betracht. Jedenfalls beruhte die Macht, die Mściſlaw um diese Zeit als Fürſt der „Polanen“ (d. h. Ebenenbewohner) in die Hand bekam, nicht auf einem abgegrenzten Nationalfürſtentum, ſondern ſie war durch die Gelegenheit und das praktiſche Bedürfnis beſtimmt. Aber Mściſlaw verſtand ſeine Stellung mit bewundernswerter Klugheit wahrzunehmen und zu befeſtigen, ſo daß die unter ſeiner Herrſchaft ſtehenden Polanen oder Polaken, woraus die heutigen Bezeichnungen entſtanden ſind, nun als wirkliches Volk in die Geſchichte eintreten. Mściſlaw verſchaffte ſich augenſcheinlich dadurch, daß er mit Böhmen in Verbindung trat, eine genaue Kenntnis der Lage und erfaßte ſofort das richtige Mittel, um der Gefahr für die Unabhängigkeit der Slawen vorzubeugen: er führte das Chriſtentum ein, unterwarf ſich formell der Oberhoheit des deutſchen Königs und ſicherte ſich dadurch die Anerkennung als Herzog der Polen, alſo als Gleichberechtigter neben den Eroberern, von denen ihm zunächſt Gefahr drohte.

Was Mściſlaw angebahnt hatte, vollendete ſein großer Sohn Boleſlaw der Kühne. Unter ihm wurde Polen ein wirkliches Reich, das nun den Raum zwiſchen dem Deutſchen Reich, dem Lande der heidniſchen Preußen an der Oſtſee, den Litauern und den ruſſiſchen Fürſtentümern ausfüllte und de facto unabhängig war. Boleſlaw erlangte vom Kaiſer Otto III. die Unabhängigkeit Polens vom Deutſchen Reich, wenn er auch Vaſall des römiſchen Kaiſers blieb. Solange Otto III. lebte, hielt der Polenfürſt klug daran feſt, den Anſpruch des Kaiſers auf die Oberherrlichkeit formell anzuerkennen. Die Verſuche Kaiſer Heinrichs II., dieſer Form praktiſche Folgen zu geben, endeten unzweifelhaft mit einem entſchiedenen Mißerfolg. Noch bei Lebzeiten Ottos III. war dem Herzog Boleſlaw, der es ſpäter ſogar wagen durfte, ſich „König“ zu nennen, ein zweiter folgen-

schwerer Schachzug geglückt, die Errichtung des Erzstifts Gnesen. Erstaunen erregen muß der politische Scharfblick und die Geriebenheit, mit der Boleslaw dabei die unreife Schwärmerei des jungen Kaisers Otto III. ausnutzte. Was das Erzstift Mainz für die Karolinger bei der geistigen Angliederung des heutigen Deutschland an das Frankenreich gewesen war, das sollte nach dem Plan Ottos des Großen Magdeburg für den slawischen Osten werden. Diesen Plan durchkreuzte Boleslaw geschickt; er erlangte die kaiserliche Genehmigung zur Gründung des Erzstifts Gnesen, wohin er die irdischen Reste des von den Preußen erschlagenen heiligen Adalbert hatte bringen lassen, unter gewandter Benutzung der religiösen Zeitstimmung und der persönlichen Verehrung des Kaisers für diesen Märtyrer. Dadurch schuf er für sein Reich einen eigenen nationalen geistigen Mittelpunkt und löste die polnischen Bistümer von jedem deutschen Einfluß los.

Ich bin auf die Umstände der Gründung des polnischen Reiches etwas ausführlicher eingegangen, um nun zusammenfassend folgende Feststellungen als begründet erscheinen zu lassen:

1. Die Gründung des polnischen Reiches beruhte nicht auf dem innern Bedürfnis eines abgeschlossenen Volksstammes, sondern war durch die äußere Lage eines Bruchteils einer zwar stammverwandten, aber durchaus unorganisierten Volksmasse gegeben.

2. Die Bildung dieses Staates geschah grundverschieden von der der meisten europäischen Reiche; sie erinnert vielmehr an die Entstehung asiatischer Reiche, die gleichfalls durch Zusammenraffung einer trägen Volksmasse unter einer durch äußere Verhältnisse emporgehobenen Herrschergewalt entstanden. Dergleichen Staaten pflegen nur durch eine despotische Regierungsform erhalten zu werden.

3. Für die Zukunft dieses Reiches kam somit alles

darauf an, daß es durch die Macht und das Anſehen bedeutender Perſönlichkeiten mindeſtens ſo lange zuſammengehalten wurde, bis die wirtſchaftlichen Intereſſen der Bevölkerung ſtark genug geworden waren, um eine nationale Kultur und ein Gemeingefühl zu erzeugen. Einſtweilen war hier durch die beiden großen Begründer des Reiches in allzu kurzer Zeit eine politiſche Macht geſchaffen, die in offenbarem Mißverhältnis ſtand zu der wirtſchaftlichen Grundlage, aus der ſonſt politiſche Macht emporzuwachſen pflegt.

Das polniſche Volk hat ſich nun zu dieſer Entwicklung keineswegs ſo unfähig gezeigt, wie man gewöhnlich annimmt. Die ſtarken Hinderniſſe, an denen es dennoch ſchließlich ſcheiterte, laſſen zwar erkennen, daß die politiſche Leiſtungsfähigkeit dieſes Volkes für die Verhältniſſe, in die es hineingeſtellt war, in einer beſtimmten Zeitperiode nicht genügte, aber ſie laſſen ihr abſolutes Maß durchaus nicht allzu gering erſcheinen.

Zunächſt kann man das polniſche Volk nicht dafür verantwortlich machen, daß ſeine erſten Herrſcher ihren Staat nicht rückſichtslos nach den Bedürfniſſen der von ihnen erlangten Gewalt ordneten, ſondern den in der germaniſchen und romaniſchen Welt herrſchenden Anſchauungen von Erb- und Lehnsrecht, die von den Warägern teilweiſe auch auf die Oſtſlawen übertragen waren, Eingang gewährten. Die Unklarheiten im Thronfolgerecht, die in ähnlich entſtandenen aſiatiſchen Staaten durch Gewalt und Mord korrigiert zu werden pflegten und dadurch wenigſtens in der Regel dem Tatkräftigſten und Schlaueſten unter den Mitbewerbern zum Thron verhalfen, konnten in einem chriſtlichen Gemeinweſen nicht auf ſolche Art überwunden werden. Die Teilungen und Zwiſtigkeiten, die daraus entſtanden, wirkten aber in Polen ganz anders als in dem benachbarten Deutſchland. Sie fanden kein Gegengewicht in einer ſtarken Überlieferung, einer allmählich aus dem

Volk herausgewachsenen Gliederung der Gesellschaft, die den Rechtsanschauungen einen festen Rückhalt gab. Sie wirkten daher mehr hemmend und zersetzend, obgleich vorerst der Mangel einer bestimmten sozialen Struktur äußerlich die durch Sprache und Sitte verbundene polnische Volksmasse stärker zusammenhielt, als es das Lehenswesen in Deutschland vermochte.

Diese Verhältnisse bedingten schon eine ganz andere Stellung des Adels, als in dem deutschen Lehensstaate. Der deutsche Adel, wie immer er teilweise auch später ausartete, verdankte doch ursprünglich seine Rechte und seine Stellung dem Ansehen, das Einzelne durch Besitz und Tüchtigkeit sich innerhalb des Volkes zu erwerben wußten. Er ist von unten emporgewachsen und erst nach einem langen komplizierten Entwicklungsgang zum einen Teil Inhaber einer landesfürstlichen Gewalt, zum andern Teil bevorrechtigtes Organ und Stütze dieser Gewalt geworden und erst auf diesem Wege später in Gegensatz zu Bürgern und Bauern getreten. Der polnische Adel ist von Anfang an ein Werkzeug der Zentralgewalt des Reiches gewesen. Bei der plötzlichen Entstehung und schnellen Ausbreitung des Reiches und der Notwendigkeit, sich gegen die starke Gewalt des Kaisertums und des drohenden Deutschtums durchzusetzen, brauchte der Polenherzog tüchtige Unterführer und Vertrauensmänner gegenüber der Volksmasse, die Leute in eigentlich führender oder gar bevorrechteter Stellung bis dahin kaum gekannt hatte. So setzte der Herzog nach der Wahl seines Vertrauens seine Wojwoden und Kastellane über das Land, und diese waren von vornherein auf Beherrschung und Unterdrückung der breiten Volksmasse angewiesen, um ihre Stellung behaupten zu können. Aus dieser Wurzel ist der polnische Adel entsprossen. Von vornherein ein entschieden herrschender Stand, war er doch zugleich von der echt slawischen Gleichmacherei und Abneigung gegen

organiſatoriſche Gliederung erfüllt, weshalb er neben Wahrung der eigenen Stellung eiferſüchtig darüber wachte, daß kein Gleichgeſtellter etwa dem Könige oder Herzog gegenüber irgend ein Mehr an Rechten geltend machen könne.

Man wird ſich vorſtellen können, wie fortgeſetzte Thronſtreitigkeiten und Teilungen die Stellung eines ſolchen Adels auch den Herzögen gegenüber immer mehr befeſtigen und ſeine Macht erhöhen mußten. Polen geſtaltete ſich ſchon in der Zeit der Teilfürſtentümer mehr und mehr in eine Adelsrepublik um. Es iſt aber doch nicht unwichtig zu beobachten, wie dieſe ſo ſtark zerſetzend und auflöſend wirkende Entwicklung trotzdem das Fortbeſtehen einer ſtarken Gegenſtrömung nicht hindern konnte, die in dieſem äußerlich zerriſſenen Volk das Bewußtſein, zuſammenzugehören und aufeinander angewieſen zu ſein, beſtändig wach erhielt. Dieſes Bewußtſein fand am Ende des dreizehnten Jahrhunderts einen entſchiedenen Ausdruck in der durch die damalige Weltlage und die Verhältniſſe der Nachbarſtaaten begünſtigten Erhebung Wladiſlaws I. des Zwerges (Lokietek) zum Oberhaupt des Reiches. Während die Vorgänger dieſes Wladiſlaw den Königstitel nur zeitweiſe uſurpiert und keinen eigentlich im Bewußtſein der damaligen Zeit gültigen Rechtstitel für die Bezeichnung rex beſeſſen hatten, iſt Wladiſlaw ſelbſt der erſte mit Zuſtimmung des Papſtes feierlich gekrönte König von Polen. Daß dieſe Kräftigung der Zentralgewalt des Reiches möglich war, nachdem bereits die innere Entwicklung längſt eine Richtung genommen hatte, die notwendig auf eine allmähliche Auflöſung hinſteuerte, verdient wohl beachtet zu werden und ſollte davor warnen, die einigenden Kräfte in dem polniſchen Volk zu unterſchätzen. Aber das alte Mißverhältnis blieb beſtehen. Polen hat unter den letzten Piaſten und unter den Jagellonen kraftvolle und kluge Perſönlichkeiten als Könige gehabt, deren internationale Machtſtellung durch eine

ganze Reihe günstiger Umstände erweitert und gehoben wurde, so daß Polen zeitweise die bedeutendste Macht in Osteuropa war. Dennoch hat keiner dieser Herrscher vermocht, die einmal angebahnte, unselige Entwicklung im Innern aufzuhalten, die allmählich das Volk in eine träge, stumpfe, kulturlose Masse und einen unruhigen, machtgierigen Stand kleiner und großer Herren schied. Die Macht des Adels, dessen einzelne Glieder schließlich in förmlich anerkannter Gleichberechtigung ihren Anteil an der Staatsgewalt begehrten und erhielten und der durch die Einrichtung eines immer mehr beschränkten Wahlkönigtums Gelegenheit erhielt, eine Schranke der staatlichen Ordnung nach der andern niederzureißen, mußte schließlich das Gefüge des Reiches so weit lockern und auseinandertreiben, daß das Königtum nur durch eine entschlossene Umgestaltung des Reiches mit Hilfe eines ganz neuen sozialen Elements die Rettung hätte versuchen können. Ein solches rettendes Element konnte nur ein lebenskräftiger Bürgerstand sein, und der war nicht vorhanden.

Wie kam es, daß das polnische Reich einen solchen Bürgerstand nicht hervorgebracht hat? Wir müssen auch hier fragen, ob wir es mit dem Mangel einer bestimmten Fähigkeit des Volkes oder mit ungünstigen Umständen zu tun haben. Das Entstehen eines tüchtigen Bürgerstandes ist nur der natürliche Ausdruck einer vielseitigen Gestaltung der wirtschaftlichen Interessen eines Volkes; die Möglichkeit eines solchen Entstehens ist also wesentlich abhängig von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen. Es ist ja nun unverkennbar, daß in einem schlichten, mit wenig Initiative begabten Bauernvolk, wie es die Slawen zur Zeit der Entstehung des polnischen Reiches waren, die Antriebe zu einer reicheren Ausgestaltung ihrer Lebensverhältnisse von Anfang an recht schwach waren. Zweifellos liegt es auch in der slawischen Veranlagung, daß das Bedürfnis

nach Arbeitsteilung ſich nur ſchwach und ſpät geltend machte. Dennoch haben die tüchtigen polniſchen Herrſcher — ob bewußt, ob inſtinktiv, iſt wohl recht ſchwer zu entſcheiden — darauf hingewirkt, kulturfördernde Antriebe zu ſchaffen. Aber die Polen ſind darin von einem merkwürdigen Unglück verfolgt worden. Daß ihre tüchtigſten Herrſcher offenbar das Bewußtſein von den Bedingungen wirtſchaftlichen Gedeihens hatten, beweiſen ihre Beſtrebungen zur Gründung von Städten, zur Gewinnung der Seeküſte und zur Beherrſchung der ſchiffbaren Stromläufe des Landes. Es war gewiß keine zielloſe Sucht nach irgend einer Machterweiterung, als ein ſo beſonnener, geiſtig vorgeſchrittener und politiſch erfahrener Mann wie Boleſlaw III. Schiefmund (Krzywouſty), im erſten Drittel des zwölften Jahrhunderts einen ſorgfältig erwogenen Plan in Angriff nahm, um die Weichſel- und Odermündungen und die dazwiſchen liegende Oſtſeeküſte, alſo mit anderen Worten das Land Pommern zu gewinnen. Es iſt hier nicht der Ort nachzuweiſen, mit welcher Energie und Zähigkeit Boleſlaw ſein Ziel verfolgte und wie ſich in dieſen Feldzügen der damalige polniſche Adel noch im Glanz ſeiner ritterlichen Vorzüge zeigte. In der Tat ſetzte Boleſlaw ſeine Abſicht ſo weit durch, daß nur die Chriſtianiſierung Pommerns noch fehlte, um das Land dauernd an Polen zu knüpfen. Aber eben das, was Boleſlaw in dieſer Richtung tat, bereitete den ſpäteren Verluſt Pommerns vor. Er fand für das Miſſionswerk nur eine geeignete Perſönlichkeit, und das war ein Deutſcher. Biſchof Otto von Bamberg, der Apoſtel der Pommern, der ihnen als Abgeſandter und unter dem Schutz des Polenkönigs das Evangelium predigte, war den Anſchauungen ſeiner Zeit gemäß gewiß ganz von der Abſicht frei, Pommern dem polniſchen Einfluß zu entfremden. Aber das Ergebnis ſeiner ganzen Arbeit blieb doch die Tatſache, daß dem damals recht rohen Volke in dem ſchwachbevölkerten Lande die erſten Anfänge

der Gesittung und höheren geistigen Kultur nicht von den Polen, die ihnen nur als Eroberer genaht waren, sondern von Deutschen gebracht wurden, die sich ihnen in jeder Beziehung freundlich erwiesen, politisch aber nichts von ihnen begehrten. Die Polen unterließen es, diesen Vorsprung des deutschen Einflusses ihrerseits einzuholen, weil nach Boleslaws Tode die inneren Verhältnisse ihre Aufmerksamkeit ablenkten. Es begann dann auch bald die Periode der polnischen Teilfürstentümer, und eben während dieser Zeit befestigte sich der deutsche Einfluß im ganzen Odergebiet und gewann seine Stätte im Bereich des polnischen Fürstenhauses selbst. Um die Mitte des zwölften Jahrhunderts wurde durch die Tätigkeit Albrechts des Bären das Gebiet westlich von der Oder endgültig germanisiert und christianisiert. Um dieselbe Zeit fing die deutsche Hansa an, den Ostseehandel zur höchsten Blüte zu erheben, während die Kaisergewalt in der Hand des deutschen Königs ihren größten Glanz erreichte. Kein Wunder, daß in diesem Zusammenhang der Dinge auch das Gebiet der oberen Oder durch Kolonisation und Verkehr schnell und sicher in den Bereich deutscher Kultur gezogen wurde. Die schlesischen Piasten, ursprünglich ebenso polnische Teilfürsten wie die Herzöge von Masowien und andere, wurden von dieser Zeit an nicht nur völlig germanisiert, sondern sie verloren auch politisch jeden Zusammenhang mit dem Polenreich, so daß die schlesischen Herzogtümer dem durch Wladislaw Lokietik wieder hergestellten polnischen Königreich niemals angehört haben. Und gegen Ende des zwölften Jahrhunderts gingen auch die Odermündungen dem Polentum endgültig verloren. Durch den Einfluß Heinrichs des Löwen wurden die westpommerschen Fürsten Herzöge und Lehnsträger des heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Die Ohnmacht der polnischen Teilfürstentümer verhinderte jedes tatsächliche Eingreifen innerhalb der weiteren polnischen Interessensphäre.

Was im zwölften Jahrhundert angebahnt wurde, vollendete ſich im dreizehnten. Was ſchon Boleſlaw III. mit Pommern nicht vollſtändig gelungen war, konnte einem polniſchen Teilfürſten mit den heidniſchen Nachbarn in Preußen erſt recht nicht glücken. Es iſt bekannt, wie Herzog Konrad von Maſowien ſich den unruhigen Nachbarn gegenüber vollſtändig im Stande der Notwehr befand und ſchließlich keinen andern Ausweg wußte, als daß er den Kampf gegen die Preußen als „Kreuzzug“ behandelte, um wenigſtens Bundesgenoſſen zu gewinnen. Der Bundesgenoſſe aber, der ſich ihm bot, war für Polen ſehr gefährlicher Natur. Der deutſche Orden focht den Kampf allein aus, und die Folge war, daß ſich ein feſtgeordneter deutſcher Staat zwiſchen Polen und die Oſtſeeküſte ſchob. Nun war überhaupt nur noch die Weichſelmündung und das öſtliche Pommern für Polen erreichbar. Gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts ſchien dieſe Ausſicht ſich verwirklichen zu ſollen, als der letzte Fürſt von Pommerellen, Meſtwin II., das Recht Polens auf ſeine Nachfolge anerkannte. Aber Polen hat wiederum infolge der ſchwachen, nur dem Namen nach vorhandenen Zentralgewalt dieſen Anſpruch nicht durchführen können. Die pommerſchen Herzöge und der deutſche Orden verſtändigten ſich über den Beſitz von Pommerellen; auch die brandenburgiſchen Askanier haben um dieſe Zeit Teile des pommerelliſchen Erbes in ihrem Beſitz gehabt. Jedenfalls war das Küſtenland nun den Polen vollſtändig verſchloſſen. Als Wladiſlaw Lokietek das polniſche Königtum aufrichtete, war nicht nur der Verluſt Schleſiens endgültig beſiegelt, ſondern auch jede Ausſicht auf vollſtändige Gewinnung der großen Stromläufe und der Meeresküſte vorläufig abgeſchnitten.

Nun haben ſich freilich die polniſchen Könige niemals dabei beruhigt. Sie haben jede Gelegenheit benutzt, um die Grenzen des Reiches ſo zu erweitern, daß ihm ein Anteil an dem Reichtum und Handelsverkehr anderer Länder ge-

sichert werde. Aber diese Bemühungen hätten durch eine regsame Bevölkerung unterstützt werden müssen, und das wurde durch die innere Verfassung Polens erschwert und verhindert. Der Adel hatte schon zu große Macht erlangt, und seine Befugnisse litten es nicht, daß eine freie wirtschaftliche Tätigkeit festen Fuß faßte. Die polnischen Könige hatten sich redliche Mühe gegeben. Sie zogen deutsche Kolonisten in das Land und gründeten Städte nach deutschem Rechte.[1]) Diese Städte gerieten aber in unmittelbare Abhängigkeit von den ländlichen Grundherren, die außerdem aus der Vergebung und Beschützung städtischer Rechte an gar nicht lebensfähige kleine Gemeinwesen sich eine Einnahmequelle schufen. Die städtischen Rechte waren zwar deutschem Muster entlehnt, weil die Könige die Blüte des deutschen Städtewesens vor Augen hatten und durch Übertragung der Form das nämliche Ziel erreichen zu können glaubten; aber diese Rechtsformen blieben ohne Wirkung, weil die Voraussetzungen dazu fehlten. Deshalb verharrte die Bewohnerschaft der Städte auf dem Standpunkt eines unfreien Ackerbürgertums, das von umfassenden Interessen und lebhafterer gewerblicher Tätigkeit abgeschnitten blieb. Die kolonisatorischen Versuche glichen der Verpflanzung eines Gewächses in einen Boden, in dem es nicht Wurzel fassen konnte. Die Gewerbe entwickelten sich nicht, weil die damals notwendige feste Ordnung der Arbeitsteilung fehlte; die Vornehmen des Landes blieben in der Befriedigung ihrer wachsenden Bedürfnisse auf einen Handel angewiesen, dem die Lebensbedingung freier Entfaltung, sozialen Ansehens und weiten Blickes fehlte. Daher blieben die Anfänge dieses Handels in den Händen rechtloser Fremden, meistens Juden, und unter diesen Juden waren es, namentlich später, nicht

[1]) Näheres darüber in dem ausgezeichneten Werk von Erich Schmidt: „Geschichte des Deutschtums im Lande Posen unter polnischer Herrschaft." Bromberg 1904.

die besseren, gebildeteren und tüchtigeren Elemente, sondern der Abschaum, der aus dem Westen verjagt oder aus noch unkultivierteren Ländern des Orients eingewandert war. Diese entarteten Vertreter einer minderwertigen Kultur breiteten sich in großen Scharen über das Land aus und befriedigten schachernd und wuchernd das Geldbedürfnis der vornehmen Herren. So blieben auch diejenigen Kräfte vollständig unfruchtbar, die sonst wohl imstande gewesen wären, das Volk ungeachtet einer unzweckmäßigen Verfassung und Politik zusammenzufassen und widerstandsfähig zu erhalten, wie ja anderswo ein gesund entwickelter Gewerbfleiß und ein blühender Handel schon manche Krisen überwunden hat. Als trotzdem die aufsteigende äußere Macht Polens, zumal nach der Verbindung mit Litauen, dem Reich neue Hilfskräfte zuzuführen schien, war es bereits zu spät. Als es glückte, die Macht des deutschen Ordens zu brechen, als die Krone Polen die Oberhoheit über Livland, Kurland und Ostpreußen gewann und Westpreußen mit Danzig dem Reiche angliederte, kennzeichnete sich dieses Neugewonnene nur als vollständiger Fremdkörper. Die Polen haben es daher nicht vermocht, aus dem Besitz von Danzig und Westpreußen Nutzen zu ziehen; sie verzettelten ihre Kraft in einer von törichter Eifersucht eingegebenen, fanatisch betriebenen Polonisierungsarbeit. Was ein bedeutender wirtschaftlicher Vorteil für das Reich hätte werden können, wurde eine Schule der nationalen Eitelkeit und Unduldsamkeit. Vielleicht wäre die wirtschaftliche Kräftigung dennoch geglückt, wenn die zähen, verschlagenen und weitblickenden Jagellonen den Plan, ein Polen „von Meer zu Meer" zu schaffen, hätten ausführen können. Aber auch dieser Versuch, die Herrschaft Polens an das Schwarze Meer auszudehnen, kam zu spät und blieb stecken, weil die ostslawische Macht damals bereits innerlich zu stark geworden war und auf der Grundlage der Selbstherrschaft der moskowitischen Großfürsten und des

Übergewichts des griechischen Katholizismus in jenen Gegenden einen zu großen Vorsprung erlangt hatte. Unter den Wasas wurde das große Duell zwischen Polen und Rußland um den Einfluß am Schwarzen Meere endgültig zugunsten Rußlands entschieden. Die Kleinrussen entzogen sich unter dem Kosakenführer Bogdan Chmelnitzki ganz und gar dem Einfluß Polens und der lateinischen Kirche; das moskowitische Reich konsolidierte sich unter der einheimischen Dynastie der Romanows.

Während so Polen die erhoffte Stellung als osteuropäische Vormacht verscherzte, verlor es auch die für das Reich so notwendige freundschaftliche Anlehnung an den Westen. Durch die schroffe Vergewaltigungspolitik in Westpreußen und Ermland war der Gegensatz zwischen Deutschen und Polen, der beiden Völkern im Blute liegt, erheblich verschärft. Die Zerrissenheit und Schwäche des Deutschen Reiches in den Kriegswirren des Dreißigjährigen Krieges steigerte das Selbstgefühl der Polen gewaltig, obwohl keine rechte Unterlage dafür vorhanden war. Um so unangenehmer überraschte sie das Emporsteigen der straffen und kernigen brandenburgischen Macht, die sogar die polnische Oberhoheit im Herzogtum Preußen abzuschütteln und vor den Toren von Warschau das kriegerische Prestige der Deutschen gegenüber den Slawen wiederherzustellen wußte. Seitdem lebte sich das polnische Reich zu seinem eigenen Schaden und namentlich zu seinem ungeheuren wirtschaftlichen Nachteil immer mehr in einen auf Haß und Mißtrauen beruhenden Gegensatz zu seinen westlichen Nachbarn ein.

Es waltete also ein Unstern über allen den Beziehungen Polens, aus denen sich auf natürlichem Wege eine wirksame Befruchtung der vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte hätte ergeben können. Die Folge war das Ausbleiben einer Entwicklung, mit deren Hilfe vielleicht die nachteiligen Folgen der unglücklichen Gestaltung der Verfassung und der sozialen

Verhältniſſe hätten ausgeglichen werden können. Auch unter ſolchen Umſtänden aber war eine Rettung noch keineswegs ganz ausgeſchloſſen. Intelligenz, Bildung und ſittliche Feſtigkeit haben ſchon manchem Volk über ſchwere Zeiten und ſcheinbar unlösbare Aufgaben hinweggeholfen und Mißgriffe und Verfehlungen der Vergangenheit wieder gutgemacht. Bei allen Fehlern, die man dem polniſchen Volke mit Recht nachſagt, waren doch ſittliche Eigenſchaften genug in ihm vorhanden, die imſtande geweſen wären, ihm für Zeiten des Mißgeſchicks die Möglichkeit der Einſicht und Umkehr und einen eiſernen Beſtand innerer Tüchtigkeit zu bewahren. Daß dieſer Hinweis berechtigt iſt, zeigt die Zeit der letzten Jagellonen, namentlich Sigismunds I. Damals fand die Reformation Eingang und weckte in beiden Bekenntniſſen den Eifer, das Volk aus dem geiſtigen Schlaf zu wecken und eine nationale Bildung zu ſchaffen. Aber wie ein Reif in der Frühlingsnacht fiel in dieſes Aufwärtsſtreben die Wirkſamkeit des Jeſuitenordens. Schon frühzeitig ſcheint der nationale Eifer, der Deutſchenhaß dabei eine Rolle geſpielt zu haben. Der neue Glaube kam aus Deutſchland, und mit ihm unterdrückte man den deutſchen Einfluß. Es ſcheint wenigſtens, als ob bei der Perſönlichkeit, die vorzugsweiſe den Jeſuiten den Weg in Polen geebnet hat, dem Biſchof Hoſius von Ermland, der kirchliche Eifer vorzugsweiſe auf nationalen Beweggründen beruhte; Hoſius war jedenfalls ein Todfeind des Deutſchtums und der rückſichtsloſeſte Poloniſator ſeines Sprengels.

Recht in Gang kam freilich die Gegenreformation und die Jeſuitenherrſchaft erſt unter den Waſas. Der ſchwediſche Prinz, der als Sigismund III. die polniſche Krone erhielt und ſpäter auch die ſchwediſche erbte, ſcheiterte bekanntlich mit dem Verſuch, beide Reiche in Vereinigung zu erhalten. Dieſer Streit zwiſchen Polen und Schweden ſchürte nicht nur den Gegenſatz zwiſchen den Germanen und Slawen,

sondern auch den zwischen Protestanten und Katholiken; es hat sich wohl schon damals die Anschauung gebildet, daß der Protestantismus seinem Wesen nach germanisch sei und folglich das Polentum durchaus katholisch sein müsse. Unter solchen Umständen begegnete sich der Wunsch der Polen, den nationalen und kirchlichen Gegensatz gegen Schweden entschieden zu behaupten, mit dem Bedürfnis des Königs, sich im Interesse seiner Macht und seiner Ansprüche, die durch den unzuverlässigen Adel nicht genügend gewahrt waren, auf den Klerus zu stützen. Die ohnehin anscheinend etwas erblich belastete polnische Linie der Wasas kam so ganz in das Fahrwasser der Bigotterie. Im siebzehnten Jahrhundert wurden die Jesuiten allmächtig in Polen und schlugen jede geistige Regung in Ketten und Banden. Der Slawe hat ohnehin wenig Anlage zum Verständnis für einen paritätischen Staat, und was etwa an Streben nach geistiger Selbständigkeit vorhanden war, konnte und durfte nicht aufkommen gegenüber den selbstsüchtigen Interessen der herrschenden Klassen. Die Folge war, daß das Volk unter diesem Regiment immer mehr geistig verkam und schließlich auch die Herrschenden jeden Halt verloren. Damit war dem unglücklichen Volke die letzte Fähigkeit genommen, sich aufzuraffen. Als durch die Bestrebungen der übermächtigen Nachbarn schwere Stürme über Polen hereinbrachen, besaß es weder in seinen politischen Einrichtungen, noch in seinen wirtschaftlichen Hilfsquellen, noch in seiner geistigen und sittlichen Verfassung die erforderliche Widerstandsfähigkeit, um sich vom Untergang zu retten.

Es kann hier nicht die Aufgabe sein, die Umstände und den Verlauf der Tatsachen bei den sogenannten Teilungen Polens näher darzulegen. Sie waren ja nur der notwendige Schlußakt des Trauerspiels, der niemand überraschen konnte. Für die Beurteilung des Polentums kommen sie weniger in Betracht, als die vorangegangene polnische Geschichte, in der

die Beantwortung der Frage zu suchen ist, warum und woran Polen als Staat zugrunde gegangen ist. Dieselbe geschichtliche Betrachtung gibt uns aber auch die Unterlage für die Erkenntnis, daß das polnische Volk nicht nur mit seinem Staate nicht gestorben ist, sondern gerade in dem schimpflichen Untergange seiner staatlichen Existenz ein Mittel zur Gesundung finden konnte. Davon wird im nächsten Kapitel zu handeln sein.

Kapitel 2.

Das polnische Volkstum unter preußischer Herrschaft.

Durch die Teilungen Polens sind die Polen russische, österreichische und preußische Untertanen geworden. Sie sind also zu drei recht verschiedenen Staaten in das allernächste Verhältnis getreten. Für die Beurteilung, wie die Polen selbst ihre Lage auffassen, wird es von der höchsten Wichtigkeit sein, zu beobachten, wie sie sich zu den einzelnen Teilungsmächten stellen. Da fällt zunächst der eigentümliche Umstand auf, daß unter diesen Teilungsmächten Preußen diejenige ist, die von den Polen mit dem unversöhnlichsten Hasse beehrt wird.

Das könnte seinen Grund vielleicht darin haben, daß die Polen dem Königreich Preußen die Hauptschuld an der Vergewaltigung Polens beimessen. Die Geschichte lehrt aber ganz zweifellos das Gegenteil. Bei der ersten Teilung Polens war Rußland der Hauptschuldige. Für König Friedrich den Großen war es nur eine einfache politische Pflicht, in dem Augenblick, wo Polen als wehrlose Beute dem russischen Einfluß preisgegeben war, die Hand auf Westpreußen zu legen. Dieses Land war schon einmal deutsch gewesen; es hatte zu dem Besitz des deutschen Ordens gehört, dessen unbestrittener Rechtsnachfolger der König von Preußen war. Das Land war von den Polen dem deutschen Orden ge-

waltsam entrissen worden, und wenn auch durch vertragsmäßige Anerkennung dieser Eroberung ein politisches Besitzrecht geschaffen war, so brauchte doch die Politik dieses Recht nicht anzuerkennen. Endlich durfte Friedrich der Große ein notwendiges Verbindungsglied zwischen Ostpreußen und seinen deutschen Besitzungen nicht einer Entwicklung überlassen, die es ohne sein Eingreifen in russischen Besitz gebracht hätte. Der Anteil Preußens an der ersten Teilung Polens beschränkte sich also auf das durch die politischen Verhältnisse gebotene geringste Maß.

Etwas anders war die Stellung Preußens zur zweiten und dritten Teilung Polens. Hier ging Preußen allerdings von der Ansicht aus, daß es die durch den ersten Teilungsvertrag mit Rußland und Österreich gegebenen Vorteile auch in den weiteren Folgerungen nicht aus der Hand geben dürfe. Der Nachfolger des großen Königs tat anscheinend dasselbe, was sein Vorgänger im Jahre 1772 getan hatte, und doch war es nicht dasselbe. Man kann diese Politik in Anbetracht der eigentümlichen Umstände und der politischen Grundsätze jener Zeit nicht allzuhart verdammen, zumal es leicht ist, nach hundert Jahren auf die Irrtümer der Vergangenheit Steine zu werfen. Immerhin kann man heute ruhig zugeben, daß im Jahre 1792 und den folgenden Jahren Preußen der Mitschuldige einer Gewaltpolitik wurde, der es — ohne Rücksicht auf die wahren Interessen und Aufgaben des Staates — nur auf Landbesitz ankam. Der gefährliche Irrtum, den Preußen damals beging, als es sich seinem politischen Beruf zuwider einen völlig fremden Länderkomplex aufhalste, gehört jedoch längst vollständig der Vergangenheit an. Preußen hat diesen Irrtum schwer gebüßt; es ist diesen fremden Besitz losgeworden und hat ihn nicht wieder begehrt.

Wie steht es nun aber mit der Provinz Posen? Ist sie nicht ein Teil jenes Besitzes aus der Teilung von 1793?

Das iſt wohl richtig, aber die Provinz Poſen iſt dem preußiſchen Staat durch den Wiener Kongreß auf Grund eines vollſtändig neuen Rechtstitels zugeſprochen worden. Es wäre töricht geweſen, dieſes weit in das deutſche Land hinausgeſchobene weſtlichſte Stück des ehemaligen Königreichs Polen, die natürliche und notwendige Verbindung zwiſchen Schleſien und Weſtpreußen, Rußland zu überlaſſen. Denn nur um dieſe Wahl handelte es ſich damals. Unmöglich konnte Preußen in einer Zeit großer ſtaatlicher Umwälzungen dieſes wirklich in ſeine Intereſſenſphäre fallende, verhältnismäßig kleine Stück Land aus der Hand laſſen, etwa weil es Gewiſſensſkrupel empfand über die Rechtmäßigkeit der zweiten Teilung Polens. Weil die Provinz Poſen nur ein wichtiges Unterpfand iſt für die Sicherheit unſeres Beſitzes, kann man heute eigentlich Preußen kaum noch zu den „Teilungsmächten“ rechnen, und nichts iſt lächerlicher, als aus dieſem Beſitz irgend welche Verpflichtungen des Staates gegen das polniſche Volkstum abzuleiten.

Und doch hat der preußiſche Staat für die Polen mehr getan, als ſogar das alte polniſche Königreich ſelbſt. In dem national-vielgeſtaltigen Öſterreich blieb zwar das polniſche Volkstum als ſolches unbehelligt; Galizien blieb eine vielleicht äußerlich etwas ſtraffer als früher zuſammengehaltene, innerlich aber ihrem alten Weſen treugebliebene Fortſetzung des alten Polenreiches. Etwas Weſentliches iſt dort für die Geſundung und Hebung des Polentums nicht geſchehen. Das ruſſiſche Polen, an dem noch der Scheinname des Königreichs haftete, wurde durch ein ſchlimmes Verhängnis das Verſuchsfeld für die liberalen Schwärmereien Alexanders I. Unter dem ſtarren Selbſtherrſcher Nikolaus I. nahm die Sache ein Ende mit Schrecken. Der Auflehnung gegen die ruſſiſche Herrſchaft folgte die ſchroffſte Knechtung. Die Entwicklung des Landes wurde dauernd niedergehalten, wenn auch dem hartgeprüften Volke aus

dieser bittern Schule brutaler Unterdrückung einige heilsame Erfahrungen erwuchsen. Preußen jedoch war die einzige unter den herrschenden Mächten, die ihren polnischen Untertanen nicht nur volle Rechte gewährte, sondern auch ernste Arbeit daran setzte, das polnische Volk von seiner politischen Krankheit zu heilen.

Dafür hassen die Polen Preußen kräftiger als jeden andern Staat. Was beweist dieser Undank? Er beweist, daß die Polen noch heute nicht polnisch sprechende Einzelmenschen, sondern ein Volk sind. Undank ist eine häßliche Sache für den einzelnen Menschen, für ein Volk eine politische Tugend. Ein Volk, das einem andern für erwiesene Wohltaten in der Weise Dank abstatten kann, daß es sein Geschick in die Hände des Wohltäters legt, hat aufgehört, ein Volk zu sein; wenn es das aber nicht vermag, so beweist es damit, daß es noch politisch empfindet. Ein Volk als Ganzes muß eben das höchste Moralgesetz in der Pflicht der Selbsterhaltung sehen, und wie auch der einzelne Volksangehörige seinen Pflichtenkreis gegenüber der Gesamtheit seiner Mitmenschen bestimmen mag, der Volksgemeinschaft gegenüber kann dies doch nur soweit gelten, als jenes höchste Gesetz erfüllt ist. Es kann also geradezu als Kennzeichen der Lebenskraft eines Volkes gelten, wenn in seinen Gliedern das Gefühl für die Erhaltung des Volkstums so stark ist, daß es sogar anscheinend näher liegende moralische Erwägungen, sowie den Wunsch nach materiellem Wohlbefinden vollständig zurückzudrängen vermag.

Wenn schon die Betrachtung der früheren polnischen Geschichte ernste Bedenken erwecken muß, ob die herkömmliche Meinung von der angeborenen, rettungslosen politischen Unfähigkeit der Polen richtig ist, so muß die weitere Entwicklung des Polentums unter preußischer Herrschaft diesen Glauben noch stärker erschüttern, ja geradezu umstürzen. Es sieht beinahe aus, als ob Preußen den geschichtlichen

Beruf gehabt hätte, die Polen auf den richtigen Weg zu weiſen. Die Tätigkeit des preußiſchen Staates für ſeine Polen hat fürwahr darin beſtanden, daß alle die Übelſtände hinweggeräumt wurden, die den Untergang des polniſchen Reiches herbeigeführt hatten, und ſiehe da! Dieſelben Polen, die in allen Schulſtuben, Hörſälen und Verſammlungslokalen als verkommenes, unfähiges, kurz und gut totes Volk längſt gründlich abgetan waren, ſtanden alsbald als eine lebendige Gemeinſchaft voll kräftigen Eigenlebens da, die politiſches Empfinden beſaß und gar nicht daran dachte, auf ihre Zukunft zu verzichten. Das bedarf noch einer näheren Beleuchtung.

Wir hatten den Untergang Polens in der Hauptſache auf drei Urſachen zurückgeführt: 1. die unglückliche Verfaſſung, 2. das Fehlen genügender Impulſe zur Entwicklung eines vielſeitigeren wirtſchaftlichen Lebens, aus dem ein kräftiger Bürgerſtand hervorgehen konnte, 3. die künſtliche Niederhaltung jedes geiſtigen Aufſchwungs. Was den erſten Punkt anbetrifft, ſo haben die Polen zwar ihre Selbſtändigkeit eingebüßt, aber ſie haben innerhalb des preußiſchen Staates das volle, unverkürzte Bürgerrecht erhalten und ſind dadurch ganz von ſelber, mochten ſie von ihren Rechten bewußten Gebrauch machen oder nicht, in die geſetzliche und ſoziale Ordnung des Staates hineingewachſen. Der Adel wurde dadurch ganz von ſelbſt der für das Gemeinweſen ſchädlichen Vorrechte beraubt; der Bauernſtand wurde aus dem Hörigkeitsverhältnis zu einer regierenden Kaſte befreit und als freier Erwerbsſtand geſchützt; für einen wirklichen Bürgerſtand war nun überhaupt erſt der Raum geſchaffen. Alles, was an den preußiſchen Staatseinrichtungen geſund und erprobt war, wurde ohne weiteres auf die Gemeinſchaft der preußiſchen Polen übertragen, und zwar gründlicher und ausgiebiger, als es je eine Reform in einem ſelbſtändigen polniſchen Staatsweſen vermocht hätte.

Es traten daher auch die natürlichen Wirkungen ein. Indem die preußischen Polen die Wohltaten der preußischen Staatsordnung rein passiv auf sich wirken ließen, gelangten sie zunächst zu einer sozialen Neuordnung und Wiedergeburt. Gegenüber einem solchen ungeheuren Gewinn fiel zunächst der Mangel politischer Selbständigkeit gar nicht ins Gewicht. Die Polen hüteten sich überdies mit dem ihnen eigenen nationalen Instinkt, sich für die wirklichen Lebensinteressen des preußischen Staates irgendwie aktiv zu betätigen. Sie haben dies stets nur soweit getan, als sie es tun mußten oder ihrem eigenen Volkstum damit nützlich zu sein glaubten. Vereinzelte Ausnahmen hat es natürlich gegeben, aber sie werden seltener, je mehr die innerliche Wiedererstarkung des polnischen Volkstums vorschreitet.

Infolge der sozialen Wiedergeburt und der Angliederung an ein großes, zwar nicht sonderlich wohlhabendes, aber doch durch Fleiß und Ordnung aufstrebendes Staatswesen wurden die preußischen Polen zugleich der wirtschaftlichen Vorteile teilhaftig, die ihnen früher verschlossen waren. Neue Straßen, Wasserwege, Häfen öffneten sich ihnen; mit den neuen Verbindungen zeigten sich neue Erwerbsmöglichkeiten. Und nun geschah das wirklich, was das alte polnische Reich niemals zustande gebracht hatte und was nach der Meinung der neunmal Klugen dem polnischen Volke überhaupt nicht möglich sein sollte: es entstand ein polnischer Bürgerstand. Und zwar nicht nur eine bestimmte Schicht, die äußerlich nach ihrer Tätigkeit als Handwerker und Kaufleute allenfalls so genannt werden konnte, sondern ein wirklicher, kräftiger, sich durch Erwerb und Bildung betätigender Mittelstand mit allen Kennzeichen eines solchen, wie in Deutschland. Daß infolge dieser Umbildung die preußischen Polen allmählich immer mehr die Untugenden abstreiften, die in dem bekannten Begriff der „polnischen Wirtschaft" bei uns einen sprichwörtlichen Ausdruck gefunden haben,

kann nicht wundernehmen. Am meiſten haben dazu die Einrichtungen beigetragen, die den Polen gerade durch Preußen als etwas ganz Neues und ſehr zum Mißvergnügen Gereichendes gebracht wurden, nämlich die allgemeine Wehrpflicht und die allgemeine Schulpflicht.

Die allgemeine Wehrpflicht begünſtigt die körperliche und moraliſche Entwicklung des Volkes; ſie mußte alſo beſonders einem Volke zugute kommen, das in ſeinen früheren traurigen ſozialen Verhältniſſen zu Trunk, Unreinlichkeit und Unordnung geradezu erzogen worden war. Neben dieſem beſſernden und ſtählenden Einfluß barg die Einrichtung freilich, vom polniſchen Standpunkt aus geſehen, eine gewiſſe Gefahr für das polniſche Volkstum. Nichts hat von dem polniſchen Volkstum ſo viele tüchtige Elemente abgeſprengt, ſie ihren polniſchen Idealen entfremdet und zu guten preußiſchen Staatsbürgern gemacht, als eben das Heer. Man kann ſagen: Was in Deutſchland polniſche Namen trägt und doch heute im deutſchen Lager ſteht, iſt zum größten Teil durch das Heer gewonnen worden. Wir haben an dieſer Stelle noch nicht die Frage aufzuwerfen, warum man das auf deutſcher Seite nicht beſſer ausgenützt hat; wir wollen hier nur unterſuchen, welche Wirkungen der Heerdienſt auf die Maſſe des polniſchen Volkes ausgeübt hat, ſoweit dieſe aus ſpäter zu erörternden Gründen dem germaniſierenden oder vielmehr zunächſt „boruſſifizierenden“ Einfluß des Dienſtes nicht unterlag. Hier wird man ſich vor allem den allgemein disziplinierenden Einfluß vergegenwärtigen müſſen. Freilich wird von mancher Seite eingewendet werden, das falle wenig ins Gewicht, weil die untern Klaſſen des polniſchen Volkes von jeher an Gehorſam und Unterwürfigkeit gewöhnt ſeien, alſo die Disziplin als Rekruten ſchon mitbrächten. Dieſe Beobachtung iſt äußerlich richtig, trifft aber doch nicht den Kern der Sache. Der polniſche Bauer und Arbeiter war allerdings an Gehorſam

gewöhnt. Er kannte diese Pflicht als etwas einseitig ihm Auferlegtes, als eine Tatsache, der sich der Schwache beugen müsse; er sah es als zufällige Gnade an, wenn ein gütiger Herr ihm seine Pflicht leicht machte. Nicht gewöhnt aber war er an die Anschauung, daß das Verhältnis der Unterordnung für Vorgesetzte und Untergebene gegenseitige Pflichten in sich schloß, daß das Ganze einer sittlich begründeten Ordnung diente, deren Glieder bei dem strengsten Gehorsam doch nichts von einem menschlich berechtigten Selbstbewußtsein zu opfern brauchten. Diese ganz andere ethische Auffassung des Gehorsams als einer freiwilligen Einfügung in eine notwendige Ordnung, diese Auffassung, so völlig verschieden von dem sklavischen Beugen unter Willkür und Rechtsübermacht, hat das polnische Volk erst durch den preußischen Heerdienst kennen gelernt. Die Einimpfung dieser allein wirksamen Disziplin hat sich in der ganzen Entwicklung der Polen unter preußischer Herrschaft ganz unverkennbar geltend gemacht.

Ganz ähnlich hat die allgemeine Schulpflicht gewirkt, indem sie dem polnischen Volke die geistige Befreiung brachte, ohne die eine regere Entwicklung des ganzen materiellen und sittlichen Lebens nicht denkbar gewesen wäre. Es war natürlich schwer, sofort eine durchgreifende Wirkung in dem zwar geistig begabten, aber Jahrhunderte hindurch geistig geknechteten Volke zu erzielen. Noch mehrere Menschenalter hindurch konnte es nicht ausbleiben, daß die Zahl der Analphabeten in diesen Landesteilen größer blieb, als irgendwo anders in Deutschland. Aber diese Zahl sinkt doch immer mehr, und es ist bereits erreicht, daß das geistige und sittliche Niveau der untern Klassen unter den preußischen Polen ganz außerordentlich erhöht worden ist. Jedenfalls hat der preußische Staat mit seiner Schule auch die dritte der Ursachen unwirksam gemacht, auf die wir den Untergang des polnischen Reiches zurückgeführt haben.

Erwähnt wurde ſchon der lediglich durch die natürliche Wirkung der preußiſchen Geſetze und Einrichtungen entſtandene polniſche Mittelſtand. Er iſt ſchon jetzt der wahre Träger des polniſchen Nationalgeiſtes geworden und wird es immer mehr. Auch ein ſehr bedeutender Teil der ehemals bevorrechteten „szlachta“, des zahlreichen niederen Adels, hat ſich ihm ſchon zugewendet. Die Geiſtlichkeit rekrutiert ſich zum größten Teil aus dem Mittelſtande und ſucht an ihm, nicht mehr an dem grundbeſitzenden Adel, Anlehnung. So iſt an die Stelle des unruhigen, herrſchſüchtigen und dabei leichtſinnigen Szlachcic vom alten Schlage, der zielbewußte, verſchlagene, fleißige und energiſche, dabei womöglich noch fanatiſchere Geſchäftsmann, Fabrikant, Arzt, Rechtsanwalt, Apotheker, Lehrer uſw. getreten. Es iſt nicht nötig, die weittragenden Folgen einer ſolchen ſozialen Neuſchöpfung näher auseinander zu ſetzen; es liegt auf der Hand, daß damit das erreicht worden iſt, wovon man früher zu behaupten pflegte, das polniſche Volk könne es infolge natürlicher Unfähigkeiten niemals erreichen.

Es wäre aber doch ebenſo unrichtig als ungerecht, den ſozialen und wirtſchaftlichen Aufſchwung des Polentums in Preußen ganz ausſchließlich auf das Konto des preußiſchen Staates zu ſetzen. Auch die ruſſiſchen und öſterreichiſchen Polen, von denen die erſteren brutal unterdrückt, die letzteren ziemlich ſich ſelbſt überlaſſen waren, ſind ganz andere Leute geworden, als ihre Vorfahren, die ihr Vaterland in Schimpf und Schande brachten. Man darf nicht überſehen, daß das Polentum auch von innen heraus und durch eigene Kraft einen bemerkenswerten ſittlichen und geiſtigen Aufſchwung genommen hat. Ein ſo ſchwerer Schickſalsſchlag, wie ihn das polniſche Volk mit dem Untergang ſeiner Freiheit erlitt, iſt an ſich wohl geeignet, auch den Leichtfertigen und Leidenſchaftlichen zur Beſinnung zu bringen. Und ein ſolches Beſinnen auf ſich ſelbſt kann denn auch bei dem

polnischen Volke festgestellt werden. Was noch in diesem Volke an edler, ehrenhafter Gesinnung erhalten war, wurde durch das nationale Unglück an die Oberfläche getrieben und zur Betätigung gedrängt. Nachdem die erste lähmende Wirkung der furchtbaren Niederlage und der Auslöschung des polnischen Reiches von der Karte Europas überwunden war, gaben die Umwälzungen der napoleonischen Zeit den ersten Hoffnungsstrahl. Während die Besten der Nation unter den napoleonischen Adlern ihr Rachegefühl an dem Zwingherrn Polens zu kühlen versuchten, berauschten sie sich zugleich an dem Kriegsruhm des großen Eroberers und an den Hoffnungen auf die künftige Freiheit ihres Vaterlandes. Ein großer Schwung kam in dieses eben noch so tief gesunkene Geschlecht. Er verschaffte zuerst dem lange künstlich niedergehaltenen geistigen Leben freie Bahn. Auch die Kirche legte ihm nun nichts mehr in den Weg. Erstens fehlte es ihr in dieser Zeitperiode an der Macht dazu, und zweitens erkannte sie, daß von diesem patriotischen Aufflammen zur religiösen Begeisterung und zum inbrünstigen Anschluß an die mächtigen Anregungen der Phantasie, die gerade die kirchlichen Vorstellungen gewährten, leicht die Brücke geschlagen war. Es war die Gelegenheit, Waffen zu schmieden gegen das ketzerische Preußen und die russischen Schismatiker.

So erwachte der polnische Nationalgeist schnell zu unvermuteter Kraft. Man fand wieder Ideale, für die man sich opferbereit fühlte, und daraus erwuchs der mächtigste Antrieb, den es für die Entwicklung nationalen Lebens geben konnte, eine Blütezeit der Nationalliteratur. Was das sagen will, haben wir Deutschen selbst in der Zeit politischer Zerrissenheit erfahren. Wir müssen auch den Polen darin gerecht werden. Wenn sie auch nur einen Mickiewicz hervorgebracht hätten und dieser weiter nichts geschrieben hätte, als seinen „Pan Tadeusz“, so würde das Beachtung verdienen. Die Unreife, ja teilweise Lächerlich-

keit der damaligen polniſchen Bewegung mit ihrer etwas theatraliſchen Färbung, ihrem naiven Glauben an die Uneigennützigkeit Napoleons und ihrer tränenſeligen Empfindſamkeit darf uns nicht blind machen gegen die Tatſache, daß das vaterländiſche Empfinden der Polen alle ihre Lebenskreiſe durchdrang und eine große Fruchtbarkeit bewies. Mit großem Eifer ſtudierte nun die polniſche Jugend Geſchichte und gewöhnte ſich daran, die verſchiedenſten Wiſſensgebiete unter nationalen Geſichtspunkten zu betrachten. Man erhitzte ſich die Köpfe um die Frage, ob Kopernikus ein Deutſcher oder ein Pole geweſen ſei, und ſuchte der polniſchen Wiſſenſchaft, Kunſt und Literatur einen Platz in der Achtung der Völker zu erwerben. Dieſem Streben kam die Richtung des Zeitalters nach den Befreiungskriegen zu Hilfe. Die Romantik war dem polniſchen Volksgeiſt jener Tage durchaus kongenial. Auf dem Boden und im Geiſte der Romantik iſt das Bedeutendſte der polniſchen Literatur erwachſen. Etwas von dem Geiſte Lord Byrons kam über dieſe heißblütigen, unſteten und erregbaren Naturen, die damals die polniſche Jugend zu opfermutigen Freiheitsträumen mit ſich fortriſſen. Selbſt für weitherzige, mit univerſaler Bildung geſättigte Naturen, wie Mickiewicz, der in Goethe ſeinen poetiſchen Leitſtern verehrte, wurde der Dichterberuf zu einer nationalen Prophetenrolle. Mickiewicz fühlte ſich dadurch faſt zur Höhe myſtiſcher Verzückungen emporgetragen; jedes Leid ſeines Volkes empfand er als ſelbſterlebtes. In einer Sprache von faſt bibliſcher Gewalt und einer Schönheit, die bis dahin kaum jemand in dem als barbariſch verſchrienen Polniſch geſucht hatte, geſtaltete er in ſeinen Vorleſungen, in ſeinen tief empfundenen Liedern, in ſeinen „Büchern vom polniſchen Volk und der polniſchen Pilgerſchaft“ und andern Schriften alles, was ſein Volk im tiefſten Innern bewegte. Vor allem aber gab er in ſeinem „Pan Tadeusz“ (Herr Thaddäus) ein Meiſterwerk von ganz

eigenartiger Bedeutung. Mit tiefem und liebevollem Verständnis zeichnete er hier ein farbenfrisches Bild nationaler Art und Sitte und hielt dem stumpf gewordenen Sinn seiner Landsleute und ihren getäuschten Hoffnungen vor, was in ihrem Leben noch wurzelecht, gesund und keimfähig war. Der Däne Georg Brandes, der in seinem Buche über Polen viel Verkehrtes geschrieben hat, trifft doch auf diesem literarischen Gebiet, auf dem er zu Hause ist, durchaus das Richtige, wenn er den „Pan Tadeusz" „die einzige Epopöe des Jahrhunderts" nennt. Er führt folgendes aus: „Die Zahl epischer Dichterwerke von bleibendem Werte ist bekanntlich sehr gering. — — — Sie gehören meist fernen Zeiten an. Es beruht darauf, daß sich in dem eigentlichen Epos in der Regel zum ersten Male das naive Selbstbewußtsein eines Volkes ausspricht. Es entsteht, wenn das Volk so klar über sich geworden ist, daß es sich über einen verklärten Widerschein seiner Zustände in der Kunst freuen kann, und doch noch nicht so ziviliſiert geworden ist, daß seine Religion zu Dogmen und seine Gesellschaftsformen zum Polizei- und Rechtsstaate erstarrt sind." Brandes führt dann vortrefflich aus, wie Mickiewicz verstand, das Heroische in seiner eigenen Zeit zu sehen. Er schilderte die Zustände in seinem Heimatlande Litauen, das er „nur mit den Augen des Kindes" gesehen hatte. So wuchsen diese eigenartigen Zustände, in denen es „weder Kommando noch Disziplin" gab, unter der Zauberhand des Dichters in das Heroische hinein, und eben dadurch konnte es sich ereignen, daß die vermeintlichen Symptome des Verfalls, die Ursachen der allgemeinen Verzagtheit nun in ganz anderem Lichte erschienen, nämlich als Quellen einer neuen, nur noch unentwickelten und ungebändigten Lebenskraft. Auch wer als Unbeteiligter das polnische Volk richtig beurteilen will, wird unmöglich an dem Entstehen und der Wirkung eines so eigenartigen Werkes gleichgültig vorübergehen können. Eine

solche Dichtung mußte in der Tat ein Unterpfand dafür werden, daß der Glaube an das Vorhandensein nationaler Lebenskraft im polnischen Volk keine Täuschung war. Und der Aufschwung der gesamten romantischen Dichtung der Polen mußte diese Überzeugung bekräftigen.

Der Geist dieser Zeitperiode, in der der größte Dichter der Westslawen auf der Höhe seines Schaffens stand, hat freilich mit der Zeit eine Veränderung erlitten. Ein jüngeres Geschlecht kam auf, nicht mehr schwärmend und gläubig hoffend, sondern nüchtern, radikal, das überschnell Früchte zu pflücken suchte, wo kaum die Blüte vorüber war. Diesem Geschlecht blieb vor allem das neugestärkte nationale Selbstbewußtsein; mit diesem traten auch die alten Fehler der polnischen Nation wieder schärfer hervor. Man darf aber nicht etwa glauben, das Polentum habe seitdem aufs neue einen Rückschritt gemacht. Im Gegenteil hat diese Periode der verfrühten Erhebungen, Verschwörungen und darauffolgenden Enttäuschungen das polnische Volk, ohne seine natürliche Wiedererstarkung zu hindern, in eine besondere Schule genommen; sie hat ihm die wertvolle Kunst vermittelt, die Fehler des Gegners auszunutzen. Davon nachher noch ein Wort; hier mag noch ein wichtiger Umstand festgestellt sein. Auch in diesen nachromantischen Zeiten nämlich blieb eins bestehen: die Würdigung der gemeinsamen geistigen Besitztümer in Literatur und Kunst. Leider darf man sich nicht verhehlen, daß in unsern östlichen Provinzen die Polen in dieser Beziehung den Deutschen voran sind. Selbstverständlich bezieht sich dieses Urteil nicht auf den Umfang und Grad der nationalen Kultur und Bildung oder auf die Rangstufe, die der polnischen Literatur und Kunst in der Welt zukommt. Tatsache ist nur: Wo überhaupt Bildung im polnischen Volk zu finden ist, da ruht sie auf nationalem Grunde, und andrerseits — was polnische Literatur und Kunst irgend geleistet hat, ist wirkliches

Gemeingut der Gebildeten. Es gibt bekanntlich vortreffliche, feingebildete Deutsche, die als solche auch ganz gute Patrioten sind, die aber doch mit ihrem Volkstum recht wenig geistige Berührungspunkte haben. Nicht als ob ihre Bildungsideale nur aus fremden Quellen vermittelt sind —, auch die Nationalpolen besitzen meist klassische oder deutsche Bildung —, sondern sie wissen ihre geistigen Bestrebungen und Ideale außerhalb des spezifisch Nationalen und davon unabhängig zu pflegen. Sie meinen aus einer geistigen Höhe herabzusteigen, wenn sie sich um vaterländische und öffentliche Interessen kümmern, und setzen einen gewissen Stolz darein, auf das Getriebe der Politik als Unbeteiligte herabzusehen. Andrerseits spielen bei dem, was uns Deutsche eigentlich zusammenführt, die Schätze unserer nationalen Bildung, eine höchstens mittelbare Rolle. Anders bei den Polen. Alles, was die Familien der gebildeten Kreise miteinander verbindet und über das Alltägliche hinausgeht, trägt nationales Gewand. Es ist in den führenden Kreisen der polnischen Nation seit einigen Menschenaltern ein neues geistiges Leben entstanden, das in seinem Wesen durch die deutsche Schulbildung nicht gestört, vielmehr infolge der dadurch bewirkten geistigen Erweckung nur gefördert worden ist und das seinen Brennpunkt ganz und gar in der nationalen Idee findet. Ich habe schon angedeutet, daß auch die Kirche keinen Anlaß mehr hatte, einem Aufschwung dieser Art Hindernisse zu bereiten. Früher freilich hatte die Kirche ein Interesse daran gehabt, mit Hilfe der Staatsgewalt über die Geister zu herrschen. Seit aber die Polen unter einer fremden Staatsgewalt standen, die allgemeine Duldung gewährte, lag der Vorteil der Kirche nunmehr darin, das katholische Polentum gegen das unbequeme, im Osten überwiegend protestantische Deutschtum auszuspielen, und so half die Kirche das geistige Rüstzeug für diesen Kampf stärken.

Je mehr man sich in diesen Entwicklungsgang vertieft

und Beobachtungen sammelt, desto mehr muß man zu der Überzeugung kommen, daß die nationale Wiedergeburt der Polen ein natürlicher Prozeß ist, der aus geschichtlichen Gründen nicht zufällig kam, sondern kommen mußte; er ist die Folge der gesamten politischen, wirtschaftlichen und moralischen Einflüsse, denen das polnische Volk nach dem Verlust seiner staatlichen Selbständigkeit unterworfen war. Es zeigt sich vor allen Dingen, daß die Teilung das nationale Einheitsgefühl in keiner Weise berührt hat. Es wäre gefährliche Täuschung, anzunehmen, daß der russische Pole in irgend einer Lebensfrage, die sein Volk angeht, anderer Meinung sei, als der Galizier oder der preußische Pole. Die berüchtigte Lemberger Rede des Herrn v. Koscielski im Jahre 1894 enthielt in der Stelle, die von den galizischen Blättern unbefangen wiedergegeben, von der Posener Polenpresse aber sorgfältig ausgemerzt und abgeleugnet wurde, die volle Wahrheit, insofern sie feststellte, daß farbige Linien auf der Landkarte den Körper eines Volkes nicht zerreißen könnten. Es ist notwendig, diese unbequeme Wahrheit mit voller Schärfe herauszuheben, weil man es neuerdings liebt, sich weit mehr mit unserer „Behandlung" der Polen zu beschäftigen, als mit ihrer eigenen „Entwicklung". Der Streit wogt immer um die Frage, ob die Polen zu gut oder zu schlecht behandelt seien, und jeder sucht die Erscheinungen der Wirklichkeit von diesem Gesichtspunkt aus für seine Ansichten zu deuten. Es ist klar, daß diese Auffassung der Frage zu einer unerschöpflichen Fehlerquelle werden muß. Denn wenn das Polentum ebensowohl bei „guter", als bei „schlechter" Behandlung unbeirrt in der Aufwärts-Entwicklung bleibt, so ist die natürliche Folge, daß die Politiker, die nur auf diesen Punkt ihr Augenmerk gerichtet haben, sich beständig gegenseitig die Verkehrtheit und Nutzlosigkeit ihrer Bestrebungen vorwerfen werden, und das natürlich mit einem Schein des Rechts.

So ist die preußische Polenpolitik im neunzehnten Jahrhundert nichts anderes gewesen, als eine Reihe von Schwankungen. Nicht dadurch ist das Polentum erstarkt, aber die Polen haben die Lage ausgenutzt. Sie haben sehr wohl erkannt, daß diese Schwankungen aus einer Verkennung oder mindestens oberflächlichen Betrachtung der ganzen Lage entsprangen, daß die Regierung einem Kurpfuscher glich, der auf nebensächliche Symptome kurierte, statt den Sitz der Krankheit zu bekämpfen, daß die beständigen Beobachtungen der augenblicklichen Wirkungen einer gerade beliebten Behandlungsweise der Polen die systematische Verstopfung der wahren Quellen des polnischen Wachstums geradezu verhinderte. Die Polen haben ausgezeichnet verstanden, ihre Gegner beständig bei diesem Fehler zu erhalten. In Zeiten der sogenannten „Unterdrückung" arbeiteten sie mit fürchterlichen Übertreibungen, dem größten Aufwand an sittlicher Entrüstung und der bündigsten Versicherung, daß sie sich gerade jetzt im Vollbesitz ihres guten Rechts besonders widerstandsfähig fühlten. Das war darauf berechnet, daß ihre Freunde in Deutschland über die Nutzlosigkeit und Brutalität der „verkehrten" Polenpolitik so lange zeterten, bis irgend eine neue Situation, das Eintreten eines neuen Ministers oder eine bequeme Parteikonstellation, der preußischen Regierung nahelegte, in die beliebten „Erwägungen" darüber einzutreten, ob die Leute nicht vielleicht recht hätten. War dann eine Schwenkung vollzogen, so erstieg die polnische Presse den Gipfel der dreistesten Agitation und erging sich in Verhöhnungen des preußischen Staates, so daß selbst die deutschen klerikalen Freunde mitunter ernstlich betrübt und zu sanften Vorhaltungen veranlaßt wurden. Es galt aber jetzt das Eisen zu schmieden, so lange es heiß war, und trotz der freundlichen Stimmung der Regierung den Nationalhaß der Polen nicht einschlafen zu lassen. Denn die polnische Presse mußte bald wieder das Reißen des Geduldsfadens

und die Erneuerung eines ſchärferen Kurſes herbeiführen. Das brauchte ſie notwendig, weil ſonſt mit der Zeit ein wirkſamer Bundesgenoſſe, die deutſche Sentimentalität, leicht verloren gehen konnte. Allzuviel darf man auch den beſten Freunden und den dümmſten Geſellen nicht zumuten; es gehen ihnen doch einmal die Augen auf. Daher braucht das Polentum zwiſchendurch etwas „Martyrium“ und „Unterdrückung“ wie das tägliche Brot. Dieſes Martyrium iſt das denkbar leichteſte und angenehmſte, denn von einer ernſthaften Schädigung an materiellen Gütern oder geiſtiger Freiheit kann ja, ſofern nicht grobe Geſetzesverletzungen vorliegen, bei den Einrichtungen des preußiſchen Staates gar nicht die Rede ſein. Höchſtens müſſen für die wildeſten Äußerungen in der Preſſe die armen Teufel von Redakteuren büßen, und das iſt auch nicht gar zu ſchlimm. Denn die Geldſtrafen werden als allgemeine nationale Kriegskoſten angeſehen, und wird einer eingeſperrt, nun — man ſtirbt nicht daran! Den nationalen Führern ſowohl, als der Maſſe des Volkes geht es ausgezeichnet; ihnen tut ja niemand etwas zu leide.

Daß bei ſolcher Politik der Schwankungen das Polentum recht gut gedeiht, liegt auf der Hand. Mehr noch fällt ins Gewicht, daß die Sucht, zu experimentieren und in die Augen fallende Erfolge zu erreichen, einen durchdachten und ſyſtematiſchen Plan verhindert, um dem Deutſchtum innerhalb des preußiſchen Gebietes die Oberhand zu ſichern und das Wachstum der polniſchen Nationalität in dieſem Gebiet unmöglich zu machen.

Es würde über den Zweck dieſer Schrift hinausgehen, hier eine Geſchichte der preußiſchen Polenpolitik im neunzehnten Jahrhundert zu ſchreiben. Das iſt um ſo weniger notwendig, als bereits gute Bücher darüber erſchienen ſind und dieſen Teil der Polenfrage zur Genüge beleuchten. Hier ſollte nur gezeigt werden, aus welchen Gründen und

in welchem Umfange die Verhältniſſe ganz ohne bewußtes Zutun der Beteiligten ſich ſo geſtalten mußten, daß das polniſche Volkstum ſeit dem Untergange des polniſchen Reiches eine Wiedergeburt und Aufwärtsbewegung durchmachte, die das allgemeine deutſche Vorurteil, die Polen ſeien ein untergegangenes Volk, völlig Lügen ſtraft. Wir aber müſſen das polniſche Volk ſo nehmen, wie es iſt, nicht wie es uns eine auf falſchen Theorien beruhende Überlieferung oder eingewurzelte Gedankenloſigkeit ſchildert.

Kapitel 3.

Die Hoffnungen der Polen.

Auf der gewonnenen Grundlage erſt läßt ſich die Frage ſtellen, was die Polen eigentlich von der Zukunft für ſich erhoffen. Nur wenn wir wiſſen, was ſie *ſind*, können wir wiſſen, was ſie *wollen*. Sind die Polen ein *Volk*, ſo müſſen ſie einen *Staat* wollen. Das iſt eigentlich ganz ſelbſtverſtändlich. Einfache Überlegung muß uns ſagen, daß für die Beurteilung der Ziele des Polentums nicht die Ausſage einzelner Polen, ſondern nur der Zuſtand und die natürliche Entwicklung des Polentums auf Grund objektiver Beobachtung maßgebend ſein kann. Das Ergebnis dieſer Beobachtung kann nur die Überzeugung ſein, daß ein Volk, das ſeine Sprache und Art, ſowie den vollen Glauben an ſich mit Bewußtſein und voller Kraft bewahrt, das eine ſelbſtändige Literatur und Kunſt erzeugt hat und pflegt, das in ſozialer Beziehung die Struktur der großen Kulturvölker Weſteuropas angenommen hat, das in ſeinem Erwerbsleben ſelbſtändig und auf nationaler Grundlage unabläſſig vorwärts ſchreitet, das ſich der Zahl nach beſtändig vermehrt und von ſeinem Zuwachs wenig oder nichts an fremde Nationalitäten abgibt, — daß ein ſolches Volk in

seiner großen Mehrzahl, wenn nicht in seiner Gesamtheit ganz unmöglich dabei stehen bleiben kann, sich als Bestandteil verschiedener fremder Staaten zu fühlen.

Nicht allen Polen ist nach dem Untergang ihres Reiches von Anfang an klar gewesen, welche Wirkungen sich aus der neuen Lage ihres Volkes ergeben würden. In den ersten Menschenaltern nach den Teilungen Polens verharrten die unteren Schichten noch in einer Art von Erstarrung, und wenn sie etwas fühlten, so waren es zunächst nur die Wohltaten des preußischen Regiments. Der polnische Bauer von damals hatte noch die alte Szlachcicen-Wirtschaft am eigenen Leibe erfahren; darum wurde er unter den neuen Verhältnissen ein loyaler Preuße. Und ebenso gab es unter den verständigen und gebildeten Edelleuten der ehemals polnischen Landesteile Preußens eine Anzahl, die das klar erkannte und aus Liebe zu ihrem Volk dieses nicht dem Schicksal aussetzen wollte, das die russischen Polen infolge ihrer unüberlegten Erhebung gegen die Fremdherrschaft getroffen hatte. Diese Edelleute — als Beispiel seien hier nur die Grafen Raczynski angeführt — verzweifelten wohl in der Tat an der Zukunft ihres Volkes und glaubten nichts Besseres tun zu können, als in aufrichtiger Ergebung in die Schickungen des Himmels die Pflicht gegen die jeweilige Staatsgewalt als ernsthafte, endgültig zu erfüllende Aufgabe anzusehen.

Konnte aber diese Meinung unter den Polen, die ihr Volk liebten, erhalten bleiben, als sie aufmerksame Zeugen der weiteren Entwicklung der Dinge wurden? Man muß diese Frage, wenn man sie unbefangen an der Hand der Geschichte zu beantworten sucht, entschieden verneinen. Wenn es noch vor fünfzig oder sechzig Jahren einen Grafen Eduard Raczynski und ähnliche Persönlichkeiten geben konnte, heute — das kann man getrost sagen, ohne jemand unrecht zu tun, — gibt es solche Polen nicht mehr, auch nicht

unter denen, die ihre Staatsbürgerpflichten zurzeit gewissenhaft erfüllen. Natürlich darf man sich nicht nach den üblichen Versicherungen in Parlamentsreden, wie sie zur Abwehr gegnerischer Beschuldigungen gegeben werden, oder nach den Ergebenheitsadressen und ähnlichen Kundgebungen, die gelegentlich den Herrschern persönlich dargebracht werden, richten. Heute rechnen alle Polen mit der Hoffnung auf die Wiederherstellung eines selbständigen, alle Bruchstücke ihres Volkes umfassenden Nationalstaates und handeln in diesem Sinne, soweit ihnen Spielraum gegeben ist. Das hat eben seine natürlichen Gründe in der vor Augen liegenden Entwicklung des Polentums. Man gebe sich keinen Illusionen hin und frage sich lieber ehrlich: Würde man es als Pole anders machen, sobald man den Glauben an die Lebenskraft seines Volkes zurückgewonnen hat? Und das haben sie alle; man verlasse sich darauf!

Es fragt sich, ob das bezeichnete natürliche Ziel des Polentums überhaupt erreichbar ist. Von der inneren Fähigkeit des Polentums, sein Ziel zu erreichen, brauchen wir nach dem Vergangenen nicht mehr zu reden. Die weitere Frage ist die, ob auch die äußeren Voraussetzungen für die Wiederherstellung Polens einmal gegeben sein können. Dabei kann es sich natürlich nicht um die Kunst des Prophezeiens handeln, sondern nur um die Erkenntnis, wie und auf welchem Wege die Polen die Verwirklichung ihrer Hoffnungen zu erlangen glauben. Wir müssen wissen, nach welchem Plan die Polen handeln; erst dann können wir kritisieren.

Wollen wir bei der Erforschung der Gedanken und Meinungen der Polen nicht in die Irre gehen, so müssen wir daran denken, daß auch Temperament und nationale Eigenart des Volkes hier ins Spiel kommen. Es ist ja im Alltagsleben des einzelnen nicht anders. Ein Wanderer hat einen Weg vor sich. Ist das Ziel weit, der Weg dahin

schwer zu erkennen und mit Hindernissen umgeben, so bleibt der vorsichtige Wanderer lieber noch in der Herberge; der kühne und temperamentvolle macht sich vielleicht doch noch auf den Weg und sucht ein Stück hinter sich zu bekommen, so gut es eben geht, und auf die Gefahr hin, daß er im Freien kampiert. So werden auch die Völker verschieden verfahren. Die Polen sind eben anders veranlagt als wir.

Wir können diesem nervösen und leidenschaftlichen Volke nicht klar machen wollen, wie alles das, was ein Deutscher unter gleichen Umständen etwa tun würde, auch für Polen das einzig Mögliche und Vernünftige sein müsse. Das heißblütige Temperament dieses Volkes, das Überwiegen der Stimmungen und Empfindungen über verstandesmäßige Erwägungen, endlich das stark hervortretende Bedürfnis, sich im Tun und Lassen an eine gleichgestimmte Masse anzulehnen, — das alles sind Momente, die dabei in Rechnung gestellt werden müssen.

Dabei darf man die heutigen Zukunftspläne der Polen nicht an denen der Vergangenheit messen. Sie haben zuerst wiederholt Aufstände zur Wiedererlangung ihrer staatlichen Selbständigkeit unternommen, und zwar unter Verhältnissen, wo ein nach nüchternen Berechnungen handelndes Volk sich die Notwendigkeit des Mißlingens hätte vorhersagen müssen. Diese Torheit freilich haben die Polen zu schwer büßen müssen, als daß sie geneigt sein könnten, sie zu wiederholen. Die Polen, die noch jetzt nach dem Muster ihrer Väter an Aufstandsversuche und direkte gewaltsame Losreißung denken, sind zu zählen. In dieser Beziehung ist auch die polnische Leidenschaft durch die bittere Schule des nationalen Unglücks diszipliniert worden. Jetzt richtet vielmehr das polnische Nationalgefühl seine ganze Glut auf das Werk sorgfältiger Vorbereitung und erwartet, unablässig daran arbeitend, den Tag, wo auch die äußeren Bedingungen zur Erfüllung der Träume gegeben sein werden.

Bisher fand das Polentum den günstigsten Anknüpfungspunkt für seine Hoffnungen in Österreich. Auch hier ist das polnische Gebiet zwar der Bestandteil eines fremden Staates geworden, aber die Zusammengehörigkeit aller Bestandteile dieses Staates beruht überhaupt nicht auf nationalen Interessen, sondern ist rein dynastischer Natur. Erst durch die dynastischen Bestrebungen der Habsburger und Lothringer ist auch eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft geschaffen worden. Die einzelnen Nationalitäten, die in diesem Staat zusammengefaßt wurden, brauchten also hier nichts aufzugeben. Sie konnten ihre geschichtlichen Rechte in den einzelnen Kronländern selbständig wahren, sogar nach ihrer Erweiterung streben, und die galizischen Polen sind darin wahrlich nicht zurückhaltend gewesen. Bei alledem konnte freilich die Zentralgewalt des Gesamtstaates Österreich einer gewissen nationalen Stütze nicht entbehren; absolute Farblosigkeit ist in einem monarchischen Einheitsstaat unmöglich. Eine Nationalität mußte also auch in Österreich die Führung übernehmen, gewissermaßen Vertreterin der gemeinsamen dynastischen Interessen werden. Da das österreichische Kaiserhaus deutschen Ursprunges und aus der Zentralgewalt des alten deutschen Reiches hervorgegangen war, so konnte nach geschichtlicher Überlieferung die führende Nation in Österreich nur die deutsche sein. Sie ist es auch gewesen — bis auf die neueste Zeit. Eine Untersuchung wie und warum den Deutschen in Österreich die alte historische Stellung immer mehr verloren geht, gehört nicht hierher. Wir stellen hier nur die Tatsache fest. Gegenwärtig hat das Deutschtum in Österreich an Selbstbewußtsein und innerer Kraft augenscheinlich viel gewonnen. Aber es ist trotzdem nicht mehr der eigentliche Träger der Macht und der Überlieferungen des Gesamtstaates, sondern nur eine der vielen theoretisch gleichberechtigten Nationalitäten, die durch gemeinsame Dynastie und Verfassung ver-

bunden ſind. Freilich iſt es noch immer die erſte und tüchtigſte unter ihnen, aber die alte Stellung hat es trotz ſeines kulturellen Übergewichts eingebüßt. Aber ganz entbehren kann auch das heutige Öſterreich eine ſolche führende Nationalität nicht, wenn auch nicht in dem alten Sinne. Die Dynaſtie kann nicht ganz und gar zwiſchen den Nationalitäten ſchweben; es muß wenigſtens zu einer unter ihnen ein Verhältnis angebahnt ſein, das im Notfall eine Stütze bietet, — auch gegen die Deutſchen, ſeit dieſe aus einem allzeit gefügigen Werkzeug der Dynaſtie im Intereſſe ihrer Selbſterhaltung zu unbequemen Forderern geworden ſind. Von Ungarn als einem ganz ſeine eigenen Wege gehenden Staat iſt hier ganz abzuſehen. In Öſterreich haben es nun die Polen verſtanden, weniger durch moraliſches Übergewicht, als durch kluge Gewandtheit ganz geräuſchlos an die Oberfläche zu kommen, ſo daß ihre Leute bei allen Schwierigkeiten der Politik die geſuchten und unentbehrlichen Macher ſind. Sie leben ſich immer mehr in die vermittelnde und führende Rolle ein. Daß es freilich nicht uneigennützig im Intereſſe des Geſamtſtaates gemeint iſt, zeigt am deutlichſten die Geſchichte der ehemaligen Miniſterpräſidentſchaft des Grafen Badeni. Die Politik dieſes ungeſchickteſten und rückſichtsloſeſten unter den polniſchen Staatsmännern ließ klar erkennen, daß die vermittelnde Betonung der ſogenannten „Gleichberechtigung“ der Nationalitäten für die Polen den Wert hat, daß ſie beſtimmenden Einfluß auf die Slawiſierung Öſterreichs und die Lockerung des hiſtoriſchen Gefüges des Geſamtſtaates gewinnen. Glückt ihnen das, ſo haben ſie freie Hand, die Macht und die Mittel einer europäiſchen Großmacht für den Neuaufbau ihres Nationalſtaates verfügbar zu machen.

Der Plan war, nach Erreichung dieſes nächſten Zieles Galizien die Bedeutung eines ſelbſtändigen polniſchen Nationalſtaates zu geben, der an dem übrigen, alsdann ſo

gut wie vollständig slawiſchen Öſterreich einen kräftigen politiſchen Rückhalt haben würde. Dieſe ſlawiſche Solidarität würde nur noch enger werden, wenn die jetzige Form des Kaiſerſtaates vollends zerfiele; das würde die Selbſtändigkeit dieſes neuen Polens noch deutlicher zum Ausdruck bringen und den letzten Schein einer Abhängigkeit von einem fremden Staatsweſen beſeitigen.

Dann ſtände freilich noch die ſchwere Aufgabe bevor, die alten Gebietsteile Polens wieder anzugliedern und ſich womöglich bis zu den Meeren auszudehnen. Das Mittel dazu ſollte die Herſtellung eines Intereſſengegenſatzes zwiſchen Deutſchland und Rußland ſein. Die Gefahr eines ſolchen Gegenſatzes iſt gegenwärtig durch die inneren Umwälzungen in Rußland näher gerückt, und es wird der ganzen Geſchicklichkeit und Aufmerkſamkeit unſerer Diplomatie bedürfen, um die Mitwirkung polniſcher Intereſſen bei der Geſtaltung der deutſch-ruſſiſchen Beziehungen fern zu halten.

Das haben auch die Polen erkannt, und ſo iſt auch der Schwerpunkt ihrer Pläne nicht unweſentlich verſchoben worden. Die Hoffnung, in Ruſſiſch-Polen zu einer nationalen Autonomie zu gelangen, hat auch der allpolniſchen Agitation einen neuen Aufſchwung gegeben. Die polniſchen Parteiorganiſationen, die jetzt in Rußland tätig ſind, beobachten die ſehr geſchickte Taktik, daß ſie *ſoziale* Beſtrebungen in den Vordergrund ſtellen; die *nationalen* Gewinne fallen ihnen dabei als reife Früchte in den Schoß.[1]) Die ruſſiſchen Polen werden es zweifellos verſtehen, die ſehr doktrinär veranlagten, panſlawiſtiſch angehauchten Radikalen und Demokraten Rußlands auf ihrer Seite zu halten. Damit werden ſie ſich einen Rückhalt ſichern, der in Zukunft einmal wieder ſehr ins Gewicht fallen kann, jedenfalls aber zu

[1]) Vgl. den Aufſatz „Die Polenfrage in Rußland“ in dem Werk von George Cleinow: „Aus Rußlands Not und Hoffen“, Berlin, Schwetſchke u. Sohn. 1906.

beachten iſt. Schon Fürſt Bismarck hatte auf die von den Polen ausgehenden Ränke in der europäiſchen Politik ſtets ein ſcharfes Auge, weil er den Charakter der verwegenen Spieler kannte, die unbedenklich Europa in Flammen ſetzen würden, wenn ſie an dieſem Feuer die polniſche Krone ſchmieden könnten. Auch die heutige Leitung unſerer auswärtigen Politik läßt uns das Vertrauen hegen, daß die bewährten Grundſätze der Bismarckſchen Politik volle Würdigung und Beachtung finden. Aber da die Polen in ihrer Lage mit Möglichkeiten rechnen müſſen, die vielleicht erſt nach Generationen Wirklichkeiten werden können, und dabei doch nicht unterlaſſen, ſchon heute ſich auf die Möglichkeit hin zu rüſten, ſo müſſen auch wir ſchon heute daran denken, daß in Zukunft einmal andere Verhältniſſe beſtehen können, wie ſie ja unter der Kanzlerſchaft des Grafen Caprivi auch beſtanden haben. Fürſt Bismarck hatte zum Teil wohl die polniſchen Einflüſſe im Auge, als er ſo ſorgfältig bemüht war, Öſterreich keinen aktiven Einfluß auf die deutſch-ruſſiſchen Beziehungen zu geſtatten. So ſchloß er den berühmten „Rückverſicherungsvertrag“ mit Rußland. Als ſein Nachfolger dieſen Vertrag fallen ließ, war die Dreibundpolitik nun nicht mehr, was ſie unter Bismarck geweſen war und jetzt wieder geworden iſt, nämlich eine wertvolle Verſtärkung der Mittel, mit denen die drei beteiligten Staaten ihre eigenen Intereſſen verfolgten, ein Mittel zum Zweck, um den eigentlichen Staatszweck, nämlich die Volkswohlfahrt, möglichſt auf friedlichem Wege zu erreichen. Da man vielmehr „die Erhaltung des Friedens“ nicht als accidens, ſondern als Ziel einer guten Politik hinſtellte, ſo war die Dreibundpolitik damals Selbſtzweck geworden, und daraus ergab ſich die Gefahr einer Intereſſenverquickung der verſchiedenen Staaten. Daß die eigenen Intereſſen offen den Dreibundintereſſen untergeordnet wurden, iſt nicht etwa eine leere Behauptung; zum Beweis leſe

man die Reden des Grafen Caprivi zur Begründung des österreichischen Handelsvertrages. Der Schwerpunkt des Bundes glitt unmerklich nach Wien hinüber, und so bereitete sich schon die europäische Lage vor, die die Polen einmal in Zukunft brauchen werden, wenn sie die Früchte ihrer Arbeit zu pflücken gedenken.

Sie wissen aber auch, daß eine solche Gunst der politischen Lage für sie nicht genügt, daß vielmehr gewisse Voraussetzungen erfüllt sein müssen, wenn die Ausnutzung dieser Lage möglich sein soll. Um diese Möglichkeit herbeizuführen, dazu ist eine positive Arbeit nötig.

Worin besteht diese Arbeit? Die Polen sagen sich: Wenn einmal der Tag kommt, wo die Gelegenheit zur Befreiung der preußischen und russischen Polen durch die politischen Umstände gegeben ist, dann wird die polnische Nation diese Gelegenheit nur dann mit Erfolg ergreifen können, wenn sie ein zusammenhängendes, genügend großes und wirtschaftlich selbständiges Gebiet ihr eigen nennt, worin sie schon vorher trotz scheinbarer politischer Abhängigkeit die herrschende und bestimmende gewesen ist, so daß die Abschüttelung des fremden Jochs nur die Krönung des Gebäudes, sozusagen, eine Formsache ist. Das ist die eigentliche Arbeit, die das Polentum heute zu leisten hat und ohne deren Vollendung jeder Traum von künftiger Selbständigkeit unnütz ist. Das wissen die Polen sehr wohl, und sie wissen ebenso, daß ihre Arbeit eine Arbeit von Generationen ist. Darum sagen die heutigen Polen die Wahrheit, wenn sie bestreiten, daß das lebende Geschlecht sich direkt mit Aufstands- und Losreißungsgedanken trägt; sie sagen aber die Unwahrheit, wenn sie glauben machen wollen, daß ihre nationalen Bestrebungen nicht auf die dermaleinstige Losreißung vom preußischen Staat hinarbeiten.

Das Polentum muß und will also einen entschiedenen Kampf zur Zurückdrängung des Deutschtums führen. Dazu

verfügt das Polentum ſchon jetzt über ſehr viel wirkſamere Mittel als früher. Als der alte polniſche Adel noch die alleinige Führung hatte, begnügte er ſich damit, ſein Nationalbewußtſein innerhalb ſeines Standes zu pflegen und zu betätigen; ſeine geſchichtliche Autorität genügte nach ſeiner Meinung, um zu bewirken, daß im gegebenen Augenblick die Volksmaſſe hinter ihm ſtand. Die Zeiten haben ſich geändert, und die Führer des polniſchen Volkes erkennen jetzt die Notwendigkeit, ſelbſt dafür zu ſorgen, daß auch die Maſſe mit nationalem Bewußtſein erfüllt werde. Dazu taugt naturgemäß der hiſtoriſche Adel, in dem zum Teil noch der alte Leichtſinn und die alte Unwirtſchaftlichkeit fortlebt, viel weniger, als der jetzige Mittelſtand. Die Geiſtlichen, Lehrer, Rechtsanwälte, Ärzte können eine ſolche Aufgabe mit ganz anderer Kraft und weit größerem Erfolge übernehmen. Sie beſitzen mehr Geſchick, perſönlichen Einfluß und Energie. Da es meiſt Leute ſind, die ſich ihre Exiſtenz ſelbſt mit modernen Hilfsmitteln gegründet haben, wiſſen ſie auch die im modernen Leben wirkenden Kräfte richtiger abzuſchätzen. Sie verſtehen nicht nur zu kommandieren, ſondern auch zu organiſieren, zu freiwilligem Zuſammenſchluß und zu rühriger Mitarbeit zu ermuntern; ſie wiſſen es zu ſchätzen, daß die Grundlage feſten nationalen Zuſammenhaltens vor allem durch wirtſchaftliche Erfolge zu erhalten iſt. Die Bedeutung dieſer polniſchen „Intelligenz“, wie ſich die betreffenden Kreiſe gern nennen laſſen, wird noch in anderm Zuſammenhange zu würdigen ſein. Hier mag nur noch ein Wort geſagt werden über die Mittel, mit denen die oben bezeichnete nationale Arbeit des Polentums geleiſtet und dem Ziel entgegengeſtrebt wird.

Es handelt ſich dabei um zwei Dinge: die nationale Propaganda und die Erreichung der wirtſchaftlichen Unabhängigkeit des Polentums. Die polniſche Propaganda hat natürlich in erſter Linie die Aufgabe, unter den Polen das

Nationalbewußtsein zu pflegen und dafür zu sorgen, daß alles, was die polnische Bevölkerung an Bildung, geistigen und künstlerischen Interessen in sich aufnimmt, in polnischem Gewande erscheint. Das Zusammenhalten der polnischen Bevölkerung hat aber auch den weiteren Zweck, zu verhüten, daß irgendwelche Glieder des Volkes unter fremden Einflüssen verloren gehen. Diese Seite der polnischen nationalen Arbeit wird in wahrhaft bewundernswerter Weise ausgeführt. Immer mehr wird es zur Gewohnheit, daß die Polen Arbeit und Erwerb überall im deutschen Reich und auch in andern Ländern suchen und es dadurch zu einem früher nicht gekannten Wohlstand bringen. Aber wo sie auch erscheinen mögen, überall finden sie eine Art von nationaler Organisation und moralischer Überwachung, wenn sie auch nur durch einzelne Volksgenossen ausgeübt wird. Überall tönt es ihnen ins Ohr: „Ihr seid Polen und habt Pflichten gegen euer Volk! Erinnert euch dessen auch in der Fremde und setzt euch durch! Gebraucht und pflegt eure Muttersprache und laßt sie auch eure Kinder nicht vergessen! Gedenket, auch wenn es euch unter den Fremden gut geht, daß ihr nicht zu ihnen, sondern in eure Heimat gehört!“ Man wird zugeben müssen, daß die Wirkungen eines solchen geschickt, planmäßig und folgerichtig durchgeführten Systems außerordentlich sind. Wenn mit solcher Sorgfalt der nationale Bestand gepflegt und Verluste verhütet werden, also, wenn man so sagen darf, das auf natürlichem Wege erzeugte Quantum an nationalem Kapital so wirtschaftlich genau verwaltet wird, so kann es nicht überraschen, daß auch das Dritte gelingt: die Vermehrung des Polentums durch Polonisierung von Bestandteilen der deutschen Bevölkerung. Mit welchen Mitteln das gelingt, soll hier noch nicht näher untersucht werden. Das Polentum läßt sich aber diese Aufgabe sehr angelegen sein; denn es wird dadurch wirksam der Plan unterstützt, die polnische

Nationalität immer mehr in deutsches Gebiet vorzuschieben und in den Gebieten mit gemischter Bevölkerung weiterhin allmählich die Mehrheit und wieder in einer weiteren Etappe ein erdrückendes Übergewicht zu gewinnen. Die räumliche Erweiterung des zusammenhängenden Gebietes, in dem die polnische Nationalität eine sich entschieden kundgebende Übermacht besitzt, ist eben der wichtigste Schritt zur Verwirklichung der polnischen Hoffnungen. Nicht nur Posen und ein Teil von Westpreußen nebst Masuren und Oberschlesien soll dabei in Betracht kommen, sondern ganz Westpreußen, ganz Ostpreußen, ganz Schlesien, womöglich Hinterpommern und Teile von Brandenburg sollen einmal Länder werden, von denen es heißt, sie haben polnische Bevölkerung, hier und da vielleicht mit einer geduldeten, verschwindend geringen deutschen Minderheit. Die Vorsicht und Zähigkeit, mit der das Polentum in diesem ganzen Gebiet sich behauptet und vorwärts schiebt, Lücken ausfüllt und deutsche Minderheiten schon jetzt an die Wand zu drücken versteht, läßt über die Ziele und leider auch die Erfolge dieser Propaganda keinen Zweifel.

Zu dieser zielbewußten Propaganda kommt die Herstellung der Unabhängigkeit des polnischen Bevölkerungselements von dem Deutschtum. Die Polen haben es infolge der nationalen Disziplin, die sie sich allmählich angeeignet haben, verstanden, sich wirtschaftlich immer mehr vom Deutschtum zu emanzipieren. Sie haben das nicht nur dadurch erreicht, daß sie sich selbst in der vielseitigsten Weise allen möglichen Erwerbstätigkeiten gewidmet haben und darin etwas leisten, sondern sie verdanken den Haupterfolg vor allem einem mit beispielloser Energie und Rücksichtslosigkeit durchgeführten Boykott des Deutschtums und der deutschen Geschäfte. Von allen Dreistigkeiten und Unwahrheiten, die den Polen in dem Nationalitätenkampf vorgeworfen werden, ist vielleicht die stärkste die Behauptung, die Deutschen

hätten mit dieſer Boykottierung den Anfang gemacht. Lange bevor von deutſcher Seite auch nur an dergleichen gedacht wurde, hat kein Pole einem deutſchen Geſchäftsmann etwas zu verdienen gegeben, wenn er es vermeiden konnte. Früher freilich konnte er es nicht immer vermeiden; in dem Maße aber, als das Polentum Fortſchritte macht, wird die Boykottierung der Deutſchen immer energiſcher und allgemeiner. Es findet alſo nicht nur eine Zurückdrängung, ſondern auch eine wirtſchaftliche Loslöſung des Polentums vom Deutſchtum ſtatt.

Falls nun dieſe Entwicklung nicht verhindert wird, iſt mit ziemlicher Sicherheit der Zeitpunkt zu berechnen, wo in den Gegenden, in denen jetzt eine national gemiſchte und ſogar überwiegend deutſche Bevölkerung wohnt, eine vollſtändig polniſche Bevölkerung wohnen wird. Dabei müſſen wir wohl feſthalten, daß unter polniſcher Bevölkerung in dieſem Sinne nicht nur eine polniſch redende zu verſtehen iſt, ſondern eine ſolche, die in ihrer ganzen Geſinnung dem politiſchen, geiſtigen und wirtſchaftlichen Leben Deutſchlands und dem deutſchen Empfinden bewußt fremd, ja feindlich gegenüberſteht, die aber unter ſich eng zuſammenhält und, ohne durch das geringſte Gefühl von Treue und Dankbarkeit mit unſerm Staatsweſen verbunden zu ſein, eigene geſchichtliche Erinnerungen pflegt, wobei ſie dieſe Vergangenheit in dem Lichte einer Verklärung ſieht, wie ſie ein nationales Unglück ſelbſt über Schuld und Mißwirtſchaft breitet. Die Gefahr, ein ſolches polniſches Land zu werden, das trotz politiſcher Zugehörigkeit zu Preußen dennoch durch ſeine Bevölkerung vollſtändig vom Organismus des Staates losgelöſt erſchiene, droht unſerm ganzen Oſten, und die Folgen davon liegen auf der Hand.

Noch mit einer andern Unterſuchung müſſen wir uns beſchäftigen. Beſonders gewitzigte Polen ſagen ſich nämlich ganz richtig, daß ein aufmerkſamer und unbefangener Be-

obachter bei einigem Nachdenken ihnen die Versicherung, daß die Polen auf ein künftiges Polenreich verzichtet hätten, niemals glauben kann. Sie geben deshalb das Ziel ihrer Bestrebungen teilweise zu, nämlich bezüglich der österreichischen und russischen Polen; sie leugnen aber, daß die preußischen Polen von Losreißungsgelüsten beseelt sind. Auch das künftige Königreich Polen werde gern auf diesen Bestandteil verzichten, ebenso wie Deutschland auf die Deutschen Österreichs verzichtet habe. Man wird nur zweifeln dürfen, ob die Polen sich wirklich die Loyalität der österreichischen Deutschen zu eigen machen können und werden.

Der Vergleich paßt überhaupt nicht. Nachdem die österreichische Dynastie so lange die deutsche Kaiserkrone getragen und die Vormacht in Deutschland behauptet hatte, konnte die deutsche Nationalität, auf die sie sich gestützt hatte und immer noch stützte, auch nach 1866 nicht ohne zwingende Notwendigkeit in ein anderes Verhältnis zu ihr treten. Schon diese allereinfachste geschichtliche Betrachtung zeigt, wie schief und unmöglich von vornherein der Vergleich zwischen den durch feste historische Bande an ihre angestammte Dynastie geknüpften Deutsch-Österreichern und den vor hundert Jahren durch einen internationalen Gewaltakt wider Willen zu preußischen Untertanen gemachten Polen ist. Aber weiter! Ist es nicht auffallend, daß seit 1866 der Donaustaat eine Entwicklung genommen hat, in der sich in der Tat eine allmähliche Loslösung des Deutschtums aus der früheren innigeren Vermischung mit den anderen Nationalitäten Österreichs ganz von selbst vollzieht? Wie der Magnet die Eisenfeilspäne aus einem Gemenge mit beliebigen fremden Körpern heraus- und an sich zieht, so hebt sich seit der Errichtung eines wirklichen, selbstbewußten deutschen Nationalstaates das deutsche Element in Österreich immer schärfer von Slawen und Wälschen ab und fängt an, wenn auch unter schweren Kämpfen und Verlusten, das Bedürfnis

territorialer Abgrenzung immer mehr zur Geltung zu bringen. Wenn das schon an dem loyalen Deutschtum zu beobachten ist, wieviel stärker würde die Wirkung sein, die ein polnischer Nationalstaat auf die preußischen Polen ausübte!

Nun wird auch auf die baltischen Provinzen Rußlands hingewiesen. Wie steht es nun damit? Hier liegen die Verhältnisse wieder anders. Die Deutschen dort haben mit Deutschland niemals in einem wirklichen staatlichen Zusammenhange gestanden. Es war nur eine nach verhältnismäßig kurzer Zeit vom Mutterlande aufgegebene deutsche Kolonie. Allerdings haben diese deutschen Kolonisten an entlegener Küste deutsche Kultur, Sitte und Sprache, sowie den geistigen Zusammenhang mit der alten Heimat bewahrt, Sie erkannten darin ein Mittel, ihre Herrenstellung im fremden Lande zu behaupten. Die Masse der Bewohner dieses Landes haben sie nicht deutsch gemacht, weil das über ihren Zweck hinausging, ja ihm sogar zuwiderlief; sie haben die Unterworfenen und Hörigen sogar gehindert, Deutsche zu werden. Stets ist den Deutschen in den baltischen Provinzen jedes Mittel recht gewesen, um ihre Stellung nach allen Seiten zu behaupten; das letzte dieser Mittel war die freiwillige Unterwerfung unter das russische Szepter, durch die es den Balten glückte, die ohnedies drohende Abhängigkeit von Rußland durch eine auf vertragsmäßiger Grundlage ruhende Sonderstellung zu ersetzen. Da die russischen Herrscher selbst lange Zeit in diesem Vertragsverhältnis auf Leistung und Gegenleistung ihren und ihres Volkes Vorteil fanden, so entwickelte sich naturgemäß bei den Balten trotz Festhaltung ihrer Nationalität ein ungetrübtes Loyalitätsverhältnis zu den Dynastien Romanow und Gottorp, in denen ja überdies das deutsche Blut das slawische überwog. So wurde allerdings für den Fernstehenden und Unkundigen der Anschein erzeugt, als ob hier ein deutsches Land und ein deutscher Stamm durch

sein Beispiel die Möglichkeit bewiesen habe, daß ein Volk trotz der Nachbarschaft eines selbständigen Nationalstaates gleichen Stammes ruhig unter fremder Herrschaft leben könne. Man vergißt dabei ganz, daß die baltischen Provinzen Rußlands nicht einmal in dem Sinne deutsch genannt werden können, wie man vielleicht die Provinz Posen „polnisch" nennen könnte, und daß in jenen Provinzen für einen politischen Anschluß an Deutschland von vornherein jede Voraussetzung fehlt. Abgesehen davon, daß in dem Lande nicht einmal das Volk oder ein alle Stände umfassender Teil des Volkes, sondern nur die herrschende Klasse deutsch ist, hat auch das Deutschtum der Balten einen ganz andern Charakter, als die Durchschnittsmeinung in Deutschland glaubt. Wohl ist dieses baltische Deutschtum voll Wärme der Empfindung und vollkommen echt in seiner durch Abstammung und Bildung gegebenen Eigentümlichkeit, aber es ist ganz und gar nicht politischen Charakters. Das Bewußtsein kultureller Überlegenheit gegenüber Russen, Letten und Finnen und die Vorteile einer politischen Sonderstellung innerhalb Rußlands überwiegen ganz erheblich das Interesse an den Schicksalen des Deutschtums außerhalb der baltischen Grenzen; dem politischen Deutschland steht die große Mehrheit der deutschen Balten nach Art und Lebensgewohnheiten so fern, daß ihnen eine engere Gemeinschaft mit deutschen Staatseinrichtungen und sozialen Verhältnissen geradezu unerträglich sein würde. Es ist also ganz unmöglich, aus der historisch so eigenartigen Stellung der russischen Ostseeprovinzen irgendwelche Schlüsse ziehen zu wollen auf das Verhältnis der preußisch-polnischen Bevölkerung zu einem außerhalb der deutschen Grenzen etwa wieder aufgerichteten Polenreich. Im Gegenteil, diese Betrachtung weist uns auf etwas ganz anderes hin. Obwohl die deutschen Balten dem russischen Kaiserhause wirklich in aufrichtiger Treue ergeben sind und dem russischen Reich

und Volk sich stets nützlich erwiesen haben, haben die Russen doch dieses Verhältnis immer als etwas Unnatürliches und Regelwidriges empfunden und demzufolge mit Mißtrauen betrachtet. Schon Katharina II., sicherlich doch eine aufgeklärte und nüchtern urteilende Herrscherin, aber gerade wegen ihrer deutschen Geburt dem Stockrussentum gegenüber nicht ganz frei, hat die ersten Russifizierungsversuche gemacht, und ganz aufgehört haben diese Bestrebungen seitdem niemals. Es ist vielleicht gut, das hervorzuheben, weil in der polenfreundlichen Presse mit Vorliebe behauptet wird, erst die Germanisierungsbestrebungen der preußischen Regierung in Posen und Westpreußen hätten die Russen auf den Gedanken gebracht, ihre „deutschen" Provinzen zu russifizieren. Das ist, wie geschichtlich nachzuweisen, ein vollständiger Unsinn. Was aber allerdings die Russen veranlaßt hat, das ihnen stets unheimliche Deutschtum in den Ostseeprovinzen mit größerem Ernst anzufassen und ganz systematisch zu unterdrücken, ist nicht irgend eine Maßnahme der preußischen Regierung gegen ihre fremdsprachigen Untertanen, sondern die einfache Tatsache der Neugründung des Deutschen Reiches. Von dem Augenblick an, wo die deutsche Nation sich politisch konsolidierte und zur wirklichen Macht wurde, konnte selbst ein so humaner, von westeuropäischer Bildung erfüllter und dabei mit selbstherrlicher Gewalt ausgestatteter Monarch wie Alexander II. nicht mehr gegen den Strom schwimmen, um das Deutschtum innerhalb der russischen Grenzen auch nur als nützlichen Kulturfaktor zu halten, und sein ganz in stockrussischen Anschauungen befangener Nachfolger Alexander III. hat wirklich den Glauben gehabt und ihn mit ins Grab genommen, daß es eine „baltische Frage" gebe, d. h. daß er auf der Hut sein müsse gegen Bestrebungen, welche die baltischen Provinzen von Rußland loslösen und sie an Deutschland angliedern wollten. Alle Versicherungen, daß das ein Phantasiebild sei, ein

Traum, dem in den baltischen Provinzen selbst ernsthaft niemand, in Deutschland höchstens politische Kinder nachhängen können, bringen die Russen nicht von ihrer Überzeugung ab, daß Deutsche in der Lage der Balten nicht aufrichtige Untertanen des russischen Kaisers sein können. Diese Meinung schließt zugleich das Bekenntnis in sich, wie sich Russen in gleicher Lage verhalten würden. Das ist jedoch nicht russische Denkweise allein, es ist slawische und mithin auch polnische. In der Tat ist auch das Polentum seiner Natur nach irredentistisch und hat sich in der Geschichte nie anders gezeigt. Einer der ersten Beschlüsse, die die polnische Volksvertretung nach der Warschauer Erhebung im Jahre 1831 faßte, dekretierte den Anschluß aller Gebietsteile, die jemals zur Krone Polen gehört hatten, an das neue Reich, dessen Grundstein noch gar nicht einmal gelegt war. Vielleicht würde heute eine polnische Nationalversammlung vorsichtiger in der Methode sein, aber der Gedanke des Verzichts auf ein Land, das sie für polnisch hält, würde ihr ebenso fern und unverständlich sein, wie einst 1831 einem Lelewel und Xaver Bronikowski.

Kapitel 4.

Die polnischen Parteien.

Einem Bedenken wird trotz alledem noch Rechnung zu tragen sein, ob man nämlich ein Recht hat, das polnische Volk in bezug auf seine Stellung zum Deutschtum so ganz und gar als eine einheitliche Masse anzusehen. Sollten nicht doch unter den Polen über die Mittel und Wege zum Ziel verschiedene Ansichten bestehen, und sollten wir nicht aus dieser Verschiedenheit Nutzen ziehen können? So in sich einig ist doch kein Volk, daß es nicht Parteien gäbe, und in der Tat gibt es solche auch unter den Polen. Die Frage ist wichtig, und so wird es notwendig sein, auch das

Wesen dieser Parteien zu untersuchen, sei es auch nur mit dem Ergebnis, weiteren Aufschluß über Wesen und Eigentümlichkeiten des Polentums zu erhalten.

Gerade bei der Parteibildung spielt die Eigenart des Volkes eine große Rolle. Bei uns in Deutschland wurzeln die Parteiunterschiede sehr tief; sie sind eigentlich Unterschiede der Weltanschauung. Anderswo sind die Parteien nur persönliche Gefolgschaften. Auch im alten polnischen Reich war es ähnlich. Familienfeindschaften und materielle Interessen brachten einmal diese, einmal jene auseinander und wieder zusammen. Während des ganzen Bestehens der polnischen Verfassung kann von einem Parteiwesen im vernünftigen politischen Sinne nicht gesprochen werden; es war ein Chaos, das sich nur um eines Augenblicksvorteils willen vorübergehend ordnete.

Wenn schon im selbständigen Polen ein geordnetes Parteiwesen nicht vorhanden gewesen war, so konnte der Eintritt des polnischen Volkes in fremde Staatsverbände zunächst noch weniger eine geeignete Grundlage dafür schaffen. Als aber die preußischen Polen nach Verlauf mehrerer Jahrzehnte Bürger eines konstitutionellen Staates geworden waren, mußten natürlich die Verhältnisse des preußischen Gesamtstaates allmählich einen gewissen Einfluß üben. Dieser Einfluß wird jedoch von deutscher Seite meist stark überschätzt. Man hält sich an gewisse Äußerlichkeiten und übersieht dabei, daß Wesen und Ziele der Polen mit den unsrigen ganz und gar inkommensurabel sind.

Da ist z. B. der polnische Großgrundbesitzer. Er gehört meist einer alten Adelsfamilie an, hat infolgedessen auch den entsprechenden Familienstolz und die damit zusammenhängenden Anschauungen. Bis zu einem gewissen Grade wird er sich also naturgemäß mit dem deutschen Adel der Gegend durch Anschauungen und Lebensformen verbunden fühlen. Die Umgangsformen der Polen sind bekanntlich über-

aus gewinnend, und die Gaſtfreundſchaft gilt bei allen Slawen als eine der erſten Tugenden. Kein Wunder, daß ſich ſolch ein Umgang, wo er eben nicht zu vermeiden iſt, der Form nach angenehm und herzlich geſtaltet. Die Folge iſt, daß der Deutſche ſich einbildet, in dem Polen in allen weſentlichen Stücken einen Geſinnungsgenoſſen gefunden zu haben. Mit anderen Worten: Der polniſche Edelmann gilt für konſervativ, und das gibt ihm auch ein gewiſſes Anſehen bei den Behörden, namentlich bei dem Landrat. Das ganze Verhältnis wird noch unterſtützt durch die natürliche Ehrfurcht, die der Deutſche ſtets vor vornehm klingenden ausländiſchen Namen bekundet. Iſt nun aber der polniſche Edelmann wirklich „konſervativ“ in unſerm Sinne? Er iſt es nur ſoweit, als er für ſich und ſeine nationale Stellung Vorteile davon erhofft. Die nationalen Ziele ſind auch ihm die Hauptſache; er haßt und verachtet den Deutſchen von Grund aus, und jeder ſeiner Landsleute, auch der Geringſte, kann in bezug auf die Geſinnung auf ihn zählen. Sein Motto iſt im Grunde dasſelbe, das vor einem Menſchenalter ein Graf Czarnecki als Inſchrift einer Fahne vom Turm ſeines Schloſſes wehen ließ: „Smierc Niemcom!“ (Tod den Deutſchen!) Vor dieſem Wunſch verſchwindet und verſinkt jeder Standesunterſchied, jede andere Erwägung.

Sowie der deutſche Edelmann in dem polniſchen ſeinen Standesgenoſſen und daher leicht auch ſeinen Geſinnungsgenoſſen zu erblicken glaubt, ſo glaubt auch der deutſche Bürger in den entſprechenden Schichten der polniſchen Bevölkerung leicht politiſche Anknüpfungspunkte zu finden. Dieſe Polen geben ſich ſcheinbar ſehr freiſinnig, und manches in ihren politiſchen Anſichten klingt auch dem deutſchen Bürger angenehm in die Ohren. Prüft man die Sache näher, ſo erweiſt ſich auch die Wertloſigkeit der angeblichen Geſinnungsgemeinſchaft. Die freiheitsdurſtigen Polen des Mittelſtandes denken zunächſt gar nicht an die Wegräumung

der Schranken, die vielleicht auch dem liberalen deutschen Bürger unbequem sind; was sie bedrückt, ist die politische und geschäftliche Verbindung mit dem Deutschtum überhaupt, und sie bieten getrost den reaktionärsten Mächten die Hand, wenn sie dadurch die Aussicht gewinnen, innerlich und äußerlich vom Deutschtum loszukommen. Das ist das A und O ihres Denkens und Strebens; alles andere ist ihnen vollkommen Nebensache oder wenigstens cura posterior.

Also auch beim polnischen Bürger ist niemals auf das Zusammengehen mit einer der deutschen politischen Parteien zu rechnen, es sei denn mit dem Zentrum. Das Zentrum ist allerdings die einzige Partei der deutschen Volksvertretungen, die sich aus später noch näher zu erörternden Gründen der polnischen Sache angenommen hat. Diese Bundesgenossenschaft im Parlament ist für das Polentum so wertvoll und wichtig, daß es sogar gelegentlich zu örtlichen Opfern bereit ist. Das geschieht freilich nur dann, wenn die Aussichten der Polen bei einer Wahl ohnehin nicht besonders günstig sind, sie also die Wahl haben zwischen einem größeren Verlust und der Gewinnung eines zuverlässigen Bundesgenossen. Im übrigen behandeln die Polen auch das Zentrum recht schlecht.

Bleibt also noch der Arbeiterstand! Er gehört in den meisten europäischen Ländern der Sozialdemokratie an. Aber auch der polnische Arbeiter ist ganz und gar Pole und höchstens nebenbei Sozialdemokrat. Er hat mit Adel, Geistlichkeit und Bürgertum gebrochen, aber nicht mit der Zukunft des polnischen Volkes. Bekanntlich ist mehrfach auf Parteitagen und in Versammlungen der deutschen Sozialdemokratie auch die Polenfrage aufs Tapet gebracht worden. Es wurde den polnischen Genossen nahegelegt, sich enger an die deutsche Organisation anzuschließen, ihre spezifisch nationalen Ansprüche fallen zu lassen und sich den Deutschen brüderlich zu nähern, um mit ihnen an der Verwirklichung

des Zukunftsſtaates, der allen Völkern die wahre Freiheit bringen werde, gemeinſam zu arbeiten. Die Antwort war verſchieden, bald mehr, bald minder leidenſchaftlich, aber ſie hatte ſtets nur den einen Sinn: „Wir ſind vor allem Polen, und die Zukunft des polniſchen Volkes iſt es, die uns am Herzen liegt. Euch Deutſche haſſen wir und wollen los von euch, mögt ihr offen als Zwingherrn oder im Gewande der internationalen Brüderlichkeit zu uns kommen!“ Die eigentliche Sozialdemokratie macht auch unter den Polen wenig Fortſchritte, obwohl der Pole, wie alle Slawen, ſehr zur radikalen Geſinnung veranlagt iſt. Man erinnere ſich einer bemerkenswerten Tatſache: Als eine revolutionäre Bewegung durch ganz Europa ging, waren auf den Barrikaden aller Länder Polen zu finden; ſie waren Spezialiſten für Putſche und Straßenkämpfe. Ein Mieroslawski war ebenſo in Warſchau und Poſen, wie in Berlin und Sizilien zu finden. Bei den neueren ſozialrevolutionären Beſtrebungen internationalen Charakters fehlen die Polen faſt ganz. Nur, wo ſie direkt für ihr Volk arbeiten können, wie in Rußland, ſind ſie beteiligt. Die revolutionären Bewegungen früherer Zeit verfolgten das Ziel, innerhalb der einzelnen Länder und Völker die Grundſätze politiſcher Freiheit aufzurichten. Glückte das, ſo mußte auch die politiſche Freiheit Polens anerkannt werden. Darum waren die Polen überall dabei. Jetzt aber will die ſoziale Revolution wenigſtens der Theorie nach die Schranken zwiſchen den Völkern fallen laſſen; der Zukunftsſtaat will nichts von Sonderanſprüchen der Nationen wiſſen. Da macht der Pole nicht mit. Man ſage nicht, daß die polniſche Arbeiterſchaft noch zu wenig zahlreich iſt. Die oberſchleſiſchen Polen ſind zum größten Teil Induſtriearbeiter; in Weſtfalen arbeiten ſeit Jahren viele Tauſende polniſcher Induſtriearbeiter unter den Deutſchen. Die deutſchen Arbeiter ſind meiſt Sozialdemokraten, die polniſchen nicht. Letztere arbeiten nur für ihr

Volkstum; haben sie etwas verdient, so sparen sie es und gehen damit in ihre alte Heimat zurück. Man suche nicht künstliche Erklärungen, sondern sehe nur hin, was unter unsern Augen vorgeht; man wird dann erkennen, daß der Pole für „internationale" Bestrebungen überhaupt nicht zu haben ist, weil er nach seiner ganzen Veranlagung nur im nationalen Dunstkreise atmen kann. Als vor einigen Jahren bei einer Reichstagsersatzwahl in Posen die Sozialdemokraten einen polnischen Kandidaten aufstellten, den später in Warschau gehängten Martin Kasprzak, wurde der Wahlaufruf in zwei Sprachen verbreitet. Der deutsche Aufruf erwähnte nicht einmal, daß Kasprzak Pole sei; er feierte nur den Sozialdemokraten, den Arbeiterkandidaten, und von der nationalen Frage hörte man überhaupt nichts. Der polnische Aufruf dagegen wandte sich nur an die polnischen Landsleute. Er behandelte die sozialistischen Bestrebungen ganz nebensächlich, legte das Hauptgewicht auf die polnischen Volksrechte und klagte Adel und Geistlichkeit an, daß sie sich dieser Rechte nicht annähmen. Während in dem deutschen Aufruf nicht einmal von der Gleichberechtigung der Nationalitäten, sondern nur von „Brotwucher" und dergleichen Schlagwörtern die Rede war, stand an der Spitze des polnischen Aufrufs „Schutz der Sprache und Nationalität" (obrona języka i narodowości).

Aus alledem dürfte zur Genüge ersichtlich sein, daß eine Anpassung des Polentums an das deutsche Parteiwesen vollständig ausgeschlossen ist und daß der Gedanke an die Zukunft des polnischen Volkes auch bei den Polen, die sich äußerlich dem international gefärbten Ultramontanismus und der grundsätzlich internationalen Sozialdemokratie angeschlossen haben, so sehr die treibende Kraft ist und alle übrigen Vorstellungen beherrscht, daß gegebenen Falles die Polen dem Deutschtum gegenüber immer eine geschlossene Masse bilden. Wenn sie nebenbei unter sich Parteien bilden,

ſo haben dieſe nur für die innere Entwicklung des Polentums Bedeutung; ſobald es gilt, nach außen hin Stellung zu nehmen, ſchließen ſich die Reihen. Von den polniſchen Parteien gilt der berühmte Grundſatz der modernen Strategie: „Getrennt marſchieren, vereint ſchlagen!“

Wie hat ſich nun das Polentum ſelbſt in bezug auf die Frage der Parteibildung entwickelt? In den erſten Jahrzehnten der preußiſchen Herrſchaft wirkten noch die Zuſtände nach, wie ſie im Polenreich beſtanden hatten. Der Schwerpunkt der polniſchen Bewegung lag alſo faſt ausſchließlich beim Adel. Da aber die alte Intereſſenwirtſchaft, die früher zu Zeiten der polniſchen Republik den Adel in wild wuchernde Parteigruppen geſpalten hatte, nicht mehr fortbeſtand, ſondern die feſte Ordnung des preußiſchen Staates einen natürlichen Richtungspunkt abgab, ſo mußte ſich unter dem Adel ſelbſt eine deutliche Scheidung der Geiſter nach zwei Richtungen hin vollziehen.

Die einen ſahen die Lage, wie ſie eben zurzeit war, und machten ihren vollen Frieden mit der preußiſchen Herrſchaft; die andern fuhren fort, zu widerſtreben, wobei ihnen ein Staatsideal vorſchwebte, das, wenn auch in reformierter und lebensfähiger Geſtalt, dem alten Polenreich entſprach. Dieſes neue Polen dachte man ſich als einen freien Verfaſſungsſtaat, in dem nach dem ganzen Charakter des Landes und ſeiner Bevölkerung die Intereſſen des ländlichen Grundbeſitzes, alſo des Adels, ein Übergewicht hatten, ohne daß man deshalb in die frühere Zuchtloſigkeit zu verfallen brauchte. Dieſes Übergewicht zu erhalten, ſollte die Kirche behilflich ſein. Deshalb legte man Wert auf die Erhaltung der Autorität der Kirche und des katholiſchen Charakters der Nation. Dies ſowohl als auch der Charakter der Bildung und Kultur, die Polen bereits angenommen hatte, ergaben die Anlehnung eines ſolchen Polenſtaates an den europäiſchen Weſten und den Gegenſatz

gegen Rußland. Alle diese Erwägungen wirkten mildernd auf die Abneigung, die man sonst aus natürlicher Rassenfeindschaft und aus religiösen Gründen gegen das wenigstens in der Nachbarschaft fast rein protestantische Preußen empfand. Der polnische Adel und die damals mit ihm gehende Geistlichkeit hielt sich von Staat und Deutschtum fern und war auf ihrer Hut; aber trotz aller Gegnerschaft rechnete sie mit der Möglichkeit, daß nach Austrag des Kampfes, den Polen um seiner Selbständigkeit willen führen müsse, ein friedliches Verhältnis des neuen Polens mit dem westlichen Nachbar herzustellen sei. Noch heute hat diese Überzeugung eine gewisse Geltung. „Wir Polen sind Söhne des Westens", sagte seinerzeit auf dem Polentage zu Thorn der damalige Propst v. Stablewski, der spätere Erzbischof von Posen.

Allmählich bewirkte nun aber die Entwicklung des Polentums eine Veränderung in diesen Verhältnissen. Alle Polen fingen jetzt an, mit der Zukunft des Polentums ernsthaft zu rechnen. Der Adel, der auf die Wiederherstellung Polens hinarbeitete, war genötigt, seine Taktik zu ändern. Da boten sich nun aber zwei verschiedene Wege, woraus sich die weitere Folge ergab, daß innerhalb des Adels zwei neue verschiedene Richtungen entstanden. Die einen glaubten ihr Ziel am besten zu erreichen, wenn sie zur Erhaltung ihrer führenden Stellung die preußische Staatsregierung selbst in Anspruch nahmen. Indem sie sich zu dieser letzteren scheinbar freundlich stellten, glaubten sie den Lohn dafür ernten zu können, daß sie vielleicht durch diplomatische Klugheit erreichten, was andere nur durch Gefährdung der Zukunft der Nation erreichen konnten. Aber die Mehrheit des polnischen Adels wollte von dieser Taktik nichts wissen, nicht etwa weil man an diesem unehrlichen Spiel Anstoß nahm — denn man fühlte sich in einer Art Kriegszustand, in dem der Zweck die Mittel heiligt —,

ſondern weil man die Schwäche jener Richtung, aus der ſich ſpäter die ſogenannte „Hofpartei“ entwickelt hat, wohl erkannte. Dieſe andere Richtung der polniſchen Adelspartei — man hat ſie ſpäter „Nationalpartei“ (narodowcy) genannt, und wir wollen ſie der Kürze wegen ſchon jetzt ſo nennen —, trug Bedenken, der preußiſchen Regierung überhaupt eine Rolle in ihrer Politik anzuweiſen; ſie wollte die polniſche Nation wenigſtens grundſätzlich aus ſich ſelbſt an das Ziel gelangen laſſen. Die Nationalpartei verfolgte aufmerkſam die Entwicklung des polniſchen Volkes und erkannte deutlich, daß ſie mit dem aufſtrebenden Mittelſtand und der Volksmaſſe zu rechnen habe. Sie befreundete ſich alſo mit dieſer Entwicklung und bemühte ſich nur, ihre Leitung in der Hand zu behalten. Mit der Hofpartei hatte ſie das Ziel gemeinſam, einen Polenſtaat, deſſen Schwerpunkt bei dem Adel und der Geiſtlichkeit ruhen ſollte; von der Hofpartei geſchieden wurde ſie durch die verſchiedene Taktik und durch die entſchiedene Oppoſitionsſtellung gegen den preußiſchen Staat.

Die Verhältniſſe, die ſoeben hier ſchon bis zu einem gewiſſen Endpunkt ihrer Entwicklung geſchildert worden ſind, traten recht lange Zeit hindurch noch nicht offen zutage; nur langſam und in der Stille vollzog ſich die Scheidung der alten hiſtoriſchen führenden Kreiſe des polniſchen Volkes in die geſchilderten zwei Richtungen. Die Geiſter wurden durch mancherlei abgelenkt. Zuerſt die Gärung in Ruſſiſch-Polen, die 1863 zur Kataſtrophe führte; dann die deutſche Einheitsbewegung und die Zeit der großen Kriege, die das deutſche Volk ganz von der Polenfrage ablenkte und auch den Polen wenig Veranlaſſung gab, über die Verſchiedenheit der eigenen Anſichten hinſichtlich ihrer Zukunftspläne nachzudenken. Um ſo ſchärfer freilich ſetzte der Kampf nach der Begründung des Deutſchen Reiches ein, und dazu geſellte ſich nun noch der Kulturkampf. Jetzt vollendete ſich

die verhängnisvolle Verquickung der nationalpolitischen Frage mit der kirchlichen. Die politische Führung des Polentums glitt aus der Hand des Adels in die der Geistlichkeit hinüber. Seitdem sind die hervorragendsten Vertreter des Polentums Geistliche gewesen; durch sie wurde auch das Band mit dem deutschen Zentrum immer enger geknüpft. Bis zum Ende der Regierung Wilhelms I. stand die gesamte Vertretung des Polentums in Reichstag und Landtag in so scharfer Opposition, daß ihre Gegner kaum Gelegenheit hatten, sich mit der Frage zu befassen, wie es im eigenen Hause der Polen eigentlich aussah.

Und doch hatte sich gerade in dieser Zeit eine innere Scheidung vollzogen, gegen die jene erwähnte Verschiedenheit der Richtungen innerhalb des polnischen Adels kaum erwähnenswert erscheint. Der polnische Mittelstand war nicht mehr im Werden begriffen; er war fertig und hatte nicht nur das Recht, sondern auch den Willen, mitzureden. Der Kulturkampf aber, mit der daran sich knüpfenden, lebhafteren, nun auch von der Geistlichkeit mit verstärkter Energie geführten Agitation, hatte noch ein Weiteres gebracht, nämlich die Erweckung des nationalen Fanatismus in der Masse der polnischen Bevölkerung. Der polnische Bauer und Arbeiter war ein anderer geworden, als es seine Väter gewesen waren. Diese Leute scharten sich jetzt um den größten Teil der niederen Geistlichkeit, die sich mit der aufstrebenden polnischen Bürgerschaft solidarisch fühlte. Man muß sich, um diese Tatsache zu würdigen, klar machen, wie verschieden geartet von den bisher maßgebenden Kreisen des Polentums diese neu aufstrebenden Schichten waren, nicht nur nach Lebensstellung und Überlieferung, sondern auch nach dem Inhalt ihrer geistigen Vorstellungen. Der polnische Adel bewahrt natürlich die Überlieferung einer geschichtlichen Rolle, die er einst gespielt hat; er lebt in ganz bestimmten Idealen der Vergangenheit, die er in dem

Lichte einer gewiſſen Verklärung ſieht und die er, wenn auch in zeitgemäßer Umgeſtaltung, wieder zu verwirklichen hofft. Gewöhnt, weniger zu arbeiten, als zu herrſchen und zu genießen, tut er nur das Nötigſte, um ſeine wirtſchaftliche Stellung zu behaupten; für ihn ſind die gegebenen Führer diejenigen Standesgenoſſen, die durch Reichtum vorzugsweiſe in ihrem Beſitz geſichert erſcheinen. Er bleibt darum dem Deutſchtum auch äußerlich ferner als andere Schichten der polniſchen Bevölkerung. Von alters her mit mehrerlei fremdem Blut gemiſcht, zeigt ſich der Adel auch nach Temperament und Art etwas verſchieden von der Maſſe des Polentums. Sein geiſtiges Zentrum iſt Paris; in dem kongenialen Franzoſentum findet er die hauptſächlichſten Quellen ſeiner Bildung und ſeines Geſchmacks. Wenn es möglich iſt, hält der polniſche Landedelmann ſeinen Söhnen franzöſiſche Hauslehrer oder ſchickt ſie nach Frankreich; ſtudieren läßt er ſie in Paris oder Krakau. Die Töchter werden in franzöſiſchen oder belgiſchen Jeſuitenſchulen erzogen; das will ſagen, daß der in dieſen Anſtalten vom heiligen Herzen Jeſu und andern anerzogene Geiſt dem polniſchen vornehmen Hauſe überhaupt die Signatur gibt. Ganz anders der polniſche Mittelſtand! Er haftet nicht an geſchichtlichen Erinnerungen. Wohl ſtudiert er die Geſchichte ſeines Volkes mit Vorliebe, aber er entnimmt daraus nur die Verpflichtung, für die zukünftige Freiheit des Volkes mitzuarbeiten. Darin weiß er ſich mit dem Adel einig, aber nicht in dem Staatsideal, das ihm als Frucht der Arbeit vorſchwebt. Der Mittelſtand hat ſich ſelbſt ſeine Exiſtenz gegründet mit den Mitteln, die das moderne Wirtſchaftsleben gewährt. Er iſt zähe, umſichtig und verſchlagen, temperamentvoll, aber nicht leichtſinnig, gewohnt, die Augen offen zu halten und jede Schwäche des Konkurrenten und Gegners zu erſpähen, aber auch mit ſeinen ſtarken Seiten zu rechnen und von ihnen zu lernen.

Seine Söhne sind auf deutschen Schulen ausgebildet und studieren auf deutschen Universitäten. Diese Leute kennen das Deutschtum genau, haben von ihm gelernt und nutzen es aus, und doch stehen sie ihm in bitterem Haß gegenüber. Dieser Haß ist nicht die hochfahrende Abneigung des polnischen Edelmannes, der es nicht verwinden kann, in der Verfolgung eigensüchtiger Wünsche behindert zu sein, der aber, vor die Wahl gestellt, doch die Deutschen immer noch den verhaßten Russen vorziehen würde; nein! es ist der uralte, urwüchsige, instinktive Rassenhaß des Slawen gegen den Germanen, ein Haß, der auch, der Vergangenheit zum Trotz, sich gegebenenfalls lieber dem stammverwandten Russen unterwirft, der ihn brutal knechtet, als dem „niemiec" verbrüdert, dem man doch alles verdankt.

Ein solcher Bürgerstand konnte sich in seiner Mehrheit nicht an das alte Programm der Nationalpartei binden. Er ging seine eigenen Wege. So entstand die polnische „Volkspartei" (ludowcy). Sie verlangte mit Entschiedenheit den Bruch mit allen den besonderen Vorurteilen und Methoden, denen die alten Führer noch anhingen; sie verlangte vor allem auch von der Geistlichkeit völlige Unterordnung unter das nationale Programm. Die Kirche sollte Dienerin der nationalen Idee sein, ja eigentlich mehr: sie sollte nur Werkzeug sein, nicht Bundesgenossin und Stütze, wie es die Nationalpartei sich dachte. Das Deutschtum sollte zwar insofern bekämpft werden, als in den Volksgenossen der nationale Geist stets in eifriger Arbeit aufrecht erhalten werden sollte; aber man wollte die Deutschen nicht unnötig reizen. Im Gegenteil ging das Bestreben dahin, die Vorteile, die aus deutscher Kultur, Bildung und Wirtschaftlichkeit gewonnen werden konnten, recht gründlich für das Polentum zu verwenden, sich an dem Deutschtum zu bilden und aufzurichten, um dann einmal zu gegebener Stunde gerüstet zu sein, den unversöhnlichen, glühenden Haß zu kühlen und

die große geſchichtliche Zukunftsrolle des Slawentums, an die man feſt glaubte, aufzunehmen.

Die Volkspartei hatte inſofern die Zukunft vor ſich, als ſie aus natürlichen Gründen die Maſſe des Volkes immer mehr gewinnen muß und zugleich die Partei der wirtſchaftlich Aufſtrebenden iſt. Vorerſt freilich hielt die Geiſtlichkeit noch zu den Adelsparteien, weil ſie den im letzten Grunde kirchenfeindlichen, auf eine freiheitliche politiſche Entwicklung hindrängenden, nationalen Radikalismus der Volkspartei klar durchſchaute und die ihr in vielen Stücken unbequeme Bewegung aufhalten zu können glaubte.

Beim Tode Kaiſer Wilhelms I. hatte der polniſche Adel Morgenluft gewittert; er ſpekulierte auf die Hochherzigkeit Kaiſer Friedrichs und hoffte im ſtillen darauf, daß unter einem neuen Regimente Fürſt Bismarck ſich nicht lange am Ruder halten werde. Als die Kaiſerin im Frühjahr 1888 nach Poſen kam, um die Überſchwemmungsnot auf Grund eignen Augenſcheins lindern zu helfen, wurde ſie von einer Abordnung des polniſchen Adels mit einer franzöſiſchen Anſprache begrüßt, — offenbar wurde angenommen, man könne die hohe Frau, die als engliſche Prinzeſſin in den liberalen Anſchauungen ihres Vaters erzogen war und in dem Rufe ſtand, dem Fürſten Bismarck und dem ſpezifiſchen Preußentum nicht ſonderlich gewogen zu ſein, auf dieſe plumpe Weiſe für antinationale Intereſſen einfangen und dadurch auch den kranken Kaiſer beeinfluſſen. Noch mehr drängte man ſich an Kaiſer Wilhelm II. heran. Es folgte die Blütezeit der „Hofpartei“, als deren Führer Herr Joſef von Kosciol-Koscielski ſein keckes Spiel begann. Er verſtand es, in der preußiſchen Hofgeſellſchaft mit ſeiner Gattin eine glänzende Rolle zu ſpielen und ſich dem Kaiſer perſönlich zu nähern, dem er die Überzeugung von ſeiner vollſtändigen Loyalität beizubringen wußte und an deſſen Lieblingsideen er ſich anzupaſſen ſuchte. Der ſtockpolniſche

Landedelmann zeigte plötzlich ein brennendes Interesse für die Förderung der deutschen Seemacht, ungeachtet des Spotts der polnischen Presse über den „Vizeadmiral vom Goplosee“ [1]) und des Spottes der Deutschen über die neue Erscheinung des „Admiralski“. Unleugbar bewies Herr von Koscielski damit ein großes diplomatisches Geschick. Er hatte die Frage erfaßt, die dem Kaiser am meisten am Herzen lag und die zugleich dem Polentum am wenigsten kostete, ja ihm indirekt gewisse wirtschaftliche Vorteile mit verschaffen konnte. Jedenfalls erreichte er seinen Zweck; denn der Kaiser, der in der Polenfrage noch keine persönlichen Erfahrungen hatte sammeln können und in seiner Hochherzigkeit den Trieb fühlte, sich auch den Polen gegenüber als gnädiger Landesherr zu betätigen, vermochte an eine Täuschung nicht zu glauben und wagte mit redlichem Herzen den Versuch mit dem angeblich loyalen Polentum. Infolgedessen blühte der Weizen der polnischen Hofpartei so herrlich, daß auch die polnische Nationalpartei nicht umhin konnte, sich diese Führung einstweilen gefallen zu lassen. Der neue Reichskanzler Graf Caprivi, dessen politischer Veranlagung überhaupt das Organ fehlte, um die Polenfrage von der richtigen Seite anzusehen, begann die unheilvolle „Versöhnungspolitik“, die den preußischen Staat in den Dienst der polnischen Bestrebungen stellte. Das Ärgste, was in dieser Beziehung geleistet worden ist, war das Handelsgeschäft, das Graf Caprivi im Jahre 1893 mit den Führern der Hofpartei einging. Es handelte sich damals um die Durchbringung der Militärvorlage. Caprivi erkaufte die Zustimmung der Polen dazu durch Zugeständnisse auf dem Gebiete des polnischen Sprachunterrichts in der Volksschule; er schrieb an den Führer der Polenfraktion einen

[1]) Der Goplosee ist der größte Landsee der Provinz Posen, durch allerlei Volkssagen berühmt.

Brief, in dem er gewissermaßen anerkannte, daß den Polen bis dahin unrecht geschehen sei. Die Sache wurde erst nach Jahren, bei den nächsten Neuwahlen, im Jahre 1898 durch eine Indiskretion des Abgeordneten Kubicki enthüllt. Es kam dabei aber auch zutage, wie ungern schon damals die Mehrheit der Polenfraktion der Führung der Hofpartei gefolgt war. Zu dem Verlangen eines deutschen Blattes,[1]) die Angelegenheit müsse im preußischen Landtag besprochen werden, weil das deutsche Publikum ein Recht habe, zu verlangen, daß derartige Handelsgeschäfte ein für allemal einer traurigen Vergangenheit überwiesen würden, machte damals der „Dziennik" die charakteristische Bemerkung: „Nicht zum ersten Male ergibt es sich, daß die innere polnische Opposition in ihren Wünschen sich mit den nationalgesinnten deutschen Parteien zusammenfindet."

Wenn die Nationalpartei damals noch trotz ihres Unbehagens mit der Hofpartei ging, so geschah das teils aus Gründen der Opportunität mit Rücksicht auf die damalige Versöhnungspolitik, teils auch aus Furcht vor der Volkspartei, deren Unzufriedenheit aufs äußerste gesteigert war. Diese letztere Partei hatte jedoch durchaus keine Neigung und Veranlassung, dem Beispiel der Nationalpartei zu folgen; sie bestand zum erstenmal auf dem Recht, mit ihrer besonderen Meinung gehört zu werden. Der Gegensatz gedieh bis zu einem offenen Protest gegen die Bestrebungen Koscielskis, und die Volkspartei fing an, ihre eigenen Wege zu gehen. Das Hauptorgan dieser Partei war der „Orędownik", der nun eine sehr lebhafte Agitation entfaltete. In der heftigen Polemik gegen die Hofpartei, zu der jetzt die Nationalpartei einfach hinzugerechnet wurde, erreichte man schon damals den Erfolg, daß die Stellung der alten Führer des Adels stark erschüttert wurde. In Posen stellte die Volks-

[1]) Des Graudenzer „Geselligen".

partei schon bei den Wahlen von 1893 in der Person des Redakteurs Dr. Szymanski einen eigenen Kandidaten auf, um den Kandidaten der Hofpartei, Herrn Cegielski, aus dem Sattel zu heben. Cegielski kam damals in die Stichwahl mit dem Deutschen Hofmeyer, und nun erst schlossen sich wieder die Reihen der Polen, um die Wahl des Deutschen zu verhindern, ein Erfolg, der denn auch erreicht wurde.

Merkwürdigerweise sind die Erscheinungen des polnischen Parteilebens, die hier geschildert worden sind, von deutschen Politikern, die dem innern Zusammenhang der Dinge nicht näher gestanden haben, als ein Gewinn für das Deutschtum aufgefaßt worden. Und sie schieben das Verdienst an dieser für uns Deutsche angeblich vorteilhaften „Spaltung" der Polen dem klugen System der „Versöhnungspolitik" zu. Sie meinen, das Nachlassen des Drucks habe bewirkt, daß die Polen in ihren alten Fehler der Uneinigkeit zurückfielen. Aber von einem Vorteil, den wir aus der Spaltung der Polen ziehen könnten, würde doch nur dann die Rede sein können, wenn es sich dabei um dauernde Differenzen handelte, die schließlich auch den einen oder den anderen der streitenden Teile zum Bundesgenossen der Deutschen zu machen vermöchten. Daran ist aber gar nicht zu denken. Es ist also vollkommen unerfindlich, worin da irgend ein Vorteil für uns Deutsche liegen soll. Was hier als Spaltung erscheint, ist nach allem, was wir bisher davon gesehen haben, nur ein Stadium eines Umbildungsprozesses, der durch die Verschiebung des Schwerpunkts innerhalb des Polentums entsteht. Früher war der Grundbesitz das tonangebende Element in der polnischen Bewegung, künftig wird es der von der Volksmasse gestützte Bürgerstand sein. Dazwischen liegt naturgemäß eine Episode, in der die sinkende und die aufsteigende Größe sich die Wage halten. Wir haben jetzt diese Episode vor uns, und oberflächliche Zuschauer glauben nun, diese Gegensätze, die sie da vor sich

ſehen, ſeien ungefähr dasſelbe, was ſie zu Hauſe als „Parteien“ kennen, d. h. dauernde Unterſchiede der Lebensanſchauung, in der ſich die verſchiedenen Kreiſe einer ſelbſtändigen Nation bewegen. Wenn aber die Parteientwicklung, die wir vor uns ſehen, nichts anderes zu bedeuten hat, als eine allmähliche ſoziale Umbildung, die an dem Gegenſatz des geſamten Polentums zum Deutſchtum nichts ändert, ſo iſt alles, was dieſe Bewegung fördert, ſogar ein Nachteil, wenn wir uns ſagen müſſen, daß die Kreiſe, die dabei allmählich zur Herrſchaft kommen, für uns der gefährlichere Teil des Polentums ſind. Wenn alſo die Verſöhnungspolitik ſich rühmt, daß ſie die Energie der Volkspartei gegenüber der Hofpartei zum Erwachen gebracht hat, ſo kann ſie wahrhaftig auf dieſen Erfolg nicht ſtolz ſein; ſie hat damit dem Deutſchtum keinen Dienſt erwieſen. Aber freilich, man muß gerecht ſein: ſie hat in Wirklichkeit die Entwicklung nur etwas beſchleunigt, nicht etwa herbeigeführt. Denn gekommen wäre das, was geſchehen iſt, auch ohnedies, vielleicht nur ſpäter. Ich glaube gezeigt zu haben, daß viel mehr innere Gründe als äußere Anläſſe dabei im Spiel geweſen ſind. Es ſpukt nur auch hier wieder die unglückſelige „Behandlungstheorie“, von der ich ſchon geſprochen habe, die alles, was bei den Polen vorgeht, auf die Behandlung bezieht, die ſie von der Regierung erfahren. Wenn dieſe ſchöne Hypotheſe richtig wäre, ſo müßte ſie ſich auch umgekehrt bewähren. Hat die freundliche Haltung der preußiſchen Regierung die Polen unter ſich uneinig gemacht, ſo müßte doch wohl die Rückkehr zu einer ſchärferen Politik die Weiterentwicklung der polniſchen Parteien gehindert haben. Wir werden ſogleich ſehen, daß das Gegenteil der Fall war.

Verfolgen wir alſo die Geſchichte der polniſchen Parteien weiter! Nach dem Pakt mit der Regierung bei Gelegenheit der Militärvorlage wurde der Nationalpartei der Boden unter den Füßen zu heiß. Die eigene Beobachtung der

Volksstimmung und die drohende Haltung der Volkspartei belehrte sie genugsam über die Schwäche der Hofpartei. Die Polenfraktion des Reichstages, in der die Nationalpartei überwog, beschloß dieser ihre Zukunftspläne gefährdenden Lage ein Ende zu machen. Im Frühjahr 1894 bewies überdies eine Erklärung des preußischen Kultusministers Dr. Bosse, daß die Regierung trotz der Zusage des Reichskanzlers in der Sprachenfrage durchaus nicht so weit zu gehen gesonnen war, wie die Polen gehofft hatten. Da der Reichskanzler zu jener Zeit nicht preußischer Ministerpräsident war und wohl schon damals ein gewisser Gegensatz zwischen Graf Caprivi und Graf Botho Eulenburg bestand, so war auch keine Aussicht auf Änderung. Die Polenfraktion war daher entschlossen, sich der Führung Koscielskis zu versagen. In einer Fraktionssitzung am 10. März 1894 wurde Koscielski in der Frage der Bewilligungen zum Marineetat überstimmt; statt der Bewilligung wurde Stimmenthaltung beschlossen. Koscielski wurde durch diesen Fraktionsbeschluß und wohl mehr durch die Formen und Umstände, unter denen er erfolgte und die einer Brüskierung verzweifelt ähnlich sahen, genötigt, va-banque zu spielen. Er legte sofort sein Mandat nieder, um sich der Regierung gegenüber nicht zu kompromittieren und Gelegenheit zu erhalten, an das Volk zu appellieren. Bei der Ersatzwahl ließ er sich in seinem Wahlkreise (Inowrazlaw-Mogilno-Strelno) wieder als Kandidat aufstellen und — fiel durch.

Herr v. Koscielski war sich natürlich darüber klar, daß die Hofpartei endgültig verspielt habe; aber es ist schwer zu entscheiden, ob er schon damals entschlossen war, die versprengten Reste der Seinen unter das schützende Obdach der triumphierenden Nationalpartei zu retten. Es scheint vielmehr, als ob erst allmählich der unbefriedigte Ehrgeiz und ein zufälliger Anstoß ihn auf eine neue Bahn geführt habe. Ich glaube wenigstens, daß Koscielski, wohl zunächst

nur von einer allgemeinen Stimmung gekränkten Ehrgeizes beherrscht, im August 1894 auf dem allgemeinen Polenkongreß zu Lemberg erschien, und daß die Weinlaune des Festmahls diese Stimmung in einer vorher nicht berechneten Weise auslöste. Er hielt jene bekannte Rede, die das Tafeltuch zwischen ihm und der preußischen Regierung zerschnitt und den „loyalen" Polen plötzlich in einem ganz neuen Lichte zeigte. Während die Lemberger Blätter die Rede harmlos abdruckten, wie ihre Berichterstatter sie gehört hatten, war die Posener Polenpresse klug und umsichtig genug, den Bericht einer Zensur zu unterwerfen. Herr v. Koscielski erhielt dadurch Gelegenheit, „Berichtigungen" zu versenden; sie gingen aber merkwürdigerweise nur an die deutsche Presse, nicht an die polnischen Blätter Galiziens. Mag also auch über dem authentischen Wortlaut der Rede ein gewisses Dunkel liegen, jedenfalls wünschte Herr v. Koscielski seine Landsleute jenseits der preußischen Grenze in der Meinung zu erhalten, daß er, wie es in dem ursprünglichen Bericht über die Rede hieß, „aus dem Lande der Tränen und des Jammers" nach Lemberg gekommen sei, und daß die Landesgrenzen Preußens, Rußlands und Österreichs nur „farbige Linien" auf dem Körper des polnischen Volkes seien, die diesen Körper selbst nicht zu zerreißen vermöchten.

Während die Lemberger Rede den Bruch Koscielskis mit dem preußischen Hofe besiegelte, bereitete sich auch anderweitig das Ende der Versöhnungspolitik vor. Die Geduld der Deutschen in der Provinz Posen war erschöpft; sie fingen an, sich aufzuraffen. Die Fahrt der Posener zum Fürsten Bismarck nach Varzin im Herbst 1894 gab den Anstoß zur Gründung des Ostmarkenvereins; im Oktober 1894 brachte auch der Kanzlerwechsel das Wiedereinlenken in die Bahnen der Bismarckschen Politik. Damit war die Hofpartei vollends unmöglich geworden, auf diesem rechten

Flügel der Polen beherrschte jetzt die Nationalpartei allein das Feld. Sie hatte aber gegen die Volkspartei, — von der sie jetzt höhnisch als „Hofpartei“ bezeichnet wurde, weil die Trümmer der alten Hofpartei bei ihr Zuflucht gesucht hatten, — fortgesetzt einen erbitterten Kampf zu führen. Gegenüber der unbequemen Strömung im Bürgerstande suchte jetzt die Nationalpartei mit Vorliebe ein gewisses diplomatisches Gebahren zur Schau zu tragen. Sie behielt die frühere Taktik der entschiedenen Opposition bei, aber hüllte sie in gemäßigte und milde Formen. Dadurch war Herrn v. Koscielski die Brücke gebaut, um sich nun mit den Seinen rückhaltlos der Nationalpartei anzuschließen. Gegen Ende des Jahres 1896 trat er selbst in den Aufsichtsrat des Hauptorgans der Partei, des „Dziennik Poznanski“, während ein den neuen Verhältnissen des Blattes mehr entsprechender Chefredakteur in der Person des Herrn v. Lebinski bestellt wurde. Lebinski hatte sich von einem radikalen zu einem mehr rechts stehenden und vor allem streng kirchlichen Politiker entwickelt, von dem man hoffte, er werde den nationalen, auf die Bundesgenossenschaft der Kirche gestützten Standpunkt mit Entschiedenheit, doch ohne unnötige Schärfe vertreten.

Der „Dziennik“ fand bald Gelegenheit, sich über seine politischen Grundsätze unter der neuen Leitung auszusprechen. Der „Kuryer Poznanski“, das damalige Organ der höheren polnischen Geistlichkeit, die noch immer zwischen Regierung und Polen zu vermitteln suchte, glaubte damals gelegentlich noch die Taktik der alten Hofpartei empfehlen zu sollen. Darauf erwiderte der „Dziennik“ in einer Art von programmatischen Erklärung scharf:

„Wenn der Kuryer eine auf die Erscheinungen im fremden Lager sich stützende diplomatische Aktion befürwortet, so beweist er damit lediglich, daß er von der Diplomatie eine merkwürdige Auffassung hat. Die Geschichte der pol-

nischen Nation während der letzten hundert Jahre bezeugt, was die diplomatischen Aktionen den Polen eingebracht haben. Ehe nicht bei den Gewalthabern der gute Wille vorhanden ist, den Polen freiwillig zuzugestehen, um was diese jetzt kämpfen müssen, ist jetzt „hohe Politik" der Polen fruchtlos; denn ihr fehlen die Grundlagen. Der Gang der Geschichte und die Logik der Tatsachen können aber eines Tages im Lager der Gegner jenen guten Willen hervorrufen, wie das nach Sadowa in Galizien geschehen ist." In der weiteren Auseinandersetzung heißt es dann: „Die Polen sind preußische Untertanen und bereit, die daraus sich ergebenden Konsequenzen auf sich zu nehmen. Mit Energie und Ausdauer aber müssen die Polen an der Erhaltung ihrer Nationalität, ihres einzigen Eigentums, arbeiten. Die Mittel hierzu sind: gesetzliche Vertretung ihrer Rechte und Bedürfnisse auf nationalem und wirtschaftlichem Gebiet und einträchtige und ausdauernde organische Arbeit in der Richtung der Erhaltung und Förderung ihrer nationalen Existenz, sowie in der Richtung der nationalen Erziehung der Volksgemeinschaft hin. Dieses Programm ist einfach und erprobt; es muß, wenn auch langsam, zum Ziele führen. Ist daneben einmal die Hilfe der hohen Politik nötig, so wird diese auch das eigentliche Programm nicht ausschließen. Diese hohe Politik ist: Gottes Gerechtigkeit und sein Walten in der Geschichte."

Was hier in vorsichtigen Worten ausgedrückt wird, ist im Grunde ja nichts anderes als das Programm, das wir an anderer Stelle schon als Grundlage aller heutigen polnischen Bestrebungen kennen gelernt haben, nämlich geduldige und energische Arbeit an der Erhaltung und Stärkung der polnischen Nationalität und des nationalen Bewußtseins, und in dieser Arbeit geduldiges Abwarten des Augenblickes, wo eine günstige Konstellation, womöglich eine Niederlage des Deutschen Reiches, die Erfüllung weiterer Wünsche

bringt. Es ist nun bemerkenswert, wie der „Orendownik", das Organ der Volkspartei, in diesen Meinungsaustausch zwischen „Kuryer" und „Dziennik" eingriff. Das Blatt schrieb damals:

„Der polnische Adel hat in politischen Dingen kapituliert. Mit der Wahlniederlage in Kujavien hatte Koscielski aufgehört, politisch etwas zu bedeuten. Infolgedessen hat er als Politiker den Boden unter den Füßen und — wie die Lemberger Rede bewiesen — damit das Gleichgewicht verloren . . . Dadurch, daß der Adel Koscielski in den Aufsichtsrat des einflußreichsten polnischen Blattes befördert hat, ist diesem Manne wieder das Relief verliehen worden, dessen er als Politiker in Berlin bedarf."

Der „Orendownik" hat also auf das sachliche Programm des „Dziennik" nichts zu sagen. Er hat tatsächlich dasselbe Arbeitsprogramm; was er bekämpft, ist nur die soziale Schicht, in der der Schwerpunkt der nationalen Arbeit liegen soll. Deutlicher kann kaum gezeigt werden, daß der Parteiunterschied innerhalb des Polentums für das Deutschtum eigentlich gar nicht in Betracht kommt. Das Vorwärtsdrängen der Volkspartei geschah unbeirrt, obwohl inzwischen die Versöhnungspolitik aufgehört und das Deutschtum sich aufzuraffen und zu einigen angefangen hatte. Bei den nächsten allgemeinen Wahlen standen sich Nationalpartei und Volkspartei schroffer und erbitterter gegenüber als je zuvor, und jetzt behauptete die erstgenannte Partei an wichtigen Stellen nur mit Mühe noch das Übergewicht.

Seitdem hat auch innerhalb der Nationalpartei eine radikalere Richtung die Oberhand gewonnen. Während die ältere Generation bestrebt war, ihre eigentlichen Pläne und Ziele möglichst diplomatisch zu verhüllen, will ein neu entstandenes „Jungpolentum" ganz und gar mit offenem Visir kämpfen. Diese Richtung, die offen eingesteht, daß das Polentum nicht loyal ist und nicht loyal sein kann und will,

schlägt die Brücke hinüber zur Volkspartei und zeigt, wie sich schon jetzt das Polentum wieder einigt im nationalen Radikalismus. Man wird radikaler und in demselben Maße — offenherziger.

Diese Bewegung in den nationalen Bestrebungen hat sich schon jetzt so mächtig erwiesen, daß sich auch von der Volkspartei eine Strömung abgezweigt hat, die in nationalen Dingen einen größeren Radikalismus betätigen will, und zwar in der Weise, daß von der politischen Zugehörigkeit des polnischen Volkes zu verschiedenen Staaten ganz und gar abgesehen wird und die Rechte des polnischen Volkes als eines Ganzen auf Grund rein demokratischer Prinzipien verfochten werden. Bezeichnend ist, daß die Gründung dieser „national-demokratischen" Partei auf russischem Boden erfolgt ist. Von Warschau sind die Bestrebungen ausgegangen, und wenn sie sich auch in Posen neue Preßorgane geschaffen haben, so ist doch auf deutschem Boden ihr publizistischer Mittelpunkt Berlin, wo sie ihr Hauptorgan, den „Dziennik Berlinski" haben. Hier auf großstädtischem Boden, losgelöst von jeder provinziellen Eigenheit, lassen sich die internationalen Elemente am besten vereinigen, die aus den Worten des Herrn v. Koscielski, daß die Landesgrenzen nur farbige Linien auf dem Körper des polnischen Volkes bedeuten, die volle Konsequenz ziehen wollen. Hier wenigstens ist über das letzte Ziel der Partei kein Zweifel möglich.

Welche Tonart angeschlagen wird, davon nur ein Beispiel. Man vergleiche damit die vorsichtige Sprache bei den mitgeteilten ähnlichen Andeutungen des „Dziennik Poznanski". Im August 1905 schrieb die Wochenschrift „Praca": „Das Interesse der polnischen Nation heischt gebieterisch eine Niederlage des größten, uralten Feindes — eine Niederlage Deutschlands.... Die Niederlage Rußlands ist für uns kein geringer Segen. Aber die Niederlage Deutschlands wäre für uns ein noch hundertfach

größerer Segen. Sie ist sogar die unabweisbare Vorbedingung der tatsächlichen Wiedergeburt der polnischen Nation. Erst dann, wenn Deutschland wie Rußland seine Schlacht bei Mukden und Tsuschima schlagen wird, wird die polnische Brust aufatmen."

Die „Schlesische Zeitung" hat unlängst das Treiben der nationaldemokratischen Partei, dieser unversöhnlichen Vertretung des internationalen Polentums, in einer bemerkenswerten Artikelreihe aus der Feder eines offenbar gut unterrichteten Züricher Gewährsmannes aufgedeckt. Der Verfasser hat tiefe Einblicke in diese lichtscheue Minier- und Verschwörerarbeit gehabt. Diese Machenschaften beherrschen aber jetzt das polnische Leben so sehr, daß man in der nationaldemokratischen Partei und ihren Zweigorganisationen neuerdings den Kern der polnischen Bestrebungen überhaupt erkennen muß.

Dafür spricht nicht nur die bisherige Entwicklung, sondern auch die Entwicklung, die wir bei einem anderen Slawenstamm, der den Polen am nächsten steht, vor Augen sehen, nämlich bei den Tschechen. Wo ist heute das Alt-Tschechentum der Großgrundbesitzer und nationalen Professoren geblieben? Es ist verschlungen von dem lärmenden, radikalen Jungtschechentum des Bürgerstandes und des heutigen Klerus. Der Vergleich ist auch sonst lehrreich. Man sagt, die Polen unterschieden sich von den Tschechen durch ihre Stellung zu Rußland und zu der Kirche. Aber die Feindschaft der Polen gegen Rußland wird bei uns vielfach überschätzt, besonders seitdem die revolutionäre Bewegung in Rußland eingesetzt hat. Im Grunde des Herzens fühlen sich die Polen als Slawen den Russen näher als den Deutschen. Man haßt die alten russischen Staatseinrichtungen, sonst aber würde man gern dem russischen „Brüderchen" in die Arme sinken. Der Deutsche jedoch ist nach polnischer volkstümlicher Anschauung nun einmal „Hundeblut" (psia krew), mag er persönlich tun oder lassen, was

er will. Die gebildeten Polen verabſcheuen natürlich ruſſiſche Mißwirtſchaft; ſie mißtrauen der ruſſiſchen Orthodoxie. Aber dahinter ſteht die Überzeugung, daß die Macht der Raſſengemeinſchaft und geſchichtliche Notwendigkeit doch zuletzt ſtärker ſein könnten, ein dunkles Gefühl von der Solidarität des Slawentums. Dieſe beklommene Stimmung hat einmal im „Dziennik" einen höchſt originellen Ausdruck gefunden. Die Gedanken über das Verhältnis der Polen, Deutſchen und Ruſſen zueinander waren in Form eines Geſprächs gebracht, das zwiſchen Angehörigen der drei Nationen im „Eiſenbahnwagen 1. Klaſſe" geführt wird. Die Auswahl der drei Typen zeigt, daß es ſich nicht um ein wirkliches Geſpräch handelt, ſondern daß darin eine Tendenz zum Ausdruck gebracht werden ſoll. Der Pole iſt natürlich ein echter Pole von der Nationalpartei, der Deutſche ein „Rheinländer", alſo wohl gedacht als ein den Verhältniſſen im Oſten möglichſt fernſtehender Zentrumsmann, der mit dem „Gerechtigkeitsſinn" der „Kölniſchen Volkszeitung" gutgläubig auf alle Ideen des Polen eingeht; der Ruſſe aber iſt — und das iſt das Charakteriſtiſche dabei — eigentlich kein richtiger Ruſſe, ſondern eine Perſonifikation der ſlawophilen Richtung im Polentum ſelbſt, die infolge ihres Verhältniſſes zum Ruſſentum dem nationalen Polen von heute als eine fremde Bedrohung der Zukunft vor Augen ſteht. Der Verfaſſer des Geſprächs fühlt inſtinktiv, daß die Solidarität des Slawentums eine gewiſſe Wahrſcheinlichkeit des Sieges über die heutigen polniſchen Intereſſen für ſich hat; er projiziert gewiſſermaßen ſeine Befürchtungen auf die Geſtalt des Ruſſen im Eiſenbahnwagen und drückt ſie aus, indem er dieſen Ruſſen das Geſpräch mit den Worten an den Polen beenden läßt:

„Sie ſind Idealiſt, wie ihr ganzes Volk, aber es iſt eine alte Erfahrung, daß, wenn man ſich in der Politik vom Gefühl und nicht vom Verſtande leiten läßt, man ohne Gnade zugrunde gehen muß . . . Die Zukunft Europas

gehört dem Slawentum, ihr mögt wollen oder nicht; mag man euch germanisieren oder nicht, schließlich muß doch alles, was einmal slawisch war, zum Slawentum zurückkehren. Es ist das eine elementare Gewalt von solcher Stärke, daß ihr schwachen Polen euch nicht widersetzen könnt; den Deutschen aber wird es nichts nützen, daß sie eure geschichtlichen Namen vertilgen und Kolonisten aus dem Westen ansiedeln; das alles wird die slawische Flut früher oder später zwischen Oder und Elbe hinwegspülen."

Wer sich etwas auf die Stileigenheiten versteht, wird in dieser Tirade, in der das „Gespräch" ausklingt, die polnische Mache erkennen.[1])

Auch der Kirche steht das Polentum durchaus nicht wesentlich anders gegenüber, als das Tschechentum. Das Jungpolentum verlangt von der Kirche ebenso die Dienstbarkeit für die nationale Idee, wie es das Jungtschechentum tut. Die Kirche hat eben heute kein Interesse daran, sich diesem Wunsch zu entziehen. Wollte sie es aber tun, so würde das Polentum ebenso „hussitisch" werden, wie die Stammverwandten in Böhmen. Das Hussitentum ist nichts spezifisch Tschechisches, es war ja nur die Reaktion des slawischen Nationalgeistes gegen die Macht, die seiner Betätigung zunächst im Wege war. Das war allerdings im

[1]) Zur Prüfung sei hier der polnische Text der zitierten Stelle mitgeteilt: „Idealistą jesteś, panie Polaku, jak cały Twój naród, a znana to stara maksyma, że jeżeli w polityce kto uczuciem się rządzi, a nie rozumem, ten bez pardonu zginąć musi. Czem Rosya wielka się stała, jeżeli nie rozumną polityką! Przyszłość Europy do Słowiańszczyzny należy, i czy chcecie, lub nie chcecie, czy was zgermanizują, lub nie, to wszystko co kiedykolwiek było słowiańskiem, do słowiańszczyzny powrócić musi. Jest to prąd elementarny tak silny, że wy słaby Polacy jemu się oprzeć nie zdołacie, a Niemcom na nic się nie przyda przekrecanie nazw historycznych i sprowadzanie kolonistów ze zachodu; wszystko to morze słowiańskie prędzej, czy później po Odrę i Labę zaleje."

15. Jahrhundert die römische Kirche, mit deren Idee auch der Rechtsanspruch des Kaisers, dessen politische und militärische Macht wiederum im Deutschtum wurzelte, eng verknüpft war. Weil das Tschechentum sich gegen das Deutschtum durchsetzen wollte und die geistige Macht des Deutschtums hauptsächlich durch die Kirche vermittelt wurde, deshalb zündete bei den Tschechen damals der Gedanke einer eigenen Nationalkirche, die sich selbst von den Mißbräuchen der herrschenden Kirche reinigte. Auch daß die Tschechen der einzige Slawenstamm waren, bei denen eine derartige Bewegung so früh schon zur Entwicklung kam, ist keineswegs auf eine besondere Eigentümlichkeit dieses Stammes zurückzuführen. Die Tschechen waren das einzige von allen slawischen Völkern, das schon im 14. Jahrhundert in der Universitätsstadt Prag einen wirklichen geistigen Mittelpunkt besaß und in seinen Rechtsformen und wirtschaftlichen Verhältnissen sich bereits einem modernen Staat näherte. Das war aber durchaus nicht die Frucht der besondern nationalen Eigenschaften, sondern das Verdienst seines Herrschers, des Luxemburgers Karl IV., der, in der Schule der französischen Legisten und der italienischen Staatsmänner erzogen, die vorgeschrittenste Staatsweisheit seiner Zeit mit liebevoller Sorgfalt in seinen Erblanden zur Anwendung brachte. Daher das frühere Erwachen des Nationalbewußtseins bei den Tschechen. Jetzt geben sich Tschechen und Polen gegenseitig nichts nach, darum können wir aus der tschechischen Bewegung manches lernen.

Kapitel 5.

Die polnische Propaganda.

Um das Bild der polnischen Bestrebungen gegenüber dem Deutschtum zu vervollständigen, erübrigt noch eine

ergänzende Betrachtung jener polnischen Propaganda, deren allgemeines System bereits in einem früheren Kapitel gekennzeichnet worden ist. Denn es ist von Wichtigkeit, auch die Mittel näher kennen zu lernen, mit denen diese Propaganda arbeitet.

Schon das vorige Kapitel hat Gelegenheit gegeben, die Stellung einiger polnischen Zeitungen näher zu erläutern. Früher fiel diesen größeren Blättern zugleich die Aufgabe zu, einen Hauptanteil an der nationalen Agitationsarbeit zu tragen. Das brachte nun freilich gewisse Übelstände mit sich. Denn eine derartige Agitation hatte immer etwas Kompromittierendes. Die weitere Entfaltung der polnischen Nationalkraft und der zu Gebote stehenden Mittel hat da nun einen geeigneten und willkommenen Ausweg gezeigt. Man hat die Presse erheblich weiter ausgestaltet und so die Möglichkeit gewonnen, eine Art von Arbeitsteilung eintreten zu lassen. Man hat jetzt die führenden politischen Blätter der verschiedenen nationalen Richtungen zu unterscheiden von der für die Arbeit unter der Volksmasse bestimmten kleinen Lokalpresse. Die großen Blätter dienen als politisches Verständigungs- und Vereinigungsmittel für die gebildeten Kreise. Alle diese Blätter, von denen eine Anzahl schon genannt worden ist, können sich bei entschiedener Festhaltung ihres nationalen Standpunktes einer relativ maßvolleren, wenigstens vorsichtigeren Sprache befleißigen; denn sie wenden sich immerhin an ein politisch einigermaßen geschultes Publikum und sie wollen weniger werben, als wirklich im politischen Sinne führen und unterrichten. Sie wollen auch nach außen hin als eigentliche Vertretung der polnischen Presse gelten und wahren darum auch einen gewissen journalistischen und literarischen Ehrgeiz. Die eigentliche Werbe- oder, richtiger gesagt, Hetzarbeit in den weniger gebildeten Volksschichten besorgen die kleinen Lokalblätter, die jetzt in allen Provinzstädten mit polnischer Be-

völkerung entstanden sind und von denen einige, die in größeren Städten erscheinen, sogar eine gewisse Bedeutung erlangt haben. Dahin gehören z. B. die in westpreußischen Städten, wie Danzig, Graudenz und Thorn erscheinenden polnischen Zeitungen, die „Gazeta Gdańska", „Gazeta Grudziądzka", „Gazeta Toruńska", Hetzblätter der schlimmsten Art, die mit maßloser Leidenschaft den wütendsten Haß der polnischen Bevölkerung gegen alles Deutsche zu erwecken und zu nähren suchen. Der Vorteil der hier geschilderten Arbeitsteilung in der polnischen Presse liegt auf der Hand. Die kleinen Blätter, die nicht viel kosten und an den Bildungsgrad ihrer Leser keine besonderen Anforderungen stellen, sind natürlich viel besser geeignet, in der Volksmasse Stimmung zu machen; sie wirken bedeutend mehr, als die großen, ernsthaft politischen Blätter, die auf die Volksmeinung keinen so unmittelbaren Einfluß haben. Sobald nun aber von deutscher Seite auf das unsaubere Treiben dieser Blätter hingewiesen wird, dann kommt die Antwort, man dürfe auf das Geschwätz und Geschrei dieser Winkelblätter nichts geben! Man müsse die große ernsthafte polnische Presse lesen, wenn man das Polentum beurteilen wolle. Das ist Spiegelfechterei. Denn es ist doch selbstverständlich, daß die großen polnischen Blätter einfach deshalb eine gemäßigtere Sprache führen können, weil sie nur in Kreisen gelesen werden, die sich ohnedies verstehen. Wer die Volksstimmung in einem fremden Lande erfahren will, der fragt natürlich, was das Volk spricht und liest, nicht nach dem, was in diplomatischen Noten steht. Man wird also bei einigem Nachdenken sich sagen, daß die Stimmen der kleinen Presse außerordentlichen symptomatischen Wert haben. Man tut ferner auch gut, sie durch die Stimmen der ausländischen Polenpresse zu ergänzen. Denn es versteht sich von selbst, daß die polnischen Blätter in Russisch-Polen und Galizien sich über die Verhältnisse der preußischen Polen

offener und freier aussprechen können, als die Blätter in Posen, die immer an der Fiktion festhalten müssen, daß sie der Untertanenpflicht gegen den preußischen Staat treu bleiben wollen.

Die polnische Propaganda begnügt sich auch durchaus nicht damit, die Masse der polnischen Bevölkerung nur durch die kleine Presse politisch aufhetzen zu lassen; diese Waffe würde mit der Zeit stumpf werden, wenn nicht zugleich in positivem Sinne dafür gesorgt würde, daß die Leute das polnische Volkstum lieb gewinnen und sich mit ihren Volksgenossen geistig verbunden fühlen. Diese Fürsorge wird nun von polnischer Seite mit großem Eifer betrieben. Wer sich von Polen bewohnte Ortschaften näher ansieht, dem wird gewiß sehr bald auffallen, daß fast regelmäßig an einem Hause, womöglich im Mittelpunkt des Ortes oder wo ein Laden oder Ausschank betrieben wird, die Inschrift zu lesen ist: „Bezpłatna czytelnia ludowa", d. h. „Unentgeltliche Volkslesehalle". Diese Volksbibliotheken werden von einer Gesellschaft geleitet, die ihren Sitz in Posen hat (Towarzystwo Czytelni Ludowych). Sie entfaltet eine außerordentlich rührige Tätigkeit, um die weitesten Volkskreise geistig anzuregen und mit einem — in ihrem Sinne — geeigneten Lesestoff zu versehen. Unausgesetzt wirbt jede polnische Zeitung für diese wichtige Sache und sammelt Beiträge, die in der Regel im Laufe des Jahres eine ganz bedeutende Höhe erreichen. Die größeren Blätter, wie der „Dziennik Poznanski", quittieren fast täglich über Geldbeiträge, die im Laufe eines Monats schon eine Fürsorge für die geistige Nahrung des Volkes darstellen, wie sie noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit, d. h. bis zur Eröffnung einer gleichen Tätigkeit durch den deutschen Ostmarkenverein, auf deutscher Seite leider gänzlich unbekannt war. Das Polentum hat dadurch einen ungeheuren Vorsprung gewonnen. Erreicht ist jedenfalls, daß in der polnischen

Volksmasse nicht nur das geistige Niveau gegen früher beträchtlich gehoben erscheint, sondern auch das Nationalgefühl einen bewußten und entschiedenen, von Pflichtgefühl getragenen, nicht mehr, wie früher, nur von Äußerlichkeiten bestimmten und von Instinkten geleiteten Charakter angenommen hat. Der polnische Bauer hat von jeher den Deutschen gehaßt; früher haßte er ihn aus einem unbestimmten Gefühl der verschiedenen Art und Sprache heraus; heute weiß er, warum er ihn haßt und warum er mit den Seinen zusammenhalten soll. Einen großen Anteil an dieser Entwicklung hat eben der Umstand, daß auch dem geringen, ungebildeten Mann geistige Erzeugnisse vermittelt werden, die ihm das Bewußtsein geben, daß seine Sprache und Art ihn zum Gliede einer vom Deutschtum unabhängigen und verschiedenen Gemeinschaft macht und daß sein Geist und Gemüt hier frisch und unmittelbar etwas genießt, was ihm sonst nur durch einen lästig empfundenen Zwang geboten werden konnte.

Wie sich die Früchte dieser ganzen Tätigkeit in einer starken Absonderung des polnischen Volkselements von den Deutschen zeigen, das ist bereits erwähnt worden. Die Polen suchen das auch äußerlich zu erreichen und festzuhalten, indem sie die Deutschen, die sie in ihren Bereich ziehen, in der Regel veranlassen, ihren Namen ein polnisches Gepräge zu geben, entweder durch Übersetzung oder mindestens durch polnische Schreibweise. Da die polnische Rechtschreibung streng „phonetisch“ ist, d. h. für jeden Laut ein bestimmtes Zeichen hat und dieses Prinzip unabhängig von jeder „historischen“ oder fremden Schreibweise streng durchführt, so ergibt es sich sehr leicht, daß Deutsche, sobald sie erst zum Gebrauch der polnischen Sprache übergehen, alsbald auch die Schreibweise ihrer Namen ändern und dadurch auch äußerlich ihre ganze Familie von dem Zusammenhang mit ihrer ursprünglichen deutschen Nationalität

loslösen. So wird aus dem deutschen Schulz, ein polnischer Szulc, aus Schumann ein Szuman, und bekannte Persönlichkeiten unter den Polen, die deutsche Namen tragen, schreiben sie stets in polnischer Orthographie, z. B. Wolszlegier (Wollschläger), Rydygier (Rüdiger) usw. Auch der Name des bekannten politischen Agitators zur Zeit des polnischen Aufstandes im Jahre 1830/31, Lelewel, war ursprünglich deutsch; er gehörte einem polonisierten Seitenzweig der Familie Löhöffel an. Daneben ist auch direkte Übersetzung deutscher Namen ins Polnische beliebt. Ein deutscher Schmidt erscheint plötzlich als Kowalski oder Kowalewski, ein Berg als Gora oder Gorek, ein Nicolai als Mikolajczak, ein Albert als Wojciechowski usw. Begünstigt wurde die Anwendung dieses Mittels der Polonisierung lange Zeit durch die katholische Geistlichkeit. Vor der Einrichtung der Standesämter und der Beurkundung des Personenstandes durch Angestellte der weltlichen Obrigkeit bot die Führung der Kirchenbücher den Geistlichen ein bequemes Mittel, um durch Eintragung der Namen in polnischer Form die katholische Bevölkerung für das polnische Lager zu reklamieren. Wenn damals ein ehrlicher Deutscher, der seinen Namen bei der Trauung als Josef Schulz angegeben hatte, im Kirchenbuch als Jozef Szulc vermerkt wurde, wer wollte diese Fälschung kontrollieren? Ausgesprochen klingt der Name in dem einen Fall genau so wie in dem andern. Die Kinder galten dann bereits als waschechte Polen und sie konnten dem gewissenhaft nachforschenden Beamten nachweisen, daß schon ihr Vater „sich“ Szulc geschrieben habe. Merkwürdigerweise haben auch die Gerichte, die in vielen Fällen allerdings sich dieser Praxis gegenüber wehrlos fühlten, durch ihre Rechtsprechung manchen Mißbrauch durchschlüpfen lassen, der wohl zu beseitigen gewesen wäre. Erst neuerdings hat das Kammergericht den früher eingenommenen, nicht zu rechtfertigenden Standpunkt verlassen und als Grundsatz aus-

gesprochen, daß der Name eine Verdunkelung der Personenidentität verhindern solle; dabei sei die Schreibweise des Namens ebenso von Wichtigkeit, wie der Klang. Mit Recht wird jetzt auch von den Behörden darauf gesehen, daß die willkürliche Änderung deutscher Namen aufhört. Manchem Deutschen, der den Sachverhalt nicht näher kennt, mag diese Sorge kleinlich erscheinen, weil wir in unserer Sprache ein ganz anderes Prinzip, das der historischen Rechtschreibung, haben. Französische, englische, italienische, ungarische Familien, die in Deutschland einheimisch werden, behalten Schreibweise und Aussprache ihres Namens bei, ohne daß es uns stört. Schreiben wir doch selbst deutsche Namen von gleichem Klang auf verschiedene Art, z. B. Schultz und Schulz, Meyer und Meier, usw. Darum fällt es uns überhaupt nicht ein, aus Schreibweise, Klang oder Ableitung eines Namens allein auf die Nationalität zu schließen. Wir wissen, daß Träger der Namen Podbielski, Douglas, Courbière, Bentivegni, Kuylenstierna echte Deutsche sind, obgleich sie die Form ihrer ursprünglich polnischen, schottischen, französischen, italienischen, schwedischen Namen beibehalten haben. Anders die Polen, die an ein derartiges Prinzip der Rechtschreibung nicht gewöhnt sind. Es gibt auch hier Ausnahmen, Beispiele der Beibehaltung einer historischen Form. Man braucht sich z. B. nur an den polnischen Zweig der adligen Familie v. Kalckstein zu erinnern. Der gemeine Mann hat für solche historische Schreibweise kein Verständnis; er sieht nur den als Polen an, dessen Namen er nach den ihm bekannten Regeln der polnischen Lautlehre richtig aussprechen kann. Andere sind und bleiben ihm Fremde. Ein Deutscher, der die Orthographie seines Namens ändert, kann dies also nur in der Absicht tun, die entschiedene Zugehörigkeit zum polnischen Volkstum zu bekunden. Und wenn er auch selbst diesen Schritt weniger in bewußter Absicht, als infolge von Überredung aus Gleichgültigkeit tut, so sorgen doch die-

jenigen, die ihn dazu überredet haben, Geistliche, Lehrer, Brotherren oder gewerbsmäßige Agitatoren dafür, daß, wenn nicht er selbst, so doch seine Kinder die Namensänderung als bewußte Absicht auffassen, den Übergang aus dem deutschen in das polnische Lager zu vollziehen.

Alle diese Mittel können freilich nur wirken, wenn außerdem alles getan wird, um die Kluft zwischen Deutschen und Polen in jeder Beziehung zu erweitern und zu vertiefen. Um die Lage richtig zu beurteilen, ist es nötig, sich zu vergegenwärtigen, bis zu welchem fast unglaublichen Grade von polnischer Seite der Haß gegen das Deutschtum genährt wird. Die Grundlage dazu bietet die streng durchgeführte gesellschaftliche und geschäftliche Fernhaltung der Polen von den Deutschen. In Verbindung damit steht das polnische Vereinsleben, worauf gelegentlich noch in anderem Zusammenhange zurückzukommen sein wird. Vor allem wird uns der sogenannte Marcinkowski-Verein und die „Straz“ an anderer Stelle beschäftigen. Unter den Vereinen, die in erster Reihe bestimmt sind, in der gesamten Bevölkerung gutpolnische Gesinnung zu pflegen und zu erhalten, stehen die sogenannten „Sokol“-Vereine in erster Reihe. Das Wort „sokol“ heißt „Falke“ und ist in den meisten slawischen Sprachen in dieser Form gemeinsam. Man hat dieses Wort zum Sinnbild der von allen Slawen zu pflegenden Eigenschaften der Kühnheit, Gewandtheit, Wachsamkeit und Scharfsichtigkeit erwählt. Die Sokols sollen körperliche Tüchtigkeit und Gemeinsinn pflegen; sie sind daher vor allem Turnvereine, aber mit dem politischen Hintergrunde der Pflege des slawischen Bewußtseins. In ihren Statuten ist natürlich von dem nationalen Zweck nichts angedeutet; sie wehren sich dagegen, daß ihre Tätigkeit, die nur dem Turnen und der Geselligkeit dienen soll, von der Behörde als politisch betrachtet wird. Aber in Wahrheit dient jede ihrer Veranstaltungen der Pflege des

Nationalgefühles. Durch Umzüge in charakteristischer Nationaltracht entflammen sie bei ihren Festen die Phantasie der Teilnehmer, und niemals geht es dabei ohne politische Brandreden ab, die ihre Spitzen gegen das Deutschtum kehren. Ein gewisses Gegengewicht gegen die Sokols boten bisher noch am ersten die Kriegervereine. Man ist deshalb auf polnischer Seite eifrig bemüht, die ehemaligen Soldaten polnischer Nationalität immer mehr von diesen Beziehungen loszulösen, und leider sind diese Bemühungen vielfach von Erfolg gekrönt, namentlich da, wo die deutschen Elemente in den Kriegervereinen durchweg oder überwiegend Protestanten sind.

Eine wesentliche Rolle spielt auch dabei, in welchem Grade es den Polen gelungen ist, an einem Orte die geschäftliche Boykottierung der Deutschen durchzuführen. Seit der polnische Mittelstand einigermaßen lebensfähig geworden ist, haben die Polen versucht, diesen Boykott überall da ins Werk zu setzen, wo sich die Möglichkeit dazu bot, und diese Möglichkeiten gestalten sich natürlich immer ausgiebiger. In demselben Maße, als sich die Polen allmählich unabhängiger von deutschen Geschäftsleuten machen, gehen sie auch offener und dreister vor. Auch hier muß man die kleine Presse und die Auslandspresse studieren, wenn man die unverhüllten Aufforderungen zum Boykott und die Absichten der polnischen Geschäftsleute kennen lernen will. Die Polen behaupten, dieser Boykott sei erst eine Folge der polenfeindlichen deutschen Agitation, die von dem Ostmarkenverein ausgegangen sei. Das ist eine direkte Lüge. Erst im Jahre 1894 hat die deutsche Opposition gegen die dreiste polnische Propaganda angefangen sich zu regen. Vorher ist es niemand eingefallen, auch nur den Gedanken eines Boykotts der polnischen Geschäfte von deutscher Seite anzuregen, geschweige denn einen solchen Gedanken praktisch auszuführen. Die Deutschen in der Provinz Posen haben, ohne

überhaupt darüber nachzudenken, einfach da gekauft, wo sie eine Ware am besten, billigsten und bequemsten erhielten. Sie sind deshalb unter Umständen auch ganz unbedenklich gute Kunden polnischer Geschäfte gewesen, sobald sie dort gut bedient wurden. Natürlich zogen sie ein deutsches Geschäft da vor, wo dieses die besseren Leistungen aufzuweisen hatte. Die Frage ist nun: „Verfuhren die Polen vor dem Jahre 1894 ebenso?" — und die runde einfache Antwort muß lauten: „Nein!" Allerdings muß man bedenken, daß die Entwicklung eines auf der Höhe der Zeit stehenden polnischen Geschäftslebens erst ein Ergebnis der jüngsten Zeit ist, daß die Polen daher erst allmählich in die Lage kommen, überall — auch an kleineren Orten — zwischen deutschen und polnischen Geschäftsleuten wählen zu können. Wo sie aber diese Wahl hatten, da haben sie schon vor dem Jahre 1894 unter allen Umständen dem Landsmann den Vorzug gegeben. In der Stadt Posen z. B. klagten schon im Jahre 1890 — es war die Blütezeit der Versöhnungsepoche; Herr v. Koscielski glänzte am preußischen Hofe, die Polen jubelten über die Entlassung Bismarcks und fingen an, in ihren Salons das Bild Kaiser Wilhelms II. aufzustellen, nicht weil er ihr Monarch war, sondern weil er sie von ihrem Todfeinde befreit hatte, — damals also klagten schon die deutschen Geschäftsleute auf das bitterste darüber, daß sie von den Polen gemieden wurden, obwohl sie polnisch sprechende Bedienung hatten und in den polnischen Blättern polnisch inserierten. Das waren die anerkannt besten und leistungsfähigsten Firmen der Stadt.[1])

[1]) Ein kleines persönliches Erlebnis, das, so unbedeutend es sein mag, doch die damalige Lage beleuchtet, mag hier eingeschaltet werden. Eine polnische Dame zeigte mir einmal die Photographien ihrer Verwandtschaft; es waren Bildnisse von Mitgliedern verschiedener bekannter aristokratischer Familien, Leute, die einen Zweifel an ihrem gebildeten Geschmack und an ausreichenden Mitteln nicht zuließen. Alle diese Bildnisse waren bei einem Posener Photographen angefertigt, von dem

Der Unterschied der heutigen von der damaligen Lage besteht nur darin, daß einmal die Zahl der polnischen Geschäfte inzwischen zugenommen hat, also auch eine größere Möglichkeit besteht, den Boykott durchzuführen, und daß ferner die Tätigkeit des Ostmarkenvereins als Vorwand genommen wird, um jetzt offen auszusprechen, was früher ebenso wie jetzt geschah, aber möglichst verheimlicht und auf Grund lediglich stillschweigender Verabredung ausgeführt wurde. Diese Offenheit ist ein Notbehelf, ein Gegenzug, der den Polen im Grunde unangenehm ist; keinesfalls ist dies als eine Verschlimmerung der Lage für uns Deutsche anzusehen. Denn die Lage wäre heute auch ohnedies genau dieselbe.

Von deutscher Seite ist immer wieder versucht worden, die Gegensätze zu mildern, die polnischen Vereinigungen von der harmlosen Seite zu nehmen und sie zu solchen

---

mir bekannt war, daß er — obwohl nicht polnischer Herkunft — sich zu den Polen rechnete und in seinen Schaukästen die Bilder der bedeutendsten Vertreter des polnischen Adels der Provinz aufwies. Alle diese Bilder waren technisch so jammervoll ausgeführt, daß ich nicht umhin konnte, mein Erstaunen darüber zu äußern. „Ach ja!", rief die Dame lebhaft aus, „die Bilder sind sehr schlecht, aber wir haben in Posen keinen guten Photographen." Ich bemerkte, daß Herr E. doch als ganz ausgezeichneter Photograph bekannt sei. „Nun ja, aber — —", hier folgte etwas Unverständliches; die Dame wurde verlegen, stockte und brach schnell ab mit den Worten: „An den habe ich nicht gedacht!" Sie war im Begriff gewesen, im lebhaften, unbefangenen Gespräch mit einer Bemerkung herauszuplatzen, die sich die Polen damals noch hüteten, einem Deutschen gegenüber offen auszusprechen; sie wollte nämlich sagen: „Wenn ich den Ausdruck „wir" gebrauche, so meine ich: wir Polen; E. ist ein Deutscher, und wir können nicht zu ihm gehen, wenn er der beste Photograph der Welt wäre." Dieses kleine Stück ist typisch für den tatsächlich längst vorhandenen Boykott deutscher Geschäfte durch die Polen, ehe die Deutschen an Abwehr dachten; die Polen begnügten sich selbst mit schlechter Ware, nur um den Landsmann zu unterstützen und den Deutschen nichts zu gönnen.

Veranstaltungen, bei denen gewisse gemeinsame Interessen und Anschauungen vorausgesetzt werden durften, heranzuziehen. Man hat damit nur schlechte Erfahrungen gemacht. Auf eine solche Einladung schrieb einst der „Orendownik“:

„Wenn sich irgend ein Pole als Privatperson, sei es durch Beiträge, sei es persönlich, an derartigen Kundgebungen beteiligt, so ist dies allerdings traurig, aber dadurch wird die gesamte Nation nicht belastet (!). Anders steht es aber mit polnischen Vereinen; wenn sie öffentlich auftreten, so tun sie dies im Namen der gesamten Nation. Ein solches Auftreten würde gleichbedeutend sein mit einer Pflichtverletzung gegenüber der eigenen Nationalität und würde eine Demoralisation des Mittelstandes bedeuten.“

Die aus diesen Worten sprechende Feindseligkeit gegen den Staat tritt in den Kundgebungen der polnischen Presse allenthalben hervor. Die polnische Presse wird nicht müde, den Zustand des polnischen Volkes als den des Leidens und der Unterdrückung zu schildern. In Erinnerung an den Novemberaufstand von 1830 schrieb einmal ein polnisches Blatt, der „Przyjaciel Ludu“ (Volksfreund): „Die Novembertage pflegen in ganz Polen, sei es öffentlich, sei es im stillen, wie ein Feiertag unserer Helden begangen zu werden. Das Andenken dieser Männer wirst du, mein Volk, am besten ehren, wenn du alles daran setzest, daß es dem Feinde (!) nicht gelinge, uns weder den Glauben, noch die Sprache, noch die Sitten, noch das Land zu entreißen.“ Ähnliche Beispiele ließen sich in großer Zahl anführen.

Ihren Erfolg versteht die polnische Propaganda vortrefflich herauszustreichen, obwohl sich neuerdings gezeigt hat, daß die energische deutsche Gegenwehr bereits Früchte getragen hat.

Das Polentum greift dabei auch auf die Nachbarprovinzen über — aus Gründen, die in einem früheren Kapitel bereits auseinandergesetzt sind. Ein eigenartiges

und wichtiges Arbeitsfeld der polniſchen Propaganda, das die Ziele des Polentums beſonders deutlich erkennen läßt, iſt Oberſchleſien. Schleſien iſt allerdings im frühen Mittelalter inſofern ein Beſtandteil des polniſchen Reiches geweſen, als es von einer ſlawiſchen Bevölkerung bewohnt war, die ſich in der Sprache von der des eigentlichen Polens nur mundartlich unterſchied, und ſchon von den Begründern des polniſchen Reiches ihrer Botmäßigkeit unterworfen wurde. Zur Zeit der Teilung des polniſchen Reiches im 12. und 13. Jahrhundert bildeten ſich die ſchleſiſchen Herzogtümer, die ebenſo wie die Teilfürſtentümer des eigentlichen Polens, von Herrſchern aus dem Stamme der Piaſten regiert wurden. Aber es iſt ſchon erwähnt worden, wie ſchnell dieſes Land germaniſiert wurde. Zu dem neubegründeten Königreich Polen hat Schleſien niemals gehört. Nur in Oberſchleſien, bis wohin die deutſchen Einflüſſe nicht ſo ſchnell vordringen konnten, bewahrte das Polentum ein Übergewicht. Dieſes Polentum trat aber nur im Gebrauch einer polniſchen Mundart in die Erſcheinung; von einer Geſinnung, die die Bewohner dieſes Landes politiſch zu Polen hinübergezogen hätte, war niemals die Rede. Die Leute waren Schleſier, zunächſt nichts weiter, nur eben polniſch ſprechende Schleſier. Dieſes Bewußtſein iſt den Oberſchleſiern geblieben, als ihr Land unter habsburgiſche Herrſchaft kam, und als dann Friedrich der Große Schleſien eroberte, bewirkte die großartige Fürſorge des Königs für die früher arg vernachläſſigte Provinz, daß ſich ſehr bald auch ein Gefühl der Anhänglichkeit an die preußiſche Dynaſtie und den Geſamtſtaat herausbildete. Dieſes Gefühl war den deutſch- wie den polniſch-redenden Schleſiern ohne Unterſchied gemeinſam; deshalb hatte der preußiſche Staat auch nicht die geringſte Veranlaſſung, der polniſchen Sprache in Schleſien irgendwie Gewalt anzutun. Dieſe polniſche Mundart war überdies dem Einfluß der polniſchen Schriftſprache ziemlich

vollständig entzogen; sie nahm ihre eigene Entwicklung zu einem nur durch mündlichen Gebrauch fortgepflanzten und mit deutschen Fremdwörtern reichlich durchsetzten Volksdialekt, dem sogenannten „Wasserpolnisch“. So wenig nun freilich ein Grund vorlag, diese Volkssprache etwa zu unterdrücken oder gar auszurotten, so bestand doch andererseits für Behörden und Schulen auch keine Veranlassung, künstliche Maßregeln zur Erhaltung und Pflege dieser fremden Mundart zu ergreifen oder sie durch Unterricht im Schriftpolnischen zu reinigen und diesem zu nähern.

Hier setzte nun die polnische Agitation ein, um die Oberschlesier als Polen und Oberschlesien als polnisches Land zu reklamieren. Man fing damit an, durch Agenten und namentlich in den Wahlzeiten Klagen zu verbreiten, als ob die Regierung gegen die polnische Sprache in Oberschlesien feindselig gesinnt sei und den polnisch-redenden Schlesiern die deutsche Sprache gewaltsam aufzwingen wolle. Die Beschuldigung hätte vielleicht wenig Wirkung gehabt, wenn man nicht den konfessionellen Gegensatz hätte zu Hilfe nehmen können. Den polnischen Oberschlesiern wurde begreiflich gemacht, daß es weniger auf ihre Sprache, als auf ihren katholischen Glauben abgesehen sei, zu dessen Verleugnung die Annahme der deutschen Sprache der erste Schritt sei. Das wirkte, weil nun auch die einheimische Pfarrgeistlichkeit, zum Teil zunächst wohl in gutem Glauben, der polnischen Agitation die Hand reichte. Bedenklich wurde freilich diese Bundesgenossenschaft erst, als der Kulturkampf die Leidenschaften erregt und das Mißtrauen aufs äußerste gesteigert hatte. Seitdem hat die polnische Agitation Anker geworfen und ihren eigentlichen Operationsplan in Oberschlesien in Angriff genommen.

Der erste Schritt war, daß eine in großpolnischem Sinne geleitete polnische Presse in Oberschlesien eingerichtet wurde. So wirkte in Oppeln die „Gazeta Opolska“,

in Ratibor die „Nowine Raciborskie“, endlich in Beuthen der jetzt viel genannte „Katolik“. Letzterer diente ganz besonders als Hauptorgan der polnischen Propaganda in Schlesien. Zunächst wurde mit leidenschaftlichem Eifer geleugnet, daß zwischen dem überlieferten Wasserpolnisch der Oberschlesier und dem Schriftpolnisch der neuen Agitatoren ein wesentlicher Unterschied sei. Obwohl noch im Jahre 1896 der oberschlesische Abgeordnete Letocha im Abgeordnetenhause harmlos erklärte: „Meine Muttersprache ist das sogenannte Wasserpolnisch“, erklärte doch die großpolnische Presse, sekundiert von der deutschen ultramontanen, kategorisch: „Es gibt überhaupt kein Wasserpolnisch; die Oberschlesier sind reine, echte Polen.“ Nächstdem waren diese Blätter natürlich bemüht, ihre Sprache den besonderen Verhältnissen der Bevölkerung anzupassen. Wenn es in Schlesien auch Großgrundbesitzer polnischer Nationalität gibt, so gibt es doch keinen führenden Adel polnischer Nationalität mit nationalen Traditionen. Hier standen in erster Reihe die Interessen der unteren Stände als der eigentlichen Vertreter des Polentums im Lande. Darum wendete sich die polnische Agitation hier vor allem an die Industriearbeiter, die im oberschlesischen Kohlenrevier der polnischen Volksmasse ihre Signatur geben. Die sozialdemokratische Agitation hatte bis dahin in diesem treuen und genügsamen Volke wenig Wurzel gefaßt; jetzt aber traten allerlei aufreizende Ideen in kirchlich-katholischer Färbung und bis zu einem gewissen Grade unter Begünstigung von seiten der Kirche an sie heran. Diesen Mitteln war die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung nicht gewachsen, und sie fing an, die nationalpolnischen Vorstellungen und das Bewußtsein eines Gegensatzes zum Deutschtum in sich aufzunehmen. Nachdem die Sache so weit gediehen war, erschienen die berufsmäßigen Volksverführer mit Sokols und polnischen Gesangvereinen auf dem Plan, um das „nationale“ Leben zu pflegen und

den Leuten vollends den Kopf zu verdrehen. Welche hochtrabenden Ideen den harmlosen, ursprünglich loyalen Oberschlesiern auf diesem Wege beigebracht werden, das zeigt eine Probe aus einer Rede, die auf einem oberschlesischen Sokolfeste gehalten wurde. Da wurde die Zusammengehörigkeit mit den polnischen Brüdern in Krakau und Warschau gefeiert, und dann erklärte der Redner: „Dem polnischen Sokoltum werden stets die Ideale Kosciuszkos (!) vorschweben, und wenn die Stunde der Auferstehung kommt, so werden sich die Sokols bei dem Herzen Kosciuszkos [1]) sammeln, es auf den Schoß des Vaterlandes tragen und im Pantheon nationaler Heiligtümer niederlegen.“ Wenn den Leuten, die diese hochverräterischen, hirnverbrannten Phrasen zur Grundlage ihrer Festbegeisterung machen, vorgeworfen wird, daß sie mit ihren Vereinen eine politische, staatsfeindliche Agitation treiben, so stellen sie sich höchst erstaunt, als ob sie nicht begriffen, daß der Staat nur seine Pflicht tut, wenn er diesen sonderbaren Turnvereinen auf die Finger paßt und mindestens verlangt, daß sie ihre Turnübungen mit anderen Gegenständen anstellen, als mit dem Herzen Kosciuszkos.

Auf Grund dieser umfangreichen und planmäßigen Agitation werden nun in Oberschlesien weitere politische Bestrebungen ernster Natur eingeleitet. Besonders wird ein Druck auf die Schule versucht, um durch Steigerung unerfüllbarer nationaler Ansprüche eine oppositionelle Stimmung der polnischen Familien gegen die Wirksamkeit der Schule hervorzubringen und so die Gesinnungen der heranwachsenden Jugend im Sinne des polnischen Fanatismus zu vergiften. Schon im Herbst 1897 bemerkte der Referent einer oberschlesischen Volksschullehrerversammlung zu Gleiwitz in seinem Vortrag folgendes:

„Das durch die polnische Presse ausgestreute Gift wirkt leider nicht bloß auf Erwachsene. Wenn die vaterländische

[1]) s. S. 113.

Gesinnung in den Eltern planmäßig niedergetreten wird, so muß dies auch auf die Kinder wirken. Ist es doch im verflossenen Frühjahr während der Geschichtsstunde in einer Schule vorgekommen, daß ein Schüler fragte: „„Mein Vater sagte, unsere Könige hätten früher in Krakau gewohnt; ist das wahr, Herr Lehrer?"" Welche Gespräche müssen in dieser Familie vorher geführt worden sein, daß eine solche Frage möglich war!"

Bei derselben Gelegenheit wurden die Bestrebungen der Polen gegen die oberschlesische Volksschule nach zwei Richtungen hin deutlich gekennzeichnet. „Erstens suchen sie" — so sagte der erwähnte Referent — „die unterrichtliche und erziehliche Tätigkeit der Schule, namentlich nach der religiösen Seite hin, im Volk herabzusetzen und zu verdächtigen. Zweitens sind sie bestrebt, der staatlichen deutschen Schule ein Gegengewicht durch privaten polnischen Unterricht entgegenzusetzen."

Das ist seitdem noch viel schlimmer geworden. Napieralski, der Leiter des „Katolik", hat jetzt die ganze „allpolnische" Presse unter seiner Führung vereinigt und sich auch vom Zentrum völlig emanzipiert. Unterstützt von dem „Górnoszlązak", in dem ein Mann wie Korfanty das Wort führt, wird hier auch das Zentrum rücksichtslos angegriffen, sobald es nicht nach großpolnischer Pfeife tanzt. Die Geistlichen, die sich nicht bedingungslos zu Dienern polnischer Interessen gebrauchen lassen, sind den heftigsten Drohungen und Hetzereien ausgesetzt. Auch die in polnischer Sprache erscheinenden Blätter, die früher ein gewisses Gegengewicht gegen das Allpolentum zu halten versuchten und deshalb öfter den Vorwurf des „Verrats" hören mußten, — wir nennen die „Gazeta Katolicka" und die „Nowine Katolickie" — verfolgen, wie sich jetzt immer klarer herausstellt, rein polnische Interessen, die über die bloße Erhaltung der Nationalität der polnischen Oberschlesier hinausgehen. Den „Katolik" und „Górnoszlązak" mit ihrer aufreizenden

Sprache erreichen sie freilich nicht. Schon vor Jahren schrieb das erstgenannte Blatt: „Wenn wir alle Hand in Hand gingen, so wäre die Handvoll nicht da, für die wir arbeiten, und die auf Grund unserer schweren Arbeit viele Annehmlichkeiten hat, sich vergnügt und freut, Aufzüge macht, Theater spielt, Konzerte gibt, in die Bäder reist, in der ersten oder zweiten Klasse fährt, der alles erlaubt ist und der gegenüber die Polizei fleißig aufpaßt, daß sie nicht gestört werde. Uns armen Menschen aber, die wir im Schweiße unseres Angesichts Tag und Nacht arbeiten, ist nicht erlaubt, uns ein Vergnügen zu bereiten, denn die Deutschen würden dadurch beleidigt werden. Ihnen ist das gestattet —, Du, Pole, halte den Mund!“ Das ist die Sprache wütenden, maßlosen National- und Klassenhasses zugleich.

Wenn die Polen schon auf Schlesien ein historisches Recht zu besitzen glauben, so gilt dies natürlich noch viel mehr von Ost- und Westpreußen. Sind doch wenigstens Westpreußen und Ermland bis zur ersten Teilung Polens 300 Jahre hindurch Bestandteile des polnischen Reiches gewesen. Daher unterscheidet sich auch die Art der polnischen Agitation in nichts von der in der Provinz Posen. Nur liegen hier aus historischen Gründen die Verhältnisse ein wenig anders. Die beiden heutigen Provinzen Ost- und Westpreußen gehörten ja ursprünglich nicht zusammen. Während östlich von der Weichselmündung die Preußen saßen, war das Gebiet der untern Weichsel, ebenso wie die Gegend westlich davon bis zur Persante, von Slawen bewohnt, die zu den Küstenbewohnern (slawisch: pomorcy), den „Pommern“, gerechnet wurden. Das Land wurde später, zum Unterschied von dem Pommern westlich von der Persante, Kleinpommern oder Pommerellen genannt. Die in Danzig residierenden Fürsten von Pommerellen waren durch Boleslaw III. Krzywousty gezwungen, die Oberhoheit Polens anzuerkennen, aber dieses Verhältnis war durch

den ohnmächtigen Zuſtand Polens zur Zeit der Teilungen unwirkſam geworden. Die pommerelliſchen Fürſten folgten daher dem Beiſpiel ihrer pommerſchen Vettern, wenn auch nicht ganz in demſelben Maße; ſie zogen in ihre Burgen und Anſiedlungen deutſche Einwanderer oder legten ihnen wenigſtens nichts in den Weg, und den ſo entſtandenen Städten verliehen ſie deutſches Recht. Daher wurden die pommerelliſchen Städte verhältnismäßig ſchnell deutſch, während die Landbevölkerung — nach ihrem Stammnamen Kaſchuben (oder latiniſiert: Kaſſuben) genannt — ſlawiſch blieb. Dagegen wurde in dem benachbarten Preußenlande durch die Eroberungen des deutſchen Ordens die einheimiſche, den Litauern verwandte Bevölkerung teils völlig germaniſiert, teils ausgerottet. Nach dem Ausſterben der pommerelliſchen Fürſten kam der öſtliche Teil des Landes an den deutſchen Orden; es iſt das heutige Weſtpreußen im eigentlichen Sinne. Unter der Ordensherrſchaft nahm die deutſche Einwanderung erheblich zu. Neben dem erſtarkenden deutſchen Bürgertum der Städte bildete ſich auch ein Stand deutſcher Grundherren. Es braucht hier nicht geſchildert zu werden, wie die ſtraffe, dem damaligen Deutſchtum unbequeme und fremde Verwaltung der Ordensherren, einer durch kalten Regelzwang zuſammengehaltenen Korporation, die ſich ausſchließlich durch Zuzug landfremder Elemente ergänzte, den Landadel und das Bürgertum allmählich in die Oppoſition trieb, wie aus dieſer Oppoſition allmählich eine landesverräteriſche Verbindung wurde, die mit Polen konſpirierte, und wie das Bistum Ermland allmählich in dieſe Bewegung hineingezogen wurde. Die Entwicklung iſt bekannt. Polen griff mit beiden Händen zu; die Niederlage von Tannenberg brach die Kraft des Ordens und nach langen Kämpfen wurden Weſtpreußen und Ermland im zweiten Thorner Frieden an Polen abgetreten. Die Polen haben es den Deutſchen nicht gedankt, daß dieſe ſich ihnen in die Arme

geworfen hatten; sie haben 300 Jahre hindurch in den eroberten Ländern eine so energische Polonisierungsarbeit getrieben und alle deutschen Rechte so mit Füßen getreten, daß sie nicht einmal ihren eigenen Vorteil dabei genügend wahrten. Trotzdem sind in den westpreußischen Städten die Spuren des alten, festgewurzelten deutschen Bürgertums niemals verwischt worden, und dieser zwar nicht in äußeren Kämpfen sichtbar gewordene, aber innerlich zäh durchgeführte Widerstand gegen den Geist des Polentums hat sogar seine Blutzeugen aufzuweisen, wie die Erinnerung an das Thorner Blutbad am 7. Dezember 1724 zeigt. Aber das weitere Eindringen des Polentums war nicht ganz zu verhüten, und namentlich in dem früher ganz deutschen Ermlande wurde die Bevölkerung durch eine Kette schamloser Rechts- und Vertragsbrüche gewaltsam zu polonisieren versucht. So fand die neueste, zielbewußt auftretende Propaganda in diesen Ländern Anknüpfungspunkte genug. Wie die polnischen Oberschlesier, so wurden auch die Kassuben mit allen Mitteln bearbeitet, um sie als Stütze für das echte Polentum zu gewinnen und sie mit Haß gegen das Deutschtum zu erfüllen, und das Beispiel der schon mehrfach genannten westpreußischen Polenblätter zeigt, mit welcher Energie diese Arbeit betrieben wird. In den Hauptteilen der Provinz Ostpreußen muß sich die polnische Agitation freilich einstweilen noch zurückhalten. Die polnische Bevölkerung Ostpreußens, die evangelischen Masuren, sind einstweilen für diese Bewegung noch nicht zu haben. Es wird allerdings immer wieder mit großer Zähigkeit der Versuch wiederholt, eine auf die breite Volksmasse berechnete freisinnige Bewegung gegen die Vorherrschaft der konservativen Partei ins Werk zu setzen, und hier bemühte sich das Großpolentum, seine Haken einzuschlagen. Das ist bisher nur wenig geglückt, aber der Versuch darf bei Beleuchtung der polnischen Ziele und Wege nicht unbeachtet bleiben. Ebenso steht es

mit der Agitation in Pommern und Brandenburg. Wenn ſchon die weſtpreußiſchen Kaſſuben durchaus nicht ohne weiteres zu den Polen zu rechnen ſind, ſo haben ſich die pommerſchen Kaſſuben in Sprache und Art noch weit mehr von den Polen entfernt. Trotzdem genügt dieſer ſchwache Reſt der alten hiſtoriſchen ſlawiſchen Bevölkerung in Pommern, um die Polen auch hier das vermeintliche Recht verfechten zu laſſen, das ſie nach ihrem Glauben auf das ganze oſtelbiſche Gebiet haben. Die pommerſchen Kaſſuben ſind bis auf wenige Reſte ganz ausgeſtorben oder germaniſiert; dafür ſind aber vereinzelte polniſche Arbeiter und Handwerker in das Land gekommen. Sie werden, hauptſächlich mit Hilfe der katholiſchen Geiſtlichkeit, die in dem ſonſt ganz evangeliſchen Lande dies zugleich als Mittel der kirchlichen Propaganda wahrnimmt, ſorgfältig gezählt und überwacht. Den Leuten wird das Bedürfnis polniſcher Gottesdienſte ſuggeriert; daran reiht ſich dann das weitere.

Ähnliches wiederholt ſich nun überall im Deutſchen Reich, wo es Polen gibt. In Berlin haben die 70000 Polen, die es dort gibt, eine eigene Zeitung, eigene Vereine und Verſammlungen, eigene Gottesdienſte und verlangen bei jeder Gelegenheit energiſch, als Nationalität berückſichtigt zu werden. Beſonders merkwürdig aber haben ſich die Verhältniſſe weiter im Weſten entwickelt. Die beſonderen landwirtſchaftlichen Verhältniſſe der Provinz Sachſen mit ihrem ausgedehnten Rübenbau ließen zuerſt das Bedürfnis vorübergehend beſchäftigter Saiſon-Arbeiter erwachſen. Die Agenten, die dieſe Arbeitsverträge vermittelten, ſahen ſich mit Vorliebe unter der polniſchen Bevölkerung nach Arbeitern ſolcher Art um, da die Bedürfnisloſigkeit dieſer Leute ſie dazu beſonders geeignet machte. Dieſe ſogenannte „Sachſengängerei“ hat mit der Zeit einen immer größeren Umfang genommen und hat die Gewohnheit begründet, daß die polniſche Bevölkerung in großen Scharen alljährlich nach dem Weſten

zieht und mit dem, was sie durch diese Arbeit verdienen, am Schluß des Jahres wieder die Heimat aufsucht. Daran knüpfte sich naturgemäß auch die seit Einführung der Freizügigkeit schnell sich entwickelnde Gewohnheit, in der westlichen Industrie Arbeit zu suchen. Sehr bald lenkte sich ein Strom polnischer Arbeiter namentlich in das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Anfangs war es noch eine mäßige Zahl von Arbeitern, die hier in eine deutsche Umgebung gerieten, zum Teil deutsche Mädchen heirateten und dann häufig von ihrer polnischen Vergangenheit weiter nichts behielten, als den Namen. Man hatte also dort im Lande zuerst wenig Veranlassung, auf dieses neue Element unter den Arbeitern besonders zu achten. Auf polnischer Seite aber erkannte man sofort deutlich die Gefahren und auch die Vorteile dieser Entwicklung für das Polentum. Die Gefahren bestanden in der natürlichen Wirkung der rein deutschen Umgebung auf die polnische Minderheit, aber dem stand der Vorteil gegenüber, daß durch den reichlichen Arbeitsverdienst und den Gewinn an Kenntnissen, Erfahrungen und Selbstbewußtsein der polnischen Nation ein großes Kapital zugeführt wurde, sobald es nur gelang, jenen Gefahren zu begegnen und den Zusammenhang dieser Polen mit der alten Heimat aufrecht zu erhalten.

Dazu gehörte vor allem, daß man die Abwanderung nach Rheinland und Westfalen in keiner Weise zurückzudrängen suchte, sondern im Gegenteil begünstigte. Denn was im Westen einigen hundert Polen nicht gelingen konnte, das mußte vielen Tausenden von Polen unfehlbar glücken. So fand man Gelegenheit, die Polen auch in der Fremde zu organisieren. Sie traten nun in dem vollständig deutschen Lande in geschlossenen Massen auf, gründeten Vereine, deren Mitglieder sich in bezug auf die Erfüllung der nationalen Pflichten gegenseitig überwachten, und verlangten die Berücksichtigung ihrer Nationalität in jeder Beziehung. Sie kauften

nur in Geſchäften, deren Inhaber für Bedienung der Kunden in polniſcher Sprache ſorgten; ſie heuchelten auch ſonſt Unkenntnis der deutſchen Sprache und hielten eng wie Kletten zuſammen, alles Nichtpolniſche dreiſt von ſich abweiſend. Den Lehrmeiſter und Führer machte auch hier zuerſt ein polniſches Blatt, der „Wiarus Polski“, begründet von einem polniſchen Pfarrer Liß, der dort in Weſtfalen gegen ſeine kirchlichen Vorgeſetzten in einer Weiſe aufzutreten ſich erlaubte, die man wohl dort zu Lande noch nicht erlebt hatte. Auch in Weſtfalen verlangten die Polen, wie überall, Gottesdienſt in ihrer Mutterſprache. Dieſe Forderung konnte natürlich zunächſt nur durch polniſche Geiſtliche erfüllt werden. Da ſich aber ein dauerndes Bedürfnis erwies, ſo beruhigten ſich die deutſchen Oberhirten dieſer Diözeſen nicht dabei. Der Erzbiſchof von Köln und der Biſchof von Paderborn wünſchten die Seelſorge in den Händen deutſcher Geiſtlichen zu laſſen; ſie ſorgten aber, um den Grundſatz der Paſtorierung in der Mutterſprache ihrerſeits nicht aufzugeben, dafür, daß eine Anzahl von Geiſtlichen in der polniſchen Sprache ausgebildet wurde. Dieſe Maßregel erregte im polniſchen Lager nicht Anerkennung, ſondern leidenſchaftlichen Proteſt und frechen Hohn. Nicht auf die Seelſorge kam es ja den polniſchen Führern an, ſondern auf die Möglichkeit, nationale Hetzarbeit ungeſtört in der Form geiſtlicher Fürſorge und mit Hilfe von Kanzel und Beichtſtuhl treiben zu können. Sie verlangten direkt, daß ihnen nicht polniſch ſprechende Geiſtliche, ſondern wirkliche Polen in geiſtlichem Gewande geſchickt würden. Erbittert ſchrieb ſchon vor Jahren ein gut katholiſches deutſches Blatt, das Paderborner „Weſtfäliſche Volksblatt“: „Jeder Katholik, der im polniſchen Oſten wohnt, muß mit den Polen durch dick und dünn gehen, denn nur was polniſch iſt, iſt richtig katholiſch; wer ein Gegner der polniſchen Aſpirationen iſt, iſt auch kein richtiger Katholik mehr. Woher dieſe polniſche Überhebung,

die nur zu lange, auch im Westen, als bare Münze genommen wurde, bis man die Polen dort aus der Nähe kennen gelernt hat? Sie rührt daher, daß der richtige Pole die Nationalität über die Religion stellt, und zwar im öffentlichen, wie im gesellschaftlichen Leben. Wer hier die Polen aus eigener Anschauung kennt, bedarf keines Beweises für die Wahrheit des Satzes." Noch im Oktober 1900 rühmte sich Pfarrer Liß, der Begründer des „Wiarus Polski", in einem Briefe an einen polnischen Konfrater, der in der „Gazeta Torunska" veröffentlicht wurde, in einem geradezu unverschämten Tone seiner Widersetzlichkeit gegen den einstmaligen Paderborner Bischof Simar, den späteren Erzbischof von Köln, weil dieser die Übergriffe und Ansprüche der nationalen Agitation unter der Maske geistlicher Tätigkeit von seinem untergebenen Geistlichen nicht hatte dulden wollen. Mit der größten Unverfrorenheit klagt Liß über die „Verfolgung" der polnischen Fahnen, der polnischen Mützen und der schwarzen Mutter Gottes von Czenstochau; er erzählt, dem Bischof die Antwort gegeben zu haben, die Polen seien nicht nach Westfalen gekommen, um zu beten und andächtige Erzählungen zu lesen, sondern um Erwerb, Brot und Geld zu suchen. Deshalb müsse man ihnen ein politisches Blatt geben und die religiöse Beilage nur „als Nachtisch" (!)

Unter solchen Verhältnissen hat sich das Polentum im Westen zu einer vollständigen Landeskalamität ausgewachsen. Der Zusammenhang untereinander und mit der alten Heimat ist und bleibt gewahrt; darum kommt auch der wirtschaftliche Erwerb dieser Polen immer wieder in irgend einer Form dem heimatlichen Boden und der nationalen Sache zu gute. Wenn der Wohlstand der Polen allgemein sich hebt und der Mittelstand anwächst, so hat das Polentum im rheinisch-westfälischen Industriebezirk seinen reichen Anteil an diesem großen und noch beständig zunehmenden Erfolge.

Nur einem Punkte wird noch beſondere Aufmerkſamkeit zuzuwenden ſein, nämlich dem Zuſammenhang der polniſchen Propaganda in Deutſchland mit dem Auslande. Es verſteht ſich, daß die Polen in dieſer Beziehung im allgemeinen ſehr vorſichtig ſind. Trotzdem weiß man jetzt, daß ein ſolcher Zuſammenhang beſteht, der ſich übrigens aus der Lage des Polentums ganz von ſelbſt ergibt. Nicht nur daß der Zuſammenhang des Polentums in andern Ländern und ſogar in überſeeiſchen Gebieten ebenſo und mit denſelben Mitteln gepflegt wird, wie bei uns, ſondern es muß naturgemäß auch eine internationale Verſtändigung innerhalb des geſamten Polentums zur Förderung des gemeinſamen Zieles ſtattfinden. Die „Schleſiſche Zeitung“ hat unlängſt durch ihre Veröffentlichungen aus Zürich einen intereſſanten Beitrag dazu geliefert. Regierung und deutſche Bevölkerung haben freilich dieſer Taktik der Polen gegenüber häufig und lange genug im Stande der Unſchuld verharrt, obwohl z. B. Fürſt Bismarck ſich in dieſer Beziehung niemals einer Täuſchung hingegeben hat. Erſt allmählich iſt die Erkenntnis von dem ſtaatsgefährlichen Charakter der Polenfrage in die deutſche Bevölkerung unſerer Oſtmarken tiefer eingedrungen. Das hat auch auf die Haltung der Polen einen gewiſſen Einfluß geübt. Sie haben die volle Sicherheit verloren, die aus dem Gefühl entſpringt, den Gegner ganz und gar täuſchen zu können. Daher tritt neuerdings das Bedürfnis hervor, der gemeinſamen Verſtändigung einen noch feſteren Halt zu geben. Schon vor Jahren wurde in Warſchau die polniſche National-Liga zum Schutz des Polentums vornehmlich gegen das Deutſchtum gegründet. Der Aufruf dazu, der natürlich eigentlich geheim bleiben ſollte, wurde nicht aus feindlicher Abſicht, ſondern aus jenem Gefühl der Unbefangenheit heraus, das einem ſorgloſen und leicht zu täuſchenden Gegner gegenüber ſich alles herausnehmen und durch Offenheit am leichteſten

täuschen zu können glaubt, von einem galizischen Blatte veröffentlicht. Es kamen darin folgende Stellen vor:

„Wir werden für die Idee Propaganda machen, der das Polentum seit rund hundert Jahren seine Existenz verdankt. Wir werden polnische Vereine in den Grenzgebieten, in den von polnischen Auswanderern bewohnten Gegenden und in der Heimat gründen. Wir werden polnische Schulen ins Leben rufen und in den verschiedenen Ländern, auf der ganzen Welt, überall, wohin unser Einfluß reicht, Vereine von Freunden Polens organisieren. Wir werden alle Organisationen und Institutionen, die zugunsten des Polentums wirken, materiell und moralisch fördern. Wir werden die verschiedenartigsten Schriften verbreiten, welche mittel- oder unmittelbar die Hebung des Nationalbewußtseins anstreben. Wir werden die polnische Industrie unterstützen . . . Wir werden unsern nationalen Bestrebungen außerhalb der Grenzen Polens Ausbreitung und Volkstümlichkeit verschaffen. Wir werden in den Blättern des Auslandes und überall da, wo sich dazu Gelegenheit bietet, die an unserer Nationalität verübten Gewalttaten brandmarken. Wir werden die antipolnischen Elemente bekämpfen, die sich heute ungestraft in unseren Landen breit machen . . . Die Feinde unserer Feinde werden unsere Bundesgenossen sein."

Dieser Aufruf sagte denen, die die Verhältnisse kannten und darüber nachgedacht hatten, nichts Neues; er war aber doch durch die offenherzige Entwicklung des längst in der Praxis befolgten Programms geeignet, manchem die Augen zu öffnen, und darum war es gut, daß diese Idee der polnischen Liga in der deutschen Presse bemerkt und dadurch im deutschen Publikum bekannt wurde.

Man hätte seitdem Ursache gehabt, die Sache noch viel mehr zu beachten. Denn das in der Liga vertretene internationale Polentum hat mit großer Rührigkeit seine Organisation vervollkommnet und seine Tätigkeit erweitert. Und

da Deutschland sein gefährlichster Gegner ist und die Machtstellung des Reiches im Herzen Europas das größte Hindernis für die Verwirklichung seiner Wünsche ist, so sind polnische Agitatoren überall in der Welt geschäftig, gegen Deutschland zu hetzen und zu wühlen. Kürzlich ist eine sehr lesenswerte Schrift von Dr. Heinrich Zimmer[1]) erschienen, der bei seinen Forschungen über keltische Sprache und Kultur in Irland und Wales merkwürdige Beobachtungen machen konnte. Er stieß dort auf Spuren einer eigentümlichen Agitationstätigkeit eines polnischen Herrn Parczewski, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die in keltischer Sprache erscheinende Presse dieser abgelegenen Gegenden über die „Unterdrückung" des polnischen Volkes durch Deutschland zu belehren. Professor Zimmer schließt sehr richtig, daß diese Agitation gewiß nicht isoliert dasteht, sondern die Ergänzung einer hetzerischen Tätigkeit in London, Paris und in Amerika gegen Deutschland bildet. Wer die Arbeit der französischen und englischen Hetzpresse genauer im Zusammenhang mit Ereignissen der osteuropäischen Politik und der inneren Politik Preußens betrachtet, muß allerdings mit Professor Zimmer zu der Meinung kommen, daß es hauptsächlich der geheimen Tätigkeit polnischer Komitees zu danken ist, wenn der Deutschenhaß an den erwähnten Stellen so unermüdlich geschürt wird. Das ist auch besonders von Kennern der Verhältnisse in Amerika längst überzeugend festgestellt worden. Gerade dort besteht eine sehr feste Organisation der Polen, die ihre eigene Presse besitzt, aber auch amerikanische Blätter englischer Zunge durch Geld unter ihrem Einfluß hält und großen Eifer in der Vergiftung der öffentlichen Meinung zuungunsten Deutschlands entfaltet. New York mit Chicago und Milwaukee sind die überseeischen Zentren einer großen

[1]) Randglossen eines Keltisten zum Schulstreik in Posen, Westpreußen und zur Ostmarkenfrage. Von Heinrich Zimmer. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung, 1907.

deutschfeindlichen polnischen Agitation, um deren Bestehen sich anscheinend der polnische Dichter Henryk Sienkiewicz, der Amerika bereist hat und dort wohlbekannt ist, große Verdienste erworben hat. Auf europäischem Boden werden in London, Paris und Zürich dem Polentum die gleichen Dienste geleistet.

Vor etwa acht Jahren lenkte auch der Hochverratsprozeß gegen den polnischen Buchhändler Witold Leitgeber aus Ostrowo, den Verleger der dortigen „Gazeta Ostrowska", die Aufmerksamkeit auf einen seit etwa anderthalb Jahrzehnten gesammelten „polnischen Nationalschatz", der in Rapperswyl in der Schweiz in dem Nationalmuseum, das einst vom Grafen Plater dort eingerichtet wurde, aufbewahrt wird.[1]) Die Sammlung knüpfte sich an die Idee dieses Nationalmuseums, das nach dem Plan seines Begründers eine Art von Zentralstelle auf neutralem Boden zur Förderung und inneren Kräftigung des Polentums und Aufrechterhaltung seiner nationalen Hoffnungen werden sollte. Sammlungen, namentlich unter den in Amerika lebenden Polen, die durch Aufrufe dafür interessiert worden waren, ergaben einen nicht unbeträchtlichen Überschuß an barem Geld, und so wurde ein nationaler Fonds gegründet, der zunächst durch Zinsansammlung und weitere Beiträge auf eine gewisse Höhe gebracht werden sollte, um dann für die polnische Agitation verwendet zu werden. Leitgeber selbst hatte in einer geheim vertriebenen Broschüre „Rapperswyl" die Zwecke dieses Nationalschatzes dargelegt. Er schreibt darin:[2])

„Die Bewegung dehnte sich aus und trägt heute in ihrem Schoße die geheimsten Bestrebungen der Nation, die stets lebensvollen, stets wiederauflebenden Bestrebungen, welche die Erreichung des vollen Lebens, die Unabhängigkeit

[1]) In dem Nationalmuseum wird auch das Herz Kosciuszkos, des polnischen Freiheitshelden von 1794, aufbewahrt (vgl. S. 101).

[2]) Ich entnehme dieses Zitat dem Märzheft 1900 der Zeitschrift „Ostmark", Organ des deutschen Ostmarkenvereins.

bezwecken ... Der tatsächliche Zweck der Existenz des Schatzes war schließlich, ein Sammelpunkt materieller Mittel zu sein und diese auf die Höhe zu bringen, daß sie ständige Zuschüsse für die Bedürfnisse der nationalen Arbeit liefern konnten. Einst, wenn sich die Opferfreudigkeit auf den Gipfelpunkt eines großen Zieles erheben wird, kann einzig der Nationalschatz die Eingänge konzentrieren, vor gefährlicher Verwirrung bewahren, indem er beizeiten die moralische und materielle Garantie bietet, daß die Fonds im Einklang mit dem allgemeinen Plan der politischen Aktion verwendet werden, daß ihre Sicherheit eine absolute, die Verantwortung eine offenkundige ist ... Von den Fonds des Nationalschatzes darf einzig die politische Organisation Gebrauch machen, die in sich die nationale Bewegung verkörpert und sie de facto leitet, d. h. diejenige Organisation, welche im politischen Leben der Nation eine ähnliche Stellung einnimmt, wie die des Zentralkomitees vom Jahre 1862 ... Die nationale Tätigkeit muß aus der Nation die entsprechenden Kräfte zur Besetzung aller Posten, zur Ausnutzung aller Mittel herausholen, wenn sie eine so schwierige, so riesige Aufgabe hat, wie dies die nationale Verteidigung, die Befreiung des Landes aus der Knechtschaft ist ... Jeder Heller, der aus allen Winkeln Polens dem Nationalschatze zufließt, zeugt von Polen, von dem Wunsche, ihm die unabhängige Existenz wiederzugewinnen."

Die polnische Presse fühlte sich durch diese scharfe Beleuchtung eines Schlupfwinkels ihrer nationalen Tätigkeit im hellen Lichte der Öffentlichkeit sehr unangenehm berührt. Sie fand nur sehr klägliche Ausflüchte, um den Eindruck der Enthüllungen abzuschwächen, und flüchtete sich hinter einen nur ihre Verlegenheit verratenden Spott über die Gespensterfurcht der Deutschen, die in einem wenig über 200000 Franks betragenden Fonds einen großen Kriegsschatz der Polen witterten. Sie vergaß dabei ganz, daß die

veröffentlichte Broschüre Leitgebers, wie auch aus der mitgeteilten Stelle hervorgeht, gerade die Gründe dargelegt hatte, die den Fonds trotz seiner augenblicklichen Kleinheit nützlich erscheinen ließen. Niemand hat ja auch behauptet, daß sich mit diesem Gelde das Deutsche Reich aus den Angeln heben ließe. Die Hauptsache ist doch selbstverständlich, daß ein Agitationsfonds besteht, der nicht nur das Schicksal der Polen eines bestimmten Landesteils ins Auge faßt, sondern von neutralem Boden aus den Nutzen des gesamten Polentums im Auge behält, der genügt, um vorläufig die Kosten gewisser Aktionen bei Wahlen, in der Presse und in Vereinen zu bestreiten und immer da helfend einzugreifen, wo der schwächste Punkt ist, unbekümmert um Staatsgrenzen, und der endlich die allgemeine Opferwilligkeit wach hält, die Phantasie beschäftigt und die Hoffnungen belebt. Auch möge man bedenken, daß auch die fanatischsten Polen die Widerherstellung Polens nicht heute oder morgen erwarten, und daß, wenn ein solcher Zeitpunkt nach Ansicht der Polen erscheinen sollte, der Fonds schon recht bedeutend sein kann. Sollte er aber auch dann zu klein sein, um an und für sich einen „Kriegsschatz" zu repräsentieren, so macht es doch immer einen erheblichen Unterschied, ob im Augenblick eines Aufstandes erst noch darüber zu debattieren ist, wohin Opfergaben der Nation zu senden sind und wer sie verwalten soll, oder ob bereits eine Stelle und eine Organisation vorhanden ist, der sich die gemeinsamen Leistungen im Falle der Not angliedern. Wenn von deutscher Seite spottend auf die Nutzlosigkeit des Rapperswyler Unternehmens hingewiesen wird, so hat das gar keinen Wert für die Beurteilung, welchen Nutzen die Polen daraus ziehen. Für ein sanguinisches Volk ohne politische Vertretung kann eine solche Sammelstelle einen erziehlichen und anspornenden Wert haben, den eine nüchternere und phlegmatischere Nation sich kaum vorstellen kann.

Es iſt nach dieſer Darſtellung wohl nicht zu viel geſagt, wenn man feſtſtellt, daß die Polenfrage heute zu einer ernſten Gefahr für den heutigen Beſtand des preußiſchen Staates herangewachſen iſt. Das polniſche Volk iſt nicht tot, ſondern es lebt und fordert, was ein lebendes Volk zu fordern pflegt, ſogar noch etwas mehr. Aber dieſe Forderung kann nur auf Koſten des preußiſchen Staates erfüllt werden.

II. Abschnitt.

Deutsche und Polen.

Kapitel 6.

Das Verhältnis der Polen zum preußischen Staat.

Wenn im ersten Abschnitt die Entwicklung der Polenfrage zu zeigen versucht wurde, so ist damit zwar schon die Notwendigkeit einer Abwehr der Gefahr von deutscher Seite begründet, aber diese Gefahr keineswegs schon so nach allen Richtungen gekennzeichnet, um ein klares Urteil über die zweckmäßigste Art der Abwehr zu ermöglichen. Darum bedarf das bisher Gesagte noch einer Ergänzung, die im besonderen das Verhältnis der Deutschen und Polen zueinander zu erörtern sucht.

Nach dem Gesetz haben die Polen denselben Anteil an den verfassungsmäßigen Rechten, wie wir, und können also nicht so leicht als Gesamtheit von den übrigen Staatsbürgern bekämpft werden. Es bedarf keines Hinweises, daß die Polen selbst natürlich diesen Vorteil sehr wohl wahrzunehmen verstehen. Sie sind stark von dem Bewußtsein durchdrungen, daß der moderne Rechts- und Verfassungsstaat eigentlich keine Mittel hat, der polnischen Agitation zu wehren, so lange diese äußerlich im Rahmen der Staatsgesetze bleibt. Die Polen bleiben aber bei dieser Inanspruchnahme der preußischen Staatsbürgerrechte keineswegs stehen; sie verlangen vielmehr eine völkerrechtliche Sonderstellung.

Sie berufen ſich dabei auf Rechte, die ihnen angeblich in den Wiener Verträgen von 1815 zugeſichert ſein ſollen.

Es wird nötig ſein, auf dieſen geſchichtlichen Zuſammenhang einzugehen und ihn in den Hauptzügen zu verfolgen. Bis zum Jahre 1807 konnte über die ſtaatsrechtliche Stellung der zu Preußen gehörigen Gebietsteile des ehemaligen Königreichs Polen kein Zweifel beſtehen. Teile dieſes Reiches waren eben einfach durch das Recht der Eroberung dem preußiſchen Staate einverleibt. Durch den Tilſiter Frieden wurde aber der bei weitem größte Teil dieſes Gebietes wieder von Preußen losgelöſt, und Napoleon ſchuf, um die nationalen Hoffnungen der Polen bequemer für ſeine großen Pläne ausnutzen zu können, das Schein- und Schattenbild eines polniſchen Nationalſtaates unter dem Namen des Herzogtums Warſchau. Der Beherrſcher dieſes Staates wurde bekanntlich Friedrich Auguſt von Sachſen. Das ſah wie eine Aufmerkſamkeit gegen die Polen aus; denn das Haus Sachſen hatte Polen zwei Könige gegeben, und noch der Vater Friedrich Auguſts hatte ſich um die polniſche Krone beworben. Auch Friedrich Auguſt ſelbſt hatte kurz nach ſeinem Regierungsantritt daran gedacht, König von Polen zu werden, auch waren er und ſeine Brüder die einzigen noch lebenden Nachkommen des gefeierten Polenkönigs und Nationalhelden Johann III., Sobieski. Denn nachdem der Mannesſtamm dieſes Königs ausgeſtorben war, lebte ſein Blut noch fort in den Nachkommen ſeiner Tochter, der Mutter des Kaiſers Karl VII., Albert, Kurfürſten von Bayern, deſſen Tochter wiederum die Mutter des erſten ſächſiſchen Königs war. In Wirklichkeit dachte freilich Napoleon nicht hieran; er wünſchte vielmehr die Perſonalunion zwiſchen Sachſen und dem Herzogtum Warſchau, weil ſie ihm beſtimmte Zwecke fördern helfen ſollte. Der König von Sachſen war unter den Rheinbundfürſten, über die Napoleon hierzu verfügen konnte — denn einen wirklich

selbständigen neuen Staat wollte er eben nicht —, der einzige, der Napoleon aufrichtig ergeben war und an die Hochherzigkeit seiner Absichten redlich glaubte. Diese gewissermaßen zufällig entstandene Personalunion hatte nun aber im Verlauf der Ereignisse eine bedeutungsvolle Folge; es wurde dadurch bei den Verhandlungen des Wiener Kongresses zwischen der sächsischen und der polnischen Frage ein verhängnisvoller Zusammenhang hergestellt. Von der in Deutschland herrschenden Ansicht ausgehend, daß Friedrich August durch sein langes Festhalten an dem Bündnis mit Napoleon seine Lande verwirkt habe, strebte die preußische Politik den Besitz von Sachsen als Entschädigung für die verlorenen polnischen Landesteile an. Das war ein einfacher und klarer Grundgedanke, der bei geeigneter Verständigung mit Rußland wohl durchzuführen gewesen wäre. Aber die Eifersucht Österreichs, die durch die arglistigen Bestrebungen der Westmächte unterstützt wurde, durchkreuzte diese Politik, indem es gelang, die preußischen Vertreter auf dem Wiener Kongreß, Hardenberg und Humboldt, zu täuschen und das rechtzeitige Zusammengehen Preußens und Rußlands zu verhindern. Als dann schließlich dieses Zusammengehen dennoch erfolgen mußte, konnte Preußen nur noch einen Teil dessen erreichen, worauf es ihm eigentlich ankam. Es erhielt zwar einen Teil von Sachsen, konnte aber in der polnischen Frage nicht mehr die klare und entschiedene Stellung einnehmen, die bei diesen Verhandlungen wünschenswert war und die auch möglich gewesen wäre, wenn Preußen nicht Österreich vertraut hätte, sondern von Anfang an auf der Grundlage bestimmter Interessen mit Rußland Hand in Hand gegangen wäre. Diese Interessen ließen sich leicht formulieren. Preußen bedurfte Westpreußens kraft alter geschichtlicher Rechte und im Interesse eines zusammenhängenden, wirtschaftlich leistungsfähigen Staatsgebietes; im übrigen aber konnte es gegenüber dem ehemals polnischen Gebiet auf die Politik,

die es früher einmal als sogenannte „Teilungsmacht“ verfolgt hatte, verzichten und nur so viel polnisches Land an der Warthe und westlich von der Prosna fordern, als zur sicheren und zweckmäßigen Gestaltung der Ostgrenze und zur Herstellung eines Zusammenhanges zwischen Schlesien und Westpreußen unbedingt nötig war. Hielt man diese Grundlage fest, so hätte Preußen den Zaren in seinen polnischen Plänen gewähren lassen und sich seine Unterstützung bei der Entscheidung über Sachsen sichern können. So aber kam es anders. Preußen hatte auf einen umfassenderen Anteil an dem polnischen Besitz nicht unzweideutig genug verzichtet und sich von Metternich und Castlereagh zum Teil gegen die Wünsche des Zaren ins Schlepptau nehmen lassen. Die Folge davon war, daß es bei den Verhandlungen über Polen stets als „Teilungsmacht“ im Sinne einer früheren, längst begrabenen Politik betrachtet wurde. So wurde Preußen von vornherein unter einem ganz falschen Gesichtspunkt in die Erörterungen hineingezogen, in denen die europäischen Mächte aus sehr verschiedenen Beweggründen die politischen Verhältnisse der polnischen Nation zu regeln suchten.

Daß auf dieser falschen Grundlage jedem Unfug und jeder Mißdeutung Tür und Tor geöffnet wurde, ist nicht eben wunderbar. Den ersten Anlaß dazu gab die Note Castlereaghs vom 12. Januar 1815, worin der englische Staatsmann den Polen ihre Rechte als Nation unter der Herrschaft der Teilungsmächte zu wahren suchte. Mit berechtigter Schärfe urteilt Heinrich von Treitschke über dieses diplomatische Aktenstück: „Die naive Unwissenheit des edlen Lords dachte die drei Teilungsmächte auf einem Fuß zu behandeln; wer hätte auch diesem Kopf beibringen sollen, daß Preußen zu dem kleinen, schon teilweise germanisierten Posen ganz anders stand, als Österreich zu dem polnisch-ruthenischen Galizien oder Rußland zu der Hauptmasse der alten Adelsrepublik?“ Aber die Verhältnisse gestatteten

Hardenberg nicht, die Note so zu beantworten, wie es eigentlich im Interesse der Sache notwendig gewesen wäre. Die diplomatische Sprache der Antwort brachte Wendungen mit sich, die verschiedener Deutung fähig waren. Preußen sei bereit — so erwiderte Hardenberg —, dem Posener Lande eine den Gewohnheiten und dem Geiste der Einwohner entsprechende Verwaltung zu geben und zu zeigen, daß das nationale Dasein der Völker unter jeder Regierung unangetastet bleiben könne.

Diese Note ist dasjenige Aktenstück, das unter allen Kundgebungen der preußischen Regierung sich noch am eingehendsten mit dem Gedanken einer besonderen Verpflichtung gegen das polnische Volk beschäftigt. Aber abgesehen von der Nichtverbindlichkeit dieser Note, die nur einen Akt in dem diplomatischen Meinungsaustausch darstellt, ist sie außerordentlich allgemein gehalten, und auch in ihr ist, wie ersichtlich, von einer eigentlichen staatsrechtlichen Sonderstellung Posens nicht die Rede gewesen. Eine Verpflichtung solcher Art hat nicht einmal Österreich übernommen, obwohl es der damaligen österreichischen Staatskunst gewiß nichts verschlug, Versprechungen einzugehen, die sie ihren Völkern von vornherein nicht zu halten gewillt war. Unter den Herrschern der sogenannten Teilungsmächte war nur Kaiser Alexander damals ernsthaft gesonnen, die Idee eines polnischen Nationalstaates wirklich auszuführen. Er wollte diese Idee benutzen, um wenigstens in einem Teil seiner Staaten die von ihm mit unklarer Schwärmerei erfaßte Rolle eines konstitutionellen Fürsten zu spielen. Die ränkevolle Arglist seines polnischen Freundes, Fürsten Adam Czartoryski, kam seinen phantastischen Plänen entgegen. Czartoryski glaubte seinen Landsleuten zu nützen; in Wahrheit beschwor er damit das Verhängnis herauf, das die notwendige Folge eines unnatürlichen Experiments werden mußte. Auch für die andern Mächte wurden die Pläne

des Zaren verhängnisvoll, denn es wurde daraus der vollkommen unberechtigte Schluß gezogen, daß die freiwilligen Gewährungen des Zaren an die Polen auf gemeinsam übernommenen Verpflichtungen sämtlicher Teilungsmächte beruhten.

Von alledem enthielten aber die wirklichen Abmachungen des Wiener Kongresses nicht ein Wort. Der Vertrag vom 3. Mai 1815 bestimmte nur: „daß die polnischen Untertanen Institutionen erhalten sollten, welche die Bewahrung ihres Volkstums sichern, in Gemäßheit der Staatsformen, welche jede der beteiligten Regierungen ihnen zu gewähren für gut finden wird." Zu dieser Vereinbarung traten weitere Abmachungen eigentümlicher Natur, welche den Handel des ehemals polnischen Gebiets betrafen. Über das Schicksal dieser handelspolitischen Zusatzbestimmungen wird weiterhin noch zu berichten sein. Die Abmachung über die staatsrechtliche Stellung der polnischen Landesteile besagte offenbar das gerade Gegenteil von einer staatsrechtlichen Ausnahmestellung; sie stellte vielmehr die Staatsformen, unter denen die polnischen Untertanen regiert werden sollten, in das völlige Belieben des herrschenden Staates. Sie gestattete also die völlige Einverleibung in das Staatsganze und gestand vor allem nicht etwa einem bestimmten Gebietsteil, sondern den polnischen Untertanen persönlich den Schutz ihrer Nationalität zu.

Wenn also die Wiener Verträge als Grundlage der staatsrechtlichen Stellung der preußischen Polen gelten sollen, so folgt auch aus ihnen nicht, daß der Staat etwa die Verpflichtung übernimmt, die ehemals polnischen Gebietsteile dauernd als polnisches Land anzusehen. Und selbst der Schutz der Nationalität wird nach dem ganzen Sinn und Zusammenhang des Vertrages nur gewährt unter der Voraussetzung der vollen Anerkennung der preußischen Untertanenschaft für die preußischen Polen und unter der

Wahrung der vollen Freiheit des Staates, die Formen des Verhältnisses zu seinen polnischen Untertanen zu bestimmen. Endlich kommt noch ein wichtiger Umstand hinzu, der von den Polen geflissentlich beiseite geschoben wird. Der Wiener Vertrag ist ja nicht eine Abmachung, die zwischen den Mächten einerseits und irgend einer anerkannten Vertretung des polnischen Volkes andererseits abgeschlossen ist. Die Kontrahenten sind vielmehr die Mächte unter sich. Es soll also darin nur zum Ausdruck gebracht werden, daß die Mächte ein gegenseitiges Interesse daran haben, daß nicht etwa eine von ihnen durch ihre grundsätzliche Auffassung der geschichtlichen Rechte des polnischen Volkes in die Rechte irgend einer andern beteiligten Macht verletzend eingreift. Es handelt sich um den förmlichen Abschluß der diplomatischen Verhandlungen über das Schicksal Polens, keineswegs aber um die Festlegung der inneren Politik der Teilungsmächte zugunsten polnischer Interessen. Wenn im Laufe der Verhandlungen allerdings solche Tendenzen ihren Ausdruck gefunden haben, so beweist eben das Ergebnis, daß diese Auffassungen nicht siegreich das Feld behauptet haben, sondern zurückgewiesen sind.

Die Polen selbst sind in allen diesen Punkten begreiflicherweise anderer Ansicht. Sie halten sich an die Tatsache, daß schon die bloße Existenz der Verhandlungen über Polen und ihr förmlicher Abschluß die Anerkennung des polnischen Volkes als eines Ganzen in sich schließt, und das genügt ihnen als Beweis für die Anerkennung historischer Rechte, nur mit dem Unterschiede, daß das polnische Volk — der echte Pole ergänzt hier in Gedanken: „vorläufig“ — darauf verzichten muß, auch politisch einen Staat zu bilden. Die Teilungsmächte sind dann nach dieser Ansicht gewissermaßen nur Verwalter je eines Teiles des ehemals polnischen Landes und übernehmen darin einfach die Pflichten der ehemaligen polnischen Regierung.

Es kommt aber gar nicht darauf an, ob eine solche Deutung mit dem Wortlaut des Wiener Traktats vereinbar und insofern überhaupt zulässig ist. Die polnische Auffassung würde vielmehr nur dann gelten können, wenn der Wortlaut des Vertrages sie geradezu forderte oder die Vorgeschichte des Vertrages Beweisgründe ergäbe, die als feste Unterlage für berechtigte Ansprüche der Polen dienen könnten. Aber nichts von alledem ist ernsthaft nachzuweisen. Der preußische Staat hat also weder die Pflicht, noch überhaupt auch nur die Möglichkeit, die polnische Auffassung des Wiener Vertrages sich zu eigen zu machen. Die Wiener Verträge enthalten auch gar kein unzweifelhaftes Recht. Ein Rechtsstreit zwischen zwei Völkern, die keine entscheidende Instanz über sich haben, wird aber immer von selbst zur Machtfrage. Die Polen selbst haben an die Gewalt appelliert. Sie suchten ihre Rechte zu erzwingen und gaben dadurch nach völkerrechtlichem Gebrauch dem preußischen Staat das Recht, die Entscheidung auch seinerseits durch Geltendmachung seiner Macht herbeizuführen. Da die Polen ihre Bestrebungen nicht durchzusetzen vermocht haben, so ist der preußische Staat in der Lage des Siegers, d. h. er bringt seine, nicht des Unterworfenen Auffassung zur Geltung. Auch Rußland, das doch seinerseits aus dem polnischen Anteil ein eigenes Königreich mit besonderer Verfassung gemacht hatte, betrachtete diese Einrichtung von dem Augenblick an als verwirktes Recht, als die Polen 1830/31 die Entscheidung auf gewaltsamem Wege versucht hatten. Weshalb sollte Preußen den Polen mehr gewähren, als die Russen, zumal es für seinen Anteil niemals die Verpflichtungen übernommen hatte, die Kaiser Alexander I. den Polen durch Verleihung einer Verfassung freiwillig zugestanden hatte?

Die Polen behaupten nun freilich, Preußen habe ihnen doch eine gewisse Sonderstellung zuerkannt. Das liege zunächst schon in der Bezeichnung des „Großherzogtums" Posen.

Es ist bekanntlich üblich, das Besitzrecht der Krone auf einen Landesteil durch Aufnahme eines Herrschertitels in den sogenannten großen Titel des Königs auszudrücken. Unmöglich aber konnten der König von Preußen und der Kaiser von Österreich den Titel „König von Polen" annehmen. Auch sollte doch gerade Posen von dem Königreich Polen losgelöst werden. Daher erfand man für diese Provinz einen neuen Fürstentitel und wählte willkürlich die Bezeichnung eines „Großherzogtums", da dieser Titel in der napoleonischen Zeit Mode geworden war und die Provinz in der Tat einen größeren Flächenraum umfaßte, als die deutschen Herzogtümer.

Durch den neuen Titel hatte aber Posen nichts vor den übrigen Provinzen voraus; es huldigte genau wie alle andern dem König von Preußen. Um nun aber dennoch eine Besonderheit zu begründen, stützen sich die Polen auf zwei Tatsachen, die sie in ihrer Weise deuten: die Proklamation des Königs und die Einsetzung eines Statthalters.

Die Proklamation enthielt die Worte: „Auch Ihr habt ein Vaterland und mit ihm einen Beweis Meiner Achtung für Eure Anhänglichkeit an dasselbe erhalten. Ihr werdet Meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen." Aus diesen Worten will man die Anerkennung eines besonderen polnischen Vaterlandes herauslesen. Aber dazu liegt wiederum nicht die geringste Notwendigkeit vor. Im Gegenteil, der König bietet dem besiegten, gedemütigten, ihm gewissermaßen gefesselt überlieferten Volke ein neues Vaterland, die preußische Monarchie. Als wirkliches Vaterland will diese Monarchie angesehen werden, nicht nur als Zwingherr. Dieses Verhältnis wird den Besiegten von dem Eroberer angeboten in achtungsvoller Anerkennung der früher bewiesenen Vaterlandsliebe, und so wird ihnen auch der Schutz der Nationalität zugesichert,

aber natürlich unter der Annahme, daß auch die Polen den preußischen Staat vorbehaltlos als ihr Vaterland ansehen. Die Polen aber wollen zwar den Schutz der Nationalität gern in Anspruch nehmen, indessen zum preußischen Staat ein Verhältnis behaupten, das wohl den Zwang zur Erfüllung gewisser gesetzlicher Verpflichtungen in sich schließt, aber, wie wir bereits nachgewiesen haben, von der Anerkennung dieses Staates als Vaterland weit entfernt ist und sich daher auch das Recht beilegt, gegen den Bestand des Gesamtstaates zu arbeiten. Das kann sich natürlich der preußische Staat nicht gefallen lassen, und am allerwenigsten hat König Friedrich Wilhelm III. in seiner Proklamation an dergleichen gedacht.

Auch die Statthalterschaft des Fürsten Radziwill ist von den Polen anders gedeutet worden, als sie vom Könige gemeint war. Letzterer glaubte der unterworfenen Nation einen Achtungsbeweis zu geben, wenn er einen Mann aus altlitauischem Fürstengeschlecht, das in der polnischen Geschichte eine Rolle gespielt und in dem sich Hohenzollern- und Jagellonenblut mehrfach gemischt hatte, in seinem Namen unter den polnischen Untertanen wohnen ließ. Es sollte dies nicht eine Anerkennung staatlicher Sonderexistenz, sondern eine Art Entschädigung für ihren Verlust sein. Die Polen aber übersahen geflissentlich, daß die Provinz Posen genau wie jede andere Provinz des Staates verwaltet wurde und daß dem Statthalter gar keine eigentlichen Verwaltungsbefugnisse zukamen, daß er nur ein Repräsentant neben dem Oberpräsidenten war. Sie deuteten unverfroren das Vorhandensein einer Statthalterschaft als die Einräumung einer staatsrechtlichen Besonderheit in dem Verhältnis des ehemals polnischen Landesteiles zur preußischen Monarchie. Fürst Anton Radziwill selbst, dessen schöngeistige Natur den Reibungen politischer Gegensätze durchaus abhold und der von persönlicher Verehrung

für den König und sein Haus erfüllt war, meinte seinen Treueid bei seiner eigenen vornehmen Denkweise und bei seiner genauen Kenntnis der wohlmeinenden Absichten des Königs durchaus ehrlich. Er warnte ausdrücklich seine Landsleute vor Täuschungen und falschen Hoffnungen, aber er wurde absichtlich mißverstanden, und seinen Worten wurde ein anderer Sinn untergelegt.

Die Berufung der Polen auf die Verträge von 1815 ist also in jeder Beziehung ein unehrliches Spiel. Was wirklich in diesen Verträgen steht, ist ihnen treu gehalten worden, aber sie haben widerrechtlich mehr gefordert, als der preußische Staat ihnen bewilligen konnte.

Als ganz undurchführbar erwiesen sich die handelspolitischen Abmachungen der Wiener Verträge über Polen. Fürst Czartoryski verfolgte einen sehr fein ersonnenen Plan, als er es verstand, diese handelspolitischen Ideen in die Verträge über Polen hineinzuschmuggeln. In einer Zeit, wo sich die Länder allgemein durch Zollschranken gegeneinander absperrten, war es gewiß ein großartiger Gedanke, das alte Polen trotz seiner politischen Zerstückelung als ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu erhalten. Wenn dieser Plan glückte, so war damit eine gewisse Grundlage der nationalen Einheit erhalten. Sie ließ die Herrschaft der Teilungsmächte den Polen gegenüber dauernd als ein Ausnahmeverhältnis erscheinen und sicherte den Fortbestand Polens in einer außerordentlich wichtigen und weittragenden Beziehung, ohne daß eine politische Handhabe dagegen zu finden war. Und es schien wirklich, als sollte dieser Plan glücken. Czartoryski wußte nicht nur Kaiser Alexander, sondern auch Hardenberg für seine Ideen zu gewinnen. Das alte Polen — in den Grenzen von 1772! — sollte insofern als ein eigenes Wirtschaftsgebiet betrachtet werden, als es für seine eigenen Erzeugnisse eine gewisse Handelsfreiheit genießen sollte. Die Zölle für diese Erzeugnisse

sollten einen mäßigen Satz nicht übersteigen; auch wurde ihnen dafür freie Schiffahrt auf den polnischen Flüssen nach den Seehäfen garantiert. Für Galizien hatten diese Bestimmungen überhaupt wenig oder gar keine Bedeutung; es kamen dabei nur Preußen und Rußland in Betracht. Ohne weiteres aber ist klar, daß Preußen dabei der leidtragende Teil war. Denn den Hauptnutzen hatte natürlich das russische Polen, dem der Weg zu den preußischen Ostseehäfen geöffnet war. Die buchstäbliche Ausführung des Vertrages mußte Preußen in große Verlegenheiten bringen; es hätte eigentlich innerhalb seines eigenen Gebiets eine Zollgrenze errichten müssen, natürlich zum Nutzen der nationalpolnischen Bestrebungen und zum Schaden der eigenen Staatsinteressen. Glücklicherweise wendete Rußlands Verhalten diese Gefahr von Preußen ab. Hätte Rußland seinerseits den Vertrag buchstäblich erfüllt, so hätte es immer noch Vorteil genug gehabt und Preußen in große Verlegenheit gebracht. Aber die russische Regierung dachte gar nicht daran, das Polen von 1772, soweit es innerhalb seines Machtbereichs lag, als ein einheitliches Zollgebiet wiederherzustellen. Es ließ die Zollgrenze zwischen dem neugeschaffenen Königreich Polen — „Kongreßpolen" — und dem östlich angrenzenden russischen Staatsgebiet bestehen, obwohl doch Litauen und Wolhynien in das polnische Zollgebiet hätten einbezogen werden müssen. Diese Nichtausführung des heiklen Vertrages von seiten Rußlands entband auch Preußen von der Verpflichtung, Einrichtungen zu treffen, die gegen seine wichtigsten Interessen verstießen. Dazu kam, daß nicht nur Österreich den Vertrag einfach als nicht vorhanden betrachtete, sondern auch die damalige polnische Regierung selbst durch ihre Ansprüche die preußische Regierung geradezu zwang, den Vorstoß gegen die wirtschaftliche Autonomie Preußens energisch abzuwehren. Preußen brach zwar die Verhandlungen noch nicht ab, wies

aber die polnischen Forderungen, die unverfrorenerweise vom Zaren unterstützt wurden, entschieden zurück und zeigte sich zwar bereit, die Frage durch einen besonderen Handelsvertrag neu zu regeln, ließ sich aber mit Recht einstweilen nicht darauf ein, die handelspolitische Sonderstellung seiner östlichen Provinzen zuzugestehen. Es war dies die einzig richtige und mögliche Stellungnahme, und sehr bald hatten sich die Dinge so entwickelt, daß bei den Verhandlungen von der ursprünglichen Zusatzakte zum Wiener Vertrage nicht mehr die Rede war; es wurde eben ganz einfach zwischen Preußen einerseits, Rußland und Polen andererseits über den Abschluß eines Handelsvertrags beraten. Die zwingende Macht der Tatsachen und der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Staaten als der wirklich vorhandenen politischen Größen hatte von selber eine Idee in den Hintergrund gedrängt, die die wirtschaftlichen Fragen für politische Hintergedanken und Zukunftsträume ausnützen wollte. Der Handelsvertrag kam am 19. Dezember 1818 zustande. Er regelte in vernünftiger Weise die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Nachbarländer, allerdings zum Ärger der polnischen Patrioten so, daß eine Förderung der nationalpolnischen Bestrebungen daraus nicht erwachsen konnte. Auch dieses Verhältnis hat freilich nicht lange gedauert, aber es war wiederum nicht Preußen, daß nun die letzten Spuren und Folgen der Wiener Abmachungen über das handelspolitische Verhältnis der ehemals polnischen Lande beseitigte. Im März 1822 schlug Rußland unter dem Einfluß Cancrins in seiner Handelspolitik neue Wege ein; es führte in der rücksichtslosesten Form ein strenges Prohibitivsystem für Rußland und Polen ein, so daß Preußen, obwohl es wiederum in langwierigen Verhandlungen versuchte, die Wiener Verträge insoweit aufrecht zu erhalten, als es daraus eine Art von Recht auf einen Handelsvertrag mit Polen ableitete, doch nicht umhin konnte, den

handelspolitiſchen Fehdehandſchuh Rußlands aufzunehmen und den Wiener Vertrag endgültig zu begraben. In dem einzigen Punkte alſo, in dem die Polen mit einem gewiſſen Recht von dem Bruch und der Nichtbeachtung der Wiener Verträge reden könnten, hat Preußen gar nicht die Macht und die Möglichkeit beſeſſen, das zu ändern. Die Verhältniſſe waren ſtärker als die Abmachungen.

Die Polen haben nun ſeitdem ihr Verhältnis zum preußiſchen Staat niemals vorbehaltlos anerkannt. Wiederholt haben ſie es mit Verſchwörungen und Ungeſetzlichkeiten verſucht und endlich 1848 auch an die Gewalt appelliert. Dabei ſind ſie unterlegen, und ſomit beſteht für den preußiſchen Staat überhaupt keine Verpflichtung mehr, der polniſchen Auffaſſung über ihr Verhältnis zum Staat irgendwelche Beachtung zu ſchenken. Inzwiſchen iſt auch das Leben des preußiſchen Staates ſelbſt auf eine ganz neue Grundlage geſtellt worden. Wenn jetzt noch von beſonderen Rechten der Polen die Rede ſein könnte, ſo müßte in der *Verfaſſungsurkunde* des preußiſchen Staates etwas darüber zu finden ſein. Aber das iſt bekanntlich *nicht* der Fall, und ſomit ſind die polniſchen Bewohner unſerer öſtlichen Provinzen einfach Preußen wie andere auch. Sie haben natürlich mancherlei Verſuche gemacht, auch unter den neuen Verhältniſſen des Verfaſſungsſtaates ſich wieder eine Sonderſtellung zu erkämpfen und von Regierungsſtelle irgend ein Wort zu provozieren, auf das ſie ſich berufen könnten. Im erſten Jahrzehnt des preußiſchen Verfaſſungslebens war dazu keine rechte Gelegenheit gegeben. Als aber infolge der Militär-Reorganiſation der Verfaſſungskonflikt ſich vorbereitete, hielten die Polen im preußiſchen Abgeordnetenhauſe ihre Zeit für gekommen. Am 22. April 1861 brachte der Abgeordnete v. *Niegolewski* folgenden *Antrag* ein:

„Die preußiſche Regierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß endlich wenigſtens die nach dem poſitiven Völker-

recht garantierte territoriale Einheit des ehemaligen polnischen Gesamtstaates von 1772, sowie die den Polen innerhalb dieser Grenzen zustehenden nationalen und politischen Rechte zur vollen Geltung und Ausführung gelangen, und daß dieselben nicht fernerweit willkürlich von den verpflichteten Mächten verkümmert werden."

Dieser durch die Dreistigkeit der darin enthaltenen Ansprüche besonders ausgezeichnete Antrag, der gerade mit den Wiener Verträgen in offenkundigem Widerspruch steht, war in folgender Weise begründet:

„Der Antrag will sich ausdrücklich nur auf das positive Völkerrecht stützen, d. h. auf die Verträge von 1815 (!!), und es wird aus diesen nachzuweisen versucht, daß man damals die polnische Nation unter drei Fürsten stellte, ohne das Land als vollständig geteilt anzusehen: vielmehr erkannte man zwischen den einzelnen Teilen eine Integrität, eine gewisse territoriale Einheit an, indem innerhalb der Grenzen des alten Polens von 1772, trotz der drei verschiedenen Szepter, nicht nur im Grenzverkehr, sondern auch in allen merkantilen Beziehungen die größten gegenseitigen Erleichterungen (und zwar nur für die Bewohner dieser polnischen Landesteile) ausbedungen wurden. Ferner haben sich die kontrahierenden Mächte gegenseitig zur Aufrechterhaltung der polnischen Nationalität vermittelst nationaler Institutionen und Verfassungen ausdrücklich verpflichtet. Die Antragsteller sind ihrerseits nicht gemeint, sich auf die Wiener Traktate als eine Basis unveräußerlicher Rechte der Polen zu berufen, da sie ohne ihre Zustimmung und Mitwirkung geschlossen sind; aber keinem, der durch diese Traktate Verpflichtungen gegen die Polen übernommen habe, stehe das Recht zu, dieselben einseitig zum Nachteil der Polen zu verkümmern oder aufzuheben."

In so dreister und entschiedener Weise wollten also die Polen unter der damals soeben begonnenen Regierung

Wilhelms I. ihre Ansprüche zur Geltung bringen. Die damalige Regierung aber erkannte die Bedeutung dieses Vorstoßes und erteilte den Antragstellern eine Abfertigung, die in ihrer schroffen und bestimmten Form kein Mißverständnis aufkommen lassen konnte. Der Minister des Innern, Graf Schwerin, gab damals folgende Antwort:

„Ich kann, um den Standpunkt der Regierung zu bezeichnen, nur sagen, daß es nicht darauf ankommt, was in diesem oder jenem Vertrage steht, sondern nur darauf, daß die Provinz Posen von dem Könige von Preußen mit voller Souveränität in Besitz genommen ist und daß diese volle Souveränität eine territoriale Einheit des ehemaligen Polens nicht gestattet und eine Abscheidung von den anderen Provinzen des Staates ausschließt. Diese Souveränität bedingt, daß in jener Provinz kein anderes Gesetz gilt, als nur preußisches Gesetz und Recht, und daß das preußische Gesetz dort fort und fort gehandhabt werden soll. Ich kann die Versicherung nur wiederholen. Dagegen wird aber die Regierung eine jede Übertretung des Gesetzes, möge sie mit Worten oder mit den Waffen in der Hand geschehen, mit aller Entschiedenheit zu jeder Zeit zurückzuweisen wissen."

Die Polen wurden hier also mit großer Bestimmtheit auf den Standpunkt verwiesen, der fortan von der preußischen Regierung als der einzig mögliche streng festgehalten wurde. Die preußische Verfassung gewährt den Polen Rechte genug und steht den Rechten, welche ihnen in den Wiener Verträgen wirklich zugesagt sind, nämlich der Aufrechterhaltung ihrer nationalen Sprache und Sitte, durchaus nicht im Wege. Aber allerdings setzt jede Gewährung von Rechten auch die Erfüllung von Pflichten voraus und zwar allermindestens der Pflicht, die Grundlage anzuerkennen, von der die Gewährung der Rechte ausgeht. Die unbeschränkte Gültigkeit der preußischen Verfassung für die Provinz Posen schließt die unlösbare Zugehörigkeit der

preußischen Polen zum preußischen Staat, ihre wirkliche Eigenschaft als Preußen in sich, und sobald die Polen dies nicht anerkennen wollen, stellen sie sich selbst zugleich außerhalb der preußischen Verfassung. Eins ist ohne das andere nicht denkbar.

So einfach das in der Theorie festzustellen ist, so schwierig gestaltet sich die Sache in der Praxis. Gerade die Pflichten, deren Voraussetzungen das Interesse am Bestande des Staates und am Gedeihen der Allgemeinheit bildet, erfordern einen gewissen Spielraum, und deshalb gewährt der moderne Verfassungsstaat, weil er die Betätigung der Einzelpersönlichkeit und ihre Mitverantwortlichkeit für das Gemeinwohl anstrebt, mit Hilfe von Wahlrecht, Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht die im Interesse des Ganzen notwendigen Freiheiten. Der Staat muß den verschiedenen Mitteln und Wegen, durch die je nach Weltanschauung und Parteirichtung die Staatsbürger das Gemeinwohl fördern wollen, die Möglichkeit bieten, zu Gehör gebracht zu werden, und er muß dabei selbst eine Opposition dulden, die ihm in jeder Beziehung unbequem ist. Unter solchen Umständen ist es natürlich immer möglich, daß sich jemand in allen gesetzlich faßbaren Beziehungen vollkommen tadellos hält und doch im Grunde auf eine Schädigung des Staates hinarbeitet, daß er die Rechte der Verfassung wahrnimmt und doch ihre Voraussetzung nicht erfüllt, indem er die unausgesprochenen, eben als selbstverständlich angenommenen sittlichen Pflichten gegenüber dem Vaterlande für sich selbst nicht als bindend oder mindestens nicht als auf die Dauer bestehend ansieht.

Hier zeigt sich also eine Hauptschwierigkeit der Polenfrage in ihrer ganzen Schärfe: Obwohl das Streben und die vermeintliche Rechtsgrundlage der Polen (d. h. der Wiener Vertrag nach polnischer Auffassung) über die preußische Verfassung offenbar hinausgeht und sich direkt gegen sie

richtet, benutzen die Polen doch die Freiheiten der preußiſchen Verfaſſung als ihr wichtigſtes Kampf- und Rechtsmittel, und der preußiſche Staat kann zu dem für manche Anſchauungen vielleicht naheliegenden Ausweg, der Suspenſion der Verfaſſung für die Polen, nicht ſchreiten, da dies praktiſch nicht durchführbar iſt. Denn es müßte dann entweder ein Ausnahmegeſetz für die Polen gegeben werden — und daß dieſes leicht umgangen werden könnte, geheimen Organiſationen der Polen Vorſchub leiſten, überdies auch der deutſchen Oppoſition begegnen, alles in allem alſo völlig ſcheitern würde, liegt auf der Hand —, oder es müßte eine territoriale Abgrenzung des ehemals polniſchen Gebietes mit beſonderen Rechtsverhältniſſen ſtattfinden, und das wäre erſt recht verkehrt. Es kommt vorerſt darauf an, ſich dieſer Schwierigkeit mit voller Klarheit bewußt zu werden.

Kapitel 7.

Der polniſche Volkscharakter.

Es dürfte jetzt gerechtfertigt ſein, den pſychologiſchen Unterſchieden zwiſchen deutſchem und polniſchem Volkstum näher zu treten, da dieſe Unterſchiede doch bei der weiteren Beurteilung der Polenfrage ungemein ſchwer ins Gewicht fallen. Eine Schilderung dieſer Charaktereigentümlichkeiten hat freilich ihre großen Schwierigkeiten, auch denen gegenüber, die die Berechtigung ſolcher völkerpſychologiſchen Betrachtungen vollkommen anerkennen, gar nicht zu reden von denen, die alle derartigen Unterſuchungen mit dem flachen Einwand abtun zu können glauben, daß einzelne Perſönlichkeiten innerhalb eines Volkes die für die Geſamtheit feſtgeſtellten Charakterzüge nicht beſtätigen. Das verſteht ſich doch ganz von ſelbſt, aber es hebt die Berechtigung völkerpſychologiſcher Betrachtungen nicht auf.

Man kann als Nationalcharakter zunächst die Summe derjenigen Charakterzüge bezeichnen, die sich bei den Angehörigen eines Volkes durchschnittlich am häufigsten zeigen. Aber das erschöpft den Begriff offenbar nicht. Jede Nation zeigt auch als Gesamtheit eine besondere Eigentümlichkeit, die nicht nur darauf zurückzuführen ist, daß der außerhalb stehende Beobachter zufällig die häufige Wiederkehr gewisser Eigenschaften in einer Anzahl von Individuen festzustellen Gelegenheit hat. Nicht die häufige Wiederholung dieser Charakterzüge macht das Bezeichnende dabei aus, sondern die Art der Wirkung, die davon ausgeht. Es finden ja doch Einwirkungen der verschiedenen Individuen aufeinander statt, und diese unterliegen eben, je nach der Art der häufiger vorhandenen gemeinsamen Eigenschaften, verschiedenen psychologischen Gesetzen, so daß die Gesamtbetätigung der mannigfachen Völkergemeinschaften dadurch eine ganz verschiedene wird. Für gewisse seelische Einwirkungen gebraucht die moderne Wissenschaft den Ausdruck „Suggestion". Es ist unbestreitbar, daß sich in dem Gemeinschaftsleben der Völker immer eine Art von Massensuggestion vollzieht. Sprache, Sitten, Erziehung, Verkehr, Literatur, Presse, Staatseinrichtungen wirken dabei mit und erzeugen eben trotz aller Mannigfaltigkeit der Einzelcharaktere eine gewisse gleiche Art zu empfinden und zu urteilen, ein Übergewicht der verwandten Seelenregungen, daß alles in allem der Eindruck eines Kollektivwesens von bestimmter Charaktereigentümlichkeit erzeugt wird, so sehr einzelne Erscheinungen dem gelegentlich zu widersprechen scheinen.

Und nicht bloß die Art dieser Massensuggestion unterscheidet die Völker, sondern auch ihre Stärke. Sowie bei einigen Völkern die erwähnte Suggestionswirkung im ganzen nur so wenig bemerkbar wird, daß der Trieb der einzelnen Persönlichkeit, sich von der Masse zu unterscheiden, sogar meist stärker hervortritt, als die Eigenschaften dieser Masse

ſelbſt, ſo gibt es andere Völker, bei denen das durch gegenſeitige Suggeſtion erzeugte Maſſenempfinden ſo ſehr vorherrſcht, daß es die einzelne Perſönlichkeit vollkommen unter ſeine Herrſchaft beugt.

Deutſche und Polen bilden nun gewiſſermaßen die entgegengeſetzten Pole der ſoeben bezeichneten Eigentümlichkeiten. Der Deutſche vertritt auf der Stufenleiter der nationalen Maſſenſuggeſtionsfähigkeit die ſchwächſte Form, die es vielleicht überhaupt gibt, der Pole dagegen eine der ſtärkſten. Solche Gegenſätze erzeugen in der Praxis der Regel nach das Gefühl ſtarker gegenſeitiger Abneigung, die ſich naturgemäß zu heftigem Haß verſtärkt, wenn das Schickſal beide Völker zueinander in das Verhältnis von Sieger und Beſiegtem bringt. Der Haß der Polen gegen die Deutſchen iſt nicht ausſchließlich die Frucht ihres politiſchen Schickſals; in jedem Verhältnis wird das deutſche Weſen den Polen abſtoßen. Der Pole findet eben in der deutſchen Natur ein vollſtändiges Sichherausheben aus gewiſſen Wirkungen des „Milieus“, an die er ſelbſt ſich ſtets gebunden fühlt. Er wird ſich bei der Berührung mit dem Deutſchen einer gewiſſen innern Unfreiheit bewußt, und dieſes Bewußtſein, das er um keinen Preis eingeſteht, laſtet auf ihm. Das will mehr ſagen, als die Feſtſtellung einer bloßen Antipathie im gewöhnlichen Sinne. Dieſe beruht gewöhnlich auf Gegenſeitigkeit, während der Deutſche dem Polen gegenüber von vornherein davon frei zu ſein pflegt. Erſt fortgeſetzte Erfahrungen mit der ihm entgegengebrachten üblen Geſinnung erzeugen ſchließlich auch in dem Deutſchen einen wirklichen Polenhaß. In dieſem Sachverhalt liegt für die Polen ein kleiner Vorteil. Sie finden in den meiſten Deutſchen, die ihnen fremd gegenübertreten, eine, wenn nicht freundlich geſinnte, ſo doch wenigſtens neutrale Perſönlichkeit; der Deutſche aber kann ſicher ſein, daß er in jedem Polen, der ihm gegenübertritt, einen ausgeſprochenen Feind

zu sehen hat. Die wirkliche Ursache dieses eigenartigen Verhältnisses liegt also nicht nur in der politischen Lage, in den Beziehungen zwischen Sieger und Besiegtem, sondern in dem stärkeren Massengefühl des Polen gegenüber dem Persönlichkeitsgefühl des Deutschen.

Die Frage von Sympathie und Antipathie kann man hier als eine Frage des persönlichen Geschmacks ausscheiden. Bei längerer Berührung mit Polen endet zwar jeder Deutsche, falls er nicht direkt zum Renegaten wird, fast unfehlbar als Polenfeind, und die Erfahrung lehrt, daß die größten Schwärmer für die „ritterliche, edle, unglückliche Nation" der Polen gewöhnlich solche Leute sind, die selten oder nie mit ihr in Berührung gekommen sind. Ein boshaftes Wort meint sogar, daß die Vorliebe für die Polen im direkten Verhältnis zu dem Quadrat der Entfernung steht. Alle solche Beobachtungen aber sollen hier nicht in Betracht kommen. Wer für seine Person das Bedürfnis fühlt, die Polen um ihrer Eigenschaften willen zu lieben und zu bewundern, mag das ruhig tun. Zum Überfluß soll auch eine meines Erachtens ganz und gar selbstverständliche Bemerkung hier noch einen Platz finden, daß es, wie in jedem Volke, so auch unter den Polen höchst achtungswerte Vertreter der Nation gibt. Wenn die charakteristischen Unterschiede deutscher und polnischer Eigenart hervorgehoben werden und die Vergleichung nach unserem Gefühl zuungunsten der Polen ausfällt, so geschieht das eben nicht, um gegen die einzelnen Angehörigen der fremden Nation ohne Unterschied Haß zu erwecken, sondern weil es notwendig ist, um ein blindes Herumtappen auf dem Gebiet der Polenpolitik zu vermeiden und um die Tragweite des einen oder des anderen Verhaltens ermessen zu können.

Hört man Deutsche, die in unmittelbarer Berührung mit Polen stehen, über diese sprechen, so bleiben niemals die Klagen aus, die den Polen Unehrlichkeit, Unzuverlässig-

keit, Tücke, Verlogenheit u. dgl. vorwerfen. Es iſt ſogar das ſchlimme Wort geſprochen worden, der Grundzug des polniſchen Nationalcharakters ſei die Lüge. Ein ſo allgemein erhobener und immer wiederholter Vorwurf muß wohl eine gewiſſe Unterlage haben. Andererſeits aber kann man ſich bei dieſem häßlichen Urteil über ein Volk, das doch immerhin ſeit bald einem Jahrtauſend die Richtſchnur der chriſtlichen Moral anerkennt, nicht einfach beruhigen. Wir müſſen Motive und Zuſammenhang dieſes Hangs zur Unwahrheit zu ergründen ſuchen. Wir kommen am erſten zum Ziel, wenn wir uns der ſogenannten „konventionellen Lügen“ des geſellſchaftlichen Lebens erinnern.

Eine geachtete Dame der „guten Geſellſchaft“ will ungeſtört ſein; ſie klingelt ihrem Dienſtmädchen und gibt ihm die Weiſung: „Wenn Beſuch kommt, ſo ſagſt du, ich ſei ausgegangen.“ Ein einfacher Vorgang, über den man ſelten nachdenkt! Aber unter dem Geſichtspunkt des Sittengeſetzes zweifellos eine höchſt verwerfliche Handlungsweiſe! Was jene Dame tut, iſt ſchlimmer als eine Lüge; es iſt vielmehr eine beſtimmte Anweiſung an eine abhängige Perſon, eine bewußte Lüge auszuſprechen. Dementſprechend iſt ein ſolches Verfahren von ernſter denkenden Menſchen oft gebrandmarkt worden, ein Teil unſerer gebildeten Geſellſchaft vermeidet dergleichen auch möglichſt. Aber viele Tauſende halten noch daran feſt. Sind dieſe Menſchen nun alle gewohnheitsmäßige Lügner, Leute ohne Treu und Glauben? Ein ſolches Urteil wäre doch wohl überaus hart und ungerecht. Denn offenbar ſind ſich die Leute nicht bewußt, daß bei ſolchen Mißbräuchen jemand den Widerſpruch ihrer Rede mit den Tatſachen als ſolchen empfinden könnte. Auch jene Dame denkt gar nicht daran, daß der ſchlichte Verſtand ihres Mädchens auf den Gedankengang verfallen muß, daß die Herrſchaft, in deren Intereſſe ſie ſonſt verpflichtet iſt, die Wahrheit zu ſagen, ihr um einer Nichtigkeit willen

befiehlt, andere Menschen anzulügen. Was verhindert nun die Menschen, einen solchen einfachen Sachverhalt überhaupt unter moralischen Gesichtspunkten zu betrachten? Nichts anderes, als die Gewohnheit, bestimmte Beziehungen in ihrem Leben — z. B. den sogenannten geselligen Verkehr — nach gewissen allgemein gebräuchlichen Regeln zu gestalten. Die dadurch erweckten Vorstellungen und entsprechenden Gewohnheiten beherrschen sie dann so, daß sie in allen Dingen, die damit zusammenhängen, auf eigenes Nachdenken oder gar Abschätzen der sittlichen Wirkungen vollständig verzichten.

Schon unser alltägliches Leben bietet uns also Beispiele, wie eine Gemeinschaft, der man sich verpflichtet glaubt und auf die man Wert legt, — z. B. eben die sogenannte „gute Gesellschaft" — mit ihren Formen, Sitten und Unsitten den einzelnen beherrscht und unter Umständen sittliche Erwägungen über den Haufen wirft, die mancher peinlich beobachten würde, wo er sich wirklich als Herr seiner Worte und Handlungen fühlt und vermeintliche Pflichten und Rücksichten gegen seine Gesellschaftsklasse nicht ins Spiel kommen. Aber man wird auch in diesen alltäglichen Verhältnissen die Beobachtung machen, daß das erwähnte Verhalten weniger durch eine höhere oder tiefere Stufe der Moralität bestimmt wird, als durch Charakteranlagen anderer Art. Im großen und ganzen wird dabei z. B. auch die Eigenart der Geschlechter zum Ausdruck kommen, indem das weibliche Geschlecht im allgemeinen bereitwilliger als das männliche sich Moden und Formen unterwerfen und sich zu kleinen Notlügen und Verstellungen bequemen wird. Niemand wird deshalb das sittliche Empfinden des weiblichen Geschlechts geringer einschätzen, als das des männlichen; im Gegenteil, es verträgt sich damit durchaus der entgegengesetzte Eindruck. Erscheinungen solcher Art kommen auch in Volkscharakteren zum Ausdruck. Es

gibt Völker, die in ihrem ſittlichen Verhalten ſich unbewußt mehr als andere durch die Intereſſen der Gemeinſchaft und weniger als andere durch ſtrenge, unbefangene Abwägung von Recht und Unrecht leiten laſſen; lebhafter in ihrem Empfinden und abhängiger von ihren Stimmungen, bleiben ſie gern bei einer mühelos gewonnenen ſubjektiven Wahrheit ſtehen, während andere Völker, gewohnt, auch das Empfinden ſo viel als möglich dem Verſtand unterzuordnen, ſtets das Verlangen nach objektiver Wahrheit in ſich tragen.

Unterſchiede dieſer Art beſtehen auch zwiſchen den Deutſchen und Polen. Fürſt Bismarck pflegte bekanntlich bei Charakteriſtik der Völker von männlichen und weiblichen Volkscharakteren zu ſprechen; er zählte die Deutſchen zu den erſteren, die Polen zu den letzteren. Das iſt eine außerordentlich treffende Bezeichnung. Wir können uns ähnliches an dem Verhältnis zwiſchen Deutſchen und Franzoſen klar machen. An den Franzoſen iſt uns Deutſchen die Wirkung der eigentümlichen Maſſenſuggeſtion eine längſt allgemein bekannte Erſcheinung. Ebenſo wenig aber ſollte man ſich der Tatſache verſchließen, daß die Polen, die man in gewiſſem Sinne die Franzoſen der Slawenwelt nennen kann, ganz ähnliche Erſcheinungen zutage treten laſſen. Es gibt Leute, die alles, was von polniſcher Seite geſchieht, als bewußte Schlechtigkeit und Falſchheit auslegen und über den Gefühlen, die dadurch erzeugt werden, das ruhige Urteil einbüßen. Manche verfallen aber auch in das entgegengeſetzte Extrem; ſie wollen recht human und chriſtlich oder auch recht nüchtern ſein und nehmen alles, was die Polen über ihr Verhältnis zu uns Deutſchen ſagen, als bare Münze. Die Wahrheit liegt auch hier in der Mitte. Wir können durchaus würdigen, daß der einzelne Pole in ſeiner Art kein ſchlechterer Menſch iſt, als der Deutſche, und wir können ihm vollkommen unbefangen das Maß von Achtung entgegenbringen, das ihm nach ſeinen menſchlichen Eigen-

schaften und nach unseren eigenen persönlichen Ansichten und Neigungen zukommt. Aber bei alledem können und müssen wir uns bewußt sein, daß in nationalen Fragen die Anschauungen der Deutschen und Polen grundverschieden sind, daß wir daher darauf verzichten müssen, unsern Maßstab von Wahrheit und Recht überhaupt nur anzulegen, und daß es für uns hierbei nur einen Standpunkt geben kann, den des absoluten Mißtrauens.

Schon die verschiedenen Verkehrsformen weisen darauf hin. Die polnische Sitte fordert z. B., daß ein Gast stets mit vollkommener Herzlichkeit und Liebenswürdigkeit aufgenommen wird. Die polnischen Umgangsformen sind überhaupt lebhaft, ungezwungen und außerordentlich gewinnend; man erweist sich gegenseitig Freundlichkeiten und Höflichkeiten, die der Deutsche nur wirklichen Freunden erweist, die dem Polen aber nur Formsache sind. Der Deutsche, der das zum ersten Male kennen lernt, fühlt sich in der Regel dadurch außerordentlich angenehm berührt, ja bezaubert, um so mehr, je weniger er es gewohnt ist, oder erwartet hat. Unwillkürlich schließt er daraus auf eine freundliche Gesinnung, die dem Polen ganz fern liegt und die bekunden zu wollen ihm nicht im Traume eingefallen ist. Stellt sich nun bei einer Begegnung am dritten Orte heraus, daß wirkliche Freundschaft oder auch nur der Wunsch nach näheren Beziehungen auf polnischer Seite gar nicht vorhanden war, so begreift das der Deutsche meist nicht. Er fühlt sich natürlich von seiner Anschauungsweise aus verschnupft und enttäuscht und wirft dem Polen Heuchelei und Falschheit vor. Dieser Vorwurf ist ja zum Teil berechtigt, aber er muß auf ein richtiges Maß zurückgeführt werden. Denn schließlich darf man den Polen auch nicht allein dafür verantwortlich machen, daß seine Art und Umgangsformen von deutscher Seite einfach mißverstanden werden. Es sind eben andere Formen, eine andere Art, sich zu geben, wobei

durchaus nicht immer das Bewußtſein der Unwahrheit, die Abſicht der Täuſchung vorhanden iſt.

Das Zuſammenhalten der Polen wird oft allein darauf zurückgeführt, daß ſie als unterworfenes, ſeiner Selbſtändigkeit beraubtes Volk unter einem gewiſſen Druck ſtehen. Indeſſen beruht die Einheit der Empfindungsweiſe, die allerdings nicht unter allen Umſtänden in einer äußeren Einigkeit im Handeln zum Ausdruck zu gelangen braucht, bei den Polen ſo ſehr auf einer natürlichen Anlage, daß äußere Einwirkungen dabei eine verhältnismäßig unbedeutende Rolle ſpielen. Der Pole befindet ſich ſeiner ganzen Natur nach nur wohl, wo er ſich als Mitglied einer Gemeinſchaft von Volksgenoſſen fühlt; alles rein Menſchliche, Individuelle und Perſönliche ſteht bei ihm in zweiter Linie. Die Hoffnung, Polen, die in der Maſſe ihrer Volksgenoſſen leben, aus dieſer Gemeinſchaft durch irgend welche Freundlichkeiten oder Vorteile loslöſen zu können, wird ſich faſt immer als trügeriſch erweiſen. Wo zwei Polen beiſammen ſind, da werden ſie, auch wenn ſie ſonſt Todfeinde ſind, ſich einem Nichtpolen gegenüber immer ſolidariſch fühlen, und zwar durchaus ohne bewußte Reflexion, lediglich aus Naturtrieb. Wenn zwei Deutſche, die ſich auf irgend einem Gebiet als Gegner gegenüberſtehen, dennoch gegen einen Dritten zuſammenhalten, ſo pflegt dieſes Ergebnis erſt nach reiflichem Nachdenken und unter großem Kraftaufwand an Selbſtüberwindung zuſtande zu kommen.

Das ſtarke Maſſenempfinden beeinflußt auch die moraliſche Haltung der einzelnen, indem es ſie leicht in einer Richtung fortreißt, die ihnen wohl ſonſt nach ihren Sittlichkeitsbegriffen fern liegen würde. Der einzelne Pole zeigt z. B. in einem Abhängigkeitsverhältnis oft rührende Anhänglichkeit, Treue und Opfermut; aber unter dem Einfluß einer größeren Maſſe ſchlägt er mit Leichtigkeit in das Gegenteil um. Der polniſche Diener wird ſich für ſeinen

Herrn, dem er mit seltener Hingebung dient, ohne Besinnen totschlagen und foltern lassen, seine Launen ertragen und ihm alles opfern; ebenso wird der polnische Soldat mit Heldenmut für seinen Offizier in den Tod gehen und den Verwundeten aus dem dichtesten Kugelregen herausholen, keine fremde Überredung wird ihn von seiner Pflicht abwendig machen. Aber diesen selben Mann stelle man in einen polnischen Insurgentenhaufen, lasse ihn sich nur einen Augenblick als Pole unter Polen fühlen, und er wird ohne jedes Besinnen seinem größten Wohltäter das Dach über dem Kopfe anzünden und ihm kaltblütig den Schädel einschlagen; kein Eidschwur, kein sittliches Gefühl wird seinen Arm aufhalten. Wo seine Nation ihn in Anspruch nimmt, gibt es für ihn nur ein Gebot: zu tun, was alle tun, zu denken, was alle denken. Das Gefühl, zur Masse zu gehören, verdrängt förmlich sein individuelles sittliches Empfinden.

Ich sagte bereits, daß die Einheit der Empfindungsweise nicht immer die Einigkeit im Handeln bedingt. Die Uneinigkeit im alten Polenreich war ja sprichwörtlich. Das ist sehr natürlich, denn das Massengefühl beruhte im Grunde auf Unselbständigkeit und Schwäche des Willens. Die bekannte Unterscheidung von vier Grundtypen des Temperamentes kommt ja im wesentlichen darauf hinaus, daß der Reizbarkeit des Empfindungsvermögens die Entschiedenheit der Willensbetätigung nicht immer entspricht. Wir haben Menschen von starker Eindrucksfähigkeit ihres Vorstellungsvermögens, und unter ihnen wieder solche, deren Willenskraft im Einklang mit dem Reichtum dieser Vorstellungswelt oder sogar darüber steht („Choleriker"), und andererseits solche, deren Willenskraft stets hinter den empfangenen Eindrücken zurückbleibt — „Sanguiniker". Wir haben ebenso unter den Menschen, die die Eindrücke der Außenwelt langsamer aufnehmen und sie entsprechend gründlicher verstandes-

mäßig verarbeiten, die beiden Kategorien zu unterſcheiden, die durch den Grad der Stärke und Nachhaltigkeit des Willens gegeben ſind; diejenigen, die ihre Willensregungen den verſtandesmäßig gewonnenen Vorſtellungen anzupaſſen vermögen — die „Phlegmatiker", und diejenigen, deren Willensbetätigung nicht ausreicht, um Herr über ihre ſchwerflüſſige Vorſtellungswelt zu werden, — die „Melancholiker". Es iſt ja eine bekannte Sache, daß dieſe Grundtypen, deren eigentliche Bedeutung überdies im täglichen Sprachgebrauch und in der volkstümlichen Auffaſſung gewöhnlich mißverſtanden und in nebenſächlichen Erſcheinungen geſucht wird — wie man denn unter einem Phlegmatiker gewöhnlich fälſchlich eine einfache Schlafmütze verſteht —, im einzelnen ſehr ſelten rein zu finden ſind. Nun zeigt ſich aber, daß gerade im ſogenannten „Volkscharakter", bei deſſen Beobachtung man alle unweſentlichen Eigenſchaften unwillkürlich ausſcheidet und nur große gemeinſame Züge in Betracht ziehen kann, in der Regel einer der erwähnten Temperamentstypen weit ſtärker hervortritt, als jemals in einem Individuum. Es gibt eine Unzahl von choleriſchen, ſanguiniſchen, melancholiſchen Deutſchen in allen möglichen Abſtufungen, aber das deutſche Volk als Ganzes zeigt in ſeinem ganzen Weſen trotzdem die charakteriſtiſchen Merkmale des Phlegmatikers in der ausgeſprochenſten Weiſe. Und ebenſo könnte man die Italiener in ihrem Geſamtcharakter als typiſche Beiſpiele für das choleriſche, die Ruſſen für das melancholiſche Temperament hinſtellen. Noch mehr aber kann das polniſche Volk als klaſſiſches Beiſpiel für den echten Sanguiniker gelten. Bei ihm treffen die gekennzeichneten Merkmale in auffallender Reinheit zuſammen, die größte Lebhaftigkeit und Reizbarkeit des Empfindens und auffallender Mangel an Kraft und Nachhaltigkeit des Willens.

Durch die Erfahrungen mit dem Zuſammenhalten der

Polen ist man dazu gekommen, den Polen eine Energie zuzuschreiben, die sie gar nicht besitzen. Das landläufige Urteil darüber, was eigentlich unter Willenskraft zu verstehen sei, ist ohnehin recht unklar. Viele bemessen die Stärke der Willenskraft nach der Pose, die dabei angenommen wird, oder nach dem Effekt, nach der scheinbaren Größe der Wirkung. Sie halten z. B. einen Menschen für energischer als den andern, weil er unter Augenrollen, großen Bewegungen und großen Worten vollbringt, was der andere ebensogut ohne Gliederverrenkungen und Geschrei in der Stille ohne viel Aufhebens erreicht. Daran kann aber der Grad der Energie ebensowenig gemessen werden, wie an dem Effekt an und für sich. Es scheint eine ungeheure Aufgabe, einen Haufen von tausend Menschen, der in Bewegung ist, durch ein einziges Wort so zum Stehen zu bringen, daß jede willkürliche Bewegung aufhört. Und doch wird dieses Kunststück beständig von Menschen geleistet, die keineswegs immer über ein außergewöhnliches Maß von Energie zu verfügen haben; jeder Exerzierplatz zeigt es. Es wird eben von ihnen geleistet, weil die Macht des Staates und des Gesetzes hinter ihnen steht, weil sie die sichtbaren Abzeichen der Stellung führen, die ihnen das Recht dazu verleiht, und weil die Menschenmenge, auf die sie ihren Willen übertragen, von vornherein geschult und gewillt ist, dieses Recht anzuerkennen. Wenn aber ein Mann es fertig bringt, in einem Augenblick der Gefahr diese tausend Menschen, die vielleicht vom Schrecken übermannt sind und auf der Flucht begriffen nur noch unter dem Banne des Selbsterhaltungstriebes stehen, durch den überlegenen Eindruck seiner Persönlichkeit zur Besinnung zu bringen und zu neuem Widerstande zu vermögen, dann erst können wir von Energie sprechen. Energie kann sich immer nur im Überwinden von Widerständen betätigen. Die Nutzanwendung dieser Betrachtung auf die Beurteilung des Polentums

ergibt sich leicht. Wir glauben einfach an die Energie des Polentums, weil wir ihr leidenschaftliches Wesen, ihre Neigung zu Übergriffen, ihr Großtun und ihr haßerfülltes Treiben dafür halten, weil wir die Wirkungen ihres festen Zusammenhaltens, das doch ebensogut aus dem Gefühl der Schwäche hervorgehen kann, für Bekundungen eines starken Willens halten, ohne überhaupt geprüft zu haben, wie weit von unserer Seite den Polen Gelegenheit gegeben ist, ihre Fähigkeit zur Überwindung von Widerständen darzutun.

Jede Erfahrung der polnischen Geschichte, jede Erscheinung des jetzigen polnischen Lebens bestätigt die Überzeugung, daß die Willenskraft bei dem Polen durchschnittlich schwach entwickelt ist; nur in der Masse gedeiht sie, wie schon auseinandergesetzt, durch eine Art von gegenseitiger Suggestion. Der einzelne Pole erscheint uns in der Regel weich, sentimental und trotz des häufigen starken Aufflackerns seines Temperaments schlaff; seine Empfindungen erscheinen uns, weil man das Fehlen eines nachhaltigen Willens und einer gründlichen Selbstkontrolle durchfühlt, hohl und theatralisch. Und aus dieser Verbindung eines reizbaren Empfindungsvermögens mit ausgesprochener Willensschwäche entsteht auch jene Eigenschaft, die uns besonders im Verkehr mit Polen zu schaffen macht, ihre Verschlagenheit und Unwahrhaftigkeit. Denn einerseits gewinnen bei reizbarem Empfinden allerhand Stimmungen und das Spiel der Phantasie leicht die Oberhand und machen den Menschen zum Spielball von Eindrücken und Einbildungen, die mit der Wahrheit nicht übereinstimmen, andererseits glaubt der von solchen Eindrücken beherrschte Mensch bei der Unzulänglichkeit seines Willens die Widerstände der mit seinen Vorstellungen niemals in Einklang stehenden Wirklichkeit nicht anders überwinden zu können, als durch Winkelzüge und Verstellung. Man darf übrigens niemals vergessen,

daß Menschen dieser Art mit derselben Virtuosität, mit der sie andere belügen, vor allem auch sich selber belügen.

Die Frage, wie man mit solchen Charakteren am besten fertig wird, kann man auch ohne jede Beziehung auf das Polentum aufwerfen. Denn einzelne Beispiele derart trifft man auch sonst im Leben an. Ich glaube aber, daß in solchen Fällen die meisten Menschenkenner den Rat geben werden, man solle dem reizbaren Empfinden gegenüber Ruhe und Klugheit walten lassen, aber ihm niemals den Willen lassen, sondern die eigene Überlegenheit des Willens mit ruhiger, aber unbeugsamer Entschiedenheit geltend machen. Wir verfahren im allgemeinen den Polen gegenüber leider gerade umgekehrt. Wir regen uns über ihre Empfindungs- und Denkweise gewöhnlich sehr stark auf, aber wenn es darauf ankommt, ihnen entgegenzutreten und ihnen gegenüber einen entschiedenen Willen zu zeigen, so bleiben wir in tausend Bedenken und Erwägungen stecken. Die wenigen, die in einem kleineren Wirkungskreise nach dem allein vernünftigen, umgekehrten Rezept verfahren, werden erfahrungsgemäß mit den Polen stets sehr gut fertig. Nur Leute, die selbst nie mit Polen zu tun gehabt haben, sind es, die durch ihre Bedenklichkeiten, wenn einmal von einer energischen Willensbetätigung gegenüber den Unbotmäßigkeiten und aufgeregten Deklamationen der Polen die Rede ist, diese erst recht darauf aufmerksam machen, wo die schwache Seite der Deutschen ist. Wir Deutschen selbst bringen ihnen den Gedanken bei, daß ihr nervöses Gezeter eine ungeheuer ernste Willensbetätigung sei.

Diese Art einzelner Deutschen, die Polensache zu führen, bringt uns auf die oft gehörte Klage über die gegen die Polen geübte „Ungerechtigkeit“. Deutsche Polenfreunde hantieren so gern mit dem Schlagwort „Gerechtigkeit“. Ich spreche in diesem Falle mit Bedacht von einem „Schlag-

wort", d. h. von einem Wort, das man anwendet, weil man weiß, daß der urſprünglich damit verbundene Begriff eine gute Wirkung ausübt, und weil man doch zugleich darauf rechnet, daß der Hörer nicht näher unterſucht, ob dieſer Begriff auf den vorliegenden Fall überhaupt anwendbar iſt und auch hier das bedeutet, was ſeine Wirkung ausmacht. Wir aber wollen gerade darum vor allem unterſuchen, was Gerechtigkeit bedeutet und ob Deutſche und Polen wirklich dasſelbe darunter verſtehen. Es bedarf nur geringen Nachdenkens, um zu erkennen, daß, wenn jedem ſein Recht werden ſoll, — und das iſt doch das Weſen der Gerechtigkeit —, vor allem auch jedem einzelnen die Schranken geſetzt werden müſſen, über die er nicht hinausgehen darf, ohne die Rechte anderer zu verletzen. Darum wird es immer Rechte geben, die zugunſten der Rechte anderer und der Geſamtheit geopfert werden müſſen. Es wird immer ſorgfältig zu unterſcheiden ſein, zwiſchen Rechten, die in einer auf Gerechtigkeit ruhenden Ordnung unter allen Umſtänden dem einzelnen gewahrt bleiben müſſen, und anderen Rechten, die im Intereſſe der Geſamtheit allenfalls beſchnitten oder geopfert werden können, weil ſie höheren Rückſichten unterzuordnen ſind. Dieſe Unterſcheidung iſt aber keine feſtſtehende, nach allgemeinen Regeln zu beſtimmende; die Abgrenzung der Rechtsſphäre des einzelnen iſt für jede beſondere Lage, jeden beſonderen Fall verſchieden zu beſtimmen. Leben, Eigentum, perſönliche Freiheit ſind Güter, deren grundſätzlicher Schutz von jeder Rechtsordnung gefordert werden muß, und doch hat die Geſamtheit ein Recht, auch über dieſe Rechtsgüter des einzelnen zu verfügen, wenn der Schutz der Geſamtintereſſen dieſes Opfer fordert. Den Maßſtab aber dafür, was der einzelne unter Umſtänden an Rechtsgütern zu opfern hat, kann immer nur das Geſamtintereſſe und das Recht des Nächſten geben, niemals aber der perſönliche Wunſch und das Empfinden des ein-

zelnen. Darum iſt es Ungerechtigkeit, jedem unbedacht zu geben, was er beanſprucht; Gerechtigkeit iſt es, jedem von den Rechten, die er beanſprucht, das Maß zuzuweiſen, das er genießen kann, ohne die Lebensintereſſen des Nächſten und der Geſamtheit zu ſchädigen.

Wenden wir das auf die hier in Betracht kommenden Verhältniſſe an, ſo iſt klar, daß von Gerechtigkeit nur dann die Rede ſein kann, wenn den Polen nur ſolche Rechte gegeben werden, welche mit dem Geſamtintereſſe des preußiſchen Staates vereinbar ſind und den Deutſchen ebenfalls zuteil werden. Was die Polen beanſpruchen, kann dabei um ſo weniger maßgebend ſein, als ſie tatſächlich nicht dasſelbe, ſondern mehr beanſpruchen, als die Deutſchen.

Auch hier müſſen wir wieder auf die Frage zurückgehen, ob überhaupt Deutſche und Polen fähig ſind, ihr Verhältnis zueinander und zum Staat unter gleichen Geſichtspunkten zu betrachten. Der Deutſche iſt in ganz ausgeſprochener Weiſe individualiſtiſch veranlagt, und daraus ergibt ſich von ſelbſt, daß jedes Lebensziel von ihm daraufhin abgeſteckt wird, ſich perſönliche Geltung zu verſchaffen, alſo nicht nur für ſich ſelbſt, ſondern auch im Urteil der Mitmenſchen als Perſönlichkeit dazuſtehen. Dazu gehört eine möglichſt klare Umſchreibung und Umgrenzung deſſen, was er iſt und was er will, und natürlich auch deſſen, was er wollen darf; denn ſelbſtverſtändlich wird es nur Ausnahmenaturen unter Ausnahmeverhältniſſen möglich ſein, das Geſetz ihrer Perſönlichkeit nur aus ſich ſelbſt heraus zu beſtimmen. Je mehr Menſchen ſich zuſammenfinden, denen es Bedürfnis iſt, ihre Perſönlichkeit zu wahren, deſto klarer müſſen auch die Rechtsgrenzen für den einzelnen beſtimmt ſein. Wo die Perſönlichkeit etwas gilt und wirkliches individuelles Freiheitsbedürfnis beſteht, iſt auch fremdes Recht der größten Achtung ſicher. Die ſchlagendſten Beiſpiele für dieſe Wahrheit finden wir vielleicht in den charak-

teriſtiſchen ſozialen und Rechtsverhältniſſen des angelſächſiſchen Stammes. Bei uns Deutſchen findet ſich aber der gleiche Grundzug germaniſchen Weſens, er ſcheint nur durch unſere politiſche Entwicklung etwas abgeblaßt. Dadurch iſt bei uns vielfach eine Anſchauung groß gezogen worden, die unter dem Begriff der Gerechtigkeit faſt ausſchließlich die Achtung fremden Rechts verſteht und die Wahrung des eigenen Rechts vernachläſſigt, obwohl doch beides zuſammen erſt die wirkliche Gerechtigkeit ausmacht und erſt durch das Bewußtſein des eigenen Wertes und der eigenen Freiheit die Achtung des Nächſten einen moraliſchen Inhalt gewinnt.

Der Pole hat von vornherein gar nicht ein ſo ausgeſprochenes Bedürfnis, ſeine Perſönlichkeit zur Geltung zu bringen. Er geht trotz ehrgeiziger Regungen mit ſeinem Innenleben im allgemeinen gern in der Maſſe auf. Er hängt mit allen Faſern an der Gemeinſchaft ſeiner Volksgenoſſen, und keine noch ſo weite Ausdehnung ſeiner perſönlichen Geltung kann ihm die Befriedigung erſetzen, die ihm das Bewußtſein verurſacht, von Gleichgeſtimmten und Gleichempfindenden umgeben zu ſein. Er ſieht ſich gern durch dieſes Empfinden getragen und legt auf Sympathien mehr Wert, als auf verſtandesmäßige Zuſtimmung. Da ihm nur dieſer Impuls und das Wirken in einem ihm zuſagenden Medium Energie verleiht, während er allein gelaſſen mehr das Gehenlaſſen vorzieht, ſo fühlt er ſich bei der Anforderung, unter anderen Verhältniſſen Willenskraft und Anſtrengung zu zeigen, ganz und gar unbehaglich. Für den Polen, wie für den Slawen überhaupt, iſt es daher Bedürfnis, ja geradezu Bedingung für die Möglichkeit, ſich auszuleben, daß eine allzu ſtrenge Abgrenzung eines Rechtsbereiches für ſeine Perſon nicht vorhanden iſt. Dafür muß er aber unter ſeinesgleichen leben können, unter Leuten, die ihn verſtehen, vor allem fühlen, wie er, es ſo machen wie er, die ihn lieben, vielleicht auch haſſen, in

keinem Falle aber ihn pedantiſch mit dem Verſtande richten. Das iſt der innere Grund, warum der Pole das leidenſchaftliche Bedürfnis fühlt, ſeine Umgebung zu poloniſieren, warum ihm das Vorhandenſein eines Deutſchen in ſeinem Bereich ſchon an ſich als Eingriff in ſeine eigentlichen Rechte erſcheint, als ein Unrecht in des Wortes vollſter Bedeutung.

Fragt man alſo, was das polniſche Volk nach der ihm eigenen Anſchauung als ſein eigentliches nationales Recht betrachtet und in Anſpruch nimmt, ſo kann man getroſt als Antwort daneben ſetzen: es iſt die Ausrottung und Unterdrückung alles Nichtpolniſchen auf dem Gebiet, auf dem das Polentum ſich heimatsberechtigt glaubt. Die Gewährung dieſes Rechts heißt ihm Gerechtigkeit; alles andere gilt ihm als eine Beeinträchtigung ſeines nationalen Weſens. Wer die Polen einfach nach deutſcher Anſchauung beurteilt, wird ſich freilich dieſe Wahrheit nie vorſtellen können. So kommt es, daß viele ſonſt bedeutende und urteilsfähige Leute in Deutſchland nicht begreifen, daß eben die Eigenart polniſchen Weſens den Staat hindert, dem Polen das zu geben, was dieſer als ſein Recht in Anſpruch nimmt. Denn es muß doch auch die deutſche Nationalität, nicht nur die polniſche geſchützt werden und ſchon dadurch geſchieht den Polen in ihrem Sinne unrecht.

Es wird darum auch niemals gelingen, einen unbefangenen Verkehr zwiſchen Deutſchen und Polen herzuſtellen. Es widerſpricht dieſer Behauptung nur ſcheinbar, daß ein ſolcher Verkehr in den Jahren 1815—30 tatſächlich beſtanden hat. Man erinnere ſich aber an den bereits geſchilderten Stand der Dinge in jener Zeit. Damals ſtand der polniſche Bauer noch unter der friſchen Erinnerung an den Druck der alten polniſchen Wirtſchaft, er atmete auf unter der preußiſchen Regierung und war infolgedeſſen vollkommen ſtaatstreu. Die Geiſtlichkeit war damals noch wenig auf

den Kampf geſchult und nicht in dem Maße wie heute bewußt national; es herrſchte damals in der ganzen katholiſchen Kirche ein freierer Geiſt, und die ultramontan-jeſuitiſche Hochflut hatte noch nicht begonnen. Unter ſolchen Verhältniſſen hielt es der polniſche Adel — ein Bürgerſtand exiſtierte ja damals nicht — für nützlich und geraten, ſich äußerlich freundlich zu den Deutſchen zu ſtellen. Unter der Statthalterſchaft Radziwills konnte vielleicht auf dieſem Wege am leichteſten die Wachſamkeit eingeſchläfert und eine nationale Sonderexiſtenz des Großherzogtums Poſen angebahnt werden. Sobald ſich dieſe Hoffnung als irrig erwieſen hatte, änderte ſich das Bild. Seitdem haben ſich die Polen immer nur dann den Deutſchen geſellſchaftlich genähert, wenn ſie beſtimmte Zwecke damit verbanden, namentlich wenn ſie irgend eine nationale Aktion vorhatten, die ſie in Dunkel hüllen wollten. Als z. B. zu Anfang der ſechziger Jahre in Ruſſiſch-Polen der Aufſtand vorbereitet wurde, der auch von den preußiſchen Polen nach Möglichkeit materiell unterſtützt werden ſollte, wurden dieſe letzteren, die die Aufmerkſamkeit der Behörden in der Provinz Poſen möglichſt ablenken mußten, plötzlich auffallend liebenswürdig und ſuchten geſellſchaftliche Annäherung an die Kreiſe des deutſchen Adels, der Offiziere und Beamten. Derartige Beziehungen waren natürlich nie von Dauer. Die Regel iſt, daß ſich Polen nur unter Polen wohl fühlen, deutſchen Umgang, wo ſie es können, ängſtlich meiden und ſelbſt in gemeinſamen Angelegenheiten nur notdürftig Fühlung mit ihren deutſchen Mitbürgern ſuchen.

Der Pole kommt dem Deutſchen niemals auch nur einen Schritt entgegen und bleibt in ſeiner Welt für ſich. Wer in der Provinz Poſen ein polniſches Haus betritt, empfindet das ſelbſt durch die größte gaſtfreundliche Liebenswürdigkeit hindurch. Beſonders auffällig wird man deſſen gewahr werden, wenn einmal das Geſpräch, ohne

politisch zu werden, zufällig Vertreter von Behörden und öffentliche Interessen berührt. Genau in der Art, wie ein Pole von dem preußischen Oberpräsidenten oder Landrat spricht, kann man einen Franzosen, den man in Frankreich besucht, von dem deutschen Botschafter in Paris oder einem deutschen Konsul sprechen hören. Es liegt durchaus nichts Unhöfliches darin. Im Gegenteil. Man legt jene charakteristische Form des Interesses an den Tag, mit dem ein gesellschaftlich gut erzogener und formgewandter Mensch Mitteilungen aus ihm ganz fremden und unbekannten Gebieten entgegenzunehmen pflegt. Aber aus der ganzen Art, zu sprechen, geht hervor, daß der Redende sich nur aus Höflichkeit auf ein Gebiet begibt, das ihn sonst gar nicht beschäftigt. Nicht um ein Haarbreit anders, wie von dem preußischen Oberpräsidenten, spricht man auch von dem russischen Generalgouverneur in Warschau, der auch für den preußischen Polen genau dasselbe bedeutet. Dagegen schlägt der ganze Gesprächston sofort in feurige Lebhaftigkeit um, wenn Personen und Verhältnisse berührt werden, die der polnischen Welt angehören. Und hier fühlt man wiederum deutlich, daß die Landesgrenzen in der Vorstellung der Sprechenden gar nicht bestehen. Das „Königreich“ (d. h. Russisch-Polen), das „Großherzogtum“ (d. h. die Provinz Posen) und Galizien fließen vollständig zusammen, und alles, was darin vorgeht, ist „nasza sprawa“ — „unsere Angelegenheit“. Man tut unrecht, das in allen Fällen auf demonstrative Absicht zurückzuführen. Es sind dies vielmehr sehr oft nur spontane Äußerungen eines tiefbegründeten Absonderungs-Bedürfnisses in der eigenen Volksart, das dem Deutschen völlig fremd und nahezu unverständlich ist. Mit solchen Charaktergegensätzen muß man eben sorgfältig rechnen.

Kapitel 8.

Die wirtschaftlichen und kulturellen Gegensätze.

Es ist nun eine sehr wichtige Frage, mit welchem Einsatz wirtschaftlicher und kultureller Kräfte man auf beiden Seiten zu rechnen hat. Wir müssen vor allem wissen, welche Kultur bei völlig gleichen Entwicklungsbedingungen die stärkere ist, und dann in zweiter Linie, — was für uns Deutsche wichtig ist —, unter welchen Bedingungen das Deutschtum seine starken Seiten gegen das Polentum am wirksamsten geltend machen kann.

In der Beurteilung der Beziehungen zwischen Deutschtum und Polentum macht sich häufig ein gewisser Pessimismus geltend, der sich auf den Lehrsatz gründet, daß das bedürfnislosere Volk in der Regel das anspruchsvollere zu verdrängen pflegt. Ein bedürfnisloses Volk mit seiner niedern Lebenshaltung ist härter und den Schwierigkeiten des Lebens mehr gewachsen; es vermehrt sich stärker, weil keine wirtschaftlichen Rücksichten dem natürlichen Triebe Schranken setzen und weil es in seiner Lebensweise der Natur näher steht. Schon die einfache brutale Wirkung der Zahl macht sich geltend. Dagegen bringt die höhere Kultur stets einen gewissen Grad von Verweichlichung mit sich; sie macht den Kampf um geeignete Existenzbedingungen verwickelter und darum schwieriger, sie beeinträchtigt die allgemeine Widerstandsfähigkeit. Das, so sagen die Anhänger dieser Theorie, ist auch der innere Grund, warum das Deutschtum bisher so geringe Erfolge gegenüber dem Polentum erzielt hat und langsam, aber sicher im Osten zurückweicht. Es ist offenbar nötig, dieser Meinung sehr genau in das Gesicht zu sehen.

Ganz ohne Einschränkung kann der Satz wohl nicht gelten. Sonst müßte ja in jedem Falle die höhere Kultur vor der niederen weichen, so daß ein allgemeiner Rückgang

stattfände. Die Weltgeschichte lehrt aber doch im Gegenteil den Sieg des Kulturfortschrittes. Ich meine, die Sache liegt wohl vielmehr so: Was die Völker lebensfähig macht, ist das Quantum Arbeit, das sie für ihre Existenz und Entwicklung einsetzen. Der Grad der Kultur spielt dabei überhaupt keine oder doch nur eine mittelbare Rolle. Allerdings bringt ein gewisser Entwicklungsgrad der Kultur die Gefahr nahe, daß die Völker ihre Kräfte, oder doch einen Teil ihrer Kräfte ruhen lassen. Dann entspricht der erreichten Stufe nicht mehr die volle Arbeitsenergie, die erforderlich ist, um die weitere Entwicklungsfähigkeit zu erhalten.

Die Kulturtätigkeit entsteht aus dem inneren Drang, vorwärts zu kommen, die eigenen Kräfte zu entwickeln und die Verhältnisse zu beherrschen. Dieser Drang erzeugt Bedürfnisse, und die Befriedigung dieser Bedürfnisse feuert zu größeren Leistungen an. Durch die Erreichung einer weiteren Kulturstufe wird bei einem gesunden Volke, das seine Kraft noch nicht erschöpft hat, die Arbeitsenergie nur um so vielseitiger und lebhafter entwickelt. Schließlich freilich nähert sich jedes Volk einmal einer Grenze, wo es nicht mehr imstande ist, das Erreichte durch eigene Arbeit weiter zu fördern, wo es von dem Arbeitskapital der Vergangenheit oder neu auftauchender fremder Kräfte zehrt. Diese Kulturgrenze bezeichnet den Wendepunkt, wo der Verfall beginnt. Wo aber die Grenze zu suchen ist, das hängt von der Individualität des Volkes ab. Es gibt begabte und minder begabte Völker. So lange ein Volk unterhalb der ihm erreichbaren höchsten Kulturgrenze steht, hat es die Gewähr des Fortschrittes und des Aufsteigens nach Maßgabe seiner Arbeitsfähigkeit. So kann ein wenig kultiviertes Volk einem kulturgesättigten überlegen sein, wenn es die Kultur, die ihm geboten wird, durch die aufgewandte Energie eigener Arbeit in sein innerstes Wesen aufnimmt; dagegen wird es geschädigt, wenn ihm fremde Kultur nur äußerlich aufgepfropft

wird; es ſchwindet dahin, wenn eine ihm gebrachte höhere Kultur in den eigenen Fähigkeiten nichts Entſprechendes findet. Wenn alſo ein bedürfnisloſes Volk ein auf der Kulturhöhe ſtehendes wirklich verdrängt, ſo iſt das nur dann denkbar, wenn das kulturell überlegene Volk ſich nicht genügend regt, ſeine Arbeitsleiſtungen nicht den vorhandenen Kulturaufgaben anpaßt, womöglich gar einen Teil dieſer Arbeit den Fremden ſelbſt überläßt, um die entſprechende Arbeitsenergie im Genuß ruhen zu laſſen. Nur bei gleicher Arbeitsenergie kann das Kulturniveau in dem Wettſtreit zweier ſich berührender Völker entſcheidend ſein; dann aber iſt es ganz undenkbar, daß das niedere Kulturniveau das höhere verdrängen könnte. Es wird immer umgekehrt ſein: die höhere Kultur muß Sieger bleiben.

Geſchichtliche Beiſpiele bieten ſich zur Genüge. Keines der begabten und kräftigen Barbarenvölker, mit denen das alte Rom bei ſeiner Entwicklung zum Weltreich in Berührung kam, hat es vermocht, ſich zu behaupten oder gar Roms Entwicklung aufzuhalten. Auch Germanen, die doch ſpäter das römiſche Weltreich ſtürzten, haben es anfangs nicht vermocht. Als Rom aber den Punkt erreicht hatte, wo der äußere Umfang und die innere Entwicklung des Reiches das Erlöſchen der nationalen Energie des Römertums und ſeiner eigenartigen Kultur herbeiführten, da trat die ſtärkere Energie des Germanenvolkes alsbald in ihr Recht. Nicht die germaniſche Bedürfnisloſigkeit und Widerſtandsfähigkeit verdrängte ohne weiteres die römiſche Überfeinerung, ſondern die Fähigkeit des jugendfriſchen Germanentums, von ſeiner Unberührtheit aus allmählich aus dem römiſchen Vorbild Stoff und Anregung zu eigener Kulturarbeit zu finden. Und je nach den Umſtänden und dem verſchiedenen Grade der Energie der einzelnen Stämme behauptete ſich das Germanentum entweder trotzdem in ſeiner urſprünglichen Derbheit und Eigenwüchſigkeit, oder es machte

hier schneller, dort langsamer den Übergang zum sogenannten Romanentum durch. Besiegt haben also die Germanen Rom nicht durch ihre Bedürfnislosigkeit und Urwüchsigkeit allein, sondern sie setzten den Überschuß an Energie ihrer Rasse — ein Überschuß, der im Vergleich zu ihrer bescheidenen Kultur sehr bedeutend war — gegen den Fehlbetrag an Energie ein, der bei der römischen Weltmacht im Mißverhältnis zu ihrer verfeinerten Kultur allmählich immer deutlicher hervortrat.

Wir stehen nun der Tatsache gegenüber, daß die Polen anscheinend mit Erfolg die Deutschen zu verdrängen suchen, indem sie ihre ganze Energie einsetzen. Aber tut denn das deutsche Volk das Gleiche? Das Deutschtum ist noch gar nicht dazu gekommen, seine volle Kraft in diesem Kampfe einzusetzen. Jede nähere Betrachtung der Verhältnisse in den östlichen Provinzen muß uns das bestätigen. Im allgemeinen hat ja überhaupt die deutsche Energie einen mehr individualistischen Charakter; von Hause aus fehlt es ihr immer etwas an Zusammenhalt und nationaler Farbe. Man kann diese Bemerkung überall machen. Der deutsche Kaufmann und Kolonist kommt für seine Person in den meisten Fällen unter Fremden gut vorwärts und schlägt in der Regel fremde Konkurrenz aus dem Felde, wo sein persönlicher Ehrgeiz, seine Tatkraft und sein Unternehmungsgeist angeregt wird und er von vornherein weiß, daß er unabänderlich auf diese Eigenschaften angewiesen ist. Meist hat er ja auch sein Schicksal selbst gewählt, und die Unternehmungslust hat ihn mit voller Absicht unter Fremde getrieben. Unter den tüchtigen, charaktervollen Leuten dieser Art züchtet der errungene Erfolg und das erkämpfte Ansehen denn auch einen bewußten Nationalstolz, der zu Anfang vielleicht wenig entwickelt war, mit der Zeit aber doch sich verstärkt, weil in einer echt deutschen Persönlichkeit zugleich mit dem persönlichen Selbstgefühl in fremder Umgebung

auch das Heimatgefühl zu wachſen pflegt. Erſt auf dieſer Grundlage und in letzter Linie entſteht dann auch durch die Gemeinſamkeit der Geſinnung ein äußeres Zuſammenhalten der Deutſchen im Auslande. Das iſt der Gang der Dinge, wie man ihn faſt überall beobachten kann. Von Anfang an und aus innerem Inſtinkte halten die Deutſchen ſelten zuſammen, es müßte denn ſein, daß ſie bereits in eine fertige Organiſation hineintreten; ſonſt gehört immer ein gewiſſer Druck der Verhältniſſe, oder wenigſtens eine Erziehung durch die Verhältniſſe dazu, um die Deutſchen auf dem geſchilderten Wege zuſammenzuführen.

Wenn wir uns aber klar gemacht haben, unter welchen Bedingungen und auf welchem Wege die wirtſchaftliche Energie des Deutſchtums erſt zur wahrhaft nationalen Entfaltung gelangt, erſt wirklich dem Volkstum zugute kommt, dann werden wir uns durchaus nicht mehr wundern können, daß dem Polentum gegenüber ſo gut wie nichts davon zum Vorſchein kommt. Die Deutſchen in den Oſtmarken ſind ebenſo Pioniere des Deutſchtums, wie die Deutſchen im Auslande, *aber ſie fühlen ſich nicht als ſolche*. Der Schauplatz dieſes Nationalitätenkampfes liegt in unſerm eigenen Lande, und das iſt ein ſehr ſchwer ins Gewicht fallender Umſtand. Alles, was der Deutſche im Auslande ſich durch eigene Energie ſchaffen muß und auch wirklich ſchafft, will er im Inlande aus der Hand der Regierung entgegennehmen; ſo iſt er es nun einmal gewohnt und ſo will er es haben. Die Regierung aber iſt lange Zeit nur die kühl unparteiiſch waltende Macht geweſen, deren Sonne aufgeht über Gerechte und Ungerechte. Die meiſten der alten preußiſchen Bureaukraten hielten es früher für genügend, die Staatsautorität gegenüber den polniſchen Aſpirationen zu wahren; eine Förderung des Deutſchtums in irgendwelcher Art wäre ihnen nach ihrer Amtsauffaſſung ſogar als eine Art von Pflichtverletzung erſchienen. Bei aller

Anerkennung der gewissenhaften Fürsorge und soliden Tätigkeit dieses Beamtentums für das Land im allgemeinen kann man doch nicht verschweigen, daß früher die Regierung nur vorübergehend ernsthafte Anstrengungen gemacht hat, um der deutschen Bevölkerung des Ostens die Bedingungen schaffen zu helfen, die dem Deutschen notwendig sind, wenn er nationale Energie betätigen soll.

So haben sich die Deutschen in den Ostmarken immer in einer eigenen Zwitterstellung befunden. Sie haben es mit einer geschlossenen, fremdnationalen Macht zu tun, der sie in derselben Weise gegenüberstehen müßten, wie deutsche Kaufleute und Kolonisten in fremden Ländern. Notwendig wäre also diesen Deutschen, an die täglich fremdes Wesen mit starkem Selbstbewußtsein herantritt, die deutliche Empfindung, daß sie im Grunde in derselben Lage sind, wie ihre Landsleute unter Russen, Kleinasiaten, Yankees, Brasilianern und Chinesen. Aber zu diesem Bewußtsein kommen sie nicht, denn sie fühlen sich mit Recht im Heimatlande unter der Hand einer strammen, sorgenden Regierung und in Verhältnissen, die sich im gewohnten Geleise heimischer Ordnung halten. So entwickelt sich aus dem Zusammenleben mit den Fremden eine abgestumpfte Gewohnheit, richtiger gesagt ein Schlendrian, der eine gewisse nationale Empfindungslosigkeit im Gefolge hat. Ist aber einmal die nationale Energie lahmgelegt, so tritt eine der gefährlichsten Eigenschaften des deutschen Charakters in sehr bedenklicher Weise hervor, die Kompromißsucht und Nachahmungssucht, die er dem fremden Wesen gegenüber zeigt. Von dem ursprünglich vorhandenen, berechtigten deutschen Selbstbewußtsein bleibt schließlich nur ein kleiner Rest, und dieser nimmt nicht selten einen Charakter an, der ebenso schlimm wirkt, wie das Gegenteil. Es entwickelt sich zuweilen ein unfruchtbares und törichtes Herabsehen auf die Polen, dem kein eigener Wert und keine eigene Leistung entspricht und das

nur die Wirkung haben kann, die nationale Wachſamkeit und Tüchtigkeit einzuſchläfern. Sehr viele Deutſche finden aber auch die polniſche Art „intereſſant“ und nehmen bewußt oder unbewußt vieles davon an. Natürlich ſind es vor allem die Äußerlichkeiten und Fehler, die anſteckend wirken; alles was dieſe Fehler mildert, dieſen Äußerlichkeiten Sinn verleiht, bleibt dabei zurück. Die Leichtlebigkeit, die den Polen in Zuſammenhang mit ihrer ganzen Charakteranlage nicht ſchlecht ſteht, wird bei den ſie nachahmenden Deutſchen zur wirtſchaftlichen Indolenz, die in Widerſpruch zu den beſten Grundlagen ihres Weſens ſteht und ihnen einen großen Teil ihrer Widerſtandsfähigkeit gegen das Polentum raubt. Wenn ein ſo hartes Urteil auch nur über einen kleinen Teil der deutſchen Bevölkerung in den Oſtmarken gefällt werden kann, ſo hat doch bei der eigentümlichen Geſamtlage des Deutſchtums von dem polniſchen Weſen immerhin ſoviel abgefärbt, daß bei den unter Polen wohnenden Deutſchen im ganzen ein merkwürdiger Mangel an Unternehmungsgeiſt und Entwicklungstrieb, eine auffallende Verſtändnisloſigkeit für neue Bedürfniſſe und Neues bringende Tätigkeit zu beobachten iſt. Das gilt natürlich nur im großen und ganzen, für den Durchſchnitt, und um die ehrenvollen Ausnahmen nicht zu kränken, ſcheuen ſich die meiſten, es offen auszuſprechen; aber wenn man die wirtſchaftliche Art der Deutſchen des Landes bezeichnen will, kann es nicht verſchwiegen werden. Dieſe Erſcheinung zeigt ſich unglücklicherweiſe noch dazu in einer Zeit, wo das Polentum ſeinerſeits von alten wirtſchaftlichen Fehlern einigermaßen geſundet iſt und einen entſchiedenen Aufſchwung nimmt. Mitten in ihrem Schlendrian ſahen ſich die deutſchen Geſchäftsleute im Oſten durch den wirtſchaftlichen Erfolg der Polen und ihr ſtrammes nationales Boykottſyſtem unliebſam aus der Ruhe aufgeſcheucht; aber ſie hatten ſich zum Teil ſo in ihre alten Anſchauungen ein-

gesponnen, daß sie die Lage nicht erkannten. Sie suchten sich gegen die unbequeme Tatsache zu wehren, daß die alten Zustände nicht mehr aufrechtzuerhalten sind, sie klagten die Leute an, die eine klare Erkenntnis von den Zeichen der Zeit gewonnen hatten und sich auf den nationalen Kampf einrichteten, sie sahen in ihnen Friedensstörer und schenkten lieber polnischen Tendenzlügen Glauben, als daß sie sich entschließen konnten, der wirtschaftlichen und nationalen Absonderung der Polen mit einem Zusammenschluß aller Deutschen zu antworten. Solche Persönlichkeiten, die immer noch glauben, es ließe sich das Zusammenleben der Deutschen und Polen in den alten Geleisen, wie zur Väter Zeit, ohne Schaden für den Staat einfach fortsetzen, gibt es noch heute bis in die Kreise des konservativen Großgrundbesitzes hinein.

Die unglückliche Entwicklung, die das Deutschtum vielfach in den Ostmarken genommen hat und die sich als eine Art von Versumpfung bezeichnen läßt, hat eine Folge, die beinahe schlimmer ist, als der an Ort und Stelle dadurch angerichtete Schade. Sie wirkt nämlich direkt wie ein Abschreckungsmittel auf die im deutschen Mutterlande vorhandene Unternehmungslust. Der Tatendrang der Bevölkerung in den rein deutschen Teilen des Reichs richtet sich lieber auf andere Ziele, weil er im Osten überhaupt nicht ein fruchtbares Kolonisationsfeld für das Deutschtum, sondern nur einen kulturell zurückgebliebenen, von der Natur stiefmütterlich bedachten Teil des eigenen Vaterlandes sieht. In Wirklichkeit fehlt es den Ostmarken weder an landschaftlichen Reizen noch an wirtschaftlicher Ertragfähigkeit, aber man findet noch Zustände, die den Stempel einer gewissen Zurückgebliebenheit, gewisser Zugeständnisse an undeutsche Auffassungsart tragen. Man hat das Gefühl, als ob Geist und Gemüt sich überall, in Erwerbsleben, Geselligkeit, Naturgenuß und geistigen Bedürfnissen, Entbehrungen

auferlegen müſſen, und zwar — wohl verſtanden — nicht, weil etwa ein Mangel an den Mitteln zur Erhebung von Geiſt und Gemüt ſolche Entbehrungen notwendig macht, ſondern weil das Bedürfnis der deutſchen Bevölkerung in dieſer Richtung durch die lange Berührung mit polniſchem Weſen teilweiſe verkümmert iſt und nun einen Teil der urſprünglichen Schwungkraft eingebüßt hat. Eine gewiſſe Einſeitigkeit, Nüchternheit und Indolenz, die aus dem Lande nicht herauszuholen verſteht, was deutſcher Geiſt ſonſt aus dem Fleckchen Erde zu machen pflegt, das er Heimat nennt.

Die verhängnisvolle Folge dieſer Verhältniſſe war zunächſt, daß ſich nur diejenigen Deutſchen in den Oſtmarken wohl fühlen konnten, die dort geboren und groß geworden waren und nie etwas anderes ſo recht kennen gelernt hatten. Das brachte eine gewiſſe geiſtige Iſolierung des Landes mit ſich, die noch heute nicht ganz überwunden iſt. Es beſteht nicht die rechte Beziehung und Verbindung zwiſchen den gefährdeten Grenzprovinzen und dem Innern des Reiches. Woher ſoll den Mittel-, Weſt- und Süddeutſchen das lebendige Bewußtſein kommen, daß dort im Oſten um den Beſtand des Deutſchtums, um die Ehre des geſamten deutſchen Namens gekämpft wird? Sie haben nur dunkle Vorſtellungen von den Verhältniſſen und meinen ganz harmlos, die unmittelbare Berührung mit ſolchen Polaken müſſe unangenehm ſein, aber die Leutchen da im Oſten würden ſich ſchon durchſchlagen. Sie danken Gott, daß ſie nicht im Oſten leben; wer aber bringt ihnen den rechten Begriff bei von der großen Gefahr, in der unſere öſtlichen Grenzgebiete ſchweben und von der Beeinträchtigung der Intereſſen unſeres geſamten deutſchen Vaterlandes, die damit verbunden iſt? Das iſt der ſchlimme Fluch der Iſolierung unſerer Oſtprovinzen. Deshalb liegt die nationale Energie des deutſchen Volkes in dieſer Frage zum Teil noch brach; der Kampf wird von einem kleinen Bruchteil

ohne Reſerven und Hilfstruppen geführt. Daß aber das Deutſchtum trotz des vollen Einſatzes ſeiner Kraft dem Polentum erliegen könnte, vermögen wir nicht zu glauben. Wir haben wenigſtens ein Recht, wenn nicht ſogar die Pflicht, es nicht zu glauben, ſolange nicht die Probe gemacht iſt, und untrügliche Beweiſe vorliegen.

Gelegentlich hört man auch von einem geheimnisvollen „Zug nach dem Weſten“ ſprechen, der die Völker treibt und der angeblich ſtets in der Geſchichte bemerkbar geweſen ſein ſoll. Man will damit eine gewiſſe Reſignation begründen, die uns über die vorausſichtliche Erfolgloſigkeit neuerer Verſuche, einen „Zug nach dem Oſten“ zu organiſieren, tröſten ſoll.

Unſere bisherigen geſchichtlichen Kenntniſſe bieten keine Unterlage für die Annahme eines ſolchen myſtiſchen Zuges nach dem Weſten. Es geht mit phyſikaliſchen Erſcheinungen genau ebenſo. Auch vom Wind wiſſen wir nicht genau, „von wannen er kommt und wohin er fährt.“ Aber das wiſſen wir, daß, wenn Oſtwind weht, im Weſten dünnere Luftſchichten vorhanden ſind, als im Oſten und dies die Urſache iſt, warum die ausgleichende Luftſtrömung in der bezeichneten Richtung — von Oſten nach Weſten — ſtattfindet. Wenn in den uns bekannten Perioden der Geſchichte die meiſten Völkerwanderungen ſich von Oſten nach Weſten bewegt haben, ſo liegt dem nicht der fauſtiſche Drang zugrunde, der ſinkenden Sonne „nach und immer nach zu ſtreben“, ſondern der einfache Umſtand, daß viele Jahrhunderte, oder ſogar Jahrtauſende hindurch ein großes Produktionszentrum menſchlicher Bevölkerung, eine officina gentium, wie die Alten Aſien nannten, im Oſten vorhanden war. Eine ſolche officina gentium, eine Völkerwerkſtätte, waren die Randgebiete des innerafiatiſchen Hochlandes. Als das Innere dieſes Hochlandes zur Wüſte geworden, das Klima Nordaſiens zugleich immer unwirtlicher geworden

war, begann der Überſchuß der kräftigen, urwüchſigen und intelligenten, aber in der Kultur zurückgebliebenen Bevölkerung nomadiſcher und halbnomadiſcher Lebensweiſe vom Nordrande Innerafiens auszuwandern und nach kulturfähigeren und günſtigeren Gebieten hinzuſtreben. Daß die Richtung dieſer Wanderungen nur nach Weſten und Südweſten gehen konnte, war ſelbſtverſtändlich, und ebenſo ſelbſtverſtändlich war es, daß ſich dieſe Bewegungen von Zeit zu Zeit wiederholten und von den Wandernden immer wieder ein gewiſſer Druck auf ihre weſtlichen Nachbarn ausgeübt wurde, dem dieſe ſich gelegentlich durch Weiterwanderung und Aufſuchung günſtigerer und geſicherterer Gegenden zu entziehen ſuchten. Es bedarf alſo zur Erklärung dieſer Wanderungen durchaus keiner abſonderlichen und geheimnisvollen Annahmen. Wenn ein fruchtbares und reiches Land einerſeits und ein ärmliches und ungünſtig gelegenes andererſeits nebeneinander liegen, wenn das letztere dann noch außerdem übervölkert iſt, ſo wird eben die Bevölkerung des letzteren Landes teilweiſe in das erſtere abwandern. Liegt das erſtere Land zufällig im Weſten, ſo wird ſich dieſe Wanderung natürlich als ein Zug nach dem Weſten darſtellen.

Es kann dann aber auch eines Tages anders kommen. Allmählich muß die fortgeſetzte Zuwanderung die Verhältniſſe in einem Lande ſo verändern, daß ſeine Aufnahmefähigkeit ſchließlich ihre höchſte Grenze erreicht. Eine weitere Steigerung führt eine Verſchlechterung der Erwerbsverhältniſſe herbei und macht ſich der anſäſſigen Bevölkerung immer mehr als ein Druck fühlbar, gegen den eine Reaktion zum Bedürfnis wird. Die geſchichtliche Erfahrung lehrt, daß die Anzeichen einer beginnenden Übervölkerung ſich ſehr bald in einem Ausdehnungsbedürfnis geltend machen. Nun nimmt die Unternehmungsluſt einen ganz anderen Charakter an. Sie drängt ſich nicht mehr dahin, wo ſie ſchlechthin günſtigere Lebensbedingungen fertig vorfindet, ſondern dahin,

wo sich die beste Gelegenheit findet, etwas zu schaffen und aufzubauen. Darum wendet sich der Wandertrieb aus den höher kultivierten, aber an beginnender Übervölkerung leidenden Gegenden zurück nach den allmählich entvölkerten, früher verlassenen Gegenden mit dem lebhaften Drange, aus diesem kulturell vernachlässigten Gebiet nun aufs neue etwas zu machen. Ein solches Zurückfluten im großen Stil haben wir in der deutschen Geschichte schon einmal zu verzeichnen. In den Zeiten der sogenannten Völkerwanderung war die germanische Bevölkerung nach Westen bis hinter Böhmerwald, Saale und Elbe zurückgewichen. Dafür hatte sie im Westen den Atlantischen Ozean und die äußerste Südwestecke Europas erreicht. Die Ausdehnung des gallo-romanischen Elements in Frankreich hat dann das zwischen Rhein und Elbe zurückgebliebene Germanentum in eine rückläufige Bewegung von großer Stärke gebracht, die eine sehr erfolgreiche Germanisierung eines bedeutenden Gebietes im Osten des deutschen Kernlandes zur Folge hatte. Darauf antwortet das Slawentum in unserer Zeit wieder mit einem stärkeren Druck nach Westen. Das ist für uns außerordentlich gefahrvoll, aber wir verstärken diese Gefahr ganz ohne zwingenden Grund, wenn wir statt einsichtsvoller Abwehr uns fälschlich einreden lassen, der Zug nach dem Westen sei eine geheimnisvolle dauernde Eigentümlichkeit der germanischen Rasse. Wir müssen wenigstens wissen, daß das geschichtlich unhaltbar und vollkommen falsch ist. Mystischen Vorstellungen nachzuhängen ist immer noch Zeit, wenn der ernsthafte Versuch, einen Zug nach dem Osten hervorzurufen, einmal wirklich unternommen und fehlgeschlagen ist. Bisher ist noch nichts derart versucht worden.

Nun wird freilich behauptet, das Slawentum habe trotz alledem ein natürliches Übergewicht infolge seiner stärkeren natürlichen Vermehrung. Dadurch allein müssen die Polen, so sagt man, die Deutschen erdrücken

und verdrängen. Das klingt ſehr einleuchtend; es iſt aber ein ſehr ſonderbarer Umſtand dabei. Bis in die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts haben ſich die Polen unter preußiſcher Herrſchaft nicht weſentlich vermehrt; ſie waren ſogar zeitweiſe im Rückgang begriffen. Wir haben alſo die merkwürdige Erſcheinung, daß das polniſche Volk von einem gegebenen Zeitpunkte ab plötzlich fruchtbarer wird, und zwar ſo fruchtbar, daß ihr Verhältnis zu den Deutſchen mit einem Schlage verſchoben erſcheint.

Es iſt außerordentlich ſchwer, dieſen Erſcheinungen mit völliger Sicherheit auf den Grund zu gehen, weil nämlich eine zuverläſſige Statiſtik über die Verhältniſſe der Nationalitäten in den Oſtmarken in früherer Zeit leider fehlt. Man kann nur auf Umwegen zu gewiſſen Schlüſſen gelangen, die über die Bevölkerungsſtatiſtik Auskunft geben. Bis zur Einrichtung der Standesämter im Jahre 1875 waren es die Kirchenbücher, aus denen das Material für eine Geburtenſtatiſtik zu entnehmen war. Daraus ergibt ſich von ſelbſt, daß die ältere Geburtenſtatiſtik zugleich eine ſehr bequeme Auskunft der konfeſſionellen Verhältniſſe gibt. Nun iſt die katholiſche Bevölkerung der Oſtmarken überwiegend polniſch, die proteſtantiſche überwiegend deutſch. Allerdings deckt ſich die Konfeſſion durchaus nicht mit der Nationalität; das Verhältnis iſt indeſſen ſo, daß in den Provinzen Poſen und Weſtpreußen, ſowie in Oberſchleſien die proteſtantiſchen Polen nur einen geringfügigen Prozentſatz der proteſtantiſchen Geſamtbevölkerung ausmachen. Nach den Berechnungen des Freiherrn v. Fircks gibt es in den genannten Landesteilen unter den Polen etwa 9 % Evangeliſche. Man kann annehmen, daß ſich die Lebensverhältniſſe dieſer verhältnismäßig wenigen evangeliſchen Polen nicht allzu ſehr von denen der Deutſchen unterſcheiden. Daher gibt die Geburtenſtatiſtik der Evangeliſchen zugleich ein annähernd richtiges Bild von der Geburtenſtatiſtik der deutſchen Bevölkerung.

Dadurch gewinnen wir nun auch einen Anhalt, um die Verhältnisse der katholischen Bevölkerung zu beurteilen. Unter den Katholiken befindet sich ein bedeutenderer Prozentsatz Deutscher. Wenn wir nun, wie wir mit Recht tun können, für die deutschen Katholiken ungefähr dieselben Verhältnisse annehmen, wie für die evangelischen Deutschen, so können wir aus der Statistik der katholischen Bevölkerung auch annähernd berechnen, wie sich die Geburtenstatistik insbesondere der polnischen Bevölkerung stellt. So weit diese allerdings schwierige und nicht ganz zuverlässige Berechnung nicht trügt, scheint sie gleichfalls zu bestätigen, daß die Polen im Vergleich zu den Deutschen einen Überschuß an Geburten aufzuweisen haben. Die Polen scheinen also wirklich das fruchtbarere der beiden Völker zu sein.

Um so wichtiger wird es sein, die Ursachen festzustellen, warum diese Fruchtbarkeit der Polen in früheren Zeiten nicht zur Geltung gekommen ist, sondern erst seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts allmählich bemerkbar wird. Es können dabei natürliche oder künstliche Einwirkungen oder beides im Spiele sein. Eine natürliche Gegenwirkung gegen die Fruchtbarkeit einer Bevölkerung ist die größere Sterblichkeit. Daher ist auch die statistische Untersuchung der Sterblichkeitsverhältnisse von Wichtigkeit. Für diese Untersuchungen gilt das gleiche, was wir über die Geburtenstatistik bemerkt haben. Es sind nur annähernde Feststellungen auf dem Wege der Schlußfolgerungen möglich. Aber wir können daraus wenigstens so viel entnehmen, daß in der polnischen Bevölkerung eine allmähliche Abnahme der Sterblichkeitsziffer eingetreten ist. Daraus erklärt sich dann sehr einfach, warum die polnische Bevölkerung allmählich in stärkerer Progression zunimmt. Die Abnahme der Sterblichkeitsziffer, gerade das entscheidende Moment für die allgemeine Bevölkerungsziffer, erklärt sich übrigens gerade nicht aus der Bedürfnislosigkeit und Anspruchslosig-

keit des Volkes, ſondern ganz im Gegenteil aus der immer mehr hervortretenden Erhöhung des Niveaus der allgemeinen Lebenshaltung. Es iſt die einzig mögliche Erklärung für die erhöhte Lebenskraft des polniſchen Volkes.

Aber ganz erklärt iſt damit noch nicht das verhältnismäßig plötzliche Hinaufſchnellen der polniſchen Bevölkerung ſeit den fünfziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts. Es müſſen noch beſondere Urſachen hinzukommen, die auf die Zunahme des Polentums von einem beſtimmten Zeitpunkte an günſtig gewirkt haben. Zunächſt könnte man dabei an einen Zuzug denken, den das Polentum aus dem Auslande erhalten hat. Ein ſolcher Zuzug hat allerdings ſtattgefunden, aber nicht entfernt in dem Maße, um dadurch die ſtarke Zunahme der polniſchen Bevölkerung zu erklären. Dann bleiben aber nur zwei Möglichkeiten übrig, um dieſe Erklärung zu geben. Erſtens kann das Polentum im Inlande ſelbſt Zuwachs erhalten durch Poloniſierung deutſcher Elemente, und zweitens kann die Wirkung weniger durch das abſolut ſtärkere Wachſen der polniſchen Bevölkerung, als vielmehr dadurch hervorgerufen ſein, daß die deutſche Bevölkerung, die ſich ohnehin ſchwächer vermehrt, noch weiterhin infolge Abwanderung ſich vermindert. So iſt es leider in der Tat. Das beweiſt auch der Zeitpunkt, wo dieſe Erſcheinungen beſonders bemerkbar werden. Seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts hat ſich das Verfaſſungsleben in Preußen entwickelt; ſeitdem iſt auch das Nationalgefühl bewußter und geſchulter geworden. Hier war der unpolitiſche, ruheliebende Charakter der Deutſchen von vornherein im Nachteil. Ein großer Teil der deutſchen Bevölkerung entzog ſich den Unbequemlichkeiten des Nationalitätenkampfes entweder durch Übertritt zum Polentum oder durch Auswanderung. Das Polentum dagegen gewann durch das Verfaſſungsleben neue Handhaben für energiſche nationale Propaganda. Späterhin hat das Freizügigkeitsgeſetz die

Abwanderung der deutschen Bevölkerung gefördert. Vom platten Lande hatte schon vorher die Auswanderung nach Amerika einen großen Umfang angenommen; jetzt ging der Strom der Wanderer in die großen Städte des Deutschen Reiches oder in die Industriebezirke des Westens. Während aber die Polen, nachdem sie dort wohlhabend geworden, immer wieder in ihre Heimat zurückkehren, jedenfalls niemals die Verbindung mit ihrer Heimat ganz aufgeben, bleiben die Deutschen im Westen und geben jede Beziehung zu der Ostmark auf. Das Sinken der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse verschlechterte überdies die Lage der ländlichen Arbeiter und schuf auf dem Lande Verhältnisse, die der Pole allenfalls erträgt, denen sich aber der Deutsche zu entziehen sucht. Die Verschärfung dieser ländlichen Krisis brachte das Deutschtum immer mehr und immer schneller in die Minderzahl. Die mit guten Ersparnissen aus dem Westen zurückkehrenden polnischen Arbeiter fanden mit Hilfe der Rentengutgesetzgebung und der polnischen Landgesellschaften, sowie dank der noch später näher zu beleuchtenden unerhörten Kurzsichtigkeit und bureaukratischen Torheit der Bromberger Generalkommission die vortreffliche Gelegenheit, selbst kleine Grundbesitzer zu werden, während die deutschen Grundbesitzer in dem Kampf um ihre Existenz allein gelassen wurden.

Dazu kommt nun noch der Zuwachs, den das Polentum durch deutsche Renegaten erhält. Es ist bereits erwähnt worden, daß ein Teil der deutschen Bevölkerung in einseitiger und eigennütziger Wahrnehmung der Augenblicksinteressen die Bedeutung des Nationalitätenkampfes nie begriffen hat und in seiner Isolierung vom deutschen Mutterlande auch nicht recht begreifen konnte. Dieser nationale Stumpfsinn war zufrieden, wenn er sich das Leben in seinem engsten Kreise erträglich gestalten konnte, ohne gegen die zehn Gebote und das Strafgesetz zu verstoßen. Das

Zuſammenleben mit den Polen brachte es mit ſich, daß die deutſchen Kinder ſchon in ihren erſten Lebensjahren den praktiſchen Gebrauch der polniſchen Sprache lernten, ebenſo wie auch die polniſchen Kinder beim Spiel Deutſch lernten. Aber die bei den Kinderſpielen herrſchende Parität der Sprachen blieb nicht aufrecht erhalten, wenn die Kinder groß wurden. Da wurde den Polen von ihren Angehörigen und vor allem vom Herrn Propſt und unter Umſtänden auch vom Lehrer der Nacken geſteift; ſie ſollten ihre Mutterſprache hochhalten, ſie ſollten polniſch ſprechen, und ſie ſprachen auch polniſch. Noch mehr aber, ſie lernten allmählich die Kenntnis der deutſchen Sprache verleugnen und verlangten von den Deutſchen, die unter ihnen lebten, ſie ſollten auch mit ihnen polniſch ſprechen. Die Deutſchen hatten niemand, der ihnen in derſelben Weiſe klar gemacht hätte, welche Pflichten ſie gegen ihre eigene Mutterſprache zu beobachten hatten; Bequemlichkeit und Eitelkeit wirkten zuſammen, um ſie die polniſche Sprache bevorzugen zu laſſen. Bequemlichkeit, weil ſie ſo im Verkehr mit den hartnäckig jede Kenntnis des Deutſchen verleugnenden Polen allen Weitläufigkeiten aus dem Wege gingen; Eitelkeit, weil ſie mit ihrer Geläufigkeit in einer fremden Sprache gelegentlich glänzen zu können glaubten. So tat man den Polen gern den Gefallen, mehr polniſch zu ſprechen, als deutſch. Was man aber erſt aus Gedankenloſigkeit zur Gewohnheit werden ließ, wurde, namentlich für die Feigen und Charakterloſen, zum Grundſatz, ſobald dieſes Halbpolentum in eine neue Generation übergegangen, das reine Polentum aber immer fanatiſcher und ſelbſtbewußter geworden war und angefangen hatte, die Deutſchen zu drangſalieren und zu boykottieren. So iſt in neuerer Zeit eine ganze Anzahl ſolcher national verſumpften Deutſchen, zunächſt unter dem Druck der Geſchäftsintereſſen, dazu gebracht worden, ſich den Polen anzuſchließen. Ce n'est que le

premier pas qui coûte, sagt ein französisches Sprichwort. Der Renegat sieht bald mit dem Haß des schlechten Gewissens nach denjenigen seiner ehemaligen Landsleute hinüber, die ihm auf seinem Wege nicht gefolgt sind. Er beschönigt sein Tun mit seiner Geschäfts- und Lebensklugheit und redet sich zuletzt ein, daß die Deutschen, die nicht desgleichen tun wie er, eigentlich die Störer des friedlichen Zusammenlebens der Nationalitäten sind. So kommt es denn sehr bald, daß diese Renegaten oder ihre Kinder dem Polentum ein besonders fanatisches Element zuführen, in dem der Deutschenhaß zu gefährlicher Höhe getrieben wird.

Besonders haben auch die Mischehen dazu gedient, um dem Polentum frische Kräfte zuzuführen. Die polnische Frau versteht es fast immer durchzusetzen, daß ihre Kinder in ihrer mütterlichen Konfession und Nationalität erzogen werden, während die deutsche Frau sich im allgemeinen den Wünschen ihres Mannes zu fügen pflegt. Daraus folgt, daß Mischehen zwischen Polen und Deutschen so gut wie regelmäßig dem Polentum einen Zuwachs bringen. Da die Mischehen überdies der Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit der nationalen Agitatoren sind, so läßt sich denken, daß dem Polentum die Vorteile, die sich ihnen infolge der verschiedenen Volkscharaktere bieten, niemals entgehen.

Es wird hiernach verständlich sein, warum die Polen aus dem deutschen Lager lange Zeit hindurch noch einen Zuzug erhalten haben. Aber es ist neuerdings eine Besserung eingetreten, und das verdanken wir der so häufig als schweres Übel beklagten Verschärfung der nationalen Gegensätze. Auch die saumseligen und gleichgültigen Deutschen werden jetzt von den Polen abgestoßen. Noch sind freilich nicht überall die gleichen Entwicklungsbedingungen für Deutsche und Polen vorhanden, aber sie können geschaffen werden, und diese Gewißheit muß der traurigen Beobachtung, die wir an der Entwicklung des Deutschtums im Osten machen,

alles Entmutigende nehmen. Die Polen ſind wirtſchaftlich und kulturell vorwärts gekommen und augenblicklich im Oſten gefährliche Wettbewerber. Aber ſie ſind es nur dank dem Vorſpann, den ihnen die Deutſchen geleiſtet haben. Auf dem Gebiet von Wiſſenſchaft und Technik hat bisher noch kein Pole bahnbrechend gewirkt; deshalb haben wir nicht den geringſten Grund zu der Annahme, daß die polniſche Nation an ſich eine größere kulturelle Kraft beſitzt, als die deutſche.

Hier und da erheben ſich freilich auch wohl Zweifel, ob es wirklich nur der Zuſtand der deutſchen Bevölkerung in den Oſtmarken iſt, der den Rückgang des Deutſchtums zuwege bringt, oder ob nicht doch ſchon das deutſche Volk in ſeiner Geſamtheit von Erſcheinungen des Greiſenalters angekränkelt iſt. Dieſer ſehr ernſte Hinweis iſt nicht ganz von der Hand zu weiſen. Jene Erſcheinungen der Überkultur, die, wie wir früher auseinandergeſetzt haben, bei einem Volke die Erreichung der Kulturgrenze bezeichnen und den Verfall einleiten, die darauf ausgehen, Kulturmittel und Kräfte, die zur weiteren Ausnutzung beſtimmt ſind, im Genuß ruhen zu laſſen, und zwar nicht in jenem anregenden und fördernden Genuß, der zum vollen Ausleben dem Menſchen je nach ſeiner Eigenart notwendig iſt, ſondern im erſchlaffenden, lähmenden Genuß, — alle dieſe Erſcheinungen beginnen ſich allerdings bei uns in bedenklicher Weiſe zu zeigen. Die etwas plötzliche Steigerung aller Lebensanſprüche, die Bevorzugung der Geldmacht auf Koſten der geiſtigen Bedeutung und der Vornehmheit, das dadurch bewirkte ſtärkere Haſten nach materiellem Gewinn, die daraus entſtehende Eheſcheu beim männlichen Geſchlecht und dem entſprechend beim weiblichen Geſchlecht die Scheu vor Übernahme der Mutterpflichten und der wirtſchaftlichen Pflichten einer Hausfrau, — ſolche Symptome des beginnenden Verfalls beeinträchtigen allerdings die Fähigkeit, den Kampf mit dem

Polentum aufzunehmen. Deshalb wird der einſichtige Politiker ſich vor allem der Bevölkerungskreiſe erinnern müſſen, die von dieſen bedenklichen Erſcheinungen nicht angekränkelt ſind. Freilich können wir zum Kampf gegen das Polentum nur körperlich kräftige, arbeitsfreudige Elemente in erſte Reihe ſtellen, Leute, die ſorgen, aber nicht grübeln, die heute das Morgen bedenken, aber nicht heute ihre Pflicht nur halb tun aus Furcht vor morgen, die in einem reichen Kinderſegen einen Gottesſegen, einen Wechſel auf die Zukunft, nicht ein Zukunftsgeſpenſt ſehen. Gott ſei Dank haben wir ſolche Kräfte im Volk; wir müſſen ſie nur erhalten und ermutigen, nicht aber, wie es häufig geſchieht, ſie mit dem eigenen Peſſimismus anſtecken.

Kapitel 9.

Die kirchlichen Verhältniſſe.

In den bisherigen Erörterungen iſt ſchon mehrfach die Tätigkeit der polniſchen Geiſtlichkeit für ihre nationale Sache geſtreift worden. Es bleibt noch übrig, auf dieſen Punkt näher einzugehen, der für die Erörterung des Verhältniſſes zwiſchen Deutſchtum und Polentum zu den bedeutungsvollſten gehört.

Bekanntlich wird von polniſcher Seite mit großer Beharrlichkeit die Meinung im Volke verbreitet, daß polniſch gleichbedeutend mit katholiſch, deutſch gleichbedeutend mit proteſtantiſch ſei. Im polniſchen Volk, das ja überwiegend katholiſch iſt, — von den ſtaatstreuen, für die Polenfrage überhaupt nicht in Betracht kommenden Maſuren ſehen wir hierbei ab, — iſt jene Meinung bereits ſo feſtgewurzelt, daß auch die deutſche Bevölkerung teilweiſe davon beeinflußt worden iſt. Auch mancher deutſche Proteſtant aus der Provinz Poſen fügt ſich mitunter dem landesüblichen Sprachgebrauch und erklärt auf die Frage nach ſeinem Bekenntnis:

„Ich bin deutſcher Religion“. Umgekehrt hört man von Polen gelegentlich auch wohl Äußerungen, wie ſie ein Richter aus ſeiner Praxis erzählt, der mehrfach die Antwort erhielt: „Ich ſpreche katholiſch“.

Daß die Polen ein Intereſſe daran haben, dieſe Verwirrung der Begriffe, durch die die große Zahl deutſcher Katholiken in den Oſtmarken einfach als nicht vorhanden betrachtet wird, aufrecht zu erhalten, iſt wohl begreiflich. Für die deutſchen Katholiken aber iſt dieſe Verwechſlung ſo verletzend wie nur möglich. Denn es wird ihnen trotz treuer Anhänglichkeit an ihre Kirche damit der Vorwurf gemacht, daß ſie keine rechten Katholiken ſeien. Es iſt kein Wunder, wenn ungebildete, beſchränkte und ängſtliche Leute unter den deutſchen Katholiken im Oſten ſchließlich wirklich das Rechte zu tun glauben, indem ſie ihre Mutterſprache aufgeben und ſich als Polen betrachten. Die charakterfeſten und patriotiſchen deutſchen Katholiken aber werden von der polniſchen Anmaßung um ſo härter getroffen. Der Fanatismus ihrer polniſchen Glaubensbrüder verletzt ſie ja nicht nur in ihren vaterländiſchen Gefühlen, ſondern taſtet auch ihre Glaubenstreue an. Wie ſtark dieſer Fanatismus auch unter der polniſchen Bevölkerung iſt, davon kann man merkwürdige Beiſpiele erleben.

Die vornehmſte Pflicht der geſamten Katholiken Deutſchlands wäre es, gegen dieſe grundloſen Verdächtigungen und ruchloſen Beleidigungen ihrer Landsleute Front zu machen. Die katholiſche Preſſe Deutſchlands müßte darin eine Ehrenſache ſehen, da ſie ja ſtets betont, daß die katholiſche Kirche in dem Wettbewerb der Nationalitäten neutral bleiben und jeden in ſeiner Mutterſprache ſchützen müſſe. Wer anders als die deutſche katholiſche Preſſe wäre denn in erſter Linie berufen, dieſen Grundſatz vor allem den deutſchen Katholiken gegenüber zur Anwendung zu bringen, wenn ſie von den Polen in ihrem Recht, die Mutterſprache zu gebrauchen,

gekränkt werden? Aber die Zentrumspreſſe ſchweigt die Not der deutſchen Katholiken in den Oſtmarken ſyſtematiſch tot und ermuntert kalten Blutes die katholiſche Bevölkerung rein deutſcher Gegenden, ſich den Anſprüchen der Polen zu fügen und polniſche Nationalintereſſen eifrig zu vertreten. Bei jedem Streit zwiſchen polniſchen und deutſchen Katholiken ſteht die deutſche klerikale Preſſe auf der Seite der Polen. Man ſollte meinen, daß gerade dies gegen kirchliche Grundſätze verſtößt. Denn die Univerſalität der chriſtlichen Kirche iſt in der Tat ein allen Bekenntnisformen gemeinſamer Begriff, und die rein religiöſen Intereſſen können nur gewahrt werden, wenn die Kirche den weltlichen Intereſſen gegenüber Neutralität wahrt und jede ſittliche Überzeugung, alſo auch die Liebe zur angeborenen Nationalität achtet. Das politiſche Verhalten der Zentrumspartei gegenüber den deutſchen Katholiken in den Oſtmarken beweiſt, daß die Religion in dieſem Falle nur der Deckmantel für politiſche Beſtrebungen beſondrer Art iſt. Es handelt ſich um internationale Machtbeſtrebungen, die mit der katholiſchen Lehre an ſich nichts zu tun haben und die man als „Ultramontanismus" zu bezeichnen pflegt. Der Ultramontanismus ſucht nicht etwa den status quo der Nationalitäten zu wahren, vielmehr tritt er auf die Seite des Polentums und iſt eifrig beſtrebt, die Machtmittel der katholiſchen Kirche für die Poloniſierung unſerer Oſtmarken einzuſetzen.

Welche Gründe hat nun der Ultramontanismus, ſo und nicht anders zu handeln? Die Frage wird oft dahin beantwortet, daß der Ultramontanismus bei ſeinem Beſtreben, der römiſchen Kirche als Weltmacht eine herrſchende Stellung zwiſchen und über den Staatsgewalten zu erringen und zu ſichern, ein natürliches Intereſſe daran habe, ſich der nationalen Minderheiten anzunehmen. Das iſt nicht ganz richtig. Wenn man nämlich meint, der Ultramontanismus würde im umgekehrten Falle auch das Deutſchtum

gegen ein herrſchendes Polentum in Schutz nehmen, ſo irrt man ſich gründlich. In dem Deutſchtum an ſich ſieht der Ultramontanismus ſeinen geſchworenen Feind. Man weiß ganz genau, daß keine unſerer europäiſchen Völkerfamilien das Weſen von Religion und Kirche ſo tief und innerlich erfaßt, wie die germaniſche, und daß das deutſche Volk in dieſer Beziehung der bedeutendſte Vertreter des Germanentums iſt. Ihm gegenüber muß der Ultramontanismus ſeine wahren Ziele ſtets mehr oder weniger verhüllen. Wenngleich er dank der ungeheueren Macht und Disziplin der Kirche ſicher annehmen kann nicht allzuviel Abbruch zu erleiden, weil eben der Ernſt und die Treue der deutſchen Katholiken meiſt auch ſoviel Ehrfurcht vor der Kirche bedingen, daß die Kritik zurückgedrängt oder gar ausgeſchloſſen wird, ſo iſt es doch auf alle Fälle bequemer und ſicherer, mit einem Volke zu tun zu haben, deſſen Frömmigkeit mehr auf blindem, unterſchiedsloſem Gehorſam beruht, das alles annimmt, was ihm im Namen der Kirche geboten wird, und das weltlichen Gelüſten und unlauteren Beſtrebungen nicht mit ſo heiligem, tiefem Ernſt auf den Grund ſieht. Das Deutſchtum iſt dem Ultramontanismus ſtets unbequem, das Polentum dagegen unter allen Nationalitäten eine der bequemſten. Dazu kommt dann noch der Argwohn, daß der Sieg des Deutſchtums im Oſten vielleicht nur die Vorſtufe für den Sieg des Proteſtantismus ſein könnte, weil die deutſchen Nachbarprovinzen im Oſten überwiegend evangeliſch ſind.

Der Bund des Ultramontanismus mit dem Polentum iſt die größte aller Schwierigkeiten, die mit der Polenfrage verknüpft ſind. Und es iſt dabei leider wenig Ausſicht auf Verſtändigung. Denn bei der außerordentlichen Hartnäckigkeit, mit der die ultramontane Preſſe dem Polentum in jedem, aber auch in jedem Falle Vorſchub leiſtet und mit ihm durch Waſſer und Feuer geht, iſt es auch den

Vorkämpfern des Deutschtums selbst beim redlichsten Willen vollständig unmöglich gemacht, im Kampfe Polentum und katholische Kirche so entschieden zu trennen, wie es wünschenswert wäre. Die Zentrumsleute werden aber nie zugeben, daß diese unerfreuliche Erscheinung erst die Folge ihres eigenen Verhaltens ist und daß sie selbst es in der Hand haben, durch mindestens neutrale Haltung die Interessen ihrer Kirche, wo sie scheinbar verletzt werden, wieder zur Geltung zu bringen. Vielmehr stellen sie jene Folgeerscheinung als Ursache voran, kehren also den Sachverhalt vollständig um. Sie behaupten, daß man mit der Bekämpfung des Polentums nur die katholische Kirche treffen wolle und daß sie eben deshalb Bundesgenossen der Polen sein müßten. Die Folge davon ist in erster Linie, daß der Kampf der Nationalitäten auf religiöses Gebiet übertragen und dadurch verschärft und vergiftet wird. Weiter aber werden dem Polentum durch die Bundesgenossenschaft der Kirche wirksame Waffen zugeführt, über die die Nation allein niemals verfügen könnte. Der Agitation durch die Kirche ist es schwer etwas gleich Wirksames entgegenzusetzen.

Die Propaganda der Geistlichkeit mit Hilfe der kirchlichen Machtmittel wird überall auf das eifrigste betrieben, und diese Machtmittel sind bekanntlich reichhaltig genug. Vor allem wird der Beichtstuhl benutzt, um das polnische Nationalbewußtsein zu einer religiösen Gewissenspflicht zu stempeln und es zu praktischer, zweckmäßiger Betätigung anzuleiten. Der Beichtunterricht, der bis in die neueste Zeit öffentlich auch an Deutsche möglichst in polnischer Sprache erteilt wurde, dient zugleich als Lehrkursus für polnische Ansprüche und für den Widerstand gegen das Deutschtum, nicht minder auch für die Diskreditierung des Deutschtums im Auslande. In gleicher Weise wird die Frage, in welcher Sprache der Religionsunterricht in den

Volksschulen erteilt werden soll, für das Polentum ausgenutzt. Als lehrreiche Beispiele, wie weit die Agitation getrieben wird, hatten wir schon im Jahre 1901 den Wreschener Schulkrawall, neuerdings den Schulstreik in Posen und Westpreußen, der — obwohl ein Werk der polnischen Nationalliga, also des revolutionären, internationalen Polentums, — doch von den Organen der Kirche, obenan dem Erzbischof von Posen und Gnesen, moralisch unterstützt worden ist. Schon im Wreschener Prozeß vor fünf Jahren sprach sich das Gericht selbst in seinen Urteilsgründen über die Rolle, die der Vikar L. nach seinem eigenen eidlichen Zeugnis bei der Sache gespielt hatte, in folgender, für einen Geistlichen geradezu vernichtender Weise aus: „Der Herr Vikar ist nicht eingedenk gewesen des Wortes der Heiligen Schrift: Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat!, sondern er hat zu den Kindern gesagt: Ich gebe euch in dieser Sache keinen Rat! Damit hat er den Widerstand, den die Kinder ihren Lehrern leisteten oder leisten sollten, gewissermaßen sanktioniert, er hat die Kinder in ihrer Auflehnung gegen die Gesetze und die eingesetzte Schulbehörde befestigt. Und er stärkte mit dieser Auflehnung der Kinder, die er gutgeheißen hatte, zugleich auch den Widerstand der Eltern gegen die Einführung und die weitere Erteilung des deutschen Religionsunterrichts."

Das Wesentliche ist dabei nicht etwa die persönliche Gegnerschaft des Geistlichen gegen den deutschen Religionsunterricht. Wenn er hiergegen innerhalb der gesetzlichen Schranken in Betätigung einer religiösen oder politischen Überzeugung auftrat, so war das etwas ganz anderes. Hier handelte es sich aber um offenen, tatsächlichen Widerstand gegen ein zu Recht bestehendes Staatsgesetz; von einem Priester muß man genügende Bildung erwarten, um diesen Unterschied zu erkennen. Ein Wort der Ermahnung zum Gehorsam gegen das Gesetz an die Eltern hätte den Kindern

den Gewiſſenskonflikt erſpart; er hat dieſes Wort nicht geſprochen. Er konnte es auch wohl nicht, wenn, wie es wahrſcheinlich iſt, er ſelbſt den Konflikt verurſacht hatte. Das ganze Verhalten des Vikars war alſo eine über ſeine Prieſterpflicht hinausgehende und gegen ſie verſtoßende Parteinahme für die polniſche Sache gegen das preußiſche Staatsgeſetz. Eine ſolche Parteinahme wird ein katholiſcher Geiſtlicher niemals wagen auf Grund einer bloß perſönlichen Überzeugung oder ſeiner nationalen Zugehörigkeit; er kann dies nur tun in der abſoluten Gewißheit, daß das Intereſſe ſeiner Kirche hinter ihm ſteht. Und da dieſer beſonders bekannt gewordene, typiſche Fall keineswegs vereinzelt daſteht, ſo mag man daraus ermeſſen, wie ſtark ſich die katholiſche Kirche mit ihrer Macht über die Gemüter für das Polentum gegen den preußiſchen Staat ins Zeug legt.

Charakteriſtiſch war auch das Eingreifen des Erzbiſchofs von Poſen und Gneſen ſowohl in der Wreſchener Sache, als auch neuerdings im Schulſtreik. Schon den Wreſchener Prozeß benutzte Erzbiſchof v. Stablewski, um in auffallend zweideutiger Weiſe die Frage der deutſchen oder polniſchen Religionsbücher zu behandeln. Den jüngſten Schülerſtreik aber hat er direkt geſchürt, indem er in dem Augenblick, als der Verſuch der polniſchen Heißſporne, die Schulkinder zu Werkzeugen für die Aufhetzung der Eltern gegen den preußiſchen Staat zu machen, bereits halb geſcheitert ſchien, die Autorität des Oberhirten einſetzte, um ſich auch ſeinerſeits für ein angebliches Recht der Kirche gegen die Staatsautorität zu erklären. Wie es ſich mit dieſem Recht verhielt, werden wir noch an anderer Stelle ſehen. Hier gilt es nur feſtzuſtellen, daß die katholiſche Kirche ſich in dieſem Landesteil durch ihren berufenen Vertreter auf die Seite der Polen geſtellt hat, um dem Staat entgegenzutreten.

Eine weitere Handhabe zur Begünſtigung des Polentums gegen das Deutſchtum findet die klerikale Praxis in

den nationalgemiſchten Ehen. Wenigſtens gelingt es in den Fällen, wo beide Eheleute katholiſch ſind, dem geiſtlichen Einfluß faſt regelmäßig, dem polniſchen Teil die Oberhand zu verſchaffen. In den nationalgemiſchten Ehen iſt ja ohnehin die Neigung zum Polentum vorhanden, wie wir früher ſchon begründet haben. Wenn nun die zielbewußte Aufſicht des Geiſtlichen über das Familienleben in dem gleichen Sinn wirkt, ſo iſt der Triumph des Polentums ſo gut wie ſicher entſchieden.

Die hauptſächlich durch den Beichtſtuhl geübte Macht der Geiſtlichkeit über die Gewiſſen iſt noch dazu nur in ſeltenen Fällen faßbar. Hin und wieder aber gibt ſich die nationale Wühlarbeit des polniſchen Klerus, die in der Hauptſache ganz in der Stille betrieben wird, durch die Leidenſchaftlichkeit einzelner Vertreter doch eine Blöße. Mehrere ſolcher Fälle ſind beſonders bekannt geworden; ſie bilden freilich nur einen geringen Bruchteil der wirklichen Vorkommniſſe dieſer Art. Einzelne Geiſtliche begnügten ſich z. B. nicht, den deutſchen Kindern in der Schule das polniſche Gebet aufzuzwingen, ſondern ſie erklärten ſogar direkt das deutſche Gebet für Sünde, ſo daß unter den ungebildeten Polen auf geiſtliche Veranlaſſung hin vielfach der Glaube verbreitet wird, der liebe Gott verſtehe nur polniſch. Der Propſt Szadzinski, der vor einigen Jahren die Pfarre in Witaſchütz hatte, führte durch ſein Beſtreben, den deutſchen Kindern das polniſche Vaterunſer aufzuzwingen, einen öffentlichen Skandal herbei; Pfarrer Andersz in Slupia geriet mit dem Lehrer in Streit, weil dieſer nicht zu Poloniſierungsbeſtrebungen die Hand bieten wollte. In beiden Fällen erledigte die geiſtliche Oberbehörde die Sache dadurch, daß ſie die ſchuldigen Geiſtlichen in beſſer dotierte Stellen verſetzte, in denen das Polentum die Oberhand hatte. Sie beſtrafte ſie alſo nur zum Schein, indem ſie ihnen eine Maßregel zuteil werden ließ, die in Wirklichkeit eine Annehmlichkeit und eine Belohnung enthielt.

Die bewährte Praxis des katholiſchen Klerus im Oſten iſt einfach. Sind die Deutſchen in einer katholiſchen Gemeinde in der Mehrheit, ſo heißt es: dieſe Mehrheit darf nicht den Anlaß geben, die Minderheit in ihren religiöſen Bedürfniſſen zu vergewaltigen; ergo müſſen wir neben den deutſchen auch polniſche Gottesdienſte einrichten. Sind aber die Polen in der Mehrheit und wollen nun die Deutſchen nach demſelben Grundſatz deutſche Gottesdienſte haben, ſo heißt es: die Minderheit kann das nicht verlangen; die Deutſchen können ſo viel polniſch lernen, daß ſie dem polniſchen Gottesdienſte zu folgen vermögen, ſie ſollen nicht ſo viel Querelen machen. In vielen Fällen haben die Deutſchen auf ihr Geſuch überhaupt keine Antwort erhalten, und wenn dann die Sache in der Öffentlichkeit zur Sprache kam, ſo verſchanzten ſich die geiſtlichen Behörden gelegentlich hinter einer falſchen Statiſtik; es wurde dann einfach im Widerſpruch zu den Tatſachen behauptet, die Zahl der Deutſchen ſei gar zu gering, um eigenen Gottesdienſt zu rechtfertigen. Wenn ſich die deutſchen Katholiken öffentlich darüber beklagen, ſo erklärt die Zentrumspreſſe einfach alles für Lüge, und der Fall iſt erledigt.

Sehr bezeichnend iſt auch die Abneigung der geiſtlichen Behörden, den deutſchen katholiſchen Anſiedlern deutſche Geiſtliche aus ihrer Heimat zu geben. Das kirchliche Intereſſe würde doch in keiner Weiſe darunter leiden, wenn z. B. weſtfäliſche Anſiedler in der Provinz Poſen weſtfäliſchen Geiſtlichen unterſtellt würden. Gute Katholiken ſind doch dieſe Weſtfalen mindeſtens ebenſo. Aber die kirchliche Behörde in Poſen wußte wohl, warum ſie gegen dieſe Wünſche taub war und durchaus keine „Importgeiſtlichen“ haben wollte. Die Kirche, die ſonſt ſofort Lärm ſchlägt, wenn eine Gemeinde eine Zeitlang ohne Pfarrer bleibt, kümmerte ſich um die Not einer Anſiedlungsgemeinde der erwähnten Art — es war die Gemeinde Lawau in Poſen — nicht im

geringſten. Sie duldete, daß Lawau ohne Seelſorge blieb, nur weil ſie keinen weſtfäliſchen Pfarrer dort einſetzen wollte, und erſt als die Anſiedlungskommiſſion nachgab und einen Geiſtlichen aus der Poſener Diözeſe zuließ, weil ihr die Wahrung der religiöſen Rechte dieſer treuen Katholiken mehr am Herzen lag, als der berufenen katholiſchen Kirchenbehörde, kam die Sache in Ordnung. Daß die Zentrumsleute in dieſem Falle für die kirchliche Bedrängnis ihrer Glaubensgenoſſen kein Wort der Fürſprache übrig hatten, braucht kaum beſonders erwähnt zu werden.

Mit dieſer feindſeligen Haltung der katholiſchen Kirche gegen die deutſchen Katholiken im Oſten vergleiche man nun ihre zarte Fürſorge für die unter Deutſchen wohnenden Polen. Die polniſchen Geiſtlichen ſind überall bemüht, die Polen zu ſammeln und für die Erhaltung ihrer Nationalität zu wirken.

Wie es z. B. in Weſtfalen die geiſtlichen Sendboten gemacht haben, um das Polentum zu ſtärken, mag hier in folgendem erläutert werden. Ein in Allenſtein in Oſtpreußen erſcheinendes polniſches Blatt brachte im Januar 1898 einen Bericht aus Bochum, worin ein Pole das Wirken der dorthin geſandten polniſchen Geiſtlichen in folgender Weiſe ſchildert:

„Während des Verweilens des Pfarrers Szotowski in Bochum fand jede zweite Woche im Monat ein polniſcher Gottesdienſt in der Kirche der Redemptoriſten ſtatt, in den auch die Deutſchen gingen, und wir mußten immer auf dieſe warten. So kamen denn immer ſo viel Landsleute zuſammen, daß man ſie auf der Straße oder dem Kirchplatz kaum überſchauen konnte, und Pfarrer Szotowski ſtand da und ſah dem Treiben durchs Fenſter zu oder er ſprach draußen mit uns. Alltäglich ging er in den Dörfern umher, ſuchte polniſche Leute auf und fragte dieſe, wo ſie wohnten, ob ſie in gemiſchten Ehen lebten, und ob ſie zur Beichte gingen oder in der Kirche geweſen wären. Er

empfahl auch jedem eine Zeitung, und wer keine beſtellt hatte, dem verſchrieb er eine ſolche. Ich ſelbſt kannte die Zeitung noch nicht, denn ſie ſollte erſt zu erſcheinen beginnen. So ging ich denn zu ihm, und er ſagte mir, daß in meiner Heimat eine Zeitung herausgegeben werden würde, ich ſollte ſie mir verſchreiben. Da ich nicht wußte, wie ich dies anfangen ſoll, ſchrieb er mir einen Zettel und ſagte mir, ich ſolle ihn auf die Poſt tragen. So habe ich es denn auch getan. Nach ihm kam Pfarrer Liß, der ebenſo gut wie jener war und uns auch aufrichtig liebte und uns zugetan war. Er ging in die Vereine, lud zur Teilnahme am Vereinsleben ein und erkundigte ſich, wieviel und was für Zeitungen die Leute leſen."

Die geſchickte Art, wie die nationale Agitation mit der berechtigten Seelſorgetätigkeit verbunden wird, dürfte daraus zur Genüge erſichtlich ſein. Einem Unbefangenen wird es freilich unfaßlich erſcheinen, wie eine ſolche nationale Propaganda von der klerikalen Preſſe auch dann gutgeheißen und verteidigt werden kann, wenn ſie die Bahn der Vorſicht und Behutſamkeit verläßt und den offenen Kampf gegen das Deutſchtum in Geſtalt von Übergriffen und gehäſſigen Anfeindungen aufnimmt. Die Sache iſt aber in Wirklichkeit einfacher und leichter, als harmloſe Gemüter ſich vorſtellen. Die Tatſachen werden einfach abgeleugnet oder als Ausnahmen hingeſtellt. Als unlängſt der polniſchen Preſſe alle die Fälle vorgehalten wurden, in denen polniſche Geiſtliche den Gebrauch der deutſchen Sprache durch Katholiken — NB. nicht etwa nur durch Polen! — als ſündhaft bezeichnet hatten, da erwiderte ein polniſches Blatt gereizt: „Das ſind alles Ausnahmefälle, und wenn man uns hundert ſolcher Fälle nachweiſt, ſo ſind es eben hundert Ausnahmen." (!) Es hieße einer ſolchen Beweisführung zu viel Ehre antun, wenn man ſie ernſt nehmen und an ihr Kritik üben wollte; es genügt, auf ſie hinzuweiſen.

Unter ſolchen Umſtänden wird es den Ultramontanen leicht, alle die kirchlichen Differenzen zwiſchen Deutſchen und Polen, die ſich trotz alledem nicht völlig totſchweigen laſſen, dadurch zu erklären, daß ſie den Sachverhalt kurzweg umkehren und die Polen als die in der Notwehr Befindlichen gegenüber der Propaganda und Verfolgungsſucht der Deutſchen hinſtellen. In der Geſchicklichkeit, den Spieß umzudrehen, hat die polniſche Preſſe ſehr bald eine unerreichbare Meiſterſchaft erlangt.

Der Zweck dieſer von polniſcher Seite verbreiteten falſchen Schilderungen iſt in erſter Linie die Verſchleierung des beſtehenden innigen Bundesverhältniſſes zwiſchen der katholiſchen Kirche und dem Polentum, in zweiter Linie die Anſpornung der polniſchen Bevölkerung, den Zuſammenhang zwiſchen ihrem kirchlichen Eifer und ihrer nationalen Sache nicht locker werden zu laſſen. Daneben aber beſchleicht die Polen mitunter auch die Furcht, die katholiſche Kirche könnte es doch vielleicht eines Tages für richtig halten, zur Neutralität überzugehen oder gar für deutſche Intereſſen einzutreten, und ſie erkennen ſehr wohl, daß dann allerdings die Gefahr der Germaniſierung ihnen in der drohendſten Weiſe näher rücken würde. Darum hält es die polniſche Preſſe für gut, hin und wieder ihren Landsleuten dieſe in Wirklichkeit ſehr unwahrſcheinliche, aber immerhin nicht außer dem Bereich jeder Möglichkeit liegende Gefahr als etwas Wirkliches zu ſchildern, um die Wachſamkeit zu erhöhen. Es iſt lehrreich, ſich auch einmal eine Auseinanderſetzung ſolcher Art anzuſehen. So ſchrieb einmal der „Goniec Wielkopolski“ (in der Nummer vom 13. Januar 1898):

„Von allen Mittel zur Verdeutſchung der Polen iſt die Germaniſierung durch den Katholizismus das gefährlichſte. Man braucht nicht weit zu gehen, um ſich zu überzeugen, daß der Prieſter und der ſogenannte deutſch-katholiſche

Lehrer für das Polentum beſonders gefährlich ſind. Wir gehen immer den offenen und geraden Weg, wir täuſchen weder die Regierung noch uns, müſſen aber mit Schaudern zugeben, daß die Lage im preußiſchen Anteil wirklich gefährlich würde, wenn die Regierung alle Beamtenſtellen mit Katholiken, die aber Preußen aus Überzeugung ſind, beſetzen wollte. Viele derſelben beteiligen ſich bereits an polniſchen Feſtmahlen. Die Religion bildet kein Merkmal der Nationen, und vor der Reformation, als ganz Deutſchland katholiſch war, war ein Heinrich, Barbaroſſa, Maximilian, die Ordensritter gefährlicher als die Proteſtanten; denn was dieſe Katholiken einmal genommen hatten, das war für die Polen ewig verloren."

Bei dieſer Auseinanderſetzung iſt es gegenüber den Behauptungen des deutſchen Zentrums zunächſt ſchon nicht unintereſſant, daß hier ein deutliches Zeugnis abgelegt wird, wie ſehr den Polen das nationale Intereſſe in erſter Reihe ſteht, das konfeſſionelle Intereſſe aber überhaupt nur ſo weit in Betracht kommt, als es der nationalen Sache dient. Der wirklich deutſch fühlende Katholik, der „Preuße aus Überzeugung iſt", iſt in den Augen des Polen noch ſchlimmer als der Proteſtant. Hier iſt es alſo eine polniſche Stimme ſelbſt, die den Vorwand unſrer Zentrumspolitiker, daß ſie ſich der Polen nur um der katholiſchen Idee willen annehmen, in ſeiner ganzen Nichtigkeit zeigt. Es geht aber auch weiter daraus hervor, daß die Polen ſelbſt es keineswegs für ſelbſtverſtändlich und notwendig halten, daß der Katholizismus die polniſche Sache vertritt. Es iſt eben eine Spiegelfechterei des politiſchen Katholizismus, des Ultramontanismus, daß die Katholiken aus reinem religiös-kirchlichen Intereſſe genötigt ſein ſollen, ſich der Polen anzunehmen. Die Unterſtützung der polniſchen Sache durch die römiſche Kirche hat mit den Vorſchriften und Intereſſen der Religion und des Glaubens ſchlechterdings nichts zu tun;

ſie iſt das Produkt einer rein politiſchen Erwägung, die den weltlichen Machtzwecken des Ultramontanismus dient und den Lebensintereſſen des deutſchen Vaterlandes direkt entgegengeſetzt iſt. Der Ultramontanismus iſt es, der nicht nur den nationalen Fanatismus des polniſchen Klerus frei ſchalten läßt, ſondern auch den deutſchen niederen Klerus in den Dienſt dieſer Beſtrebungen zwingt. Auf eine intereſſante Parallele mag hier hingewieſen ſein. In den „Preußiſchen Jahrbüchern“ und neuerdings in ſeiner auf Seite 112 erwähnten Schrift hat Profeſſor Zimmer nachgewieſen, daß das Verſchwinden der iriſchen Sprache in Irland zum großen Teil auf die Wirkſamkeit des katholiſchen Klerus zurückzuführen iſt. Hier war von der „Mutterſprache“ gar nicht die Rede, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Kirche glaubte, die Angliſierung Irlands könnte die Zwecke der Katholiſierung Englands fördern.

Die Macht des Ultramontanismus iſt ſo groß, daß auch der entgegengeſetzte Wille einzelner kirchlichen Oberhirten nichts dagegen ausrichten kann. Der verſtorbene Biſchof von Culm, Dr. Redner, ein vortrefflicher deutſcher Mann, dem Kirche und Glaube wirklich am Herzen, jede Erniedrigung dieſer höchſten Zwecke durch weltliche Gelüſte aber fern lag, befand ſich im ſteten Kampf mit dem unbotmäßigen polniſchen Klerus, der ihm — nach den eigenen Worten des Biſchofs — nach Kräften das Leben ſauer machte. Für die unverſchämten Angriffe der von polniſchen Geiſtlichen geleiteten oder inſpirierten polniſchen Hetzpreſſe gegen den ehrwürdigen Biſchof hatte die deutſche Zentrumspreſſe nie ein Wort des Tadels, ſowie ſie auch den verſtorbenen Erzbiſchof Simar von Köln im Stich gelaſſen hat, als dieſer, wie früher ſchon erwähnt, von dem polniſchen Pfarrer Liß eine vom Standpunkt der kirchlichen Disziplin geradezu unerhörte Behandlung erfuhr. Nach dem Tode des Biſchofs Redner ſchwang ſich die Zentrumspreſſe nur zu der kühlen Be-

merkung auf, der Nachfolger werde es hoffentlich verſtehen, mit allen Diözeſanen in ein gutes Einvernehmen zu kommen. Es wurde alſo die Schuld an den Angriffen der polniſchen Hetzer auf den Biſchof gewälzt und dem Nachfolger zugemutet, daß er ſich den polniſchen Anſprüchen nachgiebiger zeige. Bei der Wahl des Nachfolgers war wiederum die Zentrumspreſſe eifrig tätig, um den Wünſchen der Polen Geltung zu verſchaffen. Sie verſchanzte ſich dabei natürlich hinter allgemeine kirchliche Geſichtspunkte und gebärdete ſich, als ob es ſich nur darum handele, die Freiheit des Domkapitels zu ſchützen. Die „Kölniſche Volkszeitung“ tadelte heftig die Vorſicht der Regierung, weil ſie eine ſorgfältige Prüfung der vom Domkapitel präſentierten Liſte vornahm und die Namen verſchiedener Kandidaten ſtrich. Jetzt wurde von ultramontaner Seite kühn behauptet, die Frage der Biſchofswahl habe mit der Polenfrage gar nichts zu tun, und es wurde der Regierung vorgerechnet, daß ſie es immer und überall ſo mache, auch wo keine Polenfrage vorliege. Das war nun freilich kein Beweis, daß die Vorſicht der preußiſchen Regierung bei der Entſcheidung der Perſonenfrage für die Diözeſe Culm ungerechtfertigt ſei. Die Regierung bewahrte wenigſtens in dieſer Frage ihre Feſtigkeit, und es gelang, auf den Biſchofsſtuhl der Culmer Diözeſe zu Pelplin wiederum einen Deutſchen, den Dr. Roſentreter, zu bringen. In Weſtpreußen wird dadurch allerdings ein gewiſſes Gegengewicht gegen die ärgſten Übergriffe des polniſchen Klerus geſchaffen. Hin und wieder erfolgt hier auch ein entſchiedener Eingriff der biſchöflichen Autorität. Vor mehreren Jahren war es in polniſchen Gemeinden Gebrauch geworden, ein an die Mutter Gottes gerichtetes geiſtliches Lied, das mit den Worten „Serdeczna Matko“ begann, nach der Melodie eines bekannten polniſchen Nationalliedes revolutionären Inhalts zu ſingen. Die biſchöfliche Behörde in Pelplin verbot dieſen Unfug. Es iſt bezeichnend, in

welcher Weiſe die polniſche Preſſe dieſes biſchöfliche Verbot erläuterte. „Das müſſen wir doch wiſſen und deſſen eingedenk bleiben," — ſo ſchrieb am 7. April 1898 die „Gazeta Torunska" — „daß heute ein Kulturkampf im ſtillen tobt, daß unſere Biſchöfe in der Tat in vinculis ſind; man kann ſich alſo leicht vorſtellen, daß auch der gerechteſte und ehrenwerteſte Biſchof oft nicht imſtande iſt, aufzutreten, wie ſein Herz es wünſcht, und durchzuführen, was er als erſprießlich anſieht. Selbſt wenn heute ein Pole den biſchöflichen Thron in Pelplin beſtiege, ſo bezweifle ich, daß er in der Lage wäre, uns Polen zufriedenzuſtellen."

So findet ſich das Polentum geſchickt auch mit dem Wirken derjenigen katholiſchen Oberhirten ab, die ſich nicht dazu verſtehen können, ihre kirchliche Amtsgewalt in den Dienſt der Politik und der polniſchen Sache zu ſtellen. Ähnlich wie in Culm liegen die Verhältniſſe in der anderen preußiſchen Diözeſe, dem Bistum Ermland. Obgleich ſich der Frauenburger Biſchof Thiel von dem politiſchen Kampf durchaus zurückgehalten hat, iſt er den Anfeindungen des Polentums nicht entgangen. Der Fürſtbiſchof von Breslau, Kardinal Kopp, hat die ärgſten und erbittertſten Angriffe von den Polen erfahren müſſen.

Eine ſehr viel leichtere Stellung hat natürlich unter den geſchilderten Verhältniſſen in den Oſtmarken ein polniſcher Biſchof, wie ihn bis vor kurzem die Diözeſen Poſen und Gneſen in der Perſon des Erzbiſchofs Florian v. Stablewski hatten. Ein polniſcher Biſchof, der ſeinen Landsleuten nützen will, findet durch die polenfreundliche Haltung der deutſchen klerikalen Preſſe den Deutſchen gegenüber den Rücken gedeckt. Was aber die Polen anbetrifft, ſo braucht er ſich niemals beſonders zu exponieren; er braucht vielmehr nur ſelten und mit aller Vorſicht anzudeuten, daß er ſich in allen ſeinen weltlichen Beziehungen als Pole fühlt, und im übrigen die Dinge gehen zu laſſen.

Er wird von ſeinen untergebenen Geiſtlichen ſicher verſtanden, und ſie beſorgen dann alles weitere. Sie müſſen nur einigermaßen wiſſen, woran ſie ſind und daß ſie kein Einſchreiten zu befürchten haben. Der Erzbiſchof kann dabei ruhig den Schein der Nichtbeteiligung und Neutralität im Nationalitätenkrieg wahren, und er kann für ſeine Perſon durchaus die Pflichten des preußiſchen Untertanen in vorwurfsfreier Weiſe erfüllen. Seine Stellung iſt ihm gegeben, ohne daß er viel dazu zu tun braucht. Im allgemeinen hat auch Erzbiſchof v. Stablewski die durch die Klugheit gebotene Richtung innegehalten und iſt nur ſelten wirklich aus der Rolle gefallen. Es muß ihm natürlich klar ſein, daß er in ſeiner Stellung zu ſeinen Volksgenoſſen durch äußerſte Vorſicht und Korrektheit viel mehr nützt, als durch Hervorkehren ſeiner Parteiſtellung im Nationalitätenkampfe. Dafür entſchädigen ihn die vielen Gelegenheiten, bei denen er ſich trotzdem als Pole bekennen und vor allem etwas im Namen des Polentums geſchehen laſſen kann. Man hat Herrn v. Stablewski oft daraus einen perſönlichen Vorwurf gemacht, aber mit Unrecht. Er war Pole von Geburt und Erziehung; wenn er mit ſeinen menſchlichen Empfindungen an ſeinem Volke hing, ſo war das begreiflich. Aber auch die perſönliche Hochſchätzung des Erzbiſchofs darf nicht über Charakter und Ergebniſſe ſeiner Amtstätigkeit hinwegtäuſchen.

Wenn darüber geſcholten wurde, daß die preußiſche Regierung überhaupt einen Polen auf den Stuhl des heiligen Adalbert gelangen ließ, ſo wurde dem häufig entgegengehalten, daß das Beiſpiel des Erzbiſchofs Dinder, des Vorgängers von Herrn v. Stablewski, deutlich gezeigt habe, wie ſehr ein Deutſcher an dieſer Stelle jedes Anſehens entbehre. Dieſer Einwand ſtimmt nun nicht ganz. Erzbiſchof Dinder war ein vortrefflicher, ſchlichter und würdiger Mann, aber aus geringem Stande und kleinen Lebensver-

hältniſſen hervorgegangen und weder durch Lebensgewohnheiten noch Charakteranlage ſolchen Verhältniſſen gewachſen, die eine überlegene, weltmänniſch gebildete und mit diplomatiſchen Fähigkeiten ausgeſtattete Perſönlichkeit erfordern. Nicht als Deutſcher, ſondern als die Perſönlichkeit, die er war, konnte Dinder in ſeiner Diözeſe keinen feſten Fuß faſſen. Es wird natürlich immer ſehr ſchwer ſein, einen deutſchen Mann zu finden, der auf dieſem Poſten mit Erfolg zu wirken imſtande iſt, zumal die Polen gerade an den Stuhl des heiligen Adalbert beſondere Vorſtellungen und Erinnerungen knüpfen, die natürlich in dieſer Weiſe nur von einem Polen wahrgenommen werden können.

Mit dem Erzbistum Gneſen war einſt der Primat des Königreichs Polen verbunden, und dieſe Vorſtellung blieb, als das Königreich von der Landkarte verſchwand, trotzdem an dem Amte haften. Dazu trug noch ein anderer Umſtand bei. Das alte Königreich Polen war bekanntlich ein Wahlreich, und ſo entſtand jedesmal nach dem Tode eines Königs ein Interregnum, bis die neue Wahl vollzogen war, und das dauerte nicht ſelten längere Zeit. Während dieſer Periode war es nach altem Recht jedesmal der Primas von Polen, der dem Reichstage präſidierte und die Befugniſſe des Königs wahrnahm. Durch einen Jahrhunderte lang beſtehenden Brauch hatte ſich alſo im polniſchen Volk die Vorſtellung gebildet, daß in den Zeiten, wo es keinen König gab, der Erzbiſchof von Gneſen der Repräſentant der nationalen Herrlichkeit, gewiſſermaßen der „heimliche König“ von Polen ſei. Nach dem Untergange Polens mußte es daher der jeweilige Erzbiſchof von Gneſen nach polniſcher Überlieferung als ſeine beſondere Miſſion anſehen, den Mittelpunkt der polniſchen Hoffnungen und Träume zu bilden und als berufenes Haupt der polniſchen Nation ihre Zuſammengehörigkeit und ihre Heiligtümer zu bewahren und zu pflegen.

Formell hat freilich dieſe Vorſtellung keine Berechtigung mehr. Als im Jahre 1807 ein Teil des ehemaligen Königreichs als Herzogtum Warſchau wieder zu einem politiſchen Scheindaſein erweckt wurde, verlieh Pius VII. auf Wunſch Napoleons die formell erloſchene Würde eines Primas von Polen dem Erzbiſchof von Warſchau, während der Erzbiſchof von Gneſen und Poſen ſich mit dem Ehrentitel eines ſogenannten legatus natus des päpſtlichen Stuhles begnügen mußte und nur als ſolcher noch den hergebrachten Purpur weiter trug. Jedoch im polniſchen Volk weiß man ſehr wohl, daß dieſe neue Primatenwürde des Warſchauer Erzbiſchofs eine gänzlich unhiſtoriſche Anpaſſung an die von den Polen nie anerkannten neuzeitlichen Machtverhältniſſe bedeutet und daher einen ganz anderen Sinn hat. Als der Erzbiſchof v. Stablewski einſt einem Interviewer unter Berufung auf das Breve Pius' VII. auseinandergeſetzt hatte, er ſei gar nicht Primas von Polen, widerſprach die polniſche Preſſe ganz energiſch. Das Polen, in dem der Erzbiſchof von Warſchau laut päpſtlicher Vollmacht allerdings die erſte Stelle innerhalb der Landesgeiſtlichkeit inne hat, iſt nicht das alte geſchichtliche Königreich, wie es in den Träumen des Volkes lebt. Gneſen iſt und bleibt nun einmal das erſte und älteſte Nationalheiligtum der Polen. Und von den drei weltlichen Zentren altpolniſcher Herrlichkeit, Poſen, Krakau, Warſchau, iſt Poſen das älteſte. Im Poſener Dom, wenige Schritte vom Palaſt des Erzbiſchofs, befinden ſich die Grabſtätten der älteſten polniſchen Könige Miſiſlaw und Boleſlaw Chrobry, und auf dem Hügel gegenüber, jenſeits der Warthe, ſtehen noch heute die Grundmauern der älteſten Königsburg. Im Gneſener Dom ruhten längere Zeit die Gebeine des gefeiertſten ſlawiſchen Nationalhelden und Märtyrers, des Tſchechen Wojciech, der als Biſchof von Prag den Namen Adalbert annahm; zu ſeinem Grabe wallfahrtete einſt an der Wende des erſten Jahr-

tauſends unſerer Zeitrechnung der höchſte Herrſcher der Chriſtenheit, Kaiſer Otto. Nicht allzuweit davon ſtand die ſagenberühmte Wiege des älteſten polniſchen Herrſchergeſchlechts. Von den Ufern des Goploſees ließ die Sage den Ahnherrn der Piaſten ausgehen, und den alten Namen der Stadt Gneſen deutet man als das Neſt (gniazdo) des weißen Adlers. Die alte Sagenherrlichkeit und die Weihe geſchichtlichen Ruhms läßt ſich im Volksbewußtſein nicht durch ein Dekret moderner Staatskunſt auslöſchen, und hier handelt es ſich überdies auch wirklich um etwas anderes, als das Volk meint. Es iſt deshalb nicht zu viel behauptet, wenn man ſagt, daß auch heute noch im Bewußtſein des polniſchen Volkes als primas et interrex im alten geſchichtlichen Sinne nur der Erzbiſchof von Poſen und Gneſen angeſehen wird.

So wird es verſtändlich, daß ein Deutſcher an dieſem Platz allerdings nur dann zu wirken vermöchte, wenn er eine Perſönlichkeit von außergewöhnlicher Bedeutung und Klugheit wäre. Aber von der Anerkennung dieſer Schwierigkeit bis zum Aufgeben jeder Möglichkeit iſt doch immer noch ein weiter Weg. Der Satz, daß als Erzbiſchof von Poſen nur ein Pole möglich ſei, iſt gänzlich unhaltbar. Allerdings gehört auf dieſen Biſchofsſtuhl eine Perſönlichkeit, die dem polniſchen Adel durch perſönliche Würde, ſowie Feinheit des Geiſtes und der Umgangsformen imponiert und doch die Träume vom polniſchen Interrex unerbittlich zerſtört. Als Erzbiſchof Dinder im Jahre 1890 geſtorben war, hatte gerade die unſelige Capriviſche Verſöhnungsepoche begonnen; man ſah damals die ganze Polenfrage unter falſchen Geſichtspunkten an und hatte ſich gänzlich einſchüchtern laſſen durch den Mißerfolg, den Dinder in ſeiner Amtsführung — ſcheinbar a conto ſeines Deutſchtums — gehabt hatte. Daraus erklärte es ſich, daß man ſchließlich das Suchen nach einem deutſchen Kandidaten aufgab und froh war,

einen Polen zu finden, in deſſen Klugheit man eine Übereinſtimmung mit den die Regierung beherrſchenden Verſöhnungstendenzen zu erkennen glaubte. So kam man zu der Wahl des unlängſt verſtorbenen Florian v. Stablewski. Aber man wird nach den gemachten Erfahrungen dieſes Experiment gewiß nicht wiederholen, ſondern an die Spitze der Erzdiözeſen einen Deutſchen ſtellen.

Und warum auch nicht? Nirgends ſonſt behauptet die katholiſche Kirche, daß der Oberhirt einer Diözeſe mit gemiſchter Bevölkerung gerade einer beſtimmten Nationalität unter den in ſeinem Sprengel vertretenen angehören müſſe; ſonſt müßte ja die katholiſche Kirche ſich folgerichtigerweiſe in ein Syſtem von Landeskirchen auflöſen, während ſie doch gerade ihre Univerſalität behauptet.

Es iſt Zeit, daß der Vorſtellung, der Erzbiſchof von Gneſen und Poſen ſei in erſter Linie für die Polen da, gründlich ein Ende gemacht wird. Zur Beleuchtung ſeien hier nur zwei Beiſpiele angeführt. Das erſte betrifft den zweiten Vorgänger des Erzbiſchofs Dinder und unmittelbaren Vorgänger des Grafen Ledochowski, den Erzbiſchof Przyluski. Im November 1861 ſtanden die Wahlen zum preußiſchen Landtage bevor. Da glaubte der Erzbiſchof die Gelegenheit günſtig, am 6. des erwähnten Monats die polniſchen Wähler ſeiner Diözeſe mit folgendem Rundſchreiben zu beglücken:

„— — — In der Tat, Geliebte, unterliegt es keinem Zweifel, daß, wie es einerſeits unſere Pflicht iſt, feſtzuhalten an dem Worte des Erlöſers: „Gebt dem Kaiſer, was des Kaiſers iſt", ſowie an der Lehre des Apoſtels Paulus von der Achtung gegen die Obrigkeit, es andererſeits ebenſo unzweifelhaft iſt, daß es uns ziemt, treue Erinnerung und herzliche Anhänglichkeit an die alten Überbleibſel unſerer Nationalität zu bewahren. Durch Gottes Barmherzigkeit auf den Stuhl des heiligen Adalbert berufen, um den unſere Nation

sich von jeher im entscheidenden Augenblick scharte, können wir es unmöglich unterlassen, Euch daran zu mahnen, daß es unsere Pflicht ist, die Sitte, die Sprache und die historischen Überlieferungen zu verteidigen. Ist Euch doch durch internationale Verpflichtungen und durch feierliche königliche Verheißungen in dieser Beziehung jede Freiheit für Herz und Gewissen garantiert."

Das war nicht mehr eine kirchliche Mahnung, das war ein ausgesprochener Eingriff in den politischen Wahlkampf, das Eintreten einer nationalen Autorität für die Sache des Polentums auf Grund der Anschauungen, die für das politische Glaubensbekenntnis der Polen kennzeichnend sind. Der Schritt wurde denn auch von der Staatsbehörde entsprechend aufgefaßt. Ein Erlaß des Oberpräsidenten vom 26. November forderte Rechenschaft über diesen Übergriff, und der Erzbischof mußte sich bereits am 1. Dezember dazu verstehen, eine abschwächende Erklärung zu geben. Freilich enthielt auch diese im Grunde nur eine Bestätigung des Standpunktes, den der streitbare Kirchenfürst in so unvorsichtiger Weise bekundet hatte.

In unsern Tagen ist auch sogar dem klugen Erzbischof von Stablewski einmal das heiße polnische Blut gehörig übergekocht, mit der Wirkung, daß manchem Optimisten dadurch die Augen geöffnet wurden. Bei einer Ersatzwahl im Reichstagswahlkreise Meseritz-Bomst hatten die deutschen Katholiken, um nicht für den radikalen polnischen Rechtsanwalt v. Chrzanowski stimmen zu müssen, einen eigenen Kandidaten, den Pfarrer Krzesinski, aufgestellt, einen Mann, der, obwohl Pole von Geburt, doch vollkommen deutschfreundlich und staatstreu gesinnt war. Als katholischer Geistlicher, der von Nationalität Pole und seiner politischen Parteistellung nach Zentrumsmann war, erfüllte dieser Mann doch eigentlich alle Bedingungen, die das Zentrum nur wünschen konnte. Aber er hatte eben den erwähnten kleinen

Fehler; er war ſtaatstreu, kein Anhänger der national-polniſchen Zukunftsträume, und ſtand im Begriff, einem radikalen Nationalpolen den Sieg im Wahlkampf unmöglich zu machen. Daher erregte dieſe Kandidatur den höchſten Zorn der Poſener biſchöflichen Behörde. Man fand vorläufig nur ein Mittel, die Kandidatur zu verhindern, indem man nämlich vorgeben konnte, daß durch die Annahme eines Mandats die Seelſorge in der umfangreichen Parochie des Pfarrers Krzeſinski Schaden leiden könne. Man wagte es aber nicht, mit dieſem Vorwand hervorzutreten, und ließ die Dinge gehen. Pfarrer Krzeſinski beging nun ſeinerſeits den Fehler, im Vertrauen auf ſein gutes Staatsbürgerrecht die Erlaubnis des Erzbiſchofs zur Übernahme der Kandidatur nicht ausdrücklich nachzuſuchen. Er rechnete wohl ganz richtig, daß es dazu Zeit ſein werde, wenn er wirklich gewählt würde, und daß die Kirchenbehörde, wenn ſie von ſeiner Kandidatur erführe, ihm irgendwie in üblicher Weiſe zu verſtehen geben werde, ob ſie eintretendenfalls ihm die Annahme des Mandats geſtatten könne oder nicht. Immerhin wäre es korrekter geweſen, wenn der Pfarrer ſich von vornherein der Zuſtimmung ſeiner Vorgeſetzten verſichert hätte. Es hätte ſich daher nichts dagegen ſagen laſſen, wenn der Erzbiſchof bei Bekanntwerden der Kandidatur dem Pfarrer einen Verweis wegen ſeines Verhaltens erteilt und ſich dazu des üblichen Verfahrens bedient hätte. Das geſchah aber nicht, wobei wir unentſchieden ſein laſſen wollen, ob es aus Zaghaftigkeit unterblieb oder deshalb, um dem Pfarrer ſpäter eine um ſo ſchärfere Kränkung zu bereiten. Pfarrer Krzeſinski glaubte vorläufig ſeiner Sache ſicher zu ſein und hielt ſich — unter den angegebenen Umſtänden mit Recht — für befugt, nun in einer ſeiner nächſten Wahlreden auf einen von polniſcher Seite angeregten Zweifel hin bezüglich des Einverſtändniſſes der vorgeſetzten Kirchenbehörde harmlos zu bemerken, daß der Erzbiſchof ſeiner Kandidatur bisher

nicht widerſprochen habe. Das war die volle Wahrheit, aber der Pfarrer ſtürzte damit in die ihm argliſtig bereitete Falle. Die Sache wurde nun ſo gewendet, als ob Krzeſinski ſich ohne gegebene Veranlaſſung ausdrücklich gerühmt habe, daß der Erzbiſchof auf ſeiner Seite ſei und ſeine Kandidatur billige. Und jetzt ging der polniſche Patriotismus des Erzbiſchofs mit ſeiner diplomatiſchen Zurückhaltung vollſtändig durch. Pfarrer Krzeſinski erhielt nicht nur einen von maßloſer Leidenſchaftlichkeit, wie ſie ſich nur durch das verletzte polniſche Nationalgefühl erklärt, diktierten Rüffel, ſondern dieſer Rüffel wurde, noch ehe er offiziell in die Hände des Pfarrers gelangte, direkt aus der biſchöflichen Kanzlei heraus in einer polniſchen politiſchen Zeitung veröffentlicht. Damit erwies ſich vollends die klare Abſicht, nicht den Verſtoß gegen die Kirchendisziplin damit zu ahnden, ſondern im politiſchen Intereſſe gegen den verhaßten abtrünnigen Landsmann aufzutreten, der einem Polen die politiſchen Zirkel geſtört hatte. In dem Brief des Erzbiſchofs ſelbſt kam denn auch die ganze, lange zurückgehaltene Wut des leidenſchaftlichen Nationalpolen darüber zum Ausdruck, daß es in der ihm unterſtellten Geiſtlichkeit eine Perſönlichkeit gebe, die es wagen konnte, in politiſcher Beziehung deutſche Intereſſen zu vertreten. Der Brief beleuchtete endlich einmal wie ein Blitz die wahre Geſinnung des Erzbiſchofs, und dieſe Bedeutung konnte nicht dadurch abgeſchwächt werden, daß der Erzbiſchof in einem neuen ſalbungsvollen Erlaß ſeine Worte zu umſchreiben und zu verſchleiern beſtrebt war, um ihnen eine allgemeinere Bedeutung im Sinne der bloßen Kirchendisziplin zu geben.

Kenner waren freilich niemals auch vorher über die Geſinnungen des Erzbiſchofs in Zweifel. Es war ſehr bezeichnend, wie Geſuche um Einrichtung von deutſchen Gottesdienſten ſtets behandelt wurden. Die Bittſteller erhielten entweder eine abſchlägige oder aber — gar keine Antwort.

So konnte es bei dem allmählichen Heranreifen des deutſchen Selbſtbewußtſeins nicht ausbleiben, daß den deutſchen Katholiken ihre Lage klar zu werden begann. Es entſtand eine Bewegung, die in der Gründung von „Vereinen deutſcher Katholiken“ ihren Ausdruck fand. Es waren Abwehrvereine gegen die Poloniſierungsbeſtrebungen der polniſchen Geiſtlichkeit; ſie wollten auch den deutſchen Mitgliedern katholiſcher Gemeinden die Rechte ihrer Nationalität wahren und den Beweis liefern, daß man ein guter Katholik ſein könne, ohne den Pflichten der Nationalität und der vaterländiſchen Intereſſen untreu zu werden. Die Bewegung erregte großes Unbehagen. Mehr als die Bekämpfung des Polentums von proteſtantiſcher Seite deckte dieſer Zuſammenſchluß der deutſchen Katholiken zum Schutz ihres Deutſchtums die Hohlheit der Behauptung auf, daß der Kampf gegen das Polentum nur der Vorwand für den Kampf gegen die Kirche ſei; er bedrohte direkt das alte Bündnis zwiſchen Zentrum und Polen. Daher erging ſich die polniſche Geiſtlichkeit in Klagen über die Uneinigkeit, die dadurch in das katholiſche Lager gebracht werde. In Wirklichkeit fühlte man ſehr wohl, daß nicht die katholiſche, ſondern die polniſche Sache dadurch in Gefahr gebracht und ihrer beſten Waffe beraubt wurde. Aber man ſuchte in der Begründung der Solidarität zwiſchen Polentum und Katholizismus nach Möglichkeit den Sachverhalt umzukehren. Der „Dziennik“ ſchrieb damals: „Die Entnationaliſierung eines Polen hat ſtets zunächſt eine Schwächung, ſpäter aber den völligen Verluſt des katholiſchen Glaubens zur Folge.“ Das Blatt erklärt es dann geradezu für einen Erfahrungsſatz, daß die Verteidigung der katholiſchen Kirche zugleich eine Verteidigung des Polentums ſein müſſe.

Infolgedeſſen wurden den Vereinen deutſcher Katholiken alle möglichen Hinderniſſe in den Weg gelegt. Geiſtliche erſchienen in Poſen in einer Vereinsverſammlung, um Proteſt

dagegen einzulegen, daß die Vereine die Wahrung der kirchlichen Intereſſen der deutſchen Katholiken in ihren Statuten als Vereinszweck bezeichneten. Das ſei ein Eingriff in die Rechte der kirchlichen Behörden. Ja man verſtand es ſogar, ein Bedenken dagegen herauszufinden, daß die Vereine ſich die Pflege deutſcher Geſinnung angelegen ſein laſſen wollten. Dieſe nationale Abſonderung ſei unkatholiſch und paſſe nicht zu dem kirchlichen Charakter der Vereine. Trotz dieſes Widerſtandes der polniſchen Geiſtlichkeit hat die Bewegung unter den deutſchen Katholiken weitere Fortſchritte gemacht, und ſchon vor Jahren wurde auf einem Vereinstage in Poſen erfreulicherweiſe auch die „Pflege der deutſchen Geſinnung“ als Vereinszweck in den Statuten ausdrücklich beſtätigt. Dadurch wird auch die deutſche katholiſche Bevölkerung des Oſtens immer unabhängiger von den Direktiven der Zentrumspartei, ſie beſitzt ein eigenes Preßorgan, die „Katholiſche Rundſchau“ und es ſteht zu hoffen, daß allmählich auch auf kirchlichem Gebiet das Deutſchtum ſich vom Polentum ſcheiden und, wenn auch zunächſt nicht eine direkte Beſſerung, ſo doch wenigſtens eine Klärung der Verhältniſſe eintreten wird.

III. Abſchnitt.

Die allgemeinen Grundſätze der Polenpolitik.

Kapitel 10.

Wege und Ziele.

An Vorſchlägen, wie man der polniſchen Gefahr begegnen könne, hat es nie gefehlt. Selbſtverſtändlich bildet ſich jeder, der mit Polen zu tun gehabt hat, und dem über die drohende Gefahr die Augen aufgegangen ſind, eine beſtimmte Meinung über das, was dagegen geſchehen muß. Zunächſt ſtellt jeder das Feld der eigenen Wirkſamkeit allen andern voran. Der Landwirt iſt von der Überzeugung durchdrungen, daß nur auf dem Wege der ländlichen Anſiedlung das Polentum zu überwinden iſt; er lächelt über alle auf anderem Gebiete unternommenen Verſuche. Der Lehrer wiederum vermag durchaus nicht einzuſehen, was man mit den paar deutſchen Koloniſten, die man ins Land zieht, eigentlich erreichen will; er iſt der Meinung, daß man die Polen germaniſieren müſſe, und zwar mit Hilfe der Schule. Ein dritter hält beide Wege für ganz ungangbar; er verlangt Hebung des ſtädtiſchen Lebens und Verkehrs, mehr Luft und Licht zur ſiegreichen Entfaltung der Kräfte des deutſchen Bürgertums. Daneben kommen die vielen andern Vorſchläge von Theoretikern, die zum Teil die Verhältniſſe im Oſten und die polniſche Eigenart nur aus Büchern oder vom Hörenſagen kennen und die natürlich feſt überzeugt

sind, jeder Pole müsse genau die Gedanken und Ansichten haben, die sie sich zu Hause als die allein richtigen und vernünftigen ausgedacht haben.

So wirbelt Richtiges und Falsches bunt durcheinander. Das würde an sich noch nicht viel schaden. Leider aber ruft jeder von seiner Stelle aus dem andern zu: „Was du tust, ist falsch; mache es so, wie ich vorschlage, dann wirst du Erfolg haben.“ Und da jeder den größten Teil seiner Kraft und Einsicht darauf verwendet, nicht etwa durch die Tat die Richtigkeit des eigenen Weges zu beweisen, sondern den andern zu kritisieren und sich über seine angebliche Verkehrtheit zu ärgern, so kommt bei dem ganzen Handel natürlich herzlich wenig heraus. Es ist schon früher darauf hingewiesen worden, daß die Polen in ihrem Unglück allmählich gelernt haben, auf den verschiedensten Gebieten zusammen zu wirken, und daß sie jede kleine und kleinste Wirkung, die ihrem Volkstum zugute kommt, geschickt und dankbar mitnehmen. Das gibt ihnen eine natürliche Überlegenheit über die Deutschen, die beständig kostbare Zeit damit vertun, daß einer dem andern seine Torheit nachweist, wenn dieser andere sich wirklich einmal erlauben will, irgend etwas Positives zu leisten.

„Und da keiner von den beiden
Wollte, daß der andere zahle,
Zahlte keiner von den beiden!“

so möchte man in Erinnerung an die bekannte humoristische Dichtung auch die Methode der untereinander streitenden Deutschen gegenüber dem Polentum bezeichnen.

Ein nicht minder schlimmer Umstand ist, daß viele diese schwierige Frage als eine gute Gelegenheit betrachten, durch neue und eigenartige Ideen zu glänzen. Darauf kommt es aber am wenigsten an. Ideen und Erfahrungen sind genug da, und Sachverständige genug sind gehört worden. Was aber — wenigstens in der öffentlichen Meinung — noch

häufig fehlt, das ist die Bewertung der einzelnen Ideen in ihrem Zusammenhange unter genauer Berechnung der Ziele, die dadurch zu erreichen sind, oder, wie man es ausdrücken könnte, die Verteilung der Rollen in dem großen Drama, wie es das Ringen der Deutschen und Polen um ihre Existenz in unseren Ostprovinzen darstellt. Das hat auch oft genug auf die Haltung der maßgebenden Stellen zurückgewirkt, in denen trotz des Vorhandenseins sachverständiger, über die Mittel und Wege der Polenpolitik vollkommen klarer Männer und trotz der gewonnenen Einsicht in das Wesen der Polengefahr dennoch häufig ein Personenwechsel oder eine Veränderung der politischen Gesamtlage genügten, um Schwankungen herbeizuführen.

Wer der hier gegebenen Darstellung bis hierher gefolgt ist, wird sich hoffentlich überzeugt haben, daß es vor allem ein Fehler ist, in der Entwicklung des Polentums etwas anderes zu sehen als einen natürlichen geschichtlichen Prozeß. Darum müssen wir den Schwerpunkt unseres Verhaltens nicht in eine ängstliche Beobachtung der Eindrücke verlegen, die unser Tun und Lassen möglicherweise auf die Polen macht. Wir müssen, um es kurz zu sagen, in erster Linie *für das Deutschtum* arbeiten, erst in zweiter *gegen das Polentum*. Aber dieser zweite Teil der Arbeit darf nicht ausbleiben. Und in beiden Fällen müssen wir uns vor übertriebenem Pessimismus und Doktrinarismus hüten. Es wäre eine geradezu verzweifelte Lage für die preußische Politik, wenn es in der Tat *gar keine* Mittel gäbe, dem Wachstum des Polonismus entgegenzutreten. Wenn die Polen bisher in der Hauptsache stets Erfolge aufzuweisen haben, so ist das zum mindesten ein sicherer Beweis, daß die richtigen Mittel zur Verhinderung jener Erfolge entweder überhaupt noch nicht ergriffen oder nicht ausgiebig, beharrlich und sicher genug zur Anwendung gebracht worden sind. Auch der Doktrinarismus ist ein schweres Hindernis. Er

verlangt ſozuſagen, den juriſtiſchen Nachweis, daß der dolus des verſuchten Aufruhrs und Landesverrats bei jedem einzelnen Polen vorhanden ſei, und da dies ſelbſtverſtändlich unmöglich iſt, ſo hüllt ſich Herr Doktrinarius ſtolz in ſeine Toga und verkündet ſeinen Spruch, daß das Polentum von aller Schuld freizuſprechen ſei. Nach ſeiner Meinung haben wir unter uns lauter gleichberechtigte Mitbürger polniſcher Zunge, alle unſchuldig wie die Lämmer und nichts weiter im Sinne führend als die milde Trauer um das ewig verlorene Vaterland. Und wir Deutſchen ſollen dabei weiter nichts zu tun haben, als ihnen mitfühlend die Hand zu drücken und ſie ſo ſchonend zu behandeln, daß ſie ja in der Lage bleiben, uns bei gegebener Gelegenheit an die Kehle zu ſpringen. Herr Doktrinarius iſt übrigens nicht nur ein ungeheuer gerechter Richter, ſondern auch ein geborener Schulmeiſter, der es nicht unterlaſſen kann, gegen die Ankläger mahnend den Finger aufzuheben und ihnen ihr ſchweres Unrecht ſtrafend vorzuhalten. Er verſteht es, uns Deutſchen klar zu machen, daß wir allein die Schuld tragen, wenn den armen Polen, die ohnehin ſchwer genug an ihrem Unglück zu tragen haben, infolge unſeres Mangels an Zartgefühl zuletzt die Geduld reißt und ſie vermöge ihres heißblütigen Temperamentes ungebärdig werden. Das muß man, ſo meint Herr Doktrinarius, den armen Narren zugute halten und mit milder Verſöhnlichkeit und chriſtlicher Bruderliebe darüber hinweggehen. Unterdeſſen lebt der Organismus der polniſchen Nation ſein einſtmals ſchwer gefährdetes, ſeitdem aber neu erwachtes und ſich beſtändig kräftigendes Leben weiter und ſpottet der vielen Ärzte, die an ſein Lager treten und ihn „wiſſenſchaftlich“ für tot erklären.

Viele geben zwar zu, daß die Polen wohl die Abſicht haben, uns zu bedrohen, aber ihre Träume niemals verwirklichen würden. Geſchieht aber niemals etwas dagegen, ſo iſt wirklich nicht einzuſehen, warum ſie nicht doch zuletzt

ihr Ziel erreichen sollen. Gefahr genug liegt eben schon in den polnischen Bestrebungen, weil sie die Unantastbarkeit des Staatsgebietes überhaupt in Frage stellen.

Wir haben auch an anderen Stellen unseres Reichskörpers Gebietsteile, deren rechtmäßiger Besitz uns in verschiedener Art bestritten wird. Aber wenn wir in Elsaß-Lothringen und in Nordschleswig das Recht haben, Einmischungen und Einwirkungen hier Frankreichs auf die Reichslande, dort Dänemarks auf die preußische Provinz Schleswig-Holstein unter allen Umständen zurückzuweisen, so beruht das darauf, daß Frankreich und Dänemark wirkliche Staaten sind, die als solche für die Nichtanerkennung oder Nicht-mehr-Anerkennung der von ihnen abgeschlossenen Staatsverträge einzustehen haben. Daraus können wir dem völkerrechtlichen Brauch entsprechend die Konsequenzen ziehen.

An der Ostgrenze des preußischen Staates werden aber die Verhältnisse dadurch höchst eigenartig und verwickelt, daß eine eigene staatliche Vertretung des polnischen Volkes nicht besteht, also die Anerkennung des Verhältnisses der preußischen Polen zum Staat niemals in die Form eines Staatsvertrages gebracht werden kann. Wir müssen staatsrechtlich daran festhalten, daß es kein polnisches Volk gibt. Und doch steht die Wirklichkeit diesem staatsrechtlichen Gebot entgegen. Wir können den Polen nicht sagen, wie wir es zur Not den Elsaß-Lothringern sagen können, wenn sie durchaus Franzosen bleiben wollen, oder den dänischen Nordschleswigern, wenn sie von der Wiedervereinigung mit Dänemark träumen: „Wenn ihr euch durchaus nicht als Bürger eines deutschen Staates fühlen wollt und könnt, so geht doch über die Grenze!“ Wir müssen eben mit den Polen auf unserm eigenen Gebiet fertig werden.

Unter solchen Umständen kann man wohl verstehen, wie der Gedanke auftauchen konnte, die Polenfrage für uns

Deutſche dadurch zu erleichtern, daß wir das Hinarbeiten auf einen polniſchen Nationalſtaat begünſtigen und erleichtern gegen die Bedingung, daß die Polen das Beſitzrecht des preußiſchen Staates auf Poſen und Weſtpreußen unangetaſtet laſſen. Aber der ſchon geſchilderte irredentiſtiſche Charakter des polniſchen Volkes geſtattet dieſe Löſung nicht, und ſo müſſen wir die Verhältniſſe nehmen wie ſie ſind. Das deutſche Volk ſieht ſich dem polniſchen gegenüber in ein Verhältnis geſetzt, bei dem eine Auseinanderſetzung über abſolut entgegenſtehende Intereſſen notwendig iſt und das inſoweit den Charakter eines „Krieges“ in weiterem Sinne — ſo wie man von „Zollkrieg“ ſpricht — hat, als auf eine gegenſeitige Anerkennung und einen Ausgleich der Intereſſen der Natur der Sache nach nicht zu rechnen iſt. Die Entſcheidung iſt nur dadurch möglich, daß die überlegene Macht ihren Willen durchſetzt. Wir Deutſchen haben bisher geglaubt, daß die überlegene Macht uns allein ſchon durch den Beſitz unſerer ſtaatlichen Organiſation gegeben ſei, die ja die für uns in Betracht kommenden Polen mitumfaßt, während dieſe ſelbſt der ſtaatlichen Selbſtändigkeit entbehren. Die Erfahrung hat uns nachgerade gelehrt, daß wir uns in einem ſchweren Irrtum befunden haben. Für den nationalen Krieg, den wir mit den Polen ſeit hundert Jahren zu führen haben, genügt nicht das Bewußtſein, die Mittel zu haben, mit denen man wohl einen wirklichen Krieg mit Flinten und Kanonen ſiegreich hinausführen könnte, ſondern man muß Mittel beſitzen und anzuwenden verſtehen, die auch auf friedlichem Wege eine nationale Machtfrage zu entſcheiden geeignet ſind.

Das führt uns ſchon zu der Frage hinüber, welches Ziel wir in dem Kampf gegen die Polen erreichen wollen. Worin ſoll die erwähnte Entſcheidung beſtehen?

Die einen ſagen: man muß die Polen *verſöhnen, gewinnen*. Das können freilich nur Leute ausſprechen,

denen die ganze Eigenart und Entwicklung des Polentums ein Buch mit sieben Siegeln ist. Ich hoffe durch die Darstellung in den ersten Abschnitten dieses Buches einigermaßen die Überzeugung begründet zu haben, daß die ganze Natur der Polenfrage die Verwirklichung dieses Wunsches vollkommen ausschließt. Wir müssen die unselige Leichtgläubigkeit und Vertrauensseligkeit ablegen, mit der viele an die Polenfrage herantreten. Es kommt wirklich gar nicht darauf an, was uns ein liebenswürdiger Pole einmal irgendwo beim Glase Ungarwein erzählt oder was wir privatim von irgend einer Persönlichkeit polnischer Nationalität halten, die wir aus irgend einer Veranlassung achten und schätzen gelernt haben. Es ist vollkommen gleichgültig, ob wir Grund haben einzelne Polen auszunehmen, wenn wir von den Machenschaften ihrer Landsleute reden. Die Polenfrage als eine aus der Entwicklung zweier Völker entspringende Aufgabe bleibt darum doch, was sie kraft geschichtlicher Notwendigkeit ist. Sie kann ebensowenig durch Versöhnung gelöst werden, wie etwa der Zar den Sultan freundlich bitten kann, ihm doch gütigst Konstantinopel zu überlassen.

Aus denselben Gründen muß man eine andere Meinung verwerfen, die lautet: Man muß die Polen überhaupt möglichst in Frieden lassen, sich gar nicht um sie kümmern, sie als gleichberechtigte Mitglieder mit Gerechtigkeit behandeln, im übrigen aber sie ruhig schimpfen und uns hassen lassen und nur, wenn sie zu offener Verletzung der Gesetze schreiten, ihnen energisch mit entsprechenden Mitteln entgegentreten. Das könnte als ein sehr vernünftiger Rat erscheinen, wenn wir leider nicht in den jetzigen Zuständen bereits die Erfahrung vor uns hätten, wie weit wir mit einer solchen Politik kommen. Die Polen verfolgen ihr Ziel in aktiver Arbeit, und es wäre Torheit ohnegleichen, wenn wir diese aktive Arbeit dadurch aufhalten wollten, daß wir

uns selbst passiv verhalten. Eben dadurch ist uns ja das Polentum bereits so weit über den Kopf gewachsen.

Alle, die die Verhältnisse wirklich kennen, befürworten deshalb auch eine durchaus aktive Polenpolitik. Aber auch hierbei gibt es verschiedene Ansichten. Die einen wollen die Polen germanisieren. Das wäre ja nun freilich die angenehmste und beste Lösung, leider aber ist es viel zu spät dazu. Man tut daher besser, solche Illusionen nicht erst aufkommen zu lassen. Was in dieser Beziehung getan werden kann, ist nur auf indirektem Wege und teilweise möglich. Es kann dann nur das natürliche Ergebnis anderer wirksamer Maßnahmen sein, die der polnischen Bevölkerung die Überzeugung beibringen, daß eine Verfolgung ihrer Zukunftspläne auf preußischem Boden aussichtslos ist.

Wir müssen also viel schärfer das auf dem Boden der Wirklichkeit Erreichbare ins Auge fassen.

Die Voraussetzung ist besondre Stetigkeit und Beharrlichkeit in der Bekundung, daß die Ausübung der preußischen Staatsbürgerrechte die absolute Pflicht in sich schließt, das dauernde Interesse des preußischen Staates wahrzunehmen. Ein Mittel dazu besitzt der Staat in der Einwirkung auf die Erziehung, der Einwirkung auf die wirtschaftliche Tätigkeit und der Handhabung der Gesetze; auf allen diesen Gebieten kann er genügend zum Ausdruck bringen, daß das Polentum innerhalb des Staatskörpers kein Recht auf irgendwelche Sonderexistenz hat. Noch wichtiger aber ist die Forderung, daß der polnischen Propaganda entgegengearbeitet werden muß. Das kann nur geschehen durch eine direkte Arbeit zur Ausbreitung des Deutschtums im Osten. Die bloße Abwehr der polnischen Tätigkeit nutzt hier gar nichts; es muß der uns entgegenwirkenden Kraft eine überlegene aktive Kraft entgegengestellt werden. Wir müssen selbst bei den Polen in die Schule gehen, das Geheimnis ihrer Erfolge erkennen und dann

die gleichen Mittel für das Deutschtum einsetzen. Dann können wir dahin gelangen, daß die Polen die Ohnmacht und Nutzlosigkeit ihrer nationalen Bestrebungen auf deutschem Boden einsehen.

Welche Folgerungen die Polen dann selbst daraus ziehen, läßt sich natürlich nicht sagen. Ob sie sich der Macht der Verhältnisse schweigend und tatenlos unterwerfen, ob sie von dem Boden auswandern werden, der ihnen dann niemals wieder Heimat im Sinne ihrer Wünsche sein wird, oder ob sie notgedrungen den Deutschen sich anschließen und ihre Nationalität allmählich aufgeben werden, das können wir nicht wissen, brauchen uns auch nicht den Kopf darüber zu zerbrechen. Wir wollen nur dahin gelangen, daß *das Polentum eine unschädliche Erscheinung in unserem staatlichen Leben wird.*

Damit ist das Ziel der Polenpolitik freilich nur erst in ganz allgemeinen Umrissen bezeichnet. Es wird Sache der folgenden Untersuchungen sein, das Angedeutete näher auszuführen und in seinen praktischen Beziehungen zu zeigen. Hier mag nur noch auf den Unterschied hingewiesen sein, der diese Auffassungsweise von der Versöhnungstheorie, der Theorie des Gehenlassens nnd der Germanisierungsidee scheidet. Alle diese anderen Anschauungen gehen immer von der Frage aus: Was machen wir mit den Polen? Was wird aus den Polen? *Darnach haben wir aber gar nicht oder doch erst in zweiter Linie zu fragen.* Wir müssen *unser* eigenes Bedürfnis, die Pflicht *unseres* Staates in den Mittelpunkt rücken. Wir selbst sind die Bedrohten; was haben wir also zu tun, um unser Eigentum zu hüten? Wir müssen die Natur des Gegners, der drohenden Gefahr kennen, um richtige Maßregeln zu ergreifen, aber wir brauchen nicht davon auszugehen, welches das Schicksal unseres Gegners sein wird. Es ist Krieg und Kampf, auch wenn er nicht mit Blut und Eisen ausgefochten wird; wir haben

alſo weiter nichts zu tun, als die richtigen Waffen zu wählen und mit Klugheit und Kraft dem Gegner ſeine Schwächen abzugewinnen.

Wir weiſen alſo alle die Löſungen der Polenfrage ab, die es ſich zur Aufgabe ſtellen, die Zukunft des polniſchen Volkes beſtimmen zu wollen. Unſer Ziel iſt einzig und allein Durchſetzung der deutſchen Herrſchaft in unſeren Oſtprovinzen, entſchiedene Durchkreuzung und Bekämpfung der Einflüſſe, welche dieſe Herrſchaft gefährden, — Einflüſſe, die wir zwar genau kennen müſſen, deren Schickſal aber uns nicht berühren kann. Es ſcheiden daher aus der Betrachtung aus alle Erwägungen, die ſich in die Seele der Polen hineinzuverſetzen ſuchen, die Frage, welchen Grad von Mitgefühl wir mit dem Schickſal der Polen haben, die weitere Frage, ob man vielleicht als Pole ebenſo handeln und empfinden würde, wie es die Angehörigen dieſes Volkes heute tun, und ähnliches. Wir haben nur die eine Verpflichtung, das unſrige zu tun, daß der Staat, dem wir angehören, keine Einbuße an ſeinem Beſtande, ſeiner Sicherheit und ſeinen Intereſſen erleide. Wenn Leute, die ſelbſt das Staatsbürgerrecht in Anſpruch nehmen, dieſem Grundſatz entgegenhandeln, ſo muß ihnen ſo weit entſchiedener Widerſtand geleiſtet werden, daß ſie das Nutzloſe ihrer Handlungsweiſe erkennen und, falls ſie die Geſetze verletzt haben, dafür Strafe leiden. Ob jene Leute im Recht zu ſein glauben, und wie ſie ſich mit den Folgen abfinden, das geht uns nichts an.

Es kann nun weiter aber folgendes geſagt werden: Wie die Polen ſelbſt ſich mit ihrem Schickſal abfinden werden, kann uns zwar gleichgültig ſein; um unſerer ſelbſt willen aber müſſen wir wiſſen, ob unſer Ziel überhaupt erreichbar iſt und wir nicht vielmehr einer ſicheren Niederlage entgegengehen.

Darauf iſt erſtens zu erwidern, daß wir uns durch

eine peſſimiſtiſche Auffaſſung in keinem Falle von unſerer nationalen Pflicht löſen können. Selbſt wenn dieſe Meinung ſich als richtig erwieſe, dürfte das Deutſchtum aus ſeinen Oſtprovinzen nur nach einem Kampfe ſich zurückziehen. Die Überzeugung, unterliegen zu müſſen, darf niemals die kampfloſe Preisgabe von Gut und Ehre rechtfertigen. Wer entgegengeſetzter Anſicht iſt, mag zuſehen, wie er dieſen traurigen Standpunkt vor ſeinem Gewiſſen vertreten kann; auf das deutſche Volk in ſeiner großen Mehrheit wird er nie rechnen können. Und wenn der Schein gelegentlich etwas anderes beweiſen will, ſo kann man mit der größten Sicherheit annehmen, daß deutſchen Männern, die ſo handeln, einfach die wirkliche Lage nicht klar geworden iſt. Mit Bewußtſein gibt kein Deutſcher einen Kampf um ſolche Güter auf, aus bloßer Furcht, unterliegen zu müſſen. Der deutſche Michel läßt ſich vielleicht lange Zeit von einem Schwächeren puffen und knuffen, weil er ſich nicht denken kann, daß es Ernſt iſt; aber wenn er ſieht, daß der Kampf notwendig iſt, dann weicht er auch einem Stärkeren nicht, dann packt er nur deſto kräftiger zu. Alſo mit ſolchen Gründen ſoll man uns nicht kommen.

Ferner iſt ein übermäßiger Peſſimismus durch nichts gerechtfertigt. Die Polen haben nach dem Untergange ihres Reiches ſich aufgerafft und gelernt; warum ſollen wir Deutſchen allein hoffnungsloſe Schüler ſein? Wir haben ja doch 1870/71 das große Examen beſtanden, das uns niemand zugetraut hatte, am wenigſten wir ſelber, — das Examen der politiſchen Einigkeit. Wir werden auch lernen, was wir brauchen, um uns gegen die polniſche Flut zu behaupten, und ſollten wir ſogar bei dem polniſchen Leichtſinn in die Schule gehen. Wir ſind in der Sache viel zu ſehr Grübler und Zauderer. Wir halten in dem Augenblick, wo wir auf den Wällen ſtehen ſollten, im Rathauſe Kriegsrat und wundern uns dabei über den

Feind, der die Sturmleitern anſetzt und den wir nun plötzlich als einen gefährlichen und unüberwindlichen erkennen. Nein, verehrte Herren, wenn ihr jetzt auf den Wällen ſtändet, anſtatt im Rathauſe überflüſſigerweiſe die Köpfe zuſammenzuſtecken, dann würde das, was der Feind tut, Leichtſinn und Tolldreiſtigkeit ſein, und ihr würdet ihn mit blutigen Köpfen heimſchicken! Daß das ſanguiniſche Temperament der Polen ſolche Erfolge erntet, iſt die Schuld unſerer falſchen Auffaſſung.

Ich darf hier auf das verweiſen, was in einem früheren Abſchnitt über den Wert und die Kraft der beiden in Betracht kommenden Völker in kultureller Beziehung geſagt worden iſt. Wir können und werden Garantien für den Erfolg haben, wenn wir unſere Kräfte gehörig einſetzen, was bisher eben noch niemals in genügendem Maße geſchehen iſt.

Daran hegen freilich ſehr ernſthafte Leute Zweifel. Vor allem hieß es, Freiſinnige und Klerikale würden in dem Kampfe gegen das Polentum immer abſeits ſtehen. Aber das hat ſich als unrichtig erwieſen. Längſt ſtehen wir bereits der Tatſache gegenüber, daß die Mehrheit des freiſinnigen Bürgertums in Wahlkämpfen und bei anderen Gelegenheiten treu zum Deutſchtum ſteht und daß die polenfreundliche Minderheit langſam immer mehr abnimmt und zu Kompromiſſen mit der entſchieden nationalen Richtung genötigt wird. Die freiſinnigen Polenfreunde ſind in den Landesteilen, wo man die Polen wirklich kennt und mit ihnen in Berührung ſteht, nur noch in verhältnismäßig geringer Zahl zu finden; ſie hauſen vielmehr im Innern des Reiches und beurteilen die Verhältniſſe nur nach vorgefaßten politiſchen Theorien. Noch auffallender iſt die Bewegung der deutſchen Katholiken, von der hier früher ſchon geſprochen iſt. Die deutſchen Katholiken ſtehen politiſch zumeiſt auf dem Boden des Zentrums, aber zwiſchen ihrer

Auffaſſung in nationalen Fragen und der etwa der „Kölniſchen Volkszeitung“ liegt ein wahrer Abgrund. Auch ſie haben eben das Polentum in ſeiner wahren Geſtalt erkannt und ſind treue Mitkämpfer ihrer deutſchen Volksgenoſſen geworden.

Nun wird man einwenden, das könne wohl richtig ſein, aber die Auffaſſungen dieſer gegen das Polentum kämpfenden Freiſinnigen und Klerikalen würden ſich doch nicht ſo recht mit denen der nationalen Parteien decken, und das ergebe doch zuletzt niemals ein ſo geſchloſſenes Zuſammenhalten, wie wir es bei den Polen ſehen. In dieſem Einwande liegt ein doppelter Irrtum. Wer den Abſchnitt über das polniſche Parteiweſen in dieſem Buche geleſen hat, wird geſehen haben, daß auch das Zuſammenhalten der Polen keine Uniformität der geſamten politiſchen Geſinnung bedeutet. Aber allerdings in der Exiſtenzfrage ihrer Nationalität ſind ſie alle einig und laſſen ſich gegenſeitig gelten; ſie ordnen ihre politiſchen Meinungsverſchiedenheiten der nationalen Frage unter. Das iſt aber das, worauf es allein ankommt. Weder iſt es alſo richtig, daß die polniſche Einigkeit und Geſchloſſenheit ſich auf alle Fragen von öffentlichem Intereſſe bezieht, noch iſt es nötig, daß wir Deutſchen eine ſolche Forderung ſtellen.

Es iſt im Gegenteil ſogar recht heilſam, wenn das innerpolitiſche Leben der deutſchen Bevölkerung in ſich ſeine mannigfache Geſtalt und verſchiedene Färbung behält, wenn ſich nur alle Parteien darin einig ſind, daß wir dem Polentum ſein weiteres Vordringen unmöglich machen und es womöglich zurückdrängen müſſen. Eine deutſche Bevölkerung würde ſich niemals wohl fühlen, wo ihr zugemutet wird, ihre Meinungen ganz und gar nach einer Schablone zu geſtalten. Aber die Einſicht in ſolche unbezweifelbare Realität, wie es die Polengefahr iſt, verträgt ſich mit *jeder* Parteianſchauung; ſie *muß* ſich mit ihr vertragen, weil einfache

Wahrheiten, die ſich jedem, ſozuſagen, auf der Straße aufdrängen, von niemand ungeſtraft beiſeite geſchoben werden können. Wir müſſen alſo dahin kommen, und ſchon jetzt läßt der Lauf der Dinge die ſichere Erwartung zu, daß wir dahin kommen werden, daß alle Deutſchen, ohne ihre politiſchen und religiöſen Überzeugungen irgendwie aufzugeben, doch die Polengefahr in ihrer wahren Größe erkennen und in den Punkten, wo es auf ihre Abwehr ankommt, ſich gegenſeitig unterſtützen. Der Vorteil dieſer Form des Zuſammenhaltens, wodurch undeutſche Gleichmacherei und Geſinnungstyrannei vermieden, politiſche Reife und Disziplin aber gefördert wird, liegt außerdem auch noch in der Vermeidung eines Irrtums, der die Wirkung der beſten Maßregeln zu ſtören geeignet iſt. Es iſt nämlich der Irrtum, daß die Polenfrage nur gelöſt werden könne, wenn beſtimmte Maßregeln angewendet werden, auf die ſich der allgemeine Konſenſus richtet. So wie ungebildete Leute vom Arzt vor allem eine Medizin verlangen, die ſie nach geſchriebenem Rezept aus der Apotheke holen können und von der allein ſie die möglichſt ſchleunige Wiederherſtellung der Geſundheit erwarten, um im übrigen möglichſt unvernünftig und geſundheitswidrig weiter zu leben, ſo verlangen auch in der Polenfrage viele Politiker von der Regierung, daß ſie ſich hinſetzt und ein Rezept ſchreibt. Wenn dann die große Apotheke, die man „preußiſcher Landtag“ nennt, die Medizin geliefert hat, dann wird ſie dem Kranken, der hübſch im Bett liegt und ſich die Schlafmütze recht tief über die Ohren gezogen hat, löffelweiſe eingegeben und ſtill die Wirkung abgewartet. Tritt ſie nicht ſofort ein, ſo iſt nach der allgemeinen Überzeugung des Hauſes der Arzt ein Eſel. Unſere nationale Krankheit im Oſten aber fordert einen Arzt, der mit den Vorurteilen der volkstümlichen Medizin energiſch aufräumt, der zunächſt in das Krankenzimmer friſche Luft und Licht hereinläßt, der dem Kranken zwar

auch kräftige Koſt und ein heilkräftiges Tränklein verabreicht, ihm aber zugleich ſagt: „Lieber Freund, ich allein kann dich nicht geſund machen; dein Körper ſelbſt muß ſich geſund machen, und dazu gehört, daß du ſelbſt deine Kräfte wieder gebrauchen lernſt und deine Glieder regſt.“

Es beſteht die große Gefahr, daß, wenn immer nur die Frage der beſondern Maßregeln, der großen Mittel gegen das Polentum erörtert wird, das Bewußtſein ganz und gar verloren geht, daß die Wirkungen aller ſolcher Maßregeln nicht ſo umfaſſend ſein können, um darüber alles andere zu vergeſſen. Dieſe großen Mittel ſind eben nur Arbeitsprogramme, über die man ſich in beſtimmten Fragen des öffentlichen Lebens zu verſtändigen hat, wenn auf dieſen Tätigkeitsgebieten das allgemeine Streben der deutſchen Bevölkerung, ſich gegen das Polentum zu behaupten, geſtützt und gefördert und vor allen Dingen nicht durchkreuzt werden ſoll. Wenn die Sache ſo aufgefaßt wird, kann die Wirkung *mit der Zeit* nicht ausbleiben. Aber die Vorſtellung, daß irgend eine Einrichtung, ſei es die Anſiedlungskommiſſion, oder ſei es etwas anderes, allein geeignet ſei, uns in kurzer Zeit von allen Schmerzen zu befreien, iſt ein offenbar ungereimtes Spiel der Einbildungskraft. Dergleichen gibt es nicht. Wir müſſen immer wieder darauf zurückkommen, daß es ſich bei der Polenfrage nicht um irgend einen akuten Übelſtand in den Staatseinrichtungen, ſondern um ein Ringen um Recht und Exiſtenz zwiſchen zwei Völkern handelt. Von der Arbeit und den Laſten eines ſolchen Kampfes, ja auch von dem Moment der Ungewißheit des Ausganges, das in jedem Kampf liegt, kann niemand befreit werden. Wir können nur durch Kampffreudigkeit und gute Waffen dieſe Ungewißheit ſo weit herabmindern, daß ſie für uns zur Siegesgewißheit wird. Auch im wirklichen Kriege gibt es keine Methode, bei der der Feldherr etwa nur auf einen Knopf zu drücken brauchte, um die feindliche

Armee mit allem Material unfehlbar in die Luft zu ſprengen. Auch der genialſte Feldherr, der über vorzügliches und reichliches Kriegsmaterial verfügt und die trefflichſten Dispoſitionen zu machen verſteht, bedarf der Soldaten, von denen jeder einzelne bereit ſein muß, an ſeiner Stelle alles für den Erfolg einzuſetzen.

Das iſt auch in der Polenfrage die Hauptſache. Nicht die Regierung als Feldherr allein, nicht das Kriegsmaterial der beſonderen Mittel und Maßregeln entſcheidet den Sieg, ſondern jeder einzelne Deutſche, der dem Polentum gegenüber an ſeiner Stelle als Soldat ſteht. Hier können wir uns die Polen zum Muſter nehmen, ohne daß wir unſerer deutſchen Eigenart im geringſten untreu zu werden brauchen. Man iſt ſogar verſucht zu behaupten, ein individualiſtiſch veranlagtes Volk müſſe eine ſolche Rolle noch viel wirkſamer durchführen können, als es ſlawiſcher Herdeninſtinkt vermag. Die Art der Polen, ſich jede Kleinigkeit im Alltagsleben daraufhin anzuſehen, ob vielleicht eine Verleugnung des Polentums oder eine Förderung des Deutſchtums dahinter ſtecken könnte, kann ſehr wohl von deutſcher Seite nachgeahmt werden, ohne daß dadurch die Empfindung entſteht, man handle ſeiner Art zuwider oder unter fremdem Druck. Es gibt die verſchiedenſten Spielarten dieſer intimen und privaten Abwehr des Polentums, und jeder Deutſche würde ſie ſeiner perſönlichen Art und ſeiner Lebenslage nach mit Leichtigkeit finden können, wenn er nicht durch die bisherige Behandlung der Polenfrage ſyſtematiſch daran gewöhnt worden wäre, beſtändig über große Staatsaktionen zur Vertilgung der Polen vom Erdboden nachzudenken. Von der Regierung das rückſichtsloſeſte Einſchreiten fordern, auf die Anſiedlungskommiſſion ſchimpfen, und dann hingehen, um ſeine Bedürfniſſe in polniſchen Geſchäften einzukaufen und bei jeder Gelegenheit ohne Not polniſch zu ſprechen, — das iſt in ſehr vielen Fällen das deutſche Verhalten zum Polen-

tum. Die Wachsamkeit im Kleinen, das ruhige, bestimmte Ablehnen jedes polnischen Einflusses ist das, was uns vor allem fehlt. Das bezieht sich aber nicht nur auf das häusliche, alltägliche Leben, sondern auch auf die Berufstätigkeit und alle dergleichen Beziehungen. Die Frage: „Wie kann ich in allen meinen Lebensbeziehungen, auf meiner besonderen Lebensbahn dem Polentum den Weg abschneiden?“ — muß die Frage jedes Deutschen sein. Auf diesem Wege muß notwendig neben dem Kleinen auch das Große zu seinem Rechte kommen. Dann können auch abweichende Ansichten nicht dahin führen, den andern zu stören, wenn er auf seine Art, die nicht die unsrige ist, dem Polentum entgegentritt. Die Kritik kann alsdann hemmend nur auf diejenigen wirken, die dem Polentum Vorschub leisten, die Einsicht in die Gefahr verwischen; diese aber sollen auch gehindert und gestört werden. Für die großen, gemeinsamen Aktionen aber, die solchem individuellen Wirken voran- und nebenhergehen, kommt es darauf an, der Kritik das Entmutigende, Herabdrückende zu nehmen, das jetzt so oft aus Rechthaberei und übler Gewohnheit hineingelegt wird. So kann die Tätigkeit des Deutschtums auf ein Ziel gelenkt werden, ohne daß man uniformiert und schablonisiert.

In dem, was hier ausgeführt worden ist, liegt auch schon die Antwort auf die Frage, wer denn eigentlich den Kampf gegen das Polentum führen soll. „Wir alle wollen Hüter sein,“ so heißt es auch im Osten. Wir haben uns aber doch noch mit denen auseinanderzusetzen, die anderer Meinung sind.

Da ist zunächst die Meinung, der Kampf gegen schädliche Einflüsse im Staat, also auch das Polentum, sei ausschließlich eine Pflicht des Staates, an der der einzelne Bürger keinen Anteil habe. Aber das ist im modernen Staate ein Unding. Ferner vergessen die Vertreter dieser Anschauung, daß das Polentum selbst der angreifende Teil ist, und zwar

sich gegen die Bevölkerung, nicht direkt gegen die Regierung wendet. Wollten wir der Regierung allein den Kampf überlassen, so würden die von Feigheit, Bequemlichkeit und allerlei Sonderinteressen geleiteten Elemente ohne Zweifel das Deutschtum wehrlos der polnischen Propaganda ausliefern. Wir müssen die Polen mit ihren eigenen Waffen, mit einem entsprechenden Einsatz an Nationalkraft schlagen; das wird uns natürlich nicht gelingen, wenn wir aus falscher Friedensliebe nur die Regierung allein, d. h. mit andern Worten die Mittel des Polizeistaates gegen sie ins Feld schicken. Auch kann die Regierung nur eingreifen, wenn die Gesetze übertreten werden. Die Polen aber werden nicht so töricht sein, das Gesetz zu verletzen, wenn sie infolge der Indolenz der deutschen Bevölkerung auf gesetzlichem Wege ebensoweit kommen.

Der Ansicht von der Alleinberechtigung der Regierung zur Führung des Kampfes gegen das Polentum steht nun das andere Extrem gegenüber, daß die Regierung ganz ausscheiden möchte. Die Vertreter dieser andern Ansicht sagen: „Gerade das Ringen zweier Nationen auf demselben Boden kann nur durch die freie Konkurrenz, durch die freie Entfaltung der Kräfte auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiet, sowie durch die physische Tüchtigkeit der Rasse entschieden werden. Der Staat kann nichts dazu tun; jedes Eingreifen kann nur schaden. Er hat nur dafür zu sorgen, daß die Streitenden den Boden des Gesetzes und der staatlichen Ordnung nicht verlassen."

Diese weitgehende Anschauung bedarf gleichfalls der Einschränkung und Berichtigung. Eine solche vollständige Neutralität des Staates ist nur dann denkbar, wenn es für Bestand und Aufgaben des Staates vollkommen gleichgültig ist, welche Nationalität die Oberhand gewinnt. So steht es aber hier nicht. Falls die Polen Sieger bleiben und die Deutschen zurückdrängen, sind wichtige preußische

Landesteile unmittelbar gefährdet. Darum muß der Staat mit für das Deutschtum eintreten. Überdies ist das deutsche Volk einmal daran gewöhnt, stets getrieben, angeleitet, von oben her autorisiert zu werden. Wohl tritt auch bei den Deutschen einmal ein Moment ein, wo sie auch ohne Bevormundung ihre volle Tüchtigkeit entwickeln und ihre ganze Energie einsetzen. Doch ehe es so weit kommt, müßten wir dem Gegner schon zu viel Vorsprung lassen und eine zu schwere Gefahr heraufbeschwören. Diese Verantwortung kann niemand übernehmen, darum brauchen wir notwendig die Führung und Mitwirkung der Regierung.

Da tritt uns der Einwand entgegen, das sei verfassungswidrig. Die Polen seien doch auch gleichberechtigte preußische Staatsbürger. Das Bedenken wäre berechtigt, wenn es sich wirklich um einen Kampf gegen die polnische Nationalität handelte. Die gutmütigen und friedfertigen Leute, die sich mit Entsetzen unter der notwendigen Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Polen ein plötzliches, brutales und rechtswidriges Knechten und Hinauswerfen des Schwächeren vorstellen, können sich beruhigen. Verhindert werden sollen auf unserm Staatsgebiet nur *diejenigen* Lebensäußerungen und Bestrebungen der polnischen Nation, die in ihren Folgen gegen den Bestand des Staates in seinem jetzigen Umfange gerichtet sind. Diese Bestrebungen sind ihrem Wesen nach verfassungswidrig und müssen also pflichtgemäß vom preußischen Staat bekämpft werden. Wenn die Polen selbst sich auf die preußische Verfassung berufen, so müssen sie auch im Sinne der fundamentalen Tendenz der preußischen Verfassung, nämlich der Integrität des Staatsgebiets und der daraus fließenden Rechte, handeln. Falls freilich jeder Pole glaubt, seine Nationalität nur in einer feindlichen Aktion gegen den preußischen Staat betätigen zu können, dann allerdings richtet sich notgedrungen die Abwehrtätigkeit der Regierung gegen das gesamte Polen-

tum, aber das ist Schuld der Polen selbst, die sich ihr verfassungsmäßiges Recht jeden Augenblick sichern können, wenn sie sich auf den Boden der Verfassung stellen.

Das ist die theoretische Seite der Frage, wenn wir den Begriff eines nationalen Staates ganz aus dem Spiel lassen. Es besteht aber kein Zweifel, daß der preußische Staat, der die ganze Summe geistiger Potenzen, die in ihm wirkt, das Kapital, mit dem er arbeitet, die Kultur, die er verwirklicht, sein Recht und seine Überlieferung allein deutschem Geist und deutscher Arbeit verdankt, der an erster Stelle die deutsche Nation vertritt, — daß dieser Staat auch die positive Aufgabe hat, innerhalb seiner Grenzen das Deutschtum zu fördern, mindestens aber nicht untergehen zu lassen. Welche Folgerungen daraus im einzelnen zu ziehen sind, wird an anderer Stelle zu besprechen sein.

Wir können nun die allgemeine Untersuchung über die Wege und Ziele bei dem Kampf gegen die Polengefahr mit folgenden Forderungen abschließen:

1. Es ist notwendig, daß die Einsicht in das Wesen der Polengefahr immer mehr und immer weiter verbreitet wird und alle Kreise der deutschen Bevölkerung durchdringt. Darauf muß mit Energie hingearbeitet werden.

2. Alle Deutschen müssen, jeder in seinen besonderen Verhältnissen, in Beruf und häuslichem Leben bestrebt sein, polnische Einflüsse und Bestrebungen von sich fern zu halten und zu durchkreuzen.

3. Es kommt dabei nicht darauf an, daß jeder genau dasselbe tut wie der andere. Es ist im Gegenteil wünschenswert, daß persönliche und sogar Parteifärbungen erhalten bleiben, wofern sie nur in nationalen Fragen dem allgemeinen Ziel, das Vorwärtsdringen des Polentums zu hindern, untergeordnet werden. Wo dies geschieht, sind andere Ansichten und Methoden, die offenbar dasselbe Ziel anstreben, zu achten und möglichst wenig durch unnötige Kritik zu stören.

4. Die Regierung hat die Pflicht, ſich an dem Kampfe gegen das gefährliche Vordringen des Polentums energiſch zu beteiligen. Dieſer Kampf muß möglichſt auf dem Boden der Verfaſſung bleiben. Die Rückſichten auf die Verfaſſung hindern aber die Regierung nicht, ſondern verpflichten ſie ſogar:

a) allen den Handlungen der Polen, die in ihren Folgen das Staatsintereſſe bedrohen, durch geſetzgeberiſche Maßregeln und energiſche Wahrung ihrer Autorität ſcharf entgegenzutreten,

b) Maßregeln zu ergreifen, durch die im beſonderen das Deutſchtum geſtärkt und geſtützt wird.

5. Man muß ſich gegenwärtig halten, daß es für das Eintreten in den Kampf und für die Wahl der Mittel nicht entſcheidend ſein kann, ob wir ſchon jetzt den vollſtändigen Verlauf und Ausgang des Kampfes überſehen können oder nicht. Wir haben uns nicht um das künftige Schickſal der Polen zu beunruhigen, ſondern lediglich unſer Hausrecht zu wahren. Haben wir aber die Oberhand ſo weit gewonnen, daß die Beſtrebungen der Polen jede Gefahr für unſern Staat verloren haben, ſo haben wir durchaus kein Intereſſe daran, die unter uns wohnenden Polen mit irgend welchem Haß anzuſehen oder ihnen ein Recht zu rauben, auf das wir ſelbſt Wert legen. Sie mögen ruhig ihrer Nationalität anhängen, falls ſie nur in Gegenwart und Zukunft treue preußiſche Staatsbürger und Angehörige des Deutſchen Reiches ſind.

Das iſt die Grundlage unſerer weiteren Betrachtungen.

Kapitel 11.

Die Organiſation des Deutſchtums.

Die eigentliche, treibende Kraft zur Unſchädlichmachung des Polentums kann nicht vom Staate ausgehen; ſie muß aus der Bevölkerung ſelbſt kommen. Eine von der Staats-

autorität unabhängige zielbewußte Wirksamkeit zugunsten des Deutschtums bedarf aber einer Organisation. Man darf diese Arbeit nicht einem blinden Ungefähr überlassen. Das moderne Mittel, um eine freie, private und doch organisierte Tätigkeit zu schaffen, ist das Vereinsleben. Wir müssen also einen Verein haben, der die Förderung des Deutschtums in den Ostmarken auf seine Fahne schreibt.

Ein solcher Verein besteht bekanntlich; wir verdanken ihn der Anregung des Fürsten Bismarck, der im Herbst 1894 die Huldigung einer stattlichen Anzahl von Deutschen aus der Provinz Posen entgegennahm und sie ermahnte, im Kampfe gegen das Polentum fest zusammenzustehen. Alsbald taten sich hervorragende Männer aus der Provinz Posen zusammen, um einen „Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken" zu gründen. An die Spitze traten drei angesehene Großgrundbesitzer der Provinz, die in allen Kreisen der deutschen Bevölkerung als entschieden nationalgesinnte Männer in hoher Geltung standen und überdies durch ihre Vermögensverhältnisse nach jeder Richtung hin unabhängig waren. Es waren dies der greise Landesökonomierat Kennemann auf Klenka, ein Altersgenosse des Fürsten Bismarck, ein Mann von seltener Frische und Regsamkeit, der in jungen Jahren in die Provinz Posen gekommen war und sich in rastloser Arbeit Schritt für Schritt eine große Stellung in der Provinz erworben hatte; ferner der Major a. D. von Tiedemann auf Seeheim, der Sprößling einer Familie, die zu allen Zeiten das Panier des Deutschtums gegen das Polentum hochgehalten hatte, er selbst ein ebenso unerschrockener und unbeugsamer, wie zugleich besonnener, ruhiger und politisch maßvoller Vorkämpfer des Deutschtums; endlich der noch in jungem Mannesalter stehende, leider im Sommer 1900 zu früh verstorbene Dr. Ferdinand von Hansemann auf Pempowo, ein Mann von reiner Begeisterung für die deutsche Sache,

von edlem Streben und ernster Lebensauffassung, von Arbeitskraft, Arbeitslust und Hilfsbereitschaft, vielleicht hin und wieder etwas zu temperamentvoll vorwärts stürmend, aber doch dadurch anregend und andre mit sich fortreißend. Die Polen machten sich den Scherz, den Verein nach den Anfangsbuchstaben der so gleich auslautenden Namen der genannten drei Herren als „Towarzystwo H-K-T“ (H-K-T-Verein) zu bezeichnen. Dieser Spottname wurde bei den Gegnern des Vereins und schließlich auch im Alltagsgebrauch befreundeter Kreise allmählich so gang und gäbe, daß die von der polnischen und klerikalen Presse gebrauchten Ausdrücke wie „Hakatismus“ (hakatyzm) und „Hakatist“ (hakatyst) mit Bezug auf die Bestrebungen des Vereins schon allgemein verständlich geworden sind.

Für unsere Auffassung ergibt sich aus dem bisher Entwickelten schon klar genug die Notwendigkeit eines solchen Vereins. Ohne das Bestehen eines solchen würde alles, was außerhalb der staatlichen Maßregeln zugunsten des Deutschtums geschehen kann, zu sehr dem Zufall überlassen bleiben. Ist überhaupt ohne eine Vereinsorganisation eine planmäßige Tätigkeit für das Deutschtum möglich? Ein vollkommen unbefangenes Urteil wird diese Frage verneinen müssen. Es wird aber notwendig sein, noch näher die Aufgaben zu bezeichnen, die nur auf diesem Wege gelöst werden können. Gewiß haben wir bereits die Forderung aufgestellt, jeder einzelne Deutsche, der mit Polen in Berührung kommt, müsse darauf bedacht sein, seine Nationalität zu wahren und zu verteidigen. Aber für die praktische Durchführung dieser Aufgabe genügt nicht der gute Wille allein, den jeder für sich selbst hat. Ohne eine gewisse Leitung und Verständigung mit anderen werden wir doch nicht erheblich vorwärts kommen können.

Es ist schon auseinandergesetzt worden, daß unter dem Zusammenhalten und Zusammenwirken der Deutschen nicht

eine Uniformierung und Reglementierung ihres ganzen Verhaltens gegenüber den Polen verstanden sein soll. Es soll im Gegenteil möglichste Freiheit der Berufskreise und Persönlichkeiten herrschen. Aber das schließt nicht aus, daß die zusammenwirkenden Kräfte sich einer Disziplin unterwerfen. Notwendig ist das schon deshalb, weil das Polentum durch Charakter und Lage ohnehin eine größere Geschlossenheit gewinnt. Der Deutsche aber, vor allem der fern von jeder Berührung mit polnischer Bevölkerung lebende Deutsche, kommt von selbst gar nicht auf den Gedanken, daß ein politisch untergegangenes Volk, von dem er in der Regel nur weiß, daß es als unkultiviert und leichtsinnig gilt, jemals im Ernst deutsches Grenzgebiet, einen Teil des mächtigen Deutschen Reiches gefährden könnte. Das Bewußtsein, daß sich die Sache anders verhält, daß in der Tat wichtige Reichsinteressen auf dem Spiel stehen, darf nicht nur bei denen stehen bleiben, die aus Erfahrungen am eigenen Leibe zu dieser Überzeugung kommen, sondern es muß bei allen verbreitet werden, die es angeht, d. h. im ganzen deutschen Volke. Überall im Reiche muß das deutsche Volk aus seinem Schlummer geweckt, es muß ihm die Gefahr im Osten gezeigt werden; es muß über Umfang und Art der Gefahr genügend unterrichtet und aufgeklärt und zur Teilnahme an ihrer Beseitigung herangezogen werden. Da es sich um einen mit friedlichen und gesetzlichen Mitteln zu führenden Kampf für deutsche Gesamtinteressen handelt, so müssen alle geeigneten Kräfte aus Deutschland wirtschaftlich dabei interessiert werden. Überall im Reich müssen Geldmittel und Arbeitskräfte geworben werden. Wie soll aber diese notwendige Arbeit der Werbung und Aufklärung, der Sammlung geistiger und wirtschaftlicher Kampfmittel geleistet werden ohne eine bestimmt darauf gerichtete Organisation?

Die Disziplin, der sich das Deutschtum notwendig zu

unterwerfen hat, muß sich auch auf die Art und Weise erstrecken, wie man die vorliegenden Aufgaben praktisch lösen will. Es soll niemand gehindert werden, die Polen so zu bekämpfen, wie es seiner besonderen Persönlichkeit und Lage entspricht, wohl aber muß jeder möglichst gehindert werden, andere in ihrer Arbeit zu stören. Das geht nicht ohne Gelegenheit zur Verständigung und Aussprache, wie sie eben das Vereinsleben bietet. Hier kann der Disziplinlosigkeit der Kritik gesteuert werden, ohne daß die Meinungen vergewaltigt werden. Es ist schon an anderer Stelle davon gesprochen worden, wie sich die Debatten der Presse und politischen Vereinigungen über die Polenfrage mit Vorliebe auf die Erörterungen einzelner großer Maßregeln stürzen, die von den einen als unfehlbare Heilmittel gepriesen, von den anderen als der Gipfel des Unsinns bekämpft werden. Man erschöpft sich förmlich in der Kritik dessen, was von anderer Seite geschieht. Was ist dagegen zu machen? Sollen die Leute etwa nicht gehört werden? Gewiß sollen sie gehört werden, aber sie sollen auch lernen, sich ineinander zu schicken, miteinander zu arbeiten. Deshalb sagen wir: Sprecht euch aus, und zwar ausgiebig, tauscht eure Meinungen aus, und begründet sie, aber denkt daran, daß ein einheitliches, praktisch brauchbares Ergebnis herauskommen muß, und fragt euch, ob es notwendig ist, sich zu bekämpfen, oder ob nicht vielmehr verschiedene Meinungen zu einem Ziel geleitet werden können! Mit einem Wort: Organisiert euch und gebt euch gegenseitig Rechenschaft über das, was ihr tut und erreicht habt! Und das führt wieder zu dem ceterum censeo: Nur in einer Vereinstätigkeit kann die Frage, was der einzelne in seiner Lebenssphäre für das Deutschtum tun kann, praktisch wirksam gelöst werden.

Und endlich: Wenn nun ein solcher Verein die nötigen Erfolge in den schon bezeichneten Richtungen erringt, wenn

ihm Geldmittel zufließen und über die Mittel und Wege zur Förderung des Deutschtums Klarheit verbreitet wird, so bleibt immer noch die wichtige praktische Frage, wie die vorhandenen Mittel und Kräfte im einzelnen zweckmäßig verwendet werden sollen. Da kann keine Behörde, keine gute Meinung einzelner helfen; da muß ein vollendet organisiertes System von Informationen in dem gefährdeten Gebiet selbst vorhanden sein, wie es wiederum nur ein gut organisierter, ausgebreiteter Verein zu schaffen vermag, dessen Leitung mit den Verhältnissen an Ort und Stelle wohl vertraut ist.

Das sind so durchschlagende Gründe für die Notwendigkeit einer solchen Organisation, wie der „Deutsche Ostmarkenverein" — diese kürzere und zweckmäßigere Bezeichnung hat der Verein bei Neuregelung seiner Satzungen im Jahre 1900 angenommen —, daß einzelne Bedenken und Einwände gegen das, was der Verein hier und da getan und unterlassen haben soll, eigentlich vollkommen hinfällig werden. Dennoch wird es gut sein, einzelne dieser Einwände etwas näher zu betrachten.

Zunächst wird mitunter behauptet, es sei überhaupt ein Fehler, sich ausdrücklich zur Bekämpfung der polnischen Gefahr zu organisieren, weil doch neben manchen immerhin möglichen guten Wirkungen notwendig der Übelstand herbeigeführt werde, daß sich das Polentum seinerseits gleichfalls zur Erhaltung seiner Nationalität organisiert. Diese Warnung fällt vollständig in sich zusammen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil das Polentum, lange bevor an die Gründung des Ostmarkenvereins auch nur im entferntesten gedacht wurde, bereits über eine im nationalen Sinne tätige Organisation verfügte. Tatsächlich hatten die Polen vor der Gründung des Ostmarkenvereins sogar zwei Organisationen, die einer Propaganda für das Polentum dienten: der sogenannte

„Marcinkowski-Verein" und — die katholische Kirche. Dank der Tätigkeit des Ostmarkenvereins haben sie sich noch eine dritte geschaffen, den Verein „Straż" (d. h. Wacht).

Von dem Marcinkowski-Verein hätte in dieser Schrift die Rede sein können, als die polnische Propaganda in den Hauptzügen geschildert wurde. Es scheint mir aber die eigenartige Wirkung dieses Vereins eindringlicher hervorzutreten, wenn sie an dieser Stelle besprochen wird, wo es sich um die Beurteilung der Berechtigung und Notwendigkeit einer deutschnationalen Organisation handelt.

Die Polen bestreiten auf das Lebhafteste, daß der Marcinkowski-Verein der nationalen Propaganda dient. Es ist auch richtig, daß in den Statuten die polnischen Ziele geschickt verhüllt sind. Der Verein wurde im Frühjahr 1841 durch einen polnischen Patrioten, den Dr. Marcinkowski, der schon 10 Jahre vorher im Anschluß an die revolutionäre Bewegung in Polen den Plan dazu gefaßt hatte, gegründet. Nach dem Wortlaut seiner Satzungen stellt er Mittel zur Verfügung, um mittellosen, aber begabten jungen Leuten zum Studium zu verhelfen und ihnen den Weg zu einem höhere Bildung voraussetzenden Berufszweige zu bahnen. Die Sache schien bei ihrer Begründung sogar einem Manne wie dem Oberpräsidenten v. Flottwell so harmlos und human, daß er kein Bedenken dagegen hatte. Bald nach dem Rücktritt Flottwells stellte sich heraus, daß der Verein nicht so harmlos war, wie er erschien. Im Jahre 1847 sah sich der Oberpräsident v. Bauermann sogar veranlaßt, strenge Bestimmungen zur Kontrolle des Vereins zu erlassen. Immerhin hätten diese Kontrollbestimmungen den Verein nicht gehindert, wenn er nur humane, nicht polnisch-nationale Zwecke verfolgt hätte. Aber es gelang dem Vorstand, in Berlin den König und die hohen Behörden umzustimmen; der Oberpräsident sah sich im Stich gelassen, und der Verein blieb unbehelligt. Um die Sache unauf-

Marcinkowski-Verein" und — [illegible]
r Tätigkeit des Ostmark[illegible]
itte geschaffen, den Verein [illegible]

Von dem Marcinkowski-[illegible]
chrift die Rede sein können [illegible]
den Hauptzügen geschildert [illegible]
e eigenartige Wirkung [illegible]
treten, wenn sie an [illegible]
ch um die Bewahrung der [illegible]
it einer deutschnationalen [illegible]

Die Polen [illegible]
Marcinkowski-Verein [illegible]
s ist auch richtig, daß [illegible]
iele geschickt verhüllt [illegible]
ahr 1841 durch einen [illegible]
nkowski, der schon [illegible]
revolutionäre Bewegung [illegible]
hatte, gegründet. [illegible]
sollte er Mittel zur [illegible]
[illegible]

u
r
ne
es
en

seit
Ost-
igkeit
kann,
rufen"
unver-
deutsche
usche sein
, daß das
anders ver-
ch wenigstens
echnet werden.
als Organisation
katholische Kirche.
Nähere ausgeführt
welchem Maße die
m zur Verfügung stellt.
diese Machtmittel sind,

fälliger zu machen, hatte die polnische Vereinsleitung damals unter starker Betonung des rein humanen, unpolitischen Zwecks auch Deutsche zu ihren Bestrebungen herangezogen. Heute beißt glücklicherweise kein Deutscher mehr auf solchen Köder an, und niemand, der den Verein überhaupt kennt, glaubt an seine Harmlosigkeit. Denn da der polnische Verein völlig freie Hand hat, so steht es ganz in seinem Belieben, die Mittel fast nur jungen Polen zufließen zu lassen. Das ist auch gar nicht weiter auffällig; denn wer könnte leugnen, daß die niedere und ärmere Bevölkerung im Osten überwiegend polnisch ist! Wer kann sich also darüber wundern, wenn der Verein fast nur Polen ausbilden läßt und den wenigen Deutschen, die ausnahmsweise hier und da zu einem Stipendium gelangen, die so harmlose Bedingung auferlegt, daß sie sich die polnische Sprache anzueignen haben?

Der Marcinkowski-Verein verfolgt und erreicht einen doppelten Zweck. Er sorgt erstens durch seine Ausbildungsbeihilfen für eine Befestigung und Gesundung der nationalpolnischen sozialen Verhältnisse. Denn er schafft durch seine Tätigkeit aus den begabten Elementen der früher in Unbildung und Trägheit dahinlebenden Volksmasse jenen rührigen Mittelstand von Kaufleuten, Lehrern, Ärzten, Rechtsanwälten, Apothekern usw., der einen ganz besonderen Charakterzug in das Polentum der Gegenwart hineinbringt. Alle diese Leute sind sich dessen vollbewußt, daß sie es nur der Opferwilligkeit ihrer polnischen Landsleute verdanken, wenn sie den Weg aus der Bauernhütte und der Kleinbürgerstube in eine relativ angesehene Lebensstellung gefunden haben. Es mischt sich in ihnen die ganze fanatische Leidenschaftlichkeit und der Herdeninstinkt der slawischen Volksmasse mit den Ergebnissen der neugewonnenen, freieren Bildung, und so ist es tatsächlich der Marcinkowski-Verein der diese rührigste und opferwilligste Klasse der modernen

polnischen Gesellschaft wesentlich gebildet hat, wodurch dem polnischen Nationalbewußtsein erst die Nachhaltigkeit und die Fähigkeit, Erfolge zu erringen, verliehen worden ist.

Und weiter: Der Verein begnügt sich nicht mit der erwähnten Aufgabe; er vermittelt auch Stellen, d. h. er disponiert über die Verteilung aller der Kräfte, von denen er annehmen kann, daß das Bewußtsein ihres Volkstums in ihnen ganz besonders lebendig ist. Natürlich hat er es auch hier in der Hand, nur diejenigen zu berücksichtigen, die diese Bedingung am besten erfüllen, d. h. besonders energisch und zielbewußt für das Polentum arbeiten. Zu dieser Tätigkeit des Marcinkowski-Vereins bedarf es keiner besonderen Satzung; man versteht sich gegenseitig ohne Worte. Darum bleibt der Verein im wahren Sinne des Wortes ein „Verein zur Förderung des Polentums in den Ostmarken".

Es ist schon bemerkt, daß der Marcinkowski-Verein seit 1841 besteht, also 53 Jahre länger, als der Deutsche Ostmarken-Verein. Wie man die Gründung und die Tätigkeit dieses letzteren Vereins unter dem Gesichtspunkt tadeln kann, daß er eine ebensolche Organisation der Polen „hervorrufen" könne, das bleibt unter diesen Umständen einfach unverständlich. Man könnte höchstens tadeln, daß der deutsche Verein mit offenem Visier ficht, während der polnische sein Ziel klug verbirgt, aber es liegt auf der Hand, daß das Deutschtum seiner ganzen Lage nach, gar nicht anders verfahren kann. Seine Ehrlichkeit müßte ihm doch wenigstens von den eigenen Landsleuten zur Ehre angerechnet werden.

Neben dem Marcinkowski-Verein wirkt als Organisation zur Förderung des Polentums auch die katholische Kirche. Darüber ist schon im 9. Kapitel das Nähere ausgeführt worden. Es geht daraus hervor, in welchem Maße die Kirche ihre Machtmittel dem Polentum zur Verfügung stellt. Wenn man nun bedenkt, wie groß diese Machtmittel sind,

über die die Kirche bei einem Volk von der Eigenart der Polen verfügt, so ist es doch geradezu eine Ungeheuerlichkeit, von dem deutschen Volke zu verlangen, daß es auf jede eigene Organisation verzichten soll.

Manche schelten den Ostmarken-Verein, weil er angeblich den nationalen „Fanatismus" den „Chauvinismus", den „Polenhaß", oder wie man sich sonst mehr oder weniger geschmackvoll ausdrücken mag, unter den Deutschen hervorrufe und pflege. Wie immer bei allen Angelegenheiten des öffentlichen Wohles in Deutschland, gibt es auch hier Leute, bei denen die Besorgnis vor der Störung des öffentlichen Friedens jede andere Einsicht und Empfindung beherrscht. Es wäre ungerecht, zu verkennen, daß diese Friedfertigkeit in vielen Fällen edlen Beweggründen und idealen Anschauungen entspringt. In anderen Fällen handelt es sich freilich um einfachen Mangel an Mut, und wieder zu einer dritten Kategorie muß man diejenigen rechnen, die sich durch Berufs-Interessen zu einer solchen Stellungnahme gedrängt sehen.

Über die unverfälschte Feigheit, die auch einer offenkundigen Gefahr für das Vaterland gegenüber Ruhe für die erste Bürgerpflicht erklärt, dürfte wohl kaum ein Wort zu verlieren sein. Dagegen wird man über das Mitsprechen der Berufsinteressen bei den meisten Menschen, die hier in Frage kommen, nicht zu scharf urteilen dürfen. Es ist für den Handwerksmann, den Kleinkaufmann, den kleinen Grundbesitzer nicht leicht, sich einem geschäftlichen Boykott auszusetzen, noch dazu wenn die Zeiten ohnehin schlecht sind. Kann man es schlichten Leuten, die in saurer Arbeit für das tägliche Brot schaffen, so sehr verdenken, wenn sie es nicht wagen, in dem Kampf der Nationalitäten Partei zu ergreifen, sondern versuchen, sich zwischen den Klippen glücklich hindurchzuwinden? Und wenn sie das versuchen, so wird man von ihnen auch nicht ein offenes Geständnis der eigenen Schwäche erwarten dürfen. Einige von ihnen

werden ja auch wohl ehrlich sagen: „Wir können nicht so, wie wir wohl gern wollten.“ Die meisten aber werden das ungern tun, aus Furcht, ihre wahre Meinung könnte dadurch unklug verraten werden. Darum ziehen sie es vor, ihre grundsätzliche Friedfertigkeit und Parteilosigkeit zu betonen, und damit ihnen das auch wirklich geglaubt werde, bezichtigen sie die mit ihrer nationalen Gesinnung stark Hervortretenden der Friedensstörung und des Fanatismus. Man braucht über solches Auftreten, wenn es auch nicht schön ist, nicht gleich allzuschroff den Stab zu brechen, aber unabhängige Leute sollten doch wenigstens für den wahren Grund dieser Friedfertigkeit ein offenes Auge haben. Daß die vielen Millionen unabhängiger Deutschen, die fern vom Kampfplatz sehr wohl die Not ihrer Volksgenossen durchschauen könnten, sich täuschen lassen, daß sie den Berichten und Anschuldigungen der Todfeinde unserer Nation Glauben schenken und jene kleinlaute Passivität, die einzelne unserer Landsleute aus Schwäche zur Schau tragen, für eine ernsthafte Überzeugung nehmen, darin, nur darin liegt das Bedauerliche. Der Kenner der Verhältnisse im Osten empfindet es förmlich als blutigen Hohn, wenn er vernimmt, wie sich deutsche Landsleute mitten aus dem Reich, die mit ihren Mitteln wohl helfen könnten, auf das Zeugnis der bedrängten kleinen Geschäftsleute im Osten dafür berufen, daß eine Polengefahr, polnische Propaganda und Agitation nicht existiere und daß man dort von dem „Fanatismus der Hakatisten“ nichts wissen wolle.

Wenn man die Schwäche der kleinen Geschäftsleute in vielen Fällen bis zu einem gewissen Grade entschuldigen kann, so gilt das natürlich nicht von den Elementen, die nicht materielle Not, sondern geschäftliche Gewissenlosigkeit von der Seite ihrer Landsleute ins feindliche Lager treibt. Es wäre z. B. nicht uninteressant, in der Stadt Posen festzustellen, wieviel Polenfreundschaft auf den Besitz von Aktien

einzelner Unternehmungen, die auf das Wohlwollen der polnischen Mitbürger angewiesen sind, zurückzuführen ist. Man wird also immer mit mächtigen Gegenwirkungen zu rechnen haben, und dem muß ein nationaler Verein, namentlich in seinen Anfängen, Rechnung tragen. Das geschieht aber nicht durch Leisetreterei und ängstliches Paktieren. Wenn man ein so schwer in Bewegung zu setzendes Volk wie die Deutschen unter einer Fahne versammeln will, müssen vor allem diejenigen laut und vernehmlich zu hören sein, die die Masse der Trägen und Ängstlichen mit sich fortreißen wollen. Das ist nun einmal nicht anders möglich, selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne Idealisten sich dadurch verletzt und abgestoßen fühlen. Auch solche müssen schließlich einmal einsehen — falls sie überhaupt für die Dinge dieser Welt zu haben sind und politische Arbeit tun wollen —, daß es über die Maßen kleinlich und verkehrt ist, sich etwa durch die Mißbilligung der Form jener ersten Agitation bestimmen zu lassen und deswegen eine Prüfung der Notwendigkeit und Berechtigung der Bewegung abzulehnen. Eine Sache, die vielleicht nach unserer augenblicklichen Meinung ungeschickt vertreten wird, braucht darum noch nicht schlecht zu sein. Finden wir aber, daß die Sache selbst gut und richtig ist und sie nur am verkehrten Ende angefaßt wird, dann ist es unsere Pflicht, nicht kritisierend daneben zu stehen, sondern mit Hand anzulegen. Die Meinungen müssen Gelegenheit haben, sich zu klären und aneinander abzuschleifen. Darum ist das Mißfallen an einzelnen Äußerungen und Betätigungen, die man für Anzeichen eines Fanatismus oder Chauvinismus hält, noch immer keine Entschuldigung für das Versagen der Mitwirkung an einer notwendigen Organisation mit berechtigten Zielen.

Die nähere Kenntnis der Tätigkeit des Deutschen Ostmarken-Vereins und die Beteiligung daran wird jedem

Unbefangenen überdies den Beweis liefern, daß die Vorwürfe wegen des angeblichen Fanatismus nur aus dem Lager einſeitiger und verbiſſener Gegner kommen, in den Tatſachen aber nicht begründet ſind. Weder die Leitung des Vereins, noch ſein Programm läßt das geringſte von Fanatismus ſpüren. Je ſtärker alſo die Beteiligung verſtändiger Patrioten iſt, deſto weniger werden einzelne Hitzköpfe in der Lage ſein, Leitung und Programm des Vereins zu ſtören und zu kompromittieren.

Es kann dem Verein auch nicht der Vorwurf gemacht werden, daß er ſein Ziel zu weit geſteckt hat und etwas Unmögliches erſtrebt. Wenn Peſſimiſten alle Beſtrebungen, das Polentum ſeines ſtaatsgefährlichen Charakters zu entkleiden, von vornherein für ausſichtslos halten und darum meinen, es ſei beſſer gar nichts zu tun, als etwas Wirkungsloſes und Halbes, ſo glauben wir deſſen ſicher zu ſein, daß eine ſolche Anſicht bei der Mehrzahl ernſthafter und gewiſſenhafter Vaterlandsfreunde keinen Boden finden wird. Ein Recht, die Mitwirkung an dem Schutz des Deutſchtums zu verſagen, würde auch im Fall der größten Hoffnungsloſigkeit niemals anzuerkennen ſein. Daß ein ſolcher Fall vorliegt, iſt nicht bewieſen. Und wäre dieſer Beweis geliefert, wir dürften eben nur kämpfend unterliegen, nicht kampflos zurückweichen.

Verlangen müſſen wir jedenfalls, daß der Oſtmarkenverein nach ſeinem wirklichen Programm beurteilt wird, nicht nach dem Zerrbild, das Torheit und Haß der Gegner davon entworfen haben.

Es iſt alſo auch nichts mit dem Vorwurf der „Maßloſigkeit“, des „Fanatismus“, des „Chauvinismus“ und dergl., den man an die Adreſſe des Deutſchen Oſtmarkenvereins richtet. Freilich iſt damit die Reihe der Einwürfe und Vorwürfe noch nicht erſchöpft. Manche verſchanzen ſich hinter der Behauptung, der „Hakatismus“ habe bisher noch

keine Erfolge zu verzeichnen. Auch das iſt falſch. Der Entwicklungsgang, der jetzt eingeleitet iſt, kann zum völligen Erfolg im günſtigſten Falle in zwei oder drei Menſchenaltern geführt werden; das liegt in der Natur der Sache, ſowie es gleichfalls in Naturgeſetzen begründet iſt, daß man Getreide, das heute geſät worden iſt, nicht morgen ernten kann. Was in unſerer ſchnellebigen, nervöſen Zeit gerade in dieſer Beziehung an Torheit geleiſtet wird, iſt geradezu unglaublich. Geſetze des Wachstums und des Reifens ſcheinen überhaupt nicht mehr zu exiſtieren.

Im Jahre 1894 wurde der erſte Verſuch unternommen, die Deutſchen dem Polentum gegenüber aus dem Schlummer zu rütteln, und ſchon vor einigen Jahren, kaum vier oder fünf Jahre nach der Gründung des Vereins fing man ſchon an, darüber zu ſpotten, daß dieſe junge Organiſation das Polentum noch nicht fix und fertig überwunden habe, wie der Erzengel Michael den Drachen des Abgrundes. Weil eine Arbeit, die allein zu ihrer vollſtändigen Vorbereitung ein Jahrzehnt, unter Umſtänden ein Menſchenalter, zu ihrer Durchführung aber viel längere Zeit braucht, nicht in wenigen Jahren vollſtändig getan iſt, deshalb glaubt man ſich berechtigt, über Erfolgloſigkeit dieſer Beſtrebungen zu ſpotten. Dabei iſt überdies feſtzuſtellen, daß ſchon jetzt mehr Erfolge erreicht ſind, als in dem kurzen Zeitraum von noch nicht einem Jahrzehnt erwartet werden konnten. So ſehr war die endliche Organiſation des Deutſchtums gegen die drohende Gefahr des Polentums notwendig und zeitgemäß.

Der wider Erwarten bereits erreichte Erfolg iſt das deutlich erkennbare Erwachen des deutſchen Pflichtgefühls und des Bewußtſeins der Gefahr in ſolchen Bevölkerungskreiſen, auf die die Begründer des Vereins zunächſt ſelbſt wohl kaum gerechnet hatten. Es gab deutſche Kreiſe, die den Polen näher ſtanden, als den eigenen Landsleuten. Wir haben ſchon geſchildert, wie ſtark die deutſchen Katholiken

unter dem Einfluß der bewußt polonisierenden Geistlichkeit standen, und daher in dem Polen vor allem den Glaubensgenossen sahen, und wie ferner unter dem Einfluß der eigentümlichen sozialen Verhältnisse des Ostens die Gegnerschaft gegen die Konservativen das freisinnige Bürgertum über die nationalen Werte täuschte. Auch scheute sich das jüdische Element aus geschäftlichen Gründen, die Verbindung mit den enger zusammenhängenden und national selbstbewußter auftretenden Polen preiszugeben, während bekanntlich die gutmütigen und indolenten Deutschen in dieser Beziehung keinerlei Bedingungen stellten. Die Polen waren deshalb so sehr durchdrungen von der absoluten Friedfertigkeit dieser Deutschen, daß sie sich immer dreistere Übergriffe erlaubten.

In diese Lage hinein erscholl der Alarmruf des Ostmarkenvereins, der in den mehrfach erwähnten deutschen Kreisen mit unverhohlenem Mißtrauen aufgenommen wurde. Aber dieser Alarmruf machte nun zunächst die Polen mobil. Sie mußten anfangen, mit einer Organisation des Deutschtums zu rechnen. Die Bestrebungen, die sie möglichst unauffällig in der Stille gepflegt und betrieben hatten, waren jetzt näher an das Licht gezogen worden. Den Polen blieb nun nichts weiter übrig, als ihre politische Minierarbeit offener und entschiedener aufzunehmen, und glücklicherweise riß sie ihr leidenschaftliches Temperament viel weiter fort, als es in ihrem wahren Interesse geboten war. Bei ihrem unterirdischen Treiben plötzlich mit dem Scheinwerfer beleuchtet, verloren sie jede Besonnenheit.

So erklärt sich zunächst die gesteigerte Rücksichtslosigkeit der polnischen kirchlichen Organe in ihrem deutschfeindlichen Auftreten. Nicht diese Feindseligkeit gegen das Deutschtum war an sich etwas Neues, wie manchen Entstellungen des Sachverhalts gegenüber festgestellt werden muß, wohl aber die hastigere, gewaltsamere, leidenschaftlichere Art, in der die Förderung des Polentums als eine Sache Gottes und

der Kirche hingestellt wurde. Es wurde dabei der Punkt erreicht, wo das Gewissen der deutschen Katholiken das Mitgehen versagte. Die Vergewaltigung der deutschen Sprache im Gottesdienst und im gesamten kirchlichen Leben stand doch schließlich in einem zu scharfen, schneidenden Widerspruch zu den Notschreien, die die Polen selbst wegen angeblicher Unterdrückung ihrer Muttersprache durch den Staat ertönen ließen. Der Deutsche Ostmarkenverein hat also direkt und indirekt sehr stark dazu beigetragen, daß unter den deutschen Katholiken jene Bewegung entstand, deren schon an früherer Stelle gedacht ist.

Auch die Freisinnigen haben längst begonnen, schüchtern, aber doch erkennbar, den Übergang zur deutschen Sache zu vollziehen. Auch das wäre wohl nicht geschehen, wenn nicht die Polen dem Hakatismus gegenüber in so hohem Grade jedes Maß und jede Selbstbeherrschung verloren hätten. Die aufrichtigen und ehrenwerten Vertreter des entschiedenen Liberalismus, die ja sehr gern noch weiter an der ihrer ganzen Denkweise entsprechenden Illusion festgehalten hätten, daß man mit weltbürgerlicher Milde und Weitherzigkeit den Polen doch noch einmal den Vorteil der deutschen Herrschaft werde klar machen können, mußten einsehen, daß vor der Hand in dieser Beziehung nichts zu machen sei. Nachdem aber diese Überlegung einmal angestellt war, sprach ihr nationales Ehrgefühl doch so deutlich, daß ihnen die Pflicht klar wurde, zur Abwehr dieser unerhörten polnischen Anmaßungen und dieses aggressiven Übermutes auf die Seite ihrer Landsleute zu treten. Auch die Juden besaßen Witterung und Einsicht genug, um allmählich zu erkennen, daß jetzt, wo an Vermittelung und Überbrückung der Gegensätze vorläufig nicht mehr gedacht werden konnte, ihr Platz auf deutscher Seite war. Denn der Pole ist nicht nur von Hause aus der schärfere Antisemit, sondern auch wirtschaftlich und geschäftlich weniger

leiſtungsfähig als der Deutſche. Auch die Preſſe tat das Ihrige. Das führende Blatt der Poſener Freiſinnigen fing an, ſich an der maßvollen Verteidigung deutſcher Intereſſen und der mutigen Abwehr polniſcher Übergriffe zu beteiligen, während es früher mit heiligem Eifer für das Polentum durch dick und dünn gegangen war. Freilich wurden dieſe Kreiſe ſpäter wieder geſtört, weil die Poſener Regierungsbehörden in allzu täppiſcher Weiſe einen perſönlichen Konflikt mit dieſem Blatt ausfochten. Immerhin aber war dem alten Schlendrian im liberalen Bürgertum, der charakterloſen Polenfreundſchaft im deutſchen Freiſinn endgültig das Genick gebrochen, und mochten dieſe Freiſinnigen ſich auch äußerlich noch um die Mitgliedſchaft des Oſtmarkenvereins herumdrücken, es iſt und bleibt doch das Verdienſt und ein Erfolg des vielgeſchmähten Hakatismus, daß auch dieſe Leute jetzt zu den bewußten Deutſchen zu zählen ſind.

Der Verein hat alſo Erfolge zu verzeichnen, und dabei iſt noch gar nicht einmal deſſen gedacht, was an poſitiver Arbeit, an Unterſtützung bedrängter Deutſcher, an Gründung von Volksbibliotheken und dergl. geleiſtet worden iſt. Alſo iſt die Hoffnung begründet genug, daß die weitere Tätigkeit des Deutſchen Oſtmarkenvereins gleichfalls Erfolge zeitigen wird.

Die deutſche Macht, die in der Bekämpfung der polniſchen Gefahr zu vereinigen iſt, bedarf natürlich, wie wir ſahen, auch der ſtaatlichen Organiſation ſelbſt. Vieles, was zum Schutze der Oſtmark geſchehen muß, kann nur auf dem Wege der Geſetzgebung, d. h. alſo unter Mitwirkung des Staates geſchehen. Es bedarf aber einer ausführlicheren Erörterung, wie die Organe des Staates, Beamtentum und Heer, ſich den Aufgaben der Polenpolitik gegenüberzuſtellen haben, und davon ſoll nun im folgenden zunächſt die Rede ſein.

Kapitel 12.

Die Beamten und das Heer in der Polenpolitik.

Bekanntlich werden von Zeit zu Zeit Vorschläge gemacht, die dahin zielen, durch Änderungen in der bestehenden Verwaltungsorganisation den Bestrebungen der Polenpolitik zu Hilfe zu kommen. Diese Vorschläge bewegen sich in der Hauptsache in zwei verschiedenen Richtungen. Die einen wollen die gemischtsprachigen Gebietsteile im Osten unter eine gesonderte, mit größeren Befugnissen ausgestattete Zentralverwaltung stellen; die anderen wollen im Gegenteil die Provinz Posen aufteilen und sie anderen Provinzialverbänden angliedern.

Der erste Vorschlag läßt sich noch am ersten hören. Der Grundgedanke, das ganze Kampfgebiet einheitlich zu organisieren und dem an der Spitze stehenden Beamten besondere Vollmachten zu erteilen, wäre ja so übel nicht. Es bleibt freilich mit einer solchen zentralisierten Verwaltung die Gefahr verbunden, daß etwaige Mißgriffe viel weiter reichende Folgen haben. Ein Statthalter oder Gouverneur in einer exponierten Ausnahmestellung kann, wenn er einen falschen Weg beschreitet, sehr viel mehr Unheil anrichten, als es bei der jetzigen Organisation ein Oberpräsident vermag; die Möglichkeit zu Konflikten mit den Zentralstellen der Staatsregierung ist bei einem solchen, aus dem Rahmen der allgemeinen Verwaltungsorganisation herausfallenden Posten sehr viel näher gerückt, und ein Personenwechsel wird sehr leicht zu einem Systemwechsel, der mit Erschütterungen und Schwankungen verknüpft ist, unter denen die Sache schwer leiden muß. Daher hat es große Bedenken, das ganze Werk womöglich in die Hände einer einzigen Person zu legen. Man denke nur an entsprechende Erfahrungen im Westen. Der Generalfeldmarschall Freiherr v. Manteuffel war ein kluger, wohlmeinender, dabei energischer

und erfahrener Mann, und doch hat er in der Beurteilung und Behandlung der reichsländischen Verhältnisse schwere Fehler gemacht. Es ist ja nicht zu verkennen, daß eine Zentralisation des Kampfgebietes auch ihre Vorteile hat, aber ein anderer, meiner Ansicht nach durchschlagender Grund spricht entschieden dagegen. Die Voraussetzung einer solchen Zentralisation würde sein, daß das Verhältnis von Polentum und Deutschtum überall dasselbe ist. Aber das trifft nicht zu. Posen, Westpreußen und Schlesien sind Gebietsteile, die nicht über einen Kamm geschoren werden dürfen, wenn man nicht schwere Schäden herbeiführen will. Es kann dabei auf früher Gesagtes verwiesen werden. Eine einheitliche Verwaltung würde nur eine starke Versuchung für die Bureaukratie bedeuten, durch eine schablonenhafte Behandlung den Erfolg des Kampfes gegen die polnische Gefahr in Frage zu stellen.

Sehr gefährlich ist aber auch der andere Vorschlag, die Provinz Posen an die Nachbarprovinzen aufzuteilen. Richtig ist der Gedanke, daß Posen die einzige preußische Provinz ist, die historisch niemals als eine besondere Landschaft gegolten hat. Daß dieser preußische Teil des ehemaligen Königreichs Polen ein besonderes Verwaltungsgebiet bildet, hilft ja allerdings wohl etwas dazu mit, daß den polnischen Träumen Nahrung zugeführt wird. Aber was würde die Folge sein, wenn die Provinz geteilt würde? Zunächst würde ein Teil an Westpreußen fallen und in dieser Provinz das polnische Element verstärken. Einige westliche Teile kämen vielleicht zu Brandenburg und gäben den Polen Gelegenheit, ihre Agitation auf eine Provinz auszudehnen, deren Behörden bisher der polnischen Frage im allgemeinen als Unbeteiligte gegenübergestanden haben. Der südliche Teil von Posen käme dann wohl zu Schlesien. Die Provinz Schlesien würde dadurch so groß, daß sie notwendig geteilt werden müßte. Dann hätten wir an Stelle der heutigen

Provinz Schlesien ein überwiegend polnisches Oberschlesien und eine Provinz Niederschlesien, in der das Polentum eine sehr viel bedeutendere Rolle spielen würde, als es in den niederschlesischen Kreisen der heutigen Provinz Schlesien möglich ist. Was für Vorteile würde also eine solche administrative Revolution, die auch noch aus anderen Gründen ihre großen Schwierigkeiten haben würde, bieten können? Offenbar gar keine! Denn an den Befugnissen der Verwaltung gegenüber dem Polentum würde dadurch gar nichts geändert: wir würden nur einige Behörden mehr haben, die geneigt sein würden, die Polenfrage als lästige Beigabe, als unwesentliche Nebenfrage, als Sache einer unbedeutenden Minderheit zu behandeln, während die Polen selbst in ihrer Agitation ganz unabhängig von der administrativen Einteilung des preußischen Staatsgebietes sind.

Wir kommen also zu dem Schluß, daß die Veränderungsgelüste hinsichtlich der Organisation der preußischen Verwaltung um der Polenfrage willen am besten abzulehnen sind. Die Beibehaltung der geschichtlich gewordenen Verwaltungsgebiete bleibt offenbar die beste Lösung dieser Frage. Überflüssiges Experimentieren kann die Erfüllung der Hauptaufgaben nur erschweren und hindern, und es gibt wahrhaftig Wichtigeres zu tun.

Überhaupt ist die Aufgabe der Polenpolitik möglichst von der Erörterung solcher Formalien und Experimente freizuhalten. Auch bezüglich der Tätigkeit der Beamten bleibt die Hauptsache immer die Personenfrage. Es ist doch keine Täuschung darüber möglich, daß unter den gleichen Gesetzen und Verwaltungseinrichtungen die allerverschiedensten Kurse in der Polenpolitik verfolgt worden sind. Wie viele Einrichtungen und Gesetze, die auf die Verwaltung der Provinzen mit polnischer Bevölkerung im besonderen von Einfluß sind, könnte man wohl z. B. aus dem Jahre 1898 anführen, die nicht schon im Jahre 1888

in Geltung gewesen sind? Es werden sehr wenige sein. Und doch fällt in diese zehn Jahre noch die letzte Periode der straffen Bismarckschen Politik, dann die Caprivische Versöhnungsepoche und wiederum die Rückkehr zu der zielbewußten Polenpolitik, die man niemals hätte verlassen sollen. Also nicht die Satzungen der Verwaltungskunst machen die Politik, sondern die Männer, die sie handhaben.

Damit werden wir zu einer der wichtigsten Fragen hingeleitet: Was brauchen wir für Beamte im Osten? Für jemand, der zum erstenmal von Westen oder nach längerer Abwesenheit in den Osten kommt, fällt der Unterschied, der zwischen dem Osten und dem Westen des Staatsgebietes in der Stellung und dem Auftreten des Beamtentums herrscht, außerordentlich scharf in die Augen. Man erkennt sofort, daß die autoritative Stellung der Staatsgewalt im Osten viel sinnfälliger und unmittelbarer als anderswo zum Ausdruck gebracht wird und die sozialen Unterschiede schärfer sind. Die Leute, die solche Eigentümlichkeiten zum erstenmal gewahr werden oder auch im besonderen Falle als persönliche Erfahrung unangenehm empfinden, hört man die härtesten Urteile fällen über den Kastengeist und den Hochmut der Beamten, der es unabhängigen Leuten unmöglich mache, sich wohl zu fühlen. Dabei wird natürlich noch stark vergrößert und in den lebhaftesten Farben geschildert.

Aber trotz aller Klagen und Beschwerden wird doch auch von der gegnerischen Seite anerkannt, daß die höhere Beamtenschaft nicht nur aus pflichttreuen und persönlich ehrenwerten, sondern auch in der großen Mehrzahl tüchtigen und kenntnisreichen Männern besteht. Es sind also nicht so sehr zufällige persönliche Unarten, die zu den erwähnten Klagen Veranlassung geben, als vielmehr die allgemeinen sozialen Verhältnisse und Überlieferungen. Im Osten hat sich von jeher die Gesellschaft schärfer gegliedert. In den unteren und mittleren Schichten ist von alters her ein

geringeres Selbſtbewußtſein entwickelt, als wir es ſonſt in Deutſchland vom Bürger- und Bauernſtande gewohnt ſind. Daraus entwickelten ſich zwiſchen dieſen Geſellſchaftsklaſſen einerſeits und dem Adel, dem höheren Beamtentum und dem Offizierkorps andererſeits Unterſchiede im Geſichtskreiſe, in Sitten und Manieren, die weniger als anderswo durch Übergänge gemildert wurden und im beiderſeitigen Verkehr Gefühle des Unbehagens hervorriefen, die eben bis in die heutige Zeit noch in der Form gegenſeitigen Mißtrauens fortwirken. Es muß aber ausdrücklich betont werden, daß die Schuld auf beiden Seiten liegt. Denn es iſt ein ungerechtes Vorurteil und eine Einſeitigkeit, wenn man meint, die Beamten ſeien allein an dem Kaſtengeiſt ſchuld und brauchten ihn nur abzulegen, damit alles in Ordnung komme. In Wahrheit tun die bürgerlichen Kreiſe auch ihrerſeits dem Beamten gegenüber nichts, um dieſe Verhältniſſe zu ändern. Es ſind in vielen dieſer Kreiſe nicht genug Elemente vorhanden, die ſich die feine und ſichere Schulung in den Verkehrsformen erwerben, die überall in den erſten Geſellſchaftskreiſen ungern entbehrt werden. Es fehlen in den Landesteilen, die hier in Betracht kommen, ſehr häufig dem geſelligen Verkehr gewiſſe Perſönlichkeiten in vermittelnder Stellung, denen bei aller Schlichtheit und Einfachheit der Sitten und des Auftretens doch ein geiſtiges Übergewicht und ein höheres Bildungsniveau eigen iſt, das notwendig Beachtung und Wertſchätzung fordert, oder auch ſolche Perſönlichkeiten, die eine von Rang und Titel unabhängige Lebensſtellung mit ungezwungener Gewandtheit und jenem natürlichen Selbſtbewußtſein, das auf wirklicher Weltkenntnis und Erfahrung beruht, ausfüllen und behaupten. So lange in dieſen Gegenden Gelehrte, Künſtler, Induſtrielle, größere Kaufleute, Rentner und Penſionäre aus höheren Stellungen niemals heimiſch werden, wird man gegen die Abgeſchloſſenheit des Beamtentums vergebens Sturm laufen. Wir

kommen hier zum erstenmal auf die Bedeutung einer Forderung, auf die wir noch oft zurückkommen müssen. Es muß der Verkehr mit dem Westen, das geistige Leben dieser Landesteile geweckt und gehoben, die verhängnisvolle geistige und wirtschaftliche Isolierung des Ostens beseitigt werden. Das ist die Vorbedingung, daß auch in das Beamtentum ein neuer Geist kommt, ohne daß seine wertvollen Eigenschaften darunter leiden.

Das schließt aber nicht aus, daß dem Staat auch außerdem eine bedeutsame Pflicht erwächst, in die Beamtenschaft des Ostens das Bewußtsein einzupflanzen, daß sie eine besondere Mission zu erfüllen hat. Zwar sollen die Beamten ihr Amt in voller Gerechtigkeit und Unparteilichkeit führen; im übrigen aber sind sie keineswegs nationale Amphibien, neutrale Wesen, die über den Nationalitäten stehen. Sie müssen sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen in ihrer Lebensführung, in Beispiel, Umgang und Art ihrer Auffassungen durchaus als Vertreter und Vorkämpfer des Deutschtums fühlen und bekennen. Daß dies nicht immer in wünschenswertem Maße geschehen ist, hat verschiedene Gründe. Erstens hat es an der nötigen Sicherheit gefehlt, daß ein etwaiges Auftreten der Beamten in diesem Sinne an den leitenden Stellen stets genügenden Rückhalt findet. Der Beamte kann und darf über solche Fragen nicht nach eigenem Sinne entscheiden. Wenn von ihm etwas verlangt wird, was gegen seine Überzeugung in dem Grade streitet, daß er durch diesen Widerspruch seine Ehre und seinen Charakter gefährdet sieht, so bleibt ihm nur das Mittel des Ausscheidens aus seiner Stellung, nicht aber der Ungehorsam. Doch der Entschluß zum Verzicht auf die Stellung kann vernünftigerweise nur gefaßt werden, wenn es sich um eine stetige oder grundsätzliche Meinungsverschiedenheit mit der vorgesetzten Behörde handelt. Was soll aber der Beamte machen, wenn an den leitenden Stellen infolge Personen-

oder Kurswechsel der Wind alle Augenblicke umschlägt? Man würde Übermenschliches verlangen, wenn man unter solchen Verhältnissen von den Beamten etwas anderes erwartete, als vorsichtige Neutralität. Die erste Hauptforderung ist also von seiten der Staatsregierung stetiges, unbeirrtes Festhalten an dem einmal genau festgelegten und durchdachten Programm, die Vermeidung nervöser Experimente und Kursänderungen infolge scheinbarer Mißerfolge oder des Einspruches von dieser oder jener Seite.

Zweitens hatten wir bisher immer noch mit der Tatsache zu rechnen, daß Versetzungen der Verwaltungsbeamten aus dem Westen nach dem Osten von den Betroffenen vielfach als eine Art von Strafversetzung aufgefaßt wurden. Sie fühlten sich dann verstimmt und gedrückt und bemühten sich darum, bald wieder zurückversetzt zu werden. Auch hier kommt man auf die schon einmal erwähnte und noch häufiger zu erhebende Forderung zurück, daß die geistige und wirtschaftliche Verbindung zwischen Ost und West lebendiger und enger werden muß; es muß auch in weiteren Kreisen die Vorstellung von der Provinz Posen als einem preußischen Sibirien gründlich beseitigt werden. Schon durch die Zusicherungen des am 13. Januar 1902 im preußischen Abgeordnetenhause vom Grafen Bülow verkündeten Programms ist für diese Übelstände Abhilfe versprochen worden. Die Staatsregierung hat Mittel genug, um den Beamten die Stellungen im Osten direkt als Auszeichnung erscheinen zu lassen, um derentwillen auch etwaige Unzuträglichkeiten in den Kauf genommen werden. Es wird sich sehr bald herumsprechen, wenn die Staatsregierung eine lange Zeit hindurch die anerkannt tüchtigsten, in ihrer Laufbahn bevorzugten Kräfte für einen gewissen Zeitraum regelmäßig im Osten verwendet. Wenn jeder Beamte weiß, daß eine solche Dienstzeit in den Ostmarken direkt die Bedeutung eines Emp-

fehlungsbriefes für die ganze Laufbahn hat, so wird es sehr bald dort anders aussehen. Gegen direkte Gehaltszulagen für die Beamten im Osten sind gewichtige Bedenken geltend gemacht worden, denen man sich nach den gemachten Erfahrungen nicht ganz verschließen kann. Aber es könnte anderweitig Fürsorge getroffen werden, um den Beamten über wirkliche und eingebildete Unannehmlichkeiten der Stellungen im Osten hinwegzuhelfen. Zu solchen Unannehmlichkeiten gehören z. B. die Wohnungsverhältnisse in den kleinen Städten des Ostens; die Wohnungen sind durchschnittlich schlechter als im Westen. Der Gedanke, in umfassender Weise für gute, anständige Dienstwohnungen zu sorgen, ist von der Regierung bereits in Angriff genommen worden. Sicherlich wird damit der erste und nächste Grund zum Unbehagen in neuen und fremden Verhältnissen beseitigt. Wohnt der Beamte, der vielleicht recht ungern nach dem Osten übersiedelt, in einer netten, ansehnlichen, gut eingerichteten Wohnung, so sieht er seine Lage bald ganz anders an, zumal das Leben im Osten bekanntlich im übrigen in materieller Beziehung gar nicht übel ist. Führt dann die Staatsregierung noch das System durch, grundsätzlich nur die intelligentesten, gewandtesten Beamten von erprobtem Nationalgefühl und dabei vorurteilsfreiem, gewinnendem Wesen in die gefährdeten Grenzprovinzen zu schicken, ohne Rücksicht darauf, ob die Herren dort zu Hause sind oder nicht, und ihnen nach entsprechender Zeit irgendwelche Vorteile für ihre Laufbahn zu gewähren, so wird sehr bald eine andere Meinung über das Beamtentum im Osten Platz greifen.

Nichts könnte natürlich törichter und falscher sein, als wenn man über das Verhalten und Verfahren der deutschen Beamten im Osten eine Art von Reglement aufstellen und bis in die Einzelheiten hinein erörtern wollte, auf welche Art dort die Beamten das Deutschtum fördern können, ohne der durch die Pflichten des Amtes den Polen gegen-

über gebotenen Gerechtigkeit das Geringſte zu vergeben. Das iſt offenbar Sache des beſonderen Falles und des perſönlichen Taktes, und man braucht nur auf das Beiſpiel zahlreicher, vortrefflicher Beamten zu verweiſen, denen die Löſung dieſer allerdings nicht leichten Aufgabe ſchon jetzt recht gut gelungen iſt.

Auch im Verkehr mit den Polen iſt für die Beamten beſondere Vorſicht geboten. Im allgemeinen beſitzen die Polen im Verkehr glatte Höflichkeit und eine bemerkenswerte Gewandtheit, namentlich wenn es ſich um Erlangung eines Vorteils handelt. Der Deutſche in der gleichen Lage gibt ſich im allgemeinen eckiger und weniger liebenswürdig. Es iſt nur zu menſchlich, daß Beamte ſich mitunter dadurch verleiten laſſen, auch ihrerſeits den Polen liebenswürdiger und höflicher zu begegnen, als den Deutſchen. Sie glauben dabei gerecht zu ſein nach dem Grundſatz: Wie man in den Wald hineinruft, ſo ſchallt es wieder heraus. Aber genau beſehen, entſpricht dies durchaus nicht einer wahrhaft gerechten Würdigung der Menſchen, mit denen ſie zu tun und deren Intereſſen ſie unparteiiſch wahrzunehmen haben. Es iſt ſicher kein Unrecht, wenn der Beamte bei ſtrenger Wahrung ſeiner Amtspflicht es ſich doch zur Regel macht, dem glatten Polen grundſätzlich mit kühler Zurückhaltung, dem eckigen Deutſchen mit freundlichem Entgegenkommen gegenüberzutreten. Das Gegenſtück zu einer ſolchen Verhaltungsregel tritt in manchen Fällen recht unangenehm hervor, wenn z. B. der Landrat einmal einem Deutſchen bürgerlichen Namens, ein anderes Mal einem reichen polniſchen Edelmanne gegenüberſteht. Nicht ſelten wird der erſtere mehr oder weniger von oben herab behandelt, der letztere mit einer höflichen Rückſichtnahme, die in Erſtaunen ſetzen muß, wenn man die mühſam verhehlte Feindſeligkeit kennt, die von den polniſchen Magnaten durchweg dem preußiſchen Staat und ſeinen Organen entgegengebracht wird.

Aus ähnlichen Gründen, wie soeben geschildert, unterliegen manche Beamte der Versuchung, die Staatstreue und vaterländische Gesinnung der Deutschen als selbstverständlichen Tribut, der keines Dankes bedarf, in Anspruch zu nehmen, dagegen das Wohlwollen der Polen durch freundliche Rücksichtnahme zu erringen. Die Herren halten das vielleicht für besondere Klugheit und sind stolz auf ihr diplomatisches Talent, das mit den Polen so gut fertig wird. In welchem Grade sie dadurch den Feinden des Staates Vorschub leisten, das machen sie sich nicht klar. Der Standpunkt einer völligen Nichtberücksichtigung der Nationalität ist nur theoretisch möglich. Auch der Beamte selbst ist nicht ein völliges Abstraktum, eine fleischgewordene Sammlung von Gesetzen und Verordnungen, sondern Gott sei Dank! ein Mensch wie andere auch. Überall wirken rein menschliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen auch in der gewissenhaftesten Amtstätigkeit mit. Ein noch so objektiv denkender Beamter wird sich im Verkehr mit kleinen Leuten bei aller Leutseligkeit und gewissenhaftem Sich-Hineindenken in ihren Interessenkreis anders geben als im Verkehr mit einem Manne, mit dem er gesellschaftliche Beziehungen unterhält. Wenn aber überhaupt solche Verschiedenheiten im Amtsverkehr gar nicht zu vermeiden sind, weil eben Menschen immer Menschen bleiben, so ist durchaus nicht einzusehen, warum unter den Unterschieden, die sich unwillkürlich geltend machen, gerade der eine unbeachtet bleiben soll, der in den Verhältnissen, von denen hier die Rede ist, die allergrößte Wichtigkeit hat, nämlich der Unterschied der Nationalitäten. Dieser Unterschied ist doch erheblich bedeutsamer als die sozialen Klassenunterschiede. Es ist also falsch, wenn sich manche Beamte auf den Grundsatz der Parität berufen, um eine ganz überflüssige persönliche Freundlichkeit gegen die Polen zu begründen. Wenn der Beamte kein Bedenken trägt, bei der gesetzlichen Wahr-

nehmung der Interessen von Privatpersonen den Grad der Herablassung in seinem Benehmen nach den sozialen Verhältnissen der betreffenden Personen abzustufen, so wird es auch möglich sein, ohne Beeinträchtigung der Amtspflicht die allgemeine Temperatur des amtlichen Auftretens den verschiedenen Nationalitäten gegenüber verschieden zu bemessen. So wie hoch und niedrig vor einem pflichttreuen Beamten sein Recht findet, so sollen auch Deutsche und Polen in gleicher Weise das Recht finden, das ihnen nach den Gesetzen zusteht, aber das schließt nicht aus, daß der Beamte in der Art, wie er sich menschlich gibt, niemals dem Polen als solchen entgegenkommt, sondern mit echtem Stolz — nicht Hochmut! — in seiner ganzen Haltung sein Deutschtum bekennt und betont.

Was hier von den Beamten gesagt worden ist, wirft auch ein Licht auf die Frage, ob es polnische Beamte geben darf. Es ist klar, daß wirkliche Polen in amtlichen Stellen ihrer Heimat unmöglich sind. Dazu bedarf es aber nicht etwa der „Ausschließung" der Polen von den Staatsämtern; sie können diese ja außerhalb der Heimat erlangen. Aber sie verlangen ein Vorrecht, nämlich die Verwendung in ihrer engeren Heimat. Das ist eine Bedingung, die als Recht und Prinzip der Staat keinem seiner Offiziere und Beamten erfüllen kann. Garantiert werden kann dergleichen nicht einmal denen, bei denen grundsätzlich keine Bedenken obwalten, und zu diesen gehören die Polen sicher nicht. Wenn also die Polen aus diesem Grunde den Staatsdienst freiwillig meiden, so ist daran nichts zu ändern. Außerdem verzichten die besten und tüchtigsten Polen, die sich wirklich noch als solche fühlen, auf den Staatsdienst aus einem Grunde, der ihnen zur Ehre gereicht. Sie scheuen sich aus anerkennenswertem Anstandsgefühl, einem Staat und einer Sache zu dienen, die sie nicht als die ihrige ansehen. Sie wollen nicht Pflichten übernehmen, die sie im Grunde ihres

Herzens als widerrechtlichen Zwang verabscheuen. Das Fernbleiben der Polen vom Staatsdienst ist also nicht das Ergebnis äußerer Hindernisse, sondern ein Beweis für das Fortbestehen ihrer Zukunftsträume.

Ein Kennzeichen der Tätigkeit des deutschen Beamtentums im Osten wird hoffentlich jetzt die Stetigkeit werden. Es ist schon wiederholt bemerkt worden, daß der Fluch unserer Polenpolitik bisher die Unstetigkeit gewesen ist. Zur Beseitigung dieses Fehlers gehört natürlich in erster Linie die Sicherheit, daß von der Zentralstelle aus das Programm innegehalten wird; es gehört aber auch dazu, daß nach sorgfältiger Auswahl und Anweisung der mitwirkenden Persönlichkeiten die Verwaltung möglichst in ruhiger Bahn belassen wird. Nicht nur die Schwankungen in der Energie oder Nachsicht gegen die Polen, sondern auch die Schwankungen in dem Grade der Aufmerksamkeit, welche die Ostmarken bei der Staatsregierung finden, sind vom Übel. Nachdem man einmal erkannt hat, daß die polnische Gefahr groß und dringend ist, darf man sich nicht den Anschein geben, als ob nun jede einzelne polnische Aktion eine große, neue Entdeckung sei, die der Staatsregierung Veranlassung gibt, etwas ganz Neues und Besonderes dagegen zu tun. Als in den ersten Jahren nach der Gründung des Ostmarkenvereins die Erkenntnis der polnischen Gefahr durchzubringen anfing und die Anforderungen an die Regierung dringender wurden, kamen wir in eine Zeitperiode großer Ankündigungen und Anläufe, denen nichts Entsprechendes folgte. Der verstorbene Herr v. Hansemann verglich dies einmal treffend damit, daß immerfort getrommelt werde, aber keine Soldaten kämen. Nichts hat bei den Polen und ihren Freunden so sehr den Eindruck der Schwäche und Ratlosigkeit auf deutscher Seite hervorgerufen, als die feierlichen Ministerkonferenzen, die in den neunziger Jahren in Posen abgehalten wurden. Man hätte die in den alten verrotteten

Verhältnissen abgestumpften, für eine neue frische Tätigkeit nicht geeigneten Provinzialbeamten möglichst unauffällig entfernen und ihre sorgfältig ausgewählten Nachfolger in der Stille nach Berlin zitieren sollen, um alles, was zunächst geschehen konnte, mit möglichst wenig „aplomb" auszuführen. So aber machte das plötzlich so eifrige und geschäftige Erscheinen der Minister einen dem gewünschten ziemlich entgegengesetzten Eindruck, der durch die darauf folgenden unbedeutenden Bewilligungen nur verschärft werden konnte.

Es wird sehr viel über den Bureaukratismus und Fiskalismus der preußischen Regierung geklagt, und gewiß nicht ganz mit Unrecht, obwohl auch dieser Vorwurf einer näheren Prüfung bedarf. Man darf nicht ganz vergessen, daß jeder Mensch, und darum auch jeder von Menschen versehene Verwaltungsbetrieb, die Fehler seiner Tugenden hat. Was wir Bureaukratismus nennen, ist nichts anderes als die Form, in der die unpersönliche und gewissenhafte Beachtung von Gesetz und Verordnung, die von der Beamtentätigkeit gefordert werden muß, bei Durchschnittsmenschen und natürlich erst recht bei geistig noch weniger begabten Menschen zum Ausdruck kommt. Auch der tüchtigste Beamtenstand kann sich nicht ganz von minderbegabten Individuen freihalten; es können nicht alle über dem Durchschnitt allgemeiner geistiger Begabung stehen. Darum wird man unter den Beamten immer und überall das Vorhandensein von Bureaukratismus feststellen können, wie auch jeder andre Berufsstand seine ihm eigentümlichen Schwächen hat. Man braucht sich ja nur auf dem Gebiet des Volkswitzes umzutun, um dafür Beispiele zu finden. Zu verlangen ist nur, daß die leitenden Stellen in jeder Berufstätigkeit von Männern versehen werden, die geistig so weit über dem Durchschnitt stehen, daß sie ein Auge für solche Schwächen haben und ihnen möglichst entgegenwirken. Vor allem aber

muß von dem Beamtentum in den Oſtmarken verlangt werden, daß es nicht in der Beherrſchung der Formen der Verwaltungstätigkeit aufgehe, ſondern eine politiſche Ader habe, die es mit dem richtigen Takt herausfinden läßt, wo ohne Gefährdung der Ordnung und Geſetzlichkeit das Menſchliche und Perſönliche in den Vordergrund zu treten und zu verhüten hat, daß Vernunft Unſinn und Wohltat Plage wird.

Und ebenſo iſt es mit dem Fiskalismus. Er iſt Grundlage und Bedingung einer geordneten Finanzwirtſchaft des Staates, aber er darf nicht zum Selbſtzweck in dem Grade werden, daß er, um ſcheinbar ein Finanzintereſſe des Staates zu wahren, wichtige Lebensintereſſen des Staates ſchädigt. Es iſt freilich außerordentlich ſchwer, dieſe Grenze immer richtig zu treffen. In bezug auf die Oſtmarken mag hier nur eine Auffaſſung hervorgehoben werden, die in der preußiſchen Politik wiederholt hervorgetreten iſt, die aber als eine in ſchädlichem Sinne fiskaliſche gekennzeichnet werden muß. Die preußiſche Finanzpolitik hat ſich wiederholt dagegen geſträubt, der Provinz Poſen eine Ausnahmeſtellung einzuräumen. Es zeigt ſich das in der Scheu, ſolche Ausgaben, die nach den allgemeinen Grundſätzen der preußiſchen Finanzverwaltung Sache der Provinzen ſind, den Provinzen mit polniſcher Bevölkerung abzunehmen und als Geſamtlaſt des Staates zu betrachten. Daß im allgemeinen die Parität der Provinzen feſtgehalten werden muß, iſt ja durchaus richtig, und dieſer Grundſatz darf vor allem da nicht durchbrochen werden, wo es ſich um Zuwendungen handelt, die keine beſonderen nationalen Zwecke verfolgen. Aber man braucht auch da nicht zu weit zu gehen. Für die Zuwendungen des Staates an die Provinzen läßt ſich kein ſo vollkommen einwandfreier Verteilungsmaßſtab finden, daß er allen Anſprüchen und Erwartungen genügte. Das frühere Syſtem der Provinzdotationen in Preußen, das ſcheinbar

auf einem ganz gerechten Prinzip beruhte, wirkte doch tatsächlich so, daß die östlichen Provinzen in ihrer Entwicklung benachteiligt wurden. So war der Staat in der Lage, bei der Neuregelung der Provinzdotationen einen Ausgleich zu schaffen, der jetzt nach den gemachten Erfahrungen vollständig berechtigt erscheint; hätte aber ein vorausschauender Staatsmann schon früher etwa dem Verkehrswesen und Wegebau in den östlichen Provinzen besondere Staatsmittel zuwenden wollen, so würde man damals sicherlich über ungerechte Bevorzugung des Ostens geschrieen haben. Man sieht aus diesem Beispiel, daß die rein paritätische Behandlung der verschiedenen Landesteile in bezug auf die Zuwendung von Staatsmitteln sich doch nicht so ideal durchführen läßt, daß man engherzig fiskalische Grundsätze in dieser Beziehung ernsthaft daraus begründen könnte. Es ist deshalb ganz und gar ungerechtfertigt, wenn man sich hinter formalen Bedenken verschanzt, die gegen die angebliche Bevorzugung der Ostmarken durch den Staat vorzubringen sind. Es handelt sich hier bei den meisten Maßregeln eben nicht um einige in der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebene Landesteile, sondern um eine Bedrohung des Gebietsbestandes des Gesamtstaates, und da ist auch die Mehrleistung des Staates für diese Provinzen ebenso begründet, wie etwa die Anlage einer Grenzfestung oder sonstiger Einrichtungen der Landesverteidigung.

Das gilt vorzugsweise von den Einrichtungen im Osten, von denen man sich den Hauptvorteil für das Deutschtum verspricht. Es bleibt ein unbegreiflicher Fehler des sonst um die Polenfrage so hoch verdienten Staatsmannes, des Herrn v. Miquel, daß er an den Kosten für die Kaiser Wilhelms-Bibliothek in Posen auch die Kommunalverbände beteiligen wollte, anstatt die Sache ganz auf Staatsmittel zu übernehmen und die Anstalt als geistige Trutzburg des preußischen Staates in das Land zu setzen. Durch die

finanzielle Mitwirkung der Provinz wurde dieser Standpunkt verschoben, und es ist dadurch die Möglichkeit verloren gegangen, polnischen Einflüssen auf die Verwaltung und Bestimmung dieses wichtigen Unternehmens gänzlich und grundsätzlich den Weg zu versperren.

Fiskalisch zu verfahren, ist auch die preußische Eisenbahnverwaltung bis zu einem gewissen Grade gezwungen, aber sie hätte doch früher schon bei Regelung der Verkehrsverhältnisse im deutschen Osten erkennen müssen, daß hier der Verwaltung die Ehrenpflicht erwuchs, von der starren Auffassung der reinen Bedürfnisfrage abzusehen und politisch die Initiative in der Schaffung neuer Verkehrsmöglichkeiten zu ergreifen, um die Verbindung der Ostmarken mit anderen deutschen Plätzen zu bereichern und zu erleichtern. Sie hat aber wenigstens viel darin nachgeholt.

Die Klagen über Bureaukratismus und Fiskalismus sind also in mehrfachen Beziehungen nicht unberechtigt, aber es würde doch der größte Fehler sein, wenn man diese Übelstände auf dem Wege allgemeiner Bestimmungen und Verhaltungsmaßregeln bekämpfen wollte. Es zeigt sich nur, daß aus der Polenpolitik nur dann etwas werden kann, wenn wir dort eine Beamtenschaft haben, die, mit besonderem Takt und Geschick ausgestattet, über dem Durchschnitt des sonstigen allgemeinen Beamtentums steht. Wir brauchen im Osten Elite-Beamte, die ihre Aufgabe verstehen und Initiative und Selbständigkeit besitzen, die energisch sind ohne übelberufene Schneidigkeit, menschlich liebenswürdig gegen jedermann ohne unnötige Nachgiebigkeit, die mit besonnenem Takt nationale Warmherzigkeit verbinden. Mit dem Durchschnittstypus des preußischen höheren Verwaltungsbeamten, wie er sich in den meisten ostelbischen Provinzen herausgebildet hat, kommen wir da nicht weiter.

Die wichtigsten Stellen sind natürlich die Oberpräsidenten und die Landräte. Bei Besetzung der Landrats-

stellen macht sich ganz besonders der Übelstand geltend, daß dieses Amt überall im Staat allmählich einen andern Charakter angenommen hat, als er dem überlieferten Wesen der Stellung entsprach. Das hat bekanntlich schon Fürst Bismarck wiederholt mit Bedauern festgestellt. Das Amt eines Landrats war früher eine Lebensstellung, deren Inhaber mit den Interessen des ihm anvertrauten Kreises bis an sein Lebensende verwuchs. Jetzt ist dieses Amt meist ein Durchgangsposten geworden, der besonders von solchen jungen Verwaltungsbeamten aufgesucht wird, deren Ehrgeiz durch die gewöhnliche Verwaltungslaufbahn nicht befriedigt wird. Wenn auch die meisten unter ihnen von einem durchaus achtungswerten Ehrgeiz beseelt und daher eifrig bestrebt sind, das Vertrauen ihrer Kreiseingesessenen zu gewinnen und zu rechtfertigen, so ist dies doch nicht mehr die erste und vornehmste Bedingung ihres Amtes; wichtiger für sie ist es, wie sie und ihre Tätigkeit sich innerhalb des Beamtenstaates von oben her ausnehmen. Machen sie nach oben hin einen günstigen Eindruck, so ist es nur zu natürlich, daß man einen jungen, hoffnungsvollen Beamten, der sich in einem so hervorragend praktischen Wirkungskreise bewährt hat, auch gern befördert und in die Stellen bei den Zentralbehörden heranzieht. Die Möglichkeit, auf diesem Wege gut und schnell vorwärts zu kommen, wirkt dann wieder auf die Entschlüsse derjenigen zurück, die ihren ganzen Beruf nur unter dem Gesichtspunkt des „Karrieremachens“ auffassen und ihren Weg nur mit Rücksicht darauf wählen. Daher birgt das Landratsamt eine gewisse Gefahr, dem Strebertum anheimzufallen, die noch erhöht wird durch die Verlockungen, die in Gestalt einer parlamentarischen Laufbahn an die Herren herantreten.

Im Osten ist man gewöhnlich sehr in Verlegenheit, Persönlichkeiten zu finden, die im Wahlkampf Aussicht haben, den Sieg über den polnischen Kandidaten zu erringen. Da

ist denn der Landrat gewöhnlich derjenige, der mit seiner Person aus der Not helfen muß. Unter allen solchen Verhältnissen leidet die ruhige, stetige Arbeit für das Wohl des Kreises, besonders hier, wo besondere Erfahrung und besondere persönliche Eigenschaften notwendig sind. Es ist daher begreiflich, daß viele meinen, hier müsse mehr als irgendwo anders dahin gestrebt werden, daß nur solche Persönlichkeiten in Landratsämter gelangen, die sich für einen längeren Zeitraum ganz und gar ihrem Kreise zu widmen entschlossen sind. Aber das widerstreitet wieder dem Prinzip, im Osten möglichst eine ausgesuchte Beamtenschaft zu verwenden, die für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit auch einen besonderen äußeren Lohn in einer entsprechenden Beförderung finden müsse. Leicht ist also auch die Aufgabe der Besetzung der Landratsstellen nicht zu lösen, indessen was sich an theoretischen Schwierigkeiten zu häufen scheint, läßt sich in der Praxis von Fall zu Fall doch leichter lösen, als es gewöhnlich scheint. Die rechte Einsicht bei den Zentral- und Provinzialbehörden, eine feste Direktive, die es verhindert, daß die Personenfrage zu leicht genommen wird, wird es bewerkstelligen können, daß man dem natürlichen Ehrgeiz, der sich an die Verwaltung eines Landratsamtes knüpft, vollen Spielraum läßt, indessen mehr als bisher durch die Art und den Umfang der Anforderungen, die man an diese Beamten stellt, etwaigen national unzuträglichen Betätigungen ihres Ehrgeizes vorbeugt.

Viel wird dabei natürlich auf die Oberpräsidenten ankommen. Wir haben in der jüngsten Vergangenheit in den Provinzen Posen und Westpreußen zwei Oberpräsidenten gehabt, die geradezu entgegengesetzte Typen bezeichnen. In Westpreußen war Herr v. Goßler ein erfolgreicher Förderer des Deutschtums und gab das Beispiel einer Beamtentätigkeit, wie wir sie für die Ostmarken brauchen; in Posen dagegen hat Herr v. Wilamowitz-Möllendorff, obwohl

als Menſch und Beamter durch die trefflichſten Eigenſchaften und Fähigkeiten ausgezeichnet, dennoch, ohne es zu wollen, dem Deutſchtum Hemmniſſe über Hemmniſſe bereitet. Beide Verwaltungen gehören der Geſchichte an; die Staatsregierung hat aus beiden gelernt, aus der einen mehr in poſitivem, aus der andern in negativem Sinne. Das Andenken der hohen Verdienſte des Herrn v. Wilamowitz ſoll nicht geſchmälert werden. Wäre die Provinz Poſen ein Arbeitsfeld geweſen, wie etwa Pommern oder Brandenburg, ſo würde ſeine Amtsführung das Gefühl ungetrübten Dankes hinterlaſſen haben. So aber war er vor eine Aufgabe geſtellt, die ein kühles Zurücktreten der Perſon hinter dem Amt nicht geſtattete. Hier muß, wie bei Herrn v. Goßler, die allgemeine Empfindung, daß in den gemeinſamen Angelegenheiten nicht der kalte Buchſtabe, ſondern ein Weſen von Fleiſch und Blut waltet, als belebendes und förderndes Prinzip in den Vordergrund treten. Allerdings ſind mit einem ſolchen Syſtem gewiſſe Gefahren verbunden, falls der Beamte ein Parteimann oder eine kleinliche Natur von beſchränktem Horizonte iſt. Es kann nur da angewendet werden, wo die Perſönlichkeit ſorgfältig mit Berückſichtigung der ihr zu übertragenden Aufgaben ausgewählt werden kann. Es paßt nur für ein geſundes Staatsweſen und ein im Kern tüchtiges, ſich vernünftiger Freiheiten erfreuendes Volk; daß es aber, wo es möglich iſt, den Vorzug verdient, dürfte wohl kaum bezweifelt werden. Nur auf dieſem Wege kann im ſtrengeren Wortſinn etwas *geſchaffen* werden; denn ſchöpferiſch iſt immer nur die Perſönlichkeit, nie der trockene Rechtsbegriff. Das Gefühl, an leitender und maßgebender Stelle ein offenes Auge und Ohr zu wiſſen, wirkt belebend und ermutigend auf jede gemeinnützige Tätigkeit, und zwar muß ſich das offene Auge und Ohr menſchlich bemerkbar machen. Es muß als vertrauenerweckende Perſönlichkeit hervor- und aus ſich heraustreten und ſich nicht

nur in einem ganz allgemein als vorhanden vorausgesetzten Wohlwollen betätigen. Ganz zu eliminieren ist überdies die Persönlichkeit doch nicht. Wenn sie zurücktritt, so hat das weniger die Folge, daß der Raum für nützliche Kräfte frei bleibt, als vielmehr daß mancher edle und berechtigte persönliche Drang bei andern zurückgescheucht wird. Die allzustark betonte Form der Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit erscheint nicht als vertrauenerweckende Eigenschaft, sondern als Kälte und Gleichgültigkeit. Wenn aber doch einmal mit persönlichen Einwirkungen zu rechnen ist, so ist es besser, sie machen sich in positiv förderndem Sinne geltend, als daß sie durch übergroße Neutralität hemmen.

Solche Erwägungen sind zwar überall nützlich, für die Polenpolitik aber gewinnen sie besondere Bedeutung. Abstrakte Verwaltungsgrundsätze vermögen hier nicht die Aufgabe zu lösen, trotz gerechter und unparteiischer Verwaltung das vordringende Polentum einzudämmen und die Macht des Deutschtumes im Lande zu befestigen. Das ist nur möglich durch eine von regem persönlichen Leben durchströmte und dabei in ihren Grundsätzen einheitliche Beamtentätigkeit, an deren Spitze eine sich überall durchsetzende, scharf ausgesprochene, mit hoher Initiative begabte, jeden Keim liebevoll pflegende Persönlichkeit gehört. Wo das nicht beachtet wird, kann es eben kommen, wie es in Posen fast ein Jahrzehnt hindurch gewesen ist, daß ein tüchtiger, gewissenhafter und sympathischer Mann als leitender Beamter doch eigentlich ganz und gar versagte, so weit es die aus dem Nationalitätenkampf entspringenden Verhältnisse zu beherrschen galt. Aus den Reihen der tüchtigsten Männer in der Provinz tönte damals häufig der Ruf nach einem neuen Flottwell oder nach einem Manne, wie einst Freiherr v. Vincke in Westfalen. Letzteres war eben in dem Sinne gemeint, daß bei Vincke das Amt ganz Persönlichkeit war. Man darf im übrigen nicht vergessen, daß der knorrige

Weſtfale, der im Bauernkittel ſelbſt nach dem Rechten ſah, eine weſentlich andere Aufgabe zu erfüllen hatte, als ſie im Oſten vorliegt. Für ihn galt es, die in der uralten weſtfäliſchen Bauernfreiheit enthaltenen Kräfte für die neue Zeit nutzbar zu machen und das alte in der rechten Weiſe zu erhalten, um es für die modernen Aufgaben zu gewinnen. Dazu gehörte ein Mann, der, mit freiem Blick und moderner Bildung ausgeſtattet, doch im Grunde ſelbſt weſtfäliſcher Bauer war. In Poſen aber iſt mit dem alten einheimiſchen Deutſchtum nicht allzuviel zu machen; hier iſt friſches Blut vonnöten, und ein Poſener Vincke würde beinahe ſo etwas wie eine contradictio in adjecto ſein. Es iſt dies um ſo mehr zu beachten, als zugunſten des Herrn v. Wilamowitz früher gern mit Nachdruck hervorgehoben wurde, daß er ein Sohn der Provinz und als ſolcher ſchon vermöge ſeiner von Kindesbeinen an vorhandenen Vertrautheit mit der Provinz eine beſonders für ſeinen Poſten geeignete Perſönlichkeit ſei. Vielleicht aber lag hierin gerade ſeine Hauptſchwäche. Schon an früherer Stelle iſt begründet worden, durch welche Verhältniſſe die eigentümliche Indolenz und Paſſivität des in Poſen ſeit längerer Zeit einheimiſchen Deutſchtums hervorgerufen iſt. Gerade unter den Leuten, die von Kindheit auf dieſe Verhältniſſe von einer ſozial und wirtſchaftlich gut befeſtigten Stellung aus mitangeſehen haben, gewinnt die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer durchgreifenden Änderung in Stellung und Charakter des Deutſchtums ſchwer Raum. Und wo ſie vorhanden iſt, da fehlt leider noch häufiger der Glaube an die Möglichkeit einer Änderung, da man ſich in das Beſtehende — zumal unter dem Einfluß parteipolitiſcher Anſchauungen — gar zu feſt eingeſponnen hat. Auch Herrn v. Wilamowitz fehlte bei aller Redlichkeit ſeiner deutſchen Geſinnung jener wärmende und wirkende Glaube an die deutſche Sache. Er tat ſeine Pflicht als treuer Diener ſeines Königs, aber als es

sich um ein festeres Auftreten in nationalpolitischer Beziehung handelte, da lag etwas in der Art seiner Wirksamkeit, das den Eindruck erweckte, als geschähe es eben nur um der Pflicht willen — unter heimlichem Achselzucken. Selbst wenn man annimmt, daß dieser Eindruck zum Teil auf Täuschung beruhte, so blieb doch immer die Wirkung, daß der Tätigkeit des Oberpräsidenten ein Schein passiven Widerstandes anhaftete. Auch auf profanem Gebiet aber ist es der Glaube, der Berge versetzt. Wir wollen gewiß keinen flachen Optimismus, der alles auf die leichte Achsel nimmt, aber wir brauchen eine frische Zuversicht, die ihrer Kraft voll bewußt wird und nach sorgfältigem Wägen auch einmal wagt, aus den ausgefahrenen Geleisen heraus auf neuem Wege dem Ziel zuzustreben. Ein Mann, der ganz und gar in den hergebrachten Gewohnheiten und Anschauungen des Posener Großgrundbesitzers steckte, konnte eben nicht genügende Lust und Kraft verspüren, neues Streben zu entfesseln und an Stelle des alten Schlendrians ein zielbewußtes Ringen zu setzen.

Neben der Beamtenschaft verdient auch die Armee in ihrer Beziehung zur Polenfrage eine besondere Aufmerksamkeit. Die Armee ist zwar als solche dem politischen Kampf d. h. dem Parteikampf entzogen. Daß sie aber ganz und gar unbeteiligt sein sollte, wo der Bestand des Staates, die Pflege der Königstreue und Staatsgesinnung ins Spiel kommt, ist damit natürlich nicht gesagt. Den Polen gegenüber hat das Heer sogar eine ganz besonders wichtige Aufgabe. Wenn es überhaupt möglich ist, wenigstens unter einzelnen Polen die Keime wirklicher Treue gegen den preußischen Staat zu pflanzen, so ist die Armee das Feld, das dabei vor allem zu bebauen ist. Auch die Schule vermag da nicht so intensiv zu wirken, wie es der Armee möglich ist. Denn bei der Schule handelt es sich um allgemeine Erziehungszwecke, wobei auch die Mitwirkung

der dem Deutschtum feindlichen katholischen Kirche in Rechnung zu ziehen ist. Die Armee aber ist in der glücklichen Lage, ihre ganze Tätigkeit ohne die geringsten Nebenrücksichten und Umwege auf ein bestimmtes, klar umschriebenes Ziel richten zu können. Gestützt auf ein Gesetz, das in seinem Hauptpunkt gar keine andere Deutung zuläßt, fordert sie auf Grund der Staatsangehörigkeit von jedem Bürger ohne Unterschied den Dienst zur Verteidigung des Staates und den feierlichen Eid der Treue für den Monarchen. Wer der Armee angehört und gleichwohl der Forderung von Eid und Gesetz nicht genügt, der ist Meineidiger und Verbrecher; kein Deuteln, keine Schliche können daran etwas ändern. In keinem andern Dienst- oder Vertragsverhältnis herrscht solche völlige Klarheit. Die Armee weiß daher genau, was gefordert wird; sie braucht niemand zu fürchten und kann durchsetzen, was zur Erfüllung ihres Zweckes und Zieles notwendig ist, auch wenn es tausendfach politischen Rücksichten und Gewohnheiten widerspricht. Es ist klar, daß ein zum Deutschen Reich gehöriger Staat nicht eine Armee haben kann, in der ein Teil seine politischen Ziele von denen des Deutschtums trennt. Selbst ein nicht auf nationaler Grundlage beruhender Staat wie Österreich ist gezwungen, an einer einheitlichen Kommandosprache in der Armee festzuhalten. Noch weniger kann es innerhalb der preußischen Armee irgend einen Sonderbestandteil geben. Der Pole, der im preußischen Heere des Königs Rock trägt, ist selbstverständlich ein deutscher Soldat, wie jeder andere seiner Kameraden; er muß Deutsch verstehen und sprechen lernen, weil der Dienst die Einheit der Sprache notwendig fordert. Selbst wer sonst im Prinzip sich für die Erhaltung der polnischen Muttersprache begeistert, wird zugeben müssen, daß auf militärischem Gebiet aus zwingenden Gründen darauf bestanden werden muß, daß die militärische Ausbildung in einheitlicher Sprache, und zwar selbstverständlich

deutſch, erfolgt. Das Heer iſt alſo unzweifelhaft berechtigt, ſeine Rekruten ganz und gar in deutſche Zucht zu nehmen. Kein wirklich Sachkundiger wird eine ungeſetzliche Beeinträchtigung der Mutterſprache darin ſehen, daß ein deutſcher Staat von allen ſeinen Untertanen verlangt, daß ſie ſich während ihres Dienſtes bei der Fahne die deutſche Sprache aneignen.

Die deutſche Gutmütigkeit und Indolenz hat natürlich auch an dieſer einfachen Forderung geſündigt. Es iſt vorgekommen, daß Truppenteile ſich nicht damit begnügt haben, etwa nur in der erſten Zeit bei dem Unterricht der Rekruten die polniſche Sprache zu Hilfe zu nehmen, wie dies ja innerhalb gewiſſer Grenzen zweckmäßig und notwendig iſt, ſondern daß ſie weit darüber hinausgingen und dieſen Bruchteil ihrer Mannſchaften feſtſtehend als „polniſch ſprechende“ anſahen. Das ging ſogar bis zur Anſtellung polniſcher Verkäufer in den Kantinen, während es doch auf der Hand liegt, daß gerade die Stelle, wo für den jungen Soldaten die Bedürfniſſe des täglichen Lebens zu haben ſind, vor allem geeignet wäre, ihn an das Deutſchſprechen zu gewöhnen. Oder glaubt man wirklich, der Rekrut werde ſeine Schachtel Wichſe oder ſein Stück Wurſt nicht erhalten, wenn er gezwungen iſt, ſich dem Verkäufer auf deutſch verſtändlich zu machen? Ein weſtliches Bezirkskommando erkundigte ſich einſtmals bei der Poſener Regierung nach einer königstreuen, in polniſcher Sprache geſchriebenen Zeitung, die militäriſche Behörde wollte dieſes Blatt für die zur Übung eingezogenen Landwehrleute polniſcher Nationalität halten, damit die Leute doch ja nicht etwa während dieſer Zeit in Gefahr kämen, ihr geliebtes Polniſch zu vergeſſen. Solche Sachen dürfen natürlich nicht vorkommen. Die militäriſchen Behörden und Truppenteile müſſen ſtreng auf den Standpunkt verwieſen werden, in der Sprachenfrage innerhalb der Armee nicht die geringſten Zugeſtändniſſe zu machen.

Dagegen dürfen die Unterschiede in der Nationalität der Rekruten durchaus nicht etwa einfach übersehen oder vernachlässigt werden. Im Gegenteil ist eine besondere Sorgfalt bei der Behandlung und Erziehung der polnischen Soldaten am Platz. Die militärischen Eigenschaften und Neigungen der Polen geben vielleicht den einzigen gangbaren Weg, um in ihren Herzen die Keime der Staats- und Untertanentreue zu pflanzen und aufhetzenden Einflüssen gegenüber zu erhalten. Die Polen sind bei richtiger Behandlung, fester Leitung und gutem Beispiel ausgezeichnete Soldaten, aber es kann auch durch falsche Behandlung viel an ihnen verdorben werden. Das unterwürfige Wesen, das in der slawischen Volkssitte begründet ist, die scheinbare Stumpfheit, die bei ungebildeten Leuten mit dem Gefühl des Fremdseins und der Unbehilflichkeit in der Sprache eng zusammenhängt, bei den Slawen auch zum Teil aus natürlichem Mißtrauen und Verschlagenheit entspringt, verleitet den deutschen Vorgesetzten leicht, den Leuten mit einer gewissen Geringschätzung zu begegnen, die bei der großen Empfindlichkeit der Polen sehr übel angebracht ist und nicht selten mit einem vorsichtigen und verschwiegenen, aber darum nicht minder tückischen und fanatischen Haß beantwortet wird. Die stille Erbitterung, die der geringschätzig und hochmütig behandelte „Polack" scheinbar unempfindlich in sich verschließt, trägt oft giftige Früchte, von denen der ahnungslose Urheber dieser Stimmung vielleicht nie etwas erfährt. Zutage tritt das erst, wenn der Geistliche, an diese Empfindungen anknüpfend, das nationale Selbstbewußtsein geweckt und die etwa aufsteigenden Gewissensbedenken beschwichtigt hat. Wie anders könnte das manchmal sein, wenn der polnische Rekrut von Anfang an Geduld, aufrichtige Herzensgüte, menschliches Verständnis und strenge Gerechtigkeit erführe! Gerade die Verschiedenheit des Nationalcharakters legt die Verpflichtung auf, die Mittel wirken

zu lassen, die unabhängig von aller Wesensverschiedenheit überall den Menschen an den Menschen knüpfen. Der polnischen Besonderheit wird daneben immer noch Rechnung getragen werden können und müssen. Aber nicht durch Nachgiebigkeit! Nichts würde verkehrter sein, als sentimentale Weichheit und Vertrauensseligkeit. Einen festen Willen, eine strenge Leitung, ein unerbittliches Gebot, eine unausgesetzte Kontrolle wird der Pole trotzdem immer über sich fühlen müssen; das fordert seine Natur. Aber das verträgt sich vollkommen mit Menschlichkeit und strenger Gerechtigkeit. Daß durch geschickte Behandlung während der Dienstzeit große Schichten der polnischen Volksmasse auf den Standpunkt einer aufrichtigen und unbefangenen Königstreue gebracht werden können, unterliegt keinem Zweifel. Es wäre wohl gut, die Gesichtspunkte für die Behandlung der polnischen Mannschaften nicht ausschließlich den persönlichen Erfahrungen der damit betrauten Offiziere und allerlei Zufällen zu überlassen, sondern besonders auf die Bedeutung und Tragweite dieser Sache hinzuweisen und das Nötige in allgemeinen Instruktionen einzuschärfen. Freilich müßte hierbei die Klippe des Schematisierens vermieden werden.

Wenn es nur auch möglich wäre, die Einflüsse lahm zu legen, die nach beendeter Dienstzeit an den durch die militärische Ausbildung gelegten Grundlagen rütteln! Der feindlichen Agitation glückt es nur zu leicht, die Gefühle der Leute mit falschen Vorstellungen so zu verquicken, daß die nationalen Masseninstinkte im gegebenen Fall die glimmenden Funken der Königstreue wieder ersticken. Den patriotischen Vereinen im Osten, namentlich den Kriegervereinen, ist so eine besonders schwierige Aufgabe gestellt. Leider besteht aber zugleich ein gewisser Mangel an Persönlichkeiten, die mit vollem Verständnis und kameradschaftlichem Takt ihre Arbeitskraft an diese Aufgabe setzen. Die Offiziere des Beurlaubtenstandes, die sich ihr widmen, sind

meiſt durch ihren bürgerlichen Beruf zu ſtark in Anſpruch genommen, oder es ſind Leute, die die Kriegervereine von oben herunter regieren. Man müßte zu dieſem Zweck penſionierte Offiziere zur Verfügung haben, die ganz und gar an ihrem alten Beruf hängen und nun aus Herzensbedürfnis ſich an dem Wirken der Kriegervereine beteiligen, um aus ihnen Pflanzſtätten unerſchütterlicher Königstreue zu machen. Aber wo gibt es ſolche Offiziere in der Provinz Poſen? Es iſt auch hier wieder die ſchon an anderer Stelle mehrfach erwähnte Klage zu erheben, daß unſere Oſtmark überhaupt noch ein vom Weſten losgelöſtes Kulturgebiet iſt, in dem der Deutſche nur bleibt, wenn er muß. Wir werden immer wieder auf die Forderung hingeleitet, auf deren Bedeutung noch beſonders zurückzukommen ſein wird, daß gewiſſe Kulturſchranken zwiſchen Oſt und Weſt fallen müſſen.

Im allgemeinen wird man ſagen können, daß die Heeresleitung ſchon durch die Forderungen der militäriſchen Ausbildung veranlaßt wird, in einem das Deutſchtum fördernden Sinne zu wirken. Es gibt aber einige Punkte, in denen das militäriſche Intereſſe und das politiſche Bedürfnis ſich nicht ohne weiteres decken. Im Intereſſe der Kriegsbereitſchaft iſt es wünſchenswert, daß die Rekruten, die in einem Armeekorpsbezirk ausgehoben werden, auch in die Regimenter des Armeekorps eingeſtellt werden. Dagegen fordern politiſche Rückſichten, daß mit den Rekruten polniſcher Zunge eine Ausnahme gemacht wird. Innerhalb des polniſchen Sprachgebiets müſſen in die Standorte der Truppen deutſche Mannſchaften gelegt werden, während die polniſchen Rekruten in deutſche Gegenden gebracht werden. Es iſt nicht zu leugnen, daß dadurch nicht nur für die Rekrutierung im Frieden und die Staatskaſſe — das würde bei einer ſo wichtigen Sache nicht in Betracht kommen —, ſondern vor allem für die Mobilmachung manche Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten entſtehen. Es wäre eine große Annehmlich-

keit und Erleichterung für die Kommandobehörden im Osten, wenn die Polen schon im Frieden in ihrer Heimat eingestellt und ausgebildet werden könnten. Und doch müssen die erwähnten Schwierigkeiten in den Kauf genommen werden, weil es für den Geist der im Osten stehenden Truppenteile von geradezu unberechenbaren Folgen sein würde, wenn in ihnen das polnische Element überwöge und man andererseits darauf verzichtete, den preußischen Soldaten polnischer Nationalität in deutscher Umgebung auszubilden. Der vortreffliche Organismus des preußischen Heeres hat, um einen möglichst hohen Grad der Kriegsbereitschaft zu erreichen, schon ganz andere Hemmnisse und Unbequemlichkeiten zu überwinden gelernt. Es wäre ganz gegen alle preußische Tradition, wenn man den Geist eines Teils des Heeres gefährden wollte, um sich in organisatorischer Beziehung etwas leichtere Arbeit zu machen.

Immerhin könnte bei diesem Punkte die Entscheidung einen Augenblick schwanken; denn die Rücksicht auf die Organisation der Mobilmachung ist wenigstens eine schwer ins Gewicht fallende Sache. Dagegen kann in einem zweiten Punkte, wo das rein militärische Fachinteresse und die Rücksichten der Politik gleichfalls auseinanderzugehen scheinen, die Entscheidung nicht zweifelhaft sein. Es handelt sich um die Frage der Konzentrierung der Truppenteile in größeren Standorten. Es ist hier nicht nötig, auf die Gründe einzugehen, die von militärischer Seite immer mehr zum Aufgeben der kleinen Garnisonen geführt haben. Zum Teil sind es auch hier Gründe der Kriegsbereitschaft, die Notwendigkeit, im Fall einer Mobilmachung umfassende Neuformationen aufzustellen, die zu der erwähnten Konzentrierung Anlaß gegeben haben. Selbstverständlich sind diese schwierigen, den Kommandobehörden wie der Verwaltung eine große Verantwortung auferlegenden Maßregeln nicht unbedeutend erschwert, wenn die Truppen in einzelnen kleinen

Verbänden über das ganze Land zerstreut sind. Man hat auch geglaubt, größere Vorteile in bezug auf Unterbringung, Verpflegung und Ausbildung der Truppen durch ihre Zusammenlegung gewinnen zu können. Darüber können nun freilich verschiedene Meinungen bestehen. Namentlich bezüglich der Ausbildung ist es sehr fraglich, ob die großen Garnisonen wirkliche Vorteile gewähren. Tatenlustige Vorgesetzte, die der Meinung sind, alles, was nicht unter ihren Augen und unter ihrer unmittelbaren Leitung geschieht, sei nichts wert, werden freilich von der Verteilung der Truppen in kleine Garnisonen nichts wissen wollen. Indessen bei der heutigen Handhabung der Manöver und der größeren Übungen und bei der Einrichtung der Truppenübungsplätze dürfte in bezug auf Übungen unter höherer Aufsicht und in größeren Verbänden vollkommen genug geschehen. Wer andererseits die unsere ganze Armee durchdringende Pflichttreue und die Frische und Selbständigkeit, mit der in den Truppenverbänden der kleinen Garnisonen die Ausbildung geleistet wird, zu würdigen weiß, der wird sicher mindestens die Überzeugung gewinnen, daß in dem, worauf es für die Tüchtigkeit der Armee vor allem ankommt, keine durchschlagenden Einwände gegen das Fortbestehen kleiner Garnisonen zu erheben sind. Es steht sicher von militärischer Seite nichts dem entgegen, daß man in dieser Frage neben rein militärischen Erwägungen auch andere, seien es wirtschaftliche, seien es politische, zu Rate zieht. Für die Polenfrage kommt ohne Zweifel in Betracht, daß die kleinen Garnisonen eine vortreffliche Stütze des Deutschtums sind. Während im bürgerlichen Leben der Aufenthalt einer deutschen Minderheit innerhalb einer polnischen Mehrheit für das Deutschtum der ersteren oft verhängnisvoll wird, besteht für die deutschen Soldaten, die sich während ihrer Dienstzeit in einer Stadt mit überwiegend polnischer Bevölkerung aufhalten, nicht die geringste Gefahr, daß sie etwa polnischen

Einflüssen verfallen könnten. Dagegen erhalten deutsche Handwerker und Gewerbetreibende durch die deutschen Garnisonen eine Stütze, die ihnen andere künstliche Mittel niemals gewähren können. Das zeigte sich, als einige kleine Garnisonen in überwiegend polnischen Gegenden aus militärischen Rücksichten aufgegeben wurden. In der kleinen Stadt Schrimm (in Posen) folgte der Verlegung der Garnison der Zusammenbruch einer ganzen Anzahl deutscher Geschäfte; in wenigen Jahren erstarkte dort das Polentum in auffallender Weise. Es ist schon erwähnt, daß der Deutsche, der eine polnische Frau wählt, leicht zum Polen wird und seine Kinder polnisch erziehen läßt. Von dem deutschen Unteroffizier oder einem gedienten Soldaten, der in einem gewissen Zusammenhang mit seinem Truppenteil bleibt, ist das nicht so ohne weiteres zu befürchten; wenn etwas dazu beitragen kann, in polnischer Umgebung deutsche Familien zu erhalten, so ist es die Einwirkung, die von der Garnison ausgeht. Ja, in kleinen Garnisonen pflegt überhaupt nicht die schroffe Zurückhaltung von polnischer Seite zu bestehen, die sonst den Deutschen in polnischer Umgebung das Leben geradezu unerträglich machen kann. Namentlich die polnische Jugend, die sonst das deutsche „Hundeblut“ mit Mißtrauen und Haß ansieht, vermag sich den von dem „zweierlei Tuch“ ausgehenden Eindrücken nicht so ganz zu entziehen, wie es der polnische Seelenhirte zu wünschen pflegt. Es kann daher gar nicht dankbar genug begrüßt werden, daß die preußische Regierung zur Einrichtung der kleinen Garnisonen im Osten zurückgekehrt ist. Dadurch kann auch auf militärischem Gebiet viel dazu beigetragen werden, daß das Deutschtum in der Ostmark wieder festen Fuß faßt.

Kapitel 13.

Die allgemeine Staatspolitik und das Polentum.

Zu der Erörterung über die allgemeinen Grundsätze der Polenpolitik gehört auch eine Betrachtung ihrer Beziehungen zur allgemeinen Staatspolitik. In der auswärtigen Politik kann es sich natürlich nicht um die Aufstellung von Gesichtspunkten für ihre Führung handeln. Das wäre überflüssig und sogar schädlich. Anders aber steht es mit der Zurückweisung der Kritik, die an einer energischen Staatspolitik in der Polenfrage mit der ausdrücklichen Absicht geübt wird, durch Hinweis auf internationale Schwierigkeiten oder durch auf dem Gebiet der auswärtigen Politik liegende allgemeine Bedenken womöglich Stimmung gegen die Regierung und Zweifel an ihrer Geschicklichkeit zu erwecken. Mit anderen Worten: wir haben die Frage zu erörtern, ob, wie von polenfreundlicher Seite behauptet wird, eine Polenpolitik, die in energischer Weise Schutz und Förderung des Deutschtums in der Ostmark auf ihr Programm geschrieben hat, den Interessen des Deutschen Reiches irgend welchen Schaden bringt, etwa unsere internationalen Beziehungen schädigt oder uns irgendwelcher wirksamen Kräfte beraubt.

Ein Lieblingsgedanke unserer Ultramontanen ist es, daß die angebliche Ungerechtigkeit, deren wir uns in der Behandlung der Polen schuldig machen sollen, nicht nur direkt unsere Beziehungen zu Österreich-Ungarn und Rußland unfreundlicher gestalten müßte, weil in beiden Staaten das slawische Element dadurch zu immer größerer Feindschaft gegen das Deutschtum und demgemäß auch gegen das Deutsche Reich angestachelt werde, sondern daß wir damit fremden Staaten auch das Beispiel geben, das zur Unterdrückung nationaler Minderheiten in jenen Ländern und so vor allem unserer deutschen Landsleute führt.

Wir haben kein Recht — so sagen die Vertreter dieser Ansicht —, uns über die Unterdrückung des Deutschtums in Ungarn und in den baltischen Provinzen Rußlands zu beklagen, wenn wir selbst in unsern östlichen Provinzen die fremdsprachige nationale Minderheit unterdrücken. Aber das tun wir ja auch gar nicht. Von dem Augenblick an, wo die Polen darauf verzichten, Deutsche zu polonisieren und ihre deutschen Mitbürger mit Feindseligkeiten und Anmaßungen zu verfolgen, würde die polnische Nationalität unter preußischem Szepter denselben Schutz und dieselbe Achtung finden, wie es z. B. bei den polnisch redenden ostpreußischen Masuren der Fall ist und wie es auch bei den polnischen Oberschlesiern der Fall war, bis die großpolnische Agitation in dieses Gebiet einbrach und den Frieden störte.

In Ungarn und Rußland verfährt man aber nach ganz entgegengesetztem Rezept. Die Deutschen in diesen Ländern sind vollkommen loyale Untertanen ihrer Regierungen und haben alle ihre Kräfte in den Dienst des Staates gestellt, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Unbefangene Russen haben stets offen anerkannt, daß die Deutschen aus den Ostseeprovinzen im Heere und in der Verwaltung Rußlands die wertvollsten Dienste geleistet haben. Gemeint sind hier nicht die Russen deutscher Abkunft, die eben vollständig russifiziert sind, sondern diejenigen Deutschen, die im russischen Untertanenverhältnis stehen und doch mit vollem Bewußtsein daran festhalten, daß sie deutscher Nationalität sind. Alle die Leute, die gelegentlich mit dem Gedanken einer Lostrennung der Ostseeprovinzen von Rußland gespielt haben, sind keine Balten gewesen mit verschwindend wenigen Ausnahmen, und doch ist das Bewußtsein der nationalen Zugehörigkeit zu Deutschland in bezug auf Kultur und Geistesleben bei den Balten klar und unerschütterlich. Viele ziehen vor, ihre alte Heimat zu verlassen und nach Deutschland zu gehen, wenn ihnen ihre nationale Existenz in Ruß-

land verkümmert wird, aber ſie werden nie die Pflicht ihrer Loyalität gegen das ruſſiſche Herrſcherhaus verletzen. Und ähnlich kämpfen die Deutſchen in Ungarn gegen das Magyarentum für die Erhaltung ihrer Nationalität, ohne auch nur in Gedanken irgend ein Recht des ungariſchen Staatsverbandes oder gar ſeinen Beſtand in Zweifel zu ziehen.

Dabei iſt der Hauptunterſchied noch gar nicht einmal in Betracht gezogen. Die Deutſchen ſind in Rußland ſowohl als in Ungarn ein wichtiger Kulturfaktor; als ſolcher beſitzen ſie große Verdienſte um die Länder im Oſten. Dem Deutſchtum — nicht nur dem Beſitz der Oſtſeeprovinzen — hat der ruſſiſche Staat unendlich viel zu danken. Das kann ſelbſt der überzeugteſte Panſlawiſt zugeben; denn auch wir brauchen uns nicht in unſerm nationalen Bewußtſein durch den Gedanken herabdrücken zu laſſen, daß wir anerkennen, was wir fremden Völkern und älteren Kulturen zu verdanken haben. Und ebenſo bedarf es kaum eines Wortes, um der geſchichtlichen Tatſache zu gedenken, daß alles, was Ungarn an Kultur hat, von den weſtlichen Nachbarn übernommen iſt. Wie weit die Magyaren einmal ihre heutige Kultur in eigenen nationalen Bahnen weiter entwickeln werden, iſt eine Frage der Zukunft. Es kann ja ſein, daß es einmal eine eigenartige magyariſche Kultur geben wird; was die Magyaren heute haben, iſt deutſche Kultur. Man kann ſogar mit einem gewiſſen Recht ſagen: nicht einmal der heutige ungariſche Staat iſt ein Werk der Magyaren oder eine wirkliche Fortſetzung des mittelalterlichen Magyarenreiches. Denn dieſes iſt in Wahrheit von der türkiſchen Sturmflut verſchlungen worden, und nur weil die Habsburger einmal den Rechtstitel des apoſtoliſchen Königtums des heiligen Stephan beſaßen, haben ſie ihre auf dem römiſchen Kaiſertum und dem Beſitz ihrer deutſchen Stammlande beruhende Macht, d. h. alſo mit andern Worten deutſche Kraft, eingeſetzt, um das Magyarenland von den

Türken zurückzuerobern. In diesem hauptsächlich durch deutsche Arbeit neugeschaffenen Ungarn haben dann die Magyaren erst allmählich die Herrschaft ihres Stammes und die Anknüpfung an die mittelalterlichen Traditionen wiedergewonnen. Diese Feststellung bedeutet nicht eine Verkleinerung des heutigen magyarischen Staates oder eine Unterschätzung der historischen Entwicklung des Magyarentums, sondern nur die Erklärung dafür, daß das Deutschtum denn doch ein ganz anderes historisches Recht innerhalb des ungarischen Staates für sich in Anspruch nimmt, als das einer beliebigen nationalen Minderheit.

Nun vergleiche man damit, was das Polentum als solches etwa für Preußen und Deutschland bedeutet hat. Die Antwort lautet: „Nichts!" Was einzelne tüchtige Polen im Dienste deutscher Staaten geleistet haben, das haben sie nicht als Polen oder als Vertreter einer von Natur überlegenen Kultur zuwege gebracht, sondern unter dem unmittelbaren Einfluß und im Bereich der deutschen Bildung, des deutschen Staatslebens und der deutschen Disziplin. Eine polnische Kultur, Wissenschaft, Kunst oder Literatur, von der wir Deutschen etwas hätten lernen können, gibt es nicht. Es ist also gänzlich verkehrt, die Bedeutung des Polentums in Deutschland überhaupt in Parallele zu stellen mit der des Deutschtums in anderen Ländern.

Nun wird freilich eingewendet werden, auf diesen objektiv festzustellenden Parallelismus komme es nicht an; entscheidend sei nur die formalrechtliche Lage der nationalen Minderheiten im Staate. Ob mit Recht oder Unrecht, jedenfalls werde aus der Art, wie wir uns zu den in unserm Staat vorhandenen fremdnationalen Minderheiten stellen, von andern Staaten die Berechtigung entnommen, gegen die Deutschen innerhalb ihres Gebiets ebenso vorzugehen. Die theoretische Richtigkeit dieser Behauptung könnte vielleicht zugegeben werden, praktisch aber ist die

Sache vollkommen bedeutungslos. Denn erstens ist die Behandlung fremdnationaler Minderheiten für jeden Staat eine interne Frage, bei der er sich nicht durch Hinweis auf fremde Beispiele zu rechtfertigen braucht, sondern die er lediglich nach Maßgabe des eigenen Interesses zu regeln hat, und zweitens stimmt die Behauptung nicht zu den tatsächlichen historischen Erfahrungen.

Was den ersten Punkt betrifft, so ist es für die praktische Politik völlig unmöglich, die Nationalitätenfrage anders zu behandeln als jede andere interne Frage eines fremden Staates, es sei denn, daß man aus sonstigen politischen Gründen einen im eigenen Lande populären Vorwand sucht, um sich mit dem fremden Staat auseinanderzusetzen. Bismarck hatte gewiß vermöge seiner ganzen, von hochgespanntem Nationalstolz erfüllten Denkweise und überdies vermöge zahlreicher persönlichen Beziehungen in den russischen Ostseeprovinzen ein tiefes Verständnis für die Lage des Deutschtums in jenen Gegenden und ein lebhaftes Mitgefühl für die schwer um ihre nationale Existenz ringenden Landsleute. Dennoch hat er als Staatsmann diesen Regungen niemals auch nur das kleinste Zugeständnis gemacht, sondern jeden Versuch, in dieser Richtung auf ihn einzuwirken, unbeugsam zurückgewiesen. Er hätte niemals eine Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland um der Balten willen gestattet, und er hat sich auch, als eine Verschlechterung dieser Beziehungen gegen seinen Willen aus anderen Gründen dennoch eintrat, nicht dazu hinreißen lassen, seinen Standpunkt in der Baltenfrage irgendwie zu verändern. Er hielt daran fest, daß das eine innere russische Angelegenheit sei. Dadurch gewann er die volle Freiheit in der Behandlung der innerdeutschen Nationalitätenfragen. Das ist aber nicht nur Richtschnur für Deutschland allein, sondern es ist anerkannter Grundsatz der gesamten internationalen Politik. Die Prestige- und Interventionspolitik früherer Zeiten ist

allgemein in Mißkredit gekommen, und wo dennoch davon Gebrauch gemacht wird, geschieht es mit der bewußten Absicht, kriegerische Verwicklungen, aus denen man sich bestimmte Vorteile verspricht, herbeizuführen.

Und nun der zweite der oben erwähnten Punkte. Die historische Erfahrung beweist, daß die Mächte in der Frage der fremdnationalen Minderheiten sich niemals nach fremden Beispielen richten. Wenn man mitunter in Zeitungen und politischen Streitschriften dem Gedanken begegnet, die Vergewaltigung deutscher Minderheiten in unsern Nachbarstaaten sei eine Folge der schärferen preußischen Polenpolitik, so ist das eine Behauptung ohne jeden tatsächlichen Untergrund. Sowohl die schroffe Behandlung der Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen, als auch die Versuche in Ungarn, die Deutschen zu magyarisieren, sind älteren Datums, als die im Vergleich dazu höchst humanen Maßregeln der preußischen Regierung. Weder Rußland noch Ungarn werden sich auch jemals hindern lassen, ihre deutschen Untertanen schlecht zu behandeln, falls die preußische Staatsregierung wirklich die Ratschläge der Polenfreunde befolgen und zu einer neuen Versöhnungspolitik übergehen wollte. Im Gegenteil wäre die Schwäche, die wir im eigenen Hause gegen eine uns feindlich gesinnte Minderheit zeigen, nur ein Ansporn, um so schneller mit den Deutschen aufzuräumen, die auf fremdem Boden noch eine nationale Sonderexistenz führen. Welche Achtung könnten Slawen und Magyaren noch vor einem Volke haben, das selbst auf dem Boden, wo es Herr ist, dem Andringen einer slawischen Nationalität nicht einmal soviel Widerstand leisten kann, daß die Gefahr für die Erhaltung seiner Grenzen als beseitigt gelten darf? Die Lebenskraft und Energie, die das Deutschtum entfaltet, indem es sich gegen den Ansturm einer fremden Nationalität in seinen eigenen Grenzen behauptet, ist zugleich auch der beste Schutz des Deutschtums im Auslande.

Nun pflegen ja ängstliche Leute zu behaupten, daß die Stimmung, die unsere Politik unter den Polen erzeugt, in jedem Falle auch eine gewisse Wirkung nach außen ausübe. Ist es nicht nachteilig für uns, wenn sich die Meinung verbreitet, daß die Polen in Galizien und im Generalgouvernement Warschau es besser haben, als die Polen im preußischen Staat? Das mag sein, aber wir können es nicht hindern. Wir müssen nur den Schaden, der uns daraus droht, möglichst abzuwenden suchen. Das können wir aber nur, wenn wir das Polentum bei uns nicht zu mächtig werden lassen. Und die neueste Entwicklung Rußlands legt uns diese Pflicht noch viel näher.

Wie steht es nun aber mit Österreich-Ungarn? Hat nicht schon die Gerichtsverhandlung über die Wreschener Schulkrawalle dazu geführt, daß es in Galizien zu heftigen Demonstrationen gegen Deutschland und seine offiziellen Vertreter kam? Kann nicht die österreichische Regierung, die auf die Polen große Rücksichten zu nehmen hat, durch unsere Polenpolitik in Lagen gebracht werden, die eine ungünstige Wirkung auf das bundesfreundliche Verhältnis zu Deutschland ausüben? Darauf ist folgendes zu erwidern. Das deutsch-österreichische Bündnis beruht auf einer Interessengemeinschaft und realen Vorteilen; es ist selbstverständlich nur so lange zu halten, als diese gemeinsamen Interessen bestehen. Wie lange das der Fall sein wird, kann niemand wissen. Auch der weitschauendste und vorsichtigste Politiker kann zurzeit nur feststellen, daß die realen Vorteile des Bündnisses noch auf lange hinaus für beide Teile von stärkerer Wirkung sein werden, als die nationalen Gegensätze, die die verbündeten Mächte im Innern zu überwinden haben. Damit müssen wir uns begnügen. So lange wir imstande sind, ein bundesfreundliches Verhältnis zu Österreich-Ungarn zu pflegen, obwohl das Magyarentum in Ungarn das Deutschtum gewaltsam unterdrückt und ob-

wohl der österreichische Staat die alte historische Stellung der Deutsch-Österreicher den Tschechen, Polen und Slowenen aufopfert, — so lange werden wir auch von Österreich-Ungarn erwarten und verlangen können, daß es sich nicht um unsere Polenfrage kümmert. Es würde von wenig Selbstbewußtsein zeugen, wenn wir Österreich das Recht zugestehen wollten, als Fürsprecher unserer Polen aufzutreten, während wir ruhig mit ansehen, wie gegen das Deutschtum in Österreich ein Schlag nach dem andern geführt wird. Zöge Österreich aus der preußischen Polenpolitik irgendwelche Konsequenzen, so würde es uns selbst damit das Recht in die Hand geben, in seinen eigenen inneren Nationalitätenkämpfen ein kräftiges Wort zugunsten des Deutschtums zu sprechen. Es ist aber gar nicht daran zu denken, daß in absehbarer Zeit die österreichische Politik einen solchen Fehler begehen könnte. Sollte er in Zukunft einmal wirklich begangen werden, so könnten wir daraus sehen, daß dann eine nationale Umgestaltung Österreichs so weit vollzogen wäre, daß der Dreibund überhaupt jeden Sinn und Wert verloren haben müßte. Wenn es einmal dahin kommt, wird unsere Diplomatie hoffentlich längst ihre Pflicht getan und eine andere Kombination der europäischen Politik vorbereitet haben. Für uns steht heute soviel fest: wenn sich Österreich-Ungarn durch das Bündnis mit uns nicht daran hindern läßt, eine antideutsche innere Politik zu treiben, brauchen wir uns noch viel weniger hindern zu lassen, unser Hausrecht gegen die Polen zu wahren.

Im allgemeinen sind also die Einwände, die von der polenfreundlichen Presse erhoben zu werden pflegen, um eine entschiedene Polenpolitik vom Standpunkt der auswärtigen Politik als nicht ratsam erscheinen zu lassen, durchaus hinfällig. Schwieriger ist natürlich die Erörterung, wie sich die allgemeine Staatsraison vom Standpunkt der *inneren Politik* mit der Polenfrage abzufinden hat. Zu einem

wesentlichen Teil ist diese Frage aber durch die bisherigen Untersuchungen bereits insofern beantwortet, als festgestellt worden ist, daß das Gewährenlassen der Polen eine offenbare Gefahr für den Bestand des Staates in sich trägt. Die Pflicht des Staates, seinen Bestand zu erhalten, muß allen andern vorangehen. In praktischer Hinsicht fragt sich nur, ob es glücken wird, die Mehrheit der politischen Parteien für ein Programm einer kräftigen Polenpolitik zusammenzufassen, und ob es möglich ist, die wünschenswerte gemeinsame Organisation des Deutschtums in den Ostmarken auch politisch lebenskräftig zu machen.

Wie die verschiedenen Parteien zur Polenfrage stehen, ist früher schon in anderem Zusammenhange erwähnt worden. Daß die Konservativen und gemäßigt Liberalen eine energische Polenpolitik zu unterstützen bereit sind, daß die Freisinnigen ihrer Parteidoktrin und ihrer Neigung nach weniger dazu geneigt sind, daß das Zentrum in seiner Gesamtheit polenfreundlich ist und daß die Stellung der Sozialdemokratie im allgemeinen durch ihren Internationalismus bestimmt ist, braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden. Die Stellung der Gesamtparteien deckt sich aber nicht vollständig mit den besonderen Anschauungen der in den Ostmarken selbst lebenden Deutschen, die in der Polenfrage sich zu einem großen Teil ihre eigenen unabhängigen Meinungen bilden. Es ist schon geschildert worden, wie die sonst mit der Zentrumspartei gehenden deutschen Katholiken in den Ostmarken sich in der Polenfrage immer mehr von der allgemeinen Parteiparole emanzipieren und trotz der offiziellen Polenfreundschaft des Zentrums notgedrungen immer entschiedener der Fahne des „Hakatismus" folgen. Es ist ebenso schon erwähnt, daß auch viele Freisinnige immer mehr die Unmöglichkeit einsehen, den aggressiven Bestrebungen der Polen gegenüber den Standpunkt ihrer Parteitheorie zu wahren; sie müssen sich eben als Deutsche ihrer Haut wehren,

und die Nötigung der praktiſchen Verhältniſſe, ſowie der durch den Parteigeiſt noch nicht ganz verdorbene Reſt ihres Nationalbewußtſeins ſind ſchließlich ſtärker, als die Parteigrundſätze. Was aber die Sozialdemokraten anbetrifft, ſo halten die internationalen Verbrüderungstheorien zwiſchen Deutſchen und Polen noch weniger ſtand, als anderswo. Die polenfreundlichen Parteien haben alſo gerade da, wo die unmittelbare Berührung zwiſchen Deutſchen und Polen ſtattfindet, mit ſtarken Gegenſtrömungen zu kämpfen.

An Gegenſtrömungen, nur natürlich im entgegengeſetzten Sinne, fehlt es auch in den nationalen Parteien nicht. In konſervativen Kreiſen ſtrengſter Obſervanz ſteht man dem Nationalitätsbegriff innerlich mit Unbehagen gegenüber, weil hier noch gewiſſe Erinnerungen und Überlieferungen aus der Zeit nachwirken, in der das Nationalitätsprinzip dem Legitimitätsprinzip gegenübergeſtellt wurde und daher einen Beigeſchmack von Revolution hatte. In der Anſchauung älterer konſervativer Kreiſe gilt der Nationalitätsbegriff noch als ein Erzeugnis des Liberalismus und nationale Politik gleichbedeutend mit liberaler Politik. Neuere Erſcheinungen einer gewiſſen Überſpannung des Nationalismus haben das Unbehagen der erwähnten Kreiſe verſtärkt. Dieſe ſehen in dem Nationalgefühl nicht das Verſtändnis und die Pflege einer beſtimmten Volkseigenart, die der natürliche Träger der Geſetze und Einrichtungen des Staates ſein ſoll und bei den individualiſtiſchen Einflüſſen der modernen politiſchen Entwicklung als zuſammenfaſſendes Element ſich immer unentbehrlicher erweiſt, ſondern ihr Nationalgefühl iſt im Grunde nur die für dieſe Kreiſe ſelbſtverſtändliche patriotiſch-monarchiſche Geſinnung, die eine gewiſſe Erweiterung zu einem etwas moderniſierten Staatsgefühl erfahren hat. Dieſe Form des Nationalgefühls kennt nicht den Unterſchied von nationalem Geiſt und fremdem Geiſt, ſondern nur loyale und nichtloyale Staats-

bürger. Das kann in vielen Fällen in der Praxis auf dieselbe Wirkung hinauslaufen. Denn wer selbst Stolz auf sein Vaterland besitzt und Hingabe an sein Vaterland übt — gleichviel, ob er sich dabei als Glied des deutschen Volkes oder als preußischer Staatsbürger und Untertan der Hohenzollerndynastie fühlt, — der wird auch erzieherisch auf seinen Wirkungskreis Einfluß haben; jede erzieherische Tätigkeit aber knüpft, und sei es auch nur unbewußt, immer an die angeborene Art an, sie wird im wahren Sinne des Wortes „national" und treibt instinktiv den fremden Geist aus. So kann das dem bewußten Nationalismus abholde Nationalgefühl der geschilderten konservativen Kreise trotzdem nationale Wirkungen haben, aber es schützt nicht vor schädlichen Irrungen, da es trotz seiner hochachtbaren Tendenz den für unsere Zeit notwendigen Gesichtspunkt verschiebt. Unschädlich kann diese Form des Nationalgefühls nur sein, wo die Intelligenz vorhanden ist, um allezeit klar und sicher zu erkennen, wo staatsfeindliche Einflüsse in Wirksamkeit treten. Wo diese Intelligenz nicht ausreicht oder durch Befangenheit und Einflüsse der nächsten Umgebung und des Umgangskreises teilweise ausgeschaltet wird, da treten bedenkliche Schätzungsfehler auf, denen ein tiefer wurzelndes Nationalbewußtsein nicht so leicht anheim fallen würde.

Das tritt besonders bei der Polenfrage zutage. Die Gewohnheit, alles mit dem Maßstabe der hergebrachten sozialen Anschauungen zu messen, verleitet einen Teil der konservativen Großgrundbesitzer im Osten, die polnische Gefahr zu unterschätzen, weil sie bei ihren polnischen Standesgenossen eine Gemeinsamkeit der Lebensanschauungen voraussetzen, die in allen für den modernen Staat wichtigen Beziehungen nicht besteht, und weil sie einen so hohen Begriff von der Macht des Staates haben, daß sie glauben, nötigenfalls den Augenblick ruhig abwarten zu

können, wo die Polen zu offener Empörung schreiten. Bis dahin gehen nach ihrer Meinung die etwaigen Wünsche und Hoffnungen der Polen den loyalen Privatmann nichts an. „Es ist Sache der Regierung, die Polen zu regieren; wir sollen sie in Ruhe lassen", das war wörtlich die öffentlich ausgesprochene politische Weisheit eines persönlich hochehrenwerten und angesehenen konservativen Großgrundbesitzers der Provinz Posen. Er stand mit seinen Ansichten unter seinen Standesgenossen keineswegs allein. Die eigentliche Gefahr für den Staat suchen alle diese Herren in den modernen politischen Ideen und den feindlichen Strömungen gegen die heutige Gesellschaft, als deren Träger sie mehr die Deutschen als die Polen fürchten. Wozu germanisieren? Die Deutschen bringen uns nur die Sozialdemokratie, — das ist im Grunde die Meinung, und ein Freisinniger ist ihnen im wesentlichen nichts anderes als ein Sozialdemokrat. Ja, auch die gemäßigt Liberalen stehen nach ihrer Anschauung nur am Anfang der schiefen Ebene, die zur Sozialdemokratie führt. Ihnen ist deshalb ein Pole in Wahrheit viel lieber, als ein liberaler Deutscher. Es fehlt also auch von dieser Seite nicht an Hindernissen für den Zusammenschluß aller deutschen Parteien gegen die Polen. Aber eines läßt sich doch feststellen, was für die Zukunft Hoffnung gibt. Während bei den von Hause aus polenfreundlichen deutschen Parteien die antipolnische Gegenströmung immer stärker wird, nähert sich unter den jüngeren Konservativen die nationale Gleichgültigkeit, wie sie noch in der älteren Generation herrschte, immer mehr dem völligen Absterben, wenngleich nicht übersehen werden darf, daß der Bund der Landwirte in seinem Bemühen, alle politischen Gesichtspunkte den Interessen des landwirtschaftlichen Gewerbes unterzuordnen und jede nationale Bewegung vor seinen Karren zu spannen, eine große Gefahr für die Einigungsbestrebungen der Deutschen auch fernerhin

bedeutet. Die außerordentliche Rücksichtslosigkeit der Führer und Vertreter des Bundes, die sich an ihr allgemeines Prinzip halten, ohne der Bedeutung der nationalen Fragen im Osten irgendwelche ernsthafte Beachtung zu schenken, und den Ostmarkenverein heftig anzugreifen, wenn er mit den Interessen des Bundes irgendwie in Konflikt gerät und sich ihnen nicht bedingungslos unterwirft, hat der deutschen Sache im Osten schon manchen schweren Schaden getan. Aber es wird und muß auch das überwunden werden, in dem Maße als der wahre Charakter der Polenfrage von allen Seiten erkannt wird.

Am wichtigsten ist natürlich das Zusammenwirken der Deutschen bei den Wahlen, weil damit ein Maßstab gewonnen wird, wonach man das politische Gewicht der Nationalitäten in den einzelnen Kreisen beurteilen kann, und weil das Deutschtum aus einem Wahlerfolg die wirksamste Ermutigung schöpfen kann. Aber gerade hierbei tritt natürlich der Parteigeist am eifrigsten und anspruchsvollsten auf, und selten kann sich eine Partei entschließen, der anderen irgend welche Zugeständnisse zu machen. Die Einsicht, daß die Parteiinteressen in den durch das Polentum gefährdeten Wahlkreisen hinter den nationalen Interessen zurückstehen müssen, steckt noch in den Anfängen. Aber sie ist vorhanden, und was noch wichtiger ist, sie wächst. Darum kommt es darauf an, diesem Wachstum nachzuhelfen, indem Leute, die infolge der Erkenntnis der nationalen Gefahr über die engen Parteiauffassungen hinausgewachsen sind, die Führung in der praktischen Einigungsarbeit für die Wahl übernehmen. Der Gedanke eines deutschen Wahlkomitees zur Regelung der Kandidatenfrage in den Wahlkreisen mit polnischer Bevölkerung ist schon öfter aufgetaucht; ähnliches ist auch bereits verwirklicht, aber es bedarf der Vervollkommnung. Ein solches Komitee soll zwar seinerseits imstande sein, über die Parteiunter-

ſchiede weiter hinauszublicken, um den Kampf gegen die polniſchen Kandidaten organiſieren zu können, es darf aber nicht die Parteiintereſſen geringſchätzen und beiſeite ſchieben. Denn alsdann wäre ihm ein Mißerfolg ſicher. Eine Arbeit dieſer Art, die zum Ziel führen ſoll, muß ganz und gar auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben und an das anknüpfen, was ſie vorfindet. Sie muß daher durchaus mit den vorhandenen Parteien, ihren Wünſchen und Vorurteilen rechnen und nur in den weiteren Konſequenzen, die ſie daraus zieht, verſuchen, durch Zuſammenfaſſung der Intereſſen verſchiedener Wahlkreiſe einen Ausgleich herzuſtellen, der die Ausſichten der deutſchen Kandidaten verbeſſert.

Ein deutſches Wahlkomitee muß ſchon durch ſeine Zuſammenſetzung das Vertrauen erwecken, daß die Intereſſen ſämtlicher deutſchen Parteien dabei vertreten ſind. Dann aber muß das Komitee ein reiches Material ſammeln, um einen Überblick über die Lage der Parteien in den einzelnen Wahlbezirken zu erhalten. Das iſt eine Arbeit, deren Schwierigkeit allerdings nicht leicht zu hoch geſchätzt werden kann, denn die geſamte Wahlagitation, die doch die Hauptarbeit der Parteien iſt, beſteht eben darin, über die Ausſichten der Parteien ein Bild zu entwerfen, das nicht der Wirklichkeit, ſondern dem Parteiintereſſe entſpricht. Trotzdem wiſſen die Führer der Wahlbewegung, auch wenn ſie ſich in Wahlverſammlungen und in der Preſſe nicht immer etwas davon merken laſſen, in der Regel recht gut Beſcheid über den Stand der Parteien in großen Umriſſen. Auch die Statiſtik der früheren Wahlen bietet dazu meiſt genügende Unterlagen, und es fehlt daher nicht an Mitteln, die Ausſichten der einzelnen Parteien ohne Verletzung ihrer beſonderen Intereſſen ſoweit abzuſchätzen, daß das gewonnene Bild einigermaßen die wirkliche Lage wiedergibt. Darauf könnten nun die Einigungsverhandlungen in der Kandidatenfrage wenigſtens ſoweit fußen, daß keine der Parteien von

dem Gefühl beherrscht werden kann, das Kartell der deutschen Parteien sei nur ein Mittel, um eine oder die andere von ihnen an die Wand zu drücken.

Eine auf mehrere Wahlkreise sich erstreckende Übereinkunft gibt ein Mittel, allmählich die schädlichen Engherzigkeiten des Parteigeistes zu überwinden und die Gewohnheit eines Zusammengehens mehrerer Parteien bei den Wahlen zu erziehen, wobei man sich nur nicht abschrecken lassen darf, wenn in verschiedenen Fällen noch hier und da einzelne Parteien ausbrechen und ihre eigenen Wege gehen. Auch ein allgemeines deutsches Wahlkomitee würde nicht imstande sein, überall sofort und im Handumdrehen die Schwierigkeiten zu beseitigen. Da würde man z. B. hier und da mit dem Absonderungsbedürfnis der Katholiken zu rechnen haben; Konservative würden nach wie vor die möglicherweise drohende Sozialdemokratie für gefährlicher halten, als das vor den Toren stehende Polentum; endlich würde auch dann die Judenfrage als Zankapfel zwischen die Deutschen geworfen werden. Denn auch die antisemitische Partei, so töricht auch ihre Parole ist, daß ihnen im Osten der Pole lieber sei als der Jude — als ob es darauf ankäme! —, würde unter den deutschen Parteien ihren Platz an der Sonne verlangen, und das würde die jüdischen Elemente unter den Freisinnigen sogleich vollkommen störrisch machen. Also an Schwierigkeiten fehlt es nicht.

Wenn wir aber von den Parteien selbst verlangen müssen, daß sie im Interesse des Zusammenschlusses aller Deutschen eine gewisse Selbstverleugnung üben, so muß es um so mehr die Aufgabe der Organe des Staates sein, diesen Bemühungen so weit die Wege zu ebnen, als es in ihrer Macht steht. Dabei kann natürlich nicht von Wahlbeeinflussungen die Rede sein; das wäre sogar ein schwerer Fehler, und nichts könnte der deutschen Sache mehr schaden, als wenn man den Polen Gelegenheit zu erfolgreichen Wahl-

proteſten gäbe. Es genügt vollſtändig, wenn die Regierungsorgane den Bemühungen, den deutſchen Parteien in jeder nur möglichen Weiſe zur Einigung zu verhelfen keine Hinderniſſe in den Weg legen, ſondern ſelbſt jederzeit daran denken, daß die Regierung im Oſten nur einen Feind hat, nämlich die ſtaatsgefährliche polniſche Propaganda. Die Aufſtellung eines ſolchen Satzes mag bei dem Leſer wohl einiges Erſtaunen erregen. Er wird fragen: Iſt denn das nicht ganz ſelbſtverſtändlich? Iſt es denn überhaupt denkbar, daß Regierungsorgane jemals nach anderen Grundſätzen handeln können, als ſie hier empfohlen ſind?

Das Erſtaunen iſt berechtigt, aber der Kenner der Verhältniſſe in unſeren Oſtmarken wird wiſſen, daß unſere Forderung keineswegs überflüſſig iſt. Man darf nicht vergeſſen, daß der in den Traditionen des preußiſchen Beamtentums im Oſten feſt begründete Konſervativismus nicht immer genau zu unterſcheiden weiß zwiſchen einer konſervativen Geſinnung, die vollſtändig vereinbar iſt mit der notwendigen Objektivität eines Vertreters der Staatsautorität, und einer engherzigen Gefolgſchaft der Partei. Es wäre ſehr unrecht und verkehrt, anzunehmen, daß ein Inhaber irgend eines nennenswerten Verwaltungsamts im Oſten bewußt parteiiſch auftreten könne, denn die preußiſche Beamtenſchaft iſt glücklicherweiſe noch immer von einem Pflichtbewußtſein durchdrungen, das eine bewußte Pflichtverletzung auch nach dieſer Richtung kaum dulden würde. Aber menſchliche Beſchränktheit findet natürlich auch hier ihre Stätte. Wo die ganze Beamtenſchaft ſo feſt in konſervativen Anſchauungen wurzelt, kann es nicht ausbleiben, daß es Beamte gibt, denen die konſervative Partei ſchlechthin die einzige iſt, die für die Staatsautorität als erhaltende in Betracht kommt, und die daher unbewußt inſofern reine Parteimänner werden, als ſie ihre volle Pflichterfüllung gegen den Staat nur in der Bekämpfung der vom Konſervativismus abweichenden

Parteimeinungen zu finden vermögen. In dieſen Köpfen hat der Gedanke, um des allgemeinen Staatsintereſſes willen auch einmal einem Freiſinnigen durch die Wahl zu helfen, gar keinen Platz. Da dieſe Erſcheinung im Oſten vorläufig leider noch nicht ſo ſelten iſt, wie man wohl wünſchen ſollte, ſo iſt es oft genug wirklich die Autorität der Regierungsorgane, die den Zuſammenſchluß aller Deutſchen verhindert. Denn es iſt natürlich allgemein bekannt — auch ohne jede Wahlbeeinfluſſung —, wenn der Landrat in dieſem und jenem polniſchen Magnaten trotz ſeiner Deutſchenfeindſchaft nur den vornehmen, konſervativen Mann ſieht, der ihm und der von ihm vertretenen Staatsautorität weniger gefährlich ſei, als ein liberaler Deutſcher. Was aber entſchieden verlangt und nötigenfalls als beſtimmte, dauernde Direktive von oben her den Beamten aufgegeben werden muß, iſt, daß ſie ihre eigene politiſche Überzeugung, die ſie innerhalb der verfaſſungsmäßigen Grenzen im übrigen betätigen können, wie ſie nur wollen, darin zurückhalten, daß ſie einer Einigung der deutſchen Parteien einem Polen gegenüber und allen darauf hinzielenden Verabredungen niemals entgegenwirken.

Der Mangel an geeigneten Kandidaten bei den Wahlen wirkt hier gleichfalls oft ſtörend mit. Man nimmt dann ſeine Zuflucht zu einem Beamten, und natürlich fällt es ins Gewicht, daß nach hergebrachter Anſchauung die Wahrung eines beſtimmten politiſchen Parteiſtandpunkts — namentlich wenn der Beamte, wie eben im Oſten faſt immer, konſervativ iſt — als gutes, unanfechtbares Recht gilt, während das Bekenntnis zum Deutſchtum nicht ſelten unterbleibt oder ganz verſchämt abgelegt wird, weil es den Polen gegenüber als „parteiiſch“ gelten könnte.

Man wird jetzt verſtehen, in welchem Sinne wir von den Staatsorganen eine ſtärkere Berückſichtigung des geſamten Deutſchtums fordern. Deshalb wollen wir auch keine Engherzigkeit gegenüber den Parteien, die man ſonſt

als oppositionell anzusehen sich gewöhnt hat. Wenn sie nur den Willen haben, für das Deutschtum zu wirken. Früher ist darin viel gesündigt worden.

Unter den Momenten, die geeignet sind, die Bildung einer geschlossenen Phalanx gegen das Polentum zu verhindern, ist an anderer Stelle kurz der Judenfrage Erwähnung getan. Das bedarf noch einer näheren Erläuterung, zu der vielleicht an dieser Stelle der beste Ort ist. Die Juden nehmen in den Ostmarken eine eigentümliche Mittelstellung zwischen Deutschen und Polen ein. Sie werden dazu geführt sowohl durch die ihnen eigene Denkweise, als auch durch ihren Erwerb, der sich auf eine weniger produzierende als vermittelnde Geschäftstätigkeit gründet. Es darf ferner nicht übersehen werden, daß die Hauptmasse der Juden in den Ostmarken trotz deutscher Sprache und Namen eine noch viel ausgesprochenere Sonderstellung einnimmt, als im Innern des Deutschen Reiches. Von denjenigen Elementen dieser jüdischen Bevölkerung, die größeren Wohlstand, eine höhere Bildung und infolgedessen eine angesehenere soziale Stellung erworben haben, pflegt ein nicht unerheblicher Bruchteil nach dem Westen abzuwandern. Sie werden ersetzt durch jüdische Einwanderer aus Russisch-Polen, die in der Provinz Posen eine Art von Kulturveredelungsprozeß durchmachen und in der zweiten oder dritten Generation in der Regel dann so weit sind, daß sie in die traditionelle Stellung des Judentums in unseren östlichen Provinzen hineingewachsen sind, während die Intelligentesten unter ihnen bereits wieder nach Berlin und anderen deutschen Großstädten ziehen. Diese Strömung, die den Provinzen Westpreußen, Posen und Schlesien den Charakter von Etappen für die jüdische Bevölkerung auf dem Wege vom slawischen Osten nach den deutschen Großstädten gibt, ist natürlich nicht geeignet, das Kulturniveau des Judentums in den Ostmarken zu heben oder einen An-

schluß an das Deutschtum auch nur in dem Maße herbeizuführen, wie weiter im Westen. Es ist hiernach klar, daß die Gründe, die zu der Entwicklung der antisemitischen Bewegung geführt haben, hier in ganz besonderem Maße vorhanden sein müssen. Wenn die deutsch-soziale Reformpartei, hierauf gestützt, in der Ostmark durch Agitation ihren Bereich zu erweitern sucht, so ist das sehr natürlich, und es kann ihr nicht versagt werden, was für jede andere Partei selbstverständlich sein würde.

Nun geht aber die antisemitische Partei öfters einen Schritt weiter. Sie stellt die drei Elemente der Bevölkerung in den Ostmarken, Deutsche, Polen und Juden, nebeneinander und behauptet nun, von den Juden drohen zunächst die größten wirtschaftlichen Mißstände und Gefahren, sie seien daher der Hauptfeind, und da die Polen ihnen (den Antisemiten) sympathischer seien als die Juden, so sei nicht einzusehen, warum nicht zunächst Deutsche und Polen vereint die Juden bekämpfen sollten. Ein gefährlicher Irrtum! Schon die Erwägung, daß dieser Gedankengang ein Gefühlsmoment in sich schließt, muß ein gewisses Mißtrauen gegen seine Richtigkeit und seinen praktischen Wert erwecken. Denn eine vernünftige Polenpolitik gründet sich durchaus nicht auf die etwa vorhandene Abneigung gegen die Polen, sondern sie ist eine reale Abwehrpolitik gegen ganz bestimmte, in gewissen Handlungen und Erscheinungen zum Ausdruck kommende Bestrebungen der Polen, die nicht geduldet werden können. Wenn dabei der Deutschenhaß der Polen zuletzt auch in dem gutmütigen und duldsamen Deutschen ein Gefühl der Erbitterung und des Widerwillens erzeugt, so ist das eine nicht zu vermeidende Begleiterscheinung des Kampfes, aber niemals ein Motiv dieser Politik. Wenn es also für die Polenpolitik selbst im Grunde vollkommen gleichgültig ist, ob wir Deutschen die Polen liebenswert oder hassenswert finden — sowie ja z. B.

im Jahre 1870 in den Reihen der deutschen Heere viele ihre Schuldigkeit und mehr als ihre Schuldigkeit getan haben, die dem französischen Volke durchaus keinen Haß entgegentrugen, sondern im Herzen sogar sehr lebhaft wünschten, Deutsche und Franzosen möchten Freunde sein —, so kann es noch viel weniger in Betracht kommen, ob neben den Polen noch ein Bevölkerungsbestandteil besteht, den ein Teil der Deutschen noch weniger leiden kann als die Polen. Diese Erwägung, die sich auf das Rassenbewußtsein stützt, gehört nicht in eine Politik hinein, die mit ernsthaften Tatsachen, nicht mit Gefühlen zu rechnen hat. Diese Betrachtungsweise muß daher sorgfältig ausgeschieden werden.

Gesetzt nun aber, das Judentum bedeutete wirklich die größere Gefahr im Vergleich zum Polentum, so würde der Gedanke, zunächst das Judentum im Bunde mit dem Polentum zu bekämpfen, gleichwohl vollständig schief und verkehrt sein. Denn die Polen würden ihrerseits niemals auf ein solches Bündnis mit dem Deutschtum eingehen. Sie sind trotz ihrer Leidenschaftlichkeit doch in allen diesen Fragen viel zu sehr Realpolitiker geworden. Die Polen sehen in dem Deutschtum ihren einzigen Feind und wissen, daß an dem Tage, wo sie das Deutschtum überwunden und zurückgedrängt haben, die jüdische Bevölkerung ihnen keine Schwierigkeiten bereiten wird. Die Deutschen würden also gegen Juden und Polen zu kämpfen haben, und den Vorteil würden die Polen daraus ziehen, da die antisemitischen Wünsche nur die Aufmerksamkeit von der wirklichen Gefahr ablenken. Weitere Erfolge der Polen aber würden auch die antisemitische Partei gar nicht einmal der Erfüllung ihrer besonderen Wünsche näher bringen. Denn die Herrschaft des polnischen Bevölkerungselements würde keineswegs eine Verminderung, sondern eine Vermehrung der jüdischen Bevölkerung mit sich bringen und den wirtschaftlichen Ein-

fluß des Judentums nicht unwesentlich erhöhen. Wer die in Betracht kommenden Rassen kennt und auch die Verhältnisse Westrußlands und Galiziens zur Vergleichung heranzieht, kann darüber gar nicht im Zweifel sein. Die Parteigänger des Antisemitismus im Osten bekunden aber darin eine merkwürdige Unreife und Naivität, daß sie glauben, weil die Polen beim Glase Ungarwein gern mit antisemitischen Redensarten um sich werfen, müßten sie auch fähig sein, wo sie unter sich sind, den geistigen und wirtschaftlichen Einfluß des Judentums zu beherrschen und zurückzuhalten. Davon ist aber gar keine Rede, und deshalb ist es eine unglaubliche Torheit, wenn Deutsche meinen, in dem Antisemitismus einen Berührungspunkt mit dem Polentum gefunden zu haben. Auch vom antisemitischen Standpunkt ist der einzig mögliche und richtige Weg zunächst die Stärkung des Deutschtums; alles andere ist cura posterior.

Zu berücksichtigen ist auch, daß die Juden in den Ostmarken gegenwärtig das größere Interesse daran haben, sich den Deutschen anzuschließen, wenn sie auch nur zu einem sehr kleinen Teile geneigt sind, diesen Anschluß so weit zu vollziehen, daß sie sich deswegen mit den Polen verfeinden. Die Juden würden sich nötigenfalls auch mit einer polnischen Herrschaft abfinden und unter dieser, wie schon erwähnt, sogar voraussichtlich eine noch größere Rolle spielen als jetzt, aber der gegenwärtigen jüdischen Bevölkerung in den Ostmarken ist daran viel weniger gelegen, als daran, daß sie in einen höheren und umfassenderen Kulturbereich gelangen. Sie müssen daher wünschen, daß ihnen die nähere Berührung mit der deutschen Kultur nicht abgeschnitten wird. Sie werden sich daher zwar nur ungern direkt an der Zurückdrängung des Polentums beteiligen, aber sie wünschen das Überwiegen des Deutschtums, und je mehr dieser Wunsch in Erfüllung geht, desto mehr werden sie sich dem Deutschtum anschließen. Wenn man daher auch gut

tun wird, auf das jüdiſche Element als Unterſtützung des Deutſchtums möglichſt wenig zu rechnen, ſo wäre es doch bei der Lage der Sache ſinnloſe Torheit, diejenigen Juden, die ſich der deutſchen Sache anſchließen wollen oder es ſchon getan haben, als Bundesgenoſſen zurückzuweiſen. Auf dieſem Kampfplatz muß jeder willkommen ſein, der im Gegenſatz zum Polentum deutſch ſein *will*; ob er es im Sinne des Raſſenbegriffs oder der Abſtammung iſt, kann dabei ganz gleichgültig ſein. Ein Gewiſſenskonflikt kann aus dieſer Praxis auch für den ſtrammſten Antiſemiten ſchon um deswillen gar nicht entſtehen, als diejenigen Juden, die einem aufrichtig deutſch fühlenden und nicht nur theoretiſch verbiſſenen Antiſemiten Skrupel verurſachen könnten, ohnehin dem Nationalitätenkampf in der Oſtmark ängſtlich fern bleiben.

IV. Abſchnitt.

Die wirtſchaftlichen Maßregeln gegen das Polentum.

Kapitel 14.

Die kulturelle „Hebung" des Oſtens.

Wiederholt iſt ſchon angedeutet worden, daß eine große Schwierigkeit für die Bewältigung des ſtaatsgefährlichen Polentums darin liegt, daß unſere Oſtmark ſich in dem Zuſtande einer geiſtigen und wirtſchaftlichen Iſolierung von dem Weſten befindet und daß dieſem Zuſtande vor allem abgeholfen werden muß. Um darüber ins klare zu kommen, was das zu bedeuten hat, muß man ſich vor allem den großen hiſtoriſchen Zuſammenhang vergegenwärtigen und daraus Fingerzeige für die Beurteilung der heutigen Lage zu gewinnen ſuchen.

Die Weſtſlawen, zu denen die heutigen Polen gehören, ſind einſtmals in ein Gebiet eingerückt, das vor ihnen von germaniſchen Stämmen bewohnt war. Das ganze Weichſelland war germaniſch. Dann rückte das Germanentum immer weiter nach Weſten, indem es ſeine öſtlichen Sitze allmählich preisgab und den ſlawiſchen Völkern einräumte. Als die germaniſchen Stämme, ſoweit ſie nicht im Romanentum untergegangen waren, in dem großen Frankenreiche zu einem Staatsgebilde vereinigt wurden, waren Saale

und Elbe die östliche Grenze Norddeutschlands. Eine der vornehmlichsten Kulturaufgaben der nun folgenden Blütezeit des deutschen Volkes war die Kolonisation des ostelbischen Slawengebiets. Das treibende Motiv dieses geschichtlichen Prozesses war der Kraftüberschuß des deutschen Volkes, namentlich des mächtigen, zähen Sachsenstammes. Freilich bedurfte nach der ganzen Veranlagung des deutschen Volkes und gemäß den Eigentümlichkeiten der mittelalterlichen Kultur dieser Tatendrang, um in feste Bahnen geleitet und von Erfolg gekrönt zu werden, noch des Hinzutritts einer äußeren Veranlassung und eines allgemeinverständlichen sittlichen Motivs. Dies war gegeben in dem Gedanken der Ausbreitung des Christentums. Ein solches Ziel mußte aber nun wiederum zur Folge haben, daß die Bewegung zum Stillstand kam, als sie bis zu dem Gebiet eines mittlerweile entstandenen christlichen Reiches vorgedrungen war, und dies war das Königreich Polen.

Die Entwicklung, die dieses Zurückfluten des Germanentums nach Osten herbeiführte, ist einmal von dem Leipziger Historiker Professor Lamprecht in einem Vortrage, den er in einer Berliner Versammlung des Ostmarkenvereins hielt, sehr treffend charakterisiert worden. Lamprecht führte aus, daß ein Kolonisationsgebiet sich immer anders entwickelt, als das Mutterland. Das Deutschtum mußte daher auch im ostelbischen Gebiet ganz andere Seiten seines Charakters entfalten, als in seinem Kernlande. Hier im Mutterlande eine reiche Entfaltung der Gaben des Geistes und Gemüts, eine innere Reichhaltigkeit der Entwicklung, aber auch die Neigung zum Auseinanderstreben, zum allzu starken Individualisieren, zur Zersplitterung der Kräfte, — dort im Kolonisationsgebiet ernste, nüchterne, straffe und planmäßige Zusammenfassung aller Arbeit und Kraftbetätigung. Im Mutterlande bei allem innern Reichtum ein Hinstreben auf Betätigung im engsten Raum; im Kolonisationsgebiet bei

aller Straffheit des Zuſammenwirkens ein breites Ausſtrömen, ein Arbeiten mit größeren Maßſtäben, in größerem Stil. Während das alte Reich, das Mutterland des Deutſchtums, ſich in zahlloſe kleine Gebilde, Zerrbilder eines vernünftigen Staatslebens und doch voll regen geiſtigen Innenlebens, auflöſte, zwang die eigentümliche Entwicklung des oſtelbiſchen Gebiets zur Beibehaltung größerer ſtaatlicher Organiſationen, aus denen ſich ſchließlich die Staaten Kurſachſen und Kurbrandenburg entwickelten. Etwas ſtärkere Tendenz zu Teilungen nach dem Muſter des deutſchen Mutterlandes zeigten die Küſtenſtaaten, die unmittelbar aus ſlawiſchen Fürſtentümern unter niederſächſiſchem Einfluß gebildet und germaniſiert wurden, die pommerſchen und mecklenburgiſchen Herzogtümer. Aber auch hier überwog mit der Zeit der kolonialdeutſche Geiſt den mutterländiſch-deutſchen.

Dieſes Verhältnis hatte zur Folge, daß ſich öſtlich von der Elbe ganz andere Beſitz- und Rechtsformen, ganz andere ſoziale Anſchauungen herausbildeten. Man pflegt dies häufig auf eine Blutmiſchung der deutſchen Bevölkerung mit dem Slawentum zurückzuführen; eine ſolche Miſchung hat aber in ſehr viel geringerem Umfange ſtattgefunden, als gewöhnlich angenommen wird. Die wirkliche Urſache der verſchiedenen Entwicklung lag in den vollſtändig neuen Verhältniſſen und Bedingungen, unter denen das Deutſchtum in dieſem Gebiet ſeine Herrſchaft erkämpfte. Soweit die ſehr treffende Charakteriſtik, die Profeſſor Lamprecht von dieſer Entwicklung gegeben hat.

Wie ſich dieſer Prozeß nun weiter vollzogen hätte, wenn er ungeſtört geblieben wäre, das läßt ſich freilich nur vermuten. So viel aber kann man wohl annehmen, daß, wenn genügende Gründe und Antriebe vorhanden geweſen wären, um im Oſten eine weitere Einwanderung überſchüſſiger Kräfte aus dem Weſten zu befördern, ſich doch

wohl das oſtelbiſche Deutſchtum mehr dem Charakter des weſtelbiſchen genähert hätte. Es hätte ſich wahrſcheinlich langſam ein Ausgleich zwiſchen den beiden Gebieten vollzogen. Aber bei der weitergehenden Zerſplitterung des Reiches, erloſch allmählich jeder Antrieb, ſich nach außen hin im Geſamtintereſſe des Reiches zu betätigen. Die einzelnen Reichsgebietsteile blieben immer mehr für ſich, und ſo verſagte und erlahmte auch die Einwirkung des Weſtens auf den Oſten. Der Oſten führte nach wie vor eine Sonderexiſtenz trotz ſeines verhältnismäßig guten wirtſchaftlichen Gedeihens, und die Koloniſationsarbeit blieb ſomit eigentlich unvollendet.

Dieſe ſcheinbar ſo bedauerliche Unterbrechung des wichtigen Werkes diente freilich der Vorſehung als Mittel zur Rettung und Erhaltung des deutſchen Volkes. Über unſer Volk kam das ſchwere Schickſal des Dreißigjährigen Krieges. Geknickt und gebrochen wurde in dieſer furchtbaren Zeit die Blüte der Gaben, die in der deutſchen Kultur ſo Großes geſchaffen hatten, geraubt wurde Deutſchland ſein Beſtes, ſeine Ehre, ſeine Kraft und die Fähigkeit der Selbſtachtung. In dieſem Unglück kam dem Deutſchtum aus dem oſtelbiſchen Koloniſationsgebiet die Rettung. Aus dem hier noch vorhandenen Reſt nüchterner und doch groß angelegter, ſtiller, ſchlichter und doch weitblickender Arbeit, in deren ſtraffer Zucht ein hartes und zugleich opferwilliges Geſchlecht erwachſen war, ſchuf ein gottbegnadetes Fürſtenhaus endlich wieder einen wirklichen deutſchen Staat. Das beſagte in ſolcher Zeit, wo Deutſchland ſchwer und anſcheinend unheilbar ſiech darniederlag, ſo unendlich viel, daß keine Empfindung möglicher Nachteile dieſer Entwicklung dagegen aufkommen konnte. Wohl ſträubte ſich das alte Deutſchland vielfach bewußt und unbewußt gegen die herriſche, ſchroffe, preußiſche Art, aber die preußiſche Staatszucht diente infolge ihrer ſichtbaren Erfolge zuletzt doch faſt

allen deutschen Staaten unwillkürlich zum Vorbild. Wenig mehr als ein Jahrhundert nach dem westfälischen Frieden trat der preußische Staat bereits als europäische Großmacht neben den Träger der alten römischen Kaiserkrone, und wieder ein Jahrhundert später erwarb Preußen die erste Stelle unter den deutschen Staaten, um das geeinte Deutsche Reich in neuer Herrlichkeit unter seiner Führung erstehen zu lassen. Seine bewährten Einrichtungen wurden auf vielen Gebieten das Muster für ganz Deutschland. Es galt als selbstverständlich, daß die Eigenschaften und Einrichtungen, die dem preußischen Staat seine Rolle bei der Gründung der deutschen Reichseinheit ermöglicht hatten, erhalten bleiben müßten, um auch die fernere Lebenskraft des Reiches auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu gewährleisten. Die wirtschaftliche und soziale Verschiedenheit des ostelbischen Gebietes von dem übrigen Deutschland war es ja doch gewesen, aus der die preußische Überlegenheit an Staatsgefühl, Manneszucht und Organisationstalent hervorging. Man war nun geneigt, anzunehmen, die Erhaltung der bewährten und in ihrer Überlegenheit erkannten Eigenschaften sei notwendig an die alte Form gebunden, und so unterließ man es, die Frage aufzuwerfen, ob denn nicht die neuen Aufgaben des Reiches neben der alten Tüchtigkeit noch neue und besondere Anforderungen stellten. Gewiß soll Preußen nach wie vor durch Staatsdisziplin, Pflichttreue und kriegerischen Geist das Rückgrat Deutschlands bilden, aber nach der Übertragung dieses Geistes auf ganz Deutschland, kann Preußen nicht in kultureller Isolierung verharren; es muß die Kulturaufgabe wieder aufnehmen, die einst unterbrochen wurde, als das deutsche Mutterland anfing der politischen Zersetzung und Ohnmacht anheimzufallen. Preußen muß also das nordöstliche Kolonisationsgebiet in deutsches Mutterland verwandeln. Es wäre aber natürlich vermessen, eine solche

Aufgabe dem preußiſchen Staate zuzudiktieren, wenn nicht beſtimmte Erſcheinungen uns dieſe Sorge nahelegten. Solche Erſcheinungen zeigen ſich in dem Vordringen des Polentums, das die alten Provinzen der preußiſchen Monarchie ſchwer bedroht. Wenn es einer fremden Nationalität gelingt, einem feſtgefügten Staat in ſolcher Weiſe Abbruch zu tun, ſo muß da irgend etwas nicht in Ordnung ſein. Trotz der ſcheinbar vollſtändigen Erfüllung ſeiner geſchichtlichen Miſſion muß dieſer Staat irgendwo etwas verſäumt haben, mit irgend einer ſeiner Aufgaben nicht fertig geworden ſein. Nun finden wir aber auch in Wahrheit eine hiſtoriſche Aufgabe Preußens nur halb gelöſt, und jede eingehendere Betrachtung weiſt uns zugleich darauf hin, daß dieſer Mangel es iſt, der dem Polentum die Zurückdrängung des Deutſchtums ermöglicht. Über dieſen Boden verfügt eben das Deutſchtum noch nicht in dem Sinne, wie es über deutſches Mutterland verfügt. Jetzt aber geſtattet es die politiſche Geſtaltung Deutſchlands vollkommen, daß die erwähnte hiſtoriſche Aufgabe wieder aufgenommen und zu Ende geführt wird. Denn ſo gut ſtaatsbildende Eigenſchaften des deutſchen Nordoſtens Gemeingut des ganzen deutſchen Volkes werden konnten, ſo gut kann und darf jetzt auch der deutſche Nordoſten ſich dem alten Mutterlande ſo weit aſſimilieren, daß er imſtande iſt, die Oberhand über alles fremde Weſen zu gewinnen. In dieſem Ausgleich, in dieſer Heranziehung weſtlicher Kultur und Eigenart zur vollſtändigen Koloniſation des Oſtens liegt nun eine ſehr wichtige Aufgabe der Polenpolitik. Denn das Deutſchtum muß ſich auf dem ſtrittigen Gebiet ganz ſeiner Art gemäß ausleben und heimiſch fühlen können; es darf nicht in Kulturformen gebannt werden, die einſtmals Berechtigung hatten, aber dem Weſen des modernen entwickelten Deutſchtums nicht mehr entſprechen. Sonſt werden wir der Polen ſchwerlich Herr werden können.

Freilich darf dieser leitende Gedanke nicht dahin verstanden werden, als ob eine Art von Uniformierungspolitik betrieben werden sollte, als ob die Ostmark aller ihrer berechtigten Eigenheiten in gewaltsamer und überhasteter Weise beraubt werden sollte. Davon ist nicht die Rede. Es soll nur auf das allmähliche Verschwinden solcher Eigentümlichkeiten hingewirkt werden, die den aus den Kernlanden des Deutschtums kommenden Leuten, sowie den rührigen, gewandten und welterfahrenen deutschen Elementen den Aufenthalt in der Ostmark auf die Dauer unerträglich machen, wie es z. B. der einseitige Zuschnitt des Lebens, der Kastengeist, die geistige Öde und Abgeschlossenheit mit sich bringen.

Leider wird die unbefangene, wahrheitsgemäße Besprechung dieser Verhältnisse dadurch sehr erschwert, daß die Parteipolitik sie in ungerechter Weise ausbeutet. Sobald dieses Thema angeschlagen wird, fangen gewisse Kreise an, mit einem vollständig blinden Haß gegen das angeblich allein schuldige „ostelbische Junkertum" loszuziehen. Demgegenüber werden dann die Verdienste des sogenannten liberalen Bürgertums hervorgehoben. Daß die neuzeitliche Kultur in der Hauptsache ein Werk des Bürgerstandes ist, wird jeder Verständige zugeben. Denn die vielgestaltige Entfaltung des wirtschaftlichen und geistigen Lebens unserer Zeit konnte nur auf der Grundlage einer neuen Wirtschaftsform, der Geldwirtschaft, erblühen. Für ihre Entwicklung bot der alte Feudalstaat keinen Raum; sie konnte nur gesondert von Adel und Bauern mittelst Handel und Gewerbe ausgestaltet werden. Auf demselben Boden ist dann auch der moderne Staatsbegriff erwachsen; er war für Fürsten und Bürger das gemeinsame Mittel, die Formen des alten Feudalstaates zu zerbrechen. Der Erfolg, der dabei errungen wurde, die Einführung eines neuen Staatsprinzips, aus dem sich der moderne individualistische Rechtsstaat entwickelt hat, ist unzweifelhaft ein Sieg des deutschen Bürger-

tums. Die von ihm bewirkte Umgeſtaltung des Staatsprinzips gibt dem Bürgertum aber nicht das Recht der alleinigen Repräſentation des Staatsintereſſes. Deshalb ſind andere Leute immer noch vorhanden und können innerhalb der neuen Ordnung ihr Recht verlangen. Menſchlich begreiflich iſt, daß der Bürgerſtand von dem Bewußtſein ſeines Sieges über die mittelalterliche Staatsauffaſſung durchdrungen war, und ebenſo begreiflich iſt es infolgedeſſen, daß er die Idee, für die er geſiegt hatte, nur zu ſehr mit ſeinem eigenen Intereſſe als dem des Siegers verwechſelte. Für einen Staat ohne Stände und Privilegien wollte das Bürgertum urſprünglich kämpfen, aber unter der Hand geſtaltete ſich ihm das Ziel ſeines Strebens anders: die ſpezifiſch ſtädtiſchen Intereſſen ſollten den Staat allein regieren, und der Kampf gegen den Adel ging nur ſcheinbar unter der Parole der allgemeinen Rechtsgleichheit vor ſich, in Wahrheit aber unter dem Motto: „Ôte-toi que je m'y mette“. Von dieſer allgemeinen, durchaus keinen Vorwurf gegen das Bürgertum enthaltenden, wenn auch manche liberale Illuſion zurückweiſenden Betrachtung muß man ausgehen, wenn man die Stellung des ſogenannten Junkertums im Nordoſten unbefangen und gerecht beurteilen will. Denn es gehört eben zu der Eigentümlichkeit des deutſchen Nordoſtens, daß hier zwar die Bedeutung des Bürgerſtandes von den Fürſten des Landes richtig bewertet, ihm aber keineswegs die herrſchende und privilegierte Stellung zugewieſen wurde, die bis dahin der Adel eingenommen hatte. Und zwar ſuchten beſonders die Hohenzollern ihr Volk dadurch lebenskräftig zu organiſieren, daß ſie die alte Form der Geſellſchaft nicht etwa mit künſtlichen Mitteln ſo lange ſtützten, bis ſie völlig zur Zerſtörung reif war, ſondern vielmehr ſie neuen Bedürfniſſen gemäß weiter zu entwickeln ſuchten. Zu einer Zeit, wo in den meiſten Staaten der Adel weiter nichts mehr war, als eine privilegierte Kaſte,

mit deren Hilfe sich die absolute Fürstengewalt ihrer Macht versicherte, verstanden es die Hohenzollern, den Adel ihres Landes, wenn auch anfangs unter harten Kämpfen, in den Dienst der Staatsidee zu zwingen, bestimmte gemeinnützige Aufgaben abzugrenzen, deren Übertragung dem Adel eine feste, mit dem Gemeinwohl verträgliche Stellung innerhalb der neuen Staatsauffassung geben sollte. Während sonst das Bürgertum bei seinem Ansturm gegen die Privilegien des Adels nur die Schranken niederzulegen hatte, die in dem Urteil aller unbefangenen, gerechten und freidenkenden Leute längst als morsch galten, richtete sich der gleiche Ansturm in Preußen gegen einen Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft, der zwar in vielen seiner einzelnen Mitglieder an dem Haß, der seine Angehörigen traf, mitschuldig sein mochte, auch in seiner Gesamtheit natürlich verdient oder unverdient dem Urteil mit unterlag, das sich in der Vorstellung des Bürgertums über ihn gebildet hatte, der aber trotzdem die unleugbare Tatsache für sich hatte, daß er nicht nur ein privilegierter, sondern auch ein um den Staat verdienter Stand war und einen wesentlichen Teil seiner materiellen Interessen bereits dem Gemeinwohl allmählich geopfert hatte. Bei einem solchen Verhältnis kann es nicht ohne langdauernde und schwer zu beseitigende Mißverständnisse von beiden Seiten abgehen. Daß der Adel nicht gewillt ist, sich lediglich um des Bürgertums willen widerstandslos ruinieren zu lassen, erscheint begreiflich, aber es muß daraus in vielen Fällen eine gegenseitige Verkennung entstehen, die aufs tiefste zu bedauern ist. Diese Entfremdung zwischen zwei sozialen Gruppen, die um des Gesamtinteresses willen zusammengehen müßten, wird durch Ungeschick, Verblendung und Parteisucht immer noch geschürt. Ein Teil der Presse ergeht sich in ungeheuren Übertreibungen über die Macht und Gefährlichkeit des Junkertums und gebärdet sich, als ob hier der Hauptfeind unserer politischen

Entwicklung zu ſuchen wäre. Dabei überſehen dieſe guten Leute in ihrer blinden Gehäſſigkeit ganz und gar, daß ſie denjenigen Elementen im Junkertum, die wirklich in einem unverſöhnlichen Gegenſatz zu der neueren Entwicklung des Staates ſtehen, ganz unnötigerweiſe ein Relief geben. Dieſe rückſtändigen Elemente gelten unter ihresgleichen gar nicht beſonders viel und werden mit der Zeit immer weniger gelten; denn es gehört ſchon eine beträchtliche Blindheit dazu, um zu verkennen, daß die ganze heutige Entwicklung, der Charakter unſerer Geſetzgebung, unſeres geſellſchaftlichen und geiſtigen Lebens durchaus auf ſeiten des modernen Bürgertums ſteht und von einer ihre Sonderintereſſen verfolgenden mächtigen Kaſte — als ſolche wird ja das Junkertum geſchildert — immer mehr abbröckeln muß. Gefährlich könnten nur ſolche Gruppen innerhalb des Junkertums werden, die — man beachte den Humor der Sache — bei dem Bürgertum ſo eifrig und erfolgreich in die Schule gegangen ſind, daß ſie ſich kapitaliſtiſch organiſieren können. Indeſſen fehlt bei ſolchen Gruppen jeder prinzipielle Unterſchied von dem Bürgertum, und man könnte ſie kaum noch als „junkerlich“ bezeichnen.

Es würde natürlich töricht ſein, von dem liberalen Bürgertum zu verlangen, daß es den Kampf mit geiſtigen Waffen gegen ſolche Elemente im Staat, die ihm unbequem und von anderem Geiſte erfüllt ſind, ſchlechthin aufgeben ſolle. Hier iſt nur verſucht worden auf einen Weg hinzuweiſen, wie man durch Würdigung des hiſtoriſchen Zuſammenhangs zu einer etwas unbefangeneren Auffaſſung des Gegenſatzes gelangen und ſich von dem Einfluß vorurteilsvoller Übertreibung befreien kann. Die gegenſeitige Erkenntnis, daß ſich verſchiedene Anſchauungsweiſe über das dem Staat Erſprießliche ſehr wohl mit der richtigen Schätzung anderer Intereſſenkreiſe als derjenigen, in die man zufällig durch die Geburt geſtellt iſt, verträgt, gehört durchaus nicht

in den Bereich der Unmöglichkeiten. Wenn es jetzt beliebt ist, bestimmten Gruppen und Kreisen von Menschen ausschließlich den Vorwurf des Egoismus zu machen, so ist klar, daß der Egoismus überall und in jeder Gestalt zu finden ist; es gibt in jeder Partei Leute, die aus ganz bestimmten Sonderinteressen handeln. Gerade in der Ostmark sollte man sich nicht mit solchen zwecklosen Vorwürfen begegnen, wo doch alles darauf ankommt, jede überflüssige Verschärfung der Gegensätze fernzuhalten.

Es war notwendig, hierauf einzugehen, weil die von mir vertretene Anschauung, daß hier im Osten ein großer, einstmals durch andere historische Aufgaben des brandenburgisch-preußischen Staates unterbrochener Kolonisationsprozeß wieder aufgenommen werden muß, leicht dahin mißverstanden werden kann, als sollte die altpreußische Tradition dieser Gegenden im Sinne einer einseitigen Junkerfresserei zerstört werden. Nicht um Zerstörung handelt es sich, sondern um Ergänzung. Allerdings können die sozialen und wirtschaftlichen Zustände nicht so bleiben, wie sie sind; wir müssen neue Kräfte in dieses Land leiten. Aber nicht mit radikaler Gleichmacherei, sondern mit behutsamer und doch entschlossener Schaffung von Gelegenheiten, um die Wirkungen des Lebens im deutschen Mutterlande in diese neue Richtung zu lenken. Dazu gibt es Mittel, ohne daß wir die Verkehrtheit begehen, vorhandene brauchbare Kräfte und Einrichtungen ohne Not abzustoßen.

Die ganze Kolonisationsfrage, die hier aufgeworfen ist, ist zunächst eine Bevölkerungsfrage. Sie lautet: Kann es gelingen, allmählich eine stärkere Zunahme der deutschen Bevölkerung im Osten im Verhältnis zum Polentum zu schaffen? Da man bei der polnischen Bevölkerung auf eine stärkere natürliche Vermehrung zu rechnen hat, als bei der deutschen, so kann ein Einfluß auf die polnische Bevölkerung nur dadurch ausgeübt werden, daß man den Zuzug von

außen nach Möglichkeit fernhält. Dagegen muß verſucht werden, die natürliche Zunahme der deutſchen Bevölkerung dadurch zu ſtärken, daß man eine genügend ſtarke deutſche Einwanderung in das Land leitet. Dieſe beiden ſcheinbar ſo einfachen Forderungen aber erheiſchen beſtimmte Vorbedingungen.

Zunächſt die Sperrung der deutſchen Grenze gegen polniſchen Zuzug aus Rußland. Nichts erſcheint auf den erſten Blick einfacher, als die Durchführung dieſer Maßregel mit Hilfe eines einfachen Verbotes. Aber die Folgen eines ſolchen Verbotes würden höchſt bedenkliche Zuſtände ſein. Die in den Oſtmarken auf dem platten Lande herrſchende Arbeiternot würde dann einen Charakter annehmen, der eine vollſtändige wirtſchaftliche Kriſis bedeuten würde. Die ländliche Arbeiterbevölkerung im Oſten drängt nun einmal mit Macht aus ihrer Heimat hinaus nach dem Weſten. Scharenweiſe ziehen ſie hinaus, um ihr Glück in der Provinz Sachſen, in Weſtfalen und am Rhein zu ſuchen. Dieſe Bewegung hindern zu wollen, würde ein ſchlimmer Mißgriff ſein, denn die Freizügigkeit gilt der heutigen Zeit als ein unantaſtbares Recht, und ihre Beſchränkung würde als eine gehäſſige, rückſchrittliche Maßregel, als Verletzung einer wertvollen politiſchen Errungenſchaft, als Eingriff in eines der wichtigſten perſönlichen Rechte angeſehen werden. Wenn alſo die ländlichen Beſitzer ihrer Arbeiterſchaft allmählich immer mehr beraubt werden, ſo würde die Schließung der Grenze gegen Zuzug aus Rußland und Galizien nur die Folge haben, daß die Beſitzer in den Oſtprovinzen überhaupt keine Arbeiter mehr erhalten können. Damit würde die ohnehin vorhandene landwirtſchaftliche Kriſis noch verſchärft und der mittlere und große Grundbeſitz geradezu dem Ruin preisgegeben. Unter ſolchen Umſtänden kann der Staat die Grenze für die fremden Arbeiter nicht ohne weiteres ſchließen. Er muß nur verhindern, daß dieſe

fremden Elemente wirkliche Einwanderer werden und irgendwelche Heimatsrechte bei uns erlangen. In dieſer Beziehung iſt viel verſehen worden. Der Staat hat Mittel genug, um eine wirkſame Aufſicht darüber ausüben zu können; man brauchte nur die Erfahrungen erprobter Grenzbeamten mit den Vorſchlägen tüchtiger, praktiſch bewährter Verwaltungsbeamten zu vereinigen. Die jetzt angewendeten Vorſchriften aber machen den Eindruck, als ob ſie irgendwo am grünen Tiſch zuſammengeſchrieben ſind. Sie ſind ganz danach angetan, daß ein guter Bruchteil dieſer fremden Einwanderer auf deutſchem Boden hängen bleibt. Die Kontrollvorſchriften müſſen alſo nicht nur verſchärft, ſondern vor allem praktiſcher eingerichtet werden, ſo daß es möglich wird, die fremden Arbeiter in den Zeiten, in denen ſie nicht dringend gebraucht werden, wieder über die Grenze in ihre Heimat abzuſchieben. Dabei wird mit allen Mitteln darauf hinzuſtreben ſein, daß dem Oſten wieder ein ſeßhafter Stamm deutſcher Arbeiter zugeführt wird, und erſt wenn das geglückt iſt, wird die Maßregel auszuführen ſein, die als Ziel immer im Hintergrunde ſtehen muß, die Sperrung der Grenze für die ſlawiſchen Arbeiter.

Ein neuer Ausweg bietet ſich vielleicht durch die gegenwärtigen Verhältniſſe in Rußland. Man hat verſucht, deutſche Koloniſten aus Rußland, die ſich in den unſicheren Verhältniſſen bei dem wachſenden Fanatismus des Slawentums bedrängt fühlen, in unſeren Oſtprovinzen als Koloniſten oder als ſeßhafte Arbeiter aufzunehmen. Gewiß ein guter Gedanke, aber es läßt ſich noch nicht überſehen, welche Wirkungen ſich damit erzielen laſſen.

Eine Wanderung nach unſeren Oſtmarken wird mit bleibendem Erfolg nur dann ſtattfinden, wenn die neue Exiſtenz, die der Koloniſt ſucht, erhebliche Vorteile vor ſeiner bisherigen Exiſtenz bietet. Darin liegt aber für die Einwanderung aus dem Weſten eine ungeheuere Schwierigkeit.

Vorläufig werden immer mehr fremde Arbeiter in das Land gezogen und drücken den ganzen ländlichen Arbeiterverhältnissen ihren Stempel auf. Das soziale und kulturelle Niveau dieser Arbeiterschaft wird unwillkürlich zur Regel und zum Maßstab gemacht, und je mehr das geschieht, desto weniger wird ein deutscher Arbeiter geneigt sein, sich in solche Verhältnisse zu begeben; im Gegenteil, für die deutschen Arbeiter, die noch im Lande sind, wird der Reiz zur Auswanderung erhöht. Die abschreckende Wirkung, die eine solche Lage nach außen hin ausüben muß, bedarf keiner näheren Erläuterung.

Es sind aber nicht nur die Arbeiter, die unter dieser abschreckenden Wirkung stehen. Wer die Verhältnisse im übrigen Deutschland kennt und nun nach Osten kommt, der empfindet in der Regel einen ungeheueren Abstand, der nicht durch die unabänderliche Natur des Landes, auch nicht durch den guten oder bösen Willen einzelner Persönlichkeiten verursacht ist, sondern mit dem Kulturstandpunkt und den sozialen Verhältnissen zusammenhängt. Die Leute, die aus den Ostmarken nach Westen auswandern, finden durchaus nicht immer eine absolute Verbesserung ihrer materiellen Lage. Aber die ganzen Verhältnisse ihrer Umgebung gestalten das Leben vielseitiger und mannigfaltiger. Besonders macht sich dieser Unterschied für die Gebildeten bemerkbar. Innerhalb der einzelnen Bildungsstufen finden sich im Westen leichter Gruppen aus verschiedenen Berufszweigen, von verschiedenem Vermögensstand und verschiedener Denkungsart zusammen. Im Osten findet man das bei der herkömmlichen kastenartigen Gruppierung der Menschen sehr selten. Daher wird im Westen das Zusammenleben der Menschen im allgemeinen von weiteren Gesichtspunkten beherrscht, und unter den Leuten, die ein Übergewicht in der Gesellschaft ausüben, ist die Zahl derer größer, die ein solches Ansehen nicht nur durch Geburt und Überlieferung, sondern auch

durch geiſtige Eigenſchaften behaupten. Im Oſten findet man demgegenüber unter ſonſt gebildeten und keineswegs unbegabten Perſonen eine eigentümliche Enge des Horizonts namentlich in ſozialer Beziehung, und auffallend iſt das anſcheinend völlig mangelnde Bedürfnis einer geiſtigen Berührung verſchiedener Berufszweige und Volksklaſſen untereinander. Wo man ehrenvolle Ausnahmen findet, da gewinnt man oft den Eindruck, als ob die betreffenden Perſönlichkeiten ängſtlich zu verbergen ſtrebten, daß ſie einen weiteren Horizont haben, als wenn ſie fürchteten, andernfalls unangenehm aufzufallen. Der Deutſche, der den Oſten verläßt, ſieht ſich dagegen meiſtens von Verhältniſſen umgeben, die durchweg ein größeres Maß individueller Freiheit ſpüren laſſen und daher auch in dem geringen Mann die Hoffnung wachhalten, daß er ſeine Lage verbeſſern kann. Und wenn ihm das auch nicht glückt, ſo erweckt doch die ganze Umgebung in ihm ein ſtärkeres Bewußtſein der Menſchenwürde. Mit dieſen Tatſachen muß man rechnen und, ſtatt darauf zu ſchelten, ſich vielmehr fragen, ob denn nichts geſchehen kann, die Verhältniſſe im Oſten vielſeitiger und freier zu geſtalten und ſie denen des Weſtens näher zu bringen. So gelangen wir ganz naturgemäß zu der Forderung, das ganze Kulturniveau der Oſtmarken auf eine höhere Stufe zu heben.

Dagegen erhebt ſich zunächſt ein grundſätzlicher Einwand. Es wird nämlich immer als eine ſehr bedenkliche Seite dieſer „Hebungspolitik“ hingeſtellt, daß ſie auch den Polen zugute kommt. Mit offenbarem Hohn wird von den Polenfreunden darauf verwieſen, daß Maßregeln dieſer Art, mit denen man das Polentum bekämpfen wolle, in Wahrheit den Polen mehr nützten als ſchadeten, ja ihnen vielleicht mehr nützten als den Deutſchen.

Hier muß nun vor allen Dingen ein Mißverſtändnis zurückgewieſen werden. Die ſogenannte „Hebungspolitik“

gehört überhaupt nicht zu den Maßnahmen zur Bekämpfung des Polentums. Dennoch gebührt ihr ein wichtiger Platz in dem Gefüge einer wirksamen Polenpolitik, weil die kulturelle Hebung der Ostmark die unentbehrliche Voraussetzung bildet, wenn das Deutschtum im Osten lebensfähig bleiben will. Man kann ein unfruchtbares, von Unkraut überwuchertes Stück Land nicht zu einer Stätte für Zier- und Nutzpflanzen machen, wenn man nicht den Boden vorbereitet. Unterläßt man diese Vorbereitung, so wächst eben dort nichts, auch wenn man sät und pflanzt, was nur irgend darauf Platz hat. Man wird also Gartenerde, Dünger und dergl. vorher hinschaffen müssen. Was würde man aber zu einem Menschen sagen, der den Gärtner bei dieser vorbereitenden Arbeit verhöhnt und ihm vordemonstrieren will, daß Dünger und Gartenerde allein noch keinen Garten schaffen und daß dabei unter Umständen das Unkraut noch besser gedeiht? Der Gärtner selbst weiß, daß er seine erste Arbeit nur unternimmt, weil sie die Vorbedingung der folgenden ist, und daß dieser notwendigen Arbeit die weitere des Säens, Pflanzens, Begießens und Reinhaltens folgen muß, wenn ein Garten entstehen soll. Wenn wir das Polentum in Schranken halten wollen, müssen wir vorerst dafür sorgen, daß auf dem Boden, den wir dafür gewinnen wollen, das Deutschtum überhaupt gedeihen kann, und darum müssen wir ihn für deutsche Kulturbedürfnisse herrichten, sonst bleibt alle weitere Mühe vergebens.

Daß unter solchen Verhältnissen auch das Polentum gedeihen kann und sogar besser gedeihen kann als vorher, ist ganz selbstverständlich, sowie in einem fruchtbaren, aber ungepflegten und verwilderten Erdreich auch das Unkraut besser wächst als auf dürrem Boden. Wir dürfen also nicht meinen, mit der kulturellen Hebung sei alles getan. Nein, dann beginnt erst die Hauptarbeit, aber eine Arbeit, die im Gegensatz zu dem andern Falle die Hoffnung auf Erfolg

in ſich trägt. Wenn wir hätten verhindern wollen, daß die Polen aus den Zuſtänden im preußiſchen Staat irgend welchen Nutzen ziehen und ſich unter Umſtänden auch darin wohl fühlen können, ja dann hätten wir überhaupt niemals die Polen zu vollberechtigten preußiſchen Staatsbürgern machen dürfen. Eine ſolche Tendenz aber widerſpricht ganz und gar dem deutſchen Charakter und dem Weſen des preußiſchen Staates. Es iſt auch jetzt nicht der Zweck einer vernünftigen Polenpolitik. Denn auch dieſe kann nichts anderes wollen, als die Staatspolitik überhaupt, indem ſie von den Polen nur verlangt, daß ſie ihre unabänderliche Zugehörigkeit zum Staat anerkennen und die Rechte ihrer deutſchen Mitbürger achten, im übrigen aber durchaus ihre Pflicht bekennt, für die Wohlfahrt aller ihrer Staatsangehörigen zu ſorgen. Abgeſehen von allem andern wäre es auch eine lächerliche Inkonſequenz, auf der einen Seite die Polen durch allgemeine Schulpflicht, allgemeine Wehrpflicht und geſetzliche Gleichberechtigung an uns heranzuziehen und auf der andern Seite bei Maßnahmen, die für das Deutſchtum im Oſten dringend notwendig ſind, ängſtlich zu fragen, ob dabei vielleicht auch ein Nutzen für die Polen abfällt. Eine ſolche Kleinlichkeit bei einer Reihe von Maßregeln, die überhaupt gar nicht als Kampfmaßregeln gedacht und geeignet ſind, ſondern nur das Fundament dazu bilden ſollen, iſt überdies auch vollkommen überflüſſig. Denn man kehre die Sache einmal um und frage ſich, was etwa die Unterlaſſung der mehrfach erwähnten kulturellen Hebung für Folgen haben würde. Unkundige könnten vielleicht den Schluß ziehen, das ſei für das Verhältnis von Deutſchtum und Polentum völlig belanglos; denn ob man nun die Hebung unterlaſſe oder nicht, immer würden doch die Zuſtände auf Deutſche und Polen gleichmäßig wirken. Darin liegt aber eben ein großer Irrtum. Von einer Verbeſſerung der Zuſtände mag vielleicht das Polentum wie

das Deutschtum gleichen Nutzen haben, von einer Belassung oder Verschlechterung der jetzigen Zustände aber hat das Deutschtum den Schaden allein, und das Polentum bleibt unberührt. Das ist der Unterschied. Der Slawe fühlt sich unter Kulturverhältnissen leidlich glücklich, die für den Deutschen einfach unerträglich sind. Welchen Weg wir unter solchen Umständen zu gehen haben, das kann nicht zweifelhaft sein.

Worin sollen nun aber die Maßregeln bestehen, mit deren Hilfe wir die Kulturzustände unserer Ostmarken denen der rein deutschen Gegenden unseres Vaterlandes näher bringen können? Wir scheiden an dieser Stelle eine Reihe von Einwirkungen aus, die auf geistigem Gebiet liegen und die sich später besser im Zusammenhang mit der Schulpolitik und Sprachenfrage erörtern lassen. Es bleiben aber noch Einwirkungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. In erster Linie ist dabei der Verkehrsfragen zu gedenken.

Man sollte eigentlich meinen, auf diesem Gebiet müßten sich alle Parteien leicht einigen, da die Nachteile ungünstiger Verkehrsverhältnisse sich für jedermann fühlbar machen. Dem ist aber nicht so. Die Erleichterung des Verkehrs wird von vielen Politikern als eine Verstärkung der Anreize zur Auswanderung oder wenigstens zum Wechsel des Aufenthaltsorts angesehen. Namentlich sind viele Landwirte der Meinung, die bösen Eisenbahnen seien es, die ihnen die Arbeiter fortführten. Sie sind auf den Verkehr ebenso schlecht zu sprechen wie auf die Freizügigkeit. Nun liegt ja in diesen Klagen etwas Wahres, aber wenn man auf Grund dieser Klagen die Verkehrsverhältnisse zurückrevidieren wollte, so müßte man die Eisenbahnen überhaupt abschaffen. Dann könnte man es vielleicht erreichen, daß jeder möglichst an dem Orte bleibt, wohin er schon durch seine Geburt gestellt ist. Aber das ist eine Lösung, die auch der ärgste Verkehrsfeind nicht wünschen würde, selbst wenn sie möglich wäre, und sie ist natürlich unmöglich. Dann aber sollte doch

eine einfache Erwägung zeigen, daß die schlimmste Möglichkeit von allen, die in bezug auf die Regelung des Verkehrs überhaupt denkbar sind, eine ungleichmäßige, sich nur auf bevorzugte Gegenden erstreckende Entwicklung des Verkehrs ist. Überall gleichmäßig gute Fürsorge für den Verkehr — vortrefflich! Überall schlechter oder gar kein Verkehr — nun das ist wenigstens ein Standpunkt, wenn auch kein vernünftiger! Aber hier gute und dort schlechte Verkehrsmittel, das ist die größte Torheit vom Standpunkt gerade derjenigen, denen daran gelegen sein muß, ein wirtschaftlich und sozial schädliches Abströmen der Bevölkerung bestimmter Landesteile in bevorzugte Gegenden zu verhindern. Man darf wohl dreist behaupten, daß sich noch niemals jemand, der im Interesse einer Verbesserung seiner Lage seinen Wohnsitz verlassen wollte, durch schlechte Verkehrsverhältnisse davon hat abhalten lassen. Dagegen genügt in nicht seltenen Fällen die Möglichkeit, ohne erhebliche Kosten, Zeitverluste und Umständlichkeiten Zentralpunkte des Erwerbs- und Geschäftslebens erreichen zu können, um manche wirtschaftlich wertvolle Existenz in abgelegenen Orten und Gegenden festzuhalten. Auch in den gebildeten Kreisen, die außerhalb des eigentlichen Erwerbslebens stehen, kann man ähnliche Erfahrungen machen. Selbst wenn sich jemand in die Einsamkeit zurückziehen will, wird es ihm in der Regel nicht gleichgültig sein, ob ihm jede Möglichkeit eines raschen und bequemen Verkehrs mit der Hauptstadt, einem Seebade, einer von der Natur bevorzugten Gegend abgeschnitten ist, wenn er vielleicht auch in der Praxis selten oder nie Gebrauch davon macht. Wie oft hört man als Vorzug eines Wohnortes preisen: „Ich kann in einer oder zwei Stunden in Berlin sein.“ Forscht man nach, wie oft die Leute nach Berlin kommen, so zeigt sich, daß dieser gerühmte Vorzug praktisch ziemlich bedeutungslos ist. Aber sie empfinden die Rückwirkungen der guten

Verbindung in kleinen Vorzügen des geſchäftlichen Verkehrs am Orte ſelbſt, bei Einkäufen, Beſtellungen, Korreſpondenzen u. dergl. und auch in gewiſſen Anregungen des geſellſchaftlichen Verkehrs, die lediglich aus der Vorſtellung entſpringen, nicht ganz „aus der Welt" zu ſein. Ähnliche Vorſtellungen übertragen ſich leicht auf alle ſozialen Schichten. Schließlich iſt es nicht die Unzufriedenheit mit beſtimmten Einzelheiten ſeiner Lage, ſondern das unbeſtimmte Gefühl des Abgeſchloſſenſeins von einer vielſeitiger ausgeſtalteten Welt, was auch den ländlichen Arbeiter aus ſeinen heimatlichen Verhältniſſen heraustreibt und ihn Verhältniſſe vorziehen läßt, die ihm oft materiell durchaus nicht mehr bieten, ja mitunter ihn geradezu enttäuſchen müſſen. Gute Verbindungen werden den einmal erweckten Trieb des Hinausſtrebens aus drückend gewordenen Verhältniſſen natürlich nicht beſeitigen können. Dieſer Trieb pflegt in ſolcher Stärke vorhanden zu ſein, daß, wenn nicht andere Gegengewichte geſchaffen werden, daran nicht viel zu ändern iſt. Aber durch mangelhafte Verkehrsverhältniſſe beraubt man ſich der Möglichkeit, auch nur die Bedingungen für wirkſame Gegengewichte gegen den Wandertrieb herzuſtellen. Je ſchlechter die Verkehrsmittel ſind, deſto mehr wirken ſie einſeitig in dem Sinne, daß ſie brauchbare Kräfte aus dem Lande herausziehen; je beſſer ſie ſind, deſto mehr wirken ſie ausgleichend. Auch dann werden ſie manches aus dem Lande herausholen, aber dafür bringen ſie auch etwas, denn dem Verkehr folgt ſtets die geſchäftliche Unternehmungsluſt.

Die preußiſche Eiſenbahnpolitik hat dieſen Erwägungen früher wenig Rechnung getragen. Gewiß nicht aus Kurzſichtigkeit. Die erſchwerenden Momente lagen darin, daß die preußiſche Staatsbahnverwaltung eine Verkehrspolitik im ſtrengſten Wortſinne überhaupt nicht treiben konnte. Unter einer ſolchen Verkehrspolitik wäre eine Fürſorge für den Verkehr zu verſtehen, die dieſe wichtige Erſcheinung des

Völkerlebens nach großen Gesichtspunkten zu beeinflussen und in den Dienst des allgemeinen Wohles durch zweckmäßige Verteilung wirtschaftlicher Kräfte zu stellen suchte. Eine solche Politik aber ist niemals versucht worden. Die preußische Eisenbahnverwaltung wurde lediglich durch die Rücksichten auf die Finanzverwaltung des Staates gebunden. Sie konnte vielmehr das Verkehrsbedürfnis nur als gegebene Erscheinung in demselben Sinne nehmen, wie der Kaufmann das Bedürfnis des Kunden. Danach mußte sich die Verwaltung richten, um unter möglichst zweckmäßiger Befriedigung dieses Bedürfnisses so viel Geld zu verdienen, wie eben ein anständiger und gewissenhafter Unternehmer füglich verdienen kann. Daß der Staat im Eisenbahnwesen nach den einmal angenommenen und natürlich nicht ohne triftige Gründe angenommenen Prinzipien im wesentlichen nur Unternehmer, nicht Politiker sein konnte — von den Rücksichten auf die Landesverteidigung können wir in diesem Zusammenhang absehen —, ist für die östlichen Provinzen recht verhängnisvoll geworden. Denn die Verwaltung mußte in der Hauptsache mit ihrem Betriebe dem zufällig sich entwickelnden Bedürfnis folgen. Sie mußte daher aus Rücksichten der Rentabilität verkehrs- und industriereiche Gegenden bevorzugen, arme und abgelegene Provinzen aber mit vorsichtiger Zurückhaltung behandeln. Es gab daher eine Zeit, in der auf die meisten Beschwerden und Gesuche um Verbesserung der mangelhaften Verkehrsverhältnisse die stereotype Antwort erteilt wurde: „Es kann ein Bedürfnis dafür nicht anerkannt werden.“ Der Nachteil dieser Behandlungsweise der Frage lag nicht nur in der unmittelbaren Schädigung der geschäftlichen Interessen der beteiligten Gegenden. Wenn eine Geschäftsreise, die in anderen bevorzugten Gegenden in einem Tage zu erledigen ist, bei gleicher Kilometerzahl im Osten zwei, ja unter Umständen drei Tage erforderte, lediglich infolge geringer

Fahrgeſchwindigkeiten und ſchlechter Anſchlüſſe, ſo werden unliebſame Vergleiche geradezu herausgefordert, und die Leiter geſchäftlicher Unternehmungen werden, wenn ſie ihre Dispoſitionen treffen, mehr an ruſſiſche als an deutſche Zuſtände denken. Während ſie aber dem wirklichen Rußland gegenüber ihr Urteil durch die Erwägung korrigieren, daß es vielleicht ein Land der Zukunft iſt, das nur durch ſeine geſchichtliche Entwicklung und ungünſtige Geſetze zurückgehalten iſt, werden ſie eine ſolche Rückſtändigkeit auf deutſchem Boden ſchwerer begreifen und leicht zu der Meinung gelangen, daß Land und Leute ſelbſt die Schuld daran tragen. Man kann ſich daher nicht wundern, wenn die öſtlichen Grenzprovinzen den Bewohnern des Weſtens kaum bekannt ſind, trotzdem aber vom Hörenſagen als ein preußiſches Sibirien verſchrien werden, in dem, wie ein im Oſten gebräuchlicher Scherzausdruck ſagt, ſich die Füchſe und die Haſen gute Nacht ſagen. Dieſe in jeder Beziehung grundfalſche Vorſtellung, die dem vordringenden Polentum gegenüber eine Gefahr bedeutet, kann nur durch eine ſorgfältigere Ausgeſtaltung des Verkehrs überwunden werden.

Nachdem lange Jahre hindurch in dieſer Beziehung arg geſündigt worden iſt, hat in neuerer Zeit die wachſende Einſicht in die Grundlagen einer erfolgreichen Polenpolitik dahin geführt, daß die Verkehrsfrage eine weitherzigere und gründlichere Behandlung erfahren hat. Die Verkehrsverhältniſſe in den Provinzen Poſen und Weſtpreußen ſind erheblich verbeſſert worden, und zwar unter dem Geſichtspunkt, der auch an dieſer Stelle ſoeben als der richtige verfochten wurde, daß die Verwaltung in dieſem Falle dahin ſtreben muß, dem Bedürfnis voranzugehen, ja ſogar Bedürfniſſe zu ſchaffen, nicht jedoch dem Bedürfnis langſam zu folgen, um nicht zu ſagen, ſich auf Krücken ihm nachzuſchleppen. Über Einzelheiten, die Prüfung und Kritik der beſonderen Wünſche auf dieſem Gebiete, kann man hier hinweggehen;

ſie ſind Sache der beſonderen Erörterung in Parlament und Preſſe. Des alten, hoffentlich nunmehr verlaſſenen Syſtems mußte aber hier gedacht werden, weil das Eiſenbahnnetz des Oſtens und ſein Verkehr immer noch unter den Nachwirkungen der früheren kurzſichtigen Prinzipien ſtehen. Dergleichen läßt ſich nicht in kurzer Zeit ändern. Nicht alle Wünſche in Verkehrsfragen können auf einmal befriedigt werden, und wenn ſie befriedigt ſind, bedarf es geraumer Zeit, bis die Bevölkerung den vollen Nutzen daraus gezogen hat und bis der neue Stand der Dinge auch von außen her genügend gewürdigt wird. In allen dieſen Fragen heißt es Geduld haben.

Die Hebung des Verkehrs iſt die einzige ſichere Grundlage, auf der allmählich eine Neugeſtaltung der ſozialen und wirtſchaftlichen Verhältniſſe in dem Sinne herbeigeführt werden kann, daß der aus dem Weſten kommende Deutſche die Exiſtenz innerhalb der Oſtmarken erträglich finden kann. Eine beſondere Betrachtung aber ſcheint noch die Frage zu erfordern, ob vielleicht durch *Einwirkungen auf Bedürfniſſe geiſtiger Art* der allgemeine Kulturſtandpunkt der Oſtmarken gehoben werden kann. Es handelt ſich hier um den Bau von Vereinshäuſern, Bibliotheken, Errichtung von Fortbildungsanſtalten, Hochſchulen, Muſeen u. dergl. Soweit dieſe Maßregeln dazu beitragen können, in den Oſtmarken das Bewußtſein einer beſonderen Fürſorge des Staates verſtärken zu helfen oder das Intereſſe für gemeinnützige Anſtalten zu erhöhen, wird man ihnen freudig zuſtimmen können. Nur darf man nicht zu viel davon erwarten. Der Wert derartiger Anſtalten zeigt ſich in vollem Maße erſt da, wo ſie einem bereits vorhandenen inneren Bedürfnis entſprechen. Nur in beſchränktem Umfange werden ſie ſolche Bedürfniſſe ſelbſt zu wecken vermögen, und ihre Hauptwirkung wird immer nur eine lokale ſein. Aber ſie können namentlich in Verbindung mit einer vernünftigen

Schul- und Sprachenpolitik immerhin als nützliche Stützpunkte für Erweckung und Erhaltung deutscher Gesinnung betrachtet werden. Hier kommen zunächst die Anstalten in Betracht, von denen unmittelbar eine Einwirkung auf die Landeskultur ausgehen könnte. Es sind dies vornehmlich Fachschulen und technische Lehranstalten, deren Errichtung im Osten ja auch schon ins Auge gefaßt ist. Nicht genug gewarnt werden aber kann vor der Idee, das Gebäude dieser Fürsorge durch die Errichtung einer Universität in Posen zu krönen. Falls man nicht annehmen will, daß dieser Gedanke von deutschfeindlicher Arglist eingegeben ist, kann man nur über die Naivität staunen, mit der die Urheber dieses Vorschlages das Wesen des Polentums beurteilen. Von einer kulturellen Hebung des Landes kann auf diesem Wege so lange nicht die Rede sein, als das Land selbst nicht auf irgend eine Weise das geistige Interesse des deutschen Mutterlandes fesselt. Niemand wird im Ernst glauben, die akademische Jugend des Reiches könne etwa aus denselben Empfindungen und Interessen heraus nach Posen eilen, wie sie aus Altdeutschland nach Straßburg zog. In Wahrheit würden wir uns eine neue Brutstätte polnischen Geistes und staatsfeindlicher Agitation schaffen. Vorläufig ist eine sehr viel näher liegende Aufgabe zu lösen. Es ist die Frage zu beantworten, ob die ganze Struktur der Gesellschaft in den Ostmarken der des Westens näher gebracht werden kann. Davon sollen die folgenden Betrachtungen handeln.

Kapitel 15.

Die Industrialisierung des Ostens.

Es ist schon bemerkt worden, daß es im Osten an vermittelnden Elementen fehlt, die zwischen den einzelnen Klassen und Schichten die nötigen Übergänge herstellen.

Infolgedessen verkehren die einzelnen Berufsklassen fast ganz unter sich, und das gibt dem Verkehr eine so drückende Einseitigkeit, daß hierin ein Hauptgrund zu erkennen ist, warum ausscheidende Beamte, Offiziere, Richter, Lehrer usw. fast niemals in der Provinz bleiben, sondern ihr so bald als möglich den Rücken kehren. Innerhalb dieser einzelnen sich absondernden Gesellschaftsgruppen spielt wiederum als Folge dieser ganzen Verhältnisse die Beachtung der Rangunterschiede und des Vorgesetztenverhältnisses eine Rolle, die man anderswo gar nicht kennt. Daher liegt eine merkwürdige Unfreiheit, ein subalternes Gepräge des ganzen Lebens dort geradezu in der Luft und drückt auf jeden aus der Fremde Hinzukommenden mit unerträglicher Wucht. Das überträgt sich sogar auf Verhältnisse, die sonst ganz außerhalb derartiger Einwirkungen zu stehen pflegen. Selbst im Offizierkorps, dessen Anschauungen und Traditionen wesentliche Verschiedenheiten in Formen und Sitten, wie man meinen sollte, beinahe ausschließen, machen sich Einwirkungen der unnatürlichen und schädlichen Abgeschlossenheit unangenehm bemerkbar. Diese Zustände sind nicht, wie auch wohl anderswo, eine Begleiterscheinung besonders kleiner und enger Verhältnisse; sie ergeben sich vielmehr aus den gesellschaftlichen Anschauungen, von denen dort alles erfüllt ist.

Wenn nun ganze Berufsklassen nur durch den Zwang der Amts- und Dienstpflicht in ihrer Umgebung festgehalten werden, so fehlt ihnen jede persönliche Berührung mit ehemaligen Berufsgenossen, die sich noch als solche fühlen und doch äußerlich unabhängig geworden sind. Daß diese Elemente vorzugsweise geeignet sind, als Stamm eines Umgangskreises zu dienen, der gegenüber den wechselnden Kreisen der aktiven Offiziere und Beamten eine gewisse Beständigkeit freundschaftlicher Beziehungen erhält, bedarf keines besonderen Nachweises. Durch einen solchen stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt seßhafter und unabhängiger

Familien würden andere veranlaßt werden, sich ihnen anzugliedern. Diese unabhängigen, gebildeten Elemente würden dann sehr bald auch ganz von selber das Bedürfnis entwickeln, mit Angehörigen anderer Berufskreise in Beziehung zu treten.

Sehr schwierig aber ist es, die Anfänge eines solchen, etwas vielseitigere Interessen verfolgenden Kreises von Gebildeten zu schaffen, wenn nicht in dem gebildeten Bürgerstande selbst gewisse Kristallisationspunkte vorhanden sind, um die sich die soeben geschilderten Elemente gruppieren können. Die Traditionen des alten Militär- und Beamtenstaates erschweren, wo nicht besondere Momente korrigierend einwirken, sehr leicht das Aufkommen eines geistig und gesellschaftlich einflußreichen Bürgerstandes. Die Folgen davon treten nicht überall so schwer und ernst hervor. Die nationale Einheitlichkeit der Bevölkerung mildert etwaige Mißstände, die engere Berührung des Beamten- und Offiziersstandes mit einem fest in der Heimat wurzelnden Landadel hält die meisten dauernd in der Heimat oder doch in Beziehungen zu der Heimat zurück, und auch der in den Ruhestand Tretende schüttelt nicht den Staub der Provinz von den Füßen. In Posen und Westpreußen haben wir nicht so günstige Verhältnisse; darum müssen wir versuchen, ein Element in das dortige Leben einzuführen, das zu seiner vielseitigen Gestaltung beitragen kann und einen gesellschaftlich erstklassigen gebildeten Bürgerstand gründen hilft.

Wir haben im Osten einen blühenden, achtbaren Bürgerstand, der seine Söhne und Töchter in die besten Wirkungskreise hineinbringt, der aber mit seinen Mitteln und seiner Stellung selbst noch nicht die Fähigkeit erlangt hat, eine soziale Rolle zu spielen. Der Grund liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen. Im Osten beruht das ganze Erwerbsleben auf der Landwirtschaft, diese aber ist selbstverständlich nicht imstande, einen wirklichen Bürgerstand von

Bedeutung zu schaffen. Der eigentliche Bürgerstand bleibt daher in kleinlichen Verhältnissen stecken, in denen auch den materiellen Erfolgen relativ enge Schranken gesetzt sind. Er kommt in der Hauptsache nicht über Handwerk und Kleinhandel hinaus. Glückliche und begabte Individuen machen selbstverständlich auch dabei ihr Glück und verstehen den Umfang ihres Erwerbes so zu steigern, daß sie nach dem Maß ihres Vermögens und nach der Erziehung, die sie ihren Kindern zuteil werden lassen, nicht selten auch durch ihre Persönlichkeit selbst weit über dem Durchschnitt dessen stehen, was man gewöhnlich mit dem Namen „Kleinbürgertum" begreift. Aber diese Einzelpersönlichkeiten sind nicht stark genug, die Gesamtlage zu reformieren und ihr ein Gepräge zu geben, das einen zwingenden Einfluß auf die überlieferten Anschauungen oder gar auf Vorurteile ausüben könnte.

Wer sich im Westen und in Mitteldeutschland umgesehen hat, weiß, daß ein Bürgerstand, der sich wirklich ebenbürtig neben eine Aristokratie stellen kann und der im städtischen Leben selbständig eine lebenskräftige, von vielseitiger Bildung getragene, geistig und gesellschaftlich befruchtend wirkende Schicht unabhängiger Elemente zu erzeugen vermag, nur auf dem Boden einer gesunden Industrie erwächst. Auch der Großhandel, das Geschäftsleben größeren Stils entwickelt sich nur im Gefolge der industriellen Produktion. Wenn man also sieht, wie kümmerlich sich der Bürgerstand im Osten entwickelt, wie dadurch direkt und indirekt jene Kleinlichkeit und drückende Enge der Verhältnisse bedingt wird, die zahllose nützliche Elemente, die besten Stützen des Deutschtums, aus dem Lande beharrlich hinaustreibt, — wenn man ferner sieht, wie die nationalen Verhältnisse und das Fehlen eines alteingesessenen, die Staatstradition pflegenden Adels diesen Landesteilen auch die Vorzüge rauben, die die alten ostelbischen Provinzen des

preußischen Staates trotz ihrer agrarischen Einseitigkeit genießen, dann muß man eben dahin gelangen, daß man versucht, den wirtschaftlichen Zustand der östlichen Provinzen mit gemischt-nationaler Bevölkerung mehr den westlichen Provinzen als den Nachbarprovinzen zu nähern. So kommen wir zu der Frage, ob nicht der Industrie eine Stätte im Osten bereitet werden kann.

Man hat für diesen Gedanken das Schlagwort „Industrialisierung des Ostens" geprägt, ein insofern wenig glücklicher Ausdruck, als er das Beabsichtigte keineswegs genau bezeichnet und sogar die ganz falsche Nebenvorstellung erweckt, als solle der Industrie im Osten eine herrschende Stellung gesichert werden. Davon ist natürlich nicht die Rede, wir wollen nur die Industrie nicht ganz entbehren.

Man wird hier auf die Frage geführt, wie weit überhaupt das städtische Element bei einer Besiedelungspolitik in Betracht kommt. Es ist gelegentlich darüber gestritten worden. Die einen sagen: der Bauernstand bestimmt den Charakter des Landes; wir müssen das platte Land haben, dann ist das ganze Land deutsch. Die anderen sagen: die Städte sind das Bestimmende für die geistige Eigenart und Kultur; solange wir nicht deutsche Kulturmittelpunkte dieser Art im Lande haben, werden wir vergebens gegen das Polentum kämpfen. Ein solcher Streit ist eigentlich vollkommen überflüssig, denn es ist klar, daß beide Ansichten recht haben, und es wird daher darauf ankommen, an beiden Stellen den Hebel anzusetzen und beides in zweckmäßiger Weise zu vereinigen. Dazu ist es freilich gut, über die Wechselwirkung zwischen Stadt- und Landbevölkerung im klaren zu sein und sich ein Bild davon zu verschaffen, welchen Anteil diese beiden Bevölkerungskategorien an dem nationalen Gepräge der Gesamtheit haben.

Die Forscher, die mit statistischen Untersuchungen dieser

Frage näher getreten sind, bestätigen, was schon die Beobachtung des täglichen Lebens und einiges Nachdenken vermuten läßt, nämlich daß das Menschenmaterial, das für die Zusammensetzung der Bevölkerung bestimmend ist, in der Hauptsache vom platten Lande, nicht aus den Städten stammt. Es findet ein natürliches Abströmen der Bevölkerung vom Lande nach den Städten statt. Das Tempo dieser Strömung ist örtlich und zeitlich sehr verschieden. In unseren heutigen Lebens- und Kulturverhältnissen erscheint diese Bewegung gesteigert, ja man muß sogar sagen, in bedenklicher Weise krankhaft gesteigert und das gilt namentlich von den östlichen Provinzen des preußischen Staates, wo man schon nicht mehr von einem „Zug vom Lande" reden kann, sondern höchstens von einer „Flucht vom Lande". Abgesehen von dieser krankhaften Steigerung ist die Bewegung vom Lande nach der Stadt ein durchaus naturgemäßer Vorgang. Die ländlichen Besitz- und Arbeitsverhältnisse bringen es mit sich, daß der Vermehrung der den Boden unmittelbar bewirtschaftenden Bevölkerung natürliche Grenzen gezogen sind, während andererseits gerade auf dem Lande die einfachere und natürlichere Lebensweise und die größere Regelmäßigkeit und Wurzelfestigkeit aller Lebensgewohnheiten eine relativ größere Fruchtbarkeit der Ehen zur Folge hat. Im allgemeinen muß also das Land, soweit nicht besondere abnorme Verhältnisse eintreten, einen Überschuß an Bevölkerung erzeugen, der in der Landwirtschaft nicht mehr unterkommt und daher andere Erwerbszweige aufsuchen muß, die ihn vornehmlich in die Stadt treiben. So hat es also an sich nichts Bedenkliches, daß ein Teil der Landbevölkerung regelmäßig in die Städte zieht. Man könnte nun vielleicht glauben, daß diesem Abfluß vom Lande ein proportionales Anwachsen der Städte entspräche. Das ist aber nicht überall so, und gerade dieser Umstand ist für den Osten wichtig. Innerhalb der städtischen

Bevölkerung eines Landes findet wieder eine weitere Bewegung statt, die ihre Entwicklung sehr wesentlich beeinflußt. Denn die geschilderte Bewegung vollzieht sich nicht so, daß der Überschuß der Landbevölkerung einfach in die nächste Provinzialstadt abgeschoben wird und dort eine feste Existenz findet. Das gewerbliche Leben gibt dem Aufenthalt in der Stadt an sich schon größere Mannigfaltigkeit und Beweglichkeit, die unter den modernen Verhältnissen noch erhöht wird durch den gesteigerten Verkehr und die Freizügigkeit. In dem Prinzip der Freizügigkeit namentlich ist als wichtiger Grundsatz und bedeutsame Errungenschaft individueller Freiheit festgestellt, daß jedermann sich dort niederlassen darf, wo er die vorteilhaftesten Erwerbsbedingungen findet. Daher wandert sowohl ein Bruchteil der kleinstädtischen Bevölkerung, als auch ein Teil der Landbevölkerung direkt in die großen Städte und in die Verkehrs- und Arbeitszentren. Weiter kommt dazu das Emporsteigen von Bruchteilen der Bevölkerung niederer Bildungsstufen zu höheren, wie es natürlich in der Stadt in größerem Umfange stattfindet als auf dem Lande. Dieses Emporsteigen bedeutet aber in der Regel zugleich eine gewisse Loslösung von der Heimat im engsten Sinne des Wortes. Ein Teil der Gebildeten bleibt ja vielleicht in der Heimat, namentlich wenn sie, wie die Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Fabrikanten, Kaufleute, einen freien Beruf betreiben. Aber selten bleiben sie so ganz mit ihrer Vaterstadt verknüpft, daß diese Beziehungen auch auf ihre Kinder übertragen werden. Vollends der Offizier und Beamte wird hin- und hergeworfen; er ist mit seiner Familie gewissermaßen heimatlos, freilich nur sofern man dieses Wort im strengsten Sinne nimmt. Daher geschieht auch auf diesem Wege ein Abströmen des intelligentesten, begabtesten und strebsamsten Teiles der klein- und mittelstädtischen Bevölkerung nach anderen Stellen, woraus jedenfalls soviel folgt,

daß auf wirkliche Seßhaftigkeit der Bevölkerung der Provinzialſtädte niemals zu rechnen iſt. Es wird alſo alles darauf ankommen, welchen Zufluß die kleinen Städte von der Landbevölkerung erhalten. Niemals wird es gelingen, von den Städten aus ein Land in einem beſtimmten Sinne zu nationaliſieren; die Grundlage einer Beſiedelung muß immer die ländliche Beſiedelung ſein. Man hat wohl geſagt, wer die Städte habe, habe das Land. Dabei wurde auf die Oſtſeeprovinzen Rußlands als Beiſpiel hingewieſen. Gerade die Wahl dieſes Beiſpieles zeigt aber auch den Einwand, der dagegen zu erheben iſt. Wir ſehen die Blüte und die Erfolge der deutſchen Kultur in dieſem Lande, wir ſehen den Willen ſeiner deutſchen Bewohner, deutſch zu ſein und zu bleiben, und doch iſt die breite Maſſe der Landbevölkerung nicht deutſch geworden.

Trotzdem iſt der Gedanke richtig, daß durch die ſtädtiſche Entwicklung das eigentliche Kulturniveau eines Landes beſtimmt wird. Gewiß iſt auch unter Umſtänden eine rein bäuerliche Bevölkerung imſtande eine hohe Kultur aus ſich zu erzeugen. Im Grunde iſt ja unſere Kultur und noch mehr die der alten Völker auf dieſem Wege entſtanden. Aber heute wäre das nur möglich, wenn man ein ſolches Volk ganz oder faſt ganz ſich ſelbſt überlaſſen könnte. Wie aber ſollte das innerhalb des modernen Verkehrs möglich ſein? Ein modernes Bauernvolk, das in dieſer Weiſe ſich ſelbſt überlaſſen wäre, würde auswandern. Deshalb muß den Städten im Lande ſelbſt etwas geboten werden, was dieſem Wanderungsprozeß natürliche Grenzen ſetzt und die überſchüſſigen Kräfte der Landbevölkerung in der Nähe zurückhält.

Da jede Entwicklung von unten herauf erfolgt und da man bei dem Beſiedelungsprojekt auf dem Lande zu der richtigen Einſicht gekommen war, daß es darauf ankomme, einen neuen Stamm kleiner Bauern und Arbeiter zu ſchaffen,

so übertrug man den gleichen Grundsatz auf die Maßregeln, die der Erhaltung des Deutschtums in den kleinen Provinzstädten dienen sollten, und suchte auch hier von unten aufzubauen. Dabei ist jedoch etwas Wichtiges außer acht gelassen. Erstens ist dabei der Zusammenhang des ganzen Prozesses, in dem sich die Entwicklung der Bevölkerung vollzieht, nicht genügend beachtet, und zweitens bedenkt man nicht genug, daß man es nicht mit einer isolierten Entwicklung zu tun hat, sondern mit einer solchen, die in engem Zusammenhang mit einer benachbarten, vielfach Einfluß auf sie ausübenden, vor sich geht. Daraus folgt, daß man nicht an beliebiger Stelle willkürlich in den Entwicklungsprozeß eingreifen darf. Geht dieser Prozeß so vor sich, daß zunächst ein neuer Stamm einer ländlichen Bevölkerung zu bilden ist, der dann seine überzähligen Kräfte an die Stadt abgibt, und daß wiederum vom Lande und den kleinen Städten ein Abfluß nach den großen Städten stattfindet, so ist es klar, daß man das Besiedelungswerk diesem Gang der Dinge anpassen muß. Wirft man planlos in einen Strom etwas hinein, so wird es selbstverständlich fortgeschwemmt. So darf man sich auch nicht wundern, wenn deutsche Handwerker, die man, einem augenblicklichen Bedürfnis folgend, hier und da in die kleinen Städte des Ostens gesetzt hat, sehr bald wieder den Polen Platz machen. Erst wenn in den ländlichen Verhältnissen alles soweit vorbereitet ist, daß die Einwirkungen eines neu befestigten Deutschtums in den kleinen Städten bemerkbar werden, ist es Zeit, auch an dieser Stelle helfend und stützend einzugreifen.

Der zweite Umstand aber, auf den vorhin verwiesen wurde, zeigt, daß es notwendig ist, der natürlichen Entwicklung auch noch in anderer Weise zu Hilfe zu kommen. Auch wenn ein neuer Bauern- und Arbeiterstand auf dem Lande geschaffen und in den nächstgelegenen Städten vielleicht ein achtbarer kleiner Handwerkerstand in seiner Existenz

neu befeſtigt würde, ſo wird doch jeder intelligentere Arbeiter und Handwerker immer wieder aus dem Lande hinauszuwandern ſtreben, da er hierin immer den einfacheren und vorteilhafteren Weg ſehen wird, eine höhere Stufe der Gewerbtätigkeit zu erreichen. Er findet eben ringsherum die Dinge weiter entwickelt, während in der Heimat noch alles zu ſchaffen iſt. Bei ſolchen Verhältniſſen kann man die Dinge nicht ſich ſelbſt überlaſſen, denn in der Oſtmark bedeutet ein Gehenlaſſen ſoviel als den Polen das Feld räumen. Man muß alſo an Ort und Stelle eine Erwerbtätigkeit größeren Stils anbahnen, die verſchiedenen Bedürfniſſen gerecht wird und Erfolge verbürgt, ohne die ihr Folgenden aus einer dem Lande nützlichen Bahn zu werfen. Dazu brauchen wir die Induſtrie.

Es wird nun freilich von anderer Seite die Möglichkeit beſtritten, eine lebensfähige Induſtrie zu ſchaffen, wo ſich eine ſolche nicht ſchon von ſelber gebildet hat. Nicht zu leugnen iſt, daß es große Schwierigkeiten und Bedenken hat, wirklich tüchtige Leute zu finden, die in einem induſtriefremden Lande an ſolche Aufgaben herangehen. Die Unternehmungsluſt mag noch ſo groß ſein; ſie wird ſich doch lieber dahin wenden, wo ſie freiere Bahn hat und ſchon auf etwas Gegebenem weiter bauen kann. Wenn der Unternehmer in einer Gegend die Konkurrenz, in einer anderen zwar weniger Konkurrenz, dafür aber Trägheit und Vorurteil zu beſiegen hat, wird er das erſtere wahrſcheinlich vorziehen. Einen intelligenten Ingenieur oder Chemiker, der ſeine Gaben verwerten möchte, wird es doch wahrſcheinlich zunächſt in eines der großen Induſtriezentren ziehen. Oder aber, wenn er ſeinen Schaffensmut ausgiebiger befriedigen möchte, ſo wird er ſich irgendwo im Auslande in Verhältniſſe begeben, wo er ſich vollſtändig frei fühlt und ein großes Arbeitsfeld vor ſich ſieht. Aber er wird ſich nicht ſo leicht in eine entlegene Gegend ſeines

eigenen Vaterlandes setzen, wo er für Schwierigkeiten und Widerstände nicht ein Gegengewicht in größerer Unabhängigkeit oder in der Anerkennung von Fachgenossen findet, wo er sich im Gegenteil durch die Kleinlichkeit der Verhältnisse und gesellschaftliche Vorurteile eingeengt sieht.

Daraus folgt aber nicht, daß eine Industrie im Osten unmöglich ist. Es ist auch ohnedies zu erklären, daß der Gedanke einer stärkeren Förderung der Industrie im Osten bisher nicht aufgenommen werden konnte. Aus bloßer Vorliebe für rauchende Schlöte baut eine rein agrarische Gegend keine Fabriken. Aber selbst wenn irgend solcher Antrieb vorhanden gewesen wäre, hätte die Mangelhaftigkeit der Verkehrseinrichtungen ein Wort mitgesprochen und das Unterbleiben aller solcher Schritte bewirkt. Die Sache sieht aber ganz anders aus, wenn der Staat ein Interesse daran hat, daß gewisse Unternehmungen zustande kommen, und durch Verbesserung des Eisenbahnverkehrs, Anlage und Regulierung von Wasserstraßen das Seinige dazu tut, daß die Vorbedingungen zur Ausführung der Unternehmungen geschaffen werden. Es kann auch trotzdem manches mißglücken, wie einzelne Erfahrungen in Westpreußen zeigen. Aber es bleibt nach wie vor notwendig, daß die Verhältnisse im Osten in bezug auf die Möglichkeit industrieller Unternehmungen einer schärferen Prüfung unterworfen werden. Natürlich können industrielle Unternehmungen nicht ein Faktor der nationalen Politik in dem Sinne sein, daß das Risiko, das mit diesen Unternehmungen verbunden ist, gewissermaßen von der Gesamtheit der Steuerzahler übernommen wird. Das würde nur zu ungesunden Schöpfungen ohne Lebenskraft und darum auch ohne nachhaltige Wirkungen führen. Wohl aber kann der Staat solche Unternehmungen in mannigfacher Weise ermuntern, vorbereiten helfen und unterstützen. Schlimm ist allerdings, daß der Versuch, der jungen Danziger Industrie durch den von der

Seehandlung gewährten Kredit, über eine gefährliche Krisis hinwegzuhelfen, unglücklich abgelaufen ist und denen, die nicht nur Gegner solcher Kreditgewährung, sondern der Industrie überhaupt sind, scheinbar recht gegeben hat.

Nun heißt es aber weiter: Ein wirkliches Industrieland kann der Osten nicht werden, weil es dem Lande an Kohle und Eisen gebricht. Das ist ja richtig, aber ein Industrieland wie Rheinland und Westfalen sollen die Provinzen, von denen wir hier sprechen, auch gar nicht werden. Gewiß muß diese Frage mit der nötigen Vorsicht behandelt werden, und es wäre falsch, ohne genügende Unterlage Hoffnungen zu erwecken, die sich nachher nicht verwirklichen lassen. Aber die allgemeine Behauptung kann um so weniger genügen, als in unserm Zeitalter die elektrische Triebkraft immer vielseitigere Anwendung findet und die Technik infolgedessen immer mehr auf die Ausnutzung natürlicher Wasserkräfte hinweist. Das Land ist reich genug an Erzeugnissen, die der gewerblichen Verarbeitung fähig sind; der Beweis, daß dies mit Hilfe einer einheimischen Industrie nicht in lohnender Weise gelingen könne, ist bisher nicht geführt worden.

Wir haben es aber nicht nur mit Bedenken und Zweifeln, sondern auch mit grundsätzlicher Gegnerschaft zu tun, mit Leuten, die im Osten keine Industrie haben *wollen*, selbst wenn sie möglich ist. Dieser Anschauung liegen verschiedene Motive zugrunde. Zunächst allgemeine politische. Das agrarische, in der Hauptsache konservative Element fürchtet eine Verstärkung der liberalen Anschauungen durch das Auftreten eines unabhängigeren und in der Regel von größerem Selbstbewußtsein erfüllten bürgerlichen Elements. Diese Besorgnis etwa durch Überredung zerstreuen oder als unbegründet hinstellen zu wollen, wäre ein verkehrtes Beginnen. Im Gegenteil, es soll und muß offen betont werden, daß allerdings in das naive kastenartige Selbstgefühl *dieser* besondern Spezies von Konservativen Bresche gelegt werden

soll, und zwar deshalb, weil es sich hier nicht um etwas Harmloses und Unschädliches handelt, vielmehr höhere Interessen auf dem Spiel stehen. Deshalb braucht man das nicht zu vertuschen und zu bemänteln, sondern soll sich vielmehr an die Einsicht und den Patriotismus der politisch denkenden Konservativen wenden und sie fragen, ob sie um eines Bruchteils ihrer Parteigenossen willen — denn es ist wirklich nur ein Bruchteil, der in diesen engherzigen Anschauungen befangen ist, — den Zustand der Rückständigkeit und Abgeschlossenheit erhalten wollen, in dem diese Provinzen immer mehr eine Beute des Polentums werden müssen. Wo es darauf ankommt, diese Provinzen für das Deutschtum zu retten und sie dadurch wieder zu einem sicheren Besitz des Staates zu machen, müssen die Erwägungen des kleinlichen Parteinutzens unbedingt zurückstehen. Die Annahme vermeintlicher Nachteile für die berechtigten Bestrebungen der konservativen Partei ist aber auch wenig begründet. Denn die jetzigen Zustände sind vom Standpunkt der konservativen Partei gesehen noch viel weniger erfreulich. Je entschiedener der Konservativismus in diesen Landesteilen die bisherigen Zustände zu erhalten wünscht, eine desto radikalere Färbung erhält der Liberalismus der bürgerlichen Kreise. Die Kleinheit und Engigkeit der Verhältnisse züchtet einerseits das räsonnierende Philistertum schlimmster Sorte, andererseits eine Spielart des Liberalismus, die ihre Hauptvertretung in den jüdischen Kreisen findet. Ob diese Form des Liberalismus dem maßvollen, nationalen, sich mit der konservativen Anschauung in vielen Punkten eng berührenden Liberalismus, wie er den großindustriellen Kreisen eigen zu sein pflegt, vorzuziehen ist, dürfte selbst bei einem starren Konservativen mindestens Gegenstand reiflicher Überlegung sein.

Nun steht allerdings als Hauptmotiv der Abneigung konservativer Kreise gegen die Industrie die Furcht vor der

Sozialdemokratie im Hintergrunde. Es ist ja richtig, daß man damit zu rechnen hat, aber wenn, wie zu erwarten ist, die Industrie im Osten niemals eine herrschende Stellung einnehmen kann, so wird man auch den Einfluß einer industriellen Arbeiterschaft nicht so stark einzuschätzen haben, daß man die zu erwartende Beimischung sozialdemokratischer Elemente als ausschlaggebenden Grund für die Fernhaltung deutscher Einwanderung gelten läßt. Denn tatsächlich würde die Furcht vor der Sozialdemokratie darauf hinauslaufen, daß man sich gegen eine deutsche Einwanderung in größerer Zahl absperrt. Aber was würde man dafür eintauschen? Eine fortschreitende Polonisierung der die Hauptmasse der Bevölkerung bildenden Schichten, und innerhalb dieser polnischen Volksmasse nicht etwa die Erhaltung der früheren Unterwürfigkeit und Indolenz, sondern die gewaltig gesteigerte Zunahme eines fanatischen Hasses gegen alles, was für die Interessen des preußischen Staates einzutreten bereit ist. Kann ein vernünftiger Konservativer, der die Augen offen hält, in Zweifel darüber sein, welches Übel hier an dieser Stelle das kleinere ist? Die deutsche Sozialdemokratie, die trotz des Hasses, den die Parteilehre gegen Vaterland und Gesellschaft predigt, in ihren Reihen zahllose Männer zählt, deren vaterländisches Pflichtgefühl keineswegs abgestorben ist, — oder das fanatische Polentum, das von einem zielbewußten und unversöhnlichen Haß gegen unsern Staat und unser Volkstum von Tag zu Tage mehr durchdrungen wird? Nur zwischen diesen beiden Möglichkeiten ist zu wählen; ein drittes gibt es nicht, wenn auch einige Kurzsichtige und Irregeleitete von der Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der alten patriarchalischen Verhältnisse auf dem Lande träumen. Die sind unwiederbringlich dahin. Es müssen also Opfer an liebgewordenen Gewohnheiten und Anschauungen gebracht werden. Daß dabei jede Eigenart des Landes verwischt werden könnte, ist eine un-

begründete Sorge. Die Volksart formt sich doch unwillkürlich nach der Natur des Landes und der Verhältnisse, und fremde Kolonisten passen sich ihr erfahrungsmäßig leicht an.

Wenn also die politischen Bedenken gegen die sogenannte Industrialisierung des Ostens sich nicht als stichhaltig erweisen, so wird man auch die wirtschaftlichen genau prüfen müssen. An die bekannte Leutenot auf dem Lande knüpft sich die Befürchtung, daß dieser Notstand durch die Entwicklung einer heimischen Industrie noch verschärft werden würde. Schwerlich wird man sich dieser Besorgnis ganz verschließen können. Ja, es kann sogar noch mehr zugegeben werden. Würde die sogenannte Industrialisierung in dem Sinne aufgefaßt und betrieben, daß sie als eine isolierte Maßregel anzusehen wäre, die kein entsprechendes Korrelat in einer Fürsorge für die ländliche Besiedelung fände, so würde man anerkennen müssen, daß die Landwirtschaft recht hätte, sich über die Schädigung ihrer Interessen durch die Industrie zu beklagen, und daß diese Schädigung sogar mehr ins Gewicht fallen würde, als die Vorteile, die dadurch für das Deutschtum zu erwarten wären.

Nun sind freilich die Besorgnisse der Landwirtschaft zunächst auf ein richtiges Maß zurückzuführen. Als vor einigen Jahren der damalige Oberpräsident von Westpreußen, Herr v. Goßler, in der westpreußischen Landwirtschaftskammer zum ersten Male seine Ideen über die Hebung der Industrie in der Provinz ausführlicher begründete, äußerte er sich auch über die Leutenot und wies darauf hin, daß die Industrie wenigstens den Nutzen habe, die Arbeiter im Lande zu halten. Darauf antwortete die „Deutsche Tageszeitung", das Organ des Bundes der Landwirte, ziemlich spitz: „Die Ausführungen, die Oberpräsident v. Goßler in der Tagung der westpreußischen Landwirtschaftskammer gemacht hat, lassen den Unterschied erkennen, der zwischen seiner und unserer Auffassung besteht. Dem Herrn Oberpräsidenten

kommt es ausſchließlich oder wenigſtens in erſter Linie darauf an, die abwandernden preußiſchen Arbeiter im Lande zu halten; uns kommt es in erſter Linie darauf an, ſie der Landwirtſchaft zu erhalten, da dieſe ihrer dringend bedarf." Danach ſieht es ſo aus, als ob es ein Mittel gebe, die Leute nicht nur im Lande, ſondern auch der Landwirtſchaft zu erhalten; es iſt nur ſchade, daß bisher noch niemand dieſes Mittel verraten hat. Das einzige Mittel, das bis jetzt gefunden und erörtert worden iſt, iſt die Aufhebung der Freizügigkeit, und die kommt aus ſchwerwiegenden politiſchen Gründen nicht in Betracht. In der Tat liegt die Sache ſo, daß die Arbeiter für die Landwirtſchaft ohnehin verloren ſind; es fragt ſich nur, was für das Land und die Landwirtſchaft beſſer iſt, ob ſie wenigſtens im Lande bleiben oder ob ſie das Land ganz und gar verlaſſen. Auf die Bemerkungen der „Deutſchen Tageszeitung" gab damals die „Elbinger Zeitung" folgende Antwort: „Es iſt Tatſache, daß der Nachwuchs unſerer hieſigen Induſtriebevölkerung aus Mangel an Arbeitsgelegenheit ebenfalls aus Weſtpreußen fortgeht. Wo wären alle die Töchter der Arbeiter von Schichau uſw., wenn ſie nicht bei Löſer und Wolff in der Zigarrenfabrik und in anderen leichteren Induſtrien hier am Platze Arbeitsgelegenheit fänden? Nun, ganz ſicher nicht in Elbing, ſondern vielleicht in Berlin oder in Weſtdeutſchland! Wäre das beſſer für die Familie, auf deren Zuſammenhalt doch Wert zu legen iſt? Daß der induſtrielle Nachwuchs ſich aus Mangel an hieſiger induſtrieller Arbeitsgelegenheit der öſtlichen Landwirtſchaft zuwenden würde, glaubt doch wohl die „Deutſche Tageszeitung" ſelbſt nicht." Überdies kann es der Landwirtſchaft gerade in Zeiten, wo der Getreidebau nicht lohnend iſt, durchaus nicht gleichgültig ſein, welchen Abſatz ſie für ihre ſonſtigen Produkte in den nächſten Städten findet. Daß Städte mit einer Arbeiterbevölkerung viel ſicherere Abnehmer für dergleichen Produkte

sind, als die gewöhnlichen Ackerbürgerstädte des Ostens mit ihren paar Handwerkern, ist kaum noch besonders hervorzuheben. Es ist also auch für die Landwirtschaft nicht unwichtig, wo die Leute bleiben, die bis dahin die ländliche Arbeit versehen haben, ob sie in der Nähe bleiben oder ob sie nach ganz anderen Gegenden wandern, um nie wieder zurückzukehren. Ländliche Arbeiter freilich bleiben sie weder in dem einen, noch in dem anderen Falle.

Der berechtigte Kern der Besorgnisse der Landwirtschaft liegt vielmehr darin, daß auf Stärke und Zeitmaß der Landflucht der Arbeiter ein gewisser Einfluß geübt werden könnte, wenn durch die in der Nähe befindliche Arbeitsgelegenheit der Wandertrieb auch in solchen Leuten geweckt wird, die den Entschluß zur Wanderung in die Ferne weniger leicht finden. Selbst wenn das in der Praxis auch nur eine verhältnismäßig geringfügige Steigerung der Landflucht bedeuten sollte, so muß doch zugegeben werden, daß dieses geringe Mehr bereits von ruinöser Wirkung auf einen ziemlich großen Bruchteil der Landwirtschaft sein würde. Denn die Leutenot hat einen solchen Grad erreicht, daß die meisten Landwirte nichts mehr zuzusetzen haben. Daß aus ihren Kreisen heraus ein starker Widerstand gegen den Gedanken erhoben wird, durch neue Arbeitsgelegenheiten in nächster Nähe auch noch die wenigen auf dem Lande verbliebenen Arbeiter in Versuchung zu führen, ist menschlich begreiflich. Man würde daher diesen Einwand gelten lassen müssen, wenn es sich darum handelte, industrielle Unternehmungen urplötzlich wie Treibhauspflanzen aufschießen zu lassen, während man für die Landarbeiterfrage nichts tut.

In Wirklichkeit aber muß sich die Industrie in mäßigen Grenzen halten. Die Nachfrage nach Arbeitern würde nicht so bedeutend sein, daß sie der Landflucht größeren Vorschub leisten würde, als es jetzt schon geschieht, wo der ganze

Weſten Deutſchlands einwirkt, um dem platten Land im Oſten die Arbeiter zu entziehen. Es iſt durchaus nicht vorauszuſehen, ob die Nachfrage des Weſtens in gleichem Maße beſtehen bleibt, wenn auch im Oſten mehr Gelegenheit als jetzt zur Beſchäftigung induſtrieller Arbeiter geboten wird. Der Mangel jeder ſolchen Gelegenheit iſt es, der den ländlichen Arbeitern, falls ſie ſich in ihren ländlichen Verhältniſſen nicht wohl fühlen, Veranlaſſung gibt, ſich mit dem Wunſch nach Beſſerung ihrer Lage zugleich jedes Heimatsgefühls zu entäußern und als Feld, auf dem ſie ihr Glück ſuchen wollen, das ganze Reich anzuſehen. Es iſt durchaus nicht ausgeſchloſſen, wenn auch natürlich nicht als ſicher anzunehmen, daß die größere Nähe entſprechender Arbeitsgelegenheiten auf die zielloſen Wünſche der Landarbeiter einen gewiſſen mäßigenden und regulierenden Einfluß ausübt, den unbeſtimmten Antrieb, irgendwo anders beſſere Verhältniſſe aufzuſuchen, auf ein beſtimmtes Ziel richtet, zu kühlerer Abwägung der Vor- und Nachteile veranlaßt, der Nachahmungsſucht eine andere Richtung gibt und ſo mit dazu beiträgt, daß die Landflucht mindeſtens nicht größere Dimenſionen annimmt als jetzt. Darüber laſſen ſich freilich nur Vermutungen anſtellen, und die Landwirte, die durch ihre jetzigen Erfahrungen verbittert ſind und die Empfindungen ihrer Arbeiter nur durch eine ſchwarze Brille beurteilen, mögen den Hinweis auf die Einſchränkung der Landflucht durch die eigene Einſicht der Arbeiter wohl für allzu optimiſtiſch halten. Das mag ſein, aber ebenſowenig bewieſen und nicht einmal wahrſcheinlich iſt die peſſimiſtiſche Berechnung der Landwirte, die folgendes ausrechnet: Wenn jetzt x Arbeiter aus dem Oſten abwandern, ſo werden, wenn die künftige Induſtrie des Oſtens y Arbeiter braucht, künftig $x+y$ Arbeiter der Landwirtſchaft verloren gehen. So einfach arithmetiſch vollziehen ſich dergleichen Entwicklungen nicht.

Doch ist das alles nicht entscheidend gegenüber einer andern Erwägung. Gegen jede der Maßregeln, die bei unserer Polenpolitik in Frage kommen, läßt sich sehr Gewichtiges einwenden, sobald man sie losgelöst von andern betrachtet. Wirksam können sie nur werden, wenn sie ihren richtigen Platz erhalten in einer großen Gesamtaktion, an der das Deutschtum mit allen Kräften teilnimmt. Die Industrialisierung des Ostens hat, wie schon erwähnt, zur Voraussetzung, daß die Frage der ländlichen Besiedlung und der Verbesserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse gleichfalls befriedigend gelöst wird. Dadurch würde die Schädigung, die für die Landwirtschaft infolge der Entwicklung einer neuen Industrie befürchtet wird, wieder ausgeglichen. Vielleicht wird sogar etwas mehr geleistet; denn es fragt sich, ob nicht durch das Vorhandensein einer Industrie in der Nähe auch manche Schwierigkeit beseitigt wird, die sich der ländlichen Besiedlung entgegenstellt. Unzweifelhaft wird durch die Belebung des Gewerbfleißes in einer Gegend auch für andere der Anreiz erhöht, dort eine Tätigkeit zu suchen. Die Orte in dieser Gegend werden dann auch in der Ferne öfter genannt, und zwar nicht, wie sonst wohl, mit dem Ausdruck des Spottes über eine weltferne Gegend, sondern ernsthaft als Ursprungsorte guter Fabrikate; damit verliert manches Vorurteil seine Kraft, das jetzt von der Wanderung in jene Provinzen abschreckt. Welcher Arbeiter geht jetzt freiwillig etwa aus der Provinz Sachsen oder Brandenburg nach Posen auf das Land? Anders aber liegen die Verhältnisse bei Fabrikarbeitern. Bestände in der Provinz Posen eine Industrie von einiger Bedeutung, so würde es, falls die Leiter der Fabriken Wert darauf legten, deutsche Arbeiter zu beschäftigen, gar keine Schwierigkeiten haben, Deutsche aus den benachbarten westlichen Provinzen heranzuziehen. Dann würden die Fabriken gar nicht einmal nötig haben, die

Befürchtungen der Landwirte wahr zu machen, daß ſie die Arbeiter vom Lande weglocken. Wohl aber würde manches Vorurteil ſchwinden, das einer Einwanderung deutſcher Elemente nach dem Oſten entgegenſteht.

Das große Problem, der Leutenot auf dem Lande zu ſteuern, läuft auf die Frage hinaus, wie man die ländlichen Arbeiter ſeßhaft machen und durch ihr eigenes Intereſſe an das Land feſſeln kann. Nun iſt ja der Verſuch gemacht worden, mit Hilfe genoſſenſchaftlicher Unternehmungen den Arbeitern eignes Beſitztum zur verſchaffen; nur mußte man immer wieder darauf zurückkommen, den Arbeitern langjährige, drückende Verpflichtungen aufzuerlegen, die das ganze Werk nicht recht vorwärts brachten. Die ſtaatliche Arbeit, die von der Anſiedlungskommiſſion geleiſtet wird, kann ſich dieſer Aufgabe viel eher annehmen. Dieſe kleinen Anweſen aber werden einen weſentlichen Anteil an dem Nutzen haben, der, wie ſchon früher bemerkt, auch der Landwirtſchaft aus dem geſteigerten Abſatz der Markt- und Gartenprodukte in einer benachbarten Induſtrieſtadt erwächſt. Es iſt nicht undenkbar, daß die Steigerung der ſtädtiſchen Erwerbstätigkeit die Bemühungen zur Seßhaftmachung der ländlichen Arbeiter indirekt unterſtützt, wenn dieſe Bemühungen ſachgemäß und umſichtig betrieben werden und den wirklichen Vorteil der Arbeiter im Auge behalten, ſo daß die ländlichen Arbeiter aus der induſtriellen Nachbarſchaft Nutzen ziehen können. Bei den jetzigen Zuſtänden aber wird es viel größere Mühe koſten, die Landarbeiter von den Vorteilen der Seßhaftigkeit zu überzeugen, da ihre Lage ihnen immer in erſter Linie die Verpflichtung und kaum einen Vorteil und ein greifbares materielles Intereſſe zum Bewußtſein bringt.

Faſſen wir das Ergebnis der Betrachtungen zuſammen, ſo haben wir geſehen, daß eine geſunde Beſiedlungspolitik jedenfalls auf dem Lande anfangen muß. Wenn hier aber

das Nötige geschieht, so ist es wünschenswert, daß man den Überschuß der gewonnenen Kräfte und deren weitere Entwicklung nicht sich selber überläßt und nicht abwartet, bis sie sich mühsam auf den Standpunkt hinaufarbeiten, auf dem das übrige Deutschland längst steht, sondern man soll die Intelligenz des deutschen Volkes darauf hinlenken, daß sie — selbstverständlich mit geschäftlicher Besonnenheit und Umsicht — die Anfänge einer gewerblichen Tätigkeit in größerem Umfang und moderner Art in den Städten zu organisieren sucht, so daß auch die Industrie dem deutschen Leben im Osten einen Rückhalt zu geben vermag. Indem dadurch das gebildete deutsche Bürgertum im Osten einen größeren Rückhalt, eine Verstärkung und einen weiteren Gesichtskreis erhält, indem ferner eine neue Möglichkeit geschaffen wird, auch der Arbeiterklasse deutsche Elemente zuzuführen, werden wir das Leben im Osten dem Durchschnittscharakter deutschen Lebens näher bringen und dem Deutschtum im Osten mit der Zeit auch solche Elemente zuführen und erhalten, die ihm jetzt noch beinah gänzlich fehlen, die aber gerade dem Polentum gegenüber die stärkste Widerstandskraft besitzen. Damit ist der Nutzen umgrenzt, den die sogenannte Industrialisierung des Ostens in Verbindung mit der allgemeinen Hebung der Kultur in den Ostmarken dem Deutschtum bringen kann.

Kapitel 16.

Anfänge und bisherige Entwicklung der Ansiedlungspolitik.

Damit sind wir zu dem Punkt der Betrachtung gekommen, wo wir der wichtigsten und bedeutungsvollsten unter den wirtschaftlichen Maßregeln zur Polenpolitik näher treten müssen, derjenigen, in der überhaupt der Schwer-

punkt des ganzen Werkes zu suchen ist. Der Sieg des Deutschtums im Osten hängt in der Hauptsache davon ab, daß es uns gelingt, eine neue Einwanderung von Deutschen auf das Land zu lenken, und dazu dient vornehmlich die Tätigkeit der Ansiedlungskommission, die hier nicht in ihren technischen Einzelheiten, sondern in ihrer Bedeutung im allgemeinen Zusammenhange der Polenpolitik beleuchtet werden soll.

In den Ostmarken überwiegt, wie wir wissen, auf dem Lande von Hause aus die polnische Bevölkerung; was die Formen des Besitzes betrifft, so überwiegt der Großgrundbesitz. Zwischen diesen beiden Tatsachen besteht insofern ein Zusammenhang, als der Großgrundbesitz nicht geeignet ist, eine Änderung in dem nationalen Charakter der Landbevölkerung herbeizuführen. Daher werden sich die Bemühungen, auf dem Lande die Einwanderung einer neuen deutschen Bevölkerung zu erreichen, wesentlich darauf zu erstrecken haben, den Großgrundbesitz durch deutschen Kleinbesitz zu ersetzen.

Man hat darin eine Wiederaufnahme der Ideen des ehemaligen Oberpräsidenten v. Flottwell gesehen. Das ist insoweit richtig, als Fürst Bismarck bei der Einbringung des Ansiedlungsgesetzes im Jahre 1886 eine Wiederaufnahme dieser Ideen im Sinne hatte. Auf diesen Umstand sind aber gerade die ersten Fehler zurückzuführen, die bei der Ansiedlung gemacht worden sind. Zur Zeit der Oberpräsidentschaft Flottwells lagen die Dinge eben wesentlich anders. Damals bestand noch keine Freizügigkeit; die Landwirtschaft befand sich in günstigerer Lage; die noch lebendige Erinnerung an die Schäden der alten polnischen Wirtschaft ließ die Möglichkeit einer dauernden Gewinnung, wenn nicht sogar Germanisierung des polnischen Bauernstandes offen; der polnische Klerus hatte noch nicht seine ausgesprochene Kampfstellung gegen das Deutschtum eingenommen. Als

renitentes Element stand der preußischen Herrschaft in der Hauptsache nur der polnische Adel gegenüber. Es war also ein ganz richtiger Gedanke Flottwells, wenn er der preußischen Politik in diesen Provinzen den Vorschlag zugrunde legte, möglichst viel Großgrundbesitz durch Kauf aus polnischer Hand in deutsche zu bringen. Unter den damaligen Verhältnissen hätte die konsequente Durchführung der Gedanken des hochverdienten Staatsmannes den polnischen Bestrebungen den Lebensnerv durchschneiden können. Leider aber wurde die segensreiche Tätigkeit Flottwells durch die verkehrte, von ritterlichen Empfindungen und romantischen Ideen geleitete Polenpolitik Friedrich Wilhelms IV. früh unterbrochen, und es blieb nur die Wirkung, daß das Polentum sich besser zum Kampfe rüstete. Wie sich die Dinge nun weiter entwickelten, ist schon geschildert worden.

Als Fürst Bismarck im Jahre 1886 den Flottwellschen Gedanken eines Auskaufes des polnischen Grundbesitzes wieder aufnahm, war er über die Entwicklung der polnischen Verhältnisse augenscheinlich in einem Irrtum befangen. Er glaubte immer noch in dem polnischen Adel das treibende Element der polnischen Nationalbestrebungen zu sehen und hielt die von der Geistlichkeit fanatisierte polnische Volksmasse noch für ebenso loyal wie zu der Zeit, da er noch selbst gelegentlich mit Soldaten, Bauern und Arbeitern polnischer Nationalität zusammengekommen war. Den neu emporgekommenen, ebenso fanatischen polnischen Bürgerstand hielt er nicht für beachtenswert. Als nun die Ansiedlungskommission ihre Tätigkeit begann, konnte sie selbstverständlich zunächst nichts anderes tun, als in der Tat die Praxis Flottwells wieder aufnehmen; ihre ersten Schritte mußten daher ziemlich wirkungslos bleiben und der Kritik reichliche Angriffspunkte bieten, weil die ersten Ankäufe eben von einer falschen Grundanschauung ausgingen. Der große Staatsmann, dem wir für die richtige Erkenntnis der polnischen Gefahr so

viel verdanken, ist freilich bei seiner Auffassung geblieben; Bismarck erklärte die anfänglich geringen Erfolge der Kommission damit, daß sie seine ursprüngliche Idee nicht klar genug zum Ausdruck gebracht habe. In Wahrheit war es in diesem Falle ein Glück, daß die Ansiedlungskommission allmählich durch Praxis und Kritik immer mehr von dem anfänglichen Wege abkam und zu dem einzig wirksamen Prinzip überging, nämlich überhaupt nicht danach zu fragen, wen und wieviele Polen sie durch ihre Ankäufe von Grundbesitz aus der Provinz Posen entfernte, sondern nur dafür zu sorgen, daß geeigneter Grund und Boden in der Provinz in die Hände mittlerer und kleinerer deutscher Besitzer kam. Die Behörde hat die Erfahrung gemacht, daß bei ihrer Namengebung ein richtiger politischer Instinkt waltete, als man sie nicht Auskaufskommission, sondern Ansiedlungskommission nannte. Der Schwerpunkt liegt nicht in dem Entfernen dieses oder jenes ungeeigneten oder schädlichen Elements, sondern in dem Schaffen von etwas Neuem.

Es ist bereits bemerkt worden, daß unter den heutigen Verhältnissen der Großgrundbesitz nicht die Form ist, von der man sich eine erhebliche Einwirkung auf die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung versprechen kann. Soweit eine solche Einwirkung überhaupt stattfindet, macht sie sich mehr in slawisierendem als in germanisierendem Sinne bemerkbar. Dem liegt nicht eine böse Absicht der Großgrundbesitzer oder ein frevelhafter Egoismus zugrunde, sondern es wirken da Ursachen mit, deren Beseitigung zum großen Teil gar nicht in der Hand der Besitzer liegt. Daraus könnte vielleicht gefolgert werden, man müsse dem Großgrundbesitz im Osten überhaupt im Interesse des Deutschtums den Krieg erklären. Das würde freilich über das Ziel hinausschießen. Aber zu einer Einschränkung des Großgrundbesitzes wird man sich allerdings entschließen müssen, wenn man dem Deutschtum zu einem entscheidenden Siege verhelfen will.

Es sind nicht die üblichen parteipolitischen Gedankengänge, die zu dieser Erwägung hinführen. Gegen den Großgrundbesitz im allgemeinen und den ostelbischen im besondern herrscht ja heute in vielen Kreisen aus parteipolitischen Gründen eine starke Gegnerschaft, die sich bei einem Teil der industriellen Interessenten im Westen, sowie bei den Freisinnigen und Demokraten zu einem förmlichen Haß gesteigert hat. Die Bestrebungen des Bundes der Landwirte haben die Gegensätze noch verschärft, so daß dieser Haß nicht selten kindische Formen angenommen hat. Um so kühler wird man prüfen müssen, was etwa in dieser Gegnerschaft sachlich berechtigt ist. Wer eine Politik treiben will, die darauf bedacht ist, von allem historisch Gewordenen das Brauchbare zu erhalten, der kann natürlich in einem blinden Haß, der den Begriff „Großgrundbesitz" einfach mit „Latifundienwirtschaft" gleichsetzt, keinen geeigneten Maßstab für ein zutreffendes Urteil finden. Jedem Gewerbe, jeder Form des Besitzverhältnisses kann die Mischung von Betrieben verschiedenen Umfangs nur günstig sein. Die industriellen Betriebe haben die Neigung zum Wachsen ins Ungemessene, zur riesenhaften Kapitalansammlung; hier besteht die Gefahr, daß dadurch aufstrebende neue Kräfte, kleinere und mittlere Unternehmungen erdrückt werden. Es geht nicht an, die Erfahrungen der Industrie ohne weiteres auf den Landbesitz und den landwirtschaftlichen Betrieb zu übertragen. Die natürliche Entwicklungsfähigkeit des Bodens hat ihre Grenzen, und die Kapitalansammlung geschieht daher hier in einer wesentlich anderen Form. Aber das ist ja richtig, daß die übermäßige Ansammlung von Grundbesitz in wenigen Händen, also die richtige Latifundienwirtschaft, beinahe noch verhängnisvollere Folgen haben muß, als jede andere Kapitalansammlung. Doch ist es tendenziöse Übertreibung, um deswillen auch die Formen des Großgrundbesitzes zu verwerfen, aus denen die Land-

wirtschaft im ganzen denselben Nutzen zieht, wie jedes andere Gewerbe aus einem sachgemäß geleiteten und innerhalb der vernünftigen Grenzen des volkswirtschaftlichen Bedürfnisses gehaltenen Großbetriebe. Warum die Landwirtschaft allein, die doch auch den Forderungen der Zeit zu folgen hat, daher Maschinenbetrieb und Verknüpfung mit Nebengewerben braucht, den Großbetrieb ganz verbannen soll, ist nicht einzusehen. Gerade weil ein tüchtiger Bauernstand, ein Stand mittlerer und kleinerer Besitzer auf dem Lande erhalten bleiben soll, darf der landwirtschaftliche Betrieb nicht einseitig zur ausschließlichen Pflege dieser Betriebsstufe herabgedrückt werden. Das würde ihn in seiner sozialen Bedeutung noch mehr gegen die übermächtige Industrie zurücktreten lassen, als es ohnehin unter den gegenwärtigen Erwerbsverhältnissen geschieht. Es ist also nicht im geringsten grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Großgrundbesitz, die die Erwägungen diktiert, durch die wir schließlich doch zu der Forderung einer Einschränkung des Großgrundbesitzes in den national bedrohten Provinzen gelangen, wenn sich auch natürlich ein allgemein gültiges Schema für das räumliche Verhältnis der dem Großbesitz und dem Kleinbesitz gehörenden Bodenfläche nicht aufstellen läßt.

Weshalb aber kann der Großgrundbesitz heute nicht mehr germanisierend wirken? Zunächst ist der Großgrundbesitz gegenwärtig so sehr auf billige Arbeitskräfte angewiesen, daß er fast gezwungen ist, die von der landwirtschaftlichen Arbeit wegdrängenden deutschen Arbeiter durch die anspruchsloseren polnischen Arbeiter zu ersetzen. Er müßte sonst den Deutschen Löhne zahlen, die er wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen vermag und die seine Existenz in Frage stellen würden. Nun wird zwar freilich der Fall nicht immer so schlimm liegen. Bei etwas mehr wirtschaftlicher Tüchtigkeit und Voraussicht würde vielleicht mancher Besitzer noch ganz gut in der Lage sein, mehr für das Deutschtum zu tun.

Es bildet sich auch in diesen Fragen in bestimmten Kreisen eine communis opinio, die sich unwillkürlich nach dem Bedürfnis der Mehrheit, d. h. mehr der Mittelmäßigen als der Tüchtigsten bildet und die den bequemsten Vorteil auch für den am meisten berechtigten hält. Man spricht den lieben Nachbarn nach und tut es ihnen nach, um sich die Mühe des Nachdenkens zu ersparen, ob es wirklich nicht anders geht. Das ist menschlich. Wir müssen außerdem mit dem herkömmlichen Herrenbewußtsein des Grundbesitzers rechnen. Dieses Gefühl ist sehr natürlich; es beruht nicht, wie die politischen Gegner mit Vorliebe behaupten, auf besonderer Härte und Hochmut oder auf einem verbrecherischen Egoismus, sondern es ist ein Gefühl, das sich in allen Ständen und Kreisen überall da ausbildet, wo fremde Persönlichkeiten in den Bereich der Eigentumsrechte des Herrn treten. Das Bewußtsein des Eigentumsrechts ist nun einmal in jedem Menschen so stark entwickelt, daß nur Ausnahmenaturen es fertig bringen, das Mitbenutzungsrecht anderer Menschen an ihrem Eigentum in allen Fällen lediglich als ein Zugeständnis zu betrachten, das in irgend einer abgegrenzten Gegenleistung sein Äquivalent findet. Das Eigentumsbewußtsein drängt sich in den Vordergrund und erweckt die den meisten Menschen unwiderstehliche Neigung, in das Rechtsverhältnis noch etwas mehr hineinzulegen und aus der Mitbenutzung des Eigentums ein persönliches Abhängigkeitsverhältnis abzuleiten. Diese tyrannischen Neigungen drängen sich auch in den bescheidensten Verhältnissen in einfache Rechtsabmachungen hinein; man erinnere sich nur, wie sich nicht selten das Verhältnis von Hausherr und Mieter gestaltet. Noch mehr kommt das zur Geltung in dem Verhältnis des Ernährers einer Familie zu den Familienmitgliedern, der Herrschaft zum Gesinde, des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer. Daß gerade der Grundbesitz derartiges Herrenbewußtsein besonders hervorruft und be-

gründet, ist psychologisch sehr begreiflich. Es ist aber nicht nur den Junkern eigentümlich; vergeblich würde die Hoffnung auf Änderung sein, wenn etwa nur die alten Familien aus ihrem Besitz herausgedrängt und neue bürgerliche Besitzer an ihre Stelle gesetzt würden. Die Erfahrung lehrt vielmehr, daß neben den Großbauern die härtesten Herren diejenigen zu sein pflegen, die sich aus kleinen Verhältnissen zu Großgrundbesitzern emporgearbeitet haben. Also nicht im Sinne eines tendenziösen Vorwurfs gegen eine bestimmte Klasse von Besitzern, sondern im Sinne der Feststellung einer aus den Verhältnissen sich ganz natürlich ergebenden Erscheinung müssen wir mit dem starken Herrenbewußtsein rechnen, das den Inhabern eines größeren Besitzes eignet. Diesem Bewußtsein kommt der Pole äußerlich bereitwilliger entgegen als der Deutsche, und so ist es nicht zu verwundern, wenn der deutsche Großgrundbesitzer bei nicht sehr stark ausgeprägtem Nationalgefühl sogar geneigt ist, den unterwürfigeren Polen den Vorzug zu geben.

Dabei täuschen sich auch manche persönlich recht wackere Besitzer über die Verhältnisse und die Tragweite ihres persönlichen Einflusses. Sie glauben wirklich, daß in ihrem Machtbereich deutscher Geist herrscht und jede Gefahr ausgeschlossen ist, wenn sie selbst gute Deutsche sind. Eine sehr gefährliche Täuschung! Die Aufsässigkeit der polnischen Arbeiter gegen deutsche Inspektoren und Verwalter, ihre Unverträglichkeit gegen deutsche Mitarbeiter zeigt, daß hier unhaltbare Verhältnisse sind, gegen die auch der redlichste Wille des deutschen Besitzers machtlos ist. Nur wenige aber sind in der Lage, wirklich durchzugreifen, d. h. die polnischen Leute zu entlassen und Deutsche anzustellen. Die Regel ist, daß die deutschen Leute, durch die Polen auf Schritt und Tritt geärgert, gereizt und bedroht, überhaupt ganz und gar weggehen, und daß der Besitzer vor der Wahl steht entweder Polen zu nehmen oder aus Mangel an Arbeitern alle Arbeit liegen zu lassen.

Alles in allem werden also die größeren Gutsbezirke in der Regel warme Nester für polnische Arbeiter, während die deutschen das Feld räumen. Anders steht die Sache, wenn wir es dahin bringen können, daß der mittlere und kleine Besitz in diesen Provinzen überwiegt. Namentlich der kleine Besitzer, soweit er überhaupt Arbeiter beschäftigt, steht diesen sozial näher und hat kein Interesse daran, Fremde heranzuziehen, deren Art und Gewohnheit er viel unmittelbarer als Störung seiner häuslichen Existenz empfindet. Er wird, wo er es irgend vermag, Deutschen den Vorzug geben. Wenn nun noch dafür gesorgt wird, daß auch solche Deutsche, die nicht die Mittel haben, eigentlichen Bauernbesitz zu erwerben, wenigstens ein kleines Anwesen erhalten können, das ihnen eine behagliche und menschenwürdige Existenz sichert, während sie nebenbei auf Arbeit gehen, mit anderen Worten, wenn Deutsche als ländliche Arbeiter seßhaft gemacht werden, so wird es mit der Zeit möglich sein, auch der Masse der ländlichen Bevölkerung deutschen Charakter aufzuprägen. Wenn man aber nicht dafür sorgt, daß die Deutschen, die nach dem Osten kommen, Besitzer werden können, wenn man vielmehr diese Deutschen nur auf ihre Arbeit anweist, so wird man eine stärkere Einwanderung deutscher Elemente auf das Land niemals erreichen. Es kommt also alles darauf an, ob es gelingt, einen genügenden lebensfähigen deutschen Kleinbesitz im Osten zu schaffen.

Pessimistische Beurteiler sagen nun, es werde niemals möglich sein, diese Arbeit in genügendem Umfange zu leisten. Ihnen dauert die Sache zu lange. Indessen muß man sich vor einer sachlich nicht berechtigten Ungeduld hüten, die aus den bisherigen Erfahrungen unrichtige Schlüsse zieht. Wenn man den ganzen Zeitraum in Betracht zieht, in dem die Ansiedlungskommission gearbeitet hat, und die Zahl der angesetzten Ansiedler damit vergleicht, so erscheint das Ergebnis ungünstiger, als es beurteilt zu werden verdient.

Anfangs ist ja von der Ansiedlungskommission der Fehler gemacht worden, auf den schon hingewiesen ist, daß sie nämlich schon durch den Ankauf von Gütern das Polentum verdrängen zu können glaubte. Daher erhielten die ersten Ansiedlungen eine ungünstige Lage in rein polnischer Umgebung und konnten keine Wirkung irgendwelcher Art ausüben. Allmählich aber wurde das anders, als die Kommission erkannte, daß ihre eigentliche Aufgabe die planmäßige Besiedlung mit Deutschen sein müsse. Dazu dürften nicht mehr isolierte Ansiedlungen in polnische Gegenden verstreut werden, wo schließlich — wie Professor Delbrück einmal in einer tadelnden Kritik ausführte — 100 Deutsche umgeben von 1000 Polen sitzen. Man überzeugte sich, daß es darauf ankomme, die geschlossenen deutschen Kolonistengemeinden, die an Stelle größerer Gutsbezirke treten, auch unter sich in einen gewissen Zusammenhang zu bringen und ihnen Anlehnung zu verschaffen. Nun suchte man sie um geeignete Mittelpunkte zu gruppieren und fand damit allerdings das richtige Mittel. Es sind vornehmlich die kleinen Städte, die mit einem Kranz von deutschen Ansiedlungen umgeben werden müssen. Denn die Einwirkungen einzelner Landgemeinden aufeinander sind nicht allzu hoch anzuschlagen, wo nicht, was doch bei neuen Ansiedlungen von vornherein ausgeschlossen ist, etwa schon ein alter historischer Zusammenhang besteht. Dagegen ist die nächste Stadt der natürliche Vereinigungspunkt der umliegenden ländlichen Ortschaften. Hier ergibt sich ganz von selber eine gemeinsame Beziehung und die Möglichkeit einer Wirkung nach außen. Ist eine solche kleine Landstadt überwiegend von rein deutschen Gemeinden umgeben, so findet auch das Deutschtum in der Stadt selbst einen ganz andern Rückhalt als sonst. Es kommt deutscher Zuzug; deutsche Geschäfte können betrieben und aufrechterhalten werden, die, falls die ländliche Bevölkerung der nächsten Umgebung polnisch bleibt, einfach zuschließen müßten.

Daß auf diese Weise wirkliche Stützpunkte des Deutschtums im Lande entstehen, deren Bedeutung über die Kopfzahl der durch die Ansiedlungskommission unmittelbar ins Land gezogenen Personen weit hinausreicht, kann nicht bestritten werden. Hier sind allerdings wenige Tausende von Deutschen durch ihre wirtschaftlich starke Stellung vollkommen in der Lage, die polnische Agitation in einem bestimmten Teil des Landes so lahm zu legen, daß die einstweilige größere Kopfzahl der Polen an Bedeutung verliert und daß die Zunahme des deutschen Übergewichts nur eine Frage der Zeit ist. Gelingt das, so wird das Bestreben der polnischen Führerschaft, die einstige Verwirklichung ihrer Pläne auf deutschem Boden vorzubereiten, vollkommen aussichtslos, und mehr brauchen wir nicht und wollen es auch nicht. Für dieses Ziel liegt die außerordentliche Bedeutung des Ansiedlungswerkes klar zutage.

Auf diese Weise ist es allein möglich, für eine etwaige private Einwanderung in die östlichen Provinzen außerhalb des Rahmens der staatlichen Ansiedlungen einen Antrieb zu schaffen. Das ist von größter Wichtigkeit in einer Zeit, wo sich jeder nach Belieben seinen Wohnsitz wählen kann und diese Freiheit bisher überwiegend in dem Sinne benutzt worden ist, um das platte Land im Osten zu entvölkern. Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, daß doch vielleicht wieder die Lust erwacht, den Osten unseres Vaterlandes aufzusuchen, wenn eben die ländlichen Besitzverhältnisse dort in vortrefflicher und zeitgemäßer Weise neugestaltet werden. Die Ansiedlungen geben die einzige Gelegenheit, Versuche nach dieser Richtung hin zu ermutigen und der Gefahr vorzubeugen, daß diese neuen Kräfte planlos verzettelt werden oder gar Veranlassung finden, mißmutig wieder umzukehren und andere noch von dem gleichen Versuch abzuschrecken.

Für die Ansiedlungskommission lag die Schwierigkeit

nun darin, die Stützpunkte für das Deutschtum im Lande richtig zu verteilen. Es scheint, als ob noch lange der alte Gedanke weiter spukte, daß man die Sache durch starke Vorstöße gegen das Polentum forcieren könne. Es blieb die Neigung, die Ansiedlungsoasen möglichst in rein polnisches Gebiet zu setzen. Aber immer mehr drang die Einsicht durch, daß man mit den Gesamtdispositionen über die Kolonisation noch viel sorgfältiger und planmäßiger vorgehen muß. Im allgemeinen war man nun bestrebt, von rein deutschen Gegenden im Westen ausgehend, die Kolonien in die gemischtsprachigen Landesteile allmählich so vorzuschieben, daß die deutsche Bevölkerung in einem natürlichen Zusammenhange bleibt. Gleichzeitig sollte — wieder unter Wahrung des Zusammenhanges, etwa vom Netzedistrikt und von Schlesien her beginnend, — ein Gürtel von deutschen Grenzkolonien geschaffen werden, um dann später Verbindungslinien zwischen diesen Kolonisationssphären herzustellen. Sehr bald freilich stieß man dabei auf ernste Hindernisse.

Diese Hindernisse haben eine zum Teil sehr rücksichtslose Kritik des ganzen Werkes entfesselt. Es wurden dabei Übelstände und Mißgriffe so sehr aufgebauscht, daß die Wirkung der Kritik weit über das gerechtfertigte Maß hinausging. Mit Unrecht wurde der Glaube erweckt, als ob die ganze Arbeit töricht und vergeblich sei. Ganz so schlimm kann es schon deshalb nicht stehen, weil sonst wohl von polnischer Seite nicht so ungeheuere Anstrengungen und so erbitterte Anläufe gemacht würden, die Arbeit der Ansiedlungskommission zu hindern. Ein Teil der polnischen Schilderungen von der langsamen, aber sicheren Erdrückung des polnischen Volkes durch die Ansiedlungskommission mag ja auf berechneter Übertreibung beruhen, aber die meisten Behauptungen zeigen, daß es sich bei diesen Schilderungen nicht nur um agitatorische Zwecke handelt, sondern daß

ihnen die Erfolge der deutschen Kolonisation schwer auf der Seele lasten. Daß hin und wieder auch die entgegengesetzte Taktik eingeschlagen wird, daß einzelne Mißerfolge der Deutschen hervorgehoben, vergrößert und mit einer höhnischen Kritik des ganzen Werkes begrüßt werden, kann natürlich an der Auffassung der Lage nichts ändern und eine nüchterne Beurteilung nicht irre machen.

Wir haben schon gesehen, daß infolge einer grundsätzlich falschen Direktive es der Ansiedlungskommission von Hause aus schwer gemacht worden ist, sogleich den richtigen Weg zu finden. Daß ihr auch eine gewisse bureaukratische Schwerfälligkeit anhaftete, wird man ihr gleichfalls nicht so sehr zum Vorwurf machen dürfen, wenn man bedenkt, daß sie sich nach ihrer Stellung und Zusammensetzung nicht allzu weit von den Formen und Normen entfernen durfte, die in der preußischen Staatsverwaltung gelten. Die Kommission konnte das um so weniger, als sie eine große Verantwortung trug, politisch und finanziell heißen Boden unter den Füßen hatte und an ihre Arbeit gehen mußte, ohne sich an vorhandene Muster und Erfahrungen halten zu können. Nur ein ungerechtes Urteil kann bestreiten, daß die Ansiedlungskommission unter diesen schwierigen Verhältnissen den richtigen Weg merkwürdig schnell gefunden hat. Sie hat im ersten Jahrzehnt langsam, sehr langsam gearbeitet und manche Ansiedlung nach Grundsätzen geschaffen, die wieder fallen gelassen werden mußten. Einzelne solche Erfahrungen waren unvermeidlich, aber ernsthafte Fehlschläge sind eigentlich nicht zu verzeichnen, und im ganzen ist eine gute Grundlage gewonnen worden, auf der jetzt in beschleunigtem Tempo weitergearbeitet werden kann, besonders nachdem das Gesetz von 1902 die Mittel des Ansiedlungsfonds erheblich verstärkt hatte.

Es ist eine alte Erfahrung, daß gerade der Eifer, mit dem sich eine Behörde in die ihr zunächst zugewiesene Auf-

gabe vertieft, sehr leicht der Anlaß zu Einseitigkeiten und Fehlern wird. Bei der bisherigen Behandlung der Polenfrage, bei der man in der Regel jede einzelne Abwehrmaßregel möglichst für sich diskutierte, ist es nur zu begreiflich, daß auch die Ansiedlungskommission sich von solcher Einseitigkeit nicht ganz frei gehalten hat. In dem Wunsche, die Lage der Ansiedler recht vorteilhaft zu gestalten, hat z. B. die Kommission Einrichtungen getroffen, die als eine direkte Schädigung des deutschen Kleinbürgertums in eben den Städten wirken, für deren Deutschbleiben doch auch die Ansiedlungskommission eine gewisse Mitverantwortung trägt. Mag man zu der Frage der Zweckmäßigkeit oder Schädlichkeit von Warenhäusern, Konsumvereinen und ähnlichen Einrichtungen sonst stehen, wie man will, es ist doch kaum zu leugnen, daß im Osten noch ganz besondere Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind. Hier handelt es sich nicht um die grundsätzliche Entscheidung der Frage, ob dem Kleinkaufmann- oder Handwerkerstand zu helfen ist oder nicht, sondern es handelt sich darum, dem infolge der nationalen Energie der Polen tatsächlich gedeihenden polnischen Mittelstand unter allen Umständen einen lebensfähigen deutschen entgegenzustellen. Während nun die Polen ihre eigenen selbständigen Kaufleute und Handwerker mit allen Kräften halten, schädigt die Behörde, die doch gerade die deutsche Einwanderung fördern soll, die wenigen deutschen Gewerbsleute in den kleinen Städten ihres Bereichs dadurch, daß sie die Ansiedler nicht an sie weist, sondern deren Bedürfnisse in eigenen Betrieb nimmt. Das geschieht natürlich nicht aus böser Absicht, sondern infolge einer einseitigen Berücksichtigung der zunächst liegenden Aufgabe. Im Eifer, der ländlichen Bevölkerung frisches Blut zuzuführen, hält die Behörde alles andere für nebensächlich und glaubt der guten Sache zu dienen, wenn sie die jetzt freilich vielfach national unzuverlässige und mürbe gewordene deutsche Be-

völkerung der Kleinstädte ihrem Schicksal überläßt und zu den Toten wirft. Aber wenn auch die Tätigkeit der Ansiedlungskommission noch so sehr den Kernpunkt der ganzen Polenpolitik bildet, so darf sie doch andere wichtige Rücksichten einer nationalen Ostmarkenpolitik nicht durchkreuzen.

Fehler dieser und ähnlicher Art würden es sein, die vornehmlich von dem hier festgehaltenen Standpunkt aus zu rügen sind, daß der Zusammenhang in allen Maßregeln der Polenpolitik gewahrt bleiben muß. Was die sonstige Kritik der Ansiedlungstätigkeit betrifft, so kann man wohl das Vertrauen hegen, daß die Aufmerksamkeit, die die Staatsregierung in den letzten Jahren dieser Frage zugewendet hat, allmählich immer sicherer den rechten Weg finden wird. Der größte Übelstand lag, wie Dr. Stumpfe meines Erachtens überzeugend seinerzeit nachgewiesen hat,[1]) darin, daß die Ansiedlungskommission lange Zeit hindurch nicht für eine größere Menge von Kleinbauern und seßhaften Arbeitern sorgen konnte und nur größere Stellen schuf, die zum Teil schon wieder polnische Arbeiter beschäftigten. Seit der letzten Novelle zum Ansiedlungsgesetz ist aber Abhilfe geschaffen worden.

Welche Fehler aber auch im einzelnen gemacht worden sind, bisher hat noch keine Kritik nachweisen können, daß mit der Idee, den Osten durch innere Kolonisation für das Deutschtum wiederzugewinnen, ein falscher und nicht zum Ziel führender Weg betreten worden ist. Im großen und ganzen hat sich gezeigt, daß trotz der Verbesserungsbedürftigkeit des Verfahrens und trotz einzelner Fehlschläge auf diesem Wege unter allen Umständen weitergeschritten werden muß. Wir werden auf die wirklichen Schwierigkeiten und Hemmnisse noch zu sprechen kommen. Im allgemeinen muß

[1]) Dr. E. Stumpfe, Polenfrage und Ansiedlungskommission. Berlin, Dietrich Reimer.

vor der Überſchätzung unvermeidlicher Fehlſchläge und Mißerfolge gewarnt werden. Solche werden immer vorkommen; ſie können kein Grund ſein, vor den Polen die Waffen zu ſtrecken. Wenn ein Reeder glaubt, daß eine Havarie eines einzelnen ſeiner Schiffe ſein Geſchäft unmöglich macht, dann ſoll er freilich nicht Reeder werden, ſondern lieber ſchleunigſt ſein Geſchäft liquidieren. Auch in der Politik gibt es keinen Erfolg ohne Riſiko.

Man hat höhnend hervorgehoben, daß die Kommiſſion durch den Ankauf von Gütern verkrachter polniſcher Großgrundbeſitzer dieſen aus der Klemme geholfen und ihnen eine vorteilhafte Neugeſtaltung ihrer Verhältniſſe ermöglicht habe. Der Pole bekam das heruntergewirtſchaftete Gut vortrefflich bezahlt und konnte, wenn das Glück gut war, ſeinerſeits mit dem Gelde der Anſiedlungskommiſſion einen deutſchen Beſitzer auskaufen. Dieſe Wirkung kann aber als eigentlicher Mißerfolg nur bedingungsweiſe anerkannt werden. Sie iſt es ohne weiteres, wenn man das Ziel, wie in den erſten Jahren, darin beſchloſſen ſieht, polniſche Beſitzer auszukaufen. Dann allerdings iſt es ein merkwürdiger „Erfolg“, wenn man einem Manne, deſſen mißliche Lage man benutzt, um ihn auf legale Art zu entfernen, nur dadurch Gelegenheit gibt, an einer andern Stelle, wo wir ihn ebenſowenig zu ſehen wünſchen, in vorteilhafter und geſicherter Lage wieder aufzutauchen. Daraus folgt aber nicht, daß das ganze Vorgehen verkehrt geweſen iſt; wir müſſen nur dafür ſorgen, daß der Käufer uns an der neuen Stelle nicht unbequem wird. Die Sache verliert ihre Bedeutung, wenn dies geſchehen iſt; denn die planmäßige Beſiedlung des Landes macht ſo ſehr das Weſen und den allgemeinen Zweck des ganzen Werkes aus, daß das Schickſal des früheren Beſitzers in ſolchem Falle nur menſchlich und privatrechtlich, aber nicht mehr politiſch von Intereſſe iſt. Es liegt ſogar ein ideeller Vorteil darin, daß wir das Polen-

tum nicht mit dem brutalen Mittel der Gewalt und der individuellen Schädigung überwinden, sondern, so lange es geht, auf einem gesetzlichen Wege, der diesem Gegner alle Aussichten auf die Wahrung seines Rechts und Eigentums ungeschmälert erhält und ihm auch ruhig den Vorteil gönnt, den ein Handelsgeschäft für ihn haben kann. Praktisch wird die Sache dadurch hinfällig, daß jetzt nur noch wenige Polen an die Ansiedlungskommission verkaufen. Die wenigen Ausnahmen fürchten sich meist viel zu sehr vor dem Zorn ihrer eigenen Volksgenossen, als daß sie sich so leicht wieder in ihrer Heimat ankaufen. Ein Teil von ihnen ist nach Galizien ausgewandert, ein anderer Teil hat einen anderen Beruf ergriffen. Warum sollen wir ihnen das nicht gönnen, wenn der Boden, auf dem sie uns geschadet haben, wirklich in die Hände deutscher Bauern gelangt? Es ist eben ein falscher Standpunkt, daß wir ein besonderes Vergnügen darüber empfinden müßten, wenn es einem Polen recht schlecht geht. Von kindischem Haß ist ein vernünftiger Politiker fern. Wenn die Polen aufhören, uns mit politischen Bestrebungen zu bedrohen, die wir nicht dulden dürfen, so kann es uns sogar nur freuen, wenn es den einzelnen Polen so gut geht, wie es jeder nach dem Grade seiner moralischen und wirtschaftlichen Tüchtigkeit verdient.

Von ultramontaner Seite wurden dem Ansiedlungswerk hauptsächlich dadurch Steine in den Weg geworfen, daß es als ein Weg zur Protestantisierung des Landes bezeichnet wird. Wenn man überwiegend evangelische Ansiedler angesetzt hat, so ist der Grund darin zu suchen, daß es aus bekannten Gründen sehr viel schwerer ist, von katholischen Kolonistengemeinden polonisierende Einflüsse fern zu halten. Aber wo sich irgend Mittel und Wege ergeben, um die katholischen Kolonien vor dem Einfluß polnischer Geistlichen zu schützen, da sollte man allerdings so viel Katholiken ansetzen, wie nur irgend möglich, um

das arglistige Gerede von dem konfessionellen Zweck der Kolonisation immer mehr zum Schweigen zu bringen. Je weiter das Werk vorschreitet, um so leichter wird es sein, nach diesem Grundsatz zu handeln. Es mag vielleicht manches evangelische Herz bedrücken, aber hier muß jede konfessionelle Engherzigkeit hinter dem vaterländischen Interesse zurücktreten. Allerdings aber muß man, mit den kirchlichen Behörden selbst so weit als möglich den Weg friedlicher Verständigung innehaltend, in der Öffentlichkeit viel schärfer und entschiedener als bisher die Vertreter des politischen Katholizismus auf ihrem eigenen Grundsatz festnageln, daß die Seelsorge in die Hände von Geistlichen der eigenen Nationalität gelegt wird, daß also polnische Geistliche in den neuen Ansiedlungsgemeinden nicht geduldet werden.

Ein Streitpunkt entstand weiter durch die Frage, wie weit die Tendenz, an Stelle des Großgrundbesitzes mittleren und kleineren Besitz treten zu lassen, getrieben werden solle. Der Staatsregierung ist von verschiedenen Seiten ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß sie bei der letzten Auffüllung des Fonds der Ansiedlungskommission im Frühjahr 1902 einen besonderen Fonds von 100 Millionen für den Ankauf von Domänen und größeren Gütern bereitstellen ließ. Viele wollten also von Erhaltung und Befestigung des Großgrundbesitzes im Osten überhaupt nichts wissen. Dieser Widerspruch ist aber nur berechtigt, soweit er sich gegen die Meinung richtete, als solle damit direkt etwas für die Germanisierung dieser Provinzen getan werden. So ist die Sache freilich nicht aufzufassen; der Wert dieser Maßregel für die deutsche Einwanderung ist natürlich gleich Null. Dennoch darf aus anderen Gründen auch diese Fürsorge nicht fehlen. Wir können den ländlichen Besitzverhältnissen im Osten nicht in dem Sinne Gewalt antun, daß wir womöglich dem Großgrundbesitz gar keinen Raum lassen. Es gibt Güter in der Provinz, die sich

durchaus nicht zur Aufteilung und Besiedlung eignen. Was soll mit diesen werden? Soll man sie in polnischer Hand lassen, wo sie vielleicht gerade sehr wirksame Stützpunkte und Herde des Polentums werden? Es ist sehr richtig, daß man hier in keiner Weise schabloniſiert, sondern jeden nur irgend möglichen Weg zur Stärkung des Deutschtums und zur Verhinderung der Ausbreitung des Polentums offen hält. Und schließlich können wir nicht gerade die Provinzen, die wir noch inniger mit dem preußischen Staat verschmelzen wollen, ganz aus dem Rahmen der historischen Entwicklung des Staates herausheben. Selbst radikale Politiker werden zugeben können, daß sich in Preußen die Beziehung des Großgrundbesitzes zu Beamtenschaft und Armee, seine politische Stellung im Herrenhause und ähnliches nicht mit einem Schlage wegwischen läßt. Der Radikalismus mag das als fernes Ziel wünschen, ausführen kann er es von heute zu morgen nicht. Wir müssen also auch in den Ostmarken mit den historisch gewordenen Zuständen und Begriffen rechnen. Dann darf man dort aber nicht einen Zustand herbeiführen, in dem schließlich *das Polentum allein das aristokratische Element vertritt*. So gern wir den Osten ganz zu deutschem Bauernland machen möchten, so wollen wir doch die Sache nicht so betreiben, daß die *deutschen* großen Herren allein *den Bauern Platz machen*, während die *polnischen* großen Herren als solche *im Lande sitzen bleiben*. Das geht nicht, so lange der preußische Staat seine jetzige Verfassung und Tradition hat. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, daß auch die polnische Aristokratie im Lande selbst *ein ihr sozial gleichstehendes Gegengewicht* findet. Wir müssen auch Mittel haben, um wirtschaftlich tüchtige Leute in einer ihren sozialen Ansprüchen angemessenen Lage im Lande zu behalten. Die Stellung der Domänenpächter ist dazu vorzugsweise geeignet; es ist also ganz richtig gedacht, daß der

Staat seinen Domänenbesitz im Osten zu vermehren trachten muß. In der Provinz Posen ist das um so mehr ins Auge zu fassen, als dort ein verhältnismäßig großer Bruchteil der größeren Besitzungen in den Händen von Persönlichkeiten ist, die sie nicht selbst bewirtschaften und in der Regel auch nicht einmal bewohnen. Die Beamten dieser Güterkomplexe haben in den seltensten Fällen den politischen Einfluß, dessen sich der Pächter einer Staatsdomäne erfreut, wenn er sich einigermaßen seine Stellung angelegen sein läßt. Da es auch wünschenswert ist, daß ein Teil des zur Besiedlung nicht geeigneten Landes durch Aufforstung nutzbar gemacht wird, so zeigt es sich, daß man recht tut, die Tätigkeit der Ansiedlungskommission nach den verschiedensten Seiten hin vielseitiger und umfangreicher zu gestalten. Deshalb ist es als ein richtiger Gedanke zu bebezeichnen, daß ein besonderer Fonds bereitgestellt wird, der allen diesen Zwecken der Gewinnung des ländlichen Grundes und Bodens für deutsche Kultur dient, soweit sie außerhalb der eigentlichen Ansiedlung von Bauern und Arbeitern liegen.

Die schwerste Schädigung, die dem Werk der Ansiedlungskommission überhaupt widerfahren ist, kam merkwürdigerweise nicht von polnischer, sondern von deutscher Seite. Wenn die Sache auch glücklicherweise der Vergangenheit angehört, so muß doch die Erinnerung daran festgehalten werden, weil es in dieser nationalen Frage von Wert ist zu wissen, welcher Ungeheuerlichkeiten unser Bureaukratismus fähig ist. Niemand würde derartiges zu glauben wagen, wenn nicht die Tatsache geschichtlich feststände. Bei der Bearbeitung und Beratung des preußischen Rentengütergesetzes und der Ausführungsbestimmungen dazu war es unterlassen worden, dieser Tätigkeit in den Ostprovinzen ein nationales Fundament zu geben. So konnte die Bromberger Generalkommission etwa ein Jahrzehnt

hindurch eine Rolle spielen, die wohl in den Annalen geordneter Staatswesen schwerlich ihresgleichen hat. Weil das Rentengütergesetz nicht ausdrücklich gebot, bei der Ansetzung von Rentengutsbesitzern die Nationalität zu berücksichtigen, hielt sich die Generalkommission jahrelang für berechtigt, durch Vergebung der Rentengüter an Polen die Tätigkeit der doch ebenfalls auf Grund eines Staatsgesetzes arbeitenden Ansiedlungskommission direkt lahmzulegen und zunichte zu machen. Zur Abstellung dieser schmachvollen Zustände, die auf die Verhöhnung der einen Staatsbehörde durch die andere zum Vorteil der Polen hinausliefen, wurde geraume Zeit hindurch trotz aller Klagen der nationalen Presse kein Finger gerührt, ein merkwürdiges Zeugnis dafür, welche Unkenntnis der Verhältnisse in den Provinzen unter Umständen sogar in unserm vortrefflich verwalteten Staat bei den Zentralbehörden möglich ist. Der Gipfel dieser bureaukratischen Schildbürgerei war, daß die polnische Landbank („Bank Ziemski"), die im Jahre 1891 dem Krach nahe war, von der Bromberger Generalkommission durch Kreditgewährung wieder flott gemacht wurde. Die bureaukratische Anschauung sah in den polnischen Parzellierungsgesellschaften nur Anstalten zur Gründung von Rentengütern; gegen jede andere Erwägung stellte man sich blind und taub und wies gegenüber den Klagen der Nationalgesinnten mit hochmütiger Geringschätzung auf den Buchstaben des Gesetzes hin, der dieses der Sache nach beinah landesverräterische Treiben nicht verbot. Und nun fuhr die Generalkommission munter fort, auf ihren Rentengütern mehr Polen anzusetzen, als die Ansiedlungskommission in der gleichen Zeit Deutsche ansiedeln konnte, bis denn doch endlich diese zum Himmel schreienden Zustände, nachdem ein kaum je wieder gut zu machender Schaden angerichtet war, das Einschreiten der Zentralbehörden herbeiführten. Nun wurde endlich das Übel auf dem Verordnungswege so weit

eingeschränkt, daß die skandalöse Seite der Sache wenigstens beseitigt wurde. Die Notwendigkeit, daß die nationalen Kreise ihr Auge auf die Sache haben und stets gegen bureaukratischen Unverstand auf dem Posten sind, bleibt bestehen.

Es haben sich aber gegen die Durchführung des Ansiedlungswerks wirkliche Schwierigkeiten erhoben, die sehr ernst zu nehmen sind, und mit diesen werden wir uns jetzt zu beschäftigen haben.

Kapitel 17.

Die Probleme der ferneren Ansiedlungspolitik.

Über die Bedeutung der Ansiedlungspolitik und die Notwendigkeit ihrer Durchführung kann kein Zweifel bestehen. Aber es versteht sich von selbst, daß die Polen das Schicksal des Ausgekauftwerdens nicht widerstandslos über sich ergehen lassen. Da sie als gleichberechtigte preußische Staatsbürger unter dem Schutz der Gesetze stehen, so wird es ihnen bei ihrer nationalen Disziplin leicht, sich den Wirkungen der deutschen Besiedlungsbestrebungen zu entziehen und so die Tätigkeit der Ansiedlungskommission lahm zu legen. Daher stößt die Fortführung dieser Tätigkeit auf starke Hindernisse, die unbedingt überwunden werden müssen.

Diese Hindernisse bestehen darin, daß die Bodenpreise in den Ostmarken in einer unerhörten Weise gesteigert werden, und daß ferner die Polen die Freiheit haben, die Pläne der Ansiedlungskommission dadurch zu durchkreuzen, daß sie geeignete Bodenkomplexe, die die Kommission braucht, vorher an sich bringen und festhalten. Wir müssen uns diese Übelstände etwas näher ansehen.

Schon ehe die außerordentliche Steigerung der Bodenpreise eintrat, erklärten viele Gegner der Polenpolitik, die

Ansiedlung sei viel zu teuer. Zum Teil wurde bei diesem Vorwurf nicht ganz ehrlich verfahren. Absichtlich wählte man die Ausdrücke so zweideutig, daß der flüchtige, unkundige oder urteilslose Leser denken mußte, die der Ansiedlungskommission zur Verfügung gestellten Summen seien wirkliche Ausgaben des Staates in der angegebenen Höhe. Bekanntlich wurden im Jahre 1886 zuerst 100 Millionen bewilligt, im Jahre 1898 wiederum 100 Millionen und endlich 1902 weitere 150 Millionen. Daß diese 350 Millionen nicht Staatsaufwendungen sind, wird von der Opposition nach Möglichkeit verschleiert. In Wahrheit verliert der preußische Staat von dieser Summe nur einen Teil der Zinsen. Der Verlust ist ungefähr auf $^1/_2$ bis höchstens 1 v. H. jährlich berechnet worden, beträgt also jährlich allerhöchstens $3^1/_2$ Millionen. Das scheint ja nun freilich eine gewaltige Summe zu sein, die dem biederen Steuerzahler, der das gelegentlich in der Zeitung liest, ein starkes Gruseln verursachen muß. Nun sehe man sich aber die Sache einmal von der andern Seite an. Was würde wohl geschehen, wenn diese Summe, — die ja übrigens in Wirklichkeit nicht ganz diese Höhe erreicht, — gespart, d. h. ein Versuch, dem Deutschtum im Osten neue Stützpunkte zu verschaffen, nicht gemacht würde? Das stetig vordringende Polentum gefährdet nicht nur die Ostgrenze und einen Teil des Staatsgebiets, sondern damit auch zugleich einen Teil des Nationalvermögens. Wäre durch irgend eine Naturgewalt ein Grenzland, auf das unser Volk lange Zeit hindurch Mühe und Arbeit verwendet und das es zu Wohlstand gebracht hat, bedroht und gelte es einen nur einigermaßen aussichtsreichen Versuch, diesen Bruchteil nationalen Kapitals zu retten, so würde ein Aufwand vieler Millionen als etwas ganz Selbstverständliches gelten. Die Summe, die wir vorläufig jährlich opfern müssen, um unsere Ostprovinzen gegen eine drohende Gefahr zu verteidigen, ist verschwindend gegen

den Verlust, mit dem uns diese Gefahr bedroht. Wir müssen daher diesen Aufwand unter demselben Gesichtspunkt betrachten, wie die Summe, die wir alljährlich für die Landesverteidigung ausgeben. Was würde z. B. eine Erhöhung des Heeresbudgets um 5 Millionen oder auch mehr sagen, wenn nachgewiesen würde, daß diese Summe für die Landesverteidigung notwendig ist? Nun gut! hier handelt es sich auch um eine Landesverteidigung! Kann und will ein Staat wie Preußen ein solches Opfer nicht bringen, wo es sich um den Besitz blühender Provinzen handelt, in denen deutsche Ehre und deutsches Kapital engagiert ist, so verdiente er nicht zu existieren. Diese Ausgaben können also nicht gemeint sein, wenn man die Ansiedlungspolitik für den preußischen Staat zu teuer findet.

Dagegen hat sich die Steigerung der Bodenpreise zu einer Kalamität entwickelt, die das Deutschtum auf das schwerste gefährdet. Hier liegt die Frage nahe: Warum nur das Deutschtum? Warum nicht auch das Polentum, das doch, wenn es das Bestreben hat, zu kaufen, seinerseits unter den unnatürlich hohen Bodenpreisen ebenso leidet wie das Deutschtum? Die Antwort ist einfach. Die Polen erleiden allerdings dieselben finanziellen Nachteile wie die Deutschen, aber sie betrachten diese Verluste als Kriegskosten, als Opfer, die notwendig gebracht werden müssen, wenn die nationale Freiheit und Selbständigkeit errungen werden soll, während die Deutschen schon schreien, wenn ihnen ein Kapital nicht voll verzinst wird. Unter solchen Verhältnissen versuchen es die Polen mit souveräner Gleichgültigkeit gegen alle wirtschaftlichen Grundsätze, bei jeder Erwerbung von Grundbesitz die etwa vorhandenen, kauflustigen deutschen Mitbewerber unter allen Umständen zu überbieten. Dadurch werden die Preise für Grund und Boden natürlich in ungemessener Weise in die Höhe getrieben.

Es fragt sich: Wie ist das möglich? Die Gesetze der

Preisbildung beruhen doch nicht auf willkürlicher Übereinkunft, sondern auf inneren Notwendigkeiten. Werden Preise gezahlt, die dem wirklichen Wert durchaus nicht entsprechen, so wird eine angemessene Verzinsung der angelegten Kapitalien unmöglich. Die Güterpreise können also nur künstlich auf der Höhe gehalten werden, wenn ein beständiger ungeheurer Zufluß von Barmitteln stattfindet. Und so ist es auch wirklich. Die Opferwilligkeit der Polen ist beispiellos. Zu Anfang des Jahres 1906 brachte eine polnische Zeitung eine interessante Zusammenstellung. „Es lohnt sich zu erinnern", — so hieß es in dem Artikel — „welche kolossalen Summen die polnische Volksgesamtheit unter der preußischen Herrschaft alljährlich sammelt, zwecks Bildung der künftigen Generationen, zu wohltätigen Zwecken und für politische Angelegenheiten. Für Volksbibliotheken werden heute 12000 bis 15000 Mk. aufgewandt, für den Marcinkowski-Verein sammelt das Großherzogtum jährlich gegen 30000 Mk., Westpreußen gegen 10000 Mk.; zum Zweck einer gleichen Unterstützung für Mädchen einige Tausend, der „Stella"-Verein für Ferienkolonien in Posen wird jährlich durch einige tausend Mark unterstützt; ebenso unterhalten wir in Posen das St. Josefs-Krankenhaus für kleine Kinder durch unsere Opferwilligkeit, und die verschiedenen Konferenzen des St. Vincent a Paula verteilen Zehntausende Mark unter das arme katholisch-polnische Volk auf dem ganzen Gebiet des Großherzogtums Posen. Für das polnische Theater in Posen hat die polnische Volksgesamtheit fast eine Million Mark gespendet, von welchen sie keine Prozente empfängt und auch keine zu nehmen gedenkt. Das Gewerbehaus in Posen entstand dank der Opferwilligkeit einiger hundert Menschen, welche eine Summe von 225000 Mk. zusammengebracht haben und ebenfalls keine Dividende zu empfangen wünschen, solange bis sie einen Fonds gesammelt haben werden, durch

den das Bestehen dieser Institution gesichert sein wird. In den Kreisen der Posener Vereine befinden sich gegen 100000 Mk., die gegenwärtig untätig in der Bank liegen. Auch das Vermögen der Sokol-Vereine ist dank der Opferwilligkeit seiner Mitglieder entstanden. Die polnischen Häuser in Schlesien, Berlin, Bottrop, Graudenz, diese Keime künftiger Festungen des Polentums, haben auch keine anderen Fonds als solche, welche aus der Opferwilligkeit herstammen." Stolz bemerkt das Blatt dazu: „Wo man hinsieht, da sieht man Früchte der Vorkehrungen, man sieht Sorge tragen um unsere Zukunft, dort legen wir die Fundamente für das Gebäude der Selbsttätigkeit und Abgesondertheit des polnischen Elements."

Woher kommen nun aber diese Gelder? Mancherlei kommt dabei in Betracht. Erstens muß man bei uns mit dem Vorurteil aufräumen, das sich an den alten Begriff der „polnischen Wirtschaft" knüpft. Mag auch äußerlich im polnischen Haushalt noch vieles diesem Begriff entsprechen, tatsächlich sind die Polen doch heutzutage gut rechnende Finanzleute und tüchtige Wirtschafter geworden, die etwas zu erübrigen verstehen. Zweitens denke man an den nationalen Zusammenhalt der Polen. Hinter den Posener Polen steht auch Russisch-Polen und Galizien, Länder, in denen noch große, von Jahrhunderten her angesammelte Nationalreichtümer stecken, die für die gemeinsame polnische Sache zur Verfügung stehen, während es bei uns kaum zu erreichen ist, daß selbst die benachbarten Provinzen erkennen, was auch für sie im Osten auf dem Spiele steht. Drittens werden durch ein sehr geschicktes System die Mittel der nationalen Vereine und der kleinen Sparer für die Ansiedlung nutzbar gemacht. Die polnischen Arbeiter, die nach dem Westen gehen, verdienen dort viel Geld. Während aber ihre deutschen Genossen, soweit sie das Geld überhaupt sparen, in der neuen Heimat bleiben und das Erworbene

dort auf diese oder jene Art verwenden, ziehen die Polen mit sehr bedeutenden Ersparnissen über kurz oder lang in ihre Heimat zurück. Hier spielen nun die nationalen Vereine unter sehr eifriger und nachdrücklicher Beihilfe der Geistlichkeit die Rolle der Vermittlungsstellen, die dafür sorgen, daß alle diese Gelder der kleinen Leute in einer Weise zur Verwendung kommen, die zum Teil vielleicht auch den privaten Interessen dieser Leute, vor allem aber der nationalen Sache dient. Dadurch werden die Parzellierungsgenossenschaften in die Lage versetzt, stets ein genügendes Angebot von kleinen Ansiedlern zu haben, die innerhalb ausreichender Grenzen zahlungsfähig sind und ein vorzügliches Truppenmaterial in dem Feldzuge gegen die deutsche Kolonisation bilden. Die Summen, die alljährlich der polnischen Kolonisation auf diesem Wege zufließen, zählen nach Millionen. Noch ein Viertes würde wenigstens zu erwähnen sein. Es scheint, als ob außer den erwähnten Geldmitteln den Polen noch besondere umfangreiche Zuwendungen zufließen. Persönlichkeiten, die den Zusammenhang der Dinge gut zu überschauen vermögen, sind stets der Überzeugung gewesen, daß die katholische Kirche die Quelle dieser Zuwendungen ist. Obwohl das möglich und sogar wahrscheinlich ist, weil verschiedene Zeichen darauf hindeuten, so wird man doch nicht viel mit dieser Annahme anfangen können, weil ein bestimmter Nachweis dafür höchstens durch einen Zufall erbracht werden könnte. Erwähnt muß aber die Sache wenigstens werden.

Wenn nun die polnische Agitation über so ungeheure Geldmittel verfügt, wenn sie es gleichzeitig versteht, die Opferbereitschaft der kleinen Sparer, die eine außerordentliche persönliche Genügsamkeit mit fanatischer Hingabe an die nationale Sache vereinen, auf das äußerste anzuregen und auszunutzen, und wenn endlich die Geistlichkeit ihre ganze Macht über die Gewissen daransetzt, um diese Opfer

als ein Gott wohlgefälliges Werk hinzustellen, dann ist es zu verstehen, daß die gewöhnlichen wirtschaftlichen Rücksichten bei der Verwendung der zu nationalen Zwecken bestimmten Gelder bei den Polen keine Rolle spielen. Das spricht sich darin aus, daß sie bei Käufen von Grundbesitz jedes deutsche Angebot rücksichtslos zu überbieten suchen, auch dann, wenn ein Angebot in solcher Höhe nach gesunden kaufmännischen Grundsätzen als reiner Wahnsinn erscheinen muß. Natürlich führt ein solches Verfahren nicht immer zum Ziel, aber leider gibt es unter den deutschen Grundbesitzern noch immer eine so große Zahl von Leuten, die für die nationalen Gesichtspunkte keinen Sinn haben, daß leider genug deutscher Besitz in polnische Hände übergeht. Und wenn so bedeutende Preise überhaupt gezahlt werden, so ist ein unnatürliches Steigen der Bodenpreise unvermeidlich.

Wie diesem Übelstand, der zu einem schweren volkswirtschaftlichen Schaden führt, zu steuern ist, muß der Gegenstand der ernstesten Erwägungen sein. In Verbindung damit steht der zweite Mißstand, der hier erwähnt worden ist. Da die Polen durch die skrupellose Art, mit der sie den Grund und Boden weit über den Wert bezahlen, sich — zumal bei der noch weit verbreiteten deutschen Charakterlosigkeit in politischen Dingen — einen gewissen Vorsprung im Güterhandel gesichert haben, so sind sie in der Lage, die Pläne der Ansiedlungskommission direkt zu durchkreuzen. Sie erwerben ihren Grundbesitz möglichst an den Stellen, wo es für die Pläne der Ansiedlungskommission recht unbequem ist; sie stützen polnische Besitzer in ihrer Existenz vor allem da, wo diese den Zusammenhang der deutschen Bevölkerung unterbrechen können. Sie umgeben die deutschen Kolonien mit einem Kranz polnischer Besitzungen, die wirtschaftlich möglichst befestigt werden, und schieben sich zwischen die Linien, mit deren Hilfe die Ansiedlungskommission Bresche in das Polentum zu legen sucht. Um diesen

Übelständen wirksam zu begegnen, ist die Ansiedlungskommission ausschließlich auf ihre eigene Umsicht und die genaue Kenntnis aller Aussichten und Erfordernisse der Lage angewiesen. Es ist daher begreiflich, daß die Frage erörtert werden muß, wie man der Kommission vielleicht noch gesetzliche Mittel an die Hand geben kann, um ihr die Verhinderung und Durchkreuzung der polnischen Besiedlungstätigkeit zu erleichtern. Die letzte Novelle zum Ansiedlungsgesetz hat die Aufgaben und Befugnisse der Kommission schon erheblich erweitert. Sie muß auch volle Freiheit haben, Güter in jeder Größe und Lage zu erwerben. Das ist um so notwendiger, als die Polen in der innern Kolonisation überaus tätig sind. Schon sehr bald nachdem die Ansiedlungskommission in Wirksamkeit getreten war, wurde (1888) die „Bank Ziemski“ (Landbank) gegründet, um der Ansiedlungskommission entgegenzuwirken. Man hatte wohl anfangs im polnischen Lager den Wert dieser Arbeit noch nicht genügend begriffen, denn die Bank geriet schon nach wenigen Jahren aus Mangel an Mitteln in eine gefährliche Krisis, aus der sie von der Bromberger Generalkommission, also mit deutscher Hilfe gerettet wurde. Seit dieser Zeit hat das Geschäft der polnischen Landbank einen großen Aufschwung genommen. Sie arbeitet mit kleineren Parzellierungsgenossenschaften, und neben ihr sind Unternehmungen gleicher Art entstanden (die „Bank parcelacyjny“ und die „Spółka rolników parcelacyjna“). Die Beobachtung der Fortschritte der Ansiedlungskommission, die man dort an Ort und Stelle richtiger würdigte, als es in kritikfustigen deutschen Zeitungen geschieht, außerdem die eifrige Tätigkeit einiger Polen, die die Bedeutung der Sache voll erkannt hatten — in erster Linie ist hier der Pfarrer Wawrzyniak zu nennen —, erweckte das Interesse der national gesinnten Polen für diese neue „Rettungstätigkeit“ an ihrem Volk, die seitdem in stetiger Arbeit weiter ausgebaut worden ist.

Wie kann man nun dieſer Tätigkeit, die ſich durchaus auf geſetzlichem Boden bewegt, entgegentreten? Die Frage iſt viele Jahre von ſachverſtändiger Seite hin und her erwogen worden, zuerſt natürlich, wie es deutſcher Gerechtigkeit entſpricht, auf der Grundlage der Verwerfung aller Ausnahmegeſetze und der vollen Gleichberechtigung unſerer Mitbürger polniſcher Nationalität. Man hat ſich aber in den letzten Jahren überzeugen müſſen, daß es ganz unmöglich iſt, dieſen Standpunkt ſtreng feſtzuhalten, wenn man nicht auf Erfolge der deutſchen Koloniſationsarbeit verzichten will. Polniſcher Grundbeſitz wird kaum noch veräußert, weil die Beſitzer, die ſonſt wohl zum Verkauf geneigt ſein könnten, den Boykott und die Rache ihrer Volksgenoſſen fürchten. Zum mindeſten verfallen ſie einer geſellſchaftlichen Ächtung, die ſie ſchwer ertragen. Dagegen häufen ſich die Fälle, in denen deutſche Beſitzer ihre Güter an Polen verkaufen. Dieſe traurige Erſcheinung ſteht in merkwürdigem Widerſpruch mit der ſonſt feſtzuſtellenden Erſtarkung des deutſchen Pflichtbewußtſeins. Wie erklärt ſich dieſer Widerſpruch? Die Frage iſt ſchwer zu beantworten, aber drei Momente ſcheinen dabei doch erwähnenswert zu ſein. Das erſte iſt darin zu ſuchen, daß die Landwirte in den Oſtmarken gerade in der Zeit, als ſich der Zuſammenſchluß der Deutſchen in der Organiſation des Oſtmarkenvereins zu vollziehen begann, einen rückſichtsloſen Kampf für die beſonderen Intereſſen ihres Gewerbes führten. Der Bund der Landwirte trat mehrfach in ſcharfen Gegenſatz zu dem Oſtmarkenverein, und perſönliche Verhältniſſe halfen dieſen Gegenſatz noch weiter verſchärfen. Der Mann, der an der Spitze des Poſener Provinzialverbandes des Bundes der Landwirte ſtand, Major Endell, hatte ſich um ſeine Berufsgenoſſen große Verdienſte und ihr beſonderes Vertrauen erworben; um ſo gefährlicher mußte es werden, daß er ſeiner ganzen Natur nach geeignet war, alle Leute, die nicht auf

seinem extremen politischen und wirtschaftlichen Standpunkte standen, auf das schroffste abzustoßen. Der slawischen Art innerlich wesensverwandt, ein typischer Vertreter jener Spezies des Deutschtums, die an der nationalen und sozialen Zerklüftung im Osten die Hauptschuld trägt und allen aus dem Westen kommenden Elementen dort das Leben so unerträglich macht, folgte er stets der Neigung, die Berufsinteressen den nationalen voranzustellen. Die Folge war, daß gerade in einer Zeit, in der es die Aufgabe der deutschen Landwirte gewesen wäre, sich ganz besonders auf den nationalen Kampf zu rüsten, in vielen agrarischen Kreisen die nationalen Gesichtspunkte nicht voll zu ihrem Rechte kamen. Es hat auch an rechtzeitiger, geschickter Vermittlung von seiten der Regierung gefehlt. Der Bund der Landwirte hat es gewiß nicht gewollt, daß durch seine Politik dem Polentum Vorschub geleistet wurde, aber er hat es mitverschuldet, daß das Polentum, als es im Kampf um den Grund und Boden zur Offensive überging, bei vielen deutschen Landwirten so wenig Widerstandskraft fand. Die Verkäufe deutscher Güter an Polen sind eine tief beschämende Erscheinung. Als der Kaiser im Herbst 1905 die Deutschen in der Provinz Posen eindringlich ermahnt hatte, ihrer Fahne treu zu bleiben, war die Antwort eine noch vermehrte Zahl dieser traurigen Fälle. Voll Entrüstung schrieb um jene Zeit das Posener Tageblatt:

„Deutsche Männer der besten Gesellschaftskreise scheuen sich nicht, vor Gott und der Welt, Worte ihres Königs — sagen wir es rund heraus — zu prostituieren und ihr Volk in seinem Besitzstande dauernd zu schädigen. Edelleute, Offiziere und Beamte in und außer Diensten treten angesichts des Feindes deutschen Grund und Boden an den Gegner ab, schädigen mit vollem Bewußtsein ihr eigenes Volkstum und unterstützen die polnischen Bestrebungen auf Vernichtung des Deutschtums. Es ist für uns ganz selbstverständlich, daß Persönlichkeiten, die ein so gering ent-

wickeltes nationales Bewußtſein haben, aus allen öffentlichen Ämtern entfernt werden müſſen, daß die Herren, die ſonſt ſo ſtolz ſind auf die Uniform, den Rock des Königs, deſſen Willen und Geſinnungen ſie bloßſtellen, abzulegen haben! Wer offen Volksverrat betreibt, dem gebührt keine Uniform, weder ein Soldaten- noch ein Beamtenrock. Und um dem Vorwurfe von freiſinniger Seite, „das ſeien ja alles Leute der beſten, der konſervativen Geſellſchaftskreiſe“ ein für allemal zu begegnen, ſei es hier von uns zum hundertſten Male ausgeſprochen und betont, es muß ſelbſtverſtändlich ganz unmöglich ſein, daß Männer, die ſich in ſolcher Weiſe an der Ehre der Nation vergangen haben, jemals wieder in guter deutſcher Geſellſchaft verkehren können. Das Gefühl der Gemeinbürgſchaft muß ſo ſtark ſein, daß es kein Deutſcher wagen darf, ſich gegen die Intereſſen und die Ehre der Geſamtheit zu vergehen, ohne dauernd aus der Volksgemeinſchaft ausgeſchaltet zu werden. Die Polen handeln längſt nach dieſem Grundſatze und verdanken ihm zum großen Teile ihre ausgezeichneten Erfolge.“

Das iſt ſehr zutreffend, aber es führt uns auch zu dem zweiten der Momente, die wir erwähnen wollten. Hier zeigen ſich die Folgen der eigentümlichen ſozialen Verhältniſſe, die unſerm Oſten eigentümlich ſind. Wenn geſellſchaftlicher Verkehr immer nur ſo weit ſtattfindet, als ihn die Gleichheit der äußern Lage und eine gewiſſe Uniformität der Denkweiſe veranlaßt, dann werden ſolche nationalen Entgleiſungen immer milde Richter finden. Es kann hier auf das verwieſen werden, was an anderer Stelle über den Kaſtengeiſt im Oſten geſagt worden iſt. Erſt wenn der beſeitigt iſt, wird man an die geſellſchaftliche Ächtung der an der nationalen Sache Abtrünnigen denken können.

Endlich ein drittes Moment, und das ſcheint mir der Beachtung beſonders wert. Die Verkäufe deutſchen Grundbeſitzes geſchehen am häufigſten in den Fällen, wo der Be-

sitzer oder Verwalter sich gegenüber den ihm gebotenen materiellen Vorteilen in seiner Entscheidung nicht frei fühlt. Was als rücksichtslose, jeder Ideale bare Gewinnsucht erscheinen muß, wenn ein Besitzer dem höheren Angebot des Polen den Vorzug gibt, das wird eine Forderung der Pflicht, wenn die Persönlichkeit, die über den Verkauf entscheidet, fremde Rechte wahrzunehmen hat, sei es als Vormund, sei es als sonstiger Verwalter besonderer materieller Ansprüche oder unter Umständen auch als Familienvater. Der Pole setzt sich nach der seiner Art geläufigen, unter seinesgleichen allgemein gebilligten Moral über solche Rücksichten einfach hinweg, und wenn er noch Skrupel hat, so nimmt sie ihm sein Beichtvater ohne Schwierigkeiten ab. Der Deutsche aber weiß in der gleichen Lage, daß er bei der Mehrheit seiner Landsleute Verständnis findet, wenn er lieber für einen schlechten Deutschen als für einen wenig sorgsamen Verwalter fremden Guts gelten will.

Bei solcher Lage der Dinge gibt es nur eine Möglichkeit, durch die der Übergang deutschen Besitzes in polnische Hand verhindert werden kann, nämlich die Herstellung eines gesetzlichen Hindernisses, das den Elementen, die für nationale Gesichtspunkte kein Verständnis haben, das Handwerk legt und den ehrenwerten Leuten, die als Vormünder oder verantwortliche Verwalter aus Gewissensgründen die nationalen Rücksichten nicht beachten zu dürfen glauben, die Verantwortung abnimmt.

Um das zu erreichen, hat man zunächst an ein Radikalmittel gedacht, nämlich den Polen durch ein Gesetz die Neuerwerbung von Grundbesitz zu verbieten. Diese Maßregel würde den ausgesprochenen Charakter eines Ausnahmegesetzes haben. Aber selbst wenn man geneigt ist, alle grundsätzlichen Einwände gegen Ausnahmegesetze fallen zu lassen, so darf man doch eins nicht außer acht lassen, daß nämlich solche Gesetze nur da wirksam sein können, wo klar erkenn-

bare Merkmale gegeben ſind, wer unter einem ſolchen Geſetz ſtehen ſoll und wer nicht. Es iſt ſchon früher auf die Schwierigkeit verwieſen worden, wie man die Zugehörigkeit zu den Polen erkennen und nachweiſen will. Der Name genügt nicht als Kennzeichen; das beweiſen verſchiedene bekannte Adelsgeſchlechter. Wir brauchen nur die Namen v. Kalckſtein und v. Dziembowski zu nennen; beide Geſchlechter zählen Deutſche und Polen in ihren Reihen. Wer will es verhindern, daß ein Pole mit deutſchem Namen heute unter Berufung auf die Nationalität ſeiner Vorfahren ſich für einen Deutſchen erklärt, Grundbeſitz erwirbt und dann anfängt, ſich an der polniſchen Propaganda zu beteiligen? Man ſoll aber keine Geſetze geben, deren Unwirkſamkeit, wie dieſes einfache Beiſpiel zeigt, von vornherein feſtſteht.

Ausnahmegeſetze ſind ohnehin dem deutſchen Volksgeiſt zuwider, und der erwähnte Vorſchlag würde in ſolcher Form nur Zwietracht in das deutſche Lager tragen. Er würde in dieſer Faſſung auch die Möglichkeit ausſchließen, daß ein Pole doch noch den Weg zu loyaler Betätigung als preußiſcher Staatsbürger zurückfindet. Erſt dann würde er ein Recht zu der Klage haben, daß man ihn endgültig zu einem Staatsbürger zweiter Klaſſe ſtempele. Und man mag in der Praxis noch ſo ſehr überzeugt ſein, daß es heute kaum noch Polen gibt, die ſich von ihrem nationalen Intereſſe völlig losſagen, wo es das preußiſche Staatsintereſſe erfordert —: in der Geſetzgebung muß doch den Polen der Weg zur preußiſchen Staatsgeſinnung offen gehalten werden.

Aus dieſem Dilemma bietet ſich nur ein Ausweg. Er ergibt ſich aus folgender Erwägung. Da das Staatsintereſſe fordert, daß wir den Grund und Boden in der Oſtmark möglichſt in deutſche Hand bringen, ſo hat der Staat hierzu in dem Anſiedlungsgeſetz eine Handhabe geſchaffen, die den Erwerb polniſchen Beſitzes durch ein rechtlich einwandfreies

Mittel, nämlich durch Kauf, ermöglicht. Der Staat zwingt die Besitzer nicht zum Verkauf, er greift nicht in ihre Rechte ein, er sorgt nur dafür, daß diese Geschäfte im Interesse des Deutschtums gemacht werden, und erleichtert sie dadurch, daß er einen Teil der Kosten übernimmt und seinen Kredit der Sache zur Verfügung stellt. Bei so maßvollem Gebrauch seiner Rechte hat er aber auch dafür zu sorgen, daß die Absichten eines ordnungsmäßig zustande gekommenen Gesetzes nicht durch andere, und noch dazu staatsfeindliche, Interessen durchkreuzt werden. In Wirklichkeit suchen aber die Polen das Gesetz unwirksam zu machen, und sie können das, weil sie von den gesetzlichen Rücksichten und Hemmungen frei sind, die sich aus dem Gebundensein an ein Staatsgesetz ergeben. Es ist unmöglich, die Maßregeln, die als wirksame Gegenzüge gegen die Schachzüge der polnischen Führer dienen könnten, in allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zu formulieren. Eine sachgemäße Sicherung der Durchführung des Ansiedlungsgesetzes ist nur durch Entscheidungen von Fall zu Fall möglich. Diese können aber nicht durch den Buchstaben eines alle diese Fälle vorsehenden Gesetzes getroffen werden, und darum bleibt nur übrig, daß die Verwaltungsorgane durch Gesetz gewisse besondere Befugnisse erhalten, die ihnen ermöglichen, die Absichten des Ansiedlungsgesetzes zu verwirklichen.

Der moderne Staatsbürger hegt eine große Abneigung gegen die Erteilung solcher Vollmachten an die Organe der ausführenden Gewalt. Darum wird dieser Vorschlag im Landtage zunächst auf starken Widerspruch stoßen. Trotzdem würde die Regierung gut tun, sich durch derartige Schwierigkeiten nicht abschrecken zu lassen. Denn es gibt schwerlich einen andern Ausweg. Jede gesetzliche Bestimmung ist zu umgehen, weil sie nur die Situationen trifft, die durch den Wortlaut eines Paragraphen und die darin vorkommenden Begriffe zweifellos festgelegt sind. Aber der

mit genügenden Vollmachten verſehene Verwaltungsbeamte, z. B. der Regierungspräſident, weiß genau, wie die Sache liegt und was er tun muß, um im beſtimmten Fall zu verhindern, daß durch ein polniſches Manöver die Arbeit der Anſiedlungskommiſſion lahm gelegt wird. Er weiß und kann ermitteln, ob jemand, mag er nun einen deutſchen oder polniſchen Namen führen, ſich als Pole fühlt und an den polniſchen Beſtrebungen Anteil hat. Die ſcheinbare Willkür einer adminiſtrativen Befugnis dient in dieſem Falle gerade der Gerechtigkeit. Sie verhindert, daß die notwendige Maßregel den Charakter eines wirklichen Ausnahmegeſetzes erhält und den Polen trifft, weil er Pole iſt. Sie trifft ihn nur dann, wenn ſeine Handlungen erkennen laſſen, daß er die Wirkſamkeit eines im Staatsintereſſe gegebenen Staatsgeſetzes durchkreuzen will. Und ſie macht die Entſcheidung, ob ein Staatsbürger zu den Deutſchen oder Polen zu rechnen iſt, nicht von mechaniſchen und äußerlichen Momenten, wie Namensform u. dgl., abhängig, woraus Ungerechtigkeiten und Täuſchungen entſtehen müſſen. Die Befugniſſe der Verwaltung können ja überdies durch geſetzliche Garantien gegen Mißbrauch geſchützt werden. Man wird natürlich trotzdem gegen die „Ausnahmegeſetzgebung“ ſchreien, aber wenn der Staat einmal erkannt hat, daß er die Polen in ihren feindlichen Beſtrebungen nicht gewähren laſſen kann, ſo kann er ſich daran nicht kehren, ſondern muß allen ſtaatstreuen Elementen mutig klar zu machen ſuchen, daß ein Ausnahmegeſetz erſt dann vorliegen würde, wenn die Polen unabhängig von ihrem Tun, lediglich als ein durch die Nationalität gekennzeichneter Bruchteil der preußiſchen Staatsbürger, unter ein beſonderes Geſetz geſtellt würden. Davon iſt aber gar nicht die Rede; nur wer durch beſtimmte Handlungen dem Geſetz entgegenarbeitet, ſoll daran gehindert werden.

Nun bleibt immer noch die ſchwierige Frage, welcher

Art die Befugnisse sein sollen, die den Verwaltungsorganen — es kommen hier insbesondere die Regierungspräsidenten in Betracht — in den Ostmarken gegeben werden sollen.

Man hat hier zunächst von einer Erweiterung des Enteignungsgesetzes gesprochen. Der Ansiedlungskommission soll die Möglichkeit gegeben werden, sich auf dem Wege der Enteignung in den Besitz der Grundstücke zu setzen, die sie für die Zwecke der Ansiedlung braucht, die ihr aber durch die Weigerung der Besitzer vorenthalten werden. Dieser Vorschlag hat viele Feinde gefunden. Aber an seiner rechtlichen Möglichkeit ist nicht zu zweifeln. Als Fürst Bismarck am 28. Januar 1886 den ersten Entwurf des Ansiedlungsgesetzes zu verteidigen hatte, bemerkte er auf den Vorwurf, daß dieses Gesetz die „Expropriation" bedeute, folgendes:

„Das klingt ungeheuerlich, aber wenn wir für eine Eisenbahn expropriieren und die Häuslichkeit stören, Häuser und Kirchhöfe durchbrechen, lediglich zur Bequemlichkeit der Eisenbahngesellschaft, wenn wir expropriieren, um eine Festung zu bauen, um eine Straße in der Stadt durchzuschlagen, wenn wir ganze Stadtviertel expropriieren wie in Hamburg, um einen Hafen zu bauen, Häuser, die seit Jahrhunderten stehen, abbrechen: warum soll denn nicht unter Umständen ein Staat, um seine Sicherheit für die Zukunft zu erkaufen und die Unruhe los zu werden, — ist die Sicherheit nicht ein höherer Zweck als der Verkehr? ist die Sicherheit für die Gesamtheit nicht ein höherer Zweck wie die Befestigung eines einzelnen festen Platzes? — warum soll dann nicht ein Staat unter Umständen zu diesem Mittel schreiten? Es wird ja keine Ungerechtigkeit verlangt, es soll nach dem vollen Wert bezahlt werden, und die Herren würden vielleicht zum Teil sehr vergnügt sein, mit dem Gelde, das sie dafür bekommen, sich in Galizien anzukaufen oder jenseits der russischen Grenze, da sind sie viel mehr unter sich, und es werden auch viele von ihnen vorziehen,

mit diesem Vermögen sich nach dem Westen zu begeben, nach Paris oder nach Monaco."

So Fürst Bismarck, der damals allerdings keine wirkliche Enteignung im Auge hatte, sondern das, was die Polen so nannten. Aber seine Argumente passen erst recht auf den Fall, daß die polnischen Grundbesitzer den Versuch machen, die Wirksamkeit des im Staatsinteresse unternommenen Ansiedlungswerkes zu hindern. Dennoch wird man gut tun, die Anwendung des Mittels einer wirklichen, förmlichen Enteignung möglichst auf den äußersten Notfall zu beschränken, denn die deutsche Denkweise ist dafür im allgemeinen nicht empfänglich, und wir müssen immer sehen, mit Mitteln auszukommen, die dem allgemeinen Volksempfinden nicht unnötig widersprechen.

Nun ist kürzlich von einem um die Ostmarkenpolitik hochverdienten Manne, Herrn Justizrat Wagner in Berlin, dem zweiten Vorsitzenden des Ostmarkenvereins, ein vortrefflicher Vorschlag gemacht worden, nämlich die gesetzliche Festlegung eines Einspruchsrechts der Regierung gegen Landverkäufe in den Ostmarken. Es ist wohl angebracht, zur Erläuterung dieses Vorschlags Justizrat Wagner selbst das Wort zu geben, so wie er sich in der „Nationalzeitung" darüber geäußert hat. Er schreibt:

„Dieses Einspruchsrecht des Staates könnte ausgeübt werden von den Regierungspräsidenten. Sie müßten die Befugnis erhalten, gegen die Eintragung eines neuen Eigentümers in das Grundbuch (ebenso bei Bestellung oder Übertragung eines Erbbaurechtes) Einspruch in öffentlichem Interesse zu erheben. Gegen die Entscheidung des Regierungspräsidenten dürfte nur eine Beschwerde beim Oberpräsidenten zulässig sein." Nachdem dann die Zuständigkeit der Landesgesetzgebung nachgewiesen worden ist, heißt es weiter: „Das hier empfohlene staatliche Einspruchsrecht müßte nach unserer Meinung, um Schroffheiten und Unge-

rechtigkeiten gegen die Polen zu beseitigen, eine Einschränkung dahin erfahren, daß es auf Erwerb von Grundstücken seitens der nächsten Verwandten oder der gesetzlichen Erben keine Anwendung findet. Im übrigen liegt unter den gegebenen Verhältnissen keine Schädigung des Rechtes der Polen vor. Das Recht zum Erwerb von Grundbesitz bleibt ihnen unbenommen. Dem Übergang eines polnischen Grundstücks in polnische Hand würde nur in ganz wichtigen Fällen ein Einspruch entgegengesetzt werden. Und sonst können die Polen überall Grundstücke erwerben, wo die Interessen des Staates unberührt bleiben. Ein Recht zum Ankauf eines bestimmten einzelnen Grundstückes hat niemand .... Das staatliche Einspruchsrecht müßte nach unserer Meinung, um ihm auch jede Härte gegen den Grundstückseigentümer zu nehmen, aber noch eine wichtige Ergänzung erfahren. Und zwar dadurch, daß der Staat in allen Fällen, in denen er Einspruch gegen die Veräußerung eines Grundstückes aus Gründen des öffentlichen Wohls erhebt, bereit sein muß, das Grundstück zu übernehmen, wenn der Eigentümer es ihm zur Verfügung stellt. Zum mindesten müßte die Übernahme des Grundstücks durch den Staat dann erfolgen, wenn der Eigentümer an der Veräußerung durch den Einspruch verhindert wird, obwohl er durch Familien- oder andere Rücksichten genötigt ist, das Grundstück zu verkaufen. Wichtig ist dabei der Preis. Wir meinen, daß die Übernahme des dem Staat zur Verfügung gestellten Grundstücks nach Wahl des Staates entweder zu dem Preise erfolgen müßte, den der Eigentümer mit dem Kauflustigen vereinbart hatte, oder zu einem Preise, der dem Ertragswert des Grundstücks entspricht. Die Feststellung dieses Preises könnte durch ein Schiedsgericht oder durch ein anderes geeignetes Verfahren erfolgen. Ein dem Ertragswert des Grundstückes entsprechender Preis genügt. Ein Ersatz des

„vollen Wertes“ des Grundstücks, wie bei der Enteignung, erscheint hier nicht gerechtfertigt, da ja der Ankauf des Grundstücks nicht wider den Willen des Eigentümers erfolgt. Es müßte dem Grundstückseigentümer auch die Freiheit bleiben, jederzeit von dem Verkauf an den Staat Abstand zu nehmen, selbstverständlich gegen Erstattung der bis dahin entstandenen Kosten. Die Veräußerung an den Staat würde so seitens des Eigentümers ein freihändiger Verkauf sein.“

Man wird der Ansicht des Justizrats Wagner zustimmen können, daß auf diese Weise ein gerechter Ausgleich der Interessen der Beteiligten erzielt werden würde. Man kann auch mit ihm erwarten, daß dann die Polen als Käufer von Grundstücken bald verschwinden würden, weil sie mit dem Einspruchsrecht des Staates rechnen müßten. Das würde aber wieder zur Folge haben, daß die unnatürlich gesteigerten Bodenpreise allmählich auf einen normalen Stand zurückkehrten. Es ist, wenn dabei geschickt verfahren wird, nicht nötig, daß dies in Gestalt eines plötzlichen Preissturzes geschieht, was natürlich von den Grundbesitzern gefürchtet wird. Wenn aber von einzelnen Grundbesitzern der Preisrückgang überhaupt als ein Unheil empfunden wird, so muß dem widersprochen werden. Gewiß bedeutet für viele Besitzer der Rückgang der Bodenpreise einen empfindlichen Verlust, aber mehr als dieser Verlust bedeutet die Fortdauer einer unnatürlichen Höhe dieser Preise einen ungesunden wirtschaftlichen Zustand. Erst nach Beseitigung dieses Übelstandes kann auch die höchst wünschenswerte Beständigkeit in den Besitzverhältnissen wieder zur Regel werden. Wir brauchen aber ein Gegengewicht gegen die Landesspekulation, die unvermeidlicherweise — denn auch die beste Sache hat ihre Kehrseiten — durch die Ansiedlung ermutigt wird.

Immerhin werden wir die Landwirtschaft in den Ostmarken durch besondere Maßregeln gegen verhängnisvolle

Schädigungen, die durch den Rückgang der Bodenpreiſe auf einen normalen Stand entſtehen, ſchützen müſſen. Hier wird man vor allem Erleichterungen in der Kreditgewährung ins Auge faſſen müſſen. Vielleicht kann man dieſe Erleichterungen an beſondere Bedingungen knüpfen, die dem Deutſchtum und dem Anſiedlungswerk irgend welche beſondere Vorteile gewähren, ſei es ein Vorkaufsrecht für die Anſiedlungskommiſſion, wobei jedoch die für ein ſolches Recht allgemein im Bürgerlichen Geſetzbuch (§ 504 ff.) feſtgeſetzten Beſtimmungen einiger beſondern Änderungen bedürften, — oder irgend eine andere Verpflichtung zum Nutzen des Deutſchtums.

Ein Enteignungsverfahren wird man ſich nur für beſtimmte Fälle vorbehalten müſſen. Mit dem Einſpruchsrecht kann man nur den künftigen Übergang deutſchen Beſitzes in polniſche Hand verhindern. Aber die Polen haben ſeit dem Beſtehen des Anſiedlungsgeſetzes eine Menge Grundbeſitz angekauft, nur um das deutſche Vordringen und den Zuſammenhang des deutſchen Beſitzes zu ſtören. Daraus können ſie durch das Einſpruchsrecht nicht mehr vertrieben werden. Hier wäre alſo von Fall zu Fall die Enteignung ins Werk zu ſetzen. Es müßte nur geſetzlich zur Bedingung gemacht werden, daß ererbte und vor dem Inkrafttreten des Anſiedlungsgeſetzes erworbene Güter einem ſolchen Verfahren im allgemeinen nicht unterliegen. Damit würde der Vorwurf hinfällig, daß die Polen gewaltſam aus ihrem väterlichen Beſitz vertrieben werden ſollen; getroffen würden auch hier nur diejenigen, die die Zwecke der Anſiedlungskommiſſion zu ſtören verſucht haben.

Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden, aber aus dem Erwähnten iſt ſchon zu entnehmen, daß wir der Gegenwehr der Polen im Kampf um den Grund und Boden keineswegs hilflos gegenüberſtehen. Freilich darf man nicht ſo weit gehen, daß man den Erfolg ohne jedes

Opfer erringen will. Wir müssen unterscheiden zwischen Preissteigerungen, die ungesunde wirtschaftliche Zustände herbeiführen und deshalb bekämpft werden müssen, und wohlüberlegten Opfern, die einem vernünftigen Zwecke gebracht werden müssen. Man darf den ersten und wichtigsten Gesichtspunkt niemals aus dem Auge verlieren, nämlich daß wir diese innere Kolonisation nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen unternehmen und daß sie zunächst nichts anderes ist als ein Akt der Landesverteidigung. Auch jede andere Maßregel der Landesverteidigung legt uns Opfer auf, aber wir bringen diese Opfer, weil wir wissen, daß das Kapital an nationaler Macht, das wir dadurch schützen, schließlich doch erheblich mehr Zinsen trägt, als wir durch unsere Aufwendungen jetzt scheinbar verlieren. Ist es schon falsch, die Aufwendungen für das Heer und die Einrichtungen der Landesverteidigung schlechthin als Ausgaben zu unproduktiven Zwecken anzusehen, so ist es noch viel weniger gerechtfertigt, die innere Kolonisation, die wir zur Zurückdrängung des Polentums unternehmen, deswegen etwa als ein wirkliches Vermögensopfer anzusehen. Das Ansiedlungswerk ist zugleich eine großartige Landesmelioration. Auch vor andern kleinlichen Gesichtspunkten soll man sich hüten. Selbstverständlich kommt jede Kaufsumme dem Verkäufer persönlich zugute, es sei denn daß er von dem Käufer betrogen wird. Der Käufer ist der Staat, und diesem wird man nicht das Bestreben auferlegen können, die Verkäufer zu übervorteilen; im Gegenteil liegt es in der Natur seiner Aufgabe, zum Verkauf anzulocken. Er muß also dem Verkäufer Vorteile einräumen. Wer damit nicht einverstanden ist, der muß wenigstens konsequent sein und den Weg des Kaufgeschäfts zum Zweck der Besiedelung überhaupt verwerfen. Dann kommen wir aber erst recht auf den Weg der Gewalt, der Expropriation und der Ausnahmegesetzgebung.

Auf den bisher gewonnenen Grundlinien wird das Werk der staatlichen Kolonisationstätigkeit unzweifelhaft in segensreicher Weise durchgeführt werden können. Die Meinungen gehen aber weit darüber auseinander, wie weit daneben noch private Tätigkeit gleicher Art wünschenswert ist. Private Unternehmungen haben den großen Vorteil, daß sie ohne den Hemmschuh amtlicher Verantwortung und bureaukratischer Überlieferungen lediglich nach kaufmännischen Grundsätzen verfahren können. Sie brauchen daher ein Risiko weniger zu scheuen und können, ohne von der gebotenen Solidität abzuweichen, schneller, praktischer und billiger arbeiten als der Staat. Natürlich bringt das auch Nachteile mit sich, es können leichter Fehlschläge eintreten, und schließlich können diese Anstalten nur bestehen, wenn sie einen entsprechenden Unternehmergewinn abwerfen. Ohne Aussicht auf Gewinn ist selbstverständlich das private Kapital nicht zu haben. Daher sind die dem Kolonisationsgedanken freundlichen Kreise meist geneigt, den Unternehmern, die bei dem Parzellierungsgeschäft gute Dividende herauswirtschaften, den Vorwurf der Güterschlächterei zu machen. Bis jetzt hat eine einigermaßen nennenswerte Tätigkeit im Osten nur die „Landbank" entfaltet, und gegen sie ist dementsprechend auch der gleiche Vorwurf erhoben worden. Es scheint, daß sie wohl etwas zu früh gegründet wurde, ehe das Bedürfnis eines solchen Unternehmens und die Erkenntnis der wesentlichen Bedingungen seines Bestehens in den interessierten Kreisen genügend Wurzel gefaßt hatte. Daraus entstanden Übelstände, die von den Kritikern der Landbank vielfach übertrieben zu sein scheinen. Etwas wirklich Stichhaltiges ist gegen die private Ergänzung der staatlichen Kolonisationstätigkeit bisher nirgends eingewendet worden. Wenn die mehr kaufmännische Rührigkeit eines solchen Unternehmens der bureaukratischen Umständlichkeit der staatlichen Kommission gelegentlich einen kleinen Sporn

gibt, ſo ſchadet das nichts; es iſt im Gegenteil recht heilſam. Die Bedeutung der ſtaatlichen Koloniſation als Rückgrat aller ähnlichen Unternehmungen bleibt darum doch beſtehen. Sie wird die ihr zufallende Hauptaufgabe in der Bekämpfung der ſtaatsfeindlichen Beſtrebungen des Polentums hoffentlich zum guten Ende führen.

V. Abſchnitt.

Die Sprachenpolitik.

Kapitel 18.

Der Staat und die polniſche Sprache.

Die Sprachenpolitik iſt eine beſonders ſchwierige Seite der Polenpolitik, weil ſich hierbei faſt für jeden Standpunkt die gewichtigſten Beweisgründe anführen laſſen. Es handelt ſich da um Maßregeln, deren Wirkungen ſehr viel ſchwerer abzuſchätzen ſind, als es auf anderen Gebieten der Fall zu ſein pflegt, um Rückſichten, die einander entgegenſtehen und deren Grenzlinie ungemein ſchwer zu beſtimmen iſt. Maßregeln, die darauf abzuzielen ſcheinen, den Menſchen ihre Mutterſprache zu rauben, empfinden wir zunächſt als barbariſch und brutal. Die Mutterſprache iſt uns allen ein heiliges, unveräußerliches Recht; ein Eingriff in dieſes Recht kennzeichnet ſich nach unſerer Empfindung als ein Frevel, eine Grauſamkeit. Und was erreichen wir damit? Kann man annehmen, daß ein Menſch, dem man an Stelle ſeiner Mutterſprache ein fremdes Idiom aufgezwungen hat, nun im Einklang mit der Nation denken und fühlen wird, die ihm dieſen Zwang auferlegt hat? Wenn dieſe Frage aufgeworfen wird, ſo wird ſie wohl ziemlich allgemein verneint werden. So ſcheint es, als ob die politiſche Natur der Sprachenfrage überhaupt überſchätzt werde. Wozu uns alſo in Unkoſten ſtürzen und ohne Not einen grimmigen Haß gegen uns entfeſſeln?

Als Beiſpiel dafür, daß durch die Sprache allein die Gewinnung eines Volkes niemals bewirkt werden kann, wird mit Vorliebe das Verhältnis der Engländer zu den Iren angeführt. Die Polen aber ſtehen in allen Beziehungen zum preußiſchen Staat ganz anders. Den Polen ſind von Anfang an die gleichen Rechte und Pflichten gegeben worden, wie den anderen preußiſchen Untertanen. Der polniſche Adel hat noch heute ſeinen reichlichen Anteil am einflußreichen Großgrundbeſitz; in den Städten konkurriert der polniſche Gewerbtreibende frei mit dem Deutſchen. Es gibt keine Pachtverhältniſſe und Latifundien, wobei etwa der Deutſche als Herr und Eroberer, der Pole als zinspflichtiger Unterworfener erſcheinen könnte. Die Polen würden ſich auch niemals mit einer Autonomie der von ihrer Nationalität in Anſpruch genommenen Landesteile Preußens begnügen, ſondern ſie ſtreben aus dem preußiſchen Staatsverbande hinaus zu einer politiſchen Vereinigung mit Landesteilen, die jetzt zu Öſterreich und Rußland gehören. Ihre Nationalitätsbeſtrebungen haben nicht den geringſten wirtſchaftlichen und ſozialen Hintergrund, ſondern ſind rein politiſcher Natur. Der Vergleich mit Irland paßt alſo durchaus nicht. Darum hat die Sprachenfrage bei den Polen auch eine ganz andere Bedeutung. Wir können aus dem Hinweis auf die Iren nur das eine entnehmen, daß es Verhältniſſe geben kann, unter denen die Annahme einer fremden Sprache an der Feſthaltung der urſprünglichen Geſinnung nicht das geringſte ändert.

Dem ſtehen nun aber andere Beiſpiele gegenüber, in denen mit der Ablegung der Sprache auch die Entäußerung vom Nationalgefühl Hand in Hand geht. Die Beiſpiele für dieſe Erſcheinung entnehmen wir leider am einfachſten — der Geſchichte unſeres eigenen Volkes. Ich gehöre nicht zu denen, die es lieben, die oft gehörte Klage ohne Einſchränkung zu wiederholen, daß der Deutſche in der Fremde

an sich leichter geneigt ist als andere, seine Nationalität aufzugeben. Ich bestreite diese Behauptung in solcher Allgemeinheit sogar ganz entschieden. Aber das ist ja richtig: gegenüber einer stark ausgeprägten Volksart mit propagandistischen Neigungen bedarf der Deutsche durchaus des Bollwerks seiner Muttersprache. Ist dieses einmal wirklich erschüttert, so stürzt alles andere bald nach. Wir haben es hier mit einer in der Tat merkwürdigen Erscheinung zu tun. Selbst die vollständige Aneignung unserer Sprache wird die große Mehrzahl der unter uns lebenden Fremden nicht so leicht ihrer ursprünglichen Heimat entfremden trotz mitunter sogar warmer und ehrlicher Begeisterung für deutsches Volkstum. Dasselbe beobachten wir an den Deutschen, die unter Romanen und Skandinaviern leben, weil von der Sitte und Art dieser Völker kein Druck auf die fremden Elemente in ihrer Mitte ausgeht. Dagegen erhalten die Deutschen unter Völkern wie den Magyaren und Polen ihre Nationalität nur so lange, als sie an der deutschen Sprache festhalten. Ohne ihre Sprache sind sie auch der nationalen Intoleranz gegenüber wehrlos.[1])

Man mag nun vielleicht diesen Erscheinungen gegenüber wesentlich anderer Meinung sein, aber eins zeigt sich dabei doch sicher, nämlich daß sich die Völker zu den Einwirkungen fremden Nationalgeistes, so weit er ihnen durch die Sprache vermittelt wird, recht verschieden verhalten. Es ist daher nutzlos, die Aufgabe von allgemeinen Gesichtspunkten anzu-

[1]) Auch den Engländern gegenüber beweist das Deutschtum wenig Widerstandsfähigkeit. Das scheint der hier aufgestellten Ansicht zu widersprechen. Ich rechne allerdings auch die Engländer zu den national intoleranten Völkern in dem hier besprochenen Sinne, obwohl das Leben in England auch dem Fremden soviel Freiheit gewährt, wie nirgends sonst in Europa. Das will besagen, daß die englische Eigenart und Sitte dem Fremden unbewußt so machtvoll und zwingend nahe tritt, daß der Deutsche sich demgegenüber in der nämlichen Lage befindet, wie gegenüber einer starken nationalen Propaganda.

ſehen und das Beiſpiel fremder Völker heranzuziehen. Die Sache liegt eben in jedem Falle anders. Manche Beurteiler machen es ſich ſehr bequem. Sie ſagen: Die Deutſchen ſind ein Volk, die Polen auch, die Ruſſen und die Magyaren gleichfalls. Alſo verhalten ſich die Preußen ebenſo zu den Polen wie die Magyaren zu den ungariſchen Deutſchen und die Ruſſen zu den baltiſchen Deutſchen. Das ſtimmt aber durchaus nicht.

Von den Polen können wir überzeugt ſein, daß wir ſie nicht dadurch zu guten Deutſchen machen können, daß wir ihnen die deutſche Sprache aufzwingen. Direkte Germaniſierungszwecke laſſen ſich auf dem Wege des Sprachenzwanges nicht verfolgen. Erſt wenn wir durch wirtſchaftliche Mittel dem Deutſchtum ein Übergewicht verſchafft haben, können wir hoffen, daß Bequemlichkeit und Vorteile ein Wort mitſprechen, um dem freiwilligen Gebrauch der deutſchen Sprache bei den Polen wieder ein Tor zu öffnen. Dann kommt vielleicht auch wieder eine Zeit, wo eine jüngere Generation unter den Polen anfängt, ſich von der Vorſtellung loszumachen, daß es ſich um einen feindlichen Gegenſatz zwiſchen den Sprachen handelt. Dann kann vielleicht die folgende Generation auch die nationale Energie ſo weit verloren haben, daß ſie die polniſche Sprache freiwillig aufgibt. Aber das ſind alles Entwicklungsmöglichkeiten, die uns vorläufig noch viel zu fern liegen. Wir bereiten uns jetzt nur Enttäuſchungen und Niederlagen, wenn wir unſere Politik auf Hoffnungen ſolcher Art zuſpitzen. Ergreifen wir die richtigen Maßregeln, ſo wird uns zu rechter Zeit ſchon einmal die reife Frucht zufallen. Jetzt aber kann von Erfolgen dieſer Art noch lange nicht die Rede ſein, und darum tun wir beſſer davon auszugehen, daß die Polen nicht zu germaniſieren ſind.

Daß aber die Deutſchen zu poloniſieren ſind, dafür haben wir beſtändig die handgreiflichen Beweiſe vor

Augen. Die Polen sind in der Lage, aus unzähligen Deutschen Polen zu machen, indem sie sie veranlassen, die polnische Sprache anzunehmen, und sie dann in das polnische Lager hinüberlocken. Wie sie das machen und aus welchen Ursachen und Verhältnissen die betrübliche Erscheinung hervorgeht, daß das Polentum eine propagandistische Kraft hat, die dem Deutschtum abgeht, das braucht hier nicht wiederholt zu werden. Die Einwirkung mit Hilfe der Sprache gibt den Polen die Möglichkeit, gerade die Maßregeln, in denen wir die sichersten Voraussetzungen unseres Erfolges erblicken — unsere wirtschaftliche und numerische Überlegenheit —, auf die einfachste Art unwirksam zu machen.

Damit gewinnen wir den Schlüssel zur Beantwortung der Frage, weshalb und in welchem Sinne wir Sprachenpolitik treiben müssen, und welche Stelle diese Politik in dem System einer wirksamen Polenpolitik einnehmen muß. Nicht zur Verdeutschung des Polentums dient sie, sondern zum Schutz des Deutschtums. Sie muß ganz und gar Abwehrpolitik sein. Es ist der Schild, den wir vorhalten, während wir mit dem Schwert der Ansiedlungspolitik uns holen, was uns gehört.

Aber auch in dieser bloßen Schutzpolitik, die die Sprachenpolitik immer nur sein kann, bedürfen wir der sichern Energie und der Fähigkeit zum Angriff. Indem wir uns auf der einen Seite bescheiden und es vermeiden, brutale Gewalt an die Erreichung eines Ziels zu setzen, das auf diesem Wege nicht zu erreichen ist, müssen wir doch andererseits die Sentimentalität abschütteln, die uns Deutschen in der Behandlung dieser Fragen eigen ist. Es ist nun einmal nichts an der Tatsache zu ändern, daß Deutschtum und Polentum einen auf gegenseitige Verdrängung gerichteten Kampf gegeneinander führen müssen. Ganz ohne schädliche Nebenwirkungen kann es dabei nicht abgehen. Um der Form des Kampfes willen können wir das Ziel des

Kampfes nicht aufgeben. Während die Ansiedlung sich auf Grund eines regelrechten Kaufgeschäftes vollzieht, also gerade unsere Hauptangriffswaffe gegen das Polentum durchaus friedlichen Charakter trägt, können wir auf sprachlichem Gebiet die Verteidigung nicht ohne gewisse Wirkungen führen, die ihr einen offensiven Charakter geben. Dadurch allein dürfen wir uns aber nicht zurückschrecken lassen. Jedes Ringen um Güter hohen Wertes legt auch dem Sieger Opfer auf; manches Gute scheint dabei zugrunde zu gehen, manches Schlechte in den Vordergrund zu kommen. Die Früchte des guten und ehrlichen Kampfes stellen dann aber doch zuletzt das Gleichgewicht wieder her. Die Bereitwilligkeit, auch Verluste auf sich zu nehmen, ist eine der Voraussetzungen des Sieges. Erklärt man schon den möglichen Verlust als ein Hindernis für den Kampf, so bedeutet das zugleich einen Verzicht auf den Sieg, aber nicht einen notwendigen Verzicht, sondern einen solchen, der von der Zaghaftigkeit diktiert ist. Das gilt nicht nur im Kriege von dem physischen Kampf, sondern auch im Frieden von dem Ringen auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiet. Auch hier kann nur der siegen, der etwas einsetzt und dransetzt.

Wenn wir uns auf der einen Seite durch sentimentale und zaghafte Erwägungen nicht irre machen lassen wollen, so können wir auch auf der anderen Seite durch den Vergleich des Nationalitätenkampfes mit einem Kriege auf etwas anderes hingewiesen werden. Ebensowenig wie man im Kriege den Gegner nur durch Manövrieren schlagen und jedes Blutvergießen vermeiden kann, so wenig tut es auch zwecklosses „Bataillieren“ allein. Der geschickte Führer wird dafür sorgen, daß verlustreiche Schläge nur da geführt werden, wo sie auch wirklich einen Erfolg bringen. Man muß zugeben, daß auch in der Polenpolitik mitunter zwecklos „batailliert“ wird. Manche wackere Landsleute lassen sich eben durch an sich berechtigten Eifer auf falsche Wege locken,

die auf diesem heiklen Gebiet zu einem ganz entgegengesetzten Ziele führen. Nirgends aber muß das warme deutsche Herz sich so sehr von einem kühlen Kopf führen lassen, wie auf dem Gebiete der Sprachenpolitik.

Nach welcher Richtung nun ein Schutz der deutschen Sprache gegen die Angriffe des Polentums nötig ist, das ergibt sich aus folgenden Betrachtungen. Die Polen suchen dadurch, daß sie überall die Deutschen zum Polnischsprechen veranlassen, besonders die Vorstellung zu erwecken und zu begründen, daß das Polnische in diesen Provinzen ebenso als Landessprache anzusehen sei, wie die deutsche Sprache. Ist erst einmal diese Vorstellung zur Geltung gekommen, so ist nur noch ein kleiner Schritt zu der ferneren, daß ein numerisches Übergewicht der polnischen Bevölkerung an einem Orte auch ein Recht begründe, der polnischen Sprache ein entsprechendes Übergewicht über die deutsche Sprache einzuräumen. Da die Polen, wo sie einmal ihre Sprache gegenüber der deutschen zur Geltung bringen, zugleich mit großer Energie die Anschauung vertreten, daß das Recht ihrer Sprache auch sonst das ältere und bessere sei, so ist der erste Erfolg in dieser Richtung immer zugleich der Anfang einer vollständigen Alleinherrschaft des Polnischen. Diese Handhabe dürfen wir also den Polen nicht lassen. Wir wollen sie nicht hindern, unter sich ihre Sprache zu pflegen, aber es darf niemals die Vorstellung aufkommen, als ob von einer zweiten gleichberechtigten Landessprache neben der deutschen die Rede sein könne.

Die Deutschen im Lande dürfen nicht in die Lage gebracht werden, daß die Polen mit irgend einem Recht die Kenntnis des Polnischen von ihnen verlangen können. Allerdings folgt daraus weiter für den Staat die Verpflichtung, seinen polnischen Untertanen die Landessprache — das ist eben nur die deutsche — soweit zu vermitteln,

als es in den Grenzen des öffentlichen Unterrichtswesens möglich ist. Dann ergibt sich aus der ganzen Sachlage naturgemäß die letzte Folge, daß der Staat das Prinzip der einzigen Landessprache auch streng mit allen Konsequenzen festhält und das Polnische wirklich ganz und gar dem Privatgebrauch und allen den Beziehungen überläßt, in denen der Staat und die Öffentlichkeit kein Recht und kein Interesse hat, ein Wort mitzusprechen. Es ist kein Eingriff in das wirkliche Recht der Muttersprache, wenn ein deutscher Staat für alle gemeinsamen Angelegenheiten seiner Staatsbürger und ihre öffentlichen Interessen den Gebrauch einer gesetzlichen Landessprache verlangt, die für ihn selbstverständlich nur die deutsche sein kann. Da der Staat die deutsche Sprache in allen seinen Schulen lehren läßt, so hat er das volle Recht, im Verkehr mit Behörden und öffentlichen Einrichtungen den ausschließlichen Gebrauch dieser Sprache zu verlangen, und braucht keine Rücksicht darauf zu nehmen, wenn ihre Unkenntnis entsprechende Nachteile im Gefolge hat. Wie weit er von diesem Rechte im einzelnen Gebrauch macht oder hier und da Entgegenkommen walten läßt, ist eine Frage für sich.

Als Hauptgrundsätze unserer Sprachenpolitik stellen wir die drei folgenden Leitsätze auf:

1. Kein im Land wohnender Deutscher soll sich irgendwie gezwungen sehen, Polnisch zu lernen, wenn er es nicht aus irgend einem Grunde selbst für gut hält.

2. Für den Unterricht der Polen in der deutschen Sprache muß so weit gesorgt sein, daß den Staat für Nachteile, die einem Polen aus der Unkenntnis der deutschen Sprache erwachsen, keine Verantwortung trifft.

3. Der Staat muß die Stellung der deutschen Sprache als alleiniger Landessprache für den Gebrauch aller Behörden und den öffentlichen Verkehr auf das entschiedenste wahren und muß jede Verantwortung für Rechts-

nachteile, die den fremdsprachigen Staatsangehörigen daraus entstehen, grundsätzlich ablehnen.

Gegen die Forderung, daß die deutsche Sprache alleinige Landessprache sein soll, ist nun von Leuten, die die Verhältnisse nur von Hörensagen kennen und Wesen und Art der polnischen Propaganda ganz unrichtig einschätzen, ein wunderlicher Einwand erhoben worden. Er drückt sich in folgendem Gedankengang aus: „Es liegt gar nicht in unserm Interesse, daß die Polen Deutsch lernen; im Gegenteil sollten alle Deutschen Polnisch lernen. So wie die Dinge jetzt liegen, genießen die Polen den Vorteil der Zweisprachigkeit; sie beherrschen zwei Sprachen, während die Deutschen nur eine verstehen, und das bedeutet einen großen Vorteil im wirtschaftlichen Wettbewerb."

Die Theorie von dem Vorteil der Zweisprachigkeit hat viele Anhänger gefunden. Zunächst aber muß es auffallen, daß hier den verschiedenen Sprachen eine Bewertung zuteil wird, deren Subjektivität unter Umständen bei Untersuchungen philosophischer oder literarischer Natur am Platze sein mag, die aber bei der praktischen Beurteilung wirtschaftlicher Werte ganz unbegreiflich erscheint. Hier kann doch allein eine objektive Beurteilungsweise in Betracht kommen. Von gewissen subjektiven Gesichtspunkten aus ist allerdings der Wert der Muttersprache für jeden Menschen derselbe, mag es sich um Deutsch, Französisch, Chinesisch oder Botokudisch handeln. Aber darum ist doch Sprache und Sprache noch lange nicht in jedem Fall dasselbe. Daß die deutsche Sprache von mehr als 60 Millionen Menschen als Muttersprache gesprochen wird, daß sie die Verkehrssprache eines mächtigen Staates ist, daß in ihr die bedeutendsten, bahnbrechenden Leistungen auf wissenschaftlichem Gebiet niedergelegt sind, daß sie in bezug auf Bedeutung und Vielseitigkeit ihrer Literatur unter den Sprachen der Erde obenansteht, daß sie mehr und mehr von den Gebildeten aller möglichen fremden Völker um ihres Kulturwerts willen er-

lernt wird, — das alles weiſt ihr doch auch in ihrer wirtſchaftlichen Bedeutung einen ganz anderen Rang an, als der von etwa 20 Millionen geſprochenen polniſchen Sprache, deren Wert wir an anderer Stelle wohl gewürdigt haben, die aber in der Wiſſenſchaft ſo gut wie nichts bedeutet und außerdem als Sprache eines Volkes ohne politiſche Selbſtändigkeit außerhalb ihres Bereichs keine Geltung hat. Das Gebiet, in dem ſie wirklich herrſcht, iſt engbegrenzt und gehört nicht zu denen, die in volkswirtſchaftlicher und kultureller Beziehung eine führende Rolle ſpielen. Kann man mit dieſer Art von Zweiſprachigkeit wirklich ſoviel anfangen? Ihr Vorteil reicht gerade ſo weit, als die herrſchenden Nationen der polniſchen Sprache auf ihrem Boden Geltung geſtatten. Wenn man nun die Gewährung dieſer Geltung gerade damit motiviert, daß man die Vorteile der polniſchen Sprachkenntnis im geſchäftlichen Wettbewerb hervorhebt, ſo iſt das ein circulus vitiosus der ſchönſten Art.

Noch notwendiger aber wird es ſein, die ſchöne Theorie von der Zweiſprachigkeit der Polen und der Einſprachigkeit der Deutſchen auf ihren tatſächlichen Hintergrund zu prüfen. Es gibt natürlich in der Provinz Poſen eine Menge Deutſche, für die die Kenntnis der polniſchen Sprache nützlich und wünſchenswert iſt, ſei es, daß ſie als Vorgeſetzte und Arbeitgeber es aus eigenem Ermeſſen heraus für gut halten, ihre Untergebenen und Arbeiter auch dann zu verſtehen, wenn ſie ſich ihres heimiſchen Idioms bedienen, oder ſei es, daß ſie als Geſchäftsleute Verbindungen mit polniſchen Kreiſen, auch außerhalb der deutſchen Grenzen, haben, oder daß ſie ſonſt in ihrer Stellung das Bedürfnis oder den Beruf fühlen, der polniſchen Bevölkerung menſchlich näher zu treten, oder endlich, daß ſie aus irgend einem wiſſenſchaftlichen Intereſſe die polniſche Sprache zu erlernen wünſchen. Man wird nun in Wahrheit in der Provinz Poſen kaum einen unter dieſe und ähnliche Kategorien zu rechnenden Deutſchen finden, der nicht Polniſch verſteht. Wo die

Kenntnis des Polnischen aus vernünftigen Gründen notwendig und berechtigt ist, da besteht sie auch und wird auch weiter bestehen. Es ist also falsch, wenn man alle Deutschen, denen nicht auf der Schule oder von Staatswegen Polnisch beigebracht ist, schlankweg für einsprachig erklärt. Tatsächlich beschränkt sich die angebliche Einsprachigkeit der Deutschen in der Ostmark auf diejenigen Persönlichkeiten, die es in der Tat nicht nötig haben, in deutschen Landen eine Fremdsprache zu gebrauchen, oder die ihren Gebrauch grundsätzlich vermeiden. Weshalb aber diese Leute nicht gegen die an sie herantretenden unbegründeten Zumutungen, das Polnische als vollberechtigte zweite Landessprache anzuerkennen, geschützt werden sollen — und weiter verlangen wir doch nichts —, das ist unverständlich, und es kann auch nicht durch die ausgeklügelten Theorien von den Vorteilen der Zweisprachigkeit, die auf diese Fälle gar nicht zutreffen, verständlich gemacht werden. So weit die Einsprachigkeit hier mit wirtschaftlichen Nachteilen wirklich behaftet ist, besteht sie auf deutscher Seite nur in der Phantasie. Im Orient z. B. beherrschen zahlreiche Deutsche, und zwar jedenfalls alle die, die es nötig haben, die arabische und türkische Sprache, sowie in China die chinesische, obwohl auf unseren Schulen weder Arabisch, noch Türkisch, noch Chinesisch gelehrt wird. Ich glaube, daß man unsern Landsleuten ruhig überlassen kann, sich für jeden einzelnen Fall die Sprachkenntnisse anzueignen, die sie zu ihren besonderen Zwecken für ersprießlich halten. Dann werden viele von ihnen auch Polnisch lernen, wie sie es bisher schon getan haben, aber das geht den Staat nichts an. Für diesen gibt es nur die Landessprache, und außerdem in den höheren Schulen diejenigen Fremdsprachen, die von berufener Seite als geeignete Bildungsmittel anerkannt werden; zu diesen gehört die polnische Sprache in keinem Falle. Die Kenntnis einer Fremdsprache nur darum amtlich

zu fördern, weil ein kleiner Bruchteil daraus geſchäftliche Vorteile auf engbegrenztem Gebiet ziehen kann, hat der Staat gar keine Veranlaſſung. Was ſchon in jedem andern Falle ein Fehler ſein würde, wird hier in bezug auf die polniſche Sprache zum Verbrechen, weil der Staat damit einer gefährlichen Propaganda ſelbſt die Tür öffnen würde.

Ein Umſtand aber ſpricht beſonders ſtark gegen die Befürworter der Zweiſprachigkeit. Wie nämlich die ganze Theorie von einer Unkenntnis der Verhältniſſe ausgeht, ſo ſtellen ſie auch die mit dem Charakter der Polen in Widerſpruch ſtehende Behauptung auf, die Polen würden bei freundlicher und entgegenkommender Behandlung von ſelbſt Deutſch lernen. Das trifft in Wirklichkeit ganz und gar nicht zu. Die Polen haben niemals die deutſche Sprache ſo leidenſchaftlich abgelehnt und ihre Kenntnis ſo ſchroff verleugnet, wie in den Perioden der ſogenannten „Verſöhnungspolitik“. Wir räumen, — ſo ſagen unſere Kritiker — den Polen einen Vorteil ein, wenn wir ſie veranlaſſen, neben ihrer polniſchen Mutterſprache auch noch Deutſch zu lernen. Nun gut! aber wie kommt es denn, daß die Polen ſelbſt von dieſem Vorteil gar nichts wiſſen wollen, daß ſie ihm nicht nur freiwillig entſagen, ſondern auch mit Leidenſchaft dagegen ankämpfen? Wenn die Zweiſprachigkeit wirklich ein Vorteil iſt, der ins Gewicht fällt, ſo müſſen die Gründe der Polen, gegen dieſen Vorteil anzukämpfen, doch wohl noch ſtärker ins Gewicht fallen. Und allerdings bietet ſich ihnen ein Vorteil von erheblich größerem Wert, wenn ſie ſich gegen die deutſche Sprache wehren. Ihnen muß ja doch daran gelegen ſein, nicht ſowohl die wirtſchaftliche Exiſtenz der einzelnen Volksgenoſſen vorteilhaft zu geſtalten, als vielmehr den deutlichen Beweis vor der Welt zu führen, daß es trotz des Richterſpruchs der Geſchichte noch immer ein polniſches Land gibt, das von der geſchloſſenen und

selbstbewußten polnischen Nation bewohnt wird. Darum wollen sie die Fremden, die mit ihnen zusammenwohnen, zum Polnischsprechen und dadurch zur Anerkennung der polnischen Nationalität als der im Lande herrschenden zwingen, auch wenn sie dadurch der geringen Vorteile verlustig gehen, die ihnen die Zweisprachigkeit im wirtschaftlichen Wettbewerb trotz des geringen Verkehrswertes der polnischen Sprache vielleicht bringen könnte. Sie sind ja ohnehin im geschäftlichen Verkehr darauf geschult, sich lieber benachteiligen zu lassen, als einen Nichtpolen zu unterstützen, wo ihnen nur irgend die Wahl bleibt. Wollen wir Deutschen daraus gar nichts lernen? Wollen wir durch einen angeblichen, noch dazu sehr zweifelhaften wirtschaftlichen Vorteil beschönigen, daß wir in Wahrheit vor der größeren Entsagungsfähigkeit und Prinzipientreue eines gefährlichen Gegners die Segel streichen? Es wäre doch wohl richtiger uns zu sagen, daß wir den Polen viel mehr Schaden tun und ihre Zirkel stören, wenn wir uns unter keiner Bedingung zum Verkehr in polnischer Sprache zwingen lassen, als wenn wir in einen Wettkampf um den Vorteil der Zweisprachigkeit eintreten. Und wer trägt denn schließlich die Verantwortung dafür, wenn wirklich aus solchen Gründen den Polen ein Vorteil eingeräumt wird? Doch nur die deutschen Arbeitgeber! Denn national geschädigt sind wir doch nur in dem Fall, daß ein Deutscher um seiner polnischen Kundschaft willen polnischen Hilfskräften wegen ihrer Sprachkenntnis vor deutschen den Vorzug gibt. Nur in diesem Falle erscheint die Kenntnis der polnischen Sprache, losgelöst von allen sonstigen Motiven, als reines Hilfsmittel der Konkurrenz. Warum aber tun deutsche Arbeitgeber dergleichen? Also nicht die Zweisprachigkeit, sondern wiederum nur deutsche Schlaffheit, Nachgiebigkeit und Krämergesinnung ist der wahre Bundesgenosse der Polen!

Die Reihe der Bedenken gegen das entschiedene Prinzip

der Feſthaltung der einen deutſchen Landesſprache iſt mit der Zweiſprachigkeitstheorie nicht erſchöpft. Beſorgten Gemütern erſcheint ſelbſt dieſes beſcheidene Maß von einem Druck, der auf die Polen in der Sprachenfrage ausgeübt werden ſoll, zu viel. Sie verſenken ſich liebevoll in eine Stimmung der Überempfindlichkeit in bezug auf die Rechte der polniſchen Sprache, die, wenn auch nicht Staats- und Landesſprache, doch immerhin die Mutterſprache eines Teils unſerer Mitbürger iſt. Tatſächlich wird, ſo meinen ſie, der Zwang, deutſch zu lernen, auch dann, wenn keine Unterdrückung der polniſchen Sprache damit verbunden iſt, den Haß gegen die deutſche Sprache und das Deutſchtum zur verzehrenden Flamme entfachen, und daraus muß uns zuletzt doch mehr Schaden als Vorteil erwachſen. Einwände dieſer Art ſind gleichfalls aus einer allgemeinen theoretiſchen Erwägung geſchöpft. Die praktiſche Erfahrung ſteht dem entgegen. Auch widmet der Pole in jedem Falle uns Deutſchen einen grimmigen Haß, der durch Wohltaten und Nachgiebigkeit nicht zu mildern iſt. Müſſen wir einmal einen ſolchen Haß tragen, ſo können wir unſern Weg nicht nach einem Mehr oder Weniger der polniſchen Empfindungen einrichten, ſondern haben das zu tun, was unſerm Volkstum am wenigſten Schaden bringt. Wir ſind, ſelbſt wenn wir härter werden, als wir es jetzt ſind, immer noch erheblich milder, als andere Kulturvölker gegen nationale Minderheiten zu ſein pflegen.

Wenn ſo den Deutſchen ihr Recht gewahrt und der Charakter des Deutſchen als einziger Landesſprache ſtreng gewahrt wird, ſo iſt doch darüber hinaus den polniſchen Demonſtrationen gegenüber möglichſte Ruhe und Kälte zu bewahren. Wenn es ſich nicht um ſtrafbare Handlungen handelt, die nach den Landesgeſetzen notwendig geahndet werden müſſen, ſo ſoll man ſie ruhig gewähren laſſen. Wo es an einer ausreichenden Unterlage fehlte, um die

Strafbarkeit mancher Demonstration zu begründen, hat man sich gelegentlich mit dem berüchtigten „groben Unfugparagraphen“ beholfen. Gegen eine solche Handhabung des Gesetzes erhob sich auch von deutsch-nationaler Seite berechtigter Widerspruch, und die Verhandlung hinterließ bei Deutschen von gesundem Rechtsgefühl einen peinlichen Eindruck. Um wieviel wirksamer ist es, wenn in Fällen dieser Art der Strafrichter aus dem Spiel bleibt und anstatt dessen das Notizbuch eines verständigen Deutschen dafür sorgt, daß der Fall als Beweisstück für die Ehrlichkeit, Harmlosigkeit und Staatstreue unserer polnischen Mitbürger an geeigneter Stelle gebucht wird! Es ist viel wichtiger, daß die Vertrauensseligkeit und Unkenntnis unserer deutschen Landsleute in der Polenfrage immer wieder erschüttert wird, als daß ein Pole wegen einer Sache bestraft wird, in der nach deutschen Rechtsbegriffen keine klare Notwendigkeit einer Bestrafung vorliegt. Klare, strenge Vorschriften, die den polnischen Ansprüchen eine bestimmte Schranke setzen, aber darüber hinaus keine Verfolgungssucht, die als Kleinlichkeit und Gehässigkeit gedeutet werden kann!

Ich werde auf die Frage der Unterrichtssprache noch zurückkommen, möchte aber schon hier in diesem Zusammenhange die Bemühungen der Polen besprechen, ihre Nationalität durch privaten Unterricht in der polnischen Sprache zu wahren. Man hat darin eine Durchkreuzung der staatlichen Bestrebungen gesehen. Das würde auch richtig sein, wenn der staatliche Unterricht im vollen Sinn des Wortes germanisierende Tendenz hätte. So aber ist der Eifer, mit dem man den Polen auch jede private Gelegenheit zur Pflege ihrer Sprache zu unterbinden versucht hat, zu einem guten Teil verfehlt. Und hier vergibt man dem Deutschtum nichts, wenn man ruhig zugesteht, daß die Unterdrückung auch solcher Bestrebungen, die sich in den verfassungsmäßig gewährleisteten Formen halten, in diesem

Falle wirklich nicht recht vereinbar ist mit den Worten, die der Kaiser am 4. September 1902 in Posen gesprochen hat. Denn in der Rede heißt es auch:

„Der zweite Irrtum ist der, daß die Besorgnis wach erhalten wird, daß die Stammeseigentümlichkeiten und Überlieferungen ausgelöscht werden sollen. Dem ist nicht so ... Überlieferungen und Erinnerungen können ruhig bestehen; allein sie sind Geschichte, der Vergangenheit angehörig."

Wenn man sich nicht eines ungehörigen Drehens und Deutelns an den Kaiserworten schuldig machen will, wird man daraus nur entnehmen können, daß denjenigen unserer Mitbürger, die wirkliche Polen sind, in bezug auf ihre Sprache und Nationalität keine Gewalt angetan werden soll. Auch die Regierung hat das anerkannt, und der Ostmarkenverein hat sich zu diesem Grundsatz in seinem Programm bekannt. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß in dem Eifer, jede Gegenwirkung des Polentums gegen deutsche Bestrebungen irgend welcher Art zu unterdrücken, mitunter die Grenze überschritten worden ist, die immerhin einzuhalten ist, wenn man nicht dem Polentum als solchem direkt die Existenzberechtigung abspricht. Die Verschlagenheit und Zähigkeit des Polentums, die bisher von dem deutschen Element in der Regel bewiesene Schwäche hat trotz der theoretischen Anerkennung, daß die polnische Sprache an sich unangetastet bleiben müsse, eine gewisse Ängstlichkeit gezüchtet. Ich glaube, daß die unablässige Arbeit an der Stärkung des deutschen Selbstbewußtseins und nationalen Gemeingefühls uns bald der Notwendigkeit überheben wird, in den Maßregeln zur Überwachung der polnischen Bestrebungen eine überängstliche Empfindlichkeit zu zeigen, die auch dem loyal sein wollenden Polen das Gefühl geben müßte, daß nicht die nationalen Aspirationen der Polen, sondern die Nationalität selbst unterdrückt werden soll.

Unter solchen Gesichtspunkten wird es zu verstehen sein,

wenn hier befürwortet wird, auf solche Dinge, wie z. B. Beschränkung des polnischen Privatunterrichts, künftig kein Gewicht zu legen. Es kommt dabei in Wahrheit nichts heraus. Wer seinerzeit beachtet hat, wie in Posen der Kampf gegen die polnischen Damen geführt wurde, die es übernommen hatten, armen polnischen Kindern unentgeltlichen Unterricht in der polnischen Sprache zu erteilen, der wird zugestehen müssen, daß die ganze Geschichte vom deutschen Standpunkt aus gesehen ein Mißgriff war. Nicht als ob den einzelnen Behörden in der Ausführung der Verordnungen eine Ungesetzlichkeit vorgeworfen werden könnte. Im Gegenteil dient gerade ihr in der Form durchaus korrektes Vorgehen zum Beweis, daß der Grundgedanke der Verordnung selbst verfehlt war, wenn solche Wirkungen daraus entstehen konnten. Bekanntlich ließ sich eine der Damen, Fräulein Omankowska, wegen ihres Widerstandes gegen das Polizeiverbot, das ihr die Erteilung des Unterrichts untersagte, vom Gericht rite zu einer Geldstrafe verurteilen, bezahlte dann absichtlich die Strafe nicht, obwohl sie durchaus dazu in der Lage gewesen wäre, ihr die Summe auch durch Sammlungen im Kreise ihrer Landsleute zur Verfügung gestellt wurde, und trat die Haftstrafe an, die nach dem Gesetz an Stelle der nicht erlegten Geldstrafe treten mußte. Der „Dziennik Poznanski“ aber konnte nach Ablauf dieser Haft triumphierend mitteilen: „Fräulein Johanna Omankowska hat gestern um 1 Uhr nachmittags das Polizeigefängnis verlassen, in dem sie fünf Tage gesessen hat, weil sie polnische Kinder — in der Muttersprache unterrichtet hat (przesiedziała 5 dni za to, że — uczyła dzieci polskie języka ojczystego).“ Selbstverständlich ist dies das einzige, was sich dem polnischen Leser von dem Vorfall einprägt. Denn die Masse der Leser bildet sich ihr Urteil nicht unter Beobachtung der juristischen Korrektheit; sie behält nur im

Gedächtnis, daß eine Dame im Gefängnis gesessen hat, weil sie armen polnischen Kindern eine Wohltat erwies. Das große Publikum unterscheidet nicht „Gefängnis“ und „Haft“; es weiß nicht oder vergißt, daß die Haft in diesem Falle nur für eine Geldstrafe substituiert war und freiwillig übernommen wurde um der größeren Wirkung nach außen willen; es kümmert sich nicht um den feinen juristischen Unterschied, daß die Geldstrafe, die der Richter verhängt, in solchen Fällen nicht dem Inhalt der Handlung gilt, durch die eine Verordnung übertreten wurde, sondern der Tatsache, daß eine Verordnung übertreten wurde, und der Art, in der dies geschah. Denn nicht durch die Unterrichtserteilung an sich wurde Fräulein Omankowska in diesem Falle strafbar, sondern durch ihren fortgesetzten Widerstand gegen das Verbot. Aber wenn schon daraus allgemein zu folgern ist, daß man nicht Polizeiverbote und Verwaltungsverordnungen erlassen soll, die dem Rechtsverstande des Volkes als widersinnig und unnötig erscheinen müssen, so gilt das hier noch in ganz besonderem Maße. Es ist wirklich nicht nötig, auf diesem künstlichen Wege Märtyrerinnen zu schaffen. Man konnte ruhig die Damen ihren Privatunterricht erteilen lassen, solange sie sich auf dem Boden der allgemeinen Staatsgesetze hielten. Denn wir fördern und stärken nicht das Deutschtum, indem wir, ohne das Geringste für uns selbst zu erreichen, den Polen bequemen Agitationsstoff liefern.

Daß mit dem hier empfohlenen Gewährenlassen in Dingen der erwähnten Art keine Zaghaftigkeit in der entschiedenen Handhabung der allgemeinen Landesgesetzgebung gemeint sein soll, bedarf wohl kaum besonderer Versicherung. Man hat von gewissen Seiten darüber gespottet, daß die Behörden mit voller Strenge gegen polnische Gymnasiasten vorgingen, die sich hochverräterischer Geheimbündelei schuldig gemacht hatten. Welchen Grund aber sollten die Behörden

haben, anders zu verfahren? Das Mitleid mit einem oder dem andern der Beteiligten, die vielleicht in jugendlicher Übereilung gehandelt haben, kann doch nicht in Frage kommen, wenn es sich um eine Gesetzverletzung handelt, die noch dazu wohl kaum in den idealistischen Verirrungen der einzelnen jungen Leute ihren letzten Grund hat, sondern in einer systematischen Hetzarbeit von Männern, die sich ihrer Verantwortung wohl bewußt sein sollten. Dieser staatsgefährlichen Hetzarbeit würden die Behörden nur Vorschub leisten, wenn sie davor zurückscheuten, um weichherziger Erwägungen willen einer ihrer Folgeerscheinungen entgegenzutreten. Wo die Indizien einer Verletzung der allgemeinen Landesgesetze vorhanden sind, da muß selbstverständlich fest zugegriffen werden.

Obwohl man die germanisierenden Einflüsse der Schulbildung nicht überschätzen soll, so kann man doch mit einiger Berechtigung behaupten, daß die polnische Jugend dem deutschen Einfluß vielleicht doch etwas mehr zu öffnen wäre, wenn das stärkste Mittel dieser Art, der preußische Militärdienst, unmittelbarer an den Schulunterricht anknüpfen könnte. Zwischen der Entlassung aus der Volksschule und dem Eintritt in den Militärdienst liegen für den jungen Polen 6 bis 8 Jahre, in denen er im allgemeinen den Beziehungen zu allen Einrichtungen deutschnationalen Charakters völlig entrückt ist. Die Ausfüllung dieser Lücke wäre ein Ziel aufs innigste zu wünschen. Das Fortbildungsschulwesen ist bei uns noch nicht so entwickelt, um namentlich im Osten den Aufgaben gerecht zu werden, die dort seiner harren. Es muß auch hier einer besonderen fachmännischen Untersuchung überlassen bleiben, was im einzelnen zu geschehen hätte. Nur der Hinweis darf an dieser Stelle nicht fehlen, daß wir mit der Volksschule allein unsere Aufgabe im Osten nicht für abgeschlossen halten dürfen, sondern daß wir das gelegte Fundament wiederum im deutschen Geiste und unter strenger Betonung des deutschen

Charakters unseres Staates ausbauen. Ist sonst durch die Hebung des kulturellen und gewerblichen Charakters der Provinz der Boden vorbereitet, so werden wir hierdurch einen Einfluß auf das Polentum gewinnen, der den der Volksschule um mindestens das Zehnfache übertrifft. So kann das Deutschtum auch in polnischen Kreisen Wurzel fassen.

Wir dürfen dabei noch ein wichtiges Volksbildungsmittel nicht vergessen, nämlich die Volksbibliotheken. Was solche Anstalten wirken können und bedeuten, das zeigt sich an den polnischen Bibliotheken. Auch in den deutschen Volkskreisen ist das Bedürfnis groß, und es gereicht dem Ostmarkenverein zur besonderen Ehre, daß er sich gerade dieser Sache so eifrig angenommen hat. Er hat eine besondere Sammelstelle für dieses Werk eingerichtet und hat schon viele Ortschaften im Osten mit gut ausgestatteten Büchereien versorgt. Wer in diesem Punkte vielleicht skeptische Anschauungen hat und den Wert solcher Büchereien nicht besonders hoch anzuschlagen geneigt ist, der muß vor allem bedenken, daß wir im Osten in der Konkurrenz mit dem polnischen Unternehmen stehen. Wir dürfen uns nicht sagen lassen, daß in den kleinen Ortschaften die polnische Bevölkerung in bezug auf ihr geistiges Unterhaltungsbedürfnis besser versorgt ist, als die deutsche. Wenn man derartigen Vorstellungen Rechnung trägt, so wirkt man oft mehr, als durch die größten Mittel.

Wir leiden im Osten überhaupt durch die Neigung, die Dinge allzu trocken, geschäftsmäßig, um nicht zu sagen materialistisch zu beurteilen. Es ist sehr zu bedauern, daß den vortrefflichen Anregungen des „Ausschusses für Wohlfahrtspflege auf dem Lande“ nicht mehr Teilnahme gewidmet wird.[1]) Die durch persönliche schlechte

[1]) Als Organ dieser Bestrebungen dient die Zeitschrift „Das Land“, herausgegeben von H. Sohnrey.

Erfahrungen verbitterten Gutsbesitzer behandeln diese Bestrebungen zum größten Teil mit Spott und Geringschätzung, weil sie bereits ganz verlernt haben, Ursache und Wirkung zu unterscheiden. Sie schelten über Eigensucht und Unzufriedenheit ihrer Leute und geben sich keine Mühe, auch nur die Probe zu machen, ob nicht doch einzelnen Ursachen des Übels beizukommen ist. Es ist mit eine der Ursachen der Stärke des Polentums, daß die Polen, obwohl sie auf der einen Seite anspruchsloser sind als die Deutschen, sich doch das Leben mehr so zu gestalten wissen, daß es ihnen nach ihrer Art, Sitte und Geschmack Freude bereitet. Man sollte das in deutschen Kreisen beachten und den Bedürfnissen des Volkes, die nicht der materiellen Förderung, sondern der Erziehung zur Heimatliebe und zu reiner harmloser Lebensfreude dienen, mehr Fürsorge und Teilnahme widmen. Auch das ist eine nationale Fürsorge in der edelsten Bedeutung des Wortes.

Kapitel 19.

Die polnische Sprache im öffentlichen Verkehr.

Wenn wir in unserer Sprachenpolitik keine Angriffstendenzen haben, sondern nur die Geltung unserer deutschen Sprache in der gebührenden Weise sichern wollen, so muß im öffentlichen und privaten Verkehr volle Klarheit über die Rechtsverhältnisse der beiden Sprachen geschaffen werden.

Schon aus Andeutungen, die hier und da gemacht worden sind, geht hervor, daß auch in den Beziehungen des privaten Erwerbslebens unsere deutsche Geschäftswelt viel mehr Rückgrat dem Polentum gegenüber zeigen müßte. Sie ist mit dem Inserieren und Korrespondieren in polnischer Sprache innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs sehr schnell, viel zu schnell bei der Hand. Es ist recht an-

erkennenswert, daß der Ostmarkenverein regelmäßig die Namen solcher Firmen veröffentlicht, die sich solcher Schwäche schuldig machen. Mit der Zeit wird das deutsche Publikum sich daran gewöhnen, auf solche Umstände zu achten und für diese Vertreter der Geschäftswelt daraus seine Konsequenzen zu ziehen. Wir sind tatsächlich die Stärkeren, wenn wir es sein wollen, und deshalb wäre darauf hinzuwirken, daß die Probe immer häufiger gemacht wird. Es wäre freilich falsch, nach einer Schablone zu verfahren oder gar die Meinung aufkommen zu lassen, als sei das Polnische um seiner selbst willen zu ächten. Nur soll die Bedeutung einer beharrlichen Tätigkeit und die Erweckung des Nachdenkens im Sinne größeren Selbstbewußtseins, Wagemuts und Rückgrats auch in der sprachlichen Seite des Geschäftsverkehrs hier hervorgehoben werden.

Man darf aber nicht den Geschäftsleuten allein die Schuld geben. Sie bedürfen der Unterstützung ihrer Kunden. Angesichts des Boykotts, den die Polen über die deutschen Geschäftsleute verhängen, sind die Deutschen viel zu lau in dem Grundsatz, nur deutschen Geschäftsleuten ihre Kundschaft zuzuwenden. Gewiß ist das ja mitunter mit Schwierigkeiten und Opfern verbunden, aber das Beispiel der Polen selbst zeigt, daß es trotzdem möglich ist. Dann wird auch für die deutschen Ladeninhaber die Verlockung fortfallen, ihren Firmenschildern und öffentlichen Ankündigungen polnische Übersetzungen beizufügen. Durch polizeiliche Vorschriften muß dafür gesorgt werden, daß öffentliche Ankündigungen jeder Art in deutscher Sprache erfolgen. Will jemand die polnische Übersetzung hinzufügen, so mag er das tun, aber so, daß die Deutlichkeit der deutschen Ankündigung nicht dadurch beeinträchtigt wird und diese jedenfalls an erster Stelle bleibt. Alle Ankündigungen öffentlicher Behörden, öffentliche Inschriften, Straßennamen u. dgl. sind nur in deutscher Sprache zu gestatten.

Im übrigen wird es weder nötig noch nützlich sein, Schablonen aufzustellen, nach denen das Verhalten der Deutschen und Polen bei ihren verschiedenen privaten Berührungen zu regeln ist; es ist das dem Takt des einzelnen zu überlassen. Dagegen gibt es andere Gebiete, auf denen es auch für die Organe des öffentlichen Lebens nicht leicht ist, immer das Richtige in der Behandlung der Sprachenfrage zu finden. Zunächst ist es eine schwierige Streitfrage, wie es mit der Sprache vor Gericht zu handhaben ist. Ginge es dabei von seiten der Polen immer ehrlich zu, so könnte man wohl denen recht geben, die der Meinung sind, bei der Entscheidung der Rechtsfragen müsse man jedem gestatten, seine Sache in der Muttersprache zu führen. Namentlich wo es sich um eidliche Aussagen handle, müsse man darauf Rücksicht nehmen, daß die Ermittelung der Wahrheit darunter leide, wenn man den Zeugen zwinge, seine Aussagen in einer ihm nicht ganz sicher geläufigen Sprache zu machen. Es sei menschlich wohl verständlich, wenn Zeugen in dieser Zwangslage die Kenntnis der deutschen Sprache ganz verleugneten, um nicht unter dem Eide etwas sagen zu müssen, für dessen Bedeutung und richtige, jedes Mißverständnis ausschließende Ausdrucksweise sie nicht glauben einstehen zu können. Das klingt sehr einleuchtend, aber es trägt nicht der Tatsache Rechnung, daß die Unkenntnis des Deutschen in den meisten Fällen nur erheuchelt wird, um die Verhandlung in polnischer Sprache zu erzwingen. Und das geht nicht im Interesse der Staatsautorität. Man wird von dem Gerechtigkeitssinn und dem Verständnis des Richterpersonals erwarten können, daß sie die Fälle, in denen unverschuldete Unkenntnis der Sprache und natürliche Unbehilflichkeit in dieser Beziehung die Stellung eines Zeugen oder einer Partei vor Gericht erschweren, einigermaßen zu erkennen und zu unterscheiden wissen.

Es ist aber zu bedenken, daß solche Fälle außerordentlich selten sind, wenn man auch zugeben mag, daß jetzt infolge der Anstrengungen der Geistlichkeit der Prozentsatz der Polen, die wirklich kein Deutsch können, um ein Geringes gestiegen ist. Aber darauf können wir gerade um so weniger Rücksicht nehmen, je mehr wir uns überzeugen, daß die Forderung an alle Polen in der Provinz Posen, sich die nötige Kenntnis des Deutschen anzueignen, bereits früher nahezu erfüllt gewesen ist, daß sie nichts Unmögliches verlangt, sondern daß nur böser Wille und Unwahrhaftigkeit den Schein ihrer Wirkungslosigkeit vorgetäuscht hat. Unsere nationale Würde und unser Staatsinteresse verlangen daher, daß wir in diesem Punkt keine unnötige Weichheit walten lassen. Die Erfahrung lehrt noch heute, daß die nötige Sprachkenntnis überall da ist, wo sie mit Entschiedenheit verlangt wird und wo aus ihrer Verleugnung Nachteile drohen. Die Zahl der Beispiele, in denen vor Gericht ein Zeuge zuerst behauptete kein Deutsch zu verstehen und zuletzt durch irgend einen Umstand veranlaßt, plötzlich fließend deutsch sprach, ist Legion. Darum dürfen Dolmetscher nur in Ausnahmefällen auf eigene Kosten dessen, der einen solchen Beistand verlangt, gestellt werden, und diese Kosten dürfen nur nach der eingehendsten Prüfung in den wenigen Fällen, wo jeder böse Wille ausgeschlossen erscheint, erlassen werden. Die Härten, die vielleicht bei diesem Verfahren jetzt noch möglich erscheinen, werden sehr bald ganz verschwinden, wenn erst jeder Pole weiß, daß ihm vor Gericht Nachteile drohen, wenn er nicht deutsch spricht. Man kann überzeugt sein, daß dann sehr bald jeder Pole deutsch sprechen wird.

Im Postverkehr haben bekanntlich die Polen die Befriedigung ihrer Ansprüche dadurch zu erzwingen versucht, daß auf eine Anregung ihrer nationalen Presse hin die Postsendungen in plötzlich auffallend zunehmender Zahl

polnisch adressiert wurden. Leider unterblieb damals die einzige Antwort der Reichspostverwaltung, die auf diese Herausforderung angemessen gewesen wäre. Statt eines Verbots der fremdsprachigen Adressen im Inlandsverkehr glaubte die Behörde den kecken Angriff der Polen dadurch abwehren zu können, daß sie die so adressierten Sendungen an die bei den Oberpostdirektionen eingerichteten Übersetzungsbureaus sandte. Sie glaubte in der dadurch entstehenden Verzögerung der Bestellung ein Mittel gefunden zu haben, um die Absender solcher Postsachen durch einen Nachteil für die frivole Absicht zu strafen, ohne daß die Postverwaltung genötigt war, in der Nationalitätenfrage irgendwie Stellung zu nehmen.

Die Schwäche dieses Standpunkts liegt auf der Hand. Betrachtete sich die Postverwaltung als eine den allgemeinen Staatsinteressen neutral gegenüberstehende bloße Verkehrsbehörde, so durfte es ihr nicht entgehen, daß die grundsätzliche Anerkennung der Beförderungspflicht für dergleichen Postsachen auch die weitere Verpflichtung in sich schloß, jede nicht sachlich gebotene Verzögerung und Umständlichkeit zu vermeiden. Tatsächlich braucht eine polnische Adresse an sich einem Deutschen nicht unverständlich zu sein. Eine Deklinationsendung am Namen macht diesen nicht immer unkenntlich, und die polnischen Formen der Ortsnamen sind nicht alle so unverständlich wie Bydgość (Bromberg) und Wschowo (Fraustadt). Unsere durch Findigkeit berühmten Postbeamten wissen innerhalb der Provinz Posen sicher, daß Posen Poznań und Gnesen Gniezno heißt. Und wenn ein nach Poznan bestimmter Brief den Zusatz Plac Wilhelmowski oder ulica Bismarcka trägt, so wird es den Beamten nicht eben viel Kopfzerbrechen machen, um an dem ihnen wohlbekannten Ort herauszufinden, daß der Wilhelmsplatz oder die Bismarckstraße gemeint ist. Aber wo ist die Grenze zu ziehen zwischen verständlichen und unverständlichen Adressen in

polnischer Sprache? Es müssen also alle derartigen Sendungen an die Übersetzungsstelle gehen. Damit werden die Übersetzungsstellen direkt lächerlich gemacht, und den polnischen Zeitungen wird der dankbarste Stoff geboten, um durch ihre Veröffentlichungen über „Posthakatismus" die deutsche Behörde ihren Lesern als eine Gesellschaft von Idioten hinzustellen. Manche Postbeamten fühlten natürlich die lächerliche Rolle, die ihnen da zugemutet wurde; sie ließen hin und wieder eine leicht verständliche polnische Adresse durchschlüpfen, indem sie gleich selbst den deutschen Ausdruck hinzufügten. Damit wurde aber wieder das Prinzip durchbrochen, und die Strafe für die polnische Herausforderung blieb aus. Außerdem forderte der lächerliche Charakter der ganzen Maßregel nicht nur im polnischen, sondern auch im deutschen Lager die Spaßvögel heraus, und der Behörde erwuchs daraus eine überflüssige Belästigung, vor der die Verwaltung ihre Beamten lieber schützen sollte. Es wurden gute und schlechte Scherze der verschiedensten Art gemacht. So schrieb jemand, um die Übersetzungsstellen anzuulken, einen Brief nach „Lać" und weidete sich in Gedanken an der Wirkung dieses überhaupt nicht existierenden polnischen Ortsnamens; gemeint war die gute Stadt Gießen, denn das deutsche Zeitwort „gießen" heißt auf polnisch „lać"! Nach diesem Muster wurde auch „Kąpać-Kąpać" geprägt; Kąpać heißt „baden". Auf unzählige Weise wurde so die deutsche Reichspost verhöhnt. Die grundsätzliche Stellungnahme war eben falsch.

Die Postverwaltung hat das Recht, auf dem Verordnungswege, d. h. durch den Reichskanzler, die Bedingungen festzusetzen, unter denen sie Sendungen befördern will. Jeder, der die Post in Anspruch nimmt, weiß ganz genau, welche Vorschriften er zu erfüllen hat, und unterwirft sich ihnen. Diese Vorschriften dienen in der Regel dazu, den Postbeamten ihren Betrieb zu erleichtern und Unzuträglichkeiten

fernzuhalten. Die Post trifft Bestimmungen über Gewicht und Format der Briefe, Verschnürung der Pakete und dgl. Sie hat aber auch als Reichsbehörde das Recht, Bestimmungen zu treffen, wo irgendwelche staatlichen Interessen in Frage kommen. Wie viel mehr sind solche Bestimmungen am Platz, wo gleichzeitig Aufenthalt und Belästigungen für die expedierenden Beamten zu vermeiden sind! Warum bestimmt die Post nicht im übereinstimmenden Interesse des Staates und des Zeitaufwandes der Beamten, daß Sendungen innerhalb des Deutschen Reiches ausschließlich in deutscher Sprache zu adressieren sind? Dann ist der polnischen Unart einfach der Weg versperrt; der Beamte weist jede nicht ausschließlich deutsch geschriebene Adresse zurück, nicht weil dabei irgend eine Erwägung bezüglich ihrer Verständlichkeit oder Unverständlichkeit anzustellen ist, sondern einfach weil die Annahme einer allgemeinen postalischen Vorschrift widerspricht. Der Reichspostverwaltung ist entschieden ein Vorwurf daraus zu machen, daß sie diese Ergänzung der Postordnung noch nicht vorgenommen hat.[1]) Der internationale Postverkehr, der Verkehr über die Reichsgrenze hinüber würde dadurch nicht berührt werden.

Alle diese Fragen, die den geschäftlichen und den amtlichen Verkehr in der Landessprache betreffen, sind verhältnismäßig einfach im Vergleich mit der viel schwierigeren und heikleren Frage, wie es mit der Sprache in politischen Versammlungen zu halten ist. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird sehr gern — und zwar überall und ganz unabhängig von der Polenfrage — als die wesentlichste Garantie der politischen Freiheit angesehen; gerade hierin soll ja das Recht des Individuums gegenüber dem

[1]) Näheres über die Rechtsfrage ist zu finden in der Schrift von Dr. Hans Paalzow: „Zur Polenfrage". Berlin 1902 bei Otto Liebmann.

Interesse und der Autorität des Staates zum Ausdruck kommen. Wenn aber das Recht des Individuums auf diesem Felde gewahrt werden soll, dann — so argumentiert mit Vorliebe der politische Gemeinverstand — muß auch das Recht der Nationalität dabei gewahrt sein. Wo ich das Recht habe, frei meine Meinung zu sagen, da muß ich sie auch in meiner Muttersprache sagen können, gleichviel ob diese als Landessprache gilt oder nicht. Wenn nun obendrein durch Spruch des höchsten zuständigen Gerichtshofes wiederholt anerkannt worden ist, daß auch die formalen Bestimmungen des preußischen Versammlungsrechts keine Handhabe bieten, gegen den Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen einzuschreiten, so scheint der Rechtsstandpunkt der Polen in dieser Beziehung unerschütterlich zu sein. Die schon erwähnte Schrift von Dr. Paalzow beschäftigt sich eingehend auch mit dieser Rechtsfrage und kommt, was das geltende Recht betrifft, zu dem gleichen Resultat. Der Verfasser zieht daraus den Schluß, in dem er sich mit jedem nationalgesinnten Kenner der Verhältnisse im Osten begegnen wird, daß nämlich eine Abänderung der bestehenden Gesetzgebung in diesem Punkte notwendig ist. Da die politischen Versammlungen das wirksamste Mittel der nationalpolnischen Agitation sind, so kann der Staat unmöglich auf ihre Überwachung und auf die Bestimmung der Form ihrer Verhandlungen verzichten, es sei denn, daß er durch die Verfassung selbst gezwungen ist, sich dieser Einwirkung zu enthalten. Wenn nun auch viele preußische Staatsbürger der Meinung sind, die Verfassung lege allerdings den Staatsbehörden diese Pflicht der Enthaltsamkeit auf, und wenn auch andere zwar wissen, daß dem nicht so ist, aber doch wünschen, daß es so sein möchte, so kann doch hier nur der praktische Gesichtspunkt in Frage kommen, daß nach der durch die Vereinsgesetzgebung selbst anerkannten Befugnis des Staates eine gesetzliche Bestimmung

durchaus zulässig erscheint, die das sachliche Recht der freien Meinungsäußerung nicht berührt, aber die Form so weit Beschränkungen unterwirft, als es ein höheres Staatsinteresse gebietet. Aus den geltenden Grundsätzen und den bisherigen Auffassungen des verfassungsmäßigen Rechts begibt sich also der Staat nicht heraus, wenn er in das Gesetz die bisher noch nicht geltende Bestimmung einfügt, daß in politischen Versammlungen nur in deutscher Sprache verhandelt werden darf.

Ein Unrecht geschieht den Polen dadurch insofern nicht, als sie fast durchweg mit der deutschen Sprache genügend vertraut sind, um den Zweck der Versammlung erfüllt zu sehen. Es entspricht, wie wir schon früher sahen, dem Sinn der Verfassung, daß sie die Staatsbürgerrechte unter der stillschweigenden Voraussetzung der Staatsbürgerpflichten verleiht. Auch das Recht, politische Versammlungen abzuhalten, schließt die Pflicht in sich, die Verantwortung dem Staat gegenüber im Auge zu behalten. Diese Pflicht muß sich in dem Gebrauch der deutschen Sprache ausdrücken, wodurch dem Staat das Seinige gegeben und die Kontrolle ermöglicht wird. Eine politische Versammlung kann bei aller sonst zu gewährenden Freiheit nicht als ein Privatakt angesehen werden; es ist ein Akt der Öffentlichkeit, der das Staatsinteresse berührt. Die Forderung des Gebrauchs der deutschen Sprache ist aber nicht nur berechtigt, sie ist auch Notwendigkeit. Die polnische Sprache wird in Versammlungen tatsächlich in staatsfeindlichem Sinne mißbraucht. Wie kann sich der preußische Staat eine solche Verhöhnung bieten lassen, wo doch das Gesetz ausdrücklich eine Beaufsichtigung der Versammlungen durch die Polizeibehörde fordert! Soll der Staat nun zur Beaufsichtigung Beamte hinstellen, die der polnischen Sprache kundig sind? Das hieße ja förmlich, von den Beamten die Erlernung der polnischen Sprache von Staatswegen fordern. Das wollen

wir ja aber gerade verhindern. Da ist eben der einzige Ausweg, daß den politischen Versammlungen die Verpflichtung auferlegt wird, deutsch zu verhandeln. Politische Versammlungen sind übrigens in diesem Sinne alle, die der nationalen Propaganda der Polen dienen, also vor allem auch die Sokols, obwohl diese heuchlerischerweise gern als unpolitische Turnvereine ausgegeben werden.

Im Anschluß an diese politische Überwachung der Versammlungen und Vereine ist nun auch die Frage aufgeworfen worden, ob nicht auch die polnische Presse sprachlichen Beschränkungen zu unterwerfen ist, um ihre Kontrolle zu erleichtern. Die meisten Vertreter einer entschiedenen Polenpolitik sind geneigt, die Forderung zu erheben, daß die polnischen Blätter zum zweisprachigen Erscheinen gezwungen werden sollen. Sie sollen also neben dem polnischen Text eine deutsche Übersetzung bringen, eine Einrichtung, die ja in Grenzlanden nicht unbekannt ist. Diese Maßregel wäre aber ein Schlag ins Wasser. In einer Versammlung ist eine unmittelbare Kontrolle an Ort und Stelle, die Feststellung eines gesprochenen Wortes notwendig. Es ist ein Beamter da, der verstehen können muß, was um ihn her vorgeht, und der unter Umständen in eine seine Autorität und die öffentliche Ordnung schädigende Lage gebracht wird, wenn bei einer solchen Gelegenheit polnisch gesprochen wird. Bei dem gedruckten Wort liegt die Sache doch wesentlich anders. Durch die polnische Presse wird die deutsche Bevölkerung und die Stellung der Behörden nicht in Mitleidenschaft gezogen. Ist der Inhalt eines polnischen Blattes reif für den Strafrichter, so findet die Behörde von verschiedenen Seiten Hilfe genug, um innerhalb der gesetzlichen Frist die nötigen Feststellungen zu machen, und es wäre zu befürworten, daß den Behörden gegenüber den in fremder Sprache erscheinenden Zeitschriften besondere Befugnisse zum Erlaß eines Verbots bei-

gelegt werden, wie sie in anderen Staaten (z. B. Frankreich!) längst bestehen. Hätten wir eine doppelsprachige polnische Presse, so läge ein Bedenken darin, daß sprachunkundige Beamte sich auf die deutsche Übersetzung verließen. Wo ist aber die Kontrolle, daß die Übersetzung richtig ist? Für das Wesen des Übersetzens haben leider wenige Menschen ein richtiges Verständnis. Sie wissen nicht, daß man scheinbar richtig übersetzen und doch dabei viele Feinheiten des Sinnes, Wortspiele usw. verwischen kann. Hierfür nur ein Beispiel. Ein sehr ernst gehaltener Brief des Kaisers an den Erzbischof v. Stablewski erschien in den polnischen Blättern in polnischer Übersetzung. Kein kontrollierender Beamter hätte einen Übersetzungsfehler nachweisen können. Als der Brief aber aus dem polnischen Text für die deutsche Presse wörtlich zurückübersetzt wurde, ergab sich eine starke Abschwächung des Sinnes des Originalschreibens. So kann man einen von Beleidigungen strotzenden polnischen Artikel schreiben und die „wörtliche" Übersetzung ganz harmlos gestalten. Die Neigung der Polen, auf einem neuen Wege die Behörden zu verhöhnen, fände hier eine dankbare Gelegenheit. Im Grunde wären wir doch genau so weit, wie wir jetzt sind; nur müßten wir uns sagen, daß wir über die notwendige Grenzlinie einer berechtigten Sprachenpolitik hinausgegangen sind und ein Gebiet betreten haben, wo die kleinliche Verfolgung und die Chikane beginnt. Darum dürfte die Zweisprachigkeit der polnischen Presse nicht zu empfehlen sein.

Kapitel 20.

Die polnische Sprache im Unterricht.

Die Aufgabe der hier anzustellenden Betrachtungen ist es nicht, die Einzelheiten festzustellen, nach denen unsere Schulpolitik im Osten einzurichten ist. Das mag den fach-

männischen Erörterungen überlassen bleiben. Es kommt hier nur auf die Grundzüge an, die der Politiker dem Fachmanne an die Hand geben muß, damit auch der Unterricht sich in der richtigen Weise in das System einer umfassenden Polenpolitik einfügt. Der Ausgangspunkt ist auch hier durch die Regel gegeben, daß wir uns nicht mit den Polen zu beschäftigen haben, sondern mit den Deutschen. Auch die Schule kann die Polen nicht germanisieren. Ein solches Streben schießt über das Ziel hinaus und hat den Nachteil, daß es über Enttäuschungen zur Mutlosigkeit führt. Wenn wir in Erfüllung der Aufgabe, unser Volkstum zu schützen, die Polen behelligen müssen, so geschieht das nicht, um ihnen etwas Besonderes — Gutes oder Schlimmes — anzutun, sondern weil bei der aggressiven und propagandistischen Natur des Polentums die Wahrung des Deutschtums auf anderem Wege nicht möglich ist. Müssen wir von den Polen wenigstens die Kenntnis der deutschen Landessprache verlangen, so ergibt sich für die Schule als erster Fundamentalsatz, daß auch die Unterrichtssprache nur die deutsche sein darf. Wir bilden uns, wie nicht oft genug betont werden kann, nicht ein, die Polen dadurch zu Deutschen zu machen; im Gegenteil, um der Polen allein willen möchte man eher geneigt sein, sie von unserer Sprache abzusperren, aber wir müssen um unserer selbst willen die entgegengesetzte Konsequenz ziehen.

Hier muß nun aber auch sogleich der Schwierigkeiten gedacht werden, die der Regelung unserer ganzen Unterrichtspolitik in den Ostmarken entgegenstehen. Die Sache wäre im Grunde gar nicht so verwickelt und bedenklich, wenn die Staatsregierung volle Freiheit hätte, das Unterrichtswesen im Osten so einzurichten, wie es für die besondere Lage erforderlich wäre. Diese Freiheit hat sie aber nicht. Um sie herzustellen, müßte die Verstaatlichung der Schule und ihre Loslösung von der Kirche möglich sein.

Nach der Verfassung sind die Schulen in Preußen grundsätzlich Gemeindeanstalten, mag man nun, wie es in dem neuesten preußischen Schulunterhaltungsgesetz — das für die Ostmarken vorläufig nicht gelten soll — geschehen ist, besondere Schulgemeinden bilden oder die politischen oder kirchlichen Gemeinden dafür einsetzen. Die umfangreichen Rechte, die der Staat in der Kontrolle der Unterrichtserteilung hat, und seine Befugnis, helfend und ergänzend für die Gemeinden einzutreten, reichen nicht für die Zwecke aus, um die es sich bei der Polenfrage handelt. Schon dadurch ist es ausgeschlossen, die Volksschulen als einen sichern Faktor der Germanisierungspolitik zu betrachten. Dazu würde eine ganz andere Form des staatlichen Einflusses gehören, volle Verfügungsfreiheit des Staates über alle Mittel der Schulverwaltung. In Wirklichkeit sind diese jedoch zu einem großen Bruchteil in polnischen Händen. Es ist begreiflich, daß die Regierung selbst sich sträubt, hier im Osten eine größere Last zu übernehmen, die ihr verfassungsmäßig nicht einmal zusteht.[1]) Für eine grundsätzliche Änderung der Verfassung in diesem Punkte ist die Staatsregierung noch weniger zu haben, da dies geradezu unabsehbare Konsequenzen haben würde. Unter solchen Verhältnissen ist es natürlich schwer, zu einem Entschluß zu kommen. Noch weiter erschwert wird die Bereitwilligkeit des Staates, helfend einzutreten, durch die allgemeine Rückständigkeit des Volksschulwesens im Osten.

[1]) In einer bald nach der ersten Auflage des vorliegenden Buches erschienenen Schrift: „Neue Bahnen der Polenpolitik" von Assessor Herr ist aus meinen Behauptungen die Schlußfolgerung gezogen, es sei mir unbekannt, daß die Art. 21—25 der preußischen Verfassung durch den Art. 112 suspendiert seien. Diese Folgerung ist irrtümlich. Meine Behauptungen gründen sich auf das geltende Recht, das — abgesehen von dem Schulunterhaltungsgesetz — durch Art. 112 der Verfassung selbst verfassungsmäßig geworden ist.

Da es sich hier überwiegend um ärmere Gemeinden handelt, oder um Gutsbezirke, deren Verhältnisse für die Entwicklung der Volksschulen nicht günstig sind, so haben sich schwere Übelstände herausgebildet, die von dem Kulturstandpunkt des Landes ein ungünstiges Zeugnis ablegen. Überfüllte Schulen in jämmerlichen Gebäuden sind, obwohl von Jahr zu Jahr eine langsame Besserung zu bemerken ist, noch immer das traurige Kennzeichen dieser Zustände. Es werden Anstrengungen genug gemacht, aber bei den vorhandenen Mitteln kann eben nicht mehr geleistet werden. Auch hat man erst in der neuesten Zeit eingesehen, daß im Interesse des Deutschtums für den Osten mehr getan werden müsse; bis dahin stand man auf dem bequemen bureaukratischen Standpunkt, daß es nach der verfassungsrechtlichen Stellung des Volksschulwesens ganz selbstverständlich sei, wenn eine ärmere und abgelegene Provinz auch klägliche Schulen habe. Die Tüchtigkeit und Entsagungsfähigkeit der Lehrer hat dabei noch über das Allerschlimmste hinweggeholfen, aber für ein objektives Urteil liegt in diesem Umstande keine Beruhigung. Es erscheint vielmehr als ein doppeltes Unrecht, daß die Verhältnisse gerade den Lehrern, die die schwerste Aufgabe zu lösen haben, die ungünstigste Stellung anweisen.

Wenn man bedenkt, was hier auf dem Spiele steht, — und die allgemeinen Betrachtungen über den Zustand der Volksschulen im Osten berücksichtigen noch gar nicht einmal den Nationalitätenstreit — so wird die Staatsregierung schließlich an einem energischen Eingreifen nicht vorbeikommen. Es werden besondere Mittel zur Hebung des Volksschulwesens im Osten bereitgestellt werden müssen. Die Gewährung von Zulagen an die im Osten tätigen deutschen Lehrer genügt nicht, und da staatliche Subventionen für das Schulwesen wenigstens nicht verfassungswidrig sind, so sollte sich die Staatsregierung zu

einem umfassenden Schritt in dieser Richtung entschließen. Es ist doch wohl anzunehmen, daß sie dabei die Unterstützung des Landtags findet. Freilich ist eine solche Maßnahme mit der Bereitstellung des Ansiedlungsfonds nicht direkt zu vergleichen, da es sich hier in viel größerem Maßstabe um unmittelbare Aufwendungen und Opfer des Staates handelt, wie sie einzelnen Provinzen ungern gebracht werden. Aber schließlich steht doch das, was in diesen Provinzen geleistet und erhalten werden soll, in zu engem Zusammenhange mit Existenzfragen des Gesamtstaats, als daß nicht bei der Mehrheit der Volksvertretung die Bereitwilligkeit vorausgesetzt werden könnte, für diese Verteidigung deutschen Bodens besondere Mittel zu bewilligen.

Wie die Verstaatlichung der Volksschule, so würde auch die Lostrennung des Volksschulwesens von kirchlichen Einflüssen das Werk der Erhaltung deutschen Volkstums im Osten für den Staat sehr viel einfacher gestalten. Aber wenn schon die Verstaatlichung der Schule bedenklich erscheinen muß, so zeigt sich der Weg der Loslösung der Schule von der Kirche vollends ungangbar. Vor allem aus rein praktischen, oder wenn man will, taktischen Gründen. Diesen Weg würde diejenige Partei unter keinen Umständen gehen, ohne die in Preußen eine nationale Politik nun einmal nicht zu machen ist, nämlich die konservative Partei. Es ist hier nicht der Ort, auf die Streitfrage, wie weit die konservative Auffassung von dem Verhältnis von Kirche und Schule berechtigt ist, einzugehen. Wir wollen hier nur die Tatsache verzeichnen, daß wir mit dieser Auffassung zu rechnen haben. Unter „konservativ" wird hier natürlich das Wort in seiner streng parteipolitischen Bedeutung verstanden, nicht etwa in dem allgemeineren Sinne, in dem sich mancher mit vollem Rechte „konservativ" nennt, auch wenn er das Parteiprogramm nicht in allen Stücken unterschreibt. Für die Polenfrage liegt in dem hier in

Rede ſtehenden Teil des konſervativen Programms zweifellos eine Erſchwerung. Wir haben in einem früheren Abſchnitte geſehen, wie der Ultramontanismus in dem Polentum ein willkommenes Werkzeug findet und wie infolgedeſſen die katholiſche Geiſtlichkeit, die ja in den Oſtmarken überwiegend polniſcher Nationalität iſt, bewußt für das Polentum tätig iſt und namentlich ihren Einfluß auf die Familie und auf die Jugend benutzt, um poloniſierend zu wirken. Dieſen Einfluß auszuſchalten, muß von deutſcher Seite als ein vollkommen vergebliches Bemühen erkannt werden, ſo lange den kirchlichen Organen das legale Recht zuſteht, in Unterrichtsfragen die ſtaatlichen Intereſſen direkt zu durchkreuzen. Man könnte vielleicht einwenden, das liege im Weſen der katholiſchen Kirche, die ihre Rechte und Grundſätze niemals weltlichen Autoritäten unterordnen könne. In Wahrheit aber beſitzt die katholiſche Kirche eine außerordentliche Anpaſſungsfähigkeit überall da, wo die weltlichen Autoritäten eine genügend ſtarke Stellung beſitzen und wo andere kirchliche Intereſſen auf dem Spiel ſtehen. Es ſind alſo auch ſchließlich die Anſprüche der Kirche nicht ſo unabänderlich, wie ſie gern hingeſtellt werden. Leider aber können wir nicht darauf rechnen, daß unſere ſtaatserhaltenden Parteien der Regierung den nötigen Rückhalt geben, um mit voller Sicherheit des Erfolges ihr Intereſſe gegenüber dem Ultramontanismus zu wahren. Die Wünſche der konſervativen Partei bewegen ſich in der entgegengeſetzten Richtung. Sie glaubt die religiöſe Erziehung der Jugend gefährdet, wenn nicht den Organen der Kirche ein weitgehender Einfluß auf die Schule geſichert wird. Es iſt alſo kaum eine Ausſicht, daß eine Einſchränkung des geiſtlichen, d. h. in dieſem Falle des poloniſierenden Einfluſſes auf die Schule durchgeſetzt werden kann.

Wenn hier von einem ſchädlichen Einfluß der kirchlichen Organe auf die Schule die Rede iſt, ſo iſt damit nicht die

legitime Kontrolle der Kirche über den Inhalt des religiösen Unterrichtsstoffes gemeint, sondern die Einmischung der Kirche in Form und Art des Unterrichts, worüber dem Staat allein das Recht der Entscheidung zustehen sollte. Daß der Staat hierin sein Recht wahrt, ist für die Verhältnisse in den Provinzen mit polnischer Bevölkerung so wichtig und notwendig, daß wir zusehen müssen, was irgend davon zu retten ist. Vor allem ist hierbei wünschenswert, daß die Schulinspektionen in den Händen tüchtiger und energischer Fachleute liegen. Das ist bezüglich der Kreisschulinspektionen im allgemeinen auch durchgeführt worden; doch hat es auch nicht an Versuchen gefehlt, das schon Gewonnene wieder preiszugeben. Von konservativer Seite ist man gegen die weltlichen Schulinspektoren nicht freundlich gesinnt; man will diese Ämter ganz und gar in die Hände von Geistlichen legen, wie es bei den Ortsschulinspektionen ja schon die Regel ist. Es ist fraglich, ob im Kultusministerium die gehörige Widerstandskraft gegen diese Bestrebungen vorhanden ist; manche Erfahrungen lassen auf das Gegenteil schließen. Hoffentlich aber werden solche Stimmungen überwunden, so daß wir auf die größte Festigkeit der Staatsregierung in der straffen Handhabung einer fachmännisch erfahrenen und dem Ultramontanismus gegenüber rückgratfesten Schulaufsicht rechnen können. Wenn die Regierung in dieser keineswegs etwa kirchenfeindlichen, sondern nur politisch wohlbegründeten Maßregel den nötigen Ernst und Takt zeigt, so wird vielleicht auch die Abneigung der Konservativen in diesem Punkte zu überwinden sein.

Man darf übrigens nicht glauben, daß nur die konservativen Parteianschauungen auf diesem Gebiete gewisse Schwierigkeiten bereiten. Auch der Liberalismus hat die praktischen Bedürfnisse des Ostens auf dem Gebiet der Schulpolitik seinen Parteitheorien aufgeopfert. Es ist das ein Zeichen, wie wenig die Polenpolitik nach einem bestimmten

Parteiſchema betrieben werden kann. Dem Liberalismus verdanken wir die für den Nationalitätenkampf im Oſten ganz ungeeignete Simultanſchule. Es iſt blaſſe Theorie, wenn man geglaubt hat, auf dieſem Wege die Nationalitäten zuſammenführen und die Polen deutſchen Einflüſſen unterwerfen zu können. Die Eigenart der Verhältniſſe, wie wir ſie mehrfach zu ſchildern verſucht haben, bringt es mit ſich, daß die deutſchen Kinder ſehr bald unter eine polniſche Mehrheit geraten, die unter dem Einfluß ihrer Familie und des dahinter ſtehenden Geiſtlichen an ihrer Nationalität bewußt feſthalten, dem Lehrer die Tätigkeit erſchweren und ihre deutſchen Schulkameraden nötigen, bei den gemeinſamen Spielen und Unterhaltungen die polniſche Sprache zu gebrauchen. So wie die Dinge nun einmal liegen, müſſen wir darauf bedacht ſein, das vorhandene deutſche Element vor polniſcher Beeinfluſſung zu ſchützen. Deshalb müſſen wir in den Schulen die deutſchen Kinder von den polniſchen nach Möglichkeit trennen. Die konfeſſionelle Schule gibt in den meiſten Fällen zugleich die einfachſte und natürlichſte Sichtung. Die evangeliſchen Schulen werden im allgemeinen rein deutſch ſein; die wenigen evangeliſchen Polen wirken dabei in keiner Weiſe ſtörend, da der Bekundung ihrer Nationalität jede ſtaatsfeindliche Spitze fehlt. In den katholiſchen Schulen wird man dann freilich auf eine weitere Sonderung nach Nationalitäten bedacht ſein müſſen, ſo daß die deutſchen Katholiken möglichſt Gelegenheit erhalten, ihre Kinder getrennt von den Polen unterrichten zu laſſen. Nur im Notfall wären deutſche Schulen verſchiedener Konfeſſion zu einer Simultanſchule zuſammenzulegen, deren deutſcher Charakter dann aber auf das ſtrengſte feſtzuhalten wäre und die nur beſtehen dürfte, wo eine polniſche Schule am Ort iſt.

Die Trennung der Nationalitäten in den Schulen dürfte nun aber nicht etwa zur Folge haben, daß in den

polnischen Schulen in polnischem Geiste unterrichtet würde. Der Grundsatz, daß nur in der Landessprache d. h. in der deutschen Sprache unterrichtet wird, muß auch hier zur Geltung kommen, nur wird Methode und Art des Unterrichts dem Umstand anzupassen sein, daß der Lehrer hier ausschließlich mit Kindern zu tun hat, die zu Hause polnisch sprechen.

Hier setzt nun freilich der heftigste Widerstand der Polen selbst und auch aller derer ein, die sich ihre Ideen über Wert und Bedeutung der Muttersprache nicht nach den Erfahrungen praktischer Pädagogen, sondern nach ihren eigenen Empfindungen und den darauf erbauten Theorien gebildet haben. Es darf doch aber nicht ganz in den Wind geschlagen werden, daß alle Erfahrungen der Lehrer selbst und der verantwortlichen Behörden darin gipfeln, daß ein von Anfang an konsequent und ausschließlich in fremder Sprache geleiteter Unterricht, wenn er in der Hand eines geschickten und darauf hin ausgebildeten Lehrers liegt, vollkommen das Ziel erreichen kann, das dem Volksschulunterricht allgemein gesteckt ist. Es ist doch nicht anzunehmen, daß so viele Fachleute, die Jahre und Jahrzehnte hindurch in der praktischen Arbeit gestanden haben, eine solche Behauptung, für deren Richtigkeit sie jederzeit in ihrem Beruf selbst haften müssen, aus bloßer nationaler Verranntheit oder den Regierungsbehörden zuliebe aufstellen sollten, wenn ihre eigene Arbeit sie dann jederzeit Lügen strafen könnte. Wenn die erfahrensten und besten Lehrkräfte auf die Frage, ob auch die polnischen Kinder ohne Gefährdung des Unterrichtsziels von Hause aus in deutscher Sprache unterrichtet werden können, aus ihrer Praxis heraus immer und immer wieder einmütig bezeugen: ja, es geht! — dann könnten sich doch die klugen Herren, die mit psychologischen Gesetzen und fein differenzierten Empfindungen gegen diese Erfahrung ankämpfen, einigermaßen beruhigen! Wenigstens kann

der Gedanke doch wohl nicht ſo grauſam und unverſtändig ſein. Die meiſten unerfahrenen Beurteiler ſtellen ſich dabei unbewußt Kinder aus ihrem eigenen Bildungskreiſe vor, die unter einer Fülle von Eindrücken von der früheſten Entwicklung an ſtehen und denen frühzeitig allerlei abſtrakte Begriffe, wenn auch in unvollkommener Vorſtellung vermittelt werden. Sie können ſich nicht vorſtellen, wie beſcheiden der Vorrat an Worten und Begriffen iſt, über den das polniſche Landkind zu der Zeit verfügt, wo es in die Hand des Lehrers kommt, mit welcher Anſtelligkeit und Anpaſſungsfähigkeit aber auch andrerſeits gerade das Kind der ſlawiſchen Raſſe neue Worte und Begriffe aufnimmt, wenn ſeine Auffaſſungsgabe geſchickt und methodiſch angeregt wird. Das polniſche Kind übertrifft das deutſche im allgemeinen an Sprachtalent und in dem Tempo ſeiner geiſtigen Entwicklung. Dem Lehrer muß nur ſeine Aufgabe dadurch erleichtert werden, daß er lauter Kinder dieſes Schlages vor ſich hat und nicht etwa deutſche darunter gemiſcht; er muß nicht vor eine überfüllte Klaſſe geſtellt und perſönlich bis zur Grenze menſchlicher Leiſtungsfähigkeit überlaſtet ſein.

Auf Überlaſtung des Lehrers, Überfüllung der Klaſſen und hin und wieder natürlich auch auf mangelnde Fähigkeit oder gar mangelnden guten Willen der Lehrkräfte iſt es auch zurückzuführen, wenn hier und da Grund zu der beliebten Klage der Polen gegeben wird, daß die deutſche Schulbildung ihrer Kinder nichts anderes ſei als eine Papageiendreſſur. Die Kinder lernten auf beſtimmte Fragen deutſche Antworten nachplappern, ohne daß ſie die Worte und Sätze verſtänden. Es wäre, wie geſagt, falſch, derartige Fälle leugnen zu wollen. Nur darf man einige wichtige Punkte dabei nicht überſehen. Man darf die Glaubwürdigkeit der Polen in Erzählungen dieſer Art nicht zu hoch einſchätzen. Bei uns iſt es ja im politiſchen

Meinungskampf leider Sitte, die Autorität des Feindes anzurufen, um den Nebenmann, der mit uns in Reihe und Glied kämpft, recht unfreundlich kritisieren zu können. Aber darum wird das, was uns von polnischer Seite vorerzählt wird, noch durchaus nicht immer zur Tatsache. Die behauptete Unfähigkeit der polnischen Jugend, deutsch zu verstehen, ist in vielen von den behaupteten Fällen entweder überhaupt nicht vorhanden, oder sie ist von dem Geistlichen oder Lehrer selbst — sei es direkt, sei es durch Vermittlung der Eltern — suggeriert. Auf solche Fälle kann aber der Staat keine Rücksicht nehmen; er muß vielmehr die Verantwortung dafür denen zuschieben, die, entgegen den sittlichen Geboten, die sie selbst öffentlich predigen, in die Seele des Kindes die Keime des Ungehorsams gegen die rechtmäßige Obrigkeit und des Hasses gegen einen Teil ihrer Mitbürger pflanzen. Von dieser Verantwortung können jene nationalen Agitatoren um so weniger entlastet werden, als ihre Haltung, wie wir gesehen haben, nicht erst durch ein hartes oder unzweckmäßiges Vorgehen der preußischen Unterrichtsverwaltung hervorgerufen ist, sondern durch die bewußte Absicht der Propaganda für die polnische Sache diktiert wird. Deshalb würde auch der Versuch ganz verfehlt sein, den Widerstand gegen den deutschen Unterricht durch Milde und Nachgiebigkeit zu beseitigen. Man würde damit der Polonisierung direkt in die Hände arbeiten.

Es kann also kein Zweifel darüber bestehen, auf welche Seite sich der Staat bei der Entscheidung, ob polnische oder deutsche Unterrichtssprache in den polnischen Schulen, zu stellen hat. Durch unbeirrtes Vorwärtsgehen auf dem einmal eingeschlagenen Wege wird noch am ersten das Polentum zu der Erwägung gebracht, daß es zwecklos ist, den Nationalhaß gegen das Deutschtum unter den polnischen Kindern durch äußeren Widerstand gegen die Schulmethode zu schüren. Sie werden vielleicht doch noch einsehen, daß

ſie ſich eigentlich in das eigene Fleiſch ſchneiden. Wir können freilich nicht mit Beſtimmtheit vorausſagen, daß dieſe Einſicht durchdringen wird, aber das eine weiß jeder, der Polen kennt, daß ſie nie zu ſolcher Einſicht auf dem Wege der Milde und der Zugeſtändniſſe der preußiſchen Regierung kommen werden. Es mag ſein, daß ſich bei unſerer Praxis auch einige unangenehme Folgen für das Deutſchtum ergeben, dann aber haben wir unter den vorhandenen Übeln das kleinſte zu wählen.

Nun wird freilich ſehr energiſch verſucht, wenigſtens den Religionsunterricht in polniſcher Sprache für die polniſchen Schulkinder zu retten. Dieſer Verſuch geht nicht nur von polniſcher Seite aus, ſondern wird auch von deutſcher Seite unterſtützt, und zwar nicht bloß von dem Zentrum als berufsmäßiger Polenſchutztruppe, ſondern auch von andern Vertretern ſtrenger Kirchlichkeit, die für den Religionsunterricht durchaus die Mutterſprache fordern. Zugegeben muß ja werden, daß der Religionsunterricht nicht ganz auf eine Stufe mit andern Unterrichtsfächern zu ſtellen iſt. Es ſoll doch hier noch eine beſondere Einwirkung auf das Gemüt und das geſamte innere Leben des Kindes erreicht werden; darum iſt es richtig, daß in dem Religionsunterricht ein beſonderer Zuſammenhang zwiſchen Schule und Haus hergeſtellt wird. Durch das Elternhaus tritt das Kind unter normalen Verhältniſſen in die erſte Beziehung zur Kirche; von der Mutter lernt es beten. Daher erſcheint es vielen beſonders unnatürlich, daß die Schule dem Kinde die religiöſen Wahrheiten nicht in der Sprache vermittelt, in der es zu Hauſe beten gelernt hat und in der es die Richtſchnuren für ſein ſittliches Leben von den Eltern empfängt.

Man würde ſicherlich dieſen Empfindungen gern Rechnung tragen, wenn man nicht in den Schulen die ſchlimmſten Erfahrungen gemacht hätte. Gewiſſenhaft und ſorgfältig

hat die preußische Unterrichtsverwaltung dahin gestrebt, den polnischen Kindern den Übergang zur deutschen Sprache im Religionsunterricht so zu erleichtern, ihn so vorzubereiten, daß von irgend einer Härte und Unbilligkeit gar nicht die Rede sein kann. Man hat mit polnischem Religionsunterricht angefangen und erst auf der Oberstufe ihn durch den Unterricht in deutscher Sprache ersetzt, wo durch die übrigen Unterrichtsresultate der Nachweis erbracht war, daß die Kinder mit vollem Verständnis folgen konnten. Lange Zeit ist es auch wirklich so gegangen; dann begann auf ein von kirchlicher Seite gegebenes Signal die Aufhetzung und die Widersetzlichkeit. Daß die neueste Schulstreikbewegung künstlich erzeugt worden ist, wurde schon erwähnt. Es ist ein schändlicher Mißbrauch, der mit den Kinderseelen getrieben wird. Es handelt sich dabei *nicht* um Ratlosigkeit und Widerwillen der Kinder, denen eine Leistung auferlegt wird, die sie nicht bewältigen *können*, sondern um verbissenen Trotz und leidenschaftliche Widerspenstigkeit von Kindern, die unter dem Bann einer höheren Autorität ihre Seelen einem kaum recht verstandenen Haß geöffnet haben und nun mit dem echt kindlichen Behagen, einmal ganz frei den in ihnen angeregten bösen Trieben folgen zu können, ganz in dem Gedanken aufgehen: „Ich kann, aber ich *will* nicht."

Für das Recht der Muttersprache im Religionsunterricht berufen sich unsere Ultramontanen auf die Rede, die der *Kaiser* am 4. September 1902 im Landeshause zu Posen gehalten hat. In dieser Rede befindet sich folgende Stelle: „Wer behauptet, daß Meinen Untertanen katholischer Konfession Schwierigkeiten in der Ausübung ihres Glaubens gemacht oder sie gezwungen werden sollen, von demselben zu lassen, macht sich einer schweren Lüge schuldig. Meine ganze Regierungszeit und Meine Worte in Aachen beweisen, wie hoch Ich die Religion, das heißt das persönliche Verhältnis jedes Menschen zu seinem Gott, achte, und er beleidigt durch eine

solche Verleumdung den Nachfolger des großen Königs, der erklärt hat, ein jeder solle auf seine Fasson selig werden."

Die ultramontane Deutungskunst versucht sich nun an den Kaiserworten in der Weise, daß sie den Religionsunterricht in der Muttersprache als eine wesentliche Voraussetzung für die Religionsübung im Sinne des Kaisers ansieht. Deutscher Religionsunterricht — so sagen die klerikalen Polenfreunde — ist eben für ein polnisches Kind eine Erschwerung der Ausübung des Glaubens. Es liegt auf der Hand, daß auf diesem Wege alles bewiesen und gefordert werden kann. Auch die Austreibung aller Angehörigen evangelischen Glaubens könnte hiernach gefordert werden; denn unter Umständen ist es für einen gläubigen Katholiken nach dem Herzen unserer ultramontanen Kampfhähne auch eine Erschwerung der Ausübung seines Glaubens, mit Ketzern an einem Orte leben zu müssen und die Glocken evangelischer Kirchen klingen zu hören. Glücklicherweise aber ist nicht alles eine wirkliche Erschwerung der Glaubensübung, was von irgend welchen Fanatikern subjektiv als solche empfunden wird. Wenn unsere polnischen Mitbürger sich entschließen wollten, gute Preußen zu werden, so würden sie die Erfahrung machen, daß ihre Kinder auch bei deutschem Religionsunterricht gute Katholiken bleiben und auch nebenbei ihre polnische Muttersprache bewahren könnten. Erst durch die auf politischem Untergrunde ruhende künstliche Aufhetzung wird den Kindern beigebracht, daß, was ihnen in deutscher Sprache an religiösen Begriffen eingeimpft wird, im Widerspruch stehe mit dem, was ihnen das Elternhaus in der Muttersprache bietet. Die Vorstellung des Widerspruchs in ihrem religiösen Leben wird nicht durch ihr eigenes Empfinden, sondern durch fremde Überredung erweckt.

Immerhin können wir die Entscheidung der Frage, wie der Religionsunterricht den polnischen Kindern zu erteilen ist, den Fachleuten überlassen, wenn wir nur den Grundsatz

festhalten, daß deutsche Kinder vor Polonisierung zu schützen und die polnischen Kinder in den öffentlichen Schulen eine in ihren Zielen sich als deutsch darstellende Bildung erhalten. Vielleicht wäre es gut, wenn der erste der beiden hier genannten Gesichtspunkte noch eine besondere Verstärkung erführe. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn in ein hoffentlich bald neu bearbeitetes Gesetz über die Landessprache, das an Stelle des preußischen Geschäftssprachengesetzes zu treten hätte, auch eine Bestimmung aufgenommen würde, die es mit Strafe belegt, wenn ein gesetzlich oder kirchlich vorgeschriebener Unterricht einer minderjährigen Person deutscher Muttersprache in einer fremden Sprache erteilt wird. Bekanntlich sind wiederholt eine ganze Reihe von Fällen zur Sprache gebracht worden, in denen Geistliche einzelne deutsche Kinder gezwungen haben, an dem in polnischer Sprache erteilten Religions- oder Beichtunterricht teilzunehmen. Auf ihre Vorstellung wurde ihnen erklärt, man könne auf sie keine Rücksicht nehmen, sie würden den Unterricht schon verstehen. Die Ultramontanen erklären solche Berichte immer für unwahr; sie können also, da nach ihrer Meinung Fälle dieser Art nicht vorkommen, eigentlich nichts dagegen haben, daß sie theoretisch für strafbar erklärt werden. Außerdem entspricht eine solche Bestimmung ja durchaus dem kirchlichen Grundsatz, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werden müsse. Höchstens kann vom Standpunkt des Zentrums aus die erwähnte Bestimmung für unvollständig befunden werden, da sie natürlich auch den polnischen Kindern den polnischen Religionsunterricht werden sichern wollen. Darauf freilich kann sich der Staat seinerseits nicht einlassen, aber man könnte doch die eine Hälfte dieses Grundsatzes verwirklichen, in der sich das Staatsinteresse und das Prinzip der katholischen Kirche gänzlich zusammenfinden. Das Zentrum hätte hier auch die schönste Gelegenheit, den Beweis zu liefern, daß es ihm bei dieser Frage wirklich

um das kirchliche Prinzip zu tun ist und nicht um die Unterstützung der polnischen staatsfeindlichen Machenschaften.

Die Behörden haben gegenüber dem Schulstreik eine fast übermenschliche Geduld bewiesen, und das ist gut. Erstens um des Eindrucks nach außen willen; denn wir müssen nun einmal mit der Torheit, Leichtgläubigkeit und Empfindsamkeit der Menschen rechnen und wollen den Feinden des Reichs nicht ohne Not Agitationsstoff zuführen. Zweitens um der Wirkung auf die Polen willen, denen man mit kühler Ruhe am besten begegnet. Da sich nun einmal selbst bei Leuten, die man für verständig halten sollte, die Vorstellung festgesetzt hat, es solle speziell den polnischen Kindern „die Religion eingebleut" werden, so ist es zu billigen, daß man eine unbeugsame Ruhe bewahrt und nicht auf die Kinder sondern auf die Eltern einzuwirken sucht. Das Wirksamste wird in diesem Falle immer sein, daß man die renitenten Kinder nicht aus der Schule entläßt, sondern sie zurückbehält, bis sie sich den Anforderungen der Schule unterwerfen. Diese Maßregel ist nach dem Gesetz einwandfrei, sie beruht auf einer gesunden Logik und einem gerechten Prinzip und ist am ersten geeignet, den Zweck zu erfüllen. Denn ohne Quälerei und Druck haben vor allem die Eltern als Urheber des Widerstandes den Nachteil zu fühlen, der die natürliche Folge ihres Verhaltens ist. Solche Nachteile ertragen sich aber im bürgerlichen Leben sehr schwer, wenn keine dramatischen Szenen, von denen die Welt spricht, und kein Märtyrertum damit verbunden sind. Für geprügelte Kinder kann die öffentliche Mildtätigkeit aufgerufen werden, aber für sitzengebliebene Schüler ist schlecht sammeln. Damit ist der Schulbehörde jedenfalls der einfachste Weg vorgezeichnet.

Die größte Schwierigkeit bei der Arbeit, die hier besprochen worden ist, wird immer in dem Widerstand liegen, den die Organe der katholischen Kirche ihr entgegensetzen

werden. Man laſſe ſich dadurch aber weder entmutigen, noch zu Übereilungen hinreißen, wie ſie durch ſtaatliche Eingriffe in das wirkliche Recht der Kirche herbeigeführt werden können. Die unverdroſſene, ruhige Arbeit auf den Wegen, die hier beſprochen worden ſind, wird dem Deutſchtum auch unter den Bekennern der katholiſchen Konfeſſion einen ſo ſtarken Rückhalt geben, daß bei verſtändigem, taktvollem und feſtem Vorgehen der ſtaatlichen Behörde innerhalb ihrer mit der Kirche vereinbarten Rechte auch unter dem Klerus diejenigen Elemente zu ihrem Rechte kommen, die dem Kaiſer geben, was des Kaiſers iſt und die auch in den nationalen Wirren nicht vergeſſen, daß ſie Chriſten ſind. Es iſt auch die von dem Ultramontanismus drohende Gefahr nicht unüberwindlich, ſo lange wir uns nur nicht wieder in der Weiſe einſchläfern laſſen, wie es früher im großen und ganzen die Regel war, ſondern ein jeder auf ſeinem Poſten iſt.

Schlußwort.

Wir können hier die Betrachtungen über die Polenfrage ſchließen. Nicht als ob nicht noch zahlreiche Einzelheiten beſprochen werden können, aber man würde ſich überzeugen können, daß ſie alle unter dieſelben Geſichtspunkte fallen, die hier beſprochen worden ſind, und daß das weitere Zuſammentragen von Beiſpielen und beſonderen Fällen, wie ſie jede nationale Zeitung reichlich bringt, das Geſamtbild nur verwirren und das Urteil trüben könnte. Wir ſind jetzt im allgemeinen ſo weit, daß an den führenden und verantwortlichen Stellen über die Bedeutung der Sache und über den Geſamtcharakter der Lage keine weſentliche Meinungsverſchiedenheit mehr beſteht. Nun kommt es darauf an, daß die gleiche Anſchauung und die Bereitwilligkeit der einzelnen Deutſchen, von ihrer Stelle aus mitzuarbeiten,

immer weitere Kreiſe erfaßt, und ebenſo notwendig iſt es, daß unfruchtbarer Streit über die Zweckmäßigkeit und den Vorrang der einzelnen Mittel zur Erreichung des Ziels aufhört. Dazu möchte dieſe Betrachtung der Polenpolitik in ihrem großen Zuſammenhange mithelfen. Die Beſchäftigung mit der Polenfrage wendet ſich an unſer nationales Gewiſſen. Sie rüttelt es auf, indem ſie uns unſere Pflicht in einer nationalen Gefahr zeigt; ſie beruhigt es aber auch gegenüber den irreführenden Bemühungen, dieſe Pflicht als etwas Inhumanes und Ungerechtes hinzuſtellen. Je tiefer man in das Weſen dieſer Frage eindringt, deſto mehr überzeugt man ſich, daß nicht Haß uns dabei zu leiten braucht, ſondern ein Gebot der Selbſterhaltung für unſer Volk und unſern Staat. Hart iſt ein ſolches Gebot, das iſt richtig, denn die Weltgeſchichte ſpielt ſich nicht ab, wie ein rührſeliges Volksſtück. Wir haben als Volk ſchwere und ernſte Aufgaben zu löſen, und wenn wir uns ihnen nicht unverzagt und opferwillig unterziehen, ſo werden wir untergehen. In der Bereitwilligkeit, an der Erhaltung aller ſeiner Kräfte zu arbeiten, liegt für ein Volk die wahre Gerechtigkeit und Humanität. Daß der oberſte Führer unſerer Nation an dieſer Einſicht feſthält, dafür haben wir eine Bürgſchaft in den Worten, die gleichfalls in der herrlichen Rede unſeres Kaiſers vom 4. September 1902 enthalten ſind:

„Ich bin es der Arbeit Meiner Vorfahren ſchuldig, dafür zu ſorgen, daß dieſe Provinz unauflöslich mit der preußiſchen Monarchie verknüpft, daß ſie ſtets gut preußiſch und gut deutſch bleibe.“

Namen- und Sachregister.

(Die Zahlen zeigen die Seiten des Buches an.)

Absonderung der Polen 90
Adalbert, Bischof von Prag 13
Adelsparteien der Polen 66 f.
Aktive Polenpolitik 206
Alexander I., Kaiser von Rußland 28. 127
— II., Kaiser von Rußland 59
— III., Kaiser von Rußland 59
Amerikanische Polen 112
Andersz, Propst in Slupia 180
Ansiedlungspolitik 332, Kosten 353, Landesverteidigung u. Landesmelioration 372
Arbeiterfrage 327
Armee 257
Aufschwung der Polen 34
Aufstände 38
Ausdehnung der Propaganda 54
Auskauf des Adels 333
Ausnahmegesetze, Frage der 363.
Auswärtige Politik 266 [366

Badeni, Graf, österr. Ministerpräsident 48
Baltische Provinzen Rußlands 57 f.
Bank Ziemski 351
Bauermann, v., Oberpräsident 225
Beamtenschaft 241
Behandlung der Polen 40. 147
Behörden, Stellung der Polen zu ihnen 153
Berechtigung des Staates im Kampfe der Nationalitäten 217
Berliner Polen 106
Beteiligung am Kampf 215
Bevölkerung, Vermehrung der Deutschen und Polen 165
Bevölkerungsfragen 298 f.
Bismarck, Fürst, Reichskanzler 50. 78. 333. 367
Bodenpreise, Steigerung der 352
Boleslaw I. Chrobry 12
— III. Krzywousty 18. 103
Boykott, nationaler 94 f.
Brandenburg, Provinz 106
Bromberger Generalkommission 350 f.
Bülow, Fürst, Reichskanzler, Programmrede 1
Bureaukratismus 248

Caprivi, Graf, Reichskanzler 73
Cegielski, Abgeordneter 75. 77
Chicago als Polensitz 112
Chmelnitzki, Bogdan, Kosakenführer
Culm, Diözese 186 f. [23
Cyrillus, Slawenapostel 11
Czartoryski, Fürst Adam 121. 127

Danziger Industrie 321
Deutscher Orden 20. 26
Deutscher Unterricht 413
Dienstzeit in den Ostmarken 242
Dinder, Erzbischof 189. 192
Domänen 348
Dreibundpolitik 50
Dziennik Berlinski 82
— Poznanski 74. 79

Einspruchsrecht des Staates 368 f.
Einwanderung aus Rußland und Galizien 299
Eisenbahnpolitik 306 ff.
Eisenbahnverwaltung 251

Elitebeamten 251
Endell, Major a. D. 360
Enteignung 367. 371
Enthüllungen polnischer Umtriebe
Ermland 23, Diözese 188 [83
Eulenburg, Graf Botho, Ministerpräsident 77

Feindseligkeit gegen den Staat 97
Fiskalismus 249
Flottwell, von, Oberpräsident 225. 255. 332 f.
Fortbildungsschulen 393
Freisinnige Partei 210
Fremdsprachige Minderheiten 270
Friedrich der Große 26
Friedrich Wilhelm III. 125
— IV. 333
Fürstentum der Slawen 10

Garnisonen 262
Gazeta Gdanska 88
— Grudziądzka 88
— Opolska 99
— Ostrowska 113
— Torunska 88. 109
Geistige Isolierung 162
Geistige Kultur des Ostens 310 f.
Geistiges Leben 38. 39
Geistlichkeit als Führer der Polen 69. 173
Geldquellen der Polen 356
Gerechtigkeit, verschiedene Auffassung der Polen 147 f.
Gerichtssprache 397
Gero, Markgraf und Herzog 11
Geschäftssprache 396
Gesellige Beziehungen 152
Gespräch im Eisenbahnwagen 84 f.
Gewaltsames Vorgehen der Polen
Gnesen, Erzbistum 13. 88. 193 [124
Górnoszlązak 102
Goßler, v., Oberpräsident 253
Großgrundbesitz, politische Bedeutung 334 ff.
Großherzogtum Posen 105
Großpolnische Agitation 125

Hakatismus 221
Handelspolitik der Wiener Verträge 127 ff.
Hansemann, Ferd. v. 220
Hardenberg, Fürst von, Staatskanzler 127
Hebung des Ostens 288 ff. 302
Heinrich II., Kaiser 13
Heinrich der Löwe 19
Hetzpresse, polnische 87
Hofmeyer, deutsch. Wahlkandidat 75
Hofpartei 68. 73, ihre Auflösung 79
Hosius, Bischof von Ermland 24
Hussitentum 85 f.

Importgeistliche 181
Inaktive Offiziere, Mangel an 261
Individualismus, deutscher 149
Industrialisierung 315
Industrie, ihre Möglichkeit 320, Verhältnis zum Staat 321
Innere Politik 273
Intoleranz, nationale, d. Polen 151
Irredentismus der Polen 60
Isolierung, des Polentums 61, geistige der Deutschen 162

Jagellonen 22
Jesuitenorden 24
Johann III. Sobieski 118
Juden im alten Polen 21
Judenfrage 283 ff.
Jungpolentum 81
Junkertum 294 ff.

Kaiserin Friedrich, Begrüßung durch den polnischen Adel 72
Kandidatenfrage bei den Wahlen 279. 282
Kaschuben 114
Kastengeist 239
Katharina II. von Rußland 59
Katholiken, deutsche 174
Katholische Rundschau 198
Katolik, Zeitung in Beuthen 100.
Kennemann 220 [102
Kirche 39
Kleinbesitz, Vermehrung 339
Konfessionelle Gegensätze 24. 173
Konrad v. Masovien 20
Konsumverein für Ansiedler 344
Korfanty, Abgeordneter 102
Kosciełski, Josef v. Kosciół-K. 40. 73. 77. 81

Kosciuszkos Herz 101
Krzesinski, Pfarrer 194 ff.
Kubicki, Abgeordneter 74
Kultur, deutsche 158
Kulturelle Energie 155 ff.
Kulturelle Kräfte 154
Kulturgrenzen 155
Kulturkampf 68
Kulturunterschiede 300
Kunstleben 38 f.
Kurjer Poznanski 79

Landbank 373
Landessprache, Einheit der 381
Landflucht 316
Landräte 252
Landwirte, Bund der 277. 360
Landwirtschaft und Industrie 325 f.
Lasten des Kampfes 213
Lawau, Gemeinde 181
Lebinski, Chefredakteur 79
Lemberger Polenkongreß 78
— Tischrede 40
Letocha, Abgeordneter 100
Leutenot 325
Liß, Pfarrer 109
Loslösung vom Deutschtum 55
Lüge, Neigung dazu im polnischen Charakter 138. 141

Marcinkowskiverein 225
Masovien, Herzöge 19
Massensuggestion 134 f.
Maßregeln, besondere 212
Masuren 105
Mestwin II., Fürst von Pommerellen 20
Methodius, Slawenapostel 11
Mickiewicz, Adam, Dichter 35
Mieczyslaw s. Mscislaw
Mieroslawski 64
Militärvorlage (1893) 73
Milwaukee als Polensitz 112
Miquel, Johann v. 250
Mischehen 180
Mittelstand, polnischer 31. 33. 34.
Mscislaw I., Polenherzog 11 [69
Mutterland und Kolonisationsgebiet 289 f.
Muttersprache und Nationalität 376 f.

Napieralski, Abgeordneter 102
Nationaldemokratische Partei 82
Nationalismus der Konservativen 275 ff.
— der Polen 38
Nationalität und Religion 109
Nationalitätsprinzip 275 ff.
Nationalliga 110
Nationalpartei 68. 76. 80
Nationalschatz, polnischer 113
Niegolewski, Abgeordneter 130
Nikolaus I. von Rußland 28
Nowine Raciborskie 100

Oberpräsidien 251 f.
Oberschlesien 98 ff.
Oberschlesische Presse 99
— Schule 101
Österreich-Ungarn 266. 272 ff.
Österreichische Polen 47. 48
Österreichisches Deutschtum 56
Opferwilligkeit, polnische 355
Ordensherrschaft in Preußen 104
Orendownik 74. 81
Organisation des Deutschtums 219
Ostmarkenverein 87. 220 ff.
Ostpreußen 103
Ostseeprovinzen 57 ff.
Otto I. der Große 11
Otto III. 12 f.
Otto von Bamberg 18

Pan Tadeusz 35 ff.
Paris als Polensitz 112
Parteien 211
Parteipolitik und Regierung 281
Pessimismus 209
Personenfrage 238
Piasten 11, in Schlesien 19
Polen, Ursprung des Namens 12
Polnischer Adel 15, Veränderte Stellung 52
— Beamte 246
— Bürgerstand 17. 31
— Landbanken 359
— Namen 90
— Parteien 60 ff, P. d. Adels 66 f., Umbildung 75
— Propaganda, Ausdehnung 54, in den Nachbarprovinzen 97, der Geistlichen 177

Polnisches Reich, Entstehung 9, Städteweſen 21, Konfeſſionelle Gegenſätze 24
— Soldaten, Behandlung 259 ff.
— Teilfürſtentümer 16. 19
— Zeitungen 87
Poloniſierung deutſcher Namen 91
Pommerellen 20. 103
Pommern 106, Loslöſung von Polen 18
Poſen, Provinz, Preußens Rechtstitel 27 f.
Poſen, Erzdiözeſe 188. 193
Poſtverkehr 398
Praca 82
Preußen, Königreich, bei der 2. u. 3. Teilung Polens 27, hiſtoriſche Aufgaben 292 ff.
Preußen, Herzogtum 23
Preußenhaß 29
Preußiſche Verdienſte um Polen 28 ff.
Primat von Polen 190 ff.
Privatunterricht im Polniſchen 389
Proklamation Friedr. Wilhelms III. 125
Proteſtantiſierung, angebliche 347

Raczynski, Grafen 44
Radikalismus 83
Radziwill, Fürſt Anton 126
Rapperswyl 113
Redner, Biſchof von Culm 186
Religiöſe Hetzereien 184 ff.
Religionsunterricht 416 ff.
Renegaten, deutſche 169 ff.
Rettung der Bank Ziemski 351
Rhein.-Weſtfäl. Induſtriegebiet 107
Romantik der Polen 35
Roſentreter, Biſchof von Culm 187
Roſtislaw von Mähren 11
Rückſtändigkeit der Oſtmarken 161, der Volksſchulen 407
Rückverſicherungsvertrag, deutſch-ruſſ. 50
Ruſſifizierung 59
Ruſſiſch-poln. Zollpolitik 128 ff.
Rußland 49. 266

Sächſiſche Könige als Nachkommen Joh. Sobieskis 118
Sanierung bankrotter Polen 346
Schulen, Trennung der Nationalitäten 412
Schulinſpektionen 411
Schulkinder, Widerſetzlichkeiten 415
Schulkrawalle 178
Schulpflicht, ihre Wirkungen 33
Schulpolitik 405 ff., Parteianſichten 409 ff.
Schulſtreik 178
Schutz gegen Poloniſierung 378
Schwankungen der Polenpolitik 42
Schweden, Gegenſatz zu Polen 24 f.
Schwerin, Graf, Miniſter 132 f.
Sieg des Bürgertums 295
Sienkiewicz 113
Sigismund I. von Polen 24
— III. von Polen 24
Simar, Erzbiſchof 109
Simultanſchulen 412
Slawiſche Stämme 10
Sokolvereine 93
Sozialdemokratie 63. 324
Soziale Verhältniſſe 362
Spaltung, vermeintliche, unter den Polen 75
Sprache in politiſchen Verſammlungen 401 ff.
Sprachenpolitik, Grundlagen 376 ff., Leitſätze 382
Staatliche Disziplin 6
Staatsbürgerpflichten 123
Stablewski, Florian v., Erzbiſchof 67. 179, 188
Städte, Einwirkungen auf Bevölkerung 315. 317 f.
Statthalterſchaft 125.
Stetigkeit der Polenpolitik 247
Straz 225
Sündhaftigkeit des deutſchen Gebetes 183
Szadzinski, Propſt 180
Szotowski, Geiſtlicher 182
Szymanski, poln. Wahlkandidat 75

Teilfürſtentümer 16
Teilungen Polens 25 f.
Temperament 45 f. 143
Thiel, Biſchof von Ermland 188
Thorner Blutbad 105
— Friede 104

Tiedemann, Adolf von, auf Seeheim 220
Tschechen 83

Überbietung deutscher Angebote 357
Übersetzungsbureaus 399 f.
Überwachung der Polen durch ihre Führer 53
Ultramontanismus 175
Unabhängige Persönlichkeiten in den oberen Gesellschaftskreisen 312
Unfähigkeit zur Staatenbildung 4
Ungleichheit der Behandlung 244
Ungleichheiten im Verkehr 306
Unterbrechung der Kolonisation des Ostens 290
Untergang Polens, Ursachen 30
Unterscheidung, gesetzliche, zwischen Deutschen und Polen 364
Unwirksamkeit der Anfänge der Ansiedlungspolitik 333

Varziner Huldigungsfahrt der Posener 78
Vereine deutscher Katholiken 197
Vereinsleben 93
Verfassungsrechtliche Stellung der Polen 117
Vergleich mit anderen Grenzländern 203
Verkäufe deutscher Güter an Polen
Verkehrsfrage 305 [361
Verlust der Seeküste für Polen 20
Vermehrung der Deutschen u. Polen
Versöhnungspolitik 73. 204 [165
Verstellungskunst der Polen 146
Versumpfung des Deutschtums 161
Verteilung der Ansiedlungskomplexe 340 [365
Verwaltungsbefugnisse, besondere
Verwaltungsorganisation 236
Verwirrung in der Polenpolitik 199
Volksbibliotheken, polnische 89
— deutsche 394
Volkspartei, polnische 71
Volksschulen, besondere Geldaufwendungen 408, Mißstände 414
Vorbereitung der polnisch. Pläne 51

Wagner, Justizrat 368
Wahlaufrufe, irreführende 65
Wahlen 278
Wahlkomitee 278
Wanderung der Slawen 9 f.
Warschau, Erzdiözese 191
Wasas 24
Wasserpolnisch 98 f.
Wawrzyniak 359
Wehrpflicht, ihre Wirkungen 32
Wenden 9
Westpreußen 103, poln. Herrschaft 22, preuß. Besitzergreifung 26
Wiarus Polski 108
Wiedergeburt des Polentums 34 ff.
Wiederherstellung Polens, Hoffnung darauf 45
Wiener Kongreß 119 ff.
Wiener Verträge 118. 122, Handelspolitik 127 ff.
Wilamowitz-Möllendorff, v., Oberpräsident 253 f.
Wladislaw Lokietek 19
Wohlfahrtspflege auf dem Lande 394
Wreschener Prozeß 178

Zeitungen, zweisprachige 404
Zentrumspartei 210
Ziel der Polenpolitik 207
Zimmer, Dr. Heinrich, Keltist 112. 186
Zollpolitik 128 ff.
Zug nach dem Westen 163 f.
Zukunftspläne der Polen 43
Zuzug aus dem deutschen Lager 169
Zweisprachigkeit 383 ff.

b89100971928
b89100971928a

te Loaned

G.E.STECHERT
& Co.

89100971928

B89100971928A